



**Auf dem Weg  
ins Jetzt**

**—  
Seit 1960**

**STADT  
GESCHICHTE  
BASEL**

**CHRISTOPH MERIAN  
VERLAG**



**Auf dem Weg ins Jetzt**



# Auf dem Weg ins Jetzt



## Basel seit 1960

Tobias Ehrenbold

Silas Gusset

Anina Zahn

Herausgegeben  
von Martin Lengwiler



# Inhalt

- 8 Geleitwort zur Stadt.Geschichte.Basel
- 11 Einleitung: Das Ende von Basel, wie wir es kennen
- 18 *Zeitstrahl 1960–2020*
  
- 22 Stadtplanung und Umweltschutz:  
Die Ressourcen werden knapp**
- 24 Konjunktur, Bauboom, Konsumrausch – Die 1960er-Jahre
- 34 Umweltsorgen und Krisengefühle – Die 1970er-Jahre
- 46 Zwischen Utopie und Schrecken – Die 1980er-Jahre
- 50 *Die Katastrophe von Schweizerhalle*
- 54 Die Stadt muss sparen – Die 1990er-Jahre
- 57 Aufschwung, Wachstum, Partizipation – Die 2000er-Jahre
- 61 Klimanotstand im urbanen Raum – Die 2010er-Jahre
  
- 72 Gesellschaft und Politik:  
Basel verhandeln**
- 74 Bewegungen in der politischen Landschaft
- 87 *Medien in Basel – Konzentration und Vielfalt*
- 90 Baslerinnen fordern Gleichberechtigung
- 99 Gleiche Chancen für alle? Die Basler Schulreformen
- 102 Migrationspolitik zwischen Ausschluss und Integration
- 116 Getrennte Kantone und andere Grenzerfahrungen

## **126 Globalisierung und Digitalisierung: Die Verwandlung einer Industriestadt**

- 128 Basler Arbeitswelten und ihre globalen Verflechtungen
- 143 Metamorphosen der Basler Chemie
- 152 *Bildstrecke: <Die lautlose Revolution> – Life Sciences in Basel*
- 160 Alter Handelsplatz abseits der Finanzmetropolen
- 169 *Ausbau der Messe – Ein Geschäftsmodell am Anschlag*
- 172 Eine Drehscheibe für Güter
- 179 Wirtschaften im World Wide Web

## **190 Emotionen und Alltag: Das private Basel**

- 192 Familie und Sexualität  
in Zeiten gesellschaftlicher Liberalisierung
- 204 Basel sucht einen eigenen Umgang mit Aids und Drogen
- 214 Wohnen ist privat, Wohnen ist politisch
- 224 Orte der Freizeit
- 232 *Glaube und Religion in der säkularen Stadt*

## **240 Kunst und Kultur: Basel vermarktet sich**

- 242 Die Erzählung von der grosszügigen Kulturstadt
- 248 *Bildstrecke: Architektur in Basel*
- 262 Die Hochkultur öffnet sich
- 268 Die Subkulturen werden Teil der Stadt
- 277 Folklore und Weltstars bewegen die Massen
- 280 *Der FC Basel, ein Spiegel der Gesellschaft*
- 290 Forderung nach kultureller Diversität

## **301 Anhang**

- 302 Abkürzungsverzeichnis
- 303 Quellen- und Literaturverzeichnis
- 318 Bildnachweis
- 320 Personenregister
- 322 Sach- und Ortsregister
- 325 Autorin und Autoren
- 326 Dank

# Geleitwort zur Stadt.Geschichte.Basel

Von den ersten Siedlungsspuren bis ins 21. Jahrhundert: Die neue Stadtgeschichte erzählt in neun Einzelbänden sowie einem Überblicksband die lange und bewegte Geschichte von Basel und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Das Projekt Stadt.Geschichte.Basel ermöglichte Geschichtsschreibung unter ungewöhnlichen und kreativen Bedingungen. Konzipiert für ein breites Publikum, wurde die neue Gesamtdarstellung von professionellen Forschenden aus der Archäologie und den Geschichts- und Kulturwissenschaften verfasst. Sie entstand nah an der Forschung, ohne ein universitäres Projekt zu sein, getragen von staatlichen und privaten Geldgebern, entwickelt im Kontakt mit der Bevölkerung. Nicht zuletzt macht die neue Basler Geschichte als erste Kantonsgeschichte der Schweiz ihre Forschungsdaten unter <https://forschung.stadtgeschichtebasel.ch> langfristig frei zugänglich.

Die seit den 1980er-Jahren bestehende Idee, eine neue, zeitgemässe Geschichte Basels zu erarbeiten, griff der Verein Basler Geschichte 2011 zusammen mit dem Departement Geschichte der Universität Basel auf. Kurz zuvor hatten bereits verschiedene parlamentarische Vorstösse dasselbe Ansinnen formuliert. Der politische Wille folgte 2016 dieser Bewegung, indem der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt zwei Drittel der budgetierten Mittel sprach.

Ein Team von über fünfzig Forschenden und Mitwirkenden aus der ganzen Schweiz sowie aus Deutschland, Österreich, Frankreich und weiteren Ländern setzte das ambitionierte Projekt um. Die acht chronologisch angelegten Einzelbände, der neunte Band zum städtischen Raum sowie der Überblicksband waren in der Wahl ihrer thematischen Schwerpunkte wie auch in der Gestaltung ihrer Kapitelstruktur weitgehend autonom. Sie sollten den spezifischen Charakter ihres jeweiligen Zeitraums berücksichtigen und eigene Schwerpunkte setzen, ohne einem festgelegten Raster zu folgen. Wichtig war die Möglichkeit, neue Themen einzubringen, die in älteren Gesamtdarstellungen fehlen. Das Projekt setzte zudem Akzente in Hinblick auf die *Longue durée*, also epochenübergreifende Prozesse über alle Bände hinweg, sowie mit drei aktuellen Forschungsperspektiven aus der Archäologie und den Geschichtswissenschaften: «Verflechtung und Multi-lokalität», «Mensch und Nichtmensch», «Kontinuitäten und Diskontinuitäten».

Der Blick auf «Verflechtung und Multilokalität» eröffnet die Chance, die Stadt in ihren regionalen, überregionalen, internationalen und globalen Bezügen und Zusammenhängen zu verstehen. Die Frage nach dem Verhältnis von «Mensch und Nichtmensch» lässt die Stadt zum Raum werden, in dem Menschen, Tiere und Dinge koexistieren, sich aber auch konkurrenzieren und gegenseitig prägen. Die Frage nach «Kontinuitäten und Diskontinuitäten» verlangt schliesslich ein Nachdenken über epochale Zäsuren. Denn mit der Festlegung von Anfang und Ende wird auch der Gang der Erzählung bestimmt. So können wichtige Ereignisse oder Einschnitte wie zum Beispiel die Reformation, die Kantonstrennung oder die beiden Weltkriege als Beginn oder Abschluss einer Entwicklung begriffen werden. Daher wurde entschieden, die einzelnen Bände nicht durch scharfe Zäsuren voneinander abzugrenzen, sondern vielmehr beide Perspektiven – Beginn und Abschluss – durch zeitliche Überschneidungen präsent zu halten.

Aufgrund des grossen Engagements des Vereins, der Unterstützung durch die Regierung, die Universität, das Departement Geschichte und die Vindonissa-Professur des Departements Altertumswissenschaften sowie dank der grosszügigen Förderung durch den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt, verschiedene Stiftungen und Institutionen, Unternehmen und zahlreiche Einzelpersonen wurden die Voraussetzungen für die Erarbeitung einer neuen, umfassenden und zeitgemässen Darstellung der Geschichte Basels geschaffen. Dass diese schliesslich realisiert werden konnte, ist der ebenso kompetenten wie ungemein engagierten Arbeit aller Autorinnen, Autoren und Mitarbeitenden zu verdanken. Sie wurden dabei tatkräftig von den Herausgeberinnen und Herausgebern unterstützt, welche die inhaltliche Gesamtverantwortung für die einzelnen Bände trugen. Zusammen mit externen wissenschaftlichen Beraterinnen und Beratern brachten sie alle ihr Fachwissen, ihre Erfahrungen und Perspektiven samt einem hohen Mass an Engagement in das Projekt ein. Das Gleiche gilt für den Stiftungsrat, der mit grosser Verlässlichkeit dafür sorgte, dass die neue Stadtgeschichte gedeihen konnte. Nicht zuletzt gelang es dank der umsichtigen Arbeit der Projektleitung, das gleichermassen inhaltlich anspruchsvolle wie organisatorisch komplexe Projekt erfolgreich, termingerecht und in kollegialer Zusammenarbeit umzusetzen.

Zahlreiche Gedächtnisinstitutionen wie Archive, Bibliotheken, Museen und historische Vereine, darunter die Kantonale Denkmalpflege Basel-Stadt, die Archäologische Bodenforschung des Kantons Basel-Stadt, das Kantonale Grundbuch- und Vermessungsamt, das Historische Museum Basel und viele andere mehr, haben in vielfältiger Art und Weise zum Gelingen des Projekts beigetragen. Das Büro icona basel entwickelte eine Formsprache, die aktuelle Lesegewohnheiten

mit klassischen Gestaltungsprinzipien verknüpft, und der Christoph Merian Verlag trug in bewährt hoher Qualität die gesamte Organisation der Buchproduktion.

Ihnen allen möchten wir für die gute Zusammenarbeit und die schönen Erfahrungen, die wir im Rahmen des Projekts Stadt.Geschichte.Basel machen durften, sehr herzlich danken.

*Im Namen des Stiftungsrats*

*Regina Wecker*

*Im Namen der Herausgeberschaft*

*Susanna Burghartz, Martin Lengwiler*

*Im Namen der Projektleitung*

*Patrick Kury*

# Einleitung:

## Das Ende von Basel, wie wir es kennen

Städte wie Basel sind Orte, an denen sich Menschen auf engem Raum miteinander und nebeneinander versammeln. Täglich sind Tausende von Personen und Tonnen von Gütern in Bewegung. Es herrscht hektischer Betrieb. Damit der urbane Stoffwechsel funktioniert, bauen die Bewohnerinnen und Bewohner hochkomplexe Infrastrukturen, Verkehrs- und Kommunikationssysteme, über und unter der Erdoberfläche. Der Wohnraum ist chronisch knapp. Kurz: Städte – und Basel als Grenzstadt ganz besonders – sind hochgradig verdichtete Gesellschaften.

Was auf den ersten Blick als Erfolgsgeschichte anmutet, steht bei genauem Hinsehen an einem kritischen Punkt. Das ‹Gesellschaftsmodell Stadt› befindet sich heute auf der Kippe. Der urbane Ressourcenverschleiss hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht und sprengt im historischen Vergleich alle Vorstellungen. Bewohnerinnen und Bewohner klagen über anhaltenden ‹Dichtestress› und den Verlust gewohnter Sicherheiten. Die ökologische Krise und der gesellschaftliche Wandel zwingen Städte wie Basel, sich für die Zukunft neu zu erfinden. Die digitale Transformation trägt dazu bei, die Formen des Zusammenlebens grundlegend zu verändern. Gut möglich, dass wir gerade das Ende der Stadt als verdichtete, ressourcenintensive Lebensform erleben.

Dieses Buch erzählt die Geschichte der Stadt Basel seit 1960. Es behandelt eine Epoche, in der das urbane Wachstumsmodell zunehmend in die Krise geriet. Mehr noch: Die Probleme des Lebensmodells Stadt wurden den Bewohnerinnen und Bewohnern auch vermehrt bewusst; es entspann sich eine kritische Diskussion über die Zukunft der städtischen Gesellschaft. Geschildert wird eine Geschichte des Wachstums, des Aufbruchs, von Utopien und ihrer Verwirklichung – aber auch eine Geschichte anhaltender Ungleichheiten, gesellschaftlicher Konflikte und ökologischer Krisen. Beispielhaft zeigt sich, wie die Stadt in den letzten Jahrzehnten an den heutigen krisenhaften Punkt gelangte.

In Umrissen macht dieses Buch auch fassbar, in welche Richtung die Zukunft weisen könnte. Die künftige städtische Gesellschaft dürfte vielfältiger, diverser sein – eine solche Entwicklung hat sich in den letzten Jahrzehnten bereits abgezeichnet. Die gebaute Stadt wird weniger graue und mehr grüne Flächen aufweisen. Der Ressourcenverbrauch soll gedrosselt werden. Neue Formen des Bauens und Zusammenwohnens werden ausprobiert. Ob sich der wirtschaftliche

Motor verlangsamen wird, bleibt eine offene Frage. Denn die Stadt befindet sich nach wie vor auf einem Wachstumspfad.

Drei grosse Entwicklungslinien prägten die Geschichte Basels seit den 1960er-Jahren. Sie bilden rote Fäden, die sich durch dieses Buch hindurchziehen. Erstens wurden in den letzten Jahrzehnten immer mehr Ressourcen verbraucht, mit gravierenden ökologischen Folgen. Zweitens wurde die städtische Gesellschaft vielfältiger. Neue Gruppen artikulierten sich; die Regeln des Zusammenlebens wurden angepasst. Drittens fand Basel zu einem neuen Selbstverständnis und definierte sich zunehmend weniger als Wirtschaftsmetropole denn als Kulturstadt.

### **Der Weg in die ökologische Krise**

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts nahm die Stadtbevölkerung zahlenmässig mal zu, mal ab. Zunächst stieg die Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt steil an, von rund 170 000 (1940) auf gut 235 000 (1970). Zwischen 1970 und 2000 sank die Bevölkerung um ein Viertel, in den letzten beiden Jahrzehnten vergrösserte sie sich hingegen um zehn Prozent, auf knapp über 200 000 Menschen. Trotz der vorübergehenden Schrumpfung nahm der Ressourcenverbrauch in den letzten Jahrzehnten stetig, teils sogar rasant zu. Diese Entwicklung hängt grösstenteils mit der Wandlung des urbanen Lebensstils und der Ausbreitung der Konsumgesellschaft zusammen. Die Wohnfläche pro Kopf verdoppelte sich seit Mitte des 20. Jahrhundert, die verbrauchte Energie ebenfalls. Basel produziert heute doppelt so viel Abfall wie noch vor zwei Generationen. Rasant wuchs auch das Verkehrsvolumen. Heute fahren mehr als doppelt so viele Autos auf Basels Strassen wie 1960. Hinzu kommt der Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Die ökologischen Kosten und die politischen Auswirkungen des Wachstums treten seit den 1970er-Jahren immer deutlicher zutage. Die Umweltkatastrophe von Schweizerhalle 1986 war ein Schlüsselmoment der Basler Geschichte. Auch die Kontroversen in den 1970er- und 1980er-Jahren um das geplante und schliesslich aufgegebene Atomkraftwerk-Projekt in Kaiseraugst haben die politische Landkarte nachhaltig verändert. Die breite Bevölkerung wurde sich der zerstörerischen Potenziale moderner Grosstechnologien bewusst. Der Umweltschutz formiert sich seither als eigenständige politische Kraft, eine Entwicklung, die sich jüngst mit der Einsicht in den menschengemachten Klimawandel fortsetzt.

Ökologisches Denken ist heute mehrheitsfähig – gerade im Kanton Basel-Stadt, der 2019 als schweizweit erster Kanton offiziell den Klimanotstand erklärte. Der Staat setzt sich heute zum Ziel, sein Handeln ökologisch nachhaltig zu ge-

stalten. Das Bewusstsein, an einem historischen Wendepunkt zu stehen, ist mit Händen greifbar. Ob die Wende gelingt, ist allerdings offen. Politische Visionen wie die ›Kreislaufgesellschaft‹ oder die ›Smart City‹ sind noch jung und müssen sich erst in der Praxis bewähren. Der Weg zu ihrer Verwirklichung scheint hürdenvoll und lang.

### **Die Stadt als Integrationsmotor?**

Historisch betrachtet waren Städte seit dem Spätmittelalter gigantische Integrationsmotoren. Zwar beruhte der innere Zusammenhalt der Bürgerschaft häufig darauf, sich gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen: gegenüber Niedergelassenen, Menschen mit ausländischem Pass oder Grenzgängerinnen und Grenzgängern. Trotzdem entfaltete die ›Stadt der Bürger‹ spätestens seit dem 18. Jahrhundert eine bis heute wirksame Integrationskraft. Verschiedene neue Gruppen wurden Schritt für Schritt aufgenommen. Im späten 19. Jahrhundert erhielten Einwohner ohne Bürgerrecht mehr politische und soziale Rechte. Im 20. Jahrhundert wurde die Sozialdemokratie – und mit ihr die Arbeiterschaft – in die Regierungsverantwortung einbezogen. 1966 führte Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton das Stimm- und Wahlrecht für Frauen ein. Seither nimmt der Frauenanteil in Regierung und Parlament zu – im Grossen Rat auf über vierzig Prozent (2020).

Auch die grossen politischen Blöcke – Linke und Bürgerliche – orientierten sich neu, obwohl sich seit den 1960er-Jahren die Gewichte zwischen den beiden nur wenig verschoben haben. Die Linke übernahm seit den 1970er-Jahren die Postulate der Frauen-, der Umwelt- oder der links-alternativen Bewegungen. Diese Entwicklung spiegelte sich im Aufstieg der Progressiven Organisationen, später in jenem der Grünen Partei, und kulminierte in der Phase der rot-grünen Regierungsmehrheit (2005–2020). Der linksalternative Aufbruch der 1980er-Jahre erfasste auch die Sozialdemokratische Partei und führte zu einer Zerreissprobe zwischen dem gewerkschaftlichen und dem jüngeren Flügel. Der Konflikt mündete 1982 in der Abspaltung der Demokratisch-Sozialen Partei (DSP). Die Teilung der Sozialdemokratie blieb letztlich ein Basler Sonderweg und endete 2012 mit der Auflösung der DSP.

Auf bürgerlicher Seite dominierten lange die Freisinnig-Demokratische Partei, die konservativere Liberal-Demokratische Partei sowie die im katholischen Milieu verankerte Christlichdemokratische Volkspartei. In den 1970er- und 1980er-Jahren etablierte sich vorübergehend die rechtspopulistische, ausländerfeindliche Nationale Aktion als vierte bürgerliche Kraft, bevor sie in den 1990er-Jahren von

der Schweizerischen Volkspartei (SVP) verdrängt wurde. Die SVP erreichte im bürgerlichen Lager die Grösse der Freisinnig-Demokratischen und der Liberal-Demokratischen Partei. Seit 2005 entstand mit den Grünliberalen eine bürgerlich-ökologische Partei. Sie erreichte zwar nicht die Bedeutung der links-grünen Schwesterpartei, schaffte aber 2020 den Sprung in die Regierung.

Dass Migration in einer Grenzstadt zu den zentralen Themen der Politik gehört, überrascht nicht. Seit den 1980er-Jahren nahmen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt Positionen in Politik und Verwaltung ein. Parallel diskutierte die Öffentlichkeit über die Einführung eines kantonalen Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer. Die Vorstösse blieben bislang allerdings erfolglos. Auch andere gesellschaftliche Minderheiten – von den alternativen Jugendkulturen bis zur queeren Community – wurden nach Jahren der Stigmatisierung zunehmend gesellschaftlich anerkannt. Parallel zu dieser Entwicklung veränderte sich auch die Integrationspolitik grundlegend. Bis in die 1960er-Jahre bedeutete Integration, dass Fremde sich an die schweizerische Norm anzupassen hatten. Heute folgt die schweizerische Integrationspolitik dem Gedanken der Diversität – eine Entwicklung, die massgeblich von Basel ausging. Integration wird als interkultureller Lernprozess verstanden. Basel gilt heute als Migrationsgesellschaft.

Gleichwohl steht die Integrationspolitik heute vor neuen Aufgaben. Im Bildungswesen fehlt es an einer echten Chancengleichheit zwischen Kindern aus unterschiedlichen Milieus. Frauen oder Ausländerinnen und Ausländer sind gesellschaftlich, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, benachteiligt und arbeiten unter teils prekären Bedingungen – in Basel wie auch darüber hinaus. Menschen mit körperlichen oder psychischen Behinderungen leben meist am Rand der Gesellschaft, ohne Chance auf umfassende Teilhabe.

### **Am Rand vernetzt?**

Bis in die 1960er-Jahre blieb Basel vielfach geprägt von den traditionsreichen Familien des *Daig*, deren Sprösslinge wichtige Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besetzten. Seither hat sich das Selbstverständnis Basels grundlegend verändert – eine Entwicklung, die sich bis in die Gegenwart erstreckt. Zum Selbstbild Basels gehörte lange Zeit, sich als Wirtschaftsmetropole zu verstehen. Im Vordergrund stand der Stolz auf die Basler Chemie, eine Branche, die sich im 20. Jahrhundert zur Pharmaindustrie wandelte und Basel zu einem Zentrum der Life Sciences machte. Die chemisch-pharmazeutische Industrie war seit dem Ersten Weltkrieg global aktiv und beschäftigte in Basel seit den 1960er-Jahren

zwischen 20 000 und 30 000 Menschen, im Ausland ein Vielfaches davon. Ihre Produkte – Valium, die ersten Antidepressiva, DDT – waren weltweit erfolgreich.

Doch die Basler Bevölkerung hatte ein ambivalentes Verhältnis zur führenden Branche der Region. In den Kontroversen nach der Katastrophe von Schweizerhalle 1986 oder den Debatten um die Gentechnologie in den 1990er-Jahren manifestierte sich eine Vertrauenskrise zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Gleichzeitig waren die lokalen Pharmaunternehmen wirtschaftlich höchst erfolgreich. Die Branche profitierte von einer hohen Wertschöpfung und bildet heute einen tragenden Pfeiler der schweizerischen Exportwirtschaft. Nicht weniger als die Hälfte aller Exportprodukte stammen aus der Chemie- und Pharmaindustrie.

Basel verstand sich nicht nur als Wirtschaftszentrum, sondern zunehmend als Kulturstadt. Die Stadt verfügte schon im frühen 20. Jahrhundert über eine grosse Dichte an kulturellen Einrichtungen: Museen, Theater und Konzertsäle. Die Kulturszene profitierte nicht nur von der staatlichen Kulturförderung, sondern auch von der Philanthropie, die in Basel stark verwurzelt war. Lange Zeit wurden traditionelle Sparten wie bildende Kunst, klassische Musik und Theater gefördert. Seit den 1980er-Jahren kamen verschiedene Bereiche der Popkultur hinzu, von der populären Musik bis zu Comics. Nicht nur das Kulturverständnis, auch das Zielpublikum weitete sich aus. Dies zeigt sich etwa an Festivals, aber auch an kleineren Anlässen in den Quartieren. Die Kulturstadt Basel wurde in den letzten Jahren moderner, diverser, familienfreundlicher.

Kultur war in Basel mehr als nur eine Ansammlung von Museen und Theatern. Sie bildete auch eine Bühne für politische Kritik und Erneuerung. Gesellschaftskritik war in der Theater- und Kunstszene in den 1960er- oder den 1980er-Jahren weitverbreitet und zentral für das Selbstverständnis der Kulturschaffenden. Die Jugendbewegung der 1980er-Jahre entwickelte ihre eigene Ästhetik mit alternativen Flugschriften und einer Musik- und Filmszene. In Basel wurde Subversion politisch verhandelt und möglichst sozialverträglich gelöst – bis hin zur Gegenkultur der Graffiti-Sprayer. Die gesellschaftliche Liberalisierung manifestierte sich insbesondere in der Kulturszene und wurde durch diese beschleunigt. Noch in den 1960er-Jahren wurden beispielsweise Inhalte von Kinofilmen offiziell zensiert. Dieser konservative Geist verflüchtigte sich seit den 1970er-Jahren. Zugleich bekannte sich die Stadt stolz zu althergebrachten Institutionen wie dem Basler Zoo oder der Basler Fasnacht, die 2017 zum Weltkulturerbe ernannt wurde.

Ein weiterer Aspekt der Basler Identität hängt mit dem geografischen Status als Grenzstadt zusammen. Hier im Dreiländereck berühren sich Deutschland,

Frankreich und die Schweiz. Der einzige bedeutende Hafen der Schweiz liegt in Basel. Seit den 1970er-Jahren wurde die Stadt in besonderem Masse von der Globalisierung erfasst. Die Pharma- und die Logistikbranche sind heute hochgradig international vernetzt. Davon zeugt nicht zuletzt die grosse Expat-Community. Auch die Universität und die Industrieforschung rekrutieren ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weltweit.

Die Basler Gesellschaft hat aus der geografischen Lage der Stadt – teils selbstbewusst, teils selbstkritisch – das widersprüchliche Selbstbild einer randständigen, zugleich grenzüberschreitend vernetzten Stadt entwickelt. Basel hatte bereits im späten 19. Jahrhundert ein angespanntes Verhältnis zum Bundestaat und zu den Berner Behörden. Man fühlte sich gegenüber Zürich und Bern politisch vernachlässigt oder diskriminiert. Diese Distanz setzte sich im 20. Jahrhundert unter veränderten politischen Vorzeichen fort. Basel stand in seinem Abstimmungsverhalten seit Mitte des 20. Jahrhunderts häufig auf der progressiven Seite und damit der Romandie näher als der Deutschschweiz. Dies zeigte sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in der Europa- und der Aussenhandelspolitik. Der Wirtschaftsraum ist auch im Zeitalter der Nationalstaaten trinational geblieben, was sich in zahlreichen grenzüberschreitenden Kooperationen manifestiert.

Die engen europäischen und globalen Verflechtungen blieben nicht ohne Risiken. Die jüngsten Unwägbarkeiten in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union wirkten sich in den letzten Jahren negativ auf den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Basel aus. Hinzu kommen riskante globale Expansionsstrategien wie jene der MCH Group, die die grössten Basler Messen betrieb und ab 2016 in eine Krise geriet. Am Schluss konnte sie nur durch den Einstieg eines internationalen Investors und ein millionenschweres staatliches Rettungspaket überleben. In den Debatten befürchteten viele Stimmen, dass Basel an Bedeutung verlieren und in die Provinzialität abrutschen würde. Andere formulierten daraus ein positives, zukunftsweisendes Selbstbild: Basel als multikulturelle, vernetzte Grenzstadt.

### **Praktische Hinweise zur Lektüre**

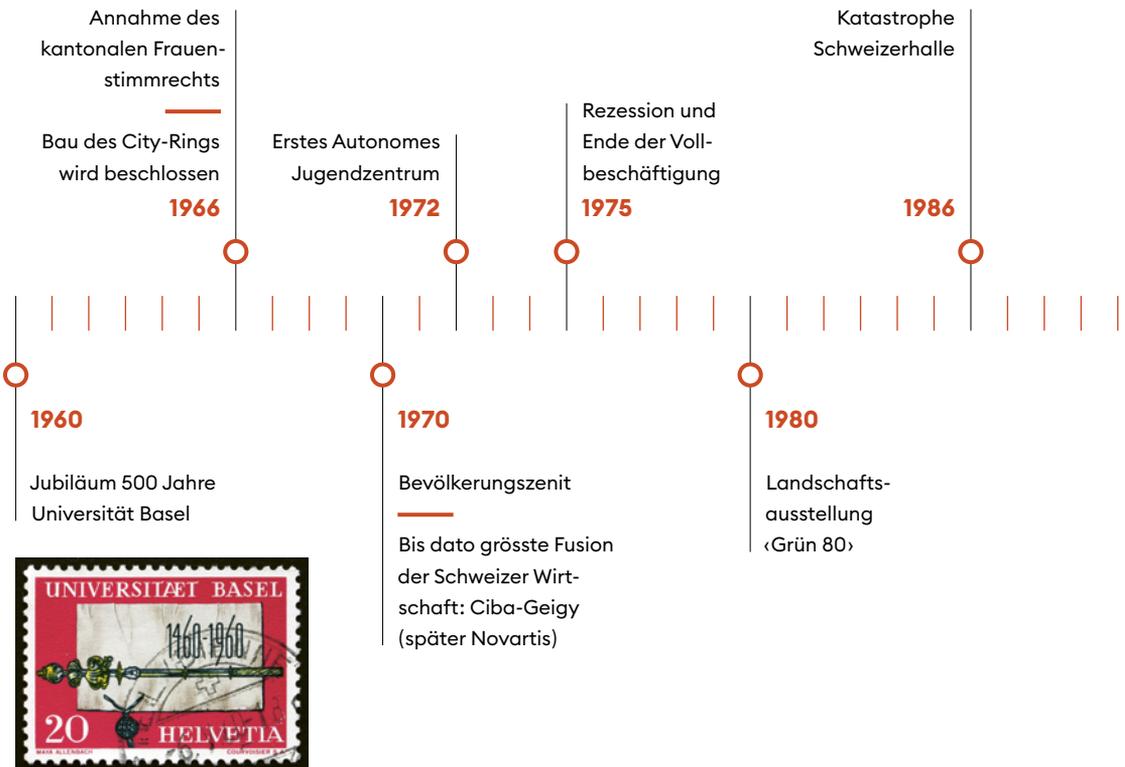
Die folgenden Kapitel sind thematisch gegliedert. Die Geschichte Basels wird als Umwelt- und Ressourcengeschichte, als Politik- und Sozialgeschichte, als Wirtschaftsgeschichte, als Geschichte der Privatsphäre und der Freizeit und als Geschichte der Kulturstadt gezeichnet.

Das Buch ist ein Gemeinschaftswerk. Der Herausgeber Martin Lengwiler hat die Arbeiten koordiniert und diese Einleitung geschrieben. Anina Zahn, Silas Gusset und Tobias Ehrenbold verfassten die Entwürfe zu den Kapiteln arbeitsteilig. Danach wurden die Texte in gegenseitigem Austausch überarbeitet, so dass oft nicht mehr erkennbar war, welche Formulierung auf wessen Hand zurückging. Die Arbeit an diesem Buch war im besten Sinne kollektiv.

Dieses Werk behandelt einen Zeitabschnitt, den die Geschichtswissenschaft als Zeitgeschichte bezeichnet. Die Darstellung setzt mit der Umbruchszeit um 1960 ein und reicht bis in die Gegenwart – konkret: bis in den Sommer 2023, anschliessend ging das Buch in die Produktionsphase. Die Zeitgeschichte ist für ihre Autorinnen und Autoren ein steiniges Pflaster. Die Quellenlage ist häufig unübersichtlich, für die jüngste Zeit sind die Quellen noch gar nicht im Archiv angekommen und deshalb schwer zugänglich. Zudem fehlt es oft an Forschung und uns Historikerinnen und Historikern an der notwendigen Distanz zu unserem Gegenstand. Schliesslich stehen auch die Leserinnen und Leser der Zeitgeschichte häufig besonders kritisch gegenüber, weil sie die dargestellte Epoche ja selbst erlebt haben – oft unmittelbarer als die Autorinnen und Autoren.

Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, ein aufschlussreiches Buch zu verfassen. Das abschliessende Urteil überlassen wir gerne unseren Leserinnen und Lesern und wünschen viel Freude bei der Lektüre.

# Zeitstrahl 1960–2020





Eröffnung des  
Kunstmuseums  
Fondation Beyeler  
in Riehen



Eröffnung  
Roche-Turm Bau 1,  
höchstes Haus  
der Schweiz

Wirtschaftskrise  
und höchste  
Arbeitslosenquote

**1995**

**1997**

Erste rot-grüne  
Regierung nach  
über fünf Jahrzehn-  
ten mit bürgerlicher  
Mehrheit

**2004**

**2015**

Grossrat mit  
höchstem  
Frauenanteil  
eines kantona-  
len Parlaments  
in der Schweiz

**2020**

**1992**

Wahl der  
ersten Frau in  
die Regierung

**2000**

Stabiler  
Staatshaushalt  
und Zunahme  
der Bevölkerung

**2005**

Neue Kantons-  
verfassung

**2017**

Basler Fasnacht  
wird Weltkulturerbe  
der UNESCO





Wir brauchen  
**KEINEN CITY-RING**

Wir brauchen  
**SAUERSTOFF!**

# Stadtplanung und Umweltschutz: Die Ressourcen werden knapp

In der Mitte des 20. Jahrhunderts hatte der Wohlstand in Westeuropa ein ungeahntes Niveau erreicht. Doch nach fast dreissig Jahren des Wachstums, den *trente glorieuses*, wie sie im Französischen genannt werden, verdichteten sich um 1970 die Anzeichen einer Krise. In Basel schrumpfte die Bevölkerung, die Staatskasse leerte sich und die Zeiten der Vollbeschäftigung waren vorbei. Dazu kam die Angst vor der Zerstörung der Umwelt, die spätestens mit der Chemiekatastrophe in Schweizerhalle 1986 omnipräsent war. Das Gefühl der Unsicherheit begleitete die Bevölkerung in das neue Jahrtausend. Trotz imposanter Zeichen von Prosperität und Wachstum – darunter die Roche-Türme, die höchsten Wolkenkratzer des Landes – stellten sich den Baslerinnen und Baslern unangenehme Fragen: Wie sollte die Grenzstadt mit den knappen Flächen umgehen, die ihr zur Verfügung standen? Wie konnte sie ihre Attraktivität als Wohnort steigern? Und wie sollte sie den ungebrochen hohen Konsum mit den städtischen Klimazielen in Einklang bringen?

## Konjunktur, Bauboom, Konsumrausch – Die 1960er-Jahre

Das Auto dominierte Basel. Egal ob am Münsterhügel, vor dem Bahnhof oder auf dem Barfüsserplatz, Autos standen mitten in der Innenstadt. In den 1960er-Jahren galt es als selbstverständlich, beinahe überall seinen *Chlapf* parkieren zu können. Dieses Selbstverständnis hatte viel mit der Prosperität Basels in der Nachkriegszeit zu tun. Wie in anderen westeuropäischen Städten ermöglichte der Wirtschaftsboom auch in Basel ein neues Konsum- und Freizeitverhalten. Eine relativ breite Mittelschicht war zu beachtlichem Wohlstand gekommen. Das Auto, einst ein Privileg der Reichen, wurde zu einem Massenphänomen, war Statussymbol und

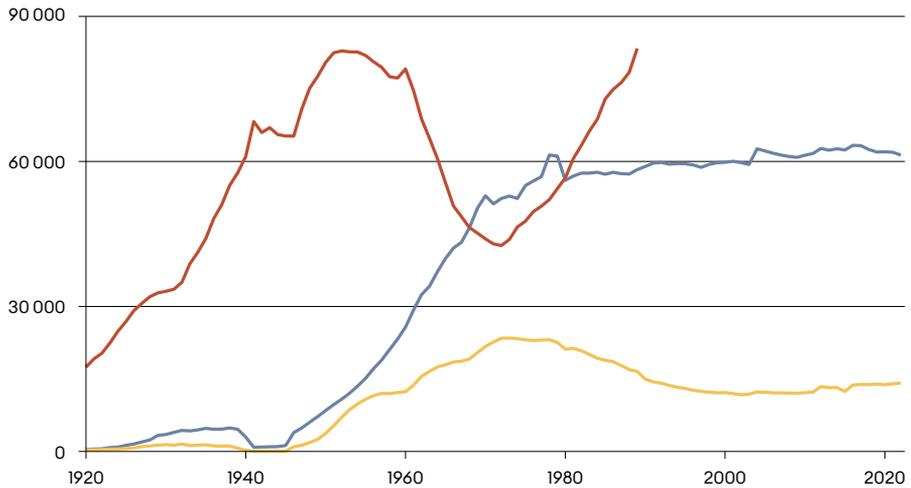
### 1 Auf dem Barfüsserplatz, damals ein Parkplatz, wird einem Autofahrer ein Bier serviert, 1959. —

Um 1960 waren die grossen öffentlichen Plätze in Basel den Autos vorbehalten, so auch der abgebildete Barfüsserplatz, wo der Kellner eines Bistros wartende Autofahrerinnen und

-fahrer bediente. Auch in der Freien Strasse, der Flanier- und Einkaufsmeile von Basel, war das Parkieren gestattet. Wer keinen Parkplatz fand, wick etwa in das neue Parkhaus Storchen beim Fischmarkt aus oder parkierte beim Rosshof, einem abgebrochenen Stadtpalais an bester Lage.



## Fahrzeugbestand in Basel-Stadt, 1920–2022



**2** Die Motorisierung der Gesellschaft machte sich in den 1960er-Jahren eindrücklich bemerkbar: Der Bestand an Autos und Motorrädern nahm in Basel massiv zu, während immer weniger Fahrräder im Einsatz waren. Mitte der 1970er-Jahre wuchs der Bestand an Fahrrädern wieder, ab 1990 wurde er nicht mehr erhoben. Anhaltende Popularität hatte das Auto: Der vermeintliche Einbruch um 1980 geht auf eine neue Zählweise zurück.

— Fahrräder  
— Motorräder inkl. Mofas  
— Personenwagen

hatte eine grosse kulturelle Bedeutung. Zwischen 1945 und 1970 nahm die Zahl der Motorfahrzeuge um das Zehnfache zu. In den 1970er- und 1980er-Jahren kurvten mehr Autos als Fahrräder durch die Stadt [2].<sup>1</sup>

Mitte des 20. Jahrhunderts wurde der Verkehr zu einem drängenden Problem für die Stadt. Die Motorisierung hatte die kühnsten Erwartungen übertroffen, das Strassennetz in Basel war heillos überlastet. Um das drohende Verkehrschaos zu verhindern, setzte die Regierung 1955 auf einen «Gesamtverkehrsplan».<sup>2</sup> Für die Ausführung engagierte sie Kurt Leibbrand, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich. Leibbrand hatte für verschiedene Städte in Europa Generalverkehrspläne entworfen und mehrere Lehrbücher verfasst.<sup>3</sup> Er repräsentierte den technokratischen Regierungs- und Verwaltungsstil der 1950er- und 1960er-Jahre. Die Zukunft war für ihn eine planbare und kalkulierbare Grösse, die Verkehrsplanung eine wertfreie und objektive, ja sogar eine politisch neutrale Wissenschaft.<sup>4</sup>

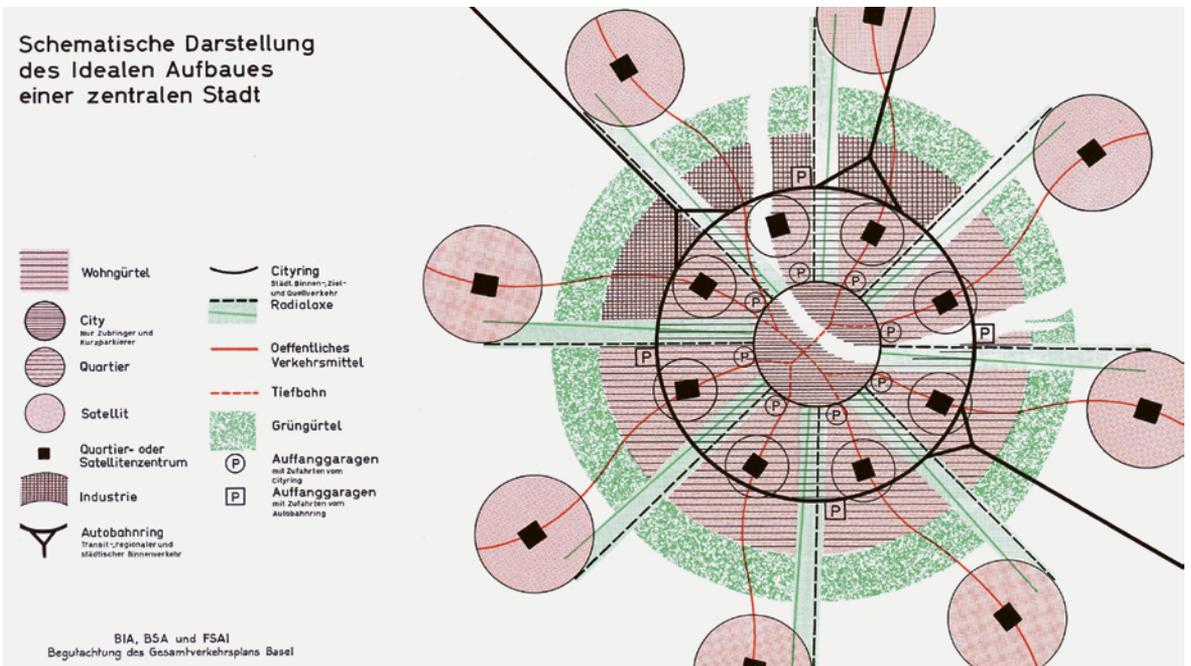
1958 legte Leibbrand seinen Gesamtverkehrsplan für die Stadt Basel vor. Stellenweise zeigte er darin ein feines Gespür für zukünftige Entwicklungen. Er prognostizierte, dass der weiter zunehmende Verkehr die funktionale Trennung von Arbeits- und Wohnraum vorantreiben würde. Damit nahm er vorweg, dass sich viele Wohnungen in die Aussenquartiere und Vororte mit tieferen Grundstückspreisen verlagerten – und damit das Verkehrsaufkommen durch den Pendlerfluss zunehmen würde.<sup>5</sup>

### **Adern des Verkehrs: City-Ring und Osttangente**

Im Zentrum des ‹Leibbrand-Plans› stand der motorisierte Verkehr, er war ein Plädoyer für den Ausbau der Strasse. Der Verfasser sah grosszügige Fahrbahnen für Autos und Busse vor, Grossgaragen sowie in den Untergrund verlegte – weil auf den Strassen unliebsam gewordene – Tramlinien. Fahrradwege spielten eine geringe Rolle, der historische und ästhetische Wert der Altstadt ebenfalls. Hätte Basel Leibbrands Gesamtverkehrsplan realisiert, wäre die Innenstadt durch eine breite, ebenerdige Autobahnstrasse auseinandergeschnitten worden. Als Hauptstrasse hätte sie über die – erst noch zu bauende – ‹Totentanzbrücke› über den Rhein ins Kleinbasel geführt. Die Stadt Basel beschrieb Leibbrand als einen lebenden Körper. «Der Verkehr ist das Blut, das in seinen Adern fliesst», fügte er an. «Das ist kein Schlagwort. Auf Verkehr, dieses ‹notwendige Übel› kann nicht verzichtet werden.»<sup>6</sup>

Die Veröffentlichung des ‹Leibbrand-Plans› sorgte für Aufsehen und Kritik. Weder die Gesamtverkehrskommission noch die Regierung waren restlos überzeugt. Da die kritischen Stimmen überwogen, luden sie die Bevölkerung ein, alternative Pläne einzureichen. Den schlagkräftigsten Gegenentwurf lancierten die Fachverbände der Architekten und Ingenieure. Ganze vier Teilberichte umfasste ihr «Gemeinschaftswerk», das sie auf ehrenamtlicher Basis verfasst hatten. Die Fachverbände verstanden die Stadt als einen Raum mit verschiedenen Zonen, also Gebieten mit unterschiedlichen Funktionen. Dabei stellten sie den motorisierten Verkehr nicht grundsätzlich in Frage. Doch im Zentrum ihrer Überlegungen stand die Idee einer funktional gegliederten Stadt [3].<sup>7</sup>

Der Cityring war das Kernstück des Gegenentwurfs zum ‹Leibbrand-Plan›. Er markierte den Übergang von einer vom Auto dominierten zu einer autoarmen Innenstadt. Der Ring sollte den Verkehr nicht durch, sondern um den Stadtkern herumführen. Ihm entlang befanden sich sogenannte Auffanggaragen, unter anderem die Parkhäuser Elisabethen und Steinen als Teil des Heuwaage-Viadukts und das City-Parkhaus. Die Idee des ‹Cityrings› war: Die Menschen fahren mit



### 3 Gesamtplan der Stadt Basel aus dem Bericht der Fachverbände, 1962.

dem Auto auf dem «Ring», parkieren, und bewegen sich dann zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV) in die Stadt, die «City».

Als die Fachverbände 1962 ihren Plan vorstellten, fielen die Reaktionen durchweg positiv aus. Selbst die Autolobby, die Verkehrsliga und der Schweizerische Automobilclub sprachen sich dafür aus. Auch der Kanton Basel-Stadt bevorzugte den Gegenentwurf der Fachverbände. Zwei Jahre später begann die Umsetzung.<sup>8</sup> Die grosse Streitfrage der Basler Verkehrsplanung lautete in den folgenden Jahrzehnten: Wie kann die Autobahn durch die dichtbesiedelte Stadt geführt werden?

Klar war, dass die Autobahn den Osten der Stadt Basel tangieren würde, die Rede war daher von der Osttangente. Zur Debatte standen eine «äussere» Variante, wie sie Kurt Leibbrand vorgeschlagen hatte, und die «innere» Variante der Fachverbände. Während die eidgenössische Planungskommission eine weiträumige Umfahrung der Stadt über die Grundwassergebiete Lange Erlen und Hard bevorzugte, sprach sich die Basler Regierung für eine Routenführung durch die



**4 Rudolf Maeglin, «Heuwaage Basel», 1969.** — Das Heuwaage-Viadukt, zwischen 1966 und 1970 erbaut, gilt vielen als Beispiel einer missglückten Stadtplanung: Hier herrsche der Verkehr, die Menschen dagegen mieden die graue Betonwüste. Das Gemälde von Rudolf Maeglin, kurz vor der Fertigstellung des Viadukts vollendet,

offenbart eine ganz andere Wahrnehmung. Die Stahlträger leuchten rot, die Trams dunkelgrün, die Autos in allen Farben, in der Mitte steht die Verkehrskanzel, im Volksmund «Affenkäfig» genannt. Es ist das Zeugnis einer bewegten Zeit, in der das Auto für Fortschritt und ein urbanes Lebensgefühl stand.

Quartiere Breite und Gellert aus. Neben dem Schutz des Grundwasserreservoirs betonte sie, dass die Stadt durch die «äussere» Variante vom Nationalstrassennetz abgeschnitten worden wäre. Dadurch wären die Strassen in den Quartieren noch stärker vom Verkehr belastet worden.<sup>9</sup>

Doch der Ausbau der Nationalstrassen lag nicht in der Kompetenz der Kantone, sondern des Bundes.<sup>10</sup> Um die Führung der Osttangente entbrannte ein Streit zwischen Basel und Bern. Unter dem Eindruck, ungerecht behandelt zu werden, reichte die Basler Regierung hinter dem Rücken der eidgenössischen Planungskommission ein Projekt mit der «inneren» Variante beim Bundesrat ein. In Bern wurde dieses Vorgehen als Affront empfunden. Hans-Peter Tschudi,

SP-Bundesrat aus Basel, kritisierte seine Kollegen in der Heimatstadt für ihren Versuch, einen *fait accompli* zu schaffen. Doch der Bundesrat strafte Basel-Stadt nicht ab: 1966 konnten die Bauarbeiten für die «innere» Variante der Osttangente beginnen.<sup>11</sup> In den Debatten rund um die Osttangente finden sich erste Anzeichen für eine lokale Umweltschutzbewegung. Eine oft geäußerte Befürchtung war die Abnahme der Lebensqualität in Quartieren wie Gellert oder Breite. Sie verhallte ungehört.<sup>12</sup>

Als die Bauarbeiten an der Osttangente begannen, war die Karriere des bekannten Stadtplaners Kurt Leibbrand bereits ruiniert. Dem Ingenieur waren Kriegsverbrechen nachgewiesen worden, die er während der Zeit des Nationalsozialismus begangen hatte. Der Entscheid gegen den «Leibbrand-Plan» stand nicht im Zusammenhang mit dem Prozess, zumindest nicht offiziell. Die Vorwürfe gegen den einst gefeierten Stadtplaner dürften den Entscheid für den Gegenentwurf der Fachverbände aber erleichtert haben.

### **Begleiterscheinungen des Konsums: Modeketten, Lädelerben, Schlachthof**

Zeitgleich mit dem Verkehr wuchs auch der Verbrauch von Gütern unterschiedlicher Art stark an. Der Fleischkonsum beispielsweise nahm deutlich zu. Allein zwischen 1950 und 1963 stieg er von 56,5 auf 80,5 Kilogramm pro Kopf und Jahr, also um nahezu fünfzig Prozent. Die Zahl der jährlich in Basel geschlachteten Tiere nahm im selben Zeitraum um knapp 30 000 zu. 1963 starben im Basler Schlachthof fast 140 000 Tiere.<sup>13</sup> Für die lokalen Metzgereien war das nicht genug. Sie forderten seit Jahrzehnten eine Vergrößerung und Modernisierung des Schlachthofs. Zudem galten die Schlachtgebühren in Basel als hoch. Bell, eine Tochter des Detailhändlers Coop und grösste Fleischproduzentin der Schweiz mit Hauptsitz in Basel, prüfte daher eine Verlegung des Schlachthofs von der Stadt aufs Land.<sup>14</sup> Mitte der 1960er-Jahre genehmigte der Grosse Rat einen Neubau für 32 Millionen Franken, 1970 nahm die Stadt ihren neuen Schlachthof an der Grenze zu Frankreich in Betrieb. Mit dem Bau der grössten Schlachthalle der Schweiz sicherte sich Basel nicht nur den Verbleib von Bell, sondern auch die Möglichkeit, Tiere in grossem Massstab zu Fleisch zu verarbeiten.

Im Zeitalter des Massenkonsums gewannen Grossverteiler an Einfluss. Wie in anderen Städten auch verschwanden in Basel viele kleinere Geschäfte. Zwischen 1965 und 1985 sank die Zahl der Läden in der Stadt von 2450 auf 1968. Von den Schliessungen waren insbesondere Quartierläden, sogenannte Tante-Emma-Läden



**5 Der neue Schlachthof in Basel, 1971.** — Der 1970 eröffnete neue Basler Schlachthof, der grösste Schlachtbetrieb in der Schweiz, war ganz auf die rationalisierte Fleischverarbeitung ausgerichtet.

betroffen. Auch zahlreiche Bäckereien mussten schliessen oder gaben ihre Räume an grössere Wettbewerber wie «Sutter Begg» ab.<sup>15</sup> Im Detailhandel verdrängte das Prinzip der Selbstbedienung zunehmend den Verkauf über die Theke. In weiträumigen Einkaufszentren fand die Kundschaft alles von Brot bis Käse, Mercerie bis Putzmittel. Hier konnte man frei auswählen, ohne den Laden zu wechseln. Damit falle die berüchtigte «Schwellenangst» weg, frohlockten Detailhändlerinnen und -händler.

An der Freien Strasse, Basels präferierter Einkaufsmeile, dominierten zunehmend internationale Ketten das Erscheinungsbild. Die steigenden Mieten konnten sich in erster Linie Modeläden leisten. 1975 war erst etwa ein Drittel aller Läden an dieser Lage Kleidergeschäfte, 2001 die Hälfte. Im Zentrum der Stadt herrschte immer weniger Vielfalt, insbesondere das Angebot für Produkte des täglichen Gebrauchs verschwand fast vollständig. Bot Mitte der 1970er-Jahre jedes zehnte Geschäft an der Freien Strasse Lebensmittel an, war es ein Vierteljahrhundert später nicht einmal mehr jedes zwanzigste. Diese Entwicklung provozierte kontroverse Debatten, die Rede war von «Banalisierung», «Filialisierung» oder

**6 Ausverkauf im «Magazin zur Rheinbrücke» in Basel, 1972.** — Das grösste Warenhaus der Stadt stand in Kleinbasel, unweit der Mittleren Brücke. Bis 1994 trug es den Namen «Rheinbrücke», ehe es im Zuge eines nationalen Rebrandings in «Manor» umbenannt wurde. Die Warenhauskette, Teil eines Genfer Konglomerats, hatte zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit neuen Herausforderungen zu kämpfen, beispielsweise den Shopping-Malls in der Agglomeration und dem Internethandel.



auch: «Lädelisterben». Das Spezifische der Stadt schien bedroht, wenn in Basel die gleichen Waren wie in anderen Städten auch angeboten wurden.<sup>16</sup>

### **Basel wird zur Baustelle**

Bis in die 1970er-Jahre dominierte in Basel eine Machbarkeitsmentalität, die von der stabilen politischen und wirtschaftlichen Lage getragen wurde. Die Stadt glich phasenweise einem grossen Bauplatz. Der Kanton Basel-Stadt investierte 1970 etwa dreimal so viel in den Hoch- und Tiefbau wie noch 1960. Die Stadt baute diverse Freizeitanlagen, unter anderem Gartenbäder (St. Jakob 1955, Bachgraben 1962). Besonders viele Neubauten entstanden zu Bildungszwecken. Zwischen 1945 und 1970 verdoppelte sich die Anzahl Klassen an den öffentlichen Schulen, im selben Zeitraum entstanden in Basel-Stadt über zehn neue Schulgebäude – man spricht in diesem Zusammenhang von der «Bildungsexpansion».<sup>17</sup> Auch die Universität erhielt neue Gebäude: das Institut für Organische Chemie (1952), eine neue Universitätsbibliothek (1968) und das Biozentrum (1971).<sup>18</sup> Und auch im

Gesundheitswesen standen grosse Neubauten an, unter anderem das neue Felix Platter Spital (1967).

Mit dem Wohlstand wuchsen die Ansprüche und die Standards. Bis 1960 rund die Hälfte der Basler Haushalte eine Etagen-, Zentral- oder Fernheizung, waren es 1980 bereits 85 Prozent. Inzwischen konnten sich fast alle Bewohnerinnen und Bewohner Basels eine warme Dusche im eigenen Badezimmer gönnen. Noch 1960 hatten sechzehn Prozent der Haushalte keinen Warmwasseranschluss und 22 Prozent keine eigene Dusche oder Bad. Infolge der regen Bautätigkeit entstanden viele Neubauten, die einen Ausbaustandard mit Einbauküche und Kühlschrank, Heizung und Bad zur Norm erhoben.<sup>19</sup>

Als Folge des neuen Lebensstandards explodierte der Verbrauch an Energie. Zwischen 1960 und 1970 konsumierte die Kantonsbevölkerung siebzehn Prozent mehr Wasser, 57 Prozent mehr Elektrizität und gar 138 Prozent mehr Gas.<sup>20</sup> Für die Regierung stellte der steigende Konsum eine Herausforderung dar, auf den sie mit dem Bau öffentlicher Versorgungswerke reagierte. Angesichts der kleinen und dicht besiedelten Stadtfläche von 37 km<sup>2</sup> war sie dabei auf Kooperationen mit anderen Kantonen angewiesen. Das Wasserkraftwerk Birsfelden (BL) aus den 1950er-Jahren gehörte zu solchen gemeinschaftlichen Projekten auf ausserkantonalem Boden. Später bezog Basel-Stadt verstärkt Strom aus Partnerwerken in Bern, im Wallis und Tessin. Basel bemühte sich in den 1960er-Jahren auch um Energie aus dem umliegenden Ausland, zum Beispiel in Form von Ferngasverträgen mit Deutschland, eine wichtige Basis für die starke Entwicklung der Gasindustrie. Doch nicht alle grenzüberschreitenden Projekte hatten Erfolg. 1968 gelang es, einen Vertrag mit Frankreich für eine gemeinsame Abwasseranlage im Elsass abzuschliessen. Da aber die betroffenen elsässischen Gemeinden Widerstand leisteten, wurde das Vorhaben nach einigen Jahren wieder aufgegeben.<sup>21</sup>

**1960 hatten 22 Prozent der Haushalte keine eigene Dusche oder Bad**

Eine eigene Lösung musste die Regierung auch bei der Abfallentsorgung finden. Die Gleichung war in diesem Fall einfach: Die Menschen konsumierten mehr – und produzierten dadurch mehr Hauskehricht. Zwischen 1945 und 1965 verzeichnete die Kehrichtverbrennungsanlage in Basel eine Zunahme der Abfallmenge von sechs Prozent pro Jahr. Die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA I), erst 1943 am nördlichen Rand der Stadt gebaut, stiess an ihre Grenzen, 1969 ging die neue KVA II direkt nebenan in Betrieb. Die neuen Öfen kosteten den Kanton noch mehr als der fast zeitgleich in unmittelbarer Nachbarschaft eröffnete neue Schlachthof: knapp 50 Millionen Franken. Sie konnten statt 100 000 jährlich rund 230 000 Tonnen Abfall bewältigen.<sup>22</sup>



**7 Asphaltarbeiten und Strassenbau in Basel, zwischen 1960 und 1970.** — Basel erlebte in den 1960er-Jahren einen Bauboom. Die daran beteiligten Arbeiter waren oftmals Saisoniers oder Grenzgänger, viele stammten aus Italien oder dem Elsass.

Bis zum Ausbruch der Ölpreiskrise 1973 wurden jedes Jahr etwa 2000 neue Wohnungen gebaut, vorwiegend mit ein, zwei oder drei Zimmern. Parallel dazu stieg der Wohnflächenbedarf kontinuierlich an.<sup>23</sup> Wie grosszügig oder beengt man lebte, hing massgeblich vom Quartier ab. Arme Quartiere wie die Kleinbasler Wohnviertel Kleinhüningen, Klybeck oder Matthäus waren dicht, reiche Quartiere wie St. Alban, Bruderholz oder die Landgemeinden Riehen und Bettingen dünn be-

siedelt. Die Einkommensunterschiede zwischen den Quartieren blieben zwischen den 1960er- und den 2010er-Jahren relativ stabil. Ein Quartier, in dem sich die Einkommenslage veränderte, war die Breite: 1970 lag der Steuerertrag der Einwohnerinnen und Einwohner – hauptsächlich Arbeiterinnen und Arbeiter – deutlich unter dem Basler Durchschnitt, 2007 hingegen leicht darüber.<sup>24</sup>

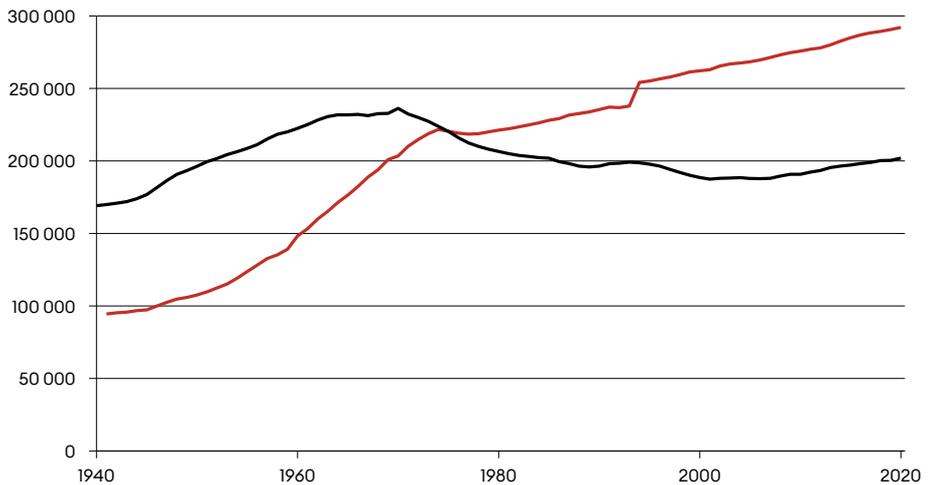
Mit dem Bauboom waren die Landreserven in der Mitte des 20. Jahrhunderts knapp geworden. In der dicht besiedelten Stadt mit ihrer geringen Fläche war der Traum von einem geräumigen Eigenheim kaum mehr zu realisieren. Die nun einsetzende Stadtfucht war ein schweizweites Phänomen, von dem Basel-Stadt besonders stark betroffen war.<sup>25</sup>

## Umweltsorgen und Krisengefühle – Die 1970er-Jahre

Die neue Mobilität machte es möglich, finanzielle Überlegungen legten es nahe – den Umzug von der Stadt auf das Land. Was für viele junge Familien verlockend klang, löste bei der Basler Regierung Panik aus. In der Nachkriegszeit musste sie beobachten, wie vor allem die wohlhabende – und damit die steuerpolitisch wichtige – Bevölkerung in die Agglomeration abwanderte. Viele Kader der öffentlichen Dienste und der Wirtschaft zog es in stadtnahe Gemeinden, insbesondere in den Kanton Basel-Landschaft, mit dem eine Mehrheit der Baslerinnen und Basler gerne fusioniert hätte. Doch der Nachbarkanton lehnte einen Zusammenschluss 1969 überraschend deutlich ab.<sup>26</sup>

Das Nein von Basel-Landschaft war nur ein Zeichen in diesem Jahr, das im Nachhinein als Krisensymptom gelesen werden kann. 1969 markiert den Zenit der Hochkonjunktur und den Anfang einer Krise, die sich in der Bevölkerungsentwicklung eindrücklich niederschlagen sollte. Jetzt erreichte der Kanton den Höchststand von 236 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, dreissig Jahre später waren es nur noch etwa 190 000 [8]. In der Zwischenzeit schrumpfte die Wohnbevölkerung nicht nur, sie wurde auch älter und kinderärmer. Medizinischer Fortschritt, die steigende Lebenserwartung und die Einführung der Antibabypille beschleunigten diesen demografischen Trend. Dies hatte Konsequenzen für den Staatshaushalt: Die Einnahmen aus der Einkommenssteuer gingen zurück, die Sozialversicherungsbeiträge stiegen an und der Bedarf an Alters- und Pflegeheimen nahm zu.<sup>27</sup>

## Bevölkerungsentwicklung in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft, 1940–2020



**8** Während der Kanton Basel-Stadt nach 1970 einen markanten Rückgang verzeichnete, nahm die Bevölkerung in Basel-Landschaft kontinuierlich zu. Viele junge Familien zogen es in die Agglomeration, wo der Traum vom Eigenheim noch finanzierbar war. Die Entwicklung der Wohnbevölkerung veranschaulicht den Trend der Stadtflicht, der im 21. Jahrhundert abflaute.

— Wohnbevölkerung Kanton Basel-Stadt  
— Wohnbevölkerung Kanton Basel-Landschaft (ab 1994 mit Laufental)

### Basel schreibt rote Zahlen

Nach 1970 rutschte der Staatshaushalt von Basel-Stadt ins Minus. 1971 resultierte erstmals seit 1947 ein Netto-Verlust, im folgenden Jahr verdoppelte sich der Verlust auf 70 Millionen Franken.<sup>28</sup> Kurz darauf befeuerten globale Entwicklungen die Misere des Stadtkantons. 1973 führten erhöhte Ölpreise in den westlichen Industrieländern zu einem wirtschaftlichen Einbruch. Die Ölpreiskrise markierte das Ende der Vollbeschäftigung in Basel, wo man die Probleme der Weltwirtschaft unmittelbar spürte. Auf dem Rhein fuhren kurzzeitig weniger Frachtschiffe als gewohnt, die steigenden Treibstoffpreise hatten den internationalen Handel gelähmt. Ende 1973 rief der Bundesrat aus Sorge um fehlende Öllieferungen drei autofreie Sonntage aus.<sup>29</sup> Einzelne nahmen die Situation mit Humor – Jugendliche

eroberten mit ihren Fahrrädern und Rollschuhen den neuen Cityring. Auf viele wirkte das Bild verwaister Autobahnen bedrohlich. «Jedes Blatt hat man auf der Strasse rascheln gehört», erinnert sich der Basler Journalist Felix Erbacher. «Die Menschen hatten das Gefühl, die Wirtschaft würde bald zusammenbrechen».<sup>30</sup>

Die Fortschrittsgläubigkeit der Hochkonjunktur verpuffte, die Sorgen um die Zukunft Basels nahmen zu. Die zuweilen euphorischen Prognosen über die demografische und wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich häufig als falsch, auch die Basler Behörden mussten zahlreiche Planungsfehler eingestehen.<sup>31</sup> Die fehlende Kompetenz der Behörden, finanziell vorausschauend zu planen, offenbarte sich etwa im sogenannten Bürgerspitalskandal.

Mit einer kommunikativen Grossoffensive warb die Regierung im Vorfeld der Abstimmung 1964 erfolgreich für ein neues Spitalgebäude. Es sollte 132 Millionen Franken kosten, dreizehn Geschosse hoch sein und mitten in der Stadt stehen. Doch das Projekt litt unter massiven Verzögerungen und einer Kostenexplosion. Nach drei Jahren Bauzeit zog das Parlament die Bremse, verordnete einen Baustopp und beauftragte das Basler Architekturbüro Suter + Suter mit einer Überarbeitung. In Basel sprach man zu diesem Zeitpunkt bereits von der «Fehlplanung des Jahrhunderts». Der Neubau kostete am Ende doppelt so viel wie geplant und wurde mit sechs Jahren Verspätung realisiert.<sup>32</sup>

### **«Basel 75»: Gegen die Stadtflucht und für die Aufwertung der Altstadt**

1975, mitten im Finanzloch, veröffentlichte die Regierung das Programm «Basel 75: Hauptziele eines Stadtkantons». Um Basel als «selbständig lebens- und handlungsfähigen Kanton» zu erhalten, müsse die städtische Lebensqualität verbessert, Basel zu einem attraktiven Wohnort umgebaut und der Finanzhaushalt saniert werden. Binnen fünf Jahren, so das Ziel, sollte der Kanton in die schwarzen Zahlen zurückkehren und die Wohnbevölkerung bei 225 000 Menschen stabilisiert werden. Beide Ziele verfehlte Basel-Stadt deutlich, 1980 resultierte ein Minus von fast 100 Millionen Franken und im Kanton lebten nur noch knapp 204 000 Menschen.<sup>33</sup>

Obwohl die Zahlen enttäuschten, bedeutete «Basel 75» eine wichtige Weichenstellung der kantonalen Politik. Die «National-Zeitung» erkannte den längst fälligen Kurswechsel «vom Verwalten zum Regieren».<sup>34</sup> Bemerkenswert am Regierungsprogramm war unter anderem die Würdigung der Altstadt. Die Erhaltung des historischen Stadtbildes – beziehungsweise dessen, was noch von ihm übrig war – wurde zu einem integralen Bestandteil der Stadtplanung erklärt.<sup>35</sup>



**9 Fackelumzug gegen den Abriss des Rosshofes, 1961.** —

1961 sollte der barocke Rosshof abgebrochen und durch einen Neubau mit Grossgarage für 1800 Autos ersetzt werden. Gegen diese Pläne ging das Komitee «Aktion Nadelberg» am 11. März 1961 auf die Strasse, rund 5000 Menschen nahmen am Fackelumzug teil. Es war einer der ersten Proteste gegen den Abbruch der Altstadt. Den Widerstand organisierte Lucius Burckhardt mit einer kleinen Gruppe von Studierenden. Der Stadtsoziologe kritisierte zeitweilig die Basler Stadtplanung, insbesondere den autokonformen Umbau der Stadt.

Im Falle des Rosshofes waren diese Bemühungen nur teilweise erfolgreich, bis auf das Haupthaus wurde das Gebäude abgerissen. Zu strukturellen Veränderungen im Umgang mit dem historischen Stadtbild kam es erst Mitte der 1970er-Jahre, als die Stimmbevölkerung gegen den Abriss mehrerer Häuser am Marktplatz stimmte. Ausgangspunkt war der Kampf gegen den «Markthof», ein grosser Warenhausblock, für den diverse Häuser am Marktplatz hätten abgerissen werden sollen. An der Volksabstimmung 1976 stimmten zwei Drittel gegen den Neubau.

An die Stelle der Erneuerungsmentalität der Hochkonjunktur trat die Philosophie, den historischen Stadtkern zu schützen, zu sanieren und zu präsentieren. Das Papier liest sich wie eine Rückbesinnung auf die eigene Geschichte, die in Form historischer Bausubstanzen erhalten bleiben müsse. Denn die Attraktivität Basels als Wohnort, so erklärte die Regierung, beruhe stark auf diesem baulichen Erbe.

Diesem neuen Selbstverständnis waren Impulse aus der Bevölkerung vorausgegangen, vor allem von den zwei privaten Vereinen Basler Heimatschutz und Freiwillige Denkmalpflege, die bis in die frühen 1970er-Jahre verschiedene Volksabstimmungen über den Erhalt von alten Gebäuden verloren hatten. Der Umgang mit der historischen Bausubstanz war lange kaum reguliert. Das Baudepartement definierte zwar im revidierten Zonenplan von 1939 eine kleine «Altstadtzone». Darin durften Gebäude aber beliebig ersetzt werden, solange im Umfang des vorherigen Volumens neu gebaut wurde. Im Kern mussten sich die Neubauten also nur dem bestehenden historischen Umfeld anpassen. Auch die im Denkmalverzeichnis eingetragenen Gebäude waren nicht unbefristet geschützt.<sup>36</sup>

In den 1970er-Jahren fand der Denkmalschutz erhöhte Beachtung. Über den Erhalt von Altbauten wurde nicht nur in Basel lebhaft debattiert. Ein Anlass dafür war die Erkenntnis, dass in Europa nach 1945 mehr historische Bausubstanz zerstört worden war als durch den Krieg selbst.<sup>37</sup> Nach der Veröffentlichung von «Basel 75» zeigte sich die neue Haltung zunehmend auch im Stadtbild.

Um die Altstadt zu bewahren, führte Basel 1977 die Kategorien «Schutzzone und Schonzone» ein. Innerhalb der «Schutzzone» galt ein vollständiger Substanzschutz, in der weder Fassaden noch Dächer und Brandmauern abgebrochen werden durften. Die gesamte bisherige Altstadtzone erhielt damit faktisch einen Abbruch-Schutz. Die «Schonzone» war weniger streng reglementiert. In ihr durfte neu gebaut werden, allerdings nur, wenn Volumen und Charakter der bisherigen Bebauung gewahrt wurden. Die Schonzone ging flächenmässig weit über die bisherige Altstadt hinaus. Sie umfasste diverse Ensembles des 19. und 20. Jahrhunderts in den Aussenquartieren. Mit der Erhaltung solcher «künstlerisch wertvoller Quartiere», so die Grossratskommission, würde «echte Wohnlichkeit mit notwendiger volkswirtschaftlicher Attraktivität» verbunden.<sup>38</sup> Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklungen war das Denkmalschutzgesetz von 1980. Damit wurde die Denkmalpflege zur Staatsaufgabe.<sup>39</sup>

1971 hat das Baudepartement bei 192 Wohnhäusern den Abbruch bewilligt, 1984 nur noch bei 58.<sup>40</sup> An die Stelle der Abbrüche trat ein neuer Trend, die Restaurierung. So ist die heutige Altstadt bei näherer Betrachtung zu grossen Teilen eine Rekonstruktion. Bei der Restaurierung des St. Albantors zeigte sich der Rück-



**10 Das St. Albantorturm als Zeugnis moderner Altstadtfantasien.** — Das Beispiel St. Albantorturm zeigt, wie wandelbar das ist, was als «typische» Altstadt gilt. Ganz links ist der Turm auf einer frühen Fotografie zu sehen. Mit der Renovierung 1871–1873 erhielt er eine pseudohistorische Fassade, die an eine mittelalterliche Trutzburg

gemahnt (mittleres Bild). Die Rückführung auf das einstige Erscheinungsbild ist typisch für die Sanierungen der 1970er- und 1980er-Jahre (rechtes Bild). Das Tor war Zeuge einer Geschichte der Rekonstruktion und der Traditionspflege, es wurde nach dem Rückbau unter Denkmalschutz gestellt.

griff in die Vergangenheit exemplarisch. Die Stadt riss 1976 den Dachaufbau aus der Gründerzeit ab und stellte den nüchternen Zustand ohne Zinnen aus dem Mittelalter wieder her [10]. Diese und viele weitere Restaurationen der 1970er- und 1980er-Jahre zeugen vom Bedürfnis nach Identitätsstiftung und Selbstvergewisserung in einer Zeit der Krisen und Umbrüche.<sup>41</sup>

Noch weit grösser als die Angst vor der Zerstörung der Altstadt war in den 1970er-Jahren allerdings die Sorge um die Umwelt. In Basel wurde der Umweltschutz zu dem bestimmenden Thema des Jahrzehnts.

### **Der Basler Umweltschutz wird sichtbar**

Am 6. April 1973 sassen junge Menschen in den Baumkronen entlang des Cityrings. Sie gehörten der Progressiven Organisationen Basel (POB) an, einer aus der 68er-Bewegung hervorgegangenen Partei. Auf Transparenten standen ihre Parolen, etwa: «Auch diese Bäume sind Opfer des Cityrings» [11]. Die Kritik galt der Basler

Regierung, die sich zu sehr um Wachstum und Strassenbau kümmere. Die Aktivistinnen und Aktivisten setzten sich derweil für die Umwelt ein. Es mehrten sich die kritischen Stimmen gegenüber dem hohen Ressourcenverbrauch und dem Primat des Autos.

Der Cityring, kurz zuvor noch als verkehrsplanerischer Meilenstein gelobt, geriet zunehmend in die Kritik. Ende 1969 ergriff das «Aktionskomitee gegen den Cityring und für ein wohnliches Basel» das Referendum gegen die zweite Bauetappe. Das Komitee war breit aufgestellt, neben jungen linken Kräften verfügte es auch über erfahrene Politikerinnen und Politiker wie den freisinnigen Grossrat Adolf Gasser oder Mary Paravicini vom sozialliberalen Landestring der Unabhängigen (LdU). Die Gruppe war politisch heterogen, der Einsatz für den Umweltschutz ihr verbindendes Element. Sie wollte nicht tatenlos zusehen, wie eine grössere Zahl von Bäumen gerodet würde für den Cityring und das Heuwaage-Viadukt, das sie als «scheussliches Stahlmonument» bezeichneten.<sup>42</sup>

Bei der Abstimmung 1970 blieb das Komitee jedoch chancenlos. Die zweite Bauetappe wurde realisiert, daran änderten auch die spektakulären Baumbesetzungen nichts. Doch der Widerstand war Ausdruck eines Mentalitätswandels. Das Bewusstsein für die Bedrohung der Umwelt nahm zu. Der Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen rückte immer stärker in den Blickpunkt, die Kritik am Wachstumsmantra der Nachkriegszeit wurde salonfähig.<sup>43</sup> Damit griff man in Basel Diskussionen auf, die global geführt wurden.

Am 4. September 1970 war der «Basler Tag des Naturschutzjahres», die Universität beging ihn mit einer «Stunde der Besinnung».<sup>44</sup> Adolf Portmann, emeritierter Professor für Zoologie, stimmte dabei pessimistische Töne an: «Man redet gerne vom finsternen Mittelalter – wir haben viele triftige Gründe, von einer sehr finsternen Gegenwart zu sprechen.»<sup>45</sup> Portmann spielte damit auf Erkenntnisse an, die seine Kolleginnen und Kollegen in den vorhergehenden Jahren gewonnen hatten. Vor allem der Bestseller «Der stumme Frühling» (1962) der Biologin Rachel Carson hatte beim Ornithologen Portmann nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Sprachgewaltig prangerte Carson den Einsatz von Pestiziden an, ihr Buch gilt als Auftakt der globalen Umweltbewegung.<sup>46</sup> Und es hatte auch Konsequenzen für Basel: Carsons Werk hatte massgeblichen Anteil daran, dass die Schweiz 1972 den Einsatz von Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT) verbot. Die insektentötende Wirkung von DDT hatte der Chemiker Paul Müller 1939 in den Laboren der Firma Geigy entdeckt. Geigy brachte das Pflanzenschutzmittel drei Jahre später auf den Markt, Müller erhielt 1948 für seine Entdeckung den Nobelpreis für Medizin.

**Wir haben Gründe,  
von einer sehr finsternen  
Gegenwart zu sprechen**



**11 Baumbesetzung entlang des geplanten Cityrings, 1973.** — Aktivisten besetzen einen Baum und demonstrieren für ein wohnliches und umweltfreundliches Basel.

Am Basler Tag des Naturschutzjahres nannte Portmann das neue Paradigma der Bewegung: «Naturschutz wird Menschenschutz». Man müsse die Menschheit vor sich selbst retten. Zwei Jahre nach dem Europäischen Naturschutzjahr veröffentlichte der «Club of Rome» seinen epochalen Bericht «Die Grenzen des Wachstums». Das Zukunftsbild, das die Modellrechnungen des Massachusetts Institute of Technology zeichneten, war apokalyptisch: Wenn immer mehr Menschen immer mehr Ressourcen verbrauchten, drohe der Kollaps. Gewässer-, Lärm- und Luftverschmutzungen waren Konsequenzen des vielgelobten Wirtschaftswunders.<sup>47</sup>

Das ökologische Denken im Sinne von Portmann, Carson oder dem «Club of Rome» unterschied sich grundlegend vom alten konservatorischen Umwelt-



**12 Industrieabfälle im Rhein, 1965.** — Die Verschmutzung des Rheins durch Industrie und Schifffahrt war ein langanhaltendes Phänomen in Basel-Stadt. National galt der Kanton als Schandfleck des Gewässerschutzes und zuweilen auch als eine Peinlichkeit gegenüber den stromabwärts gelegenen Nachbarländern. Während Jahrzehnten versäumte

die städtische Politik den Bau von Kläranlagen, sichtbar machten die Missstände insbesondere Abfallstoffe der Basler Chemie, die direkt in den Fluss gelangten und diesen verfärbten. Erst 1982, dem gesetzlich letztmöglichen Zeitpunkt, verfügte Basel über Anlagen zur Reinigung der industriellen und städtischen Abwässer.

schutz. Nicht mehr nur Schönes und Edles aus Natur- und Tierwelt, sondern alles Lebendige, auch Mensch, Umwelt und alle natürlichen Lebensgrundlagen galten neu als schützenswert. Von den traditionellen Naturschutzverbänden erforderte das ein Umdenken. Der Schweizerische Bund für Naturschutz (später Pro Natura) beispielsweise, der seine Wurzeln in Basel hat, verschrieb sich mit seiner Statutenrevision 1965 neu dem Umweltschutz als Ganzem.

Keiner der neuen Vereine, die in den 1970er-Jahren zahlreich entstanden, verkörperte den Umweltschutz so deutlich wie die Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU). Als Dachorganisation vereinte,

koordinierte und artikulierte sie ab 1970 die verschiedenen Aktivitäten und Initiativen der Natur- und Umweltorganisationen im Kanton. Sie ermöglichte Allianzen und bündelte diese, um gemeinsame Interessen lautstark gegenüber den Behörden und der Wirtschaft vertreten zu können. Nach nur einem Jahr hatte die BASNU bereits 25 000 Mitglieder.<sup>48</sup>

Ein Feindbild der Umweltschutzbewegung war die chemisch-pharmazeutische Industrie, die wirtschaftlich mit Abstand wichtigste Branche in Basel. Als Exempel für ihre potenziell verheerenden Auswirkungen galt das italienische Städtchen Seveso, wo im Sommer 1976 hochgiftiges Dioxin aus dem Werk eines Tochterunternehmens von Roche ausgetreten war. Ob eine derartige Katastrophe hier passieren könnte, beschäftigte auch in Basel die Menschen. Hatte die Basler Chemie bis anhin als Zukunftsindustrie und als Garant des regionalen Wohlstandes gegolten, wurde sie in den 1970er-Jahren zunehmend kritisch betrachtet. Die mit ihr verbundenen Risiken waren in der Region Basel hinlänglich bekannt. In Fabriken war es wiederholt zu Explosionen gekommen, Abfälle verschmutzten den Rhein und oft stank es fürchterlich in den Arbeiterquartieren [12 | 14].<sup>49</sup>

### **Von «Basel blyb sauber» zur Umweltpolitik**

Der neue Umweltdiskurs prägte den Basler Politikbetrieb nachhaltig. Noch in den Parolen für die Gross- und Regierungsratswahlen 1968 spielten Umweltschutzthemen höchstens eine untergeordnete Rolle. Auch die Bemühungen der Regierung hielten sich in Grenzen und beschränkten sich darauf, die Gewässer-, Luft- und Lärmverschmutzung im urbanen Raum zu messen. Konkrete Massnahmen zu deren Eindämmung resultierten daraus nicht.<sup>50</sup>

Im Bereich des Umweltschutzes betrieb die Regierung vorerst Symbolpolitik. Um auf den zunehmenden Abfall aufmerksam zu machen, veranstaltete sie beispielsweise im Mai 1967 den Umzug «Basel blyb sauber», der das sogenannte Sauberkeitsjahr lancierte. Eine Grundsatzdebatte über die zunehmende Abfallproduktion in der Stadt löste die Aktion nicht aus [13].<sup>51</sup>

Ernsthaft auf die politische Agenda nahmen die Parteien den Umweltschutz erst anlässlich der Wahlen 1972. Die Radikaldemokraten forderten, dass ein Amt für Umweltschutz geschaffen und ein Lufthygienegesetz erlassen werde. Zudem plädierte die Partei, wie auch die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) und die Sozialdemokratische Partei (SP), für eine Regulierung der Gewässerverschmutzung. Für den Umweltschutz interessierte sich das gesamte Parteienspektrum: Von links bis rechts versprachen sie, den Privatverkehr eindämmen, den öffentli-



**13 Aktion zur Stadtreinigung «Basel blyb sauber», 1967.** — Tausende beobachteten, wie SP-Regierungsrat Max Wullschleger am 20. Mai 1967 symbolträchtig den letzten «Dreckspatz» in einen Käfig steckte und hochhielt. Daraufhin montierte der Magistrat eigenhändig den 350. Papierkorb. Eine Sauberkeitsparade umrundete derweil den Marktplatz und präsentierte alle Elemente

der Stadtreinigung, vom Strassenwischer über historische Eimer bis hin zum modernen Reinigungsfahrzeug. Ein Umdenken im Umgang mit Ressourcen löste die Aktion nicht aus. Die Abfallproduktion nahm in den Folgejahren weiter zu. Obwohl in der Stadt Ende der 2010er-Jahre über 1500 öffentliche Abfalleimer standen, landete immer noch ein Drittel der Abfälle auf dem Boden.

chen Verkehr ausbauen und damit den Weg für eine verkehrsfreie Innenstadt bereiten zu wollen. In Basel-Stadt entzog sich das Thema vorerst dem klassischen Links-Rechts-Schema.<sup>52</sup>

Umweltschutz war in dieser Zeit *en vogue*. Die Stimmbevölkerung des Kantons nahm 1971 den eidgenössischen Umweltschutzartikel mit einem überwältigenden Mehr von 97,5 Prozent an. Obwohl es noch bis in die 1980er-Jahre dauerte, bis der auch national deutlich angenommene Umweltschutzartikel in ein Gesetz mündete, schien in Basel die Zeit nun reif für konkrete Massnahmen. Die Stadt beschloss, den öffentlichen Verkehr zu fördern und baute Lärmschutzwände in den Klostermatten, neben der Osttangente. 1975 erliess die Regierung eine



**14 «Stinksack», von Ciba-Geigy 1988 in der Nachbarschaft verteilt.** — Der Gestank war ein altbekanntes Problem in Basel. Ein Zeugnis dafür war die 1965 einberufene Lufthygiene-Kommission mit Vertretern aus Verwaltung und Industrie, der «Stinksack» ein anderes. Den transparenten, hier abgebildeten Umschlag verteilte die Chemiefirma Ciba-Geigy 1988 in der Nachbarschaft, nachdem Aktivistinnen und Aktivisten einmal mehr die Geruchsemissionen angeprangert hatten. «Sobald der Sack gefüllt und geschlossen ist, bitte

dieses Meldeprotokoll ausfüllen», hiess es im Begleitschreiben. Auf dem Formular waren folgende Gerüche vorgeschlagen: «faule Eier, bittere Mandeln, WC, Pissoir, Fisch, Benzin, Nagellack, Kohl, Apotheke, Kaffee, Essig, Kanalisation, süsslich, Brandgeruch». Die Aktion erlangte mediale Aufmerksamkeit, brachte aber keine nennenswerten Erkenntnisse. Immerhin liefert sie Hinweise auf Gerüche, die in Basel während Jahrzehnten immer wieder in der Luft lagen, ehe sie mit dem weitgehenden Abzug der industriellen Produktion verschwanden.

Verordnung über die Reinhaltung der Luft und schuf eine entsprechende Amtsorganisation. Fünf Jahre später führte Basel, nach langjährigen Bemühungen der BASNU, das Baumschutzgesetz ein. Weniger als zehn Jahre nachdem Aktivistinnen und Aktivisten entlang des geplanten Cityrings Bäume besetzt hatten, verfügte Basel-Stadt, dass für jeden gefälltten Baum ein neuer gepflanzt werden muss.<sup>53</sup>

Zunehmend setzte der Kanton auch konkrete Anreize für einen bewussteren Umgang mit Ressourcen. Diese setzten beim individuellen Verbrauch der Menschen an. Dazu gehörte etwa die 1986 eingeführte verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung. Bis dahin erhielten Mieterinnen und Mieter eine pauschale Rechnung, nun wurde ihr Verbrauch gemessen und individuell abgerechnet. Möglich machten dies die Zähler der Basler Firma Rapp, die in

diesem Bereich Vorreiterin war. Ein Ingenieur erklärte den deutlich verringerten Energieverbrauch ganz pragmatisch: «Keiner spart für alle Nachbarn, für sich selber aber schon.»<sup>54</sup> Später weitete Basel das Verursacherprinzip auf den Kehricht aus. 1993 führte die Stadt gebührenpflichtige Abfallsäcke ein. Der Erfolg war aber bescheiden – trotz *Bebbi-Sagg* verdoppelte sich die Abfallproduktion zwischen 1980 und 2010.<sup>55</sup>

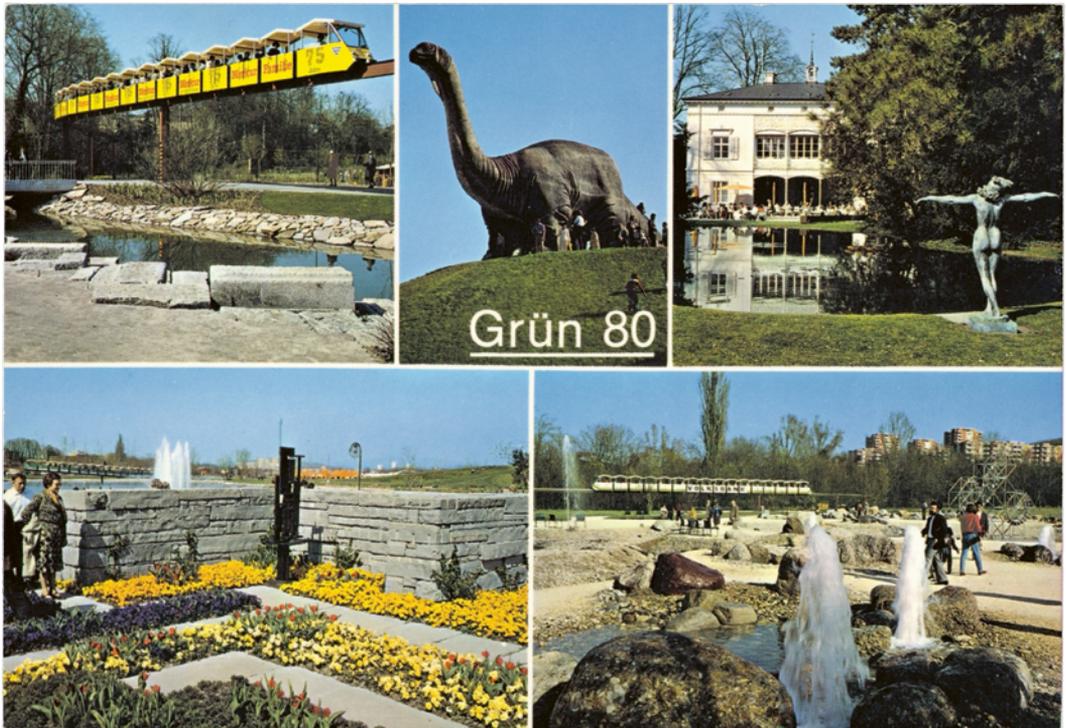
## Zwischen Utopie und Schrecken – Die 1980er-Jahre

Nur wenigen Baslerinnen und Baslern gelang es, umweltbewusstes Denken in umweltverträgliches Handeln zu überführen. Die Menschen sorgten sich zwar vermehrt um die Umwelt, belasteten sie aber gleichzeitig in steigendem Masse. Die Stadt versuchte verschiedentlich für dieses Problem zu sensibilisieren. Das herausragende Beispiel dafür war die «Grün 80».

Im Gegensatz zur ersten Ausgabe der «Schweizerischen Ausstellung für Garten- und Landschaftsbau», die 1959 in Zürich stattgefunden hatte, stand 1980 nicht mehr der Mensch als Schöpfer von Gartenkunst im Mittelpunkt. Der Grossanlass stellte die Natur ins Zentrum und propagierte den Umweltschutz. Es war die «erste international beachtete Gartenschau, die sich kritisch mit dem Verhältnis Mensch-Natur auseinandersetzt», schrieb die Thurgauer Zeitung.<sup>56</sup>

Vom 12. April bis zum 12. Oktober thematisierte die «Grün 80», wie der Mensch schädlichen Einfluss auf die Umwelt nahm und wo welche Veränderungen notwendig wären. Die Ausstellung fand über die Landesgrenzen hinaus grosse Beachtung. Über dreieinhalb Millionen Menschen besuchten sie, selbst Queen Elizabeth II. war im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuchs mit Entourage vor Ort. Einen faden Beigeschmack hinterliess die Tatsache, dass viele trotz preisgünstigem Busangebot mit ihren Privatautos anreisten.<sup>57</sup>

Die «Grün 80» war ein Massenerlebnis für die ganze Familie, Umweltschutz wurde am südlichen Stadtrand häppchenweise und leicht verträglich dargeboten. Die Projektion «S. O. S. Schweiz Suisse Svizzera» beispielsweise lieferte einen Überblick über gefährdete einheimische Landschaften. Unweit davon entfernt ragte ein Autowrack aus einer Mini-Sandwüste, ein Anblick, der daran erinnern sollte, dass die Natur auch den Menschen überleben werde. Die politische Brisanz



**15 Postkarte zur «Grün 80».** — 1980 fand in Basel die «2. Schweizerische Ausstellung für Garten- und Landschaftsbau» statt, sie ging als «Grün 80» in die kollektive Erinnerung ein. Auf einem Aussichtshügel thronte ein 25 Meter langer und 10 Meter hoher Dinosaurier, er sollte davor warnen, dass selbst die grössten Lebewesen

an einer veränderten Umwelt zugrunde gehen können. Eine Einschienenbahn führte die Besucherinnen und Besucher durch den Park. Die «Monorail» wurde nach der Ausstellung wieder abgebaut, das neue Naherholungsgebiet blieb der Region für die Zukunft aber erhalten.

des Themas offenbarte sich zur selben Zeit ganz in der Nähe, nämlich im aargauischen Kaiseraugst. Dort kämpften viele Menschen aus Sorge vor irreversiblen Schäden an der Umwelt gegen ein geplantes Atomkraftwerk (AKW).

### **Eine Region stemmt sich gegen das AKW Kaiseraugst**

Von jung bis alt, von links bis rechts, von urban bis ländlich: Die Anti-AKW-Bewegung war breit abgestützt, überregional vernetzt und entwickelte eine grosse Zugkraft. Basel war eines ihrer Zentren. Bereits 1970 hatte sich hier das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK) formiert. Ihm folgte 1973 die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK), die auch Verbindungen



**16 Demonstration auf dem Barfüsserplatz gegen die Nutzung der Atomkraft, 1975.** — Basel war ein Zentrum der Anti-Atombewegung, zu deren bekanntesten Gesichtern zählte der spätere Basler Nationalrat Hansjürg Weder, Mitbegründer des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke. Ein wichtiger

Ort des Protests war die hier abgebildete Pforte vor der Barfüsserkirche, die Jugendliche als «Klagemauer» bezeichneten. Unweit von Basel manifestierte sich der gesellschaftlich breit abgestützte Widerstand: In Kaiseraugst demonstrierten 1975 Tausende auf dem Areal des geplanten AKW.

ins Elsass und nach Südbaden pflegte, wo bereits in den Jahren zuvor Demonstrationen gegen geplante Atomkraftwerke stattgefunden hatten. Auch die Basler Regierung solidarisierte sich offen mit der Anti-AKW-Bewegung.<sup>58</sup>

Das war nicht selbstverständlich. Die zivile Nutzung der Atomenergie galt noch in den 1960er-Jahren in weiten Kreisen als eines der grossen Zukunftsversprechen, ihren kommerziellen Verheissungen widmete sich in Basel die Fachmesse «Nuclex». Auch Naturschutzverbände plädierten damals für den Bau von Atomkraftwerken, um neue Wasserkraftwerke zu verhindern und damit natürliche Flusslandschaften zu schützen. Als der Energiekonzern Motor Columbus 1966 das AKW-Projekt in Kaiseraugst vorgestellt hatte, war die mediale Resonanz noch positiv ausgefallen.<sup>59</sup>

Kurz darauf schlug die Stimmung um. Der Grosse Rat verabschiedete 1969 eine Resolution, in der er seine Besorgnis über ein Atomkraftwerk im «Einzugsgebiet des Hochrheins» ausdrückte. Für Basel gehe es um den «Schutz des lebensnotwendigen Wassers und der Luft sowie der Bewahrung vor Gefährdung durch radioaktive Abfälle».<sup>60</sup> Der geplante Standort Kaiseraugst liegt nur zehn Kilometer von der Stadt entfernt. Aarau, die knapp 40 km entfernte Kantonshauptstadt des Aargaus, wäre den Risiken weniger stark ausgesetzt gewesen, hätte aber gleichzeitig von sämtlichen Steuererträgen profitiert. Die Entscheidung für oder gegen das AKW lag jedoch nicht in den Händen Basels, sondern geografisch bedingt beim Aargauer Regierungsrat, in Bern und bei Motor Columbus. Wie schon beim Streckenverlauf der Osttangente fühlte sich die Basler Regierung bei der Projektierung übergangen und monierte, dass es bei der Planung an föderalistischer Kultur mangle.<sup>61</sup>

Öffentlich wahrgenommen wurde der Widerstand erstmals 1975, als etwa 15 000 Menschen das vorgesehene Bauland in Kaiseraugst besetzten. «Die Besetzung war unser einziger Trumpf», gab ein junger Mann in einem Fernsehinterview zu bedenken.<sup>62</sup> Den Besetzerinnen und Besetzern gelang es durch den zivilen Ungehorsam, das AKW Kaiseraugst im Nu zu einem nationalen Politikum zu machen. Sie standen am Anfang einer gesamtschweizerischen Anti-AKW-Bewegung, und der Begriff Kaiseraugst wurde zum Sinnbild für den Kampf gegen die Atomenergie.<sup>63</sup>

Nach jahrelangem Widerstand kam 1988 – zwei Jahre nach der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl – das Aus für das AKW-Projekt in Kaiseraugst. Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG verzichtete auf den Bau und erhielt dafür vom Bund 350 Millionen Franken Entschädigung. Der Direktor von Motor Columbus bezeichnete «Kaiseraugst» rückblickend als «permanente[n] Unruheherd, der fast zur Staatskrise führte» und als «ein (teures) Lehrstück für die ungeahnte Komplexität bei der Einbettung umstrittener Infrastrukturprojekte in unsere politische Landschaft».<sup>64</sup>

Für weite Teile der Basler Bevölkerung war die Verhinderung des AKW ein politisierendes Moment. Die erfolgreiche Bewegung war ein wichtiger Treffpunkt für linke Aktivistinnen und Aktivisten. Einige von ihnen engagierten sich später im Rahmen der Alten Stadtgärtnerei im St. Johann, dem bekanntesten von mehreren neuen Begegnungsorten für ökologisch denkende und kulturräffine Menschen in Basel [119]. Ab 1986 erprobten sie in den botanischen Glashäusern, die die Stadt temporär zur Verfügung gestellt hatte, alternative Lebensmodelle. Die polizeiliche Räumung des Areals 1988 bedeutete für viele das Ende einer Utopie, die selbsternannten «Stadtgärtner» hatten von einer besseren und grüneren Welt geträumt.

# Die Katastrophe von Schweizerhalle

Im Oktober 1986 konnte Walter Herrmann, der baselstädtische Fischereiaufseher, aufatmen. Abgesehen vom Lachs waren wieder alle Rhein-fische im Rhein zu finden. Das Ansiedlungsprojekt bedrohter Fischarten zeigte den erhofften Erfolg. Einen Monat später war Herrmanns Gefühlslage eine komplett andere. Tausende Äschen schwammen mit dem Bauch nach oben im Wasser, tot trieben sie den rot verfärbten Rhein hinunter. Grund dafür war ein Grossbrand, der in der Nacht auf den 1. November 1986 in einer Lagerhalle der Firma Sandoz bei Schweizerhalle (Muttenz, BL) ausgebrochen war (vgl. Abbildung im Zeitstrahl, S. 18). Dicke Rauchwolken und ein fürchterlicher Gestank zogen nach Basel. Das Löschwasser gelangte ungeklärt in den Rhein, zusammen mit mehreren hundert Tonnen chemischen Substanzen. Schlagartig kehrten die noch frischen Erinnerungen an die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl zurück und lösten in der Bevölkerung grosse Ängste aus. Die Region erlebte die grösste Umweltkatastrophe der jüngeren Geschichte. Bei dem Chemieunfall kamen zwar glücklicherweise keine Menschen ums Leben, aber für die rheinische Fauna war «Schweizerhalle» verheerend. Bis ins 300 km entfernte Mainz starben massenhaft Fische. Mehrere deutsche und niederländische Gemeinden schlossen vorübergehend ihre Brunnen, was stellenweise zu akutem Trinkwassermangel führte.<sup>65</sup> Der Basler Vorort wurde zum Ausgangspunkt einer Katastrophe mit Auswirkungen weit über die Region hinaus. Die Chemiekatastrophe riss auch Gräben in die Basler Gesellschaft. Für Irritationen in der

Bevölkerung sorgte die Art und Weise, wie die Behörden mit dem Vorfall umgingen. Zunächst schlug die Einsatzleitung erst fünf Stunden nach Brandbeginn Alarm. Anschliessend kursierten widersprüchliche und verwirrende Anweisungen, da den Medien klare Ansprechpartner für die Informationsbeschaffung fehlten. Nach den ersten Entwarnungen um 7.00 Uhr gab Erziehungsdirektor und Regierungspräsident Hans-Rudolf Striebel über das Radio bekannt, dass die Schulen in Basel-Stadt um 9.30 Uhr den Unterricht wieder aufnehmen müssten. Zuvor hatte das Lokalradio noch vermeldet, der Unterricht würde ausfallen.<sup>66</sup>

Die Behörden waren bestrebt, rasch Alltag und Normalität herzustellen, obwohl viele Fragen zum Brand lange ungeklärt blieben. Sandoz konnte keine vollständige Liste ihrer Lager in Schweizerhalle liefern. Niemand wusste genau, was alles in der abgebrannten Halle 956 gelagert worden war und nun als Dampf in die Luft stieg. Dennoch behaupteten die Behörden, der Unfall sei nicht gefährlich. Für Unverständnis in der Bevölkerung sorgte vor allem die Wortwahl der Kommunikationsfachleute. Der Schriftsteller Guido Bachmann, der nach der Chemiekatastrophe Aktivistinnen und Aktivisten um sich versammelte, ärgerte sich über den Gebrauch des Wortes Ereignis: «Ein «Ereignis» ist es, wenn ein Kind geboren wird, eine «Katastrophe», wenn ein Fluss vergiftet wurde.»<sup>67</sup> Die Regierung räumte erst später ein, dass «Schweizerhalle» eine Katastrophe war.



**17 Der rot verfärbte Rhein und das Seuchekommando in Schweizerhalle bei Basel, 1986.**

Die anfängliche Angst und Panik schlugen schnell in Kritik und Wut um. Am Tag nach der Brandnacht fanden sich 3000 Menschen zu einer Kundgebung zusammen. Eine Woche später hatte sich eine breit abgestützte Bewegung formiert. Kunstschaffende klebten in der ganzen Stadt selbstgefertigte Plakate über Werbeflächen. Die Plakataktion bildete den Auftakt zu einer Demonstration, an der über 10 000 Personen aus allen Bevölkerungsschichten und politischen Kreisen teilnahmen. Das Motto lautete: «Fische sind wehrlos – wir nicht!».<sup>68</sup>

Sandoz-Konzernchef Marc Moret entschuldigte sich erst fünf Tage nach dem Brand in einem Interview.<sup>69</sup> Der öffentliche Druck war in der Zwischenzeit so stark angestiegen, dass die Regierungen der beiden Basel und Sandoz am 9. November 1986 kurzfristig ein Bürgerforum einberiefen. Neben drei Regierungsräten waren der Baselbieter Kantonschemiker, die Einsatzleiter der Katastrophenstäbe und ein Vertreter der Sandoz-Konzernleitung zugegen. Die 800 anwesenden Bürgerinnen und Bürger empfinden die Männer mit schallenden «Mörder»-Rufen und unterbrachen danach wiederholt die



**18 Tote Aale, die nach der Katastrophe aus dem Rhein geholt wurden, 1986.**

Diskussion.<sup>70</sup> Nach anderthalb Stunden musste die Veranstaltung abgebrochen werden, Jugendliche stürmten das Podium, worauf die Redner durch eine Hintertür flohen. Die Konfrontation liess erahnen, wie sehr das Vertrauen in die regionale Leitindustrie und die städtische Politik erschüttert war.

Einige Gruppierungen übersetzten ihre Wut in kreative Initiativen. Eine davon war der Verein

Oekostadt Basel, der seit 1987 verschiedene gesellschaftliche Reformen vorantrieb. Eine weitere Initiative ging von Studierenden aus, die im Anschluss an «Schweizerhalle» das interdisziplinäre Lehr- und Forschungsprogramm «Mensch-Gesellschaft-Umwelt» (MGU) anregten. Dank der Unterstützung des Kantons Basel-Landschaft konnte das Programm in eine Stiftung überführt und langfristig als

Nachhaltigkeitsstudien an der Universität verankert werden.<sup>71</sup> Abseits privater und universitärer Vorstösse hatte die Katastrophe auch Auswirkungen auf das Parteienspektrum. Sie war einer der Gründe, weshalb die Partei der Grünen in Basel entstand.

Auf die Schuldzuweisungen folgten Massnahmen: Die Regierung verstärkte den Katastrophenschutz und die Kontrollmechanismen, unter anderem mit der Kantonalen Kontrollstelle für Chemiesicherheit, Gift und Umwelt. Zuvor war allein der Kantonschemiker für diese Aufgaben zuständig gewesen. Mit der neuen internationalen Rheinüberwachungsstation bei Weil am Rhein intensivierte Basel zudem seine Zusammenarbeit mit den angrenzenden Rheinstaaten. Das grösste politische Erbe von «Schweizerhalle» war allerdings die nationale Störfallverordnung von 1991, die klare Grenzen des Restrisikos formulierte. Eine Forderung der «Aktion Selbstschutz», ein von Studierenden in Basel gegründeter Verein, hatte über diverse politische Vorstösse ihren Weg bis in die Bundespolitik gefunden.<sup>72</sup>

Die chemisch-pharmazeutische Industrie führte auf öffentlichen und politischen Druck schärfere Risikoanalysen und neue Sicherheitsmassnahmen ein. Vor «Schweizerhalle» war hauptsächlich die Sicherheit der Produktion überwacht worden, nun rückten auch die Gefahren in den Blick, die mit der Lagerung zusammenhingen. Das neue, für Sandoz entwickelte Rückhaltebecken für das Löschwasser etablierte sich weltweit als Standard, in Deutschland wurde es gar «Sandozbecken»

genannt. Sandoz musste in der Schweiz, in Deutschland, in Frankreich und in den Niederlanden vierzig Millionen Franken Schadenersatz zahlen und stiftete zehn Millionen Franken für einen Rheinfonds, der Forschungsprojekte zum Ökosystem Rhein unterstützte.<sup>73</sup> Die Zahlungen waren ein Eingeständnis, die Risiken falsch eingeschätzt zu haben. Auch die anderen Basler Chemiefirmen reagierten mit Risikoanalysen und Sofortmassnahmen, Ciba-Geigy etwa schloss nach «Schweizerhalle» elf ihrer 72 Lagerstandorte. Die Massnahmen der Chemiekonzerne entlasteten das nach der Brandkatastrophe angespannte Verhältnis zwischen Behörden und Industrie bald wieder. Eine fundamentale Neubewertung der Basler Leitindustrie blieb jedoch aus. Die Skepsis gegenüber der chemisch-pharmazeutischen Industrie hallte nach.<sup>74</sup> Während «Schweizerhalle» die Gesellschaft aufwühlte, erholten sich Flora und Fauna im Rhein langsam von der Katastrophe. Einige Wochen nach dem Brand schöpfte der Fischereiaufseher Walter Herrmann wieder Hoffnung. Die Mikroorganismen, die für die bakterielle Selbstreinigung entscheidend sind, blieben von der Pestizidwelle verschont. Bis im Sommer 1988 hatte sich der Bestand an Fischen im Rhein wieder erholt.<sup>75</sup>

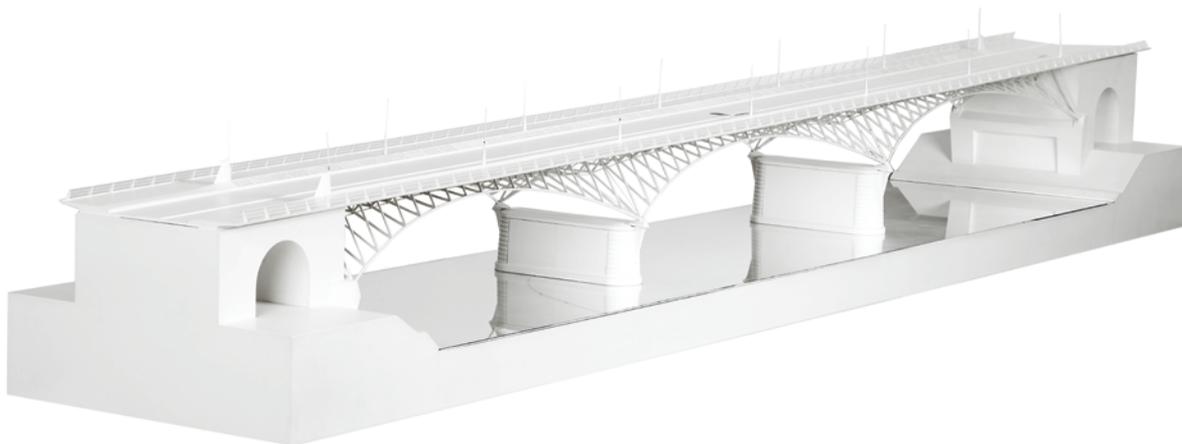
## Die Stadt muss sparen – Die 1990er-Jahre

«Null Risiko» hiess es 1990 aus den Reihen des überparteilichen Komitees «Ja zur Brücke Bischoff+Rüegg». Die Basler Bevölkerung stand kurz vor einer Abstimmung über den Neubau der Wettsteinbrücke, die inzwischen über hundert Jahre alt war. Lange deutete alles darauf hin, dass die Variante des Basler Architekturbüros Bischoff+Rüegg konkurrenzlos bleiben würde. Als aber ein Vorschlag des spanisch-schweizerischen Ingenieurs und Architekten Santiago Calatrava publik wurde, entbrannte eine kontroverse Diskussion. Die «Basler Zeitung» (BaZ) schrieb von einer öffentlichen «Grundwelle der Begeisterung», die durch Calatravas Entwurf einer eleganten Stahlbrücke ausgelöst worden sei.<sup>76</sup> In kurzer Zeit gründeten sich zwei Komitees zugunsten der Calatrava-Brücke. Und selbst bürgerliche Kreise aus dem Basler Heimatschutz, der tendenziell eher konservatorisch ausgerichtet war, sahen in der Variante des späteren Star-Architekten eine einzigartige Chance für Basel [19].

Das Baudepartement war allerdings weniger euphorisch und befürchtete, dass die Calatrava-Brücke instabil sei, den Blick auf das Münster versperren und viel teurer als geplant ausfallen würde.<sup>77</sup> Die Behörden favorisierten das deutlich günstigere Bischoff+Rüegg-Projekt, das sich in der Volksabstimmung schliesslich auch durchzusetzen vermochte. Die Zurückhaltung gegenüber teuren Projekten war kennzeichnend für die 1990er-Jahre. Sie war eine Folge der Rezession, die in Basel zu einem Beschäftigungsrückgang, erhöhten Sozialausgaben und niedrigeren Steuereinnahmen führte. Der nicht realisierten Calatrava-Brücke trauerten in Basel allerdings viele noch lange nach.<sup>78</sup>

### **REKABAS: Langes Kürzel für eine verkleinerte Verwaltung**

Mit der Rezession der 1990er-Jahre geriet in Basel die Verwaltung unter Druck. Nach 1970 hatte Basel seinem Ruf, eine Beamtenstadt zu sein, mehr denn je entsprochen. Kamen damals auf achtzehn Einwohnerinnen und Einwohner eine Staatsangestellte beziehungsweise ein Staatsangestellter, betrug das Verhältnis 1990 bereits zwölf zu eins. Die 1992 gewählte Regierung forderte mehr Effizienz und Einsparungen – und hielt sich dabei nicht mit Kritik an ihren Vorgängerinnen zurück. LDP-Finanzdirektor Ueli Vischer warf der alten Regierung vor, nicht genügend Reserven gebildet zu haben, als es wirtschaftlich möglich gewesen wäre.<sup>79</sup>



**19 Modell der nicht realisierten Wettsteinbrücke von Santiago Calatrava, 1988.** — Zu den kühnen, aber nicht verwirklichten Visionen für Basel zählten eine elegante Brücke von Santiago Calatrava, Brice Mardens minimalistische Glasgemälde im Basler Münster und das Stadtcasino von Zaha Hadid. Für einige stellten diese Vorschläge unpassende Eingriffe in das Stadtgefüge dar, für andere verpasste Chancen.

Das Sanierungspaket der neuen Regierung beinhaltete Massnahmen auf verschiedenen Ebenen. Sein Herzstück war das Projekt «Redimensionierung der Kantonsaufgaben im Kanton Basel-Stadt», abgekürzt REKABAS. Mit REKABAS sollte eruiert werden, welche Leistungen des Staates effizienter erbracht oder privatisiert werden konnten. Das sperrige Kürzel stand für kostenbewusstes Denken und Handeln, der Staat sollte wie ein Dienstleistungsunternehmen funktionieren.<sup>80</sup>

Ein wesentlicher Bestandteil der Sparprogramme in den 1990er-Jahren war die Auslagerung von Aufgaben, die lange zum politischen Kerngeschäft gehört hatten. Bis anhin waren in Basel wie auch in anderen Kantonen klassische *Service-public*-Leistungen in den Bereichen Infrastruktur, ÖV und Gesundheit eine hoheitliche Aufgabe und damit dem Marktdruck weitgehend entzogen. Alle hatten Zugang zu den Leistungen, die Preise waren moderat, wenn auch eher hoch im europäischen Vergleich.<sup>81</sup> Unter dem Credo des New Public Managements (NPM) sollte sich der Staat in den 1990er-Jahren nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausrichten. Ein wichtiges Mittel dafür waren Privatisierungen: So privatisierte der Bund beispielsweise 1998 die Post-, Telefon- und Telegrafengebiete (PTT) und 1999 die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB).

Der internationale Trend der Entstaatlichung polarisierte, in Basel entfachte er eine hitzige Debatte um die Zukunft der Staatsbetriebe Industrielle Werke Basel (IWB) und Basler Verkehrs-Betriebe (BVB). Linke und Grüne befürchteten einen Leistungsabbau, Bürgerliche erhofften sich mehr Agilität der beiden Betriebe im Wettbewerb. Nach der Jahrtausendwende wurden schliesslich zahlreiche staatliche Betriebe privatisiert, neben der BVB (2006) und den IWB (2010) auch das Universitätsspital, die Universitären Psychiatrischen Kliniken und das Felix Platter-Spital (alle 2012) oder die öffentlichen Zahnkliniken (2016).<sup>82</sup> Dabei setzte sich nicht die Variante einer vollständigen Privatisierung durch, sondern jene der Halbprivatisierung, also der Überführung in öffentlich-rechtliche Anstalten. Die Institutionen wurden zwar aus der Verwaltung herausgelöst, waren rechtlich und organisatorisch selbständig, das Gesetz übertrug ihnen aber öffentliche Aufgaben und erteilt ihnen einen staatlichen Leistungsauftrag.

Die Halbprivatisierungen führten dazu, dass die kantonale Verwaltung ihr Personal stark abbaute. Der Kanton Basel-Stadt verlor als Arbeitgeber an Gewicht, gewann dafür aber als Auftraggeber an Bedeutung. Um 1990 war der Kanton mit bis zu 20 000 Angestellten noch der grösste Arbeitgeber der Stadt. 2020 beschäftigte er nur noch knapp 12 000 Personen. Die Anzahl Staatsangestellter sank auf das Niveau vor 1970, obwohl die Bevölkerung ab den 2000er-Jahren wieder wuchs.<sup>83</sup>

### **Eine Stadt der «Armen, Arbeitslosen und Ausländer»?**

Die Förderung des NPM kostete viele Staatsangestellte ihren Job. Basel war bekannt für sein dichtes soziales Netz, das die Betroffenen in solchen Situationen auffing. Doch in Zeiten der Krise gerieten die Sozialleistungen, derer sich Basel gerne rühmte, unter Druck. Selbst für linke Regierungsräte und -rätinnen waren Kürzungen kein Tabu mehr. Nicht jeder Sozialabbau sei «des Teufels», erklärte etwa Ralph Lewin (SP) 1998 im Rahmen einer Abstimmung über die Streichung von Beihilfen für Rentnerinnen und Rentner.<sup>84</sup> Die Stimmbevölkerung lehnte die Kürzung dennoch ab – eines von mehreren Beispielen dafür, dass sie die vergleichsweise grosszügigen Sozialleistungen in Basel-Stadt verteidigte.<sup>85</sup>

Für den in Basel lehrenden Nationalökonom René L. Frey war es bittere Notwendigkeit, den Staatsapparat auszudünnen und die Ausgaben mit Globalbudgets zu deckeln. Er selbst hatte mit solchen Prozessen persönlich zu tun: Von 1996 bis 1998 amte er als Rektor der jüngst in die Autonomie entlassenen Universität Basel.<sup>86</sup> Den prekären Staatshaushalt deutete er als Symptom einer

tiefreichenden Krise. Orte wie Basel befänden sich demnach in einem Teufelskreis: Der zunehmende Verkehr mache die Stadt unwirtlich, Massnahmen für Wohn- und Umweltschutz seien teuer und führten zu noch mehr Regulierungen, hemmten die Stadtentwicklung und beschleunigten die Stadtflucht. In der Konsequenz drohe Basel zur «A-Stadt» zu werden. Der Begriff A-Stadt war in den 1990er-Jahren allgegenwärtig. Frey listete auf, welche Personen in einer solchen Stadt leben würden. «In der Kernstadt bleiben zurück: Alte, Arme, Alleinstehende, Alleinerziehende, Abhängige, Auszubildende, Arbeitslose, Ausgesteuerte, Ausländer und Aussteiger.»<sup>87</sup> Als Gegenmittel müsse die Stadt aufgewertet werden, damit wohlhabende Steuerzahlerinnen und Steuerzahler blieben oder zuzögen. So könnten Orte wie Basel eine «Renaissance» erleben.<sup>88</sup>

Die erhoffte Wiederbelebung der Stadt erfolgte zur Jahrtausendwende: 1999 erzielte Basel-Stadt nach zehn Jahren erstmals wieder ein Plus in der Staatsrechnung, zudem fand der Bevölkerungsschwund ein Ende, der in Basel über drei Jahrzehnte lang angehalten hatte. Endlich zogen wieder mehr Menschen in die Stadt als aus ihr weg.

## **Aufschwung, Wachstum, Partizipation – Die 2000er-Jahre**

Mitten in den krisenhaften 1990er-Jahren entwickelten die Basler Behörden ein neues Verständnis von Stadtentwicklung. Die Regierung begann die Bevölkerung aktiv in die Planung einzubeziehen. Stellvertretend dafür stand zwischen 1997 und 1999 die «Werkstadt Basel». Die Regierung, die das Projekt lancierte, verfolgte damit eine Reihe von Zielen. Basel müsse seine Steuereinnahmen langfristig sichern, dafür die Lebens- und Wohnqualität steigern und die eigene Bedeutung als attraktives Kultur- und Wirtschaftszentrum der Region stärken.<sup>89</sup> Diese Ziele unterschieden sich kaum von jenen im bereits erwähnten Regierungsprogramm «Basel 75». Neu war jedoch der partizipative Charakter der geplanten Massnahmen. Die integrale Stadtaufwertung sollte im Dialog mit der Bevölkerung und den betroffenen Quartieren erfolgen.<sup>90</sup>

Über tausend Einwohnerinnen und Einwohner nahmen an der «Werkstadt Basel» teil, entwickelten gemeinsam Ideen und schnürten in moderierten Sitzungen politisch tragfähige Massnahmenpakete. Verwaltungsbeamte und Fachleute

begleiteten den Prozess und gaben den juristischen und technischen Spielraum vor.<sup>91</sup> Im Juni 1999 präsentierte die Regierung das «Aktionsprogramm Stadtentwicklung». Seine Kernelemente waren die drei strategischen Impulsprojekte «Rhein», «5000 Wohnungen für Basel-Stadt» und «Rahmenkredit Wohnumfeldaufwertung». Sie alle sollten die Lebensqualität in Basel nachhaltig verbessern – sei es mit neuen Rheinpromenaden, Wohnungen oder Freiräumen. Dazu gehörten zwar auch Grünanlagen, spezifischere Forderungen für Umwelt- und Klimaschutz waren im Programm aber nicht enthalten. Die Investitionen, speziell jene in den Wohnungsbau, waren Teil einer antizyklischen Haushaltspolitik. Sie sollten Basels Aufschwung als Wohn- und Arbeitsort befördern, auch wenn mit kurzfristigen Defiziten zu rechnen war.<sup>92</sup>

### **Die «Werkstadt Basel» und ihre Grenzen**

Die «Werkstadt Basel» löste eine breite Diskussion zur Planungskultur im Kanton Basel-Stadt aus. Der Ökonom und Kulturmanager Daniel Wiener, den die Regierung als Projektleiter engagiert hatte, betonte wiederholt, dass die Stadtentwicklung nur breite politische Akzeptanz erfahren könne, wenn die Quartiersbevölkerung ein Mitspracherecht habe: «Je mehr Einfluss Menschen auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensraums haben, umso höher ist ihre Identifikation damit.»<sup>93</sup> Als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung dienten professionell geführte Quartiersekretariate, die unterschiedliche Anliegen aufnehmen sollten.<sup>94</sup>

Das erste Quartiersekretariat öffnete im Unteren Kleinbasel, einem Stadtviertel mit hohem Ausländeranteil und tiefen Einkommen. Auch Migrantenorganisationen wirkten im Trägerverein mit, um insbesondere die Brücke zur türkisch-kurdischen Gemeinschaft herzustellen.<sup>95</sup> Das Prinzip einer integrativen Stadtentwicklung nahm der Verfassungsrat 2005 in der neuen Kantonsverfassung auf. In dieser sieht Artikel 55 vor, dass der Staat die Quartierbevölkerung «in seine Meinungs- und Willensbildung ein[bezieht], sofern ihre Belange besonders betroffen sind».<sup>96</sup> Dieser Verfassungsauftrag setzte die Tradition des Projekts «Werkstadt Basel» fort.

Gleichzeitig erschienen in den 2000er-Jahren zunehmend soziologische Studien, die Zweifel am integrativen Charakter der «Werkstadt» äusserten. Viele Forderungen aus den Quartieren seien nicht direkt in die Stadtentwicklung geflossen, sondern im Laufe des Prozesses von Beamten und Fachleuten modifiziert worden. Idealistische Ansätze wie das Ausländerstimmrecht seien dabei auf der Strecke geblieben. Zudem mangle es an Inklusion. Mit zunehmender Dauer des Projekts

seien hauptsächlich nur noch gebildete, gut integrierte Männer der Mittelschicht an den Diskussionen beteiligt gewesen. Anliegen von Frauen, jungen Erwachsenen und jenen ohne Schweizerpass seien dadurch aus dem Blick geraten.<sup>97</sup>

Inwieweit der Kanton seine Bevölkerung in die Stadtentwicklung einbezieht, blieb fortan ein vieldiskutiertes Thema. Anstelle des schwammigen Mitwirkungsparagrafen stellte die Regierung 2020 ein griffiges Partizipationsgesetz in Aussicht, 2023 wurde es vom Grossen Rat verabschiedet. Damit sollten grössere Stadtentwicklungsprojekte transparenter und partizipativer ablaufen.<sup>98</sup>

### **Prestigeprojekte: Campus, Tangente, Türme**

Ab 2006 schrieb der Kanton Basel-Stadt durchgehend schwarze Zahlen. Die teils hohen Überschüsse hingen hauptsächlich mit der positiven Wirtschaftsentwicklung zusammen, vor allem in der Leitbranche der Life Sciences. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg schienen auch die Initiativen für ein attraktives Basel allmählich zu fruchten. Das Bevölkerungswachstum hielt an, zwischen 2008 und 2020 stieg die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner von 189 000 auf knapp 202 000.<sup>99</sup> Damit verbunden waren steigende Mietpreise und die Furcht einkommensärmerer Leute, sich ein Leben in der Stadt nicht mehr leisten zu können. Auch in Basel war das Phänomen der Gentrifizierung in aller Munde: Durch die Aufwertung der Stadt wurde die dort ansässige Bevölkerung von wohlhabenderen Schichten verdrängt.

Im frühen 21. Jahrhundert erlebte die Stadt einen regelrechten Bauboom, der in gewisser Hinsicht selbst jenen der 1960er-Jahre übertraf: Basel wuchs in die Höhe wie nie zuvor. Symbolträchtig war der 2003 vollendete Messeturm: Mit 105 Metern war er damals der höchste der Schweiz. Für den Aufschwung Basels stand auch der 2001 eröffnete St. Jakob-Park, das grösste Fussballstadion des Landes.

Die Regierung legte grossen Bauprojekten kaum Steine in den Weg. Diverse Bauten zeugen von einer engen Verbindung der Stadt mit ihren führenden Unternehmen. Wie kaum ein anderes Firmenareal der Welt zelebrierte der Novartis Campus die Prosperität der 2000er-Jahre [109]. Zum Zuge kamen ausschliesslich Stararchitekten, die dem Pharmaunternehmen einen mondänen, parkähnlichen Firmensitz bauten. Derweil zog Roche, der andere grosse Basler Pharmakonzern, in den 2010er-Jahren die höchsten Türme der Schweiz in die Höhe [59]. Gleichzeitig entstanden in Basel nun regelmässig Häuser von über fünfzig Metern Höhe. Der Trend zum Hochhaus veränderte die Silhouette der Stadt.<sup>100</sup>

**Mit 105 Metern war  
der Messeturm der höchste  
Turm der Schweiz**

Das grösste und teuerste Bauprojekt in Basel betraf indes nicht den Hoch-, sondern den Tiefbau. Mit der Fertigstellung der Nordtangente war 2007 ein sogenanntes Jahrhundertprojekt abgeschlossen worden. Sie gewährleistete die Verbindung des schweizerischen mit dem französischen Autobahnnetz, wurde hauptsächlich unterirdisch geführt und entlastete die Bevölkerung im Norden der Stadt vom Durchgangsverkehr. Die Planung des Projekts ging auf die 1970er-Jahre zurück, zeitweise stand seine Realisierung auf der Kippe. 1986 scheiterte die Initiative «Basel ohne Nordtangente» nur knapp. Jahrelang hingen im Quartier Horburg zwei Rampen, 1980 als letzter Teil der Osttangente fertiggestellt, in der Luft, erst 1994 konnten die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden. Die 3,2 Kilometer lange Nordtangente führte über die zweistöckige Dreirosenbrücke, kostete über 1,5 Milliarden Franken und war damit das teuerste Strassenstück der Schweiz.<sup>101</sup>

### Die Parkplatz-Debatte – emotional und endlos

Kaum ein Thema polarisierte so stark wie die Frage, wie viele Parkplätze es in der Stadt geben sollte. Je mehr sich Basel vom Ideal einer Autostadt verabschiedete, desto hitziger wurde debattiert. Als das Auto in der Mitte des 20. Jahrhunderts für immer breitere Massen erschwinglich wurde, beschwerte sich kaum jemand über die zahlreichen Parkflächen in der Innenstadt.<sup>102</sup> Doch Ende der 1960er-Jahre schlug die Stimmung um. 1971 beschloss der Grosse Rat, dass der öffentliche Verkehr in der Innenstadt gegenüber den Autos bevorzugt werden sollte, zudem sollten Fussgängerinnen und Fussgänger geschützt werden.<sup>103</sup> Nach und nach verbot die Regierung das Parkieren auf den zentralen Basler Plätzen, und auch die Bevölkerung liess eine kritischere Haltung gegenüber neuen Parkhäusern erkennen. 1987 nahm sie die Initiative «Gegen den Bau von weiteren Grossparkings in der Innenstadt» an, verankerte das Verbot drei Jahre später im Gesetz und verteidigte es 2004, als es die

Bürgerlichen mit einer Volksinitiative wieder aufheben wollten.<sup>104</sup> Alle drei Abstimmungsergebnisse fielen allerdings knapp aus, denn für viele blieb das Auto ein Symbol für Freiheit und Wohlstand.

Auch nach der Jahrhundertwende blieb das Parkieren von Autos in Basel ein umstrittenes Thema. Nach zähen Verhandlungen konnte die sozialdemokratische Baudirektorin Barbara Schneider 2007 die neue Parkraumbewirtschaftung vorstellen, die das Parkieren teurer machte und vermehrt in den Untergrund oder auf Privatflächen verlegte. Zu dieser Zeit gab es über 12 000 kostenlose weisse Parkplätze, zehn Jahre später waren es nur noch 123. Zudem beschloss der Grosse Rat 2011, den Autoverkehr in der Innenstadt ganz zu verbieten. Damit sollte in Zukunft mehr Raum für Fussgängerinnen und Fussgänger, den ÖV und Radwege geschaffen werden. Dennoch blieb die Anzahl Parkplätze auf öffentlichem Grund in Basel höher als in vielen anderen Schweizer Städten.<sup>105</sup>

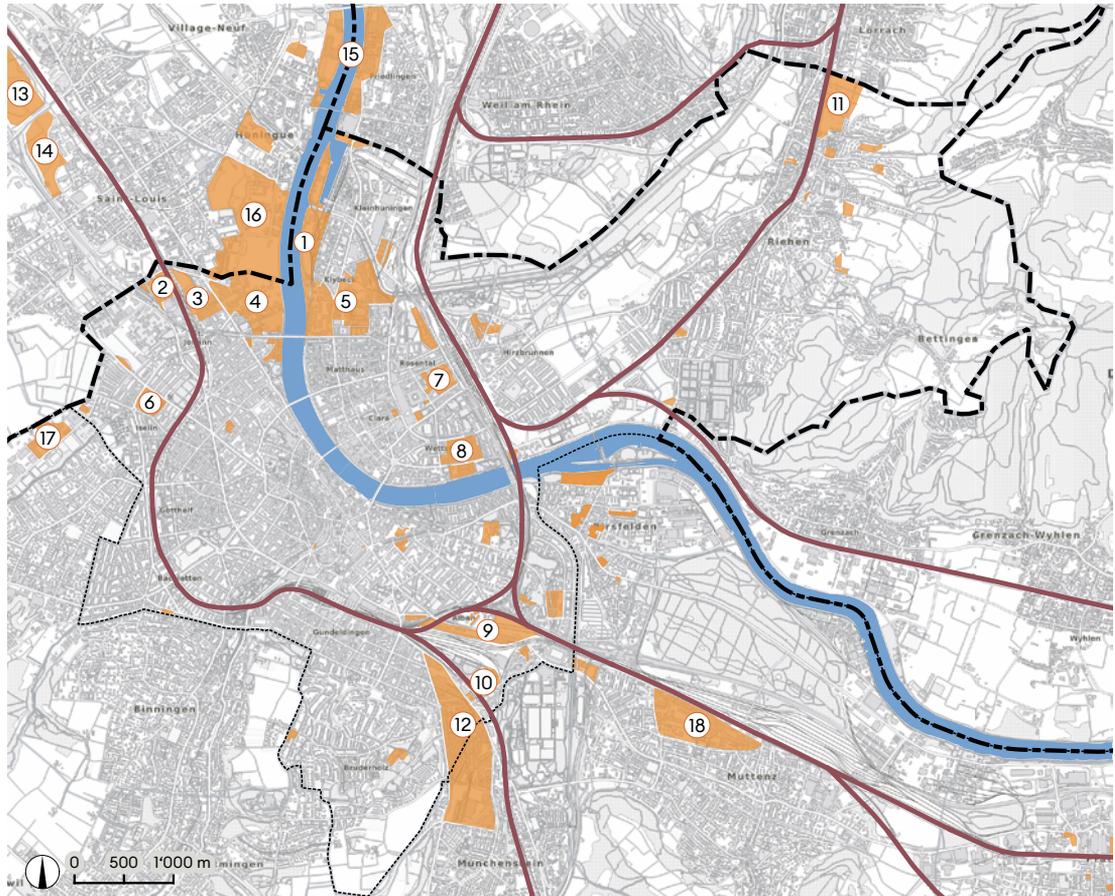
## Klimanotstand im urbanen Raum – Die 2010er-Jahre

Das von Landes- und Kantonsgrenzen umgebene Basel leide an Platzmangel – dieses alte Lamento erhielt im 21. Jahrhundert neue Aktualität. Neben dem Bau in die Höhe wurden auch diverse ungenutzte Areale als Möglichkeit gesehen, zusätzlichen Raum zu erschliessen. Früher waren auf ihnen Industrie- oder Logistikunternehmen aktiv gewesen, nun galten sie als sogenannte Transformationsareale. Keine andere Stadt der Schweiz besass in den 2010er-Jahren so viele Brachen, die einem neuen Zweck zugeführt werden konnten. Ein Architekturmagazin schwärmte von «113 Hektaren Chancenland» [21].<sup>106</sup>

**20 Vision für das Dreispitzareal, 2020.** — Nie zuvor veränderte sich die Skyline der Stadt Basel so stark wie in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts. Stadtplanerinnen und Stadtplaner extrapolierten das neue Selbstverständnis einer prosperierenden Grosstadt in die

Zukunft. Die Vision «Dreispitz Nord» des bekannten Architekturbüros Herzog & de Meuron beispielsweise sah drei über hundert Meter hohe Türme, eine grüne Wiese, 1600 Arbeitsplätze, 800 Wohnungen und ein Schulhaus auf dem Dach eines Shoppingcenters vor.





**21** Das Fachmagazin «Hochparterre» sah in keiner Stadt der Schweiz so viel Raum für Entwicklung wie in Basel. Folgende Gebiete galten als Transformationsareale: 1. Hafen Basel, 2. Bell-Areal, 3. Volta Nord, 4. Novartis, 5. Klybeck-Areal, 6. Westfeld, 7. Rosental, 8. Roche, 9. Wolf, 10. Am Walkeweg, 11. Stettenfeld, 12. Dreispitz (teils in Münchenstein, BL), dazu kamen in unmittelbarer Stadtnähe: 13. Technoport (F), 14. Quartier du Lys (F), 15. Hafen Hüniguel (F) und Weil am Rhein (D), 16. Zone Sud (F), 17. BaseLink (Allschwil, BL), 18. Polyfeld (Muttens, BL).



**22 Vom Güterbahnhof zur kulturellen Zwischen-  
nutzung: das nt/Areal, 2008.** — Das nt/Areal  
war während seiner Zwischennutzung ein belieb-  
ter Ort für Partys. In den 2010er-Jahren entstand  
auf dem ehemaligen Güterbahnhof das neue  
Stadtquartier Erlenmatt.

Die meisten Areale befanden sich im Besitz finanzkräftiger Trägerschaften wie der Christoph Merian Stiftung (CMS), Banken, Versicherungen, Pensionskassen oder anderer Investoren. Der Kanton positionierte sich als Mitentwickler, der zwischen den Interessen der Parteien vermittelte, zu denen auch die Quartierbevölkerung gehörte.<sup>107</sup> Da er selbst aber oft nur Teile der Areale besass, war er umso mehr bestrebt, gewisse raumplanerische Rahmenbedingungen für die Arealentwicklungen vorzugeben, vor allem in Begrünungs- und Umweltfragen. Dass Grünflächen wie Stadtparks ein wichtiger Bestandteil moderner Stadtentwicklung sind, war unumstritten, allerdings nicht so sehr wegen ihres Beitrags zur Umwelt. Investoren betonten die Anziehungskraft der Grünflächen, Stadt und Bevölkerung ihren praktischen Nutzen.

Das galt auch für das neue Quartier Erlenmatt, das auf dem Areal eines ehemaligen Güterbahnhofs entstand und zwischenzeitlich als Location für Partys genutzt worden war. Die Volksbefragung vor dem Umbau hatte gezeigt, dass sich die meisten Bewohnerinnen und Bewohner einen konventionellen Quartierpark

wünschten – einen Ort für Spaziergänge, für Sport, Spiel und Entspannung, einen sozialen Treffpunkt. Grünflächen sollten primär soziale Forderungen erfüllen. Die naturnahe Gestaltung stand dabei weniger im Vordergrund.<sup>108</sup>

Dass am Ende auf der Erlenmatt dennoch eine Naturschutzfläche entstand, ging auf Initiativen von Naturschutzvereinen und nichtstaatlichen Organisationen zurück. Da der Verein Pro Natura Basel zwischen den Gleisen auf dem ehemaligen Güterbahnhofsareal Flockenblumen und Sandheuschrecken gefunden hatte, war die Grundlage für ein Naturschutzgebiet geschaffen. Rund ein Viertel des Grünraums wurde zum Schutz der Pionierarten einem Naturschutzgebiet zugeteilt.<sup>109</sup>

### **Basler Zeichen gegen den Klimawandel**

«Wieso für eine Zukunft lernen, die es bald nicht mehr gibt?» Im Dezember 2018 organisierten in Basel hunderte Schülerinnen und Schüler einen Klimastreik. Danach gehörten die wöchentlichen Demonstrationen von «Fridays for Future» zum städtischen *courant normal*. Der grünliberale Grossrat Aeneas Wanner trug die Anliegen der Schülerinnen und Schüler erfolgreich in den Grossen Rat. Im Februar 2019 rief Basel-Stadt als erster Kanton der Schweiz den «Klimanotstand» aus. Rechtlich bindend war das Instrument nicht. In der Resolution versprach das Parlament aber, die Bekämpfung der Erderwärmung prioritär zu behandeln. Zudem wollte man über die Region hinaus ein Zeichen setzen – als Vorbild im Kampf gegen den Klimawandel.<sup>110</sup>

Zu diesem Zeitpunkt machte sich die globale Erderwärmung in der Schweiz längst nicht mehr nur in den Alpen bemerkbar. Auch in urbanen Räumen wie Basel waren die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zu spüren. Seit den 1990er-Jahren hatten sich gemäss einer kantonalen Studie Extremereignisse wie Hitzeperioden, Trockenperioden, Starkniederschläge und Überschwemmungen gehäuft. Im Sommer 1999 erlebte die Stadt das grösste Hochwasser seit 120 Jahren. Die Rheinschiffahrt musste für 35 Tage unterbrochen werden, was wirtschaftliche Konsequenzen nach sich zog.<sup>111</sup> 2003 erlebte die Stadt den wärmsten Sommer seit Beginn der Messungen 1755. In den vergangenen knapp 270 Jahren ist die Jahresmitteltemperatur in Basel von acht Grad auf knapp neun (1900), auf 9,5 (1950), auf zehn (1980), auf 10,5 (1995) und zuletzt auf deutlich über elf Grad gestiegen.<sup>112</sup>

Der «Jahrhundertssommer» 2003 führte in Basel zu einem steilen Anstieg der Sterblichkeit. In der Folge liess Kantonsarzt Thomas Steffen regelmässig Informationskampagnen durchführen, um die Bevölkerung dazu anzuregen, bei erwarteter Sommerhitze präventive Massnahmen zu ergreifen.<sup>113</sup> Zudem erlitten

die Wälder an den Stadträndern in den 2010er-Jahren schwere Trockenschäden – beispielsweise der Hardwald in Muttenz (BL), den die Bürgergemeinde der Stadt Basel als Besitzerin wegen Brandgefahr zwischenzeitlich für die Besucherinnen und Besucher sperren musste.

### **Basel definiert Klimaziele**

Die Frage, wie die menschengemachte Klimaerwärmung abgeschwächt werden könne, spielte in der Stadtentwicklung eine zunehmend prominente Rolle. Seit den 2010er-Jahren veröffentlichte der Kanton Berichte über zu erwartende Folgen und zu ergreifende Gegenmassnahmen. Die Basler Strategie lautete «Adaption und Prävention».<sup>114</sup> Zu den präventiven Massnahmen gehörte das revidierte Energiegesetz von 2016. Mit der Revision formulierte Basel-Stadt als erster Kanton in der Schweiz Klimaziele in der Energiegesetzgebung. Bis 2050 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohnerin und Einwohner auf jährlich eine Tonne reduziert werden, langfristig soll Basel-Stadt mit neunzig Prozent erneuerbarer Energie versorgt werden.<sup>115</sup> Neben Zielen formulierte das seit 2017 geltende Gesetz auch klare

### **Basel-Stadt soll mit 90 Prozent erneuerbarer Energie versorgt werden**

Vorgaben, mit teils drastischen Konsequenzen für Hauseigentümerinnen und -eigentümer. Wer seine Öl- oder Gasheizung erneuern musste, durfte sie grundsätzlich nur noch durch Anlagen ersetzen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden – etwa mit Wärmepumpen, Solaranlagen, Erdsonden oder durch einen Anschluss an das Fernwärmenetz, das grösste des Landes. Für den Einbau klimafreundlicher Heizungen sprach der Kanton Förderbeiträge. Mit der kantonalen Energiestatistik wurden diese Vorhaben im Sinne eines Monitorings überprüft. Die Zahlen zum Energieverbrauch liessen zwischen 1995 und 2016 einen positiven Trend in Richtung Zielerreichung erkennen; der Energiekonsum konnte laufend dekarbonisiert werden.<sup>116</sup>

Eine Form der Adaption an den Klimawandel war 2018 auf dem Rhein zu beobachten. Der Sommer war enorm trocken, heiss und niederschlagsarm, der Rhein führte so wenig Wasser wie schon lange nicht mehr. Die Rheinschifffahrt kam vorübergehend zum Erliegen. Damit die Frachter wieder passieren konnten, mussten grosse Bagger tonnenweise Kiesablagerungen aus der Schifffahrtsrinne ziehen.<sup>117</sup>

Obwohl grüne Parteien im 21. Jahrhundert auch in Basel zu den politischen Gewinnern zählten, hatte der Umweltschutz in der Bevölkerung kaum einen höheren Stellenwert als in den 1970er- und 1980er-Jahren. So stand das individuelle



**23 Aufklärungskampagne zum Müllproblem, 2013.** — Littering und vor allem die unsorgfältige Nutzung von Einweggrills waren ein Ärgernis für den Kanton. Im Sommer 2013 steckten die Mitarbeitenden der Basler Stadtgärtnerei ein Fähnchen in jedes Brandloch, das ein Einweggrill im St. Johannis-Park hinterlassen hatte, mit der Aufschrift «Richtig grillieren» und einigen Grillregeln. Zudem häuften sie den Abfall auf, den Parkbesucherinnen und -besucher zurückgelassen hatten.

Konsumverhalten weiterhin im Kontrast zu den klimapolitischen Ambitionen. Die Schweiz gehörte konstant zu den europäischen Ländern, die am meisten Siedlungsabfall produzierten.<sup>118</sup> Auch im Bereich Mobilität wurden laut Basler Klimaschutzbericht zwischen 2010 und 2019 kaum Verbesserungen erreicht. Der Treibstoffverbrauch sank nur geringfügig.<sup>119</sup> Im selben Zeitraum verdoppelten sich die Frachten der Schweizerischen Rheinflotte, und die Zahl der Flüge am EuroAirport Basel stieg stark an. Wie mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen aus grauer Energie umzugehen sei, ist für den Kanton nach wie vor eine ungeklärte Frage. Die sogenannte Klimajugend beobachtete diese Entwicklungen um 2020 kritisch und formulierte weitreichende Forderungen. Die Sorge blieb gross, ob Basel eine lebenswerte Zukunft hat. 2022 stimmte die Bevölkerung für eine ambitionierte Klimapolitik: Bis spätestens 2037 sollten die Emissionen auf Netto-Null sinken.

#### **«Umweltschutz per Portemonnaie» – die Basler Energiepolitik**

In den 2010er-Jahren schrieb sich die rot-grüne Regierung die «Dekarbonisierung» auf ihre Fahne: Sie investierte viel Geld in erneuerbare Energien und nahm dafür auch die Bevölkerung in die Pflicht. Das Selbstverständnis Basels als energiepolitischer Pionierkanton reichte weit zurück, in die 1980er-Jahre, als die Regierungsmehrheit noch bürgerlich war. 1984 führte der Kanton den sogenannten Energiesparrappen, eine Förderabgabe auf Strom, ein. Rund zehn Millionen Franken betrug die Einnahmen jährlich. Der Kanton investierte das Geld in die Beratung, in die Förderung erneuerbarer Energieträger und in eine verbesserte Effizienz. Eine der Empfängerinnen war die IWB. Ohne den Energiesparrappen wäre der massive Ausbau des staatlichen Fern-

wärmenetzes in den 1990er-Jahre nicht denkbar gewesen.<sup>120</sup>

1999 führte der Kanton zusätzlich eine Lenkungsabgabe auf den Stromverbrauch ein, ebenfalls ein Novum in der Schweiz. Ausgangspunkt dafür waren die anhaltend tiefen Strompreise, einigen Parteien zufolge hatte das falsche Anreize zum Mehrkonsum gesetzt. Neu kostete jede genutzte Kilowattstunde ein paar Rappen zusätzlich. Wer weniger Strom verbrauchte, bezahlte also weniger.<sup>121</sup> SP-Grossrat Rudolf Rechsteiner, der das energiepolitische Instrument mitinitiierte, bezeichnete es auch als «Umweltschutz per Portemonnaie».<sup>122</sup> Die Massnahmen zeigten mittelfristig Wirkung, seit 2010 war der Stromverbrauch pro Person in Basel rückläufig.<sup>123</sup>

## Anmerkungen

- 1 StatJB 1945–2000. Kreis 1984, S. 90. Heuss 2016, S. 340. «Vom Fussgänger zum Bussgänger», Antenne, SRF, 28.01.1966. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/vom-fussgaenger-zum-bussgaenger?urn=urn:srf:video:91a3c334-b6a5-4cae-a18d-145ca140a6b8>, abgerufen am 26.06.2023.
- 2 StABS, STA DS BS 9 5117, Ratschlag betreffend die Einholung eines Gutachtens über einen Basler Gesamtverkehrsplan, 06.05.1955, S. 5.
- 3 Leibbrand 1957. Leibbrand 1964.
- 4 Eiche 2015, S. 12. Felder 2010, S. 39, 57–59, 114.
- 5 Leibbrand 1958. Felder 2010, S. 46.
- 6 Leibbrand 1958, S. 9.
- 7 BIA, BSA, FSAI 1963, S. 253–256.
- 8 Felder 2010, S. 73–74. Burckhardt 2000, S. 153–155.
- 9 Suhr 2018, S. 18. Kreis 2015, S. 283.
- 10 Kammann 1990, S. 15. Suhr 2018, S. 2–4, 17–22.
- 11 Kammann 1990, S. 129–135, 177–181, 227. «Basler Tangenten-Entscheid als Gordischer Knoten im Bundeshaus?», in: BN, 29./30.08.1964.
- 12 Bühler 1963, S. 22.
- 13 «Jeder Basler Einwohner ass 56½ Kilo Fleisch», in: Basler Volksblatt, 15.05.1950. «Die Basler essen wieder mehr Fleisch», in: NZ, 09.05.1967. StatJB 1950–1963. Haenger 2001.
- 14 «Bell möchte gern in Basel bleiben, aber...», in: BN, 23.04.1965.
- 15 Friedmann 1986, S. 97–98. Schneider-Sliwa u. a. 2001, S. 32–36. Koellreuter; Unternährer 2006, S. 120–123. SWA, H+I, C5M, Magazine Rheinbrücke AG, Bulletin, Documentation, Juni 1972.
- 16 Schneider-Sliwa u. a. 2001, S. 39–40.
- 17 Kreis 2000, S. 275. Kreis 1984, S. 88–92. Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 108–109. StatJB 1960–1970.
- 18 Kreis 2010, S. 107–112, 130–131. Unigeschichte seit 1460: Universitätsgebäude der Moderne. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/behausungen-und-orte/universitaetsgebaeude-der-moderne>, abgerufen am 26.06.2023.
- 19 StABS, STA DS BS 9 7950, Bericht zu Wohnfragen im Kanton Basel-Stadt, 23.12.1986, S. 16.
- 20 StatJB 1960–1970.
- 21 Kreis 2015, S. 221, 267. Tréfás; Manasse 2006, S. 127–131. StatJB 1960–2000.
- 22 StABS, STA DS BS 9 6154, Bericht der Grossratskommission zum Ratschlag Nr. 6020 betreffend die Erweiterung der Kehrlichtverbrennungsanlage und die Erstellung eines Garagen- und Dienstgebäudes für die Kehrlichtabfuhr, 11.02.1965, S. 5–6, 20–30. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 30.05.1969. Hodel 1995.
- 23 Weick 2018, S. 120.
- 24 Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 52. Gräf; Schelbert 2010, S. 103. Degen; Maeder 2011, S. 13, 23. Ehret 2021.
- 25 Regierungsrat Basel-Stadt 1975, S. 11.
- 26 Wunderle 1975, S. 51–53.
- 27 Gutzwiller 1973, S. 221–223. Felder 1991, S. 35. Kreis 2000, S. 293–298.
- 28 StatJB 1960–1974.
- 29 StABS, DS BS 8 140, Verwaltungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1973, XII. Schifffahrtsdirektion, S. 3–6, 17.
- 30 «Es geht uns zu gut», in: BZ, 25.04.2019.
- 31 Kreis 2000, S. 275. Prognos 2001, S. 9–17, 39–40. Koellreuter; Kolb; Leyboldt 2017.
- 32 «Pro und kontra Spitalvorlage», in: NZ, 29.01.1964. «Also doch «Fehlplanung des Jahrhunderts»», in: BN, 14.02.1968. Schmutz-Best 1995, S. 133–150. Unigeschichte seit 1460: Der «Basler Bürgerospitalskandal» der 1960er Jahre. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/behausungen-und-orte/neue-zentren-am-rand/universitaetspital-der-basler-buergerspitalskandal-der-1960er-jahre>, abgerufen am 26.06.2023.
- 33 Fingerhuth 1991, S. 6. Regierungsrat Basel-Stadt 1975, S. 6–11, 20–21. StatJB 1980.
- 34 ««Basel 75»: Vom Verwalten zum Regieren», in: NZ, 01.03.1975.
- 35 Regierungsrat Basel-Stadt 1975, S. 11–12.
- 36 Feldges 2005, S. 13, 121–123.
- 37 Feldges 2005, S. 133, 145–146.
- 38 StABS, STA DS BS 9 7324, Zwischenbericht 2 der Grossratskommission zum Ratschlag und Entwurf Nr. 7150 zu einem Gesetz über den Denkmalschutz, 29.06.1977, S. 12. Vinken 2010, S. 77, 87–88.
- 39 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 497.100, Gesetz über den Denkmalschutz vom 20.03.1980. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/497.100/versions/2487](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/497.100/versions/2487), abgerufen am 27.06.2023.
- 40 StatJB 1971, 1984.
- 41 Vinken 2010, S. 9–13, 19–20, 56–58, 207. Fingerhuth 1991, S. 8, 17–20.
- 42 StABS, PA 933a C 7-1 5, Aktionskomitee gegen den Cityring, Redemanuskript F. Witschi, 06.03.1973. Geschwind 2022, S. 162.
- 43 Braunschweig 2020, S. 7. Kupper 2003, S. 138. Wyss 2014.
- 44 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 04.09.1970.
- 45 Portmann 1971, S. 42–43.
- 46 Carson 2007 [1962].
- 47 Meadows; Meadows; Milling u. a. 1972.
- 48 Niederer-Schmidli 1991, S. 64–70.
- 49 Jungkind 2016. Kreis 2016d.
- 50 Niederer-Schmidli 1991, S. 34–35. StatJB 1966.
- 51 Kreis 2015, S. 240.
- 52 Zürcher 1978, S. 117. Gschwend 1986, S. 245–250. Niederer-Schmidli 1991, S. 36–41.
- 53 Leuppi 1980, S. 118. Kreis 2015, S. 284. Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 789.700, Baumschutzgesetz vom 16.10.1980. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/789.700](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/789.700), abgerufen am 27.06.2023.
- 54 Zit. nach: Ehrenbold 2021b, S. 67–72.
- 55 Kreis 2015, S. 243–244. Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt: Abteilung Abfall und Rohstoffe. Online: <https://www.wsu.aue/abteilung-abfall-und-rohstoffe>, abgerufen am 12.12.2024.
- 56 «Der Mensch als Gestalter in Natur und Umwelt», in: Thurgauer Zeitung, 09.04.1980.
- 57 Steffenino 2020, S. 20. Historisches Museum Basel 2020, S. 60. Bucher 2008, S. 6. Thomann 1980.
- 58 Häni 2018, S. 17.
- 59 Kupper 2003, S. 14–16, 62.
- 60 Zit. nach Kupper 2003, S. 118.
- 61 Kupper 2003, S. 85–98. Zürcher 1978, S. 47.
- 62 «AKW-Gegner besetzen Kaiseraugst (1975)», SRF-Archiv, 11.06.2015. Online: [https://www.youtube.com/watch?v=gHZt\\_xlab0E](https://www.youtube.com/watch?v=gHZt_xlab0E), abgerufen am 26.06.2023.
- 63 Niederer-Schmidli 1991, S. 53. Kreis 2000, S. 299.
- 64 Kupper 2003, S. 14. Kohn 1990, S. 155.
- 65 Erbacher 2016, S. 200. Brutschin 1995, S. 185–187.
- 66 Stefanovic 2008, S. 12–14. Erbacher 2016, S. 186, 193.
- 67 Zit. nach Ritter 2000, S. 73. Vgl. dazu auch Bachmann; Burri; Maissen 1986.
- 68 Bonvin 2020, S. 5–7.
- 69 Kreis 2016c, S. 208. Sandoz 1987, S. 18. 02.09.24 14:47:00
- 70 «Der Rest ist Risiko», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V\_015. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_015](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_015), abgerufen am 29.06.2023. Hofmann 2008, S. 290.
- 71 Kreis 2016c, S. 213–214. Ungern-Sternberg 1991.
- 72 Mazacek; Ruppe; Griesshaber u. a. 2016. Beck 2020 [1986].
- 73 Brutschin 1995, S. 191. Sandoz 1987.
- 74 Kreis 2016c, S. 215.
- 75 Erbacher 2016, S. 203.
- 76 «Calatrava löst Grundwelle der Begeisterung aus», in: BaZ, 16.04.1988.
- 77 «Wir wollen doch kein Trampolin», in: Nordschweiz, 09.04.1988.

- 78 In verschiedenen Publikationen und Ausstellungen war die Rede von einer verpasssten Chance, vgl. etwa Pecinska 2000. Historisches Museum Basel 2020. «Die geträumte Stadt», Ausstellung im Museum Kleines Klingental, 2020.
- 79 Kreis 2000, S. 297. «Sparpaket für die Sanierung der Kantons-Finanzen», Tageschau, SRF, 13.10.1992. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/sparpaket-fuer-die-sanierung-der-kantonsfinanzen?urn=urn:srf:video:4d233e81-264e-4016-a680-34e8019d8bbf>, abgerufen am 26.06.2023. Giudici 1993, S. 11–13.
- 80 Braunschweig 2020, S. 65–68.
- 81 Tréfás; Manasse 2006, S. 12.
- 82 Braunschweig 2020, S. 9.
- 83 Ebd.
- 84 «Abschaffung der Beihilfen: Die Hauptakteure kommen zu Wort», in: bz Basel, 11.04.1998, S. 27.
- 85 Gschwind 2022, S. 188.
- 86 König 2010.
- 87 Frey 1997, S. 21.
- 88 Ebd., S. 23.
- 89 Werkstadt Basel: Die Zielsetzungen des Regierungsrats, 1999. Online: <http://www.werkstadt-basel.ch/information/zielsetzungen.php>, abgerufen am 26.06.2023.
- 90 Hodel 2001.
- 91 Wiener 2001, S. 14–17.
- 92 Regierungsrat Basel-Stadt 1999, S. 18–25, 36.
- 93 Ebd., S. 10, 91.
- 94 Ebd., S. 15–18, 30.
- 95 Vontobel 2001.
- 96 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 55. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 97 Blumer 2002, S. 20–21. Blumer 2001, S. 149–153. Koch 2013, S. 2982, 2988.
- 98 «Beat Jans: Diese Schwerpunkte will der Basler Regierungspräsident setzen», in: bz Basel, 10.05.2021. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/100-tage-im-amt-beatjans-diese-schwerpunkte-will-der-basler-regierungspraesident-setzen-ld.2135270>, abgerufen am 30.06.2023.
- 99 StatJB 2008–2020.
- 100 2014 neues Novartis WSJ-188-Hochhaus (65 m); 2015 Roche-Turm 1 (178 m); 2016 Wohnhaus C1 Schorenweg (57 m); 2017 Grosspeter Tower (78 m); 2019 Meret Oppenheim Hochhaus (81 m); 2020 Baloise Hochhaus (89 m) und Claraturm (96 m). Vgl. Skyscraper Source Media, <https://skyscraperpage.com/diagrams/links/>, abgerufen am 30.06.2023.
- 101 Kreis 2015, S. 280–282, 287–288.
- 102 Kreis 2015, S. 274. Meier 1993, S. 262.
- 103 StABS, Protokolle Grosser Rat, Sitzung vom 23.09.1971. «Sperrung der Innenstadt in Basel», Antenne, SRF, 22.03.1972. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/blickpunkt-region-sperrung-der-innenstadt-in-basel?urn=urn:srf:video:47ca4154-f709-47b3-91d9-8b3182f268a7>, abgerufen am 26.06.2023.
- 104 StatJB 1987, 1990, 2004.
- 105 Loser 2020, S. 3. Vgl. dazu auch Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt: Parkplatzkataster. Online: <https://www.bs.ch/bvd/mobilitaet/grundlagen-und-strategien/zahlen-und-fakten#parkplatzkataster>, abgerufen am 12.12.2024.
- 106 Hochparterre 2019.
- 107 Präsidialdepartement Basel-Stadt: Entwicklungsgebiete. Online: <https://www.bs.ch/pd/kantons-und-stadtentwicklung/stadteile/entwicklungsgebiete>, abgerufen am 12.12.2024. Gerber; Kriese 2019.
- 108 Altherr; Blumer; Oldörp u. a. 2007, S. 518.
- 109 Ebd., S. 516, 519. Regierungsrat Basel-Stadt: Ratschlag Erlenmatt Erschliessung Mitte und Parkanlagen an den Grossen Rat, 16.02.2007, S. 50. Online: <https://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100236/00000236214.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- 110 Medienmitteilung Grosser Rat: Das Basler Parlament verabschiedet Resolution zum Klimawandel, 20.02.2019. Online: <https://www.bs.ch/nm/2019-das-basler-parlament-verabschiedet-resolution-zum-klimawandel-gr.html>, abgerufen am 27.06.2023. «Basel ruft als erste Schweizer Stadt den «Klimanotstand» aus. Was bedeutet das?», in: NZZ, 20.02.2029. Online: <https://www.nzz.ch/schweiz/schuelerstreik-zeigt-wirkung-basel-ruft-klimanotstand-aus-ld.1461370?reduced=true>, abgerufen am 26.06.2023.
- 111 Regierungsrat Basel-Stadt 2011, S. 6, 77.
- 112 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Jahresmitteltemperatur. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/4301>, abgerufen am 12.12.2024
- 113 Moser 2003, S. 26–27. Bundesamt für Umwelt 2015, S. 75–78.
- 114 Regierungsrat Basel-Stadt 2011, S. 5.
- 115 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 772.100: Energiegesetz vom 16.11.2016. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/772.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/772.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 116 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Energiestatistik. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenset/energiestatistik>, abgerufen am 12.12.2024. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: CO<sub>2</sub>-Emissionen. Online: <https://www.bs.ch/schwerpunkte/umweltbericht-beider-basel-indikatoren-uebersicht/indikator-0808>, abgerufen am 12.12.2024.
- 117 «Grossbaustelle im Fluss: Jetzt wird der Rhein tiefer gelegt», in: bz Basel, 19.07.2018. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/grossbaustelle-im-fluss-jetzt-wird-der-rhein-tiefer-gelegt-ld.1518754>, abgerufen am 26.06.2023.
- 118 Eurostat: Municipal waste generated 2006 and 2021. Online: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Municipal\\_waste\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Municipal_waste_statistics), abgerufen am 30.06.2023.
- 119 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Kanton Basel-Stadt 2019, S. 72.
- 120 Rechsteiner 2003, S. 175. Bonilla Gurzeler 1999, S. 5.
- 121 Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt 2001.
- 122 Rechsteiner 1990.
- 123 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Stromverbrauch pro Einwohner. Online: <https://www.bs.ch/schwerpunkte/umweltbericht-beider-basel-indikatoren-uebersicht/indikator-0607>, abgerufen am 12.12.2024.



Gewalt gegen  
die FRAU ist  
Wenn Mädchen  
schlechtere  
Schulbildung  
erhalten

Gewalt gegen  
die FRAU ist:

Gewalt gegen  
die FRAU ist:  
Wenn sie  
bei gleicher  
Leistung  
weniger Lohn  
erhält  
FBS

Gewalt gegen  
die FRAU ist:

Gewalt gegen  
die FRAU ist:  
Wenn FRAU  
nicht FRAU  
sein kann  


Gewalt gegen  
die FRAU ist:  
wenn Männer  
solche Männer  
sind  


Gewalt gegen  
die FRAU ist:  
Frauen im  
Beruf  
den  
Männern  
trickanieren  




# Gesellschaft und Politik: Basel verhandeln

Das Jahr 1968 markierte auch in Basel einen Aufbruch. In der Stadt entstanden soziale Bewegungen, Jugendliche protestierten gegen den bürgerlichen Mief und für internationale Solidarität. Frauen konnten erstmals in den Grossen Rat gewählt werden, und die Gesellschaft stritt heftig über die Rechte von Migrantinnen und Migranten, die aus Südeuropa in die Schweiz gekommen waren. Dreissig Jahre nach ‹68›, in den krisenhaften 1990er-Jahren, polarisierten Gleichstellung und Migration immer noch. Die Stimmbevölkerung wählte 1992 erstmals eine Frau in die Regierung und der Kanton investierte in die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, die zunehmend auch aus fernen Kontinenten nach Basel gelangten. Die Gesellschaft war heterogener geworden, doch die brennenden Fragen blieben dieselben: Wer konnte in Basel mitbestimmen und sich am politischen Prozess beteiligen? Welche Ungleichheiten existierten weiterhin? Wer gehörte zur Stadt und wer wurde ausgeschlossen?

## Bewegungen in der politischen Landschaft

Der Ausgang der Wahlen 1960 bestätigte die Vormacht des politischen Establishments. Die wahlberechtigten Basler Männer wählten alle sieben Regierungsräte wieder: drei Linke und vier Bürgerliche; genauer: drei Vertreter der SP, zwei der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und je einen der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und der CVP. In Basel sprach man von der «Zauberformel». Auch die Grossratswahl hielt keine Überraschungen bereit. Die grosse Verliererin war die kommunistische Partei der Arbeit (PdA). Die gewaltvolle Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch die Sowjetunion 1956 hatte dem Ansehen der Partei geschadet, zudem etablierte sich der Kommunismus im Kalten Krieg bis tief ins linke Lager als Feindbild. Im «Roten Basel» der 1930er- und 1940er-Jahre waren die

**24 Grossratssaal in Basel, 2017.** — Das Basler Rathaus war nach 1960 Schauplatz des politischen Wandels. Sassen im Grossen Rat zu Beginn dieser Periode 130 Männer mittleren Alters, war das Parlament sechzig Jahre

später deutlich jünger, diverser und vor allem weiblicher: Mit 42 Prozent verzeichnete Basel-Stadt 2020 den höchsten Frauenanteil aller schweizerischen Kantonsparlamente.



Kommunisten eine starke politische Kraft gewesen, 1947 stellte die PdA noch 31 Parlamentarier. In den darauffolgenden Jahren verlor die Partei rapide an Zustimmung. Bis 1960 halbierte sich die Zahl der PdA-Grossräte von sechzehn auf acht. Viele der verlorenen Sitze musste die Linke dem bürgerlichen Lager überlassen.<sup>1</sup>

Mitte des 20. Jahrhunderts dominierten die Bürgerlichen das politische Geschehen. Die Stimmung war geprägt vom Kalten Krieg. Linkes Gedankengut stand unter Generalverdacht, der Kommunismus galt als Staatsfeind Nummer 1. Die Furcht vor den Sowjets war auch in Basel weitverbreitet. Im Zuge der «Fichen-affäre» stellte sich 1989 heraus, dass der Spezialdienst in Basel, eine Abteilung der Kantonspolizei, seit den 1930er-Jahren rund 50 000 Personen überwacht hatte. Hauptsächlich linke Gruppierungen waren davon betroffen, vor allem die PdA, später auch die aufkommende 68er-Bewegung und das alternative Milieu der neuen sozialen Bewegungen, die beispielsweise die Emanzipation von Frauen und Rechte für Schwule einforderten und die Bedrohung der Umwelt thematisierten. In Basel wurden auch Personen bespitzelt, die öffentliche Ämter ausübten, darunter namhafte Politikerinnen und Politiker.<sup>2</sup>

Ende der 1960er-Jahre vollzogen sich im Stadtkanton Basel wegweisende Umbrüche, die die politische Landschaft diverser machten. Frauen erhielten 1966 das kantonale Stimm- und Wahlrecht. Im selben Jahr lancierten Jungfreisinnige zwei Initiativen, die das verkrustete politische System aufbrechen sollten. Erstens wurde die Amtszeit von Grossräten auf zwölf Jahre beschränkt, zweitens durften richterliche Amtsträger nicht mehr im Parlament sitzen.<sup>3</sup> Daher konnte bei den Wahlen 1968 über ein Drittel der bisherigen Grossräte nicht mehr zur Wahl antreten. Die grossen Veränderungen jener Tage – manche sprachen gar von einer Revolution – zeigten sich indes nicht im Parlament, sondern auf der Strasse. Die 68er-Bewegung wandte sich auch in Basel gegen das System, den bourgeois Mief, das Establishment.

### **Freie Fahrt für alle: Die «68er» in Basel**

Im Sommer 1969 stürten junge Leute mit mehreren Platzbesetzungen, sogenannten Sit-ins, den Basler Verkehr. Sie setzten sich demonstrativ auf die Tramschienen und hielten Transparente in die Höhe: «Preiserhöhung: NEIN, Gratistram: JA» [25]. Zuvor hatte der Regierungsrat beschlossen, die Tramtarife wegen der allgemeinen Teuerung heraufzusetzen. Die Aktivistinnen und Aktivisten empfanden die Erhöhung als asozial. Statt den öffentlichen Verkehr für alle zu fördern, setzte die Regierung auf das Auto, das Symbol für Konsum schlechthin.<sup>4</sup>

Die Tramblockaden zogen viel Aufmerksamkeit auf sich. Unzählige Schaulustige scharten sich um die jungen Leute. Am 18. Juli lösten Polizisten ein Sit-in mit Tränengas auf und verhafteten 71 Menschen.<sup>5</sup> Das war der Höhepunkt der 68er-Bewegung in Basel. Wie in anderen Schweizer Städten orientierte sie sich an den Protesten in den USA und Westeuropa. Egal ob in San Francisco, Paris oder Basel: Die Einstellung der <68er> war antiautoritär, antikapitalistisch und antibürgerlich.<sup>6</sup>

Die <68er> brachten bisher unbekannte Protestformen in die Stadt: Happenings, Teach-ins, Sit-ins. Schon länger etabliert waren Fackelzüge, mit denen in Basel unter anderem für das Frauenstimmrecht oder gegen die Zerstörung der Altstadt demonstriert wurde. Diese traditionelleren Proteste liefen geordneter und ohne Polizeieinsatz ab. Erst ab 1969, dem Jahr der Sit-ins, dokumentierte die Polizei die Anzahl der Demonstrationen. Durch die Kundgebungen würde «die öffentliche Ruhe und Ordnung zum Teil stark gestört», vermeldete die Polizei besorgt.<sup>7</sup> Das Ordnungsdenken war auch in der Bevölkerung verbreitet, umso skandalöser wirkten die neuen Protestformen. Das jugendliche Aufbegehren löste bei Bürgerlichen, aber auch bei der traditionellen Linken, Verunsicherung und Kopfschütteln aus.<sup>8</sup>

Die Universität war das intellektuelle Zentrum der 68er-Bewegung. Wichtige Impulse kamen von der Progressiven Studentenschaft Basel (PSB). Sie hatte sich im Laufe des Jahres 1968 gebildet und geriet am 28. Juni 1968 erstmals ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Zum ersten Basler Teach-in versammelten sich rund 2000 Personen auf dem Petersplatz. Neben dem Hauptgebäude der Universität tauschte man sich über internationale Konflikte und die «Studentenrevolte» in anderen europäischen Ländern aus.<sup>9</sup> In der Folge organisierte die PSB etliche Informationsveranstaltungen an der Universität und in Restaurants. Beispielsweise protestierten Studentinnen und Studenten mit Erfolg für die Absetzung des propagandistischen US-Films <The Green Berets> im Kino Alhambra. Der darin glorifizierte Vietnamkrieg galt als neue Form des Imperialismus, gegen den sich die <68er> dezidiert wandten.

Die Bewegung suchte in Basel früh den Weg in die institutionelle Politik. 1970 schlossen sich PSB und PLM, die Progressiven Lehrlinge und Mittelschüler, zu den Progressiven Organisationen Basel (POB) zusammen, einer politischen Partei.<sup>10</sup> Ihre erste Initiative nahm die Forderungen der Sit-ins auf, sie verlangte ein Gratistram. Die Gründung neuer politischer Organisationen wie der POB war typisch für die in Westeuropa und den USA entstehende Neue Linke. Diese grenzte sich vom autoritären Marxismus der kommunistischen Parteien ab und griff Forderungen von feministischen und ökologischen Bewegungen auf.



**25 Tramblockade auf dem Barfüsserplatz, 1969.** — Der sichtbare Höhepunkt der 68er-Bewegung in Basel waren mehrere Tramblockaden im Sommer 1969 als Reaktion auf die Erhöhung der Ticketpreise. Bei den ersten Tramdemonstrationen sah die Polizei noch keinen Anlass einzugreifen. Solche Proteste

waren in Basel neu und boten daher ein Spektakel. Wer demonstrierte und wer zuschaute lässt sich nur erahnen. Die Tramblockade auf dem Claraplatz am 18. Juli 1969 hingegen löste die Polizei mit einem umstrittenen Grosseinsatz nach wenigen Minuten auf.

Die POB war eine Vorreiterin der Neuen Linken in der Schweiz. Von Basel aus gründeten Parteimitglieder in anderen Kantonen weitere Sektionen, die sich schliesslich 1971 zu den national tätigen Progressiven Organisationen Schweiz (POCH) formierten.<sup>11</sup> Etwa die Hälfte der rund 600 POCH-Mitglieder politisierte in Basel, die POB blieb damit die grösste Sektion des Landes.<sup>12</sup> Sie war auf Anhieb erfolgreich: Bei der Grossratswahl 1972 gewann die POB fünf Sitze, 1980 wurde sie mit dreizehn Sitzen gar drittstärkste Fraktion hinter der SP und der FDP. In keiner anderen Stadt der Schweiz ging aus der 68er-Bewegung eine derart langlebige und einflussreiche Partei hervor.

Trotz ihres Einzugs ins Parlament blieb die POB weiterhin auf der Strasse aktiv. Die Partei kombinierte die neuen Aktionsmittel der 68er-Bewegung mit direktdemokratischen Instrumenten: Strassenproteste und Hausbesetzungen auf der einen Seite, Initiativen und Referenden auf der anderen. «Dass wir von Anfang

an auf beiden Schienen politisch aktiv waren, brachte uns Erfolg», resümierte später die Ärztin Ruth Mascarin, eine der Gründerinnen der Partei, POB-Grossratsmitglied und spätere POCH-Nationalrätin.<sup>13</sup>

Bei der POB fanden viele junge Bewegte ein politisches Zuhause, aber längst nicht alle. Einige Mitglieder gründeten 1970 die Vereinigung «Hydra» und spalteten sich ab.<sup>14</sup> Die «Hydra» pflegte engen Kontakt mit den «Spartakisten», einer Gruppe der radikalen Linken aus Wien, die sich für die Abschaffung von Jugendheimen einsetzte. Langfristigen Einfluss auf die Bewegung hatte zudem die in der Neuen Linken in Frankreich weitverbreitete Idee der Autogestion, der Selbstverwaltung.<sup>15</sup> 1973 beendete die «Hydra» ihren Aktivismus in Basel, gründete die Kooperative «Longo Mai» und kaufte einen Hof auf einem verlassenen Landstück in der Haute Provence in Frankreich. Die Gruppe zog sich zwar zurück aufs Land, blieb aber politisch aktiv. Knotenpunkt ihrer Aktivitäten blieb Basel, das administrative Zentrum der Kooperative. Ob «Hydra» oder «Longo Mai», PSB oder POB – die Strömungen innerhalb der Neuen Linken hatten zwar ähnliche Anliegen, artikulierten sie aber auf unterschiedliche Weisen. Die politische Debatte war in Basel lebendiger geworden, aber sie verlief vergleichsweise friedlich. Zu Ausschreitungen wie dem Zürcher Globuskrawall im Juni 1968 kam es hier nicht.

### **Soziale Bewegungen spalten die Linke**

Der Wunsch nach Mitbestimmung verschiedenster Gruppierungen manifestierte sich in den Referenden und Initiativen, die in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einer Vielzahl an Abstimmungen führten. Für viele Parteien war diese Zeit eine des Umbruchs. Neue Randparteien stellten die herkömmliche Rangordnung in Frage, etablierte Parteien mussten sich neu ausrichten oder spalteten sich auf. Die Parteienlandschaft wurde vielfältiger, das Meinungsspektrum breiter – nicht zur Freude aller.<sup>16</sup>

Die Neue Linke verunsicherte die etablierten Parteien aus dem linken politischen Spektrum. PdA und POB hatten zwar ähnliche ideologische Wurzeln und arbeiteten auch wiederholt zusammen, zum Beispiel bei der deutlich gescheiterten Gratistram-Initiative. Für die POB war die PdA unter dem Strich aber zu altmodisch, zu verknöchert und angepasst. Die PdA auf der anderen Seite stiess sich am Erfolg der neuen Konkurrenz und befürchtete eine Spaltung der Linksaussenkräfte.<sup>17</sup> Auch die Sozialdemokratische Partei zeigte sich kritisch. Die POCH sei eine Partei, «deren Politik terroristische und anarchistische Züge» aufweise, schrieb der Vorstand der SP Basel-Stadt 1971.<sup>18</sup>



**26 Demonstration für ein AJZ in Basel, 1981.** — Nach der Räumung eines besetzten Hauses, das als Autonomes Jugendzentrum (AJZ) genutzt wurde, kam es in Basel zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei. Insbesondere die Vermummung der Jugendlichen stand für viele sinnbildlich für die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit. 1990 befürwortete die Stimmbevölkerung von

Basel-Stadt als erster Kanton ein Vermummungsverbot für Demonstrierende. Aus Sicht der SP verletzte das neue Verbot das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, doch weder das Referendum noch eine staatsrechtliche Beschwerde hatten Erfolg. Als Sieger aus der Abstimmung hervorgegangen waren mit ihrem Schulterschluss die CVP, FDP, LDP und DSP.

Doch wenig später änderte die SP ihre Haltung gegenüber der Neuen Linken. Die traditionelle Arbeiterpartei öffnete sich einer neuen Generation beitriftswilliger Akademikerinnen und Akademiker, die in der 68er-Bewegung politisiert wurde. Typische Biografien waren die der späteren SP-Regierungsräte Mathias Feldges und Remo Gysin. Die Parteibasis spaltete sich zusehends in zwei Lager – einen jüngeren, den neuen sozialen Bewegungen nahestehenden und einen älteren, gewerkschaftlichen Parteiflügel.

Die Brüche innerhalb der SP traten während den Jugendunruhen anfangs der 1980er-Jahre offen zu Tage. Erneut gingen Jugendliche in Basel auf die Strasse, in erster Linie verlangten sie ein neues Autonomes Jugendzentrum (AJZ). Ein erstes bestand bereits 1972 am Claragraben. 1981 besetzten Jugendliche an der Hochstrasse während achtzig Tagen ein Haus, danach räumte die Polizei das Haus. Das zweite Basler AJZ war ein Biotop für neue Lebensmodelle, das Experiment einer basisdemokratischen, selbstverwalteten Gesellschaft. Arbeitsgruppen kümmerten sich um die Belange des täglichen Lebens, in Vollversammlungen sollten

alle mitreden dürfen. Bald häuften sich die Negativschlagzeilen über das AJZ, insbesondere der Drogenkonsum geriet ausser Kontrolle. Zeitzeuginnen berichteten von sexuellen Übergriffen, verfeindete Jugendgruppen prügelten sich beim AJZ.<sup>19</sup> Selbst unter Jugendlichen herrschte keine Einigkeit, wie der Freiraum zu gestalten war. Im Gegensatz zu den ‹68ern› verwehrten sich die Autonomen der institutionellen Politik. Ihre anarchistische Haltung provozierte auch Teile der Linken, unter anderem den SP-Regierungsrat Karl Schnyder. Unter seinem Kommando ging die Polizei rabiat gegen die AJZ-Sympathisantinnen und -Sympathisanten vor, wofür ihn der junge linke Flügel parteiintern vehement kritisierte. Der Streit um die Polizeieinsätze trieb den innerparteilichen Konflikt auf die Spitze – es kam zur Spaltung. 1982 folgten knapp 200 ältere Parteimitglieder dem Ruf Schnyders, traten aus der SP aus und gründeten die Demokratisch-Soziale Partei Basel-Stadt (DSP).

Die SP stand kurzzeitig ohne Regierungsrat da, zum ersten Mal seit 1902, ein bemerkenswertes Indiz für die Spaltung im linken Lager. In den Folgejahren musste sie beobachten, wie die DSP bei Abstimmungen oft das Zünglein an der Waage spielte. In gewissen Fragen, etwa der Verkehrs- und Umweltpolitik, stand die neue Partei den Bürgerlichen näher als der Linken. Die bürgerliche Mehrheit in Basel-Stadt war auch deshalb bis zur Jahrtausendwende sichergestellt. Erst 1996 erreichte die Basler SP wieder einen höheren Wähleranteil als vor der Parteispaltung. Ab diesem Zeitpunkt verlor die DSP laufend Grossratssitze, 2009 löste sie sich auf.<sup>20</sup> Langfristig konnte sich die SP als führende linke Partei durchsetzen.

### **Rechtspopulismus fordert das bürgerliche Basel**

Auch im bürgerlichen Lager gab es gewichtige Verschiebungen. Der Landesring der Unabhängigen hatte sich in den 1960er-Jahren in Basel als eine der stärksten Parteien etabliert.<sup>21</sup> Die Partei weitete ihr politisches Programm aus und setzte sich vermehrt für soziale Verantwortung, Frauenrechte und den Umweltschutz ein. Der neue Kurs fand in der Bevölkerung grosse Zustimmung. 1968 erhielt der LdU 19 Sitze im Grossen Rat, ebenso viele wie die Liberalen oder die Freisinnigen. Die Partei schaffte es wie keine andere, prominente Persönlichkeiten für sich zu gewinnen. Unter anderem sass die Märchenerzählerin Trudi Gerster und Hansjürg Weder, Obmann des Basler Heimatschutzes, für den LdU im Grossen Rat. Der Basler Schauspieler und LdU-Politiker Alfred Rasser (‹HD Läppli›) vertrat zudem den Kanton Aargau im Nationalrat. In den 1970er-Jahren verlor der LdU in Basel an politischer Schlagkraft. Der Partei fiel es immer schwerer, die vielen Felder des Parteiprogramms glaubhaft unter einen Hut zu bringen.

Einen Aufschwung erlebte derweil der Basler Freisinn. National politisierte die Basler Sektion traditionell am linken Flügel der Partei, seit 1919 trug sie den vielsagenden Namen Radikal-Demokratische Partei (RDP) – mit ihrer radikal-zentralistischen Position grenzte sie sich sowohl von der Mutterpartei FDP als auch von der konservativen und eher staatskritischen Konkurrentin, der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), ab.<sup>22</sup> Nach Jahrzehnten der Stabilität mussten die Radikalen bei den Grossratswahlen 1968 und 1972 allerdings herbe Rückschläge hinnehmen. Sie verloren zwölf ihrer 25 Sitze und fielen damit hinter die Liberalen zurück.

**Basel-Stadt blieb die letzte LDP-Hochburg** Am Parteitag 1973 beschlossen die Radikalen, sich stärker an den nationalen Freisinn und seine staatskritische und wirtschaftsliberale Haltung anzubinden. Dieser programmatische Kurswechsel, symbolisiert durch die Umbenennung in Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), war einschneidend. Aus der Bevölkerung kam viel Zuspruch für die Neuausrichtung. Bei den Erneuerungswahlen 1976 und 1980 gewann die Basler FDP je vier Sitze. Anteil am Wiederaufstieg hatten auch die Jungfreisinnigen, die viele neue Mitglieder für sich gewinnen konnten. Stärker war die Basler FDP seither nie mehr.<sup>23</sup>

Mit seiner Neuausrichtung näherte sich der Basler Freisinn inhaltlich dem liberal-föderalistischen Kurs der Liberalen an. Es sprach immer weniger gegen eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Parteien. 2003 stand sogar ein Zusammenschluss im Raum. Doch während in der übrigen Schweiz LDP und FDP 2009 fusionierten, blieb Basel-Stadt die letzte LDP-Hochburg. Der LDP-Politiker Christoph Eymann war ein vehementer Gegner der Fusion: «Wir sind eigenständig und baslerisch – das ist für viele Basler ein Grund, uns zu wählen.»<sup>24</sup> Zudem müsse man keine Rücksicht auf parteipolitische Befindlichkeiten in der nationalen Politik nehmen – zumindest nicht in Basel. Im Nationalrat erreichte die LDP keine Koalitionsgrösse und fand Unterschlupf bei der FDP.

Die Parteipolitik im Kanton Basel-Stadt hatte um 1970 Eigenheiten, sie reflektierte aber auch schweizweite Trends, zum Beispiel den Rechtspopulismus. Die in Zürich gegründete Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA) schaffte 1968 in Basel-Stadt den Sprung ins Parlament, 1972 gewann sie beachtliche zehn Mandate.<sup>25</sup> Die NA (ab 1990 Schweizer Demokraten, SD) politisierte mit Ängsten und Unsicherheiten in der Bevölkerung, insbesondere im Bereich der Ausländerpolitik.

Der Rechtsrutsch fiel besonders stark aus. Basel-Stadt gehörte zu den vier Kantonen, die 1971 einen NA-Vertreter in den Nationalrat entsandten. Nach einer kurzen Baisse erlebte die Partei Ende der 1980er-Jahre ihren zweiten Frühling und



**27 Wahlplakat der Radikal-Demokratischen Partei (RDP), 1968. —**

Die bürgerliche RDP, Vorgängerin der FDP, warb 1968 für den Aufbruch: Frauen und Männer sollten Basel gemeinsam «uffbaue». Zum ersten Mal standen Frauen für den Grossen Rat zur Wahl. Die Stimmbevölkerung wählte vierzehn Frauen aus verschiedenen Parteien. Ausgerechnet aus der RDP war jedoch keine darunter.

kam 1988 nochmals auf zehn Grossratsmandate. Danach wurde sie von der aufstrebenden Schweizerischen Volkspartei (SVP) verdrängt, die sich verstärkt rechtspopulistisch und isolationistisch ausrichtete.<sup>26</sup> Einige NA-Mitglieder formierten in der Zwischenzeit die rechtsextreme Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat (VA). Die Partei fiel wiederholt durch Skandale auf, so zum Beispiel 1985, als sie mit einer Gruppe von Skinheads die Tribüne stürmte und mit fremdenfeindlichen Parolen den Ratsbetrieb störte.<sup>27</sup>

## **Machtwechsel: Das rot-grüne Basel**

In den 1990er-Jahren kam Bewegung ins linke Lager. Die Grüne Partei Basel-Stadt (GP) entstand 1991, ihr waren diverse Bewegungen vorausgegangen, die sich für ökologische Anliegen eingesetzt hatten. Als erste Partei stellten die Grünen den Umweltschutz in den Mittelpunkt ihres Programms.

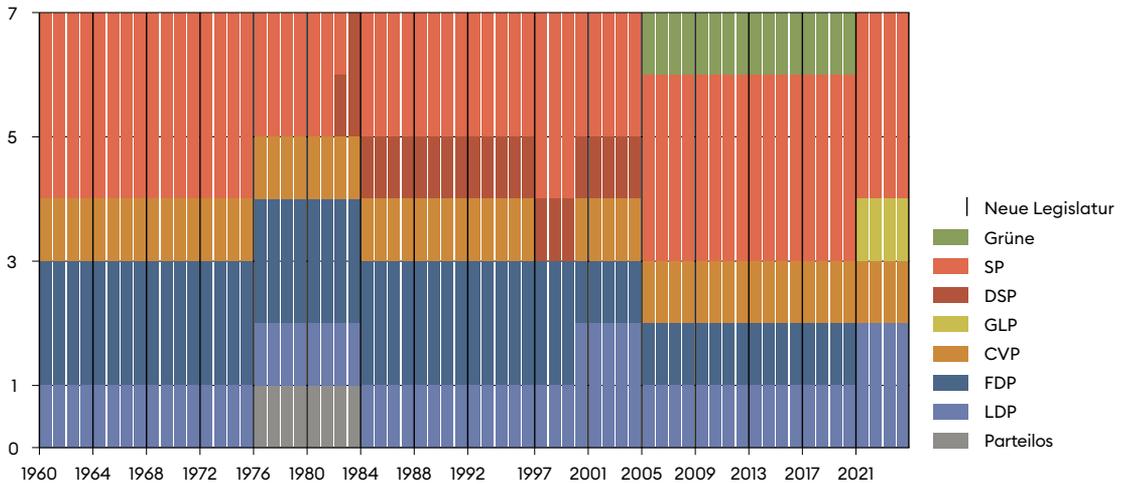
Die POB hatte dagegen einen Mitgliederschwund zu beklagen und beschloss 1993 als letzte Schweizer POCH-Sektion, sich aufzulösen. Für die neue Generation war die Kaderpartei unattraktiv – zu festgefahren ihre Sprache, zu hierarchisch ihre Diskussionskultur. 1995 trat mit Basels starke Alternative (BastA!) eine neue linksökologische Partei in Erscheinung, die hauptsächlich von ehemaligen POB-Mitgliedern gegründet worden war. Da sich die Grüne Partei konsequent links positionierte, schloss sie sich mit der neuen BastA! zur gemeinsamen Fraktion Grünes Bündnis (später Grün-Alternatives Bündnis) zusammen.

Ende des 20. Jahrhunderts deutete vieles darauf hin, dass die Linken endlich das erreicht hatten, was das bürgerliche Lager nach 1950 über Jahrzehnte ausmachte: eine gemeinsame Mehrheit vor Augen, stabile Bündnisse – trotz aller Rivalitäten. Dieser Wunsch ging an den Regierungsratswahlen 2004 in Erfüllung. Mit Guy Morin wählte die Basler Bevölkerung erstmals ein Mitglied der Grünen in den Regierungsrat. Damit endete zudem die 54 Jahre währende Mehrheit der Bürgerlichen. Zusammen mit den drei gewählten SP-Vertretungen bildete Morin eine rot-grüne Regierung.

Der Siegeszug von «Rot-Grün» war kein Basler Phänomen. Insbesondere die SP, aber auch die Grünen inszenierten sich in vielen urbanen Zentren erfolgreich als basisverbundene Reformpartei. Sie versprachen Investitionen in Umweltschutz, ÖV, Schulen, Kultur und gemeinnützigen Wohnungsbau. Die grossen schweizerischen Städte wurden nach und nach zu rot-grünen Hochburgen – Lausanne 1989, Zürich 1990, Bern 1992, Basel-Stadt 2004, Genf 2005.<sup>28</sup> Neben dem «Röstigraben», der sich insbesondere bei der Abstimmung über den Beitritt zum EWR zeigte, sorgte vermehrt der Stadt-Land-Graben für kontroverse Debatten.

Auch die neue, 2005 von der Stimmbevölkerung angenommene Kantonsverfassung unterstrich den Charakter von Basel als rot-grüner Stadt. Sie ersetzte die alte, von 1889 stammende Verfassung und führte gewichtige Änderungen im Politikbetrieb ein. Das Parlament wurde verkleinert, von 130 auf 100 Ratsmitglieder. Zudem wurde die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen gestärkt und die Wahl einer Regierungspräsidentin oder eines Regierungspräsidenten festgeschrieben. Die neue Verfassung spiegelte den Zeitgeist, sie wollte Gleichstellung,

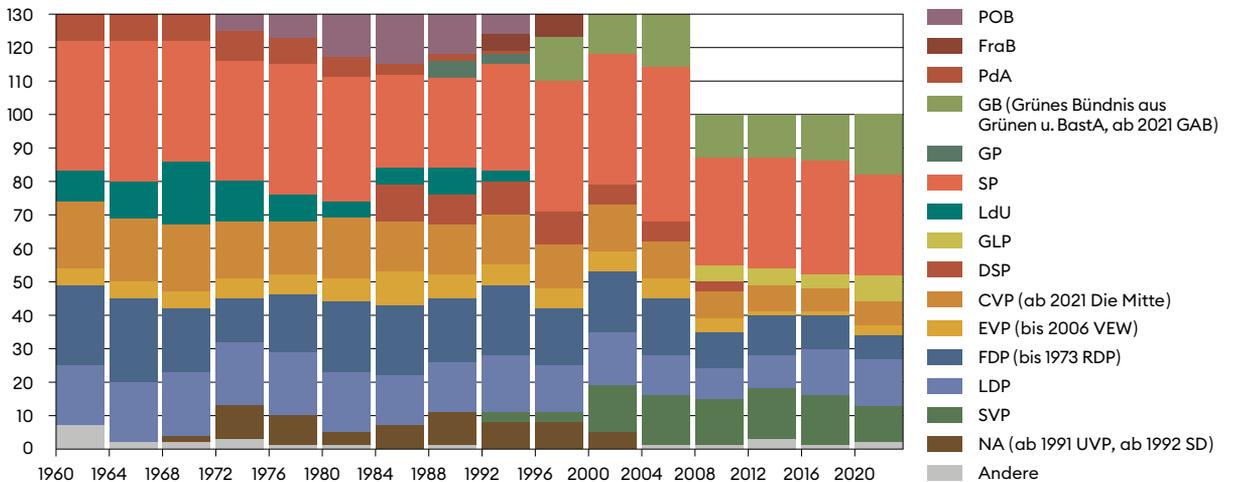
## Regierungsrat in Basel-Stadt, 1960–2024



**28** Die Basler Regierung war nach 1960 geprägt von relativ stabilen Verhältnissen. Bis zur Jahrtausendwende herrschte eine knappe bürgerliche Mehrheit, linke Parteien besetzten drei von sieben Sitzen. 2004 eroberten

die Grünen einen Sitz der FDP, damit dominierte die rot-grüne Linke. Mit der Wahl von 2020 trat eine Patt-situation ein: Die Grünen verloren ihren Sitz an die GLP, die sowohl ökologische wie liberale Interessen vertritt.

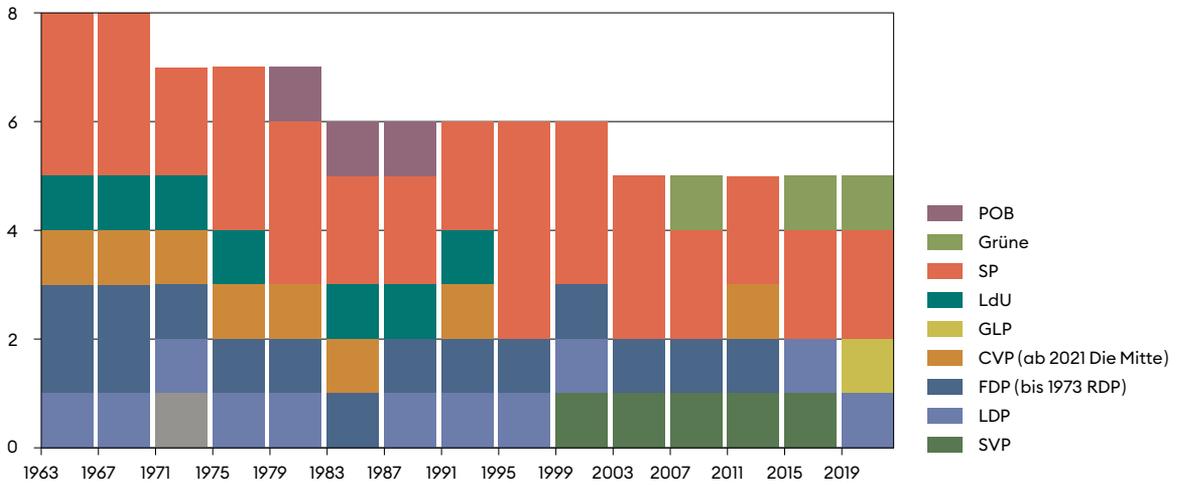
## Grosser Rat in Basel-Stadt, 1960–2024



**29** Die Parteienlandschaft in Basel hat sich seit 1960 stark verändert, mit Auswirkungen auf die Sitzverteilung im Basler Grossrat. Besonders stark waren die Umwälzungen in den 1990er-Jahren: Traditionsreiche Parteien wie die PdA und die LdU verloren ihre letzten

Sitze, aufstrebende Parteien wie die Grünen und die SVP gewannen in kurzer Zeit viele Mandate. 2005 nahm das Stimmvolk die neue Kantonsverfassung an, eine gewichtige Folge davon war die Verkleinerung des Grossen Rates auf hundert Mitglieder.

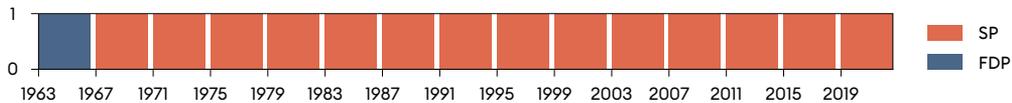
## Vertretung Basel-Stadt im Nationalrat, 1963–2023



**30** In den 1960er-Jahren verfügte Basel-Stadt über acht Nationalratssitze, ab den Wahlen 1971 sank die Vertretung auf sieben, 1983 auf sechs, 2003 auf fünf, 2023 auf vier. Da in anderen Kantonen die Bevölkerung stark

zunahm, war der Stadtkanton immer schwächer vertreten. Relativ konstant blieb die Balance der politischen Vertretung: Basel-Stadt schickte stets ähnlich viele Linke und Bürgerliche in die Grosse Kammer nach Bern.

## Vertretung Basel-Stadt im Ständerat, 1963–2023



**31** Als Halbkanton steht Basel-Stadt nur ein Sitz im Ständerat zu. Nach dem Freisinnigen Eugen Dietschi (1960–1967) trugen dieses Amt über Jahrzehnte nur noch Vertreterinnen und Vertreter der SP: Willi Wenk

(1967–1979), Carl Miville (1979–1991), Gian-Reto Plattner (1991–2003), Anita Fetz (2003–2019), Eva Herzog (seit 2019).

Nachhaltigkeit und Integration fördern. Einzelne Artikel hatten schweizweite Signalwirkung, zum Beispiel das Recht auf Kinderbetreuung oder die vermehrte Inklusion von Menschen mit Behinderungen.<sup>29</sup>

«Rot-Grün» profitierte in Basel aber auch von den Spannungen, die mit dem Aufstieg der SVP im bürgerlichen Lager entstanden. Die Basler SVP erreichte zwar nie die Stärke der nationalen Partei, bewegte sich aber seit 2000 mit über zehn Grossratsmandaten und einem Nationalratsmandat auf Augenhöhe mit den anderen bürgerlichen Parteien. Sie positionierte sich als «bürgerliche Alternative mit der klaren Linie», in Abgrenzung zur CVP, FDP und LDP.<sup>30</sup> Auch die bürgerlichen Parteien hatten untereinander klare inhaltliche Differenzen, etwa in der Migrations- und Europapolitik. Doch um den Linken Sitze streitig zu machen, waren Allianzen notwendig. Darin liege ein Dilemma, resümierte das FDP-Präsidium 2016: «Mit der SVP geht es eigentlich nicht, aber ohne SVP geht es von den Mehrheiten her nicht.»<sup>31</sup>

Trotz dieser Uneinigkeiten verschoben sich die Kräfteverhältnisse langsam wieder auf die bürgerliche Seite. Bei den Wahlen 2008 schaffte die Grünliberale Partei Basel-Stadt (GLP) im ersten Anlauf den Sprung in den Grossen Rat, mit fünf Mitgliedern direkt in Fraktionsstärke. Die Kombination aus liberaler Wirtschaftspolitik und nachhaltiger Umweltpolitik überzeugte viele Wählerinnen und Wähler. Seither sah sich die Regierung stets einem bürgerlichen Parlament gegenüber. Nach den Wahlen 2020 nahm schliesslich auch die rot-grüne Regierungsmehrheit ein vorläufiges Ende, es folgte der Wechsel zu einer Regierung mit drei SP- und drei bürgerlichen Regierungsrätinnen und -räten. Den siebten Sitz eroberten sich die Grünliberalen von den Grünen. Basel-Stadt war damit der erste Kanton mit einer grünliberalen Regierungsrätin, Esther Keller. Gleichzeitig stellte die Basler FDP erstmals in ihrer Geschichte keinen Regierungsrat mehr – sie wurde verdrängt von der LDP. Wie das Resultat 2020 und die neue Regierung zu bewerten sei, darüber herrschte unter Fachleuten grosse Uneinigkeit. Die traditionelle Links-Rechts-Dichotomie, so viel schien klar, rückte zunehmend in den Hintergrund.<sup>32</sup>

# Medien in Basel – Konzentration und Vielfalt

Die Aufregung war gross in Basel, als die «National-Zeitung» (NZ) und die «Basler Nachrichten» (BN) 1976 ihre Fusion bekannt gaben. «Monopolbildung» hiess es auf der Titelseite des «Doppelstabs», von einem «Tiefschlag gegen Pressefreiheit» schrieb die sozialdemokratische Presse. Auch in der Bevölkerung war die Sorge um einen Verlust an Meinungsvielfalt weitverbreitet.<sup>33</sup> Mit der neuen «Basler Zeitung» (BaZ) lancierten die Verantwortlichen 1977 eine sogenannte Forumszeitung, die in ihrer Berichterstattung Meinungsvielfalt und Ausgewogenheit gelobte. Damit setzte sich ein Prozess fort, der bereits in den 1960er-Jahren begonnen hatte: das Ende der Parteipresse. Die NZ, lange ein Parteiblatt der FDP, emanzipierte sich von der Partei und schlug unter neuer Leitung einen dezidiert linksliberalen Kurs ein. Die liberalkonservativen BN hatten hingegen mehr Mühe, sich von der LDP zu lösen. Nach 1970 richtete sich die Zeitung an ein breiteres und jüngeres Publikum, verlor damit aber auch an Rückhalt bei den Geldgebern aus Industrie und Bankenwesen – zum Beispiel, als sie kritisch über den Chemieunfall in Seveso berichtete.<sup>34</sup> Fusionen wie jene zur BaZ waren kein Einzelfall. Der Konzentrationsprozess in der Schweizer Medienlandschaft spitzte sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu. Zwischen 1960 und 2010 sank die Zahl der Printmedien, die mindestens einmal wöchentlich unter einem eigenständigen Namen erschienen, schweizweit von 350 auf 193.<sup>35</sup> Im Raum Basel verschwand ein Blatt nach dem anderen: 1982 fusionierten aus Kostengründen die CVP-nahen Blätter «Basler Volksblatt» und «Nordschweiz». Zehn Jahre später wurden sie von der

«Basellandschaftlichen Zeitung» (bz) aufgekauft. 1992 musste auch die sozialdemokratische «AZ Abend-Zeitung», bis 1963 «Arbeiter-Zeitung» genannt, aus finanziellen Gründen ihren Betrieb einstellen.<sup>36</sup> Mit der bz und der BaZ blieben von einst fünf nur noch zwei Tageszeitungen in der Region übrig, beide in Familienbesitz, wirtschaftlich unabhängig, mit traditionellem Geschäftsmodell und damit fest einkalkulierten Einnahmen aus Anzeigen und Vertrieb.

Doch die Mediennutzung hatte sich inzwischen stark gewandelt, die elektronischen Medien nahmen an Bedeutung zu. Lange dominierte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) den Markt nach Belieben, private Sender waren nicht zugelassen, die Menschen konnten nur wenige Kanäle empfangen. Das Monopol stiess auch in Basel zunehmend auf grosses Unverständnis. Das SRG-Radiostudio auf dem Bruderholz befriedigte offenbar nicht mehr den Geschmack aller Hörerinnen und Hörer. Piratensender überlebten allerdings oft nur für kurze Zeit. Der Staat legte sie in der Regel rasch lahm.<sup>37</sup> Das änderte sich mit der Liberalisierung des Radiomarktes 1983. Die erste Konzession in der Stadt Basel erhielt noch im selben Jahr das «Radio Basilisk», gegründet von einer Gruppe rund um Radiopionier Christian Heeb. Es folgten weitere Sender, darunter «Radio X» (1998), «Radio Basel» (2009) und «Energy Basel» (2012).<sup>38</sup> In Basel störte sich die Regierung insbesondere am TV-Programm der SRG. Der Eindruck, die Region werde nicht gebührend repräsentiert, hatte auch medienpolitische Hintergründe.<sup>39</sup> Obwohl Basel 1952 als erste Deutschschweizer Stadt einen Fernseh-Versuchsbetrieb durch-



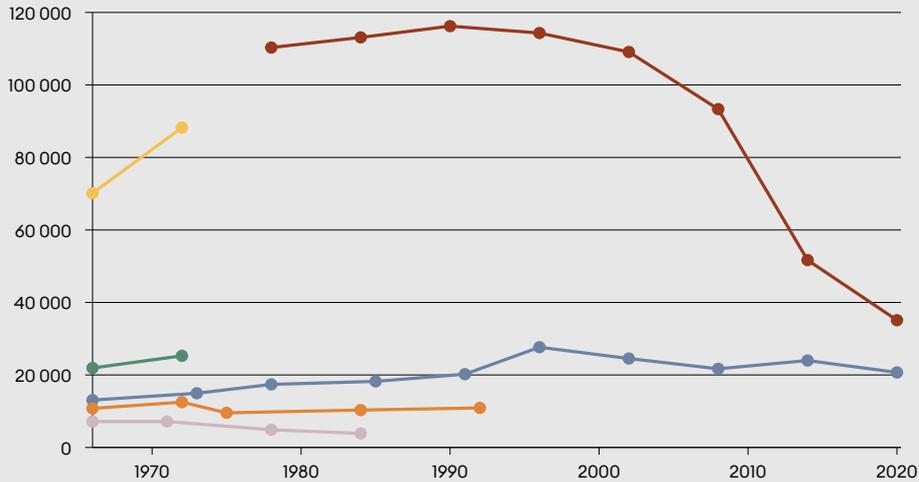
**32** Eine Botin verteilt am Morgen die neue «Basler Zeitung», auf ihrem Wagen steht noch der Schriftzug der alten «National-Zeitung», 1979.

fürhte, wählte der Bundesrat 1959 Zürich als Standort des deutschschweizerischen Fernsehstudios. Die Basler Regierung fühlte sich benachteiligt. Die Unzufriedenheit mit dem Bundesentscheid war weitverbreitet in der Region, bald wurde offene Kritik laut. Man befürchtete, die Region würde sich zu stark vom südbadischen und elsässischen Fernsehen «berieseln» lassen, während das SRG-Monopol ein eigenes Regionalfernsehen blockierte. Basel wäre dafür ausgestattet gewesen: 1984 nahm auf dem Chrischona Berg in Bettingen einer der modernsten Fernsehtürme Europas seinen Betrieb auf, mit 250 Metern das höchste freistehende Bauwerk der Schweiz. Um den Druck auf Bundesbern zu erhöhen, bildete sich 1986 der Verein Basler Regionalfernsehen, eine Allianz aus Regierung, Mustermesse, Handelskammer, BaZ und

Radio Basilisk, die hinter dem Versuch «Tele-Regio» stand. Unter diesem Namen war im März 1989 eine erste Sendung mit lokalen News empfangbar im Grossraum Basel, eingebettet in ein Spezialprogramm der SRG. Einen eigenen TV-Sender erhielt Basel erst, nachdem 1991 auch der nationale Fernsehmarkt liberalisiert worden war: 1993 strahlte der «Stadtkanal» eine erste Sendung aus, vier Jahre später folgte die Namensänderung zu «Telebasel».<sup>40</sup>

Ende des 20. Jahrhunderts dominierten Medienhäuser aus den Kantonen Zürich und Aargau die Schweizer Medienlandschaft, Basel spielte dagegen nur noch eine Nebenrolle. Umso brisanter war hier die Frage nach der Meinungsvielfalt. Dies zeigt sich insbesondere an der Geschichte der BaZ. Die aus der eingangs erwähnten Fusion

## Auflage der Tageszeitungen in der Region Basel, 1966–2020



**33** Die «National-Zeitung» fusionierte mit den «Basler Nachrichten» zur «Basler Zeitung», die «Basellandschaftliche Zeitung» übernahm die «Nordschweiz», und die «AZ Abend-Zeitung» musste den Betrieb einstellen. Die BaZ war über Jahrzehnte die bestverkaufte Zeitung in der Region – allerdings mit stark rückläufigen Verkaufszahlen. Die Digitalisierung hat den Medienkonsum grundlegend verändert.

- AZ Abend-Zeitung (Daten bis 1984)
- Basellandschaftliche Zeitung (ab 2019 bz – Zeitung für die Region Basel)
- Basler Nachrichten
- Basler Volksblatt (ab 1982 Nordschweiz)
- Basler Zeitung
- National-Zeitung

hervorgegangene Tageszeitung war das einzige Basler Medium mit nationaler Strahlkraft. Als 2010 seine überraschende Übernahme durch rechts-konservative Kreise um den SVP-Politiker Christoph Blocher bekannt wurde, regte sich in Basel heftiger Widerstand. Über 18 000 Menschen unterschrieben die Initiative «Rettet Basel» und forderten, dass die nebulösen Besitzverhältnisse offengelegt würden. Sie befürchteten, dass aus der BaZ ein SVP-Gesinnungsblatt würde.<sup>41</sup> Als Reaktion auf die Übernahme formierte sich die Stiftung für Medienvielfalt, die neue, politisch eher links positionierte Medien unterstützte, darunter die Zeitung «TagesWoche» (2011–2018) und das Onlinemedium «Bajour» (2019).

Der lokale Journalismus verlagerte sich in Basel zunehmend ins Internet. Die verbliebenen zwei gedruckten Tageszeitungen hatten inzwischen ausserkantonale Trägerschaften – hinter der bz standen seit 2006 die Aargauer «AZ Medien», und die Gruppe um Blocher verkaufte die BaZ 2018 an die Zürcher Mediengruppe Tamedia.<sup>42</sup> Ihre Verkaufszahlen im Printbereich gingen markant zurück [33]. Dies auch, weil die digitalen Medien neue Mediengewohnheiten, niederschwellige Zugang und Teilhabe ermöglichten. Medien wie «Onlinereports» schlugen diesen Weg bereits Ende der 1990er-Jahre ein. Seither entstanden zahlreiche weitere digitale Medien mit neuen Geschäftsmodellen, einige überlebten allerdings nur kurze Zeit.

## Baslerinnen fordern Gleichberechtigung

Am 26. Juni 1966 beendete Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton den Ausschluss der Frauen vom Stimm- und Wahlrecht. Damit verbunden war eine massive Erweiterung der Demokratie. Bisher konnten 66 851 Männer abstimmen, nun waren es 151 102 Stimmberechtigte – mehr als doppelt so viele.<sup>43</sup> Auf eidgenössischer Ebene folgte das Frauenstimmrecht erst 1971. Aber trotz des neuen Stimm- und Wahlrechts waren Frauen rechtlich und gesellschaftlich in der Schweiz noch nicht gleichgestellt. Auch in Basel forderten Frauenorganisationen und Politikerinnen nun die rechtliche und faktische Gleichberechtigung.



**34 St. Jakobsdenkmal mit Schild, das auf das fehlende Frauenstimmrecht hinweist, 1966.** — Am 26. Juni 1966 fällten die Basler Männer eine weitreichende Entscheidung: Die Frauen durften von nun an im Kanton wählen, sich für Wahlen aufstellen lassen und abstimmen. Zwei Tage vor der Abstimmung hatten Baslerinnen mit einer symbolhaften Aktion an das bisherige System der Ungleichbehandlung erinnert: «Ich darf nicht stimmen», schrieben sie auf ein Schild und hängten es dem St. Jakobsdenkmal um. Das Denkmal zeigt die Helvetia, eine allegorische Figur, die zwar die Schweiz versinnbildlicht, aber als Frau bis dato von der Demokratie gänzlich ausgeschlossen gewesen wäre – in Basel-Stadt bis 1966, von der nationalen Politik bis 1971, in einzelnen Kantonen sogar noch länger.

## Die ersten Grossrätinnen und die neue Frauenbewegung

1968 war nicht nur ein Jahr, das für die Rebellion der Jugend stand, sondern auch ein Jahr, das Frauen neue Rechte brachte, zumindest in Basel. Die Gymnasien hoben den nach Geschlechtern getrennten Unterricht auf und Lehrerinnen, die heirateten, durften weiterhin unterrichten, denn das revidierte Beamten-gesetz verbot die bis dahin übliche Entlassung von frisch verheirateten weiblichen Angestellten.<sup>44</sup> Beim Staatspersonal waren Frauen damit rechtlich gleichgestellt. 1968 war zudem das Jahr, in dem in Basel-Stadt die erste Wahl stattfand, bei der Frauen ins Parlament gewählt werden konnten. Vierzehn von ihnen schafften die Wahl in den Grossen Rat.

Eine der ersten Grossrätinnen war die CVP-Politikerin Gertrud Spiess. Die promovierte Altphilologin, Lehrerin und Konrektorin am ehemaligen Mädchen-gymnasium war eine Pionierin der Basler Politik. Sie hatte bereits 1961 zu den ersten in den Bürgerrat gewählten Frauen gehört. 1975 wurde sie die erste weibliche Grossratspräsidentin und schaffte als erste Baslerin den Einzug in den Nationalrat. Im selben Jahr rief sie Frauen dazu auf, in die Politik zu gehen. «Versuchen wir doch alle ja zu sagen, wenn man uns bittet, Verantwortungen zu übernehmen», sagte sie am ersten «Tag der Frau» in der Mustermesse Basel («muba»). Schliesslich wolle sie keine «einsame Alibi-Frau bleiben».<sup>45</sup>

Frauen mussten zunächst davon überzeugt werden, vom Wahl- und Stimmrecht Gebrauch zu machen. Die «Basler Frauenzentrale» zum Beispiel, die Dachorganisation der Frauenorganisationen, führte vor Abstimmungen Informationsveranstaltungen durch und organisierte Treffen mit Kandidatinnen. Die weibliche Vertretung im Grossen Rat stieg dennoch nur langsam an, bis 1984 lag sie unter zwanzig Prozent.<sup>46</sup> Dabei war Basel-Stadt im nationalen Vergleich progressiv. Nirgendwo sonst in der Deutschschweiz hatte das eidgenössische Frauenstimmrecht in der Volksabstimmung von 1971 so viel Zustimmung wie in Basel (82,2 Prozent Ja-Stimmen) erhalten.<sup>47</sup>

Das politische Spektrum der ersten Basler Politikerinnen war breit. Sowohl bürgerliche wie linke Frauen wurden 1968 in den Grossen Rat gewählt, wobei die LDP und der LdU mit je vier gewählten Vertreterinnen den höchsten Frauenanteil aufwiesen. Im Laufe der 1970er-Jahre wurden vermehrt linke Frauen ins Parlament gewählt.<sup>48</sup> Dies lag auch an der aufkommenden Frauenbewegung.<sup>49</sup> Neue linke Parteien wie die POB gaben sich feministisch. Mit den Progressiven Frauen Basel (PFB) hatte die POB eine eigene Frauengruppe und einen hohen Anteil an weiblichen Mitgliedern.



**35 Podiumseroberung der OFRA am 1. Mai 1980.** — Sogenannte Frauenthemen wie Kinderbetreuung, Sexualität oder die Verteilung von Hausarbeit fanden bei der Linken lange wenig Beachtung. Auch am Tag der Arbeit 1980 stiess die Organisation für die Sache der Frau (OFRA) mit ihren Anliegen auf taube

Ohren. Als ihr im Vorfeld der Veranstaltung keine Redezeit zugestanden wurde, beschlossen Mitglieder der OFRA kurzerhand, das Rednerpult zu stürmen: Mehrere Frauen verjagten den Redner, wobei es zu einem Handgemenge kam. In den Folgejahren stellte die OFRA am 1. Mai jeweils mehrere Rednerinnen.

Trotzdem blieb die Linke lange fest in Männerhand. In den Leitungsgremien der Parteien sassen immer noch mehrheitlich Männer. Nach einigen Jahren reichte es den weiblichen POB-Mitgliedern, sie hatten es nach eigener Aussage «satt», für die Partei nur «Flugblätter zu tippen und zu verteilen».<sup>50</sup> 1977 gründeten sie die Organisation für die Sache der Frau (OFRA), die in Basel grosses Aufsehen erregte. Die OFRA war in der ganzen Schweiz tätig und setzte sich parteipolitisch unabhängig und in provokantem Stil für feministische Anliegen ein. Nichtsdestotrotz blieb die Nähe zu linken Parteien bestehen. Für einige Frauen wie Anita Fetz, spätere National- und Ständerätin, und Veronica Schaller, erste weibliche Regierungsrätin, stand das Engagement in der OFRA am Beginn ihrer politischen Karriere.

Neben der OFRA entstand in den 1970er-Jahren eine autonome Frauenbewegung, die sich aus einer Vielzahl von Gruppen zusammensetzte. 1977 besetzten Aktivistinnen ein Haus an der Hardstrasse, um ihrer Forderung nach einem Frauenzentrum Nachdruck zu verleihen. Ein Jahr später wurde an der Davidsbodenstrasse die erste Frauenbeiz der Schweiz, das «Frauenzimmer», eröffnet. Das «Frauenzimmer» sollte ein Ort sein, an dem Frauen ungestört unter sich sein

konnten, «ohne belästigt zu werden», wie die Betreiberinnen sagten.<sup>51</sup> Männerfreie Räume waren ein wichtiges Anliegen der neuen Frauenbewegung, die Beratungsstellen, ein Gesundheitszentrum und Buchläden ins Leben rief. Auch das erste Frauenhaus in Basel wurde in jener Zeit als Schutzraum gegründet. Im Sommer 1979 stellte der Regierungsrat auf dem Kasernenareal Räumlichkeiten zur Verfügung, um ein Frauenzentrum einzurichten.<sup>52</sup> In den nächsten beiden Jahrzehnten entwickelte es sich zum Treffpunkt junger Feministinnen. Die traditionellen Frauenorganisationen waren an solchen Projekten der jüngeren Generation durchaus interessiert, auch wenn sie deren Mittel und die fordernde Sprache teilweise ablehnten.

Die neue Frauenbewegung vertrat ein erweitertes Verständnis davon, was politisch sei. Ihr ging es nicht nur um politische Rechte, sondern auch um das Private. Eine rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau war in diesem Verständnis nicht ausreichend. Diskriminierung von Frauen manifestierte sich in allen Bereichen des Alltags, konstatierten Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung. Zu den drängenden Themen jener Tage zählten der straffreie Schwangerschaftsabbruch, eine freiere Sexualität, die Anerkennung von Frauenarbeit, insbesondere der Hausarbeit, Frauengesundheit, ein Ende des Sexismus und gleichberechtigte Partnerschaften.

### **Schutz vor Gewalt: Ein Frauenhaus für Basel**

In Basel setzte ab Mitte der 1970er-Jahre eine Debatte über Gewalt gegen Frauen ein. «Es ist heute kaum mehr vorstellbar, aber wir hatten bis dahin nichts von der Existenz dieses Problems gehört», erinnerte sich eine Zeitzeugin.<sup>53</sup> Die neue Frauenbewegung und die mit ihr verbundenen Organisationen förderten das Bewusstsein und forderten Massnahmen. Die bürgerlich geprägte Frauenzentrale machte 1979 publik, dass in Basel monatlich hundert Frauen misshandelt und polizeilich oder ärztlich erfasst würden. Dies sei nur die «Spitze eines Eisbergs», schrieb die Präsidentin der Frauenzentrale, insbesondere häusliche Gewalt sei weitverbreitet.<sup>54</sup> Unterdessen trieben junge Frauen die Eröffnung eines Frauenhauses in Basel voran. Solche

Einrichtungen waren einige Jahre zuvor in London und Berlin entstanden, 1977 hatten Zürcherinnen den schweizweit ersten Schutzraum für Betroffene häuslicher Gewalt gegründet. In Basel forderten Politikerinnen aller Couleur die Errichtung eines Zufluchtsortes für Opfer physischer und sexualisierter Gewalt.<sup>55</sup> Der Kanton stimmte schliesslich einer Subventionierung zu. 1981 eröffnete in Basel das erste Frauenhaus. Um die Frauen zu schützen, machten die Betreiberinnen den Standort des Hauses nicht öffentlich. Trotz zusätzlichen Beratungsstellen, Kampagnen gegen Gewalt und politischen Interventionen blieb Gewalt gegen Frauen ein Problem. Noch 2019 musste das Frauenhaus regelmässig Frauen wegen Platzmangels abweisen.<sup>56</sup>

## Die Basler Frauenuntersuchung und ihre Folgen

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann erzielte in den 1980er-Jahren zwar entscheidende Fortschritte, blieb aber letztlich unerfüllt. 1981 stimmte die schweizerische Stimmbevölkerung einer Vorlage zu, mit der die Gleichberechtigung in Ausbildung und Arbeit wie auch in der Familie in der Verfassung verankert wurde. 1988 folgte die Revision des schweizerischen Eherechts. Von nun an waren beide Elternteile für die Kinder zuständig, beide konnten arbeiten gehen, für den Lebensunterhalt aufkommen, das Geld partnerschaftlich verwalten und gemeinsam entscheiden, wo sie wohnten. Zudem konnten Frauen jetzt bei einer Heirat ihr Bürgerrecht behalten. Diese Rechtsänderung wollte die Politik bereits sechs Jahre zuvor vornehmen. Das Bundesgericht hatte die Umsetzung jedoch gestoppt, da der Entscheid bundesrechtswidrig sei.<sup>57</sup> Es war ein weiteres Beispiel für die vergleichsweise progressive Haltung des Kantons im Bereich der Gleichstellung.

Bereits 1979 hatte der Grosse Rat eine Studie über die Ungleichheiten zwischen Mann und Frau in Auftrag gegeben.<sup>58</sup> Die ‹Basler Frauenuntersuchung› erschien 1981 und belegte alltägliche und gesetzliche Formen der Diskriminierung mit Zahlen und Fakten. Gemäss der Untersuchung gründete die Benachteiligung auf dem traditionellen Familienmodell, das kürzere Ausbildungen und niedrigere Frauenlöhne zur Folge habe und sich deshalb auf alle Frauen auswirke, auch auf die Ledigen, die die Hälfte der Basler Frauen ausmachten. Die Autorinnen forderten die Einrichtung einer Frauenstelle, um «die soziale Stellung der Frau im Kanton Basel-Stadt hinsichtlich ihrer Benachteiligung gegenüber Männern zu verfolgen».<sup>59</sup>

Erst schien es, dass die ‹Basler Frauenuntersuchung› ohne konkrete Auswirkungen bleiben würde. Erst nachdem Grossrätinnen rund um Anita Fetz Massnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen verlangt hatten, setzte der Regierungsrat 1986 eine Arbeitsgruppe mit 36 Frauen aus verschiedenen Parteien und Frauenorganisationen ein. Sie sollte ein Konzept für eine Verwaltungsstelle für die Gleichberechtigung von Frauen ausarbeiten.<sup>60</sup> Konflikte zwischen bürgerlichen und linken Frauen führten zu kontroversen Diskussionen. Was die Gleichstellung jenseits des Stimmrechts und der rechtlichen Gleichberechtigung bedeutete, darüber war man sich nicht einig. Die zentrale Forderung der ‹Basler Frauenuntersuchung› nach einer Frauenstelle sollte während mehr als zehn Jahre unerfüllt bleiben.

Trotz dieser zögerlichen Haltung führte Basel-Stadt Änderungen ein, welche die Stellung der Frau am Arbeitsplatz verbesserten. Der Kanton bot seinem Personal fortschrittliche Bedingungen, ab 1987 beispielsweise gleitende Arbeitszeiten, die 42-Stunden-Woche oder die Verlängerung des Schwangerschafts- und



**36 Frauentemo Basel, 1977.** — Die neue Frauenbewegung in Basel protestierte ab Mitte der 1970er-Jahre wiederholt gegen Gewalt an Frauen und Sexismus, zum Beispiel mit Demonstrationen wie hier gezeigt oder mit spontanen Protestaktionen gegen Kaufhäuser, die in ihren Schaufenstern Frauen sexistisch darstellten.

An der Frauentemo 1977 erklärten Plakate die Missstände: «Gewalt gegen die Frau ist: wenn Männer Frauen immer anquatschen», «Gewalt gegen die Frau ist: wenn Mädchen schlechtere Schulbildung erhalten», «Gewalt gegen die Frau ist: wenn Männer Frauen vergewaltigen».

Mutterschaftsurlaubs auf sechzehn Wochen.<sup>61</sup> Auf nationaler Ebene trat erst 2005 eine Mutterschaftsversicherung in Kraft, jedoch nur für vierzehn Wochen. Auch das in der Arbeitswelt, insbesondere in der Gastronomie, noch lange gebräuchliche Diminutiv «Fräulein» schaffte die kantonale Verwaltung früh ab. Ab 1983 wurden alle Beamtinnen mit «Frau» angedredet, «sofern sie nicht ausdrücklich auf Fräulein beharren».<sup>62</sup> Symbolisch wichtig war, dass Frauen 1987 nach jahrelangem Widerstand der männlichen Fahrer Tramwagenführerinnen werden durften.<sup>63</sup> Die Polizei und die Feuerwehr liessen ebenfalls Frauen zu. Was sich nicht änderte in der Basler Arbeitswelt: Frauen verdienten signifikant weniger und sie waren in vielen Führungspositionen massiv untervertreten, sei es in der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft.

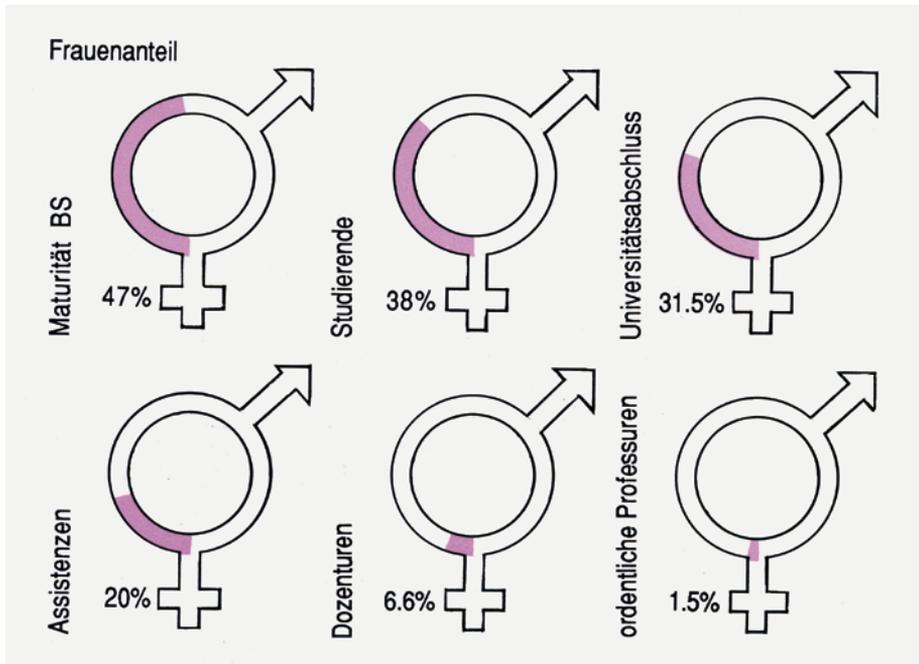
## Gleichstellung wird zur Staatsaufgabe, bleibt aber uneingelöst

Die ‹Basler Lohnklage› erbrachte den juristischen Nachweis für die systematische Benachteiligung von sogenannten Frauenberufen. Anfang der 1980er-Jahre organisierten sich 19 Kindergärtnerinnen, Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, um gemeinsam gegen Lohnungleichheit vorzugehen. Der Kanton hatte ihre Löhne so viel niedriger eingestuft als die anderer Lehrpersonen, dass laut einer Betroffenen die ‹Ungerechtigkeit augenfällig› war.<sup>64</sup> 1987 reichte die Gruppe eine Klage wegen Lohndiskriminierung ein. 1991 anerkannte das Bundesgericht, dass das Lohnsystem der Basler Schulen jene Lehrberufe zu schlecht entlohnte, die traditionellerweise fast ausschliesslich von Frauen ausgeübt wurden. Der Kanton musste ab 1994 den betreffenden Lehrpersonen mehr Lohn bezahlen, und zwar rückwirkend. Die Basler Lehrerinnen wurden zu Vorbildern für Frauen in anderen Kantonen, die nun ebenfalls gegen ihre niedrigen Löhne klagten. Trotz der Erhöhung des Lohns blieb der Kindergarten eine Berufsdomäne der Frau, 2019 lag ihr Anteil in Basel bei 93 Prozent.

Anfang der 1990er-Jahre machten Frauen in grosser Zahl auf die anhaltenden Benachteiligungen aufmerksam. Am 14. Juni 1991 fand der erste nationale Frauenstreik statt. Ausgangspunkt war die massive Benachteiligung von Uhrenarbeiterinnen im Jura, die weniger als männliche Praktikanten verdienten. Die Streikenden forderten gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, bessere Aufstiegschancen, eine Mutterschaftsversicherung, Teilzeitstellen und mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten.<sup>65</sup> Ihr Anliegen fand breite Unterstützung, am Frauenstreik nahm schweizweit eine halbe Million Frauen teil. Das Motto lautete: ‹Wenn frau will, steht alles still!›. Die Frauen legten ihre Arbeit nieder und protestierten auf zahlreichen Plätzen und in Parks. Der Frauenstreik beschleunigte die Einlösung langjähriger Forderungen. 1992 konnte in Basel die seit Jahren geforderte Frauenstelle, das spätere Gleichstellungsbüro, ihre Arbeit aufnehmen. Die Basler Regierung hinkte damit anderen Kantonen wie beispielsweise Baselland hinterher, das bereits 1989 eine solche Stelle eingerichtet hatte.<sup>66</sup>

**Wenn frau will,  
steht alles still!**

Die berufliche Chancengleichheit stand zu dieser Zeit im Fokus der Debatte. Ein Erfolg der Frauenstelle in dieser Hinsicht war das 1996 verabschiedete Chancengleichheitskonzept. Dieses schrieb das Ziel fest, den Frauenanteil insbesondere bei Kaderstellen in der Verwaltung zu erhöhen. Dazu nahm sich die Regierung unter anderem vor, Teilzeitstellen auszubauen. Ein Grund für die Untervertretung von Frauen im Berufsleben war die ungleiche Arbeitsteilung von



**37 Verein Feministische Wissenschaft, Rückseite der Broschüre «100 Jahre Frauenstudium Basel», 1990.** — Soziale Bewegungen nutzten Statistiken wiederholt als aktivistisches Mittel, um Missstände sichtbar zu machen. So verwies die Frauenbewegung 1990 mit Zahlen auf die fehlende Chancengleichheit für Frauen und Männer an der Universität Basel. Hundert

Jahre, nachdem die erste Studentin zugelassen worden war, waren nur 1,5 Prozent der Professuren mit Frauen besetzt. Dreissig Jahre später war ihr Anteil in allen Bildungs- oder Berufsstufen zwar höher, aber die Grundaussage war weiterhin gültig: je weiter oben auf der Karriereleiter, desto weniger Frauen.

Paaren. Die meisten Frauen übernahmen die gesamte «unbezahlte Arbeit» im Haushalt und bei der Kinderbetreuung, wie das Gleichstellungsbüro 1994 in einem Bericht festhielt.<sup>67</sup>

Auch politisch waren die Basler Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Insbesondere linke Frauen drängten zunehmend in die Parlamente und die Regierung. Um sich «ein Stück Macht abzuschneiden», bildeten OFRA-Mitglieder 1991 die «Frauenliste Basel».<sup>68</sup> Ein Jahr später wählte die Basler Stimmbevölkerung fünf Kandidatinnen der Frauenliste in den Grossen Rat. Ebenfalls 1992 wurde die Gewerkschaftssekretärin Veronica Schaller zur ersten Regierungsrätin von Basel-Stadt gewählt.

Schallers Partei, die SP, führte 1996 eine Frauenquote von fünfzig Prozent für ihre Wahllisten ein. Die bürgerlich geprägte Frauenzentrale organisierte derweil



**38 Spray-Schablone für den Frauenstreik, 2019.** — Der Frauenstreik 2019, an dem in Basel rund 40 000 Frauen teilnahmen, forderte Lohngleichheit, eine bessere Entlohnung von typischen Frauenberufen, eine gerechtere Verteilung der Hausarbeit und eine Anerkennung dieser Tätigkeiten als Arbeit. Zudem thematisierte der Streik die strikten gesellschaftlichen Zuordnungen nach dem Geschlecht, indem er sich mit einem Genderstern für Personen öffnete, die sich weder als Frau oder Mann verstanden oder trans waren.

ab 1994 Tagungen, an denen Frauen ein politisches Netzwerk aufbauen und pflegen konnten. All diesen Initiativen lag die Forderung zugrunde, dass Frauen verantwortungsvolle und prestigeträchtige Positionen übernehmen können.<sup>69</sup> Die Forderung wurde im Stadtkanton zu einer Vorschrift: Als erster Kanton schrieb Basel-Stadt 2014 eine Geschlechterquote von dreissig Prozent für Aufsichtsgremien staatsnaher Unternehmen fest, 2019 wurde diese Vorgabe erfüllt. Und auch in den Wissenschaften nahm die Stadt eine Vorreiterrolle ein: 2001 richtete die Universität Basel die schweizweit erste Professur für Gender Studies ein.

Die Institutionalisierung feministischer Anliegen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft führte zu einer neuen Ausgangslage für die Frauenbewegung. Wegweisende Organisationen lösten sich allmählich auf: 1997 die OFRA, 2002 die Frauenliste und 2006 die Frauenzentrale sowie die *Beiz* (Frauen-

zimmer». Ihnen fehlte der Nachwuchs, wie die Mitgründerin der Frauenliste Irène Renz bedauernd feststellte: «Wir werden zusammen älter. Es gibt praktisch keine Erneuerung, keine Auffrischung mehr.»<sup>70</sup> Eine jüngere Generation von Frauen vertrat zunehmend die Haltung, sie hätte in Beruf und Politik die gleichen Möglichkeiten wie die Männer. Eine breitere Mobilisierung erreichte die Frauenbewegung erst wieder mit dem Frauenstreik 2019.<sup>71</sup>

Zumindest auf politischer Ebene näherte sich Basel-Stadt nach der Jahrtausendwende dem Ideal der Gleichstellung an. In keinem anderen kantonalen Parlament war der Frauenanteil höher als nach den Wahlen 2008 (37 Prozent) und 2020 (42 Prozent).<sup>72</sup> 2020 sassen zum ersten Mal drei Frauen gleichzeitig im siebenköpfigen Regierungsrat. Die historische Dimension der Ungleichberechtigung zeigt derweil die Liste aller Regierungsrätinnen und Regierungsräte auf: Seit 1875 hatten in Basel-Stadt insgesamt 85 Personen dieses Amt inne, davon waren nur sieben weiblich.

## **Gleiche Chancen für alle? Die Basler Schulreformen**

Zwischen 1950 und 1970 nahm in Basel die Maturitätsquote um fünfzig Prozent zu – eine höhere Bildung war nicht länger das Privileg einer kleinen Elite.<sup>73</sup> Auch der Anteil der Schülerinnen an den Gymnasien stieg nach 1970 markant an. Aber nicht alle profitierten von der sogenannten Bildungsexpansion. Soziale Ungleichheiten spiegelten sich weiterhin in den Bildungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Diese Tatsache debattierten die Baslerinnen und Basler ab den 1960er-Jahren intensiv. Schulreformen standen auf der politischen Agenda, schliesslich waren die Kantone hauptverantwortlich für das Bildungswesen. In Basel machte 1966 eine Studie von drei Doktoranden des neu eingeführten Fachbereichs Soziologie auf die herrschende Bildungsungleichheit aufmerksam: Kinder von Akademikern und Direktoren gingen aufs Gymnasium, Kinder von Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Real- oder Sekundarschule. Laut der Studie hatten «Arbeiterkinder» weitaus geringere Bildungschancen, und dies im «vielleicht (...) bedeutendsten Ausleseverfahren unserer Gesellschaft».<sup>74</sup>

Eine Hauptkritik am Basler Schulsystem betraf die frühe Selektion. Bereits nach vier Jahren Primarschule wurden Schülerinnen und Schüler eingestuft, in

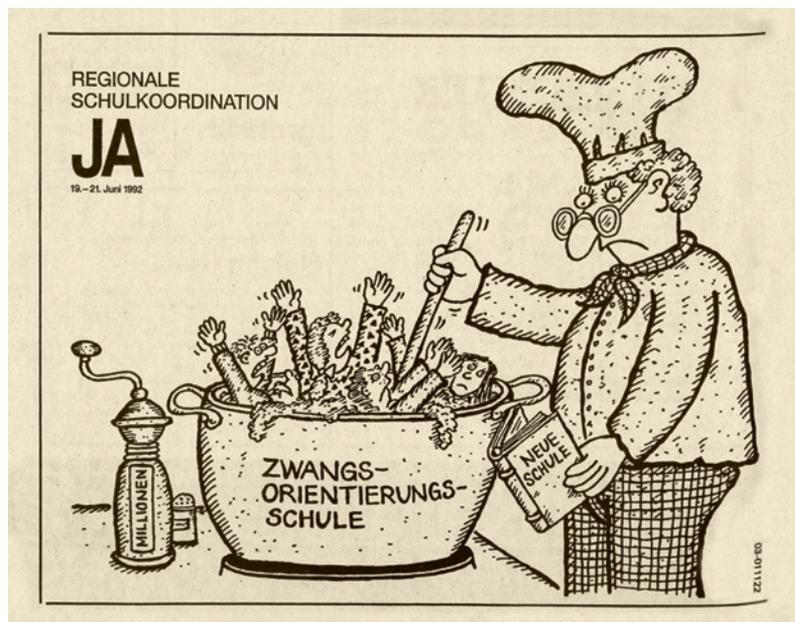
keinem anderen Kanton ausser Bern wurden Kinder so früh nach dem Prinzip der Leistungsstärke sortiert.<sup>75</sup> Um dies zu ändern, setzte der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe ein. Diese strebte nichts weniger als eine «neue Schule» an, wie sie 1973 postulierte. «Die bestehenden Formen der Herstellung sozialer Ungleichheit im Schulwesen bedürfen dringend der Überwindung», kommentierte der Regierungsrat den Gesetzesvorschlag.<sup>76</sup> Zwar könne eine Reform kein «Paradies sozialer Gerechtigkeit» herstellen, sie versuche jedoch, der individuellen Förderung grösseres Gewicht beizumessen und alles «Diskriminierende, Ausschliessende, Eingengende» so lange wie möglich aufzuschieben.<sup>77</sup> Kein Thema für die «neue Schule» war der Umgang mit ausländischen Kindern, die in «Fremdsprachenklassen» Deutsch lernten. Die Reform, die ein dreijähriges Mittelstufensystem mit leistungsgemischten Klassen vorsah, scheiterte an der Urne. Noch wollte Basel keine «neue Schule».

### **Kontroversen um die Orientierungsschule**

1988 wagte der Grosse Rat einen neuen Versuch. Das Herzstück seiner Reform war die «Orientierungsschule» (OS), sie stellte in den Worten des Grossen Rates ein «Jahrhundertwerk» dar.<sup>78</sup> In der Öffentlichkeit stiess der Entwurf eines neuen Schulsystems eine emotionale Debatte an. Liberale Gegner verglichen die OS mit kommunistischen Schulsystemen, die Befürworter warben für mehr Chancengleichheit. In zwei knappen Abstimmungen stellten sich die Basler und Baslerinnen letztlich hinter das neue Schulsystem und ebneten der OS den Weg. Zum August 1994 konnte sie eingeführt werden.

Statt wie bisher nach vier Jahren Primarschule direkt ins Gymnasium, in die Real- oder Sekundarschule überzutreten, besuchten nun alle Kinder in gemischten Leistungszügen eine Mittelschule. Die drei Jahre dauernde OS stand für das Credo der Chancengleichheit und orientierte sich an den neuesten pädagogischen Grundsätzen. Die Schule sollte demnach alle Kinder fördern und mit «sorgfältigen» und «prozessorientierten» Auslesemechanismen ungerechten Entscheidungen entgegenwirken.<sup>79</sup> Dementsprechend wurden neue Unterrichtsmethoden und pädagogische Grundsätze eingeführt. Das neue Schulsystem war zudem darauf ausgelegt, Mädchen und Jungen gleich zu behandeln. Der OS und insbesondere der Weiterbildungsschule (WBS), der neuen Anschlusschule, schlug viel Kritik entgegen. Insbesondere Unternehmen fürchteten einen Niveauverlust an den Basler Schulen und warfen dem System der OS vor, zu wenig Gewicht auf Leistung zu legen.<sup>80</sup>

**39 Zeitungsinserat gegen die neue Orientierungsschule (OS) in der «Basler Zeitung», 17.06.1992.** — Als das neue Basler Schulsystem bereits beschlossene Sache war, lancierten Gegnerinnen und Gegner eine Initiative, um die Orientierungsschule (OS) zu verhindern. Mit diesem Zeitungsinserat fassten sie ihre Kritikpunkte zusammen: Überteuert und unüberlegt sei die neue Schule, eine Zwängerei, die alle Kinder in einen Topf werfe. Schule war ein heiss diskutiertes Politikum geworden, eng verwoben mit den jeweiligen Gesellschaftsbildern. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung befürwortete die OS.



Vermehrt musste sich die Volksschule mit der Bildungsungleichheit bei Kindern mit migrantischem Hintergrund auseinandersetzen. Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler stieg beispielsweise in der Primarstufe zwischen 1960 und 2000 von rund sechs Prozent auf vierzig Prozent an.<sup>81</sup> Damit verbunden war auch eine zunehmende Durchmischung der Regelklassen. Um dieser zu entgehen, schickten manche Schweizer Eltern aus der Mittelschicht ihre Kinder in die Klassen mit erweitertem Musikunterricht (EMOS), wo ausländische Kinder massiv untervertreten waren. Eine Erhebung aus dem Jahr 2005 ergab, dass in den EMOS-Klassen 86 Prozent, in den Regelklassen dagegen nur 63 Prozent einen Schweizer Pass hatten. Aus den EMOS-Klassen traten denn auch doppelt so viele Kinder ans Gymnasium über wie Kinder aus den Regelklassen. Die EMOS führte gewissermassen wieder zwei Leistungszüge ein – einen mit Kindern aus bildungsbürgerlichem Elternhaus und einen anderen mit Kindern aus bildungsfernen und nicht eingebürgerten Familien. Die Behörden reagierten, indem sie ab 2011 die Schülerinnen und Schüler mit geringen Deutschkenntnissen in die Regelklassen integrierten. Das war der Beginn der sogenannten integrativen Schule, an der auch Kinder mit Lernschwächen den Regelunterricht besuchten.

Nach 2000 setzten in der Schweiz Bestrebungen ein, die kantonal unterschiedlichen Schulsysteme einander anzugleichen. Ab 2007 konnten Kantone

dem sogenannten «HarmoS-Konkordat» beitreten, das von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren formuliert worden war. Ziel war, die obligatorische Schule und deren Lehrpläne zu vereinheitlichen. 2010 beschloss der Grosse Rat, dem Konkordat beizutreten. Gemeinsam mit Baselland, Solothurn und Aargau schloss sich Basel-Stadt 2010 zum Bildungsraum Nordwestschweiz zusammen. In diesem Zusammenhang beschlossen die Regierung und der Grosse Rat, die OS auslaufen zu lassen und das Bildungssystem den anderen Kantonen anzupassen. Seit 2015 kennt Basel-Stadt eine um zwei Jahre verlängerte Primarschule mit einem dreigeteilten Schulsystem im Anschluss. Dabei können die Eltern wohnortunabhängig das Schulhaus mit dem ihnen geeignet erscheinenden Unterrichtsprofil wählen.

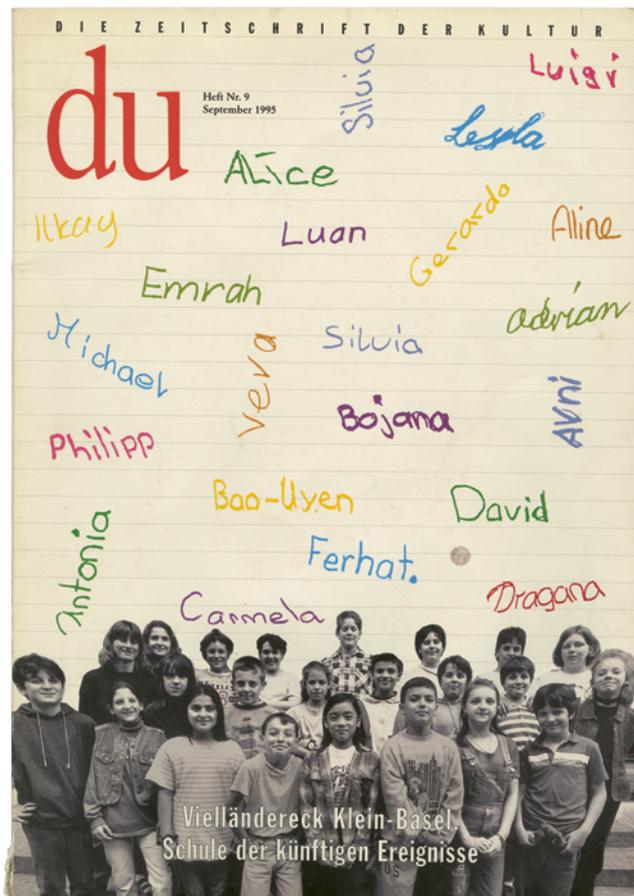
Die OS war ein Versuch gewesen, mehr Chancengleichheit herzustellen. Ihre pädagogischen Grundsätze flossen in die nachfolgenden Reformen ein. Aber eine eigentliche Lösung für das Problem der Chancenungleichheit fand Basel auch danach nicht.<sup>82</sup>

## Migrationspolitik zwischen Ausschluss und Integration

1995 bekam die 4. Primarklasse im Schulhaus Bläsi Besuch von einem Journalisten des renommierten Kulturmagazins «Du» [40]. Der Journalist wollte ein Porträt über das Kleinbasel schreiben, jenem Stadtteil, der wie kaum ein anderer in der Schweiz für Probleme der Migration stand.<sup>83</sup> Als Beispiel dienten ihm die 22 Schülerinnen und Schüler, die unter anderem aus Italien, Spanien, Deutschland oder Frankreich, aus der Türkei, Vietnam, Peru und dem ehemaligen Jugoslawien kamen. Die Schulklasse stehe für ein neues «gesellschaftliches Gewebe», schrieb er, für das «Vielländereck Kleinbasel», einen Ort voller Herausforderungen und Chancen.<sup>84</sup>

Basel war seit langer Zeit von Migration geprägt. In den 1960er-Jahren richteten sich die damit verbundenen Hoffnungen und Ängste hauptsächlich auf Saisonarbeiterinnen und -arbeiter aus Italien, Spanien und bald auch der Türkei. In den 1980er-Jahren kamen Asylsuchende insbesondere aus der Türkei und Sri Lanka hinzu. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund veränderte sich, nicht nur durch Fluchtbewegungen, sondern auch durch Familiennachzüge und Arbeitsmigration, was den Kanton in den 1990er-Jahren dazu veranlasste, seine Migrati-

**40 Cover des Magazins «Du», September 1995.** — Die Kulturzeitschrift «Du» widmete eine ihrer Ausgaben dem multi-kulturellen Kleinbasel. Der Zeitpunkt der Publikation war nicht zufällig: In den 1990er-Jahren nahmen die Diskussionen zu, wie Gesellschaft und Politik mit Migrantinnen und Migranten umgehen sollten. Die Meinungen waren gespalten, die Debatten nicht selten gehässig.



onspolitik zu modernisieren. Trotz des neu formulierten Anspruchs, Ausländerinnen und Ausländer zu integrieren, blieben diese von vielen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen.

### Die Abreise der Saisoniers

Im Film «Siamo Italiani» von 1964 berichtete Umberto G. von einer Zweiklassengesellschaft. «Wir haben die Ehre nicht, in den Häusern zu schlafen, die wir doch selber bauen», erzählte er. Für die Arbeit war er aus dem Süden Italiens in die Agglomeration von Basel gezogen. Hier arbeitete er auf dem Bau als Handlanger, zusammen mit vielen Landsleuten baute er für viele Schweizerinnen und Schweizern neue Häuser, modernere Wohnungen, bessere Strassen. «Und trotzdem müssen wir uns überall abweisen lassen.»<sup>85</sup>



**41 Abreise einer italienischen Familie aus Basel, 1967.** — Viele italienische Arbeitskräfte fuhren an Weihnachten in ihr Heimatland. Oftmals besuchten sie dabei auch ihre eigenen Kinder, denn Saisonniers war der Familiennachzug nicht erlaubt. Zwar hatten sich die Lebens- und Auf-

enthaltsbedingungen Mitte der 1960er-Jahre gebessert, aber um mit den Kindern in der Schweiz zu leben, waren ein mehrjähriger Aufenthalt und finanzielle Ressourcen notwendig. Viele Saisonniers lebten einsam. Andere versteckten ihre Kinder aus Angst vor der Fremdenpolizei.

In der Nachkriegszeit kamen zahlreiche italienische Arbeiterinnen und Arbeiter in die Region Basel, weil die Hochkonjunktur und der Bauboom der Nachkriegszeit zu einem Arbeitskräftemangel führten. Das 1934 eingeführte Saisonnierstatut bildete die rechtliche Grundlage dazu. Saisonniers erhielten eine temporäre Aufenthaltsbewilligung von neun Monaten und mussten dann für drei Monate in ihr Heimatland zurückkehren. Im Falle einer Rezession sollten sie die Schweiz ganz verlassen und damit eine erhöhte Arbeitslosigkeit verhindern. In Basel und seiner Agglomeration arbeiteten besonders viele Menschen aus Italien, die Mehrheit der Männer im Baugewerbe, die Frauen in Fabriken und als Hausangestellte.<sup>86</sup>

Die Anwerbung von Saisoniers war ein Verwaltungsakt. Seit 1948 waren die Kantone für die Vergabe von temporären Aufenthaltsbewilligungen zuständig. Zwei Behörden entschieden in Basel-Stadt darüber, wer hier arbeiten durfte und wer nicht: die Fremdenpolizei, eine dem Polizeidepartement unterstellte Behörde, und das Arbeitsamt.<sup>87</sup> 1964 kam es bundesweit zu einer wichtigen Gesetzesänderung, als ein Abkommen mit Italien den Familiennachzug unter bestimmten Bedingungen erleichterte. Zugleich legte der Bund erste Bestimmungen fest, die die Immigration begrenzen sollten. Das Abkommen markierte dennoch eine Wende: weg von einem Rotationsmodell, das davon ausging, dass alle ausländischen Arbeitskräfte in ihr Heimatland zurückkehren würden, hin zu Diskussionen, wie der längerfristige Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern gestaltet werden sollte.

Parallel dazu nahm in der Schweiz die Xenophobie stark zu, man sprach von «Überfremdung». Der Begriff kursierte seit Beginn des 20. Jahrhunderts in der Schweiz und beeinflusste die Migrationspolitik des Landes. In den 1960er-Jahren waren die Behörden per Bundesgesetz dazu angehalten, bei Aufenthaltsbewilligungen «den Grad der Überfremdung des Landes» zu berücksichtigen.<sup>88</sup> Mit einer zurückhaltenden Bewilligungspraxis wollten die Behörden den ausländerfeindlichen Bewegungen den Wind aus den Segeln nehmen. Ende der 1960er-Jahre gelang es der von James Schwarzenbach gegründeten Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA) in Basel Fuss zu fassen. Die NA griff die Ressentiments gegen die italienischen Einwanderinnen und Einwanderer auf. Die Schwarzenbach-Initiative, über die 1970 abgestimmt wurde und die eine weitgehende Beschränkung der Einwanderung forderte, fand auch in Basel breite Zustimmung.

**Die Xenophobie  
nahm in der  
Schweiz stark zu**

Zwar fassten linke Parteien wie die SP und auch die Gewerkschaften die Nein-Parole, die Stimmung an der Basis sah jedoch anders aus. Prominenter Fürsprecher war der SP-Grossrat Eduard Blank, Geschäftsleitungsmitglied der einflussreichen «Gewerkschaft Textil, Chemie, Papier» (GTCP). Öffentlich gab er bekannt, der Initiative zuzustimmen, in der Presse galt er als «Basler Schwarzenbach».<sup>89</sup> Blank war bei weitem nicht der einzige Gewerkschafter, der Einwanderung ablehnte. In Arbeiterquartieren nahm eine Mehrheit die Schwarzenbach-Initiative an, während bürgerliche Quartiere diese ablehnten. Die Initiative scheiterte nur knapp (Basel-Stadt: 46,7 % Ja-Stimmen, Schweiz: 46 %). Sieben Kantone nahmen die Initiative an. Die Sorge vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, vor Lohndruck, dem Verlust von günstigem Wohnraum an Einwanderinnen und Einwanderer sowie Vorurteile gegenüber dem «Fremden» waren für die ablehnende Haltung der

Arbeiterschaft in Basel verantwortlich. Zudem fanden sich insbesondere schweizerische Arbeiter in einigen Unternehmen plötzlich neben ihren südländischen Kollegen in einer Minderheit wieder.

Die Initiative hatte weitreichende Auswirkungen. Zum einen spaltete sie die Linke: Nach der Abstimmung traten viele nationalistisch eingestellte Mitglieder aus Gewerkschaften und SP aus. Zum anderen löste sie unter der ausländischen Bevölkerung Befürchtungen aus. Denn die schweizerischen Behörden reagierten mit vorauseilemdem Gehorsam, indem sie bereits vor der Abstimmung Obergrenzen für Aufenthaltsbewilligungen pro Kanton festlegten.

Neben der Beschränkung der Einwanderung drängte sich zugleich die Frage auf, wie sich die Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft eingliedern sollten. Gemeinhin gelten die 1960er- bis 1980er-Jahre als Zeitraum, in dem die Forderung nach Assimilation in der Schweiz dominierte, was bedeutete, dass sich die Einwanderinnen und Einwanderer an das Zielland anpassen sollten.<sup>90</sup> Die Behörden lagerten die Assimilationsarbeit an private Organisationen aus, denen sie mehr Nähe zu den Menschen unterstellten. Ein neues Angebot war beispielsweise die 1962 eröffnete und von der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) geführte «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte».<sup>91</sup> Ab Mitte der 1960er-Jahre begann die GGG Sprachkurse anzubieten. Im Zentrum stand die Vorstellung, dabei helfen zu können, die «eigene angestammte Mentalität der landesüblichen näher zu bringen».<sup>92</sup> Unter Assimilation verstand die Beratungsstelle nicht nur das Lernen der Sprache, sondern auch eine charakterliche und kulturelle Anpassung. Sie nahm aber auch die Schweizerinnen und Schweizer in die Pflicht. Diese sollen «vorhandene Vorurteile gegenüber den Ausländern» abbauen, um so das gegenseitige Verständnis zu fördern, hiess es im Jahresbericht von 1972.<sup>93</sup>

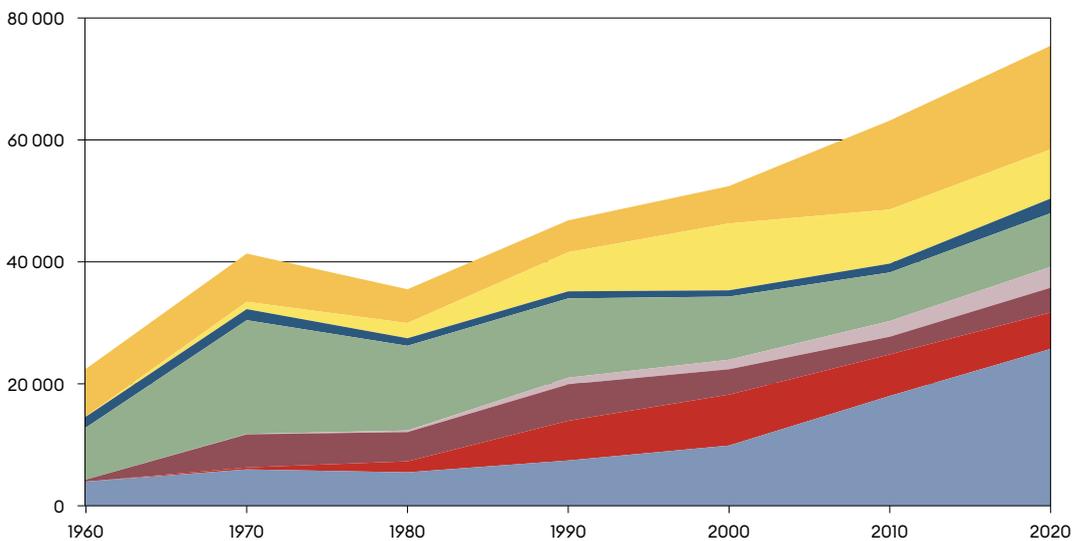
Die wirtschaftliche Krise der 1970er-Jahre markierte einen Wendepunkt in der Migrationspolitik. Die fremdenfeindlichen Ressentiments kamen nun weniger zum Tragen, denn viele Saisonniers mussten die Schweiz verlassen. Obwohl das Saisonnierstatut noch bis 2002 in Kraft war, standen nicht mehr die Saisonniers, sondern in den 1980er und 1990er-Jahren zunehmend die Asylsuchenden im Zentrum der Debatten.<sup>94</sup>

## **Die Ankunft von Asylsuchenden**

Um gegen ihre Ausschaffung zu protestieren, besetzten 1982 türkische Staatsangehörige die St. Leonhardskirche und traten in den Hungerstreik. Sie hätten «wegen der unerträglichen ökonomischen Nöte [...] unser Land verlassen», be-

kundeten sie.<sup>95</sup> Nach drei Tagen beendete die Basler Polizei die Besetzung und wies die 33 Hungerstreikenden aus dem Land. Die Kirchenbesetzung steht für die einsetzenden Diskussionen rund um Asylsuchende, die zu einem grossen Teil aus der Türkei stammten, wo sich 1980 das Militär an die Macht geputscht hatte. Die türkischen Asylsuchenden machten in Basel auf die Situation in ihrem Land aufmerksam, sie demonstrierten, hängten Transparente an Häuser oder besetzten eine Parteizentrale.<sup>96</sup>

### Nationalitäten von in Basel-Stadt wohnhaften Ausländerinnen und Ausländern, 1960–2020



**42** Zwischen 1960 und 1970 verdoppelte sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit nahezu. Besonders häufig waren Saisoniers aus Südeuropa. Italienerinnen und Italiener machten 1970 45 Prozent der ausländischen Bevölkerung und acht Prozent der Gesamteinwohnerzahl von Basel aus. Fortan sank ihr Anteil, während der Rezession mussten viele die Schweiz verlassen, später liessen sich einige einbürgern. Am Ende des 20. Jahrhunderts kam ein grosser Teil der Einwanderinnen und Einwanderer aus Osteuropa, 1990 stammten vierzehn Prozent aller in Basel lebenden Ausländerinnen und Ausländer aus Jugoslawien und dreizehn Prozent aus der Türkei. 2002 führte die Schweiz die Personenfrei-

zügigkeit ein und mit der Globalisierung kamen mehr Menschen aus fernen Ländern; die Bevölkerung wurde diverser. 2020 machte die Gruppe «Übriges Ausland» mit 34 Prozent den grössten Anteil der ausländischen Bewohnenden aus, gefolgt von deutschen (22,5 Prozent) und italienischen (zwölf Prozent) Staatsangehörigen.

- Deutschland
- Ehemaliges Jugoslawien
- Frankreich
- Italien
- Portugal
- Spanien
- Türkei
- Übriges Ausland



**43 Asylsuchende im Zivilschutzbunker Bäumlhof, 1985.** — Im Zivilschutzbunker Bäumlhof brachte der Kanton zwischen 180 und 220 Personen unter, neben Asylsuchenden aus zehn bis fünfzehn Nationen auch randständige Schweizer. Viele Asylsuchende stammten aus der Türkei, wo das Militär gegen

kurdische Oppositionelle vorging. Im Bäumlhof sei von den Spannungen aber nichts zu merken, erklärte ein Betreuer einem Journalisten: «Hier schläft ein Kurde neben einem Türken.» (AZ, 25.11.1985). Ausserhalb des Zentrums mehrten sich jedoch die Konflikte zwischen diesen Volksgruppen.

1981 trat in der Schweiz ein neues Asylgesetz in Kraft, das die individuelle Aufnahme von Flüchtlingen regelte.<sup>97</sup> Zuvor hatte die Schweiz Flüchtlinge, wie zum Beispiel die Ungarnflüchtlinge 1956, meist kollektiv aufgenommen. Auch in Basel wurden nun mehr Asylgesuche gestellt. 1980 ersuchten 117 Menschen die Stadt um Asyl, 1985 waren es 1740.<sup>98</sup> Die in Basel lebenden Asylsuchenden machten zu diesem Zeitpunkt schweizweit 11,3 Prozent aus. Die grosse Mehrheit von ihnen stammte aus der Türkei und waren Kurdinnen und Kurden, eine geringere Zahl kam aus Sri Lanka. Der Anteil der türkischen Wohnbevölkerung stieg in Basel von 0,9 Prozent um 1980 auf 3,3 Prozent 1990. Die türkische Gemeinschaft wurde damit hinter den Italienerinnen und Italienern zur grössten ausländischen Bevölkerungsgruppe. Teilweise wanderten Türkinnen und Türken auch über das Saisonierstatut oder einen Familiennachzug ein.<sup>99</sup> Nach dem Ausbruch der Jugoslawien-



**44 Mobiltelefon eines iranischen Flüchtlings, 2015.** — Mit wenig mehr als diesem Gerät der Marke Nokia flüchtete 2015 ein Jugendlicher aus seiner Heimatstadt Isfahan. Wie Tausende andere Flüchtlinge erreichte er über die Balkanroute Europa, in der Schweiz erhielt der junge Mann Asyl. Sein Mobiltelefon mit den abgegriffenen, mit lateinischen Buchstaben und Farsi beschrifteten Tasten zeugt vom Alltag auf der Flucht, dem Kontakt mit der Familie in der Heimat, den Verhandlungen mit Schleppern und Nachrichten an Bekannte, die bereits in Europa angekommen waren.

kriege 1991 lösten die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie Sri Lanka die Türkei als häufigstes Herkunftsland von Asylsuchenden ab [42].

Die migrationspolitischen Diskussionen wurden nun in erster Linie als Debatten über Geflüchtete geführt. Die Asylsuchenden würden in Basel als «Fremdlinge», nicht als «Flüchtlinge» empfunden – so die Formulierung eines Mitarbeiters des kantonalen Polizei- und Justizdepartements von 1985. Denn ihre Sprache sei «völlig unverständlich» und sie «haben eine andere Hautfarbe». <sup>100</sup> Rassismus und Fremdenfeindlichkeit blieben Teil der öffentlichen Debatte rund um Migration. In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre manifestierte sich die Asylthematik hauptsächlich in den Städten. Die kantonale Fremdenpolizei, bei der die Geflüchteten ihr Gesuch einreichen konnten, musste nun Flüchtlinge befragen, womit sie gemäss der Asylnaktivistin Anni Lanz überfordert war. «In Basel beispielsweise mussten wir die Flüchtlinge stets auf das Büro begleiten, weil die Beamten so rüde waren und bisweilen auch handgreiflich wurden.» <sup>101</sup>

Der Kanton fühlte sich von der Bundespolitik mit den neuen migrationspolitischen Aufgaben alleingelassen. Der SP-Regierungsrat Mathias Feldges ärgerte sich über die «unverantwortliche Trödelei» bei der abschliessenden Beurteilung der Gesuche durch die Bundesbehörden, wodurch Basel Geflüchtete in ungewissen Situationen über Monate und Jahre hinweg betreuen müsse. <sup>102</sup> Insbesondere



**45 Ausschaffungsgefängnis Bässlergut, 2015.** — Um abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz vor ihrer Wegweisung unterzubringen, baute der Kanton Basel-Stadt das Ausschaffungsgefängnis Bässlergut, direkt an der schweizerisch-deutschen Grenze. Es nahm im Jahr 2000 seinen Betrieb auf.

die Unterbringung der Geflüchteten forderte die Behörden heraus und war kostenintensiv. In Basel übernachteten die Asylsuchenden häufig in unterirdischen Unterkünften, zum Beispiel in der Zivilschutzanlage Bäumlhof zwischen Basel und Riehen [43]. Der Basler Regierungsrat setzte sich beim Bundesrat für restriktivere Massnahmen und eine gleichmässige Verteilung der Asylsuchenden unter den Kantonen ein.

Die Unterkünfte für die Asylsuchenden sowie Berichte über Ausschaffungen empörten kirchliche und linke Kreise, die begannen, sich gemeinsam für das Schicksal der Geflüchteten einzusetzen. 1982 gründeten sie das ‹Asylkomitee Basel›, präsiert von einem Pfarrer, und 1984 die Freiplatzaktion Basel, die aus der Empörung über die unterirdische Unterbringung von tamilischen Asylsuchenden heraus entstand.<sup>103</sup> Freiwillige aus Kirchenkreisen boten Schlafplätze an, unterrichteten Deutsch und berieten Flüchtlinge. Nach dieser Gründungsphase

professionalisierte sich die Freiplatzaktion rasch und wandelte sich zu einer bis heute bestehenden Beratungsstelle, die sich in erster Linie für tamilische Flüchtlinge einsetzt. Auch weitere Beratungsangebote wie die ‹Beratungsstelle für Asylsuchende› entstanden zu jener Zeit. Hinzu kamen selbstorganisierte Vereine und Beratungsangebote, zum Beispiel die von Personen aus der Türkei und der Schweiz gemeinsam geführte Beratungsstelle ‹Türk danis›, die auch die Zeitschrift ‹Merhaba› herausgab.<sup>104</sup>

Die Revision des Schweizerischen Asylgesetzes von 1986 kam der Basler Regierung entgegen. Nun konnten Gesuche nur noch bei bestimmten Grenzübergängen deponiert werden, der Bund wies die Asylsuchenden mittels eines Verteilschlüssels den Kantonen zu. Die Grenzstadt Basel blieb weiterhin ein wichtiger Ankunftsort für Geflüchtete: Bereits 1987 funktionierte der Bund ein ehemaliges Hotelschiff im St. Johann zu einer Empfangsstelle um. Das Schiff trug den Namen ‹Ursula› und bot achtzig Geflüchteten eine vorübergehende Unterkunft.<sup>105</sup> 1989 wurde beim Zoll Otterbach die Empfangsstelle Bässlergut eingerichtet, 2000 kam das Ausschaffungsgefängnis hinzu [45].

### **Integration als neue Leitidee der Migrationspolitik**

«Die Fremden und wir» – unter diesem Titel luden die Interessengemeinschaft Kleinbasel und die Quartierzeitung ‹Vogel Gryff› Anfang 1996 zu einer Podiumsdiskussion ein. Hintergrund war der steigende Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Kleinbasel. Im Matthäusquartier erreichte er fast die Hälfte.<sup>106</sup> Die nationale und lokale Presse schrieb von «Klein-Istanbul» oder dem «Orientexpress» – so nannte man im Volksmund die Tramlinie, die durchs Kleinbasel führt.<sup>107</sup> Diese Schlagwörter waren auch an der gut besuchten Podiumsdiskussion zu hören. Ein Redner aus den Reihen der FDP stempelte in einer Brandrede Kleinbasel als «ghettoartig» ab und warnte vor dem «Überhandnehmen des Islams».<sup>108</sup>

Der Anteil der Stadtbevölkerung mit Migrationshintergrund war in den letzten Jahrzehnten stetig angestiegen: 1973 betrug die ausländische Wohnbevölkerung 18,7 Prozent, 1990 23 Prozent.<sup>109</sup> Die ‹Ausländerfrage› dominierte den Basler Wahlkampf von 1996. Grossrätinnen und Grossräte lancierten politische Vorstösse, auch die Regierung räumte dem Thema höchste Priorität ein.<sup>110</sup> Dabei setzte sich ein neues Schlagwort durch: ‹Integration›. Auch gesamtschweizerisch löste ‹Integration› als neues Leitkonzept die in den 1970er- und 1980er-Jahren vorherrschende Forderung nach einer Assimilation ab. Viele Schweizerinnen und Schweizer anerkannten, in einer durch Migration geprägten Gesellschaft zu leben.<sup>111</sup>



**46 Aufnahmen vor dem Fotostudio Selva, 1987.** — Wie viele andere Baslerinnen und Basler mit migrantischem Hintergrund liessen sich Nurten und Semseddin Yilmaz vor ihrer Hochzeit im Fotostudio Selva an der Erikastrasse im Klybeckquartier fotografieren. Das Paar hatte familiäre Wurzeln in der Türkei und war im kurdisch-alevitischen Umfeld sozialisiert worden. Wie viele Kurden und Aleviten in Basel war auch Semseddin Yilmaz politisch aktiv, ab 2018 vertrat er die SP im Grossen Rat.

Zwar hatten sich private Initiativen und einzelne Verwaltungsstellen schon seit den 1980er-Jahren an einem neuen Verständnis von Eingliederung der ausländischen Bevölkerung ausgerichtet. Nun wurde Integration jedoch von den staatlichen Behörden als politische Strategie formuliert.

Basel-Stadt setzte damit Ende der 1990er-Jahre schweizweit Akzente und leistete Definitionsarbeit, was mit Integration überhaupt gemeint war. 1999 wurde das Leitbild zur Integrationspolitik publiziert. Es brach mit der immer noch weitverbreiteten Vorstellung, dass sich Migrantinnen und Migranten einseitig an die sogenannte Aufnahmegesellschaft anpassen müssten. Integration sei vielmehr ein

«gesamtgesellschaftlicher Prozess», für den alle mitverantwortlich seien.<sup>112</sup> Dabei ging das neue Leitbild von den Potentialen und nicht den Defiziten der Migrationsbevölkerung aus. Es betonte, dass es sich in diesem Punkt grundlegend von den Ansätzen der Vergangenheit unterschied.

Das Basler Leitbild forderte Chancengleichheit, befürwortete die Partizipation aller und postulierte: «Niemand soll ausgegrenzt werden.»<sup>113</sup> Es beinhaltete aber auch den Ansatz «Fördern und Fordern» – Integration verlange auch aktive Mitwirkung der Ausländerinnen und Ausländer. Diese Vorstellung bildete schliesslich eine Kompromissformel zwischen der Linken und der Rechten und machte das Leitbild mehrheitsfähig.<sup>114</sup> Dabei ging es den Behörden nicht nur um eine humanitäre Geste. Vielmehr sollten integrative Massnahmen Basel im Standortwettbewerb attraktiver machen.<sup>115</sup>

Auch andere Städte wie Zürich und Bern verabschiedeten Ende der 1990er-Jahre Integrationsleitbilder.<sup>116</sup> Das Basler Leitbild fand Eingang in die um 2000 erneuerten schweizerischen Migrationsgesetze. Basel-Stadt selbst institutionalisierte 2008, als der Anteil der ausländischen Bevölkerung über ein Drittel ausmachte, mit dem neuen Integrationsgesetz die Grundsätze des Leitbildes.

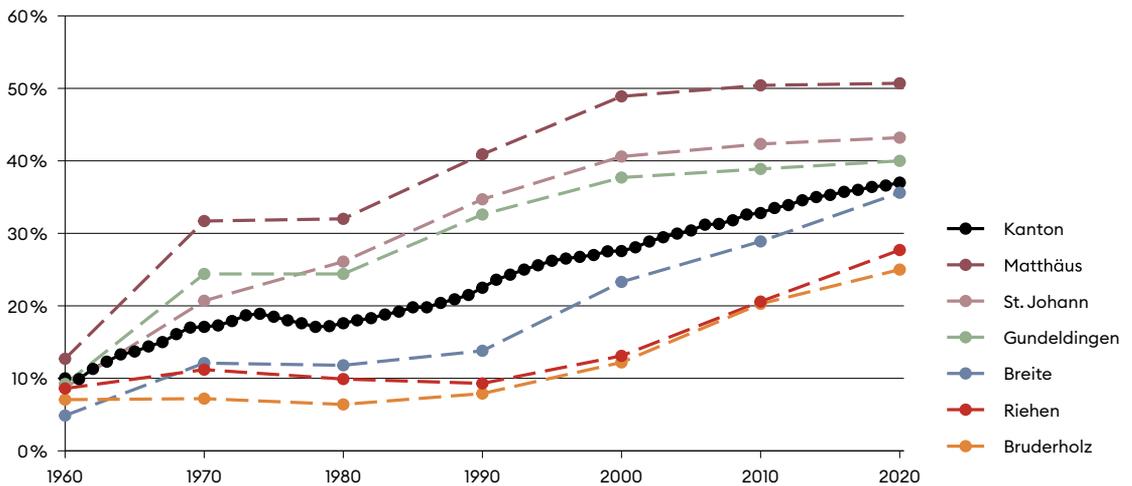
Das Gesetz setzte stärker als das Leitbild auf die Mitwirkung der Migrationsbevölkerung, die mittels Vereinbarungen etwa zu Kursbesuchen verpflichtet werden konnten. Der Spracherwerb, der im Leitbild noch einen geringen Stellenwert hatte, stand jetzt im Vordergrund.<sup>117</sup> Wie wichtig er war, bestätigten auch Migrantinnen und Migranten selbst. Eine türkischstämmige Teilnehmerin eines Deutschkurses sagte: «Wenn du die Sprache nicht beherrschst, dann wirst du ausgegrenzt.»<sup>118</sup> Kritikerinnen und Kritiker monierten dagegen, dass der Fokus auf den Spracherwerb die vielfältigen Potentiale der Migrantinnen und Migranten erneut ausblende und auf ihre Defizite fokussiere. Das «Fordern» habe überhandgenommen. Das neue Integrationsgesetz stand für die Nützlichkeitsabwägungen, die die städtische Migrationspolitik seit dem 19. Jahrhundert prägten. Die Stadt als Ankunftsort stellte Ansprüche an Neuankömmlinge – nun unter dem Begriff der Integration.

2012 ergänzte der Regierungsrat das Leitbild um die Zielgruppe der Hochqualifizierten, die sogenannten Expats (kurz für *Expatriates*, deutsch: Auswärtige). Sie waren zuvor von den Integrationsbemühungen ausgenommen gewesen. Ausserdem formulierte er den Anspruch, die Mitbestimmungsrechte für die ausländische Wohnbevölkerung zu erweitern. Die politische Partizipation, die das Leitbild so vehement eingefordert hatte, blieb jedoch für einen grossen Teil der ausländischen Bevölkerung weiterhin Wunschdenken.

## Migrantinnen und Migranten wollen mitbestimmen

Am 27. Oktober 2018 nahmen im Basler Grossratssaal nicht die gewählten Grossrätinnen und Grossräte, sondern rund hundert Migrantinnen und Migranten Platz.<sup>119</sup> Die Teilnehmenden der «Basler Migrantensession» forderten insbesondere mehr Möglichkeiten zur politischen Mitwirkung. Mit ihrem steigenden Anteil an der Bevölkerung hatte bereits in den 1990er-Jahren die Debatte um die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern eingesetzt. Doch die politische Teilhabe setzte das Bürgerrecht voraus, und dieses blieb in Basel ein exklusives Gut.

### Anteil an Ausländerinnen und Ausländern im Kanton und in ausgewählten Quartieren, 1960–2020



**47** Zwischen 1960 und 2020 vervierfachte sich der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern an der Basler Bevölkerung nahezu. Den höchsten Anteil wies das Kleinbasler Quartier Matthäus auf, von 1960 bis 2020 stieg er dort von 12,7 auf 50,7 Prozent. Ebenfalls überdurchschnittlich war der Anteil in Gundeldingen und St. Johann, beides dichtbebaute Quartiere. Das Quartier Breite war ein traditionelles Arbeiterquartier mit vielen Genossenschaften, die Ausländerinnen und Ausländer zurückhaltend aufnahmen. Den geringsten Anteil hatten das wohlhabende Bruderholz und die

Landgemeinde Riehen, in beiden betrug er 2000 etwa dreizehn Prozent. Insbesondere Riehen verzeichnete in den folgenden Jahren einen markanten Anstieg, der mit der gestiegenen Wirtschaftskraft vieler Einwanderer zusammenhing: Zunehmend gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland, sogenannte Expats, zogen in Gegenden mit einem höheren Anteil an Einfamilienhäusern.

**48 Einbürgerungsaktion der Bürgergemeinde der Stadt Basel, 2010.** — Die Bürgergemeinde der Stadt Basel lancierte 2010 die Aktion «I love Basel». Mit Erfolg: 2010 erhielten 911 Personen aus anderen Schweizer Kantonen das Basler Bürgerrecht; im Jahr zuvor waren es lediglich 38 gewesen. Der Hintergrund war ein drohender Bedeutungsverlust der Bürgergemeinde. 2009 musste sie widerwillig eine ihrer wichtigsten Aufgaben an den Kanton abtreten, nämlich die Verantwortung für die Sozialhilfe. Von nun an war die Bürgergemeinde noch für das Waisenhaus und für das Bürgerspital zuständig und beaufsichtigte die Christoph Merian Stiftung. Gemeinsam mit dem Kanton und dem Bund war zudem die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Trotz der erfolgreichen Einbürgerungsaktion gelang es der Bürgergemeinde nicht, an politischer Bedeutung zu gewinnen.



Die Einbürgerung war gesetzlich nicht nur kantonale, sondern auch national geregelt und wurde restriktiv gehandhabt.<sup>120</sup> Nationale Bürgerrechtsrevisionen wirkten sich auch in Basel aus. Als die Schweiz 1992 die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft einführte, erhöhten sich in Basel die Einbürgerungsgesuche, insbesondere von Italienerinnen und Italienern. Die Zahlen stiegen von gut hundert Einbürgerungen Ende der 1980er-Jahre auf über tausend um das Jahr 2000 an.<sup>121</sup> Die Migrationsbewegungen manifestierten sich verzögert in der Herkunft der Eingebürgerten: Bis in die 1970er-Jahre wurden hauptsächlich Deutsche eingebürgert, danach kamen vermehrt italienische Staatsangehörige hinzu. Ab den 1990er-Jahren wurden die Herkunftsorte der Eingebürgerten immer diverser, viele Personen kamen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien.

Eine grosse Hürde stellte das lange, komplizierte und teure Einbürgerungsverfahren dar. Die Bürgergemeinde führte die Befragungen durch und hatte das grösste Gewicht beim Verfahren. Aber auch Bund und Kanton mussten ihr Einverständnis geben. Die Einbürgerung war an Bedingungen geknüpft, seit 2012 gehörte auch ein Sprachnachweis dazu. Viele Ausländerinnen und Ausländer lebten

jahrelang in Basel, ohne eingebürgert zu werden, und durften folglich politisch nicht mitbestimmen. Unter diesen Voraussetzungen kam in Basel wiederholt die Forderung auf, ein Ausländerstimm- und -wahlrecht einzuführen. Den Anfang machten italienische und spanische Gewerkschaftsorganisationen, die 1980 per Petition verlangten, dass seit fünf Jahren in Basel wohnhafte Personen im Kanton abstimmen dürften.<sup>122</sup> Kurz zuvor hatte der 1978 gegründete Kanton Jura das Ausländerstimmrecht in seiner Verfassung festgeschrieben. In den 1990er-Jahren wurde die Idee in der baselstädtischen Politik aufgenommen. Obwohl die Forderung immer mehr Anhängerinnen und Anhänger fand, lehnten die Baslerinnen und Basler sowohl 1994 wie auch 2010 in Volksabstimmungen das Ausländerstimmrecht deutlich ab.

Dass Integration auch Mitbestimmung bedeuten müsse, bekräftigte hingegen ein Teil der Stimmbevölkerung 2004. Damals wurden fünf SP-Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund, mehrheitlich kurdische Türkinnen und Türken, in den Grossen Rat gewählt. Zwei Jahre später folgten weitere in den Bürgergemeinderat. Dass man ihnen auch mit Misstrauen begegnete, zeigte die 2008 öffentlich bekanntgewordene Fichierung ab 2004 von sechs kurdischstämmigen Politikerinnen und Politikern durch den Nachrichtendienst. 2015 und 2019 zogen mit Sibel Arslan und Mustafa Atici erstmals eine eingebürgerte Kurdin und ein eingebürgerter Kurde aus Basel in den Nationalrat.<sup>123</sup>

## Getrennte Kantone und andere Grenzerfahrungen

Die «willkürliche und unnatürliche Kantonsgrenze» zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sei eine «Wunde», erklärte Max Wullschleger 1958. Die Stadt habe sich ausgedehnt und wachse mit den umliegenden Gemeinden zu einer Einheit zusammen.<sup>124</sup> Der Regierungspräsident träumte wie viele baselstädtische Politiker von der Wiedervereinigung der beiden Basel. Seit der Kantonstrennung 1833 hatte sie wiederholt zur Debatte gestanden, war aber stets, 1948 etwa, am eidgenössischen Parlament gescheitert, das nach den Kriegsjahren ein solches Vorhaben als zu grosse Veränderung im föderalistischen Kantonsgefüge erachtete. 1960 standen die Chancen für einen vereinigten Kanton Basel so gut wie lange nicht mehr. Beide Halbkantone stimmten für den Wiedervereinigungsartikel; ein

gemeinsamer Verfassungsrat nahm seine Arbeit auf. Wullschleger blickte optimistisch in die Zukunft: «Die immer umfangreicher gewordene Verflechtung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen werfen immer mehr Probleme auf, die nur gemeinsam gelöst werden können.» Damit bezog er sich hauptsächlich auf die wichtigen Zentrumsfunktionen des Stadtkantons im Bildungs-, Kultur- und Spitalbereich, aber auch die Hürden bei der Planung von Verkehrswegen, Siedlungen, Industriezonen und Grünflächen.<sup>125</sup>

Kurz darauf wendete sich das Blatt, zumindest im Baselbiet, wo sich ein starkes Nein-Komitee formiert hatte. Nach dem intensiv geführten Abstimmungskampf 1969 wurden die Gräben offenbar. In Basel-Stadt stimmten zwei Drittel der Bevölkerung für die Wiedervereinigung. Die Landgemeinden zeigten sich etwas kritischer, in Riehen lag der Ja-Anteil bei 55 Prozent, in Bettingen sogar bei nur knapp dreissig Prozent. Der Kanton Basel-Landschaft dagegen lehnte die Kantonsfusion mit fast sechzig Prozent klar ab. Zwar befürworteten die an die Stadt Basel angrenzenden Gemeinden die Wiedervereinigung. In den Tälern und im Oberbaselbiet überwogen aber die Nein-Stimmen deutlich. Das Projekt Wiedervereinigung war damit gescheitert, die Kantonsgrenze blieb für beide Kantone als grosse Herausforderung bestehen. Die gescheiterte Wiedervereinigung traf das politische Selbstbewusstsein der Stadt Basel empfindlich.<sup>126</sup>

### **Ausbau der Partnerschaft mit Basel-Landschaft**

Mit dem Modell der Partnerschaft ohne Fusion einigten sich die Kantone rasch auf eine neue Lösung. 1974 verankerten beide den Partnerschaftsartikel in ihrer Verfassung, es folgte eine Annäherung in kleinen Schritten. Bezeichnend dafür waren die Universitätsverträge. Bereits der erste Vertrag von 1975 war ein Kompromiss: Die Stadt zielte auf volle finanzielle Parität ab, die Landschaft auf eine Mitfinanzierung in geringerem Masse. Am Ende einigte man sich darauf, dass die Universität eine Verwaltungsabteilung des Stadtkantons blieb, das Baselbiet sich aber substantiell an ihrem Budget beteiligte. Doch schon in den 1980er-Jahren stand dieser Beitrag nicht mehr im Verhältnis zur Zahl der Baselbieter Studierenden, die inzwischen jene aus der Stadt übertrafen.

Beim zweiten Vertrag 1995 einigten sich die beiden Kantone auf eine gemeinsame Trägerschaft. 2007 folgte der Ausbau zur vollen Partnerschaft mit paritätischer Beteiligung. Trotz der institutionellen Verankerung blieb das politische Verhältnis zwischen Stadt und Landschaft labil. Das wurde Ende der 2010er-Jahre deutlich, als eine heftige Kontroverse um die Finanzierung der Universität ent-



**49 T-Shirt von Gegnerinnen und Gegnern der Kantonsfusion, 2014.** — 2014 scheiterte nicht nur die Fusion der beiden Basler Halbkantone, auch der Gegenvorschlag zur Fusionsinitiative, der einen 125-köpfigen Verfassungsrat vorsah, blieb chancenlos. Basel-Stadt nahm ihn zwar mit 55 Prozent an, Basel-Landschaft

lehnte ihn aber mit über 68 Prozent Nein-Stimmen deutlich ab. Erfreut über das Ergebnis stellten sich die Fusionsgegner in Liestal vor die Medien und sangen stolz das «Baselbieter-Lied». Einige trugen das hier abgebildete T-Shirt mit der Aufschrift «Mir si und bliibe Baselbieter».

brannte. Der Kanton Basel-Landschaft befand sich in einer finanziellen Schieflage und drohte, den Universitätsvertrag zu kündigen, weil er ihr zu hohe Beiträge abverlange. Nur dank einer Finanzspritze des Kantons Basel-Stadt konnte das Katastrophenszenario abgewendet werden. Nach jahrelangen Verhandlungen einigten sich die beiden Basel auf einen neuen Finanzierungsschlüssel zur Aufteilung des verbleibenden Restdefizits. Die Beteiligung richtete sich künftig nach der Steuerkraft – wer erfolgreicher wirtschaftete, zahlte etwas mehr an die gemeinsame Universität. Davon profitierte vorerst der Kanton Basel-Landschaft, zum Unmut einiger Politikerinnen und Politiker im Stadtkanton.<sup>127</sup>

Von den über 100 partnerschaftlichen Abkommen führten viele zu solchen gemeinsamen Trägerschaften und Institutionen. In einigen Fällen blieb die Zusammenarbeit aber nur punktuell. So hatte etwa das Umweltschutzabonnement von 1984, das den Pendlerstrom für die Umwelt und zu vergünstigten Preisen auf

die Schiene verlagern sollte, keine Fusion der beiden Transportbetriebe BVB und Baselland Transport (BLT) zur Folge.

Es gab auch Kooperationen, die komplett versagten. Im Gesundheitswesen beispielsweise kamen nur wenige partnerschaftliche Lösungen zustande. Zu den Ausnahmen gehörte das Universitäts-Kinderspital beider Basel.<sup>128</sup> Die Fusion der grossen kantonalen Spitäler scheiterte 2019 am Stadtkanton, der bisher eher wiedervereinigungsfreundlich gesinnt war. Neben gewerkschaftlichen und finanziellen Vorbehalten spielten dabei wohl auch die Enttäuschungen eine Rolle, die Baslerinnen und Basler bei anderen Fusionsversuchen erfahren hatten. Denn wie 1969 stimmte das Baselbieter Stimmvolk auch im frühen 21. Jahrhundert wiederholt gegen eine Wiedervereinigung: 2004 gegen eine sektorielle (Spitäler, Sicherheit), 2014 gegen eine vollständige. Offenbar hatte sich die Stadt in der Zwischenzeit mit der Vorstellung arrangiert, dass eine vertiefte Partnerschaft ausreichend wäre. Denn schon in der neuen Kantonsverfassung von 2005 sucht man vergebens nach einem Wiedervereinigungsartikel.<sup>129</sup>

### **Politik am Rande der Schweiz**

Gegenüber den angrenzenden Nachbarländern hatte nach dem Zweiten Weltkrieg grosses Misstrauen geherrscht. Der grenzüberschreitende öffentliche Verkehr genoss in Basel vorläufig keine Priorität mehr, unter dem Eindruck des Automobilbooms liessen die Basler Behörden sogar die Tramschienen nach Lörrach, Huningue und Saint-Louis entfernen.<sup>130</sup> Im Laufe der 1960er-Jahre entspannten sich die Beziehungen allmählich.

In den folgenden fünfzig Jahren entstanden zahlreiche Institutionen und Projekte, die sich der Kooperation zwischen Basel, Baden-Württemberg und dem Elsass widmeten. Die grenznahen Gemeinden stimmten beispielsweise ihre Planung grüner Freiräume und regionaler Naherholungsgebiete aufeinander ab.<sup>131</sup> Weil am Rhein führte 1999 unter dem Titel «Grün 99» gemeinsam mit den Nachbarländern die erste trinationale Gartenausstellung durch – ihr Titel spielte auf die Basler «Grün 80» an. Der neu entstandene Landschaftspark, direkt im Dreiländereck gelegen, erhielt den Namen «Dreiländergarten». Zu den nachhaltigen Initiativen im Kulturbereich gehörte der 1999 eingeführte «Museums-PASS-Musées» (ehemals «Oberrheinischer Museumspass»), mit dem über 300 Museen weit über die Agglomeration hinaus besucht werden können.<sup>132</sup> Im Dreiklang statt im Gleichschritt lautete die Devise auch im Bildungssektor, unter anderem mit der Schaffung trinationaler Ausbildungsgänge in Biotechnologie, Ingenieurwesen und

International Business Management. Und selbst in der Verkehrsentwicklung intensivierte sich die gemeinsame Planung. Ab 1997 nahmen die Nachbarländer schrittweise die ersten Linien der Regio-S-Bahn in Betrieb. 2014 folgte der Ausbau der Tramlinie nach Weil am Rhein, 2017 nach Saint-Louis.<sup>133</sup>

Die politischen Verbindungen in das Ausland waren phasenweise weit weniger belastet als die Beziehung zwischen Basel-Stadt und der Schweiz. Das Gefühl, vom Bund nicht wahrgenommen und geringgeschätzt zu werden, reichte weit zurück. Oft manifestierte es sich an Standortentscheidungen für Kulturinstitutionen und Strassenverläufe sowie der Subventionspolitik. Letzteres beklagte die Basler Regierung anfangs 1980er-Jahre im Zusammenhang mit dem Flughafen Basel-Mulhouse. Der Flugbetrieb stagnierte und die Umsätze brachen ein, viele grosse Fluggesellschaften konzentrierten sich in Zürich. Der Bund habe diese Situation mitzuverantworten, so die verbreitete Meinung in Basel, da er über Jahre Millionen in den Ausbau des Flugplatzes im zürcherischen Kloten investiert habe.<sup>134</sup>

Zudem hatte der Kanton Basel-Stadt nach Hans-Peter Tschudis Rücktritt 1973 keine Vertretung mehr im Bundesrat. In jüngster Zeit scheiterten mehrere Basler Bewerbungen für die Nachfolge von abtretenden Bundesräten und -rätinnen, 2022 beispielsweise die SP-Ständerätin Eva Herzog, obwohl die ehemalige Finanzdirektorin als klare Favoritin gegolten hatte. Die Ernüchterung in Basel war gross. Beat Jans, Regierungsmitglied, fragte nach der Nicht-Wahl seiner Parteikollegin rhetorisch: «Wenn nicht sie, wer dann?»<sup>135</sup> Die Antwort lautete: er selbst. Im Dezember 2023 wurde Jans in den Bundesrat gewählt. Fünfzig Jahre nach Tschudis Rücktritt war Basel damit wieder in der Landesregierung vertreten.

Wie sehr Basel jedoch trotz aller Verflechtungen mit dem Umland letztlich von politischen Grenzen umgeben war, erlebte die Stadt 2020 während der Covid-19-Pandemie. Weltweit reagierten Regierungen mit nationalstaatlichen, abgrenzenden Massnahmen auf die Verbreitung des Virus. Auch die Schweiz verhängte einen Lockdown und Grenzschiessungen. In den Kanton Basel-Stadt konnte aus dem Ausland nur noch gelangen, wer hier arbeitete. Durch die geschlossenen Grenzen wurde ein Charakteristikum der Stadt bemerkbar, das so wesentlich für den Kanton ist, aber im Alltag oft übersehen wird: Basel ist eine Grenzstadt.



**50 Geschlossene Landesgrenze während der Covid-19-Pandemie, 2020.** — Am 16. März 2020 erklärte der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» gemäss Epidemien-gesetz. Ohne triftigen Grund durften nicht in der Schweiz wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer nicht mehr einreisen, eine Massnahme, die in der Grenzstadt Basel stark wahrgenommen wurde. Ein Zeugnis der Lebens-realität während der Pandemie ist die Fotoserie «Cross-Border Love» des Basler Fotografen Roland Schmid.

## Anmerkungen

- 1 StatJB 1920–2020.
- 2 Kreis; Delley; Kaufmann 1993, S. 206–211. Nigg 2008, S. 52, 276–277. Loser 2011, S. 12, 75. Hagmann 2022.
- 3 Pfister 2019, S. 134. Kreis 1984, S. 113–114.
- 4 Appenzeller 1995, S. 186–187.
- 5 Stibler 2018.
- 6 Skenderovic; D'Amato 2008, S. 5–9. Studer; Schaufelbuehl 2009, S. 9–11, 15–19.
- 7 StABS, DS BS 8 136, Verwaltungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1969, V. Polizeidepartement, S. 18–19. StABS, DS BS 8 137, Verwaltungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1970 V. Polizeidepartement, S. 25.
- 8 Ehrenbold; Hafner 2020, S. 202.
- 9 Stibler 2018, S. 9. Vgl. auch StABS, PA 933, Bericht über die Arbeit der POB im 1. Jahr, 1971.
- 10 Blum 1986.
- 11 HLS: Progressive Organisationen (POCH).
- 12 Gilg 1974, S. 97.
- 13 Nigg 2008, S. 272–280. HLS: Ruth Mascarin.
- 14 Tanner 2009. Caty 1983, S. 47.
- 15 Morawietz 2018, S. 141.
- 16 Gschwind 2022, S. 173–177, 260.
- 17 Kreis 2000, S. 292. Gilg 1974, S. 96. Blum 1986, S. 131–132.
- 18 Erklärung des SP-Vorstandes, zit. in: Blum 1986, S. 120. Kreis 2016b.
- 19 Behringer 2019, S. 41–48. Straumann 2000, S. 30–32. Stolz 2020, S. 11.
- 20 Cuénod 2016.
- 21 HLS: Landsering der Unabhängigen (LdU).
- 22 HLS: FDP. HLS: Radikale. Pfister 2019, S. 116.
- 23 Pfister 2019, S. 11, 116, 135–140, 146.
- 24 «Die Fusion der LDP mit der FDP ist vom Tisch», in: bz Basel, 17.11.2015.
- 25 Kreis 2000, S. 286.
- 26 Skenderovic; D'Amato 2008, S. 37, 45–49, 102, 115–118, 145. Skenderovic; Späti 2008. HLS: Schweizer Demokraten (SD).
- 27 «Prozess gegen Eric Weber», DRS aktuell, SRF, 10.09.1986. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/prozess-gegen-eric-weber?urn=urn:srf:video:2d76e244-a22a-4b6f-9a92-1f720987cdde>, abgerufen am 26.06.2023.
- 28 «Warum Schweizer Städte immer häufiger links regiert werden», in: NZZ, 13.02.2018. Online: <https://www.nzz.ch/zuerich/warum-schweizer-staedte-immer-haeufiger-links-regiert-werden-ld.1356569>, abgerufen am 26.06.2023.
- 29 Amstutz 2016. Kreis 2019, S. 62–65. Hess 2021. Schnyder; Meyrat; Koellreuter 2010.
- 30 Lichtenhahn 1999, S. 140–143.
- 31 Zit. nach Pfister 2019, S. 200.
- 32 Zehnder 2020.
- 33 Zeitungen zit. nach Tréfás 2016, S. 7, 57, 64–65. Stark 1976.
- 34 Pfister 2019, S. 127–128. Walser 2012, S. 27–32. Vgl. auch HLS: National-Zeitung. HLS: Basler Nachrichten.
- 35 Bundesamt für Statistik: Printmedien: Entwicklung der Titelzahl und der Auflage von Zeitungen, nach Daten des Verbands Schweizer Medien, WEMF, 13.07.2018.
- 36 Zur AZ vgl. Brunner 1994a. Brunner 1994b.
- 37 Tréfás 2016, S. 69, 82–83.
- 38 Klein 1983. Rüegg u. a. 2013, S. 26.
- 39 Arbeitsgruppe Basler Fernsehen: Bericht der Arbeitsgruppe über regionales Fernsehen im Raume Basel, Januar 1985.
- 40 «Basler Verein kämpft für regionales Fernsehfenster», in: TA, 29.08.1986.
- 41 Mensch; Imhof 2012, S. 140–141. Tréfás 2016, S. 9, 85–88.
- 42 Ryser 2011, S. 23–24.
- 43 Gschwind 2022, S. 152–159. Kreis 2016e.
- 44 Braunschweig 2020, S. 32.
- 45 «Geschlecht darf nicht den Ausschlag geben», in: NZ, 17.04.1975. Argast 1997, S. 91–93. HLS: Gertrud Spiess.
- 46 Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 499. Gschwind 2018, S. 6.
- 47 Kreis 2016e, S. 34.
- 48 Gschwind 2018.
- 49 Fetz 2016. Blum 1986, S. 130. Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 515.
- 50 Organisation für die Sache der Frauen Sektion Basel 1997, S. 11. Nigg 2008, S. 278.
- 51 «Frauen - jetzt langt's», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V\_031, 1978/1979. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_031](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_031), abgerufen am 24.03.2023, Min 13.45 ff.
- 52 Villard-Traber 1992, S. 19. Gessler 1977.
- 53 Stiftung Frauenhaus beider Basel 2016, S. 8. Davies 1919.
- 54 Jenny 1981, S. 204. Frauenzentrale Basel 1979, S. 15.
- 55 StABS, STA DS BS 9 7616, Ratschlag betreffend Bewilligung eines einmaligen Ausstattungs- und Mobiliarkredits an die Stiftung zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder, Basel, 1981.
- 56 Ferele; Frauenhaus Basel; Frauenhaus-Beratungsstelle Basel 2006, S. 14. «Das Frauenhaus beider Basel baut sein Angebot aus: Nimmt die häusliche Gewalt zu?», in: bz Basel, 21.01.2020. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-frauenhaus-beider-basel-baut-sein-angebot-aus-nimmt-die-hausliche-gewalt-zu-ld.1406284>, abgerufen am 27.03.2023.
- 57 Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 2009c, S. 6.
- 58 StABS, STA DS BS 9 7497, Ratschlag betreffend Gewährung eines Staatsbeitrages für die Untersuchung im Zusammenhang mit dem Anzug E. Schläpfer und Konsorten Gleiche Rechte für Mann und Frau, 1979. Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 1. Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 570.
- 59 StABS, Protokolle Grosser Rat 153, Sitzung vom 08.11.1984, S. 418–419. «17 Frauen mit Papas Segen», in: Emanzipation (15), 1989, S. 21. «Männer auch benachteiligt», in: Blick Basel, 29.10.1988.
- 60 Braunschweig 2020, S. 9, 23, 26.
- 61 Ebd., S. 33.
- 62 Appenzeller 1995, S. 176–180.
- 63 «Lohnungleichheit», 10 vor 10, SRF, 02.11.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/lohnungleichheit?urn=urn:srf:video:cdb5d699-dcd7-4e0f-9fb9-81615278f8f5>, abgerufen am 27.03.2023. Braunschweig 2020, S. 33–36. Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 2009b, S. 9. Bollag 1994a.
- 64 Wyss 1991. Fasciati; Rohrmann; Suter 2019.
- 65 Eidgenössische Kommission für Frauenfragen 2009a, S. 7. «Chancengleichheit beim Staat wird umgesetzt», in: BaZ, 11.04.1997.
- 66 Bollag 1994b, S. 26.
- 67 Walt 2003, S. 34.
- 68 Gschwind 2018, S. 6. Cadalbert Schmid 2001, S. 134. «In Beziehungsnetzen können sich Frauen besser fördern», in: BaZ, 21.11.1994.
- 69 Speck; Walt 2003, S. 34. Hänggi 2006.
- 70 Brunner 2019. Hardegger 2020, S. 270–273.
- 71 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Geschlechterverhältnis im Grossen Rat. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatoren-portal/8457>, abgerufen am 12.12.2024.
- 72 Stirnimann 2001, S. 52.
- 73 Hess; Schneider; Latscha 1966, S. 6, 177–181. Stirnimann 2001, S. 52. Unigeschichte seit 1460: Ausbildungsförderung. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/stipendien>, abgerufen am 26.06.2023.
- 74 Felder 2019, S. 243. HLS: Sekundarschule.
- 75 StABS, STA DS BS 9 6839, Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz über die veruchsweise Einführung einer neuen Schulorganisation (Neue Schule) und Bericht zu fünf Anzügen zur Schulreform, Basel 1971, S. 1.
- 76 Ebd., S. 12.
- 77 Felder 2019, S. 258–275.
- 78 Basel-Stadt Erziehungsdepartement 1994, S. 20.
- 79 Vgl. «Orientierungsschule – wie weiter?», in: BaZ, 14.05.1998. «Die Basler Schule aus zehn verschiedenen Gesichtspunkten», in: BaZ, 18.05.2000.
- 80 Felder 2019, S. 270–279.

- 82 Erziehungsdepartement Basel-Stadt 2021, S. 16.
- 83 Bischof, Alois: «Ja, es gibt viele Türken. Ja, es gibt viele Schweizer.» Eine Schulklasse, eine Quartierbestimmung, in: du – Zeitschrift für Kultur (9), September 1995, S. 31–47.
- 84 Bachmann, Dieter: Editorial, in: du – Zeitschrift für Kultur (9), September 1995, S. 9–10.
- 85 Seiler; Frisch; Eichenberger u. a. 1965, S. 40.
- 86 StatJB 1960, S. 145. StatJB 1965, S. 103. StatJB 1970, S. 109. Senn 2017.
- 87 Grossmann 2019, S. 221–224. Holenstein; Kury; Schulz 2018, S. 316–317. Vgl. für den Kanton Baselland: Senn 2017.
- 88 Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländerinnen und Ausländer (ANAG), Art. 16, Abs. 1, zit. nach Grossmann 2019, S. 215; HLS: Fremdenfeindlichkeit.
- 89 Zürcher 2015. Koellreuter 2016. Stirnimann 2001, S. 49. Grossmann 2019, S. 34, 219.
- 90 Piñeiro 2015, S. 209. Holenstein; Kury; Schulz 2018, S. 326, 343.
- 91 Braunschweig 2016. Wenzel 2006. Grossmann 2019, S. 98–103.
- 92 Zit. nach Grossmann 2019, S. 75.
- 93 Jahresbericht 1972, zit. nach ebd., S. 74.
- 94 Skenderovic; D'Amato 2008, S. 40.
- 95 Zit. nach Fabbri 1985, S. 41. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 29.01.1982.
- 96 Fierz 2021. «SP-Sekretariat besetzt», in: AZ – Abendzeitung, 08.05.1984.
- 97 Holenstein; Kury; Schulz 2018, S. 332–335. HLS: Asyl.
- 98 Fabbri 1985, S. 38. «Asylbewerber Basel», DRS aktuell, SRF 01.11.1985. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/asylbewerber-basel?urn=urn:srf:video:7bae5057-b309-42cc-bc0e-1e9f75288edc>, abgerufen am 20.03.2023.
- 99 StatJB 1980, S. 36. StatJB 1994, S. 34
- 100 Fabbri 1985, S. 39.
- 101 Lanz 2006, S. 46.
- 102 «Asylbewerber Basel», DRS aktuell, SRF, 01.11.1985. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/asylbewerber-basel?urn=urn:srf:video:7bae5057-b309-42cc-bc0e-1e9f75288edc>, abgerufen am 20.03.2023. Vgl. Parak 2020, S. 30.
- 103 Freiplatzaktion Basel 2005, S. 12–13.
- 104 Ebd., S. 25. Ideli; Kieser; Suter Reich 2011, S. 16, 248.
- 105 «Asylantenschiff Ursula», DRS aktuell, SRF, 14.12.1987. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/asylantenschiff-ursula?urn=urn:srf:video:27e3c03d-5f8c-49f0-94bc-5bca4335b125>, abgerufen am 30.03.2023.
- 106 Imhof 1998, S. 62–63, 173. Schuster 1992.
- 107 «Klein Istanbul», Schweiz aktuell, SRF, 10.06.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/klein-istanbul?urn=urn:srf:video:b0843374-7174-4621-a457-58df0f5e63cf>, abgerufen am 30.03.2023. Bischof, Alois: Little Istanbul, in: Das Magazin / Tages-Anzeiger und Berner Zeitung BZ, Nr. 52, 1991, S. 28–40.
- 108 «Ausländerproblem am Stammtisch lösen?», in: TA, 29.02.1996, S. 11. «Ich wollte die längst fällige Diskussion in Gang bringen», in: BaZ, 19.01.1996.
- 109 Dubach; Stutz; Calderón 2010, S. 151–152. Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 24. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Tabelle «Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Ausländeranteil», 23.01.2024. Online: <https://statistik.bs.ch/files/webtabellen/t01-1-04.xlsx>, abgerufen am 12.12.2024.
- 110 Flubacher 2014, S. 164.
- 111 Espahangizi 2021.
- 112 Ehret 1999, S. 3.
- 113 Ebd.
- 114 Flubacher 2014, S. 188.
- 115 Ebd., S. 165. Kessler 1998, S. 12.
- 116 Sancar 1999. Holenstein; Kury; Schulz 2018, S. 344.
- 117 Flubacher 2014. Wichmann; D'Amato 2010. Matéos 2009.
- 118 Zit. nach Akgünlü 2016, S. 96.
- 119 «Mitbestimmen auch ohne Schweizer Pass», SRF News, 27.10.2018. Online: <https://www.srf.ch/news/regional/basel-basel-land/migrantensession-in-basel-mitbestimmen-auch-ohne-schweizer-pass>, abgerufen am 30.03.2023. Vgl. auch Verein Mitstimme, <https://www.mitstimme.ch/>, abgerufen am 26.06.2023.
- 120 Achermann 2002. Achermann; Gass 2003. Nonić 2016, S. 27. Dubach; Stutz; Calderón 2010, S. 152.
- 121 Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 25. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Tabelle «Ordentlich Eingebürgerte nach bisheriger Staatsangehörigkeit und Geschlecht», 02.11.2020. Online: <https://statistik.bs.ch>, abgerufen am 13.12.2024.
- 122 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 19.09.1980.
- 123 Atici 2016; exemplarisch: «Migrantenvereine machen Politik», in: BaZ, 07.06.2005. «Fichen-Affaire in Basel», Schweiz aktuell, SRF, 25.06.2008. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/fichen-affaire-in-basel?urn=urn:srf:video:949fc471-f54f-4dcb-b5ee-e6f82308e7f0>, abgerufen am 28.12.2024.
- 124 StABS, STA DS BS 9 5484, Ratschlag betreffend Standesinitiative an die Bundesversammlung über die Wiedererwägung der Beschlüsse des Ständerates vom 10. März 1948 betreffend Gewährleistung der Wiedervereinigungsartikel der Verfassungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, 03.10.1958, S. 11.
- 125 Kreis 2019, S. 111. Haberthür 1989.
- 126 Kreis 2019, S. 62–65, 117–118. Stirnimann 2001, S. 54. Epple; Fridrich; Hagmann 2001, S. 141–160.
- 127 König 2010. Kreis 2019, S. 138–139.
- 128 Brodbeck 2003.
- 129 Kreis 2019, S. 125–131. Koch 2019, S. 2–5. Archiv Kantonsblätter, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 3. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 130 Appenzeller 1995, S. 163–170. Jundt 2008.
- 131 Wronsky 1998.
- 132 Loeb 2021.
- 133 Heute-Bluhm 1998, S. 18. Haefliker 1997. Kopf 2016.
- 134 «Flughafen Basel», DRS Aktuell, SRF, 03.05.1982. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/flughafen-basel?urn=urn:srf:video:8301aaf9-3c84-44a0-9477-8e0d55483211>, abgerufen am 30.07.2023.
- 135 «Jetzt leisten wir gemeinsam Trauerarbeit», in: NZZ, 07.12.2022. Online: <https://www.nzz.ch/schweiz/jetzt-leisten-wir-gemeinsam-trauerarbeit-der-tag-andem-eva-herzog-und-basel-wieder-nicht-bundesrat-wurden-ld.1715945?reduced=true>, abgerufen am 30.07.2023.





# Globalisierung und Digitalisierung: Die Verwandlung einer Industriestadt

Basel hat ein gespaltenes Verhältnis zur Globalisierung. Als Handelsplatz verlor die Stadt nach 1960 an Bedeutung, ihre Wirtschaft war indes immer enger verbunden mit den Märkten in aller Welt. Dies galt und gilt in besonderem Masse für die Leitbranche, die Life Sciences, die sich aus der Basler Chemie heraus entwickelten. Diese seit jeher global ausgerichtete Industrie ist zum mit Abstand wichtigsten Exporteur der Schweiz geworden. In den vergangenen Jahrzehnten durchlief sie eine Deindustrialisierung, die typisch für die gesamte Wirtschaft in Basel ist. Statt Arbeiterinnen und Arbeiter waren nun andere Berufstypen gefragt, etwa Managerinnen und Manager. Trotz einer anhaltend hohen Wertschöpfung nagten immer wieder Zweifel am Wirtschaftsstandort. War Basel zu abhängig von seinen grossen Pharmakonzernen? Was für Vorteile bot die geografische Lage im globalen Wettbewerb? Und existierte vor Ort das technologische Knowhow, um mit der rasant voranschreitenden Digitalisierung mithalten zu können?

## Basler Arbeitswelten und ihre globalen Verflechtungen

Das wesentliche geografische Merkmal Basels ist der Rhein. Der Fluss strömt mitten durch die Stadt, weiter nach Frankreich und Deutschland, den beiden grossen Nachbarländern nördlich der Schweiz. Wie die Menschen in diesem Raum, dem sogenannten Dreiländereck, zusammenlebten, persiflierte Alfred Rasser um 1960 auf der Bühne. «Am fimfe styge mer üs em Bett, My Froü will z'Märt geh fahre», so der bekannte Basler Kabarettist, Melodie und Duktus eines elsässischen Arbeiters imitierend. Und reimte darauf: «Ich hoüs in d'Schwyz per Piciclett/ und sie geht mit em Kare.»<sup>1</sup> Der Elsässer im Bühnenstück war Bauarbeiter, wie viele seiner Landsmänner veränderte er das Gesicht der Stadt massgeblich. Seine Frau zog derweil einen Wagen, die *Kare*, nach Basel auf den Markt und verkaufte dort «Rätlich, Charlotte, Kohlrabi und Lattich un Pflüme, Carotte». Ausländische Marktfrauen wie sie handelten im kleinen Grenzverkehr, etwa 370 Bauern aus dem grenznahen Ausland schickten damals täglich Waren nach Basel. Sie gingen einer Arbeit nach, die für Baslerinnen und Basler nicht in Frage kam: Für Landwirtschaft war in der dichtbebauten Stadt längst kein Platz mehr.<sup>2</sup>

Der Basler Kabarettist wies in seinem Stück auf einen essenziellen Faktor des regionalen Wirtschaftssystems hin, die ausländischen Arbeitskräfte. Sie waren eine Voraussetzung für das Wachstum in der Zeit der Hochkonjunktur. 1960 arbeiteten 20 000 bewilligungspflichtige Ausländerinnen und Ausländer im Stadtkanton, bis 1972 verdoppelte sich ihre Anzahl.<sup>3</sup> Gefragt waren tüchtige Menschen, die, wie Rasser treffend erklärte, frühmorgens nach Basel pendelten, hier arbeiteten und abends wieder nach Hause zurückkehrten, zu ihren Familien in Deutschland oder Frankreich. Dazu kamen Tausende, die ihre Familien im Heimatland zurückliessen, meist in Italien oder Spanien, um in der Schweiz Geld zu verdienen. Menschen aus dem Ausland hinterliessen Spuren in Basel – Dialekte und Sprachen, Häuser und Strassen, Gemüse und Obst.

Ausländische Arbeitskräfte blieben wichtig für die lokale Wirtschaft, die mit fernen Märkten verbunden war und zunehmend auf technische Hilfsmittel zurückgriff. Neben der Globalisierung und der Digitalisierung waren der Strukturwandel und die Deindustrialisierung wesentliche Entwicklungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Schloten der Fabriken verschwanden weitgehend aus dem Stadtbild. Basel, einst prototypische Industriestadt, verschrieb sich zunehmend der Produktion, der Verwaltung und der Valorisierung von Wissen.

## Wirtschaftswunder Regio Basiliensis

Die Internationalisierung der Wirtschaft war eng mit dem europäischen Friedensprozess verknüpft. Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten sich die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie Belgien, Italien, Luxemburg und die Niederlande darauf geeinigt, Kohle und Stahl untereinander zollfrei zu handeln, Ende der 1950er-Jahre bildeten dieselben Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Anfänge der europäischen Integration beobachteten Wirtschaftsvertreter in Basel mit höchster Aufmerksamkeit. Für das wirtschaftliche Leben in der Grenzstadt schienen diese Entwicklungen Chancen zu bieten, aber auch Gefahren zu bergen. Einerseits war die Schweiz nicht Teil dieses riesigen westeuropäischen Marktes in spe, der den beteiligten Akteuren wirtschaftliche Vorteile versprach, andererseits war keine andere Stadt der Schweiz so eng mit diesem vielversprechenden Wirtschaftsraum verbunden wie Basel.

Um die internationalen Beziehungen zu intensivieren, gründeten Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft 1963 den Verein Regio Basiliensis. Das Einzugsgebiet dieser ersten Organisation zur Förderung der trinationalen Zusammenarbeit waren die fünf Städte Basel, Belfort, Colmar Freiburg im Breisgau und Mulhouse. Durch die Etablierung der EWG erhalte diese Region «überaus günstige Entwicklungschancen», notierte die Arbeitsgruppe 1965, «ihre voll integrierende Wirkung» werde sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entfalten. Insbesondere in der Wirtschaft war die Euphorie gross, beiderseits des Rheins.<sup>4</sup>

Bei der Zusammenarbeit innerhalb der Regio Basiliensis gab es neben politischen, sprachlichen oder kulturellen Unterschieden auch wirtschaftliche Differenzen zu überbrücken. Während man im benachbarten Deutschland zu dieser Zeit von einem «Wirtschaftswunder» sprach, hatte die Schweiz bereits einen noch höheren Wohlstand erreicht. Der Kanton Basel-Stadt verzeichnete in der Schweiz das grösste Bruttoinlandprodukt (BIP) und die höchsten Einkommen überhaupt. Dazu kämen die «fiskalbedingten schweizerischen Standortvorteile», wie die Industrie- und Handelskammer Hochrhein 1971 in einer Studie festhielt. Die Steuerlast sei in Deutschland mindestens doppelt so hoch wie in der Schweiz, wo einzelne Kantone sich immer weiter unterbieten würden. Doch obwohl Firmen in der Schweiz viel weniger Steuern zahlen müssten und viele deutsche Arbeitskräfte mit höheren Löhnen anlocken würden, profitiere die Wirtschaft am deutschen Hochrhein unter dem Strich von der Prosperität der Stadt Basel.<sup>5</sup> Sowohl in Deutschland wie in Frankreich zählten die an die Region Basel angrenzenden Gebiete zu den wohlhabenden des Landes.



**51 Abstimmungsplakat «Flughafen Ja», 1962.** — Der Basler Grafiker Edi Hauri gestaltete das Plakat für die erfolgreiche Kampagne. 1970 wurde das neue Flughafenterminal eröffnet.

Ein frühes gemeinsames Anliegen in der Region war der Ausbau des Flughafens Basel-Mulhouse. In der Wirtschaft war die Hoffnung gross, den rudimentär eingerichteten Flugplatz zu einer Drehscheibe des internationalen Luftverkehrs ausbauen zu können. Man wollte den Anschluss an jene neue globale Wirtschaftselite nicht verpassen, die durch ein immer dichter werdendes Netz von Linienflügen verbunden war.

Zunächst schien das Ziel auch durchaus in Reichweite, 1962 befürworteten die Basler Stimmbürger im zweiten Anlauf den Bau eines neuen Flughafengebäu-

des. Doch zehn Jahre später bremste die Bevölkerung den Ausbau von Basel-Mulhouse zu einem interkontinentalen Flughafen jäh. 1971 scheiterte die erste Vorlage für eine Verlängerung der Pisten, die für die Landung von grösseren Düsenflugzeugen nötig gewesen wäre. Zu den verbreiteten Sorgen in der Stadt zählte die Zunahme des Lärms.<sup>6</sup>

Die Stadt begnügte sich fortan mit einem Flughafen, der ausländischen Gästen provinziell erscheinen musste. Seit 1987 trägt er den Markennamen «Euro-Airport Basel Mulhouse Freiburg». Ökonomische Studien bezeichnen den vergleichsweise kleinen Flughafen als einen wesentlichen Nachteil Basels im Vergleich mit anderen Wirtschaftsstandorten, etwa mit Zürich.<sup>7</sup>

### **Ein Zentrum der unbeliebten Multis**

Während die Bevölkerung über die Dimension des Flughafens mitentscheiden durfte, entzog sich die zunehmende Verflechtung der Märkte ihrer Kontrolle. In einzelnen Branchen der Stadt zeigten sich negative Auswirkungen des zunehmenden Wettbewerbs. In der Papier- oder Holzverarbeitung beispielsweise sank die Zahl der Arbeitsplätze drastisch, von 1700 (1960) auf nur noch 150 (1980). Unter erhöhtem Konkurrenzdruck litten etwa die Schreiner, die im Bereich des Möbels handwerks zu den führenden des Landes zählten. Während sie in beengten Innenhöfen werkten, zeigten die Konkurrenten schmuck eingerichtete Musterzimmer, unter anderem beim Spiegelhof auf fünf Etagen (Möbel Hubacher) oder beim Tellplatz gar auf sieben Etagen (Möbel Rösch).<sup>8</sup>

Im Wettbewerb um die zu Wohlstand gekommene Mittelschicht konkurrierten auch Shopping Center, nur eine kurze Autofahrt von Basel entfernt. Ein Möbelhaus im aargauischen Suhr lockte 1965 in einer Basler Zeitung mit über tausend Gratis-Parkplätzen sowie «Gratisbenzin/Bahnvergütung schon bei Kauf ab Fr. 500».<sup>9</sup> Konsumgesellschaft und Motorisierung gingen Hand in Hand, mit dem Auto waren auch preisgünstige Einkaufsmöglichkeiten im Ausland erreichbar.

Derweil hatten diverse Basler Unternehmen massiv ins Ausland expandiert. Zu den global agierenden Firmen aus Basel zählten etwa Danzas und Panalpina, zwei der weltgrössten Logistikunternehmen, der Schweizerische Bankverein, eine Grossbank mit wachsenden Interessen im Ausland, und insbesondere Konzerne der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Für Ciba, Geigy, Roche oder Sandoz war der Schweizer Markt nahezu unbedeutend, über 95 Prozent des Umsatzes erzielten sie im Ausland, die lukrativsten Geschäfte machten sie in den USA. Durch

Tochterunternehmen waren multinationale Unternehmen aus Basel auf allen Kontinenten vertreten.

Sinnbildlich für die globale Verbreitung des Kapitalismus stand Convenience Food wie es die Firma Thomi + Franck herstellte. Der Kaffeezusatz ‹Franck Aroma› oder die Thomy-Senftube beinhalteten Ingredienzen aus nah und fern, in Basel wurden sie verarbeitet, abgepackt und versandt. An Thomi + Franck lässt sich allerdings auch erkennen, wie Unternehmen selbst zu Objekten des Handels wurden. Das Basler Familienunternehmen hatte im Laufe der 1960er-Jahre in der Schweiz etablierte Fabriken für Backwaren und Essig aufgekauft, bevor es 1971 seine Eigenständigkeit an den in Vevey domizilierten Weltkonzern Nestlé verlor.

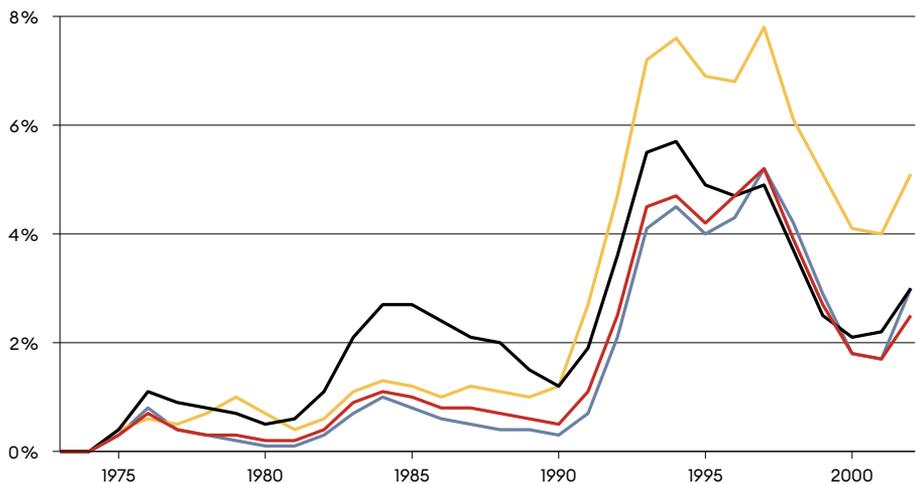
In dieser Zeit etablierte sich die Bezeichnung ‹multinationales Unternehmen› für global agierende Firmen, kurz: Multis. Dieses Wort habe er bis vor wenigen Monaten noch nie gehört, schrieb 1972 ein Journalist in der National-Zeitung. Jetzt sei ‹Multi› in aller Munde. Es war ein negativ konnotierter Begriff, insbesondere junge Erwachsene verbanden damit Umweltsünden und amoralische Geschäftspraktiken in ehemaligen Kolonien des globalen Südens. Als präferierte Standorte von Multis schienen die Schweiz allgemein und Basel im Speziellen in die Ausbeutung der Welt verwickelt. Die Skepsis gegenüber den Multis verbreitete sich rasant, mit ihr verbunden war ein neues Klima der Unsicherheit. Auf Jahrzehnte des wirtschaftlichen Aufschwungs folgten nach 1970 Zeiten, die vielen nicht mehr berechenbar schienen.<sup>10</sup>

### **Rückkehr der Arbeitslosigkeit**

Wie unmittelbar die sozioökonomische Realität der Menschen mit der Weltwirtschaft zusammenhing, zeigte sich im Herbst 1973. Nachdem arabische Länder die Preise für Rohöl drastisch erhöht hatten, wurde der Rohstoff, der das sogenannte Wirtschaftswunder überhaupt erst ermöglicht hatte, rar und kostbar. Auch in Basel offenbarten die Ölpreisschocks, wie vulnerabel die lokale Wirtschaft war. Es folgte eine Phase der Rezession und ein neues Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Launen der Weltwirtschaft.

«Jahrelang hat man von den Angestellten sehr profitiert», erklärte ein junger Hochbauzeichner einem Journalisten 1974 auf dem Arbeitsamt. «Und jetzt, da die grossen Gewinne ausbleiben, schauen die Architekten, dass sie ihren Verdienst von vorher nicht anknabbern müssen und stellen einfach Leute raus.»<sup>11</sup> Der Stellenverlust war eine Enttäuschung, er stellte ein gebrochenes Wohlstandsversprechen

## Arbeitslosenquote der Kantone Basel-Stadt, Genf und Zürich sowie der gesamten Schweiz, 1973–2002



**52** Die Erfassung der Arbeitslosigkeit ist voller Tücken. In der Statistik werden nur Menschen erfasst, die Anspruch auf Arbeitslosenentschädigungen haben. Der Anteil an Erwerbslosen war während der Rezession Mitte der 1970er-Jahre jedoch wesentlich höher, als es die erhobene Arbeitslosenquote von 0,5 bis 1,5 Prozent vermuten lässt. Die Zahlen blieben niedrig, weil viele ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrem Stellenverlust auch ihr Aufenthaltsrecht verloren. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt verzeichnete der Kanton Basel-Stadt Mitte der 1980er-Jahre eine hohe Arbeitslosenquote von knapp drei Prozent. In der Krise der 1990er-Jahre stieg sie auf fast sechs Prozent, im Kanton Zürich lag sie tiefer, in Westschweizer Kantonen wie Genf noch höher.

— Gesamte Schweiz  
 — Kanton Basel-Stadt  
 — Kanton Genf  
 — Kanton Zürich

dar. Nach Jahren der Vollbeschäftigung war die Arbeitslosigkeit in den Alltag der Menschen in Basel zurückgekehrt [52].

Trotz der Wirtschaftskrise blieben die offiziellen Arbeitslosenzahlen schweizweit niedrig. Dies lag nicht an besonders ausgeklügelten Massnahmen – genau wie die Arbeitslosen selbst wurden auch die Behörden vom Ende der Hochkonjunktur überrascht. 1974 zählte man in Basel-Stadt noch durchschnittlich weniger als 30 Betroffene. Im folgenden Jahr stieg die Zahl sprunghaft auf 500

Arbeitslose, wobei sehr viele Arbeitslose nicht in den offiziellen Statistiken erschienen. Erst 1977, mit dem Inkrafttreten der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in der Schweiz, wurden die Zahlen verlässlicher. In Basel-Stadt waren bis dahin trotz kantonalem Obligatorium viele Erwerbsarbeitende nicht versichert gewesen. Den grössten Teil der nicht erfassten Arbeitslosen bildeten allerdings ausländische Arbeitskräfte, die in der wirtschaftlichen Krise die Schweiz verlassen mussten. Mit der Stelle verloren sie auch ihre Aufenthaltsbewilligung und mussten in ihr Herkunftsland zurückkehren. Die Rede war von einem «Export der Arbeitslosigkeit».<sup>12</sup>

Betroffen vom Stellenabbau war in erster Linie der zweite Sektor, also Industrie und Gewerbe. Mit ihm verbunden war die Verlagerung der Industrie an Orte mit tiefem Lohnniveau. In diversen Branchen, die für Basel einst bedeutend waren, vollzog sich Ende des 20. Jahrhunderts die Deindustrialisierung rasch und irreversibel, so verschwanden etwa die Basler Grossbrauereien.

## **Bier aus Basel:**

### **Craftbeer statt Grossbrauerei**

Für viele Menschen war die Brauerei Warteck fest mit Basel verbunden. Das Bier aus dem Wettsteinquartier floss aus den meisten Zapfhähnen in der Stadt und die Flaschen mit dem rot-blauen Etikett standen in vielen Kühlschränken. Entsprechend gross war die Entrüstung, als die Brauerei Feldschlösschen 1988 bekannt gab, Warteck zu schlucken. Dass Warteck weiterhin produziert wurde, nur jetzt im aargauischen Rheinfelden, war «ein schwacher Trost für die Biergeschichte Basels», wie ein Gastronom urteilte.<sup>13</sup> Vor Warteck waren bereits die Brauerei Cardinal beim Viadukt unweit des Bahnhofs und die Actienbrauerei in Gundelringen verschwunden.<sup>14</sup> Basel, dem Selbstverständnis nach eine Stadt des Biers, drohte auf fremdes Gebräu zurückgreifen zu müssen.

Im internationalen Verdrängungswettbewerb fanden derweil kleinere Basler Brauereien immer wieder Nischen. Ab 1974 braute das Restaurant Fischerstube sein eigenes Bier, das «Ueli-Bier». Das Guinness-Buch der Rekorde würdigte es als die «kleinste Brauerei der Welt». Auf Initiative von Basler Heimbierbrauern entstand 1997 «Unser Bier», eine weitere Marke, die für handwerklich erzeugtes Bier, sogenanntes Craftbeer steht. Die Zahl der Aktionärinnen und Aktionäre stieg von 110 auf rund 10 000 an und die Produktion wurde laufend modernisiert. Die Etiketten der beiden Basler Brauereien zieren Ikonen der Volkskunde: der *Ueli* und der *Lällekönig*. Sie symbolisieren die lokalen Wurzeln des Basler Biers.<sup>15</sup>

**53 Fabrik der Industriegesellschaft für Schappe Basel, 1964.** — 1824 entstand in Basel die erste mechanische Florettspinnerei Kontinentaleuropas, später ging aus ihr die Industriegesellschaft für Schappe hervor. Als Schappe oder Florettseide werden Garne bezeichnet, die aus minderwertigen Fasern des Seidenkokons gewonnen wurden. Die Umstellung auf Kunstfasern brachte der Schappe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 einen kurzzeitigen Aufschwung, 1967 kaufte das amerikanische Unternehmen Burlington die inzwischen marode Firma, die kurz darauf schliessen musste.



Verschwunden ist auch jener Wirtschaftszweig, der in der Region Basel am Ursprung der Industrialisierung stand, die Textilproduktion. Anfangs des 20. Jahrhunderts war sie die mit Abstand grösste Arbeitgeberin gewesen, 1945 immer noch die zweitgrösste. Ihren Zenit hatte die langjährige Leitbranche indes längst überschritten [53]. Dem Niedergang begegneten einzelne Firmen zwar noch in den 1960er-Jahren mit einer Modernisierung der Produktion, doch die Basler Spezialitäten, Schappe (Florettseide) und insbesondere Seidenbänder, waren ausser Mode geraten. Zudem war die Produktion von Textilien ein Paradebeispiel für die Verlagerung der Industrie in Länder mit tieferem Lohnniveau. In den 1980er-Jahren war die industrielle Herstellung von Textilien in Basel Geschichte, ihre Spuren sind seither weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden.<sup>16</sup>

Der Mangel an Gewerbeflächen, Klagen gegen Lärm- und Geruchsemissionen und ein generell hohes Kostenniveau machten Basel zu einem schwierigen Pflaster für die Industrie. Während viele Firmen ihre Administration in der Stadt behielten, verschoben sie die Produktion zunehmend in die Agglomeration oder

ins Ausland. An ihren städtischen Standorten lagerten grössere Industriefirmen zunehmend jene Tätigkeiten aus, die nicht direkt mit ihrem Kerngeschäft zusammenhingen, darunter etwa Reinigung, Informatik, Logistik, Transport oder Verpflegung. Solche Aufgaben übernahmen eigenständige Firmen des Dienstleistungssektors, der im Vergleich zum Industriesektor an Bedeutung gewann. Damit folgten die Unternehmen dem Credo des Outsourcings: Schlanke, günstige und flexible Strukturen waren gefragt, die Märkte waren volatil, umkämpft und transnational. Am Ende des 20. Jahrhunderts trieb die Globalisierung den Strukturwandel der Basler Wirtschaft in ungeahntem Tempo voran.<sup>17</sup>

### **Das lokale Gewerbe muss sich öffnen**

Die Schweiz sei ein «Sanierungsfall», konstatierten 1990 die in Basel lehrenden Ökonomen Silvio Borner, Aymo Brunetti und Thomas Straubhaar. Das Land im Zentrum Europas, einst «Wohlstands- und Freiheitsinsel», habe sich «in den unentwirrbaren Fäden des reglementierten Perfektionismus und regulatorischen Interventionismus verheddert».<sup>18</sup> In ihrer Studie «Schweiz AG», die der Bundesrat in Auftrag gegeben hatte, forderten sie einen schlanken Staat und ein «ständiges Upgrading».<sup>19</sup> Auch in Basel, so schrieb Borner in einem Artikel, drohe der Abzug der Wirtschaft an attraktive Standorte im Ausland.<sup>20</sup>

Die 1990er-Jahre brachten, was Ökonomen wie Borner forderten: mehr Wettbewerb, weniger Kartelle. Auch in Basel-Stadt hatte der Schutz der lokalen Wirtschaft während Jahrzehnten zur politischen Raison gezählt. Ein Paradebeispiel des Protektionismus war das Mittelpreisverfahren bei Submissionen. Von staatlichen Aufträgen waren ausserkantonale Bewerber ebenso ausgeschlossen wie jene Angebote, die das arithmetische Mittel aller Offerten um mehr als zehn Prozent verfehlten, also auch die günstigsten Angebote. Das Ziel war die Förderung des lokalen Gewerbes und der Schutz vor Preistreiberei, ein Resultat die Persistenz von Kartellen und Preisabsprachen.<sup>21</sup>

Wie verflochten und eingespielt die lokale Wirtschaft war, offenbarte der sogenannte Gipserstreit. Einem Dutzend Basler Firmen wurde 1992 nachgewiesen, die Offerten für einen Grossauftrag im Kantonsspital kartellmässig verhandelt und Preise in der Grössenordnung von fünf Millionen Franken vereinbart zu haben. Schliesslich erhielt eine Zürcher Firma den Zuschlag, ihre Offerte lag etwa zwei Millionen unter den ursprünglichen Geboten der Basler Konkurrenz.<sup>22</sup>

Über die Verteilung von weit grösseren Beträgen verhandelte damals ein Kartell, das den globalen Markt für Vitamine massgeblich dominierte. In Basler Luxus-

hotels und Privatwohnungen trafen sich ab Mitte der 1980er-Jahre Vertreter der führenden Hersteller, darunter Roche, dem weltgrössten Vitaminproduzenten, um die Preise abzusprechen und zu fixieren. Nachdem der Ring aufgedeckt und Gefängnisstrafen für Manager und Milliardenstrafen für Unternehmen verhängt worden waren, urteilte ein US-amerikanischer Autor, Basel sei «world capital of cartels».<sup>23</sup>

Nicht nur in Basel, sondern in der gesamten Schweiz hatten Kartelle lange leichtes Spiel. Vom Bier über Zement und Papier bis zu Versicherungen wurden Preise innerhalb der Branchen abgesprochen.<sup>24</sup> Doch die weitgehende Abschottung gegenüber auswärtigen Wettbewerbern geriet zunehmend unter Druck. Mit der Totalrevision des Kartellgesetzes 1995 wurde der staatliche Schutz des Gewerbes minimiert.

### **Am Rande des Europäischen Wirtschaftsraums**

Anfang der 1990er-Jahre veränderten sich die Spielregeln und Kräfteverhältnisse in der globalen Wirtschaft markant. Der Kalte Krieg zwischen Kommunismus und Kapitalismus schien zugunsten des kapitalistischen Westens entschieden. Die Volksrepublik China öffnete ihren potenziell riesigen Markt und wurde zur weltgrössten Güterproduzentin. Auch verschiedene Basler Unternehmen eröffneten im Osten Asiens Fabriken oder platzierten bei Subunternehmen Aufträge.<sup>25</sup> Zudem schritt die Integration Europas rasant voran. Der Zugang zum europäischen Markt wurde für die Wirtschaft in Basel wichtiger denn je.

Am 6. Dezember 1992 stimmte die Schweizer Bevölkerung über die Frage ab, ob das Land dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) beitreten sollte oder nicht. Innerhalb dieses Raumes konnten Güter und Dienstleistungen weitgehend frei zirkulieren. Das Resultat der Abstimmung fiel mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen denkbar knapp aus. Zugleich liess es eine grosse Uneinigkeit innerhalb der Eidgenossenschaft erkennen. In Teilen der Schweiz stimmten achtzig Prozent für einen Beitritt (Kanton Neuenburg), in anderen 75 Prozent dagegen (Uri). Die beiden Basler Kantone waren die einzigen ausserhalb des französisch sprechenden Landesteils, die für einen Beitritt zum EWR votierten (Basel-Stadt 55,4 Prozent Ja-Stimmen, Baselland 53,2 Prozent).

**Der Zugang zum europäischen Markt wurde in Basel wichtiger denn je**

Das Nein zum EWR war für die Basler Wirtschaft ein Schock. In der Nordwestschweiz sei man auf eine Verbindung mit dem Ausland besonders angewiesen, ohne Zugang zum europäischen Markt drohe die «Isolation» und eine Stellung im «Abseits», befürchtete die Basler Handelskammer.<sup>26</sup>

Ein Gegenpol zur Handelskammer, die primär Grossunternehmen aus der Region vertrat, war der Basler Gewerbeverband. Seine Wurzeln reichten in die Zeit zurück, in der Zünfte die Regeln der lokalen Wirtschaft aushandelten. Nun repräsentierte er die kleinen und mittleren Unternehmen, die sogenannten KMU. An seinem traditionellen Jahresempfang mit grossem Apéro trafen sich ihre Vertreterinnen und Vertreter zu Hunderten. Der Gewerbeverband appellierte an den inneren Zusammenhalt der lokalen Wirtschaft. Nach dem Nein zum EWR lancierte er 1994 die Werbekampagne «Firma Schweiz». Dabei wurde die Wirtschaft als Kreislauf erklärt, in dem jede und jeder Einzelne einen Beitrag zum Aufschwung leisten kann. Am Anfang eines TV-Werbespots steht denn auch eine einfache Frau aus Basel, die ihr Haus aufhübschen lässt und damit Geld («zäädausig Frangge») in Umlauf bringt: Die Handwerker verköstigen sich im Restaurant, der Wirt begleicht Steuerschulden, der Staat investiert in das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger. Selbst kleinste Aufträge, so die Botschaft des Gewerbeverbandes, helfen gegen die grassierende Wirtschaftskrise, die Basel zu dieser Zeit massiv verunsicherte.<sup>27</sup>

### **Armutserfahrungen in einer reichen Stadt**

Zwischen 1991 und 1998 wurden in Basel 24 000 Stellen abgebaut – mehr als jeder zehnte Arbeitsplatz. Zeitweise kletterte die Arbeitslosenquote auf 5,7 Prozent (1995).<sup>28</sup> Arbeitslosigkeit und Armut veränderten das soziale Angebot in Basel. Viele neue private Projekte entstanden, einige davon auf Initiative der Betroffenen selbst. Dazu zählten unter anderem Caritas-Läden, das Arbeitslosenkomitee Basel oder die genossenschaftliche Druckerei Phoenix.<sup>29</sup> Letztere ging auf die Initiative von arbeitslosen Druckern zurück. In diesem für Basel seit einem halben Jahrtausend bedeutsamen Gewerbe verloren durch die Digitalisierung zahlreiche Beschäftigte ihre Stelle.

Die Gewerkschaften, seit Jahrzehnten die wichtigsten Vertreter der Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern, taten sich schwer in dieser Krise. Hatten sie in den 1980er-Jahren noch Tausende Mitglieder für Demonstrationen mobilisiert, reagierten sie nun hilflos auf Kündigungen oder den Abbau von Sozialleistungen. Mit der Deindustrialisierung hatte sich die Reichweite der Gesamtarbeitsverträge stark verringert, die Basis der Gewerkschaften war damit erodiert, ihr Einfluss beschränkt. Erst nach der Jahrtausendwende verlagerten sie ihren Fokus auf die Angestellten im Dienstleistungssektor, professionalisierten interne Strukturen und unterstützten gezielt auch Migrantinnen und Migranten, etwa beim Streik der Zentralwäscherei Basel.<sup>30</sup>

## Migrantinnen kämpfen gegen Dumpinglöhne: Streik in der Zentralwäscherei

Am 29. November 2000 um halb fünf Uhr morgens blockierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Eingänge der Zentralwäscherei Basel (Zeba). 120 Mitarbeiterinnen traten in einen unbefristeten Streik, die Firmenleitung reagierte mit einer Anzeige wegen Nötigung und Hausfriedensbruch. Der Konflikt stand exemplarisch für viele Themen, die zu dieser Zeit polarisierten: Privatisierung, Migration, Gleichstellung. In der Zeba arbeiteten fast ausschliesslich Frauen, die meisten stammten aus der Türkei oder Jugoslawien, wo seit einem knappen Jahrzehnt ein blutiger Bürgerkrieg herrschte. Auch Spanierinnen, Italienerinnen und Grenzgängerinnen aus Frankreich zählten zur Belegschaft. Bis zu ihrer Privatisierung 1994 war die Zeba ein Staatsbetrieb gewesen. Anschliessend senkte

die Firmenleitung die Löhne schrittweise bis auf ein Minimum von 3535 Franken brutto monatlich. Die neuen Arbeitsbedingungen schürten «die Wut der Privatisierten», kommentierte eine linke Zeitung.<sup>31</sup> Nach erfolglosen Lohnverhandlungen wendeten sich die Wäscherinnen an die Gewerkschaft Bau und Industrie. Den Streik unterstützte auch der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), eine lokale Zeitung schrieb von einer «Zwängerei der Gewerkschaften». Am 4. Dezember endete der Streik mit einem Erfolg der Zeba-Mitarbeiterinnen. Anstatt weiterer Kürzungen erhielten neu Beschäftigte mehr Lohn. In der Gewerkschaftsgeschichte der Schweiz gilt der Protest als ein Meilenstein. Seit Jahrzehnten hatte Basel keinen so langen Streik mehr erlebt.<sup>32</sup>

Ende des 20. Jahrhunderts zeigte sich in Basel, dass viele Menschen in prekären Arbeits- und Einkommensverhältnissen lebten. Das Resultat der ersten, 1991 erschienen Basler Armutsstudie war ein Schock. In ihr wurde der Anteil der von Armut betroffenen Menschen in Basel-Stadt auf fünfzehn Prozent beziffert. Viele von ihnen seien zwar erwerbstätig, mit den niedrigen Löhnen sei es aber nicht möglich die hohen Lebenskosten, insbesondere die Mieten, zu decken. Man sprach von «working poor». Armut betraf also nicht nur Randständige, sondern breitere Kreise der Bevölkerung.<sup>33</sup>

Im nationalen Vergleich hatte Basel-Stadt eine hohe Quote an Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger, 2003 waren es 5,5 Prozent, mehr als in jedem anderen Kanton der Deutschschweiz.<sup>34</sup> Bis 2009 fiel die Sozialhilfe in die Zuständigkeit der Basler Bürgergemeinde, ehe sie in eine kantonale Stelle überführt wurde. Für viele Menschen in Basel sei sie leider keine «vorübergehende Hilfe in Notlagen», erklärte der Leiter der Sozialhilfe, sondern Existenzgrundlage.<sup>35</sup>

Die Krise zeigte sich nicht nur bei der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfefällen, sondern auch beim Einkommen. Der Anteil von Basel-Stadt am



**54** «Surprise»-Verkäuferin am Centralbahnhof Basel, 2017. — «Surprise» ist ein Strassenmagazin, das in Basel produziert und in der ganzen Deutschschweiz von arbeits- betroffenen Menschen verkauft wird. Von jedem Heft, das Verkäuferinnen und Verkäufer absetzen, erhalten sie die Hälfte des Verkaufspreises. Das Magazin hat seinen Ursprung in der Arbeitslosenzeitung «Stempelkissen», die 1993 vom Arbeitslosenkomitee Basel, einer Selbsthilfegruppe, gegründet wurde. Im Laufe der 1990er-Jahre, als die Armut in Basel zunahm und viele private Initiativen entstanden, wurde aus dem politischen Sprachrohr ein soziales Projekt. Seit 1998 gibt ein Verein das Magazin heraus. Er hat die Redaktion professionalisiert und weitere Angebote aufgebaut.

Schweizerischen Volkseinkommen hatte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgenommen, von 6,3 Prozent (1965) auf 4,8 (1975), auf 4,2 (1985), bis auf 3,9 (1995). Bei den durchschnittlichen Einkommen löste Zug den Stadtkanton Ende der 1990er-Jahre von der nationalen Spitzenposition ab.<sup>36</sup> Basel war zwar weiterhin eine überaus reiche Stadt. Doch das Problem der Armut hatte zugenommen und die Schere zwischen reich und arm öffnete sich immer weiter. Das reichste Prozent der in Basel lebenden Bevölkerung besass gemäss einer Studie des Soziologen Ueli Mäder mehr steuerbares Einkommen als die restlichen 99 Prozent.<sup>37</sup>

## Angewiesen auf Expats

Gesamtschweizerisch gesehen verlor die Basler Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Bedeutung. In den krisenhaften 1990er-Jahren drohte sie vollends ins Abseits zu geraten. Als Standort schien Basel zunehmend ein zu kleiner Akteur, um im internationalen Wettbewerb wahrgenommen zu werden. Insbesondere die Handelskammer verfolgte daher eine aktive Standortpolitik, die eine Vernetzung über nationale und kantonale Grenzen hinweg zum Ziel hatte. So übernahm sie eine führende Rolle in der europäischen Vereinigung der Handelskammern und schloss sich mit dem Verband der Basellandschaftlichen Unternehmen zusammen. Diese Fusion zur Handelskammer beider Basel im Jahr 1997 war ein Beispiel für eine Ballung der regionalen Kräfte. Verschiedene neue Organisationen widmeten sich ebenfalls diesem Anliegen, unter anderem die ‹TriRhena› (1995), die ‹Trinationale Agglomeration Basel› (2002) oder der Verein ‹Metro-Basel› (2005).

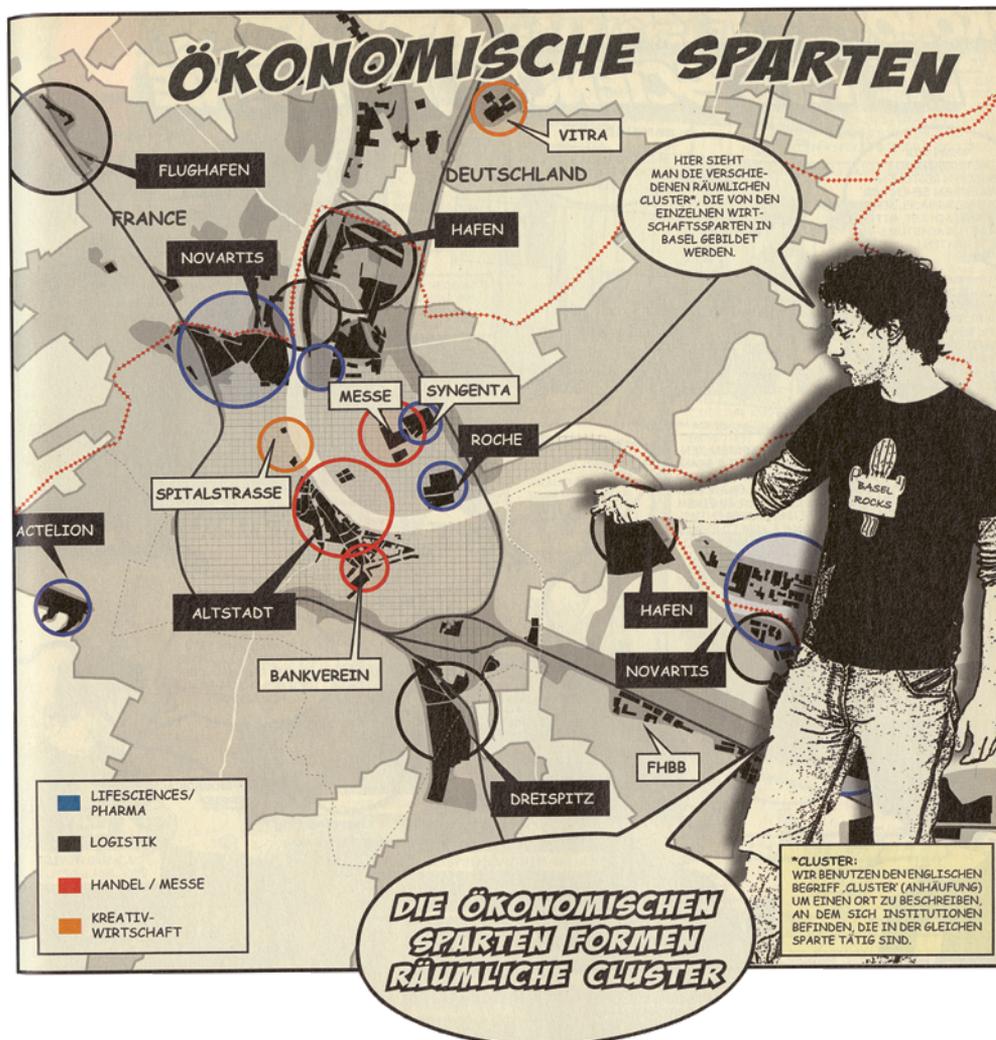
Mit den bilateralen Verträgen, die die Schweiz 1999 und 2004 mit der Europäischen Union (EU) abschloss, kehrte Zuversicht in die Basler Wirtschaft zurück. Die Abkommen sicherten den Zugang zu neuen Märkten und günstigen Standorten für die Produktion von Gütern. Besonders wichtig für die Grenzstadt war der offene Arbeitsmarkt. Dabei spielten nicht nur die nach wie vor wirtschaftlich bedeutenden Grenzgängerinnen und Grenzgänger eine Rolle, sondern vor allem die sogenannten Expats. Sie prägten die lokale Wirtschaft massgeblich.

Als Expats wurden hochqualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt bezeichnet, im frühen 21. Jahrhundert kamen die meisten aus Deutschland, dem restlichen Europa sowie Ostasien und Nordamerika nach Basel. Sie galten als jenes ‹Human-kapital›, das für den Erfolg von Unternehmen unerlässlich war. Basel zeigte sich dementsprechend bemüht, Expats gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Die Abkommen zur Personenfreizügigkeit gab Firmen die Sicherheit, dass genügend ausländische Fachkräfte eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung erhalten.<sup>38</sup>

In den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhundert verzeichnete Basel ein kräftiges Wirtschaftswachstum: Alleine in den 2000er-Jahren entstanden 12 000 neue Arbeitsplätze. Das Finanzdepartement kam Unternehmen mit tiefen Steuersätzen entgegen und versicherte der Bevölkerung, Basel stehe ‹auf sehr gesunden Beinen›.<sup>39</sup> Eine zentrale Rolle in der Wirtschaftspolitik spielte die Standortförderung, die ausgebaut und professionalisiert wurde. Sie bemühte sich aktiv um die Ansiedlung von auswärtigen Unternehmen und verfolgte die Zielvorstellung des Clusters, also die Herstellung von Netzwerken zwischen Unternehmen, Hochschulen und

Institutionen, die wichtige Kompetenzen regional bündeln, verbinden und weiterentwickeln sollten. Das Anliegen von «Basel Area», einer von den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura unterstützten Organisation zur Standortförderung, war denn auch, «Ressourcen miteinander in Kontakt» zu bringen.<sup>40</sup>

**55 Cluster der Basler Wirtschaft, Darstellung aus dem Comic «MetroBasel», 2009.** — Das von Architektinnen und Architekten verfasste Porträt «MetroBasel» ist ein Comic mit dem Anspruch eines Sachbuches. Basel sei das Zentrum einer trinationalen Region, erklärt die abgebildete Figur und weist auf vier bedeutende Cluster hin: Life Sciences, Logistik, Handel und Kreativwirtschaft.



Vom Primat der Wirtschaft und dem Ziel der Standortförderung zeugten auch offizielle Partnerschaften, die Basel-Stadt im 21. Jahrhundert einging. So verband Basel sowohl mit dem US-Bundesstaat Massachusetts (2002) als auch mit der chinesischen Metropole Schanghai (2007) in erster Linie gemeinsame Interessen im Bereich der Wirtschaft. An beiden Orten eröffneten Basler Konzerne grosse Labors, an denen im Bereich der Life Science gearbeitet wurde. Diese Branche hatte sich zum mit Abstand bedeutendsten Cluster in Basel entwickelt. Während andere, lange prosperierende Geschäftsfelder wie die Logistik oder die Finanzwirtschaft an Bedeutung verloren, verzeichneten die führenden Life-Science-Unternehmen der Region eine beispiellose Wertschöpfung.

## Metamorphosen der Basler Chemie

«Ob es uns passt oder nicht», kommentierte Toya Maissen Mitte der 1980er-Jahre, «die Region Basel und die Basler Chemie leben in einer Ehe, für die es keine Scheidungsmöglichkeit gibt».<sup>41</sup> Die Dynamik der Beziehung beschrieb die Journalistin mit bissiger Ironie: «Die Bevölkerung, der andere Partner in dieser Ehe, fühlte sich beschützt, sicher aufgehoben und unterwarf sich – gelegentlich nicht ohne Lust.»<sup>42</sup> Ob der vermeintliche Bund fürs Leben halte – diese Frage beschäftigte die Stadt immer wieder. Indizien für eine Scheidung wurden aufmerksam registriert. Dabei nahm man in der Bevölkerung lange kaum wahr, dass sich der Ehepartner grundlegend veränderte. Aus der Basler Chemie entstand etwas Neues, im Laufe der 1990er-Jahre etablierte sich dafür der Anglizismus Life Sciences. Mit dem englischen Begriff für «Lebenswissenschaften» wurde die Abkehr von der Schwerindustrie betont, er stand synonym für industrielle Aktivitäten im Bereich von Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft. In der Bevölkerung setzte sich die neue Bezeichnung lange nicht durch, in der Stadt und darüber hinaus war noch im 21. Jahrhundert die Rede von der Basler Chemie.<sup>43</sup>

Spätestens seit der Mitte des 20. Jahrhunderts wurden Basel und Chemie als geradezu schicksalhaft verbundenes Paar wahrgenommen. Dabei haftete der Leitbranche zunächst die schier unwiderstehliche Aura einer Zukunftsindustrie an, ihre Produkte galten als Zeichen des Fortschritts.<sup>44</sup> Insbesondere das Geschäft mit der Gesundheit florierte. Um 1950 hatten Pharmazeutika die Farbstoffe als wichtigste Umsatzträger abgelöst und die grössten Basler Firmen behaupteten sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb um lukrative Innovationen. Zu ihren



**56 Kantine von Ciba in Dorval, Kanada, 1960er-Jahre.** — Die Basler Chemie war von Anfang an international ausgerichtet. Um 1960 expandierte sie global, auf allen Kontinenten

entstanden neue Fabriken, Labors und Büros. Ein Treffpunkt der Mitarbeitenden waren Kantinen, wie die abgebildete in Dorval, nahe der kanadischen Metropole Montreal.

neueren Erzeugnissen zählten pionierhafte Arzneimittel zur Behandlung der Depression, von Rheuma oder der Tuberkulose, die «Wunderdroge» LSD oder das Benzodiazepin Valium, meistverkauftes Medikament der Welt und «Mother's Little Helper» im gleichnamigen Song der Rolling Stones (1966). Dazu kam der massenhafte Absatz von Hormon- und Vitaminpräparaten sowie neuartige Pestizide gegen sogenanntes Ungeziefer. Mit der Agrarchemie entwickelte die Basler Chemie einen weiteren umsatzstarken Bereich neben Farbchemie und Pharma. Eines der erfolgreichsten und zugleich umstrittensten Produkte aus Basler Labors war das Insektizid Dichlordiphenyltrichlorethan, kurz DDT.<sup>45</sup>

Um 1960 war die chemisch-pharmazeutische Industrie in vieler Hinsicht zu gross geworden für Basel. Die Firmenareale in der Stadt waren ausgelastet, teils überlastet. Die zahlreichen neuen Fabriken verteilten sich über alle Kontinente, einige davon standen in der Region selbst, etwa in Kaiseraugst, Kaisten, Sisseln,

Stein, im deutschen Grenzach und in den französischen Orten Huningue und Village Neuf. Die teils hochgiftigen Abfälle aus ihrer Produktion entsorgte die Basler Chemie in Dutzenden Deponien, die damit verbundenen Gefahren belasteten strukturschwache Dörfer wie das jurassische Bonfol. Dort, auf dem Land, nicht im urbanen Basel, drohte der Abfluss von allerlei Schadstoffen in das Trinkwasser.<sup>46</sup>

Für die Grossunternehmen aus Basel liefen die Geschäfte derweil rund. Mit dem schubhaften Wachstum der Umsätze in aller Welt nahmen in den Basler Firmenzentralen insbesondere die administrativen, juristischen und kommunikativen Herausforderungen zu. Zu den Abteilungen, die Mitte des 20. Jahrhunderts stark an Bedeutung gewannen, zählte das Marketing, ein Bereich, in dem Firmen wie Geigy oder Roche neue Standards setzten in der Pharmaindustrie.<sup>47</sup> Zur gleichen Zeit brachten die strengeren Zulassungsbestimmungen durch Gesundheitsbehörden wie die amerikanische ›Food and Drug Administration‹ (FDA) einen massiven Ausbau der betriebsinternen Rechtsabteilungen mit sich. Unterdessen erlitt der Beruf des Chemikers – in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch der vielleicht angesehenste in Basel – einen markanten Prestigeverlust. Die Branche rekrutierte zunehmend Fachleute aus Medizin, Pharmazie oder Biologie für ihre Forschungsabteilungen, die besser ausgerüstet und stark vergrössert wurden.<sup>48</sup>

Zugleich waren Arbeiterinnen und Arbeiter nach wie vor unverzichtbar für die chemisch-pharmazeutische Industrie am Standort Basel. Viele von ihnen kamen aus dem Elsass oder stammten aus südeuropäischen Ländern. Ihre Tätigkeitsfelder umfassten das Abpacken von Medikamenten, das Reinigen von Farbtrögen und vieles mehr. Ihrer Erfahrung nach war Basel Ende der 1960er-Jahre mehr denn je eine Stadt der Chemie.

## **Zwei Fusionen erschüttern die Stadt**

Wie bedeutend die Leitbranche für die Stadt geworden war, zeigte sich 1970 bei der Fusion von Ciba und Geigy. Der Zusammenschluss der Basler Traditionsunternehmen war ein prägendes Ereignis für knapp 70 000 Mitarbeitende weltweit. Es handelte sich dabei um die bis dahin grösste Fusion in der Schweiz. Die neu entstandene ›Ciba-Geigy‹ war nun nach Nestlé das zweitgrösste Unternehmen des Landes. Die Bevölkerung nahm die Dimensionen der «Basler Heirat» erstaunt zur Kenntnis. Es blieb ihr die Hoffnung, die Ehe möge, wenn nicht glücklich, dann zumindest erfolgreich sein.<sup>49</sup> Spätestens jetzt hatte sich das Bild einer

Abhängigkeit der Stadt von der Chemie festgesetzt in den Köpfen vieler Baslerinnen und Basler.

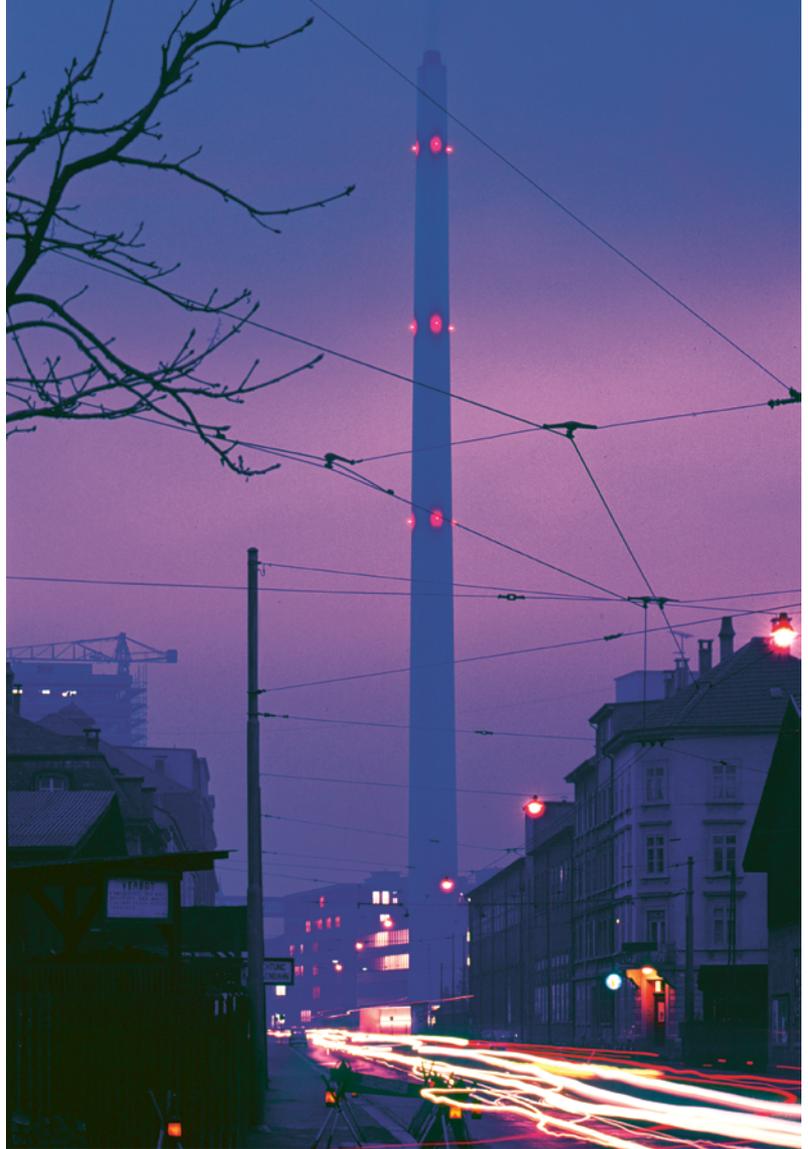
Seine Stellung als führender Standort der chemisch-pharmazeutischen Industrie in der Schweiz hatte Basel zu diesem Zeitpunkt längst bewiesen. Bereits in den 1960er-Jahren hatte Roche das Genfer Grossunternehmen Givaudan (Riechstoffe und Aromen) übernommen. Sandoz wiederum kaufte 1967 den Nahrungs- und Pharmaproduzenten Wander, was in Bern die Befürchtung hervorrief, ein wertvolles Steuersubstrat wandere ab nach Basel.<sup>50</sup> In der Heimatstadt beschäftigte die Basler Chemie 1970 über 27 000 Menschen.<sup>51</sup> Viele andere Branchen in der Region profitierten indirekt vom wirtschaftlichen Erfolg der Leitindustrie. So standen Chemiefirmen beispielsweise hinter zwei Dritteln aller Aufträge, die eine Basler Baufirma verzeichnete, und der mitten in der Stadt ansässige Maschinenfabrikant Willy A. Bachofen produzierte – neben «Hühner-Rupfmaschinen» oder einer «Tabak-Setzling-Setzmaschine» – in erster Linie, was die chemisch-pharmazeutische Industrie benötigte: Rührwerke, Tablettenabfüllmaschinen, Schleuderpumpen und so weiter.<sup>52</sup> Ende der 1970er-Jahre ergab eine Studie, dass mehr als die Hälfte der Wertschöpfung in der Nordwestschweiz direkt oder indirekt auf die Chemieindustrie zurückging. Die Schlussfolgerung: «Die Geschicke der Region werden zu 56 Prozent durch die Chemie bestimmt.»<sup>53</sup>

Der bei weitem grössere Teil der sogenannten Basler Chemie arbeitete jedoch nicht in der Nordwestschweiz, sondern im Ausland. Die Zahl der ausländischen Tochtergesellschaften hatte sich von 1950 bis 1970 verdoppelt, je nach Firma war in Basel gerade einmal ein Fünftel bis ein Drittel der Mitarbeitenden beschäftigt.<sup>54</sup> Das globale Geschäft mit chemisch-pharmazeutischen Produkten hatte stabilisierende Effekte für die Basler Wirtschaft. Nach dem Ende der Hochkonjunktur und den Ölpreisschocks der 1970er-Jahre erwies sich die Branche als krisenresistent, zumindest im Vergleich mit Industriezweigen, die in anderen Regionen der Schweiz eine ähnliche Bedeutung hatten. Während in anderen Städten zahlreiche Uhren- und Maschinenfabriken schliessen mussten und viele Arbeiterinnen und Arbeiter daraufhin ihre Stelle verloren, verdeckte in Basel die relativ stabile Ertragslage der Chemiefirmen lange die Deindustrialisierung in anderen Branchen der lokalen Wirtschaft. Diese hatte die chemisch-pharmazeutische Industrie längst überholt: 1945 beschäftigte sie etwa einen Drittel aller in Basel tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter, Ende der 1980er-Jahre waren es über achtzig Prozent.<sup>55</sup>

Doch das Ende der Hochkonjunktur ging auch an den Basler Chemie- und Pharmafirmen nicht spurlos vorbei. Seit Ende der 1970er-Jahre strichen sie vor allem am Stammsitz Stellen. Oftmals setzten sie dabei auf das Mittel der Früh-

**57 Hochkamin der Firma Ciba-Geigy im Quartier Klybeck, um 1985. —**

Der 1955/56 gebaute Kamin war mit 122 Metern der höchste der Schweiz. Obwohl sich unter anderem ein Quartierverein für den Erhalt des Industriedenkmal einsetzte, wurde der Hochkamin 2005 abgerissen.



pensionierung. «Es hat keine Chemiarbeiter mehr in Basel», erinnerte sich ein Zeitzeuge an die neue Situation. Es seien immer weniger Menschen aus der Region in der Chemie tätig gewesen. Während früher jede und jeder jemanden gekannt habe, der in der chemischen Industrie arbeitete, sei das je länger desto weniger der Fall gewesen. Die Identifikation der Baslerinnen und Basler mit der Chemie habe deshalb abgenommen.<sup>56</sup>

Am Ende des 20. Jahrhunderts erfasste die allgegenwärtige Bezeichnung «Basler Chemie» die Realität kaum mehr. Die Konzerne hatten die Produktion von Farben und anderen Chemikalien heruntergefahren oder ganz eingestellt und sie trenn-



**58 Ehemalige Farbfabrik Bau 372, um 2020.** — Die Deindustrialisierung hinterliess zahlreiche ungenutzte Fabrikhallen, etwa auf dem ehemaligen Chemieareal Klybeck.

ten sich bereits wieder von Geschäftsfeldern, die sie in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge einer breiten Diversifikation erschlossen hatten.<sup>57</sup> In der Öffentlichkeit hatte ihr Ruf seit den 1970er-Jahren schwer gelitten. Aus der einstigen Zukunftsindustrie war ein Menetekel des Industriezeitalters geworden. Spätestens seit dem Unglück bei Seveso (1976) und der Katastrophe in Schweizerhalle im Basler Vorort Muttenz (1986) galt die Basler Chemie vielen als unerträgliches Risiko.

1996 folgte die zweite Basler Grossfusion, die einen Wendepunkt in der Wirtschafts- und Stadtgeschichte markierte. Aus dem Zusammenschluss von Sandoz und Ciba-Geigy, die seit 1992 als «Ciba» firmierte, entstand «Novartis». Es handelte sich um die bis dahin grösste Fusion von zwei Industrieunternehmen weltweit. Kommentatoren sprachen von einem Entscheid, der «die Region weitgehender beeinflusst, als alle Entscheide der demokratisch gewählten



**59 Bau der Türme von Roche, 2014.** — Die Bedeutung der Life Sciences für die Stadt Basel symbolisierte kein Gebäude so deutlich wie der Bau 1 der Firma Roche. Anfang der 2010er-Jahre wuchs das Werk der Basler Architekten Herzog & de Meuron

in die Höhe, bei der Eröffnung 2015 war es mit 178 Metern das höchste Hochhaus der Schweiz. Noch höher wurde der zweite Turm von Roche: Bau 2 wurde 2022 eröffnet und misst 205 Meter.

lokalen und nationalen Parlamente und Regierungen der letzten Jahre». <sup>58</sup> Anders als die «Basler Heirat» von 1970 fiel diese Fusion mitten in eine Zeit der wirtschaftlichen Krise. An eine harmonische Ehe zum Wohle der Stadt glaubten nur noch wenige.

Mit dem Zusammenschluss wurde die Verwandlung der Basler Chemie augenfällig. Der Name Novartis stand für «neue Künste», lateinisch «novae artes». Ihr Geschäft seien die Life Sciences, erklärte die Konzernspitze, zu Deutsch: Lebenswissenschaften. Im neuen Jahrtausend bauten weltbekannte Architekten, darunter Frank Gehry oder die Basler Büros Diener & Diener Architekten und Herzog & de Meuron, für Novartis einen «Campus des Wissens», der die neue Ausrichtung des Konzerns versinnbildlichte: Labors statt Fabrikhallen, Wissenschaften statt Industrie, Biotechnologie statt Chemie [109]. <sup>59</sup>

## Basler Appelle für und wider die Gentechnologie

Die biologische Forschung hatte am Ende des 20. Jahrhunderts grosse Fortschritte gemacht. Unter anderem wurde es möglich, Gene zu kodieren und zu klonieren, die Aktivität von Enzymen oder Rezeptoren zu messen und nach Substanzen zu suchen, die biochemische Ziele selektiv angreifen. Damit verbunden waren neue Perspektiven für die industrielle Forschung in Basel. Zu ihren bedeutenden Produkten zählten Arzneimittel wie Ciclosporin, ein Immunsuppressivum, das die Transplantationsmedizin revolutionierte, oder eine Reihe von Krebsmedikamenten, die als monoklonale Antikörper verabreicht wurden. Parallel dazu betrieben Institutionen wie das Biozentrum der Universität Basel Grundlagenforschung auf Weltklasseniveau. Ihre enge Verbindung zu den Wissenschaften galt seit jeher als Lebenselixier für die Basler Chemie.<sup>60</sup>

Gleichzeitig war Basel ein Ort, an dem die neuen Methoden der biologischen Forschung heftig kritisiert wurden, insbesondere gezielte Eingriffe in das Erbgut von Menschen, Tieren und Pflanzen. An der Gründungsveranstaltung des Vereins Basler Appell gegen Gentechnologie 1988 trafen sich prominente Kritikerinnen und Kritiker der neuen Technologie, darunter Nationalrätinnen und ein späterer Basler Regierungspräsident. Sie sahen in der Gentechnik die nächste grosse Gefahr, vergleichbar mit der Atomkraft und Giftstoffen. Ihre Referenzen waren das AKW Kaiseraugst und die Chemiekatastrophe in Schweizerhalle. Mit Verweis auf die Vergiftung des Rheins lautete ein Slogan: «Durchbruch in Gentechnologie: Sandoz macht Fische zur Sau.» Die Karikatur dazu zeigte ein Mischwesen mit Schuppen und Ringelschwanz, eine Mutation à la Frankenstein, ein genmanipuliertes Monster. Die Furcht vor der Gentechnologie war weitverbreitet, in der Schweiz löste sie die Sorge um die Gefahren von Atomkraft und Chemie ab.

1989 erhob der Basler Appell Einsprache gegen die Baupläne eines weiteren Biotechnikums. Damit war der politische Kampf um die Gentechnologie eröffnet. Aufgrund vielfacher Einsprachen gab die Bauherrschaft Ende 1991 bekannt, das Forschungsgebäude nicht in Basel, sondern in Frankreich zu bauen. Im Nationalrat löste der Entscheid gegen den Forschungsstandort Schweiz eine Grundsatzdebatte über Gentechnologie aus. In Basel setzte er unterdessen grosse Befürchtungen frei. Die Bevölkerung fragte sich, ob die Basler Chemie auf dem Sprung ins Ausland war.<sup>61</sup>

Zum Showdown kam es mit der eidgenössischen Volksinitiative «Zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation». Im Vorfeld der Abstimmung hatten sich Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaften gegen die Initiative

des «Basler Appells» engagiert. Eine Annahme, so ihre Botschaft, wäre verheerend für die Forschungsnation im Allgemeinen und den Standort Basel im Besonderen. Die deutliche Ablehnung der Vorlage 1998 war eine Überraschung, für die Life Sciences war sie ein Befreiungsschlag. Noch deutlicher war 1985 eine andere Volksinitiative verworfen worden, die weitreichende Konsequenzen für die Forschung gehabt hätte. Schweizweit lehnten siebzig Prozent der Stimmenden das zur Debatte stehende Verbot der Vivisektion, also von Tierversuchen, ab, in Basel-Stadt gar knapp 75 Prozent. In keinem anderen Kanton war der Bedarf an Versuchstieren so gross wie hier.<sup>62</sup>

### **Forschungspolitik: Vom Biozentrum zum Life-Science-Campus**

Im Bereich der Biomedizin entstand in Basel eine einzigartige Mischung aus universitären und privaten Forschungsinstitutionen. Ausgangspunkt für diese Entwicklung waren das Basel Institute for Immunology (BII, Gründung 1969), das Friedrich Miescher Institut (FMI, 1970) und das Biozentrum an der Universität Basel (1971). Die drei Institute folgten dem eng mit dem Forschungsleiter von Roche, Alfred Pletscher, verbundenen Leitsatz der Grundlagenforschung; vier Wissenschaftler, die dort beschäftigt waren, erhielten für ihre Arbeit den Nobelpreis: Werner Arber 1978, Niels Jerne und Georges Köhler 1984 sowie Susumu Tonegawa 1987.<sup>63</sup>

Nach der Schliessung des BII 2000 akzentuierte sich in Basel die Furcht vor einem Abstieg des Forschungsstandortes. Prominente Vertreterinnen und Vertreter aus Forschung, Politik und Wirtschaft initiierten daher ein Grossprojekt, das «an die Pionierzeiten des vor 30 Jahren gegründeten Biozentrums anschliessen» wollte.<sup>64</sup> Doch für den Bund, der als Geldgeber angefragt wurde, war die Zeit der monolithischen wissenschaftlichen «Leuchttürme» vorbei: Anstatt eines Basler Forschungszentrums förderte er «SystemX», eine nationale Offensive

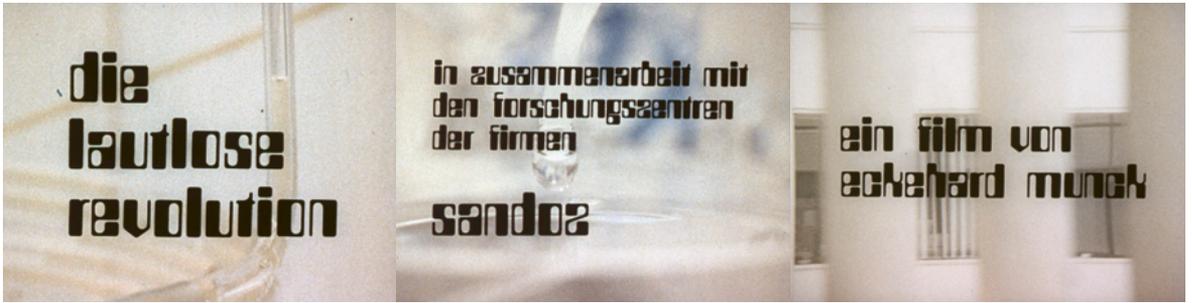
im Bereich der Systembiologie. Für die Basler Initiantinnen und Initianten war die Eröffnung der ETH Basel im Jahr 2006 nur ein schwacher Trost. Das dort angesiedelte Departement für Biosysteme wurde von der ETH Zürich aus koordiniert. Aus Basler Perspektive handelte es sich um eine weitere Bevorteilung des Forschungsstandorts Zürich.<sup>65</sup>

Trotz des gescheiterten neuen Forschungszentrums konzentrierten sich die Universität Basel wie auch die 2006 gegründete Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) auf jene Fächer, die für die Wirtschaft in der Region essenziell waren: die Life Sciences. 2017 erfolgte auf dem Areal der ehemaligen Strafanstalt Schällemätteli der Spatenstich für das neue Biozentrum. Im Neubau, der wegen massiven Kostenüberschreitungen und Zeitverzögerungen negative Schlagzeilen machte, sollte an die grossen Erfolge der Basler Forschung angeknüpft werden. Daneben plante die Universität einen «Life-Science-Campus».<sup>66</sup> Rückblickend hat die Universität Basel, die älteste des Landes, an Bedeutung verloren. Im Vergleich zu Zürich, aber auch zu Bern, Lausanne und Genf nahm die Anzahl Studierender nach 1960 relativ wenig zu.

## «Die lautlose Revolution» – Life Sciences in Basel

Die Entschlüsselung der Doppelhelix-Struktur der DNA 1953 entfachte am Forschungsstandort Basel eine Euphorie, die bemerkenswerte Zeugnisse hinterlassen hat. Prestigeträchtige Institute oder Unternehmenslabors wie das Biologie-Hochhaus von Ciba (1966) bezeugen die Bereitschaft zu hohen Investitionen in die biotechnologische Forschung. Über deren Chancen und Risiken diskutierten 1971 im Rahmen des von Roche einberufenen Symposiums «The Challenge of Life» berühmte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter drei Nobelpreisträger.

Die schier grenzenlosen Hoffnungen in die Molekularbiologie dokumentierte auch der Film «Die lautlose Revolution» von Eckehard Munck. Die Basler Firmen Ciba-Geigy, Roche und Sandoz unterstützten den avantgardistisch umgesetzten Dokumentarfilm, der teilweise in Basel gedreht und 1973 für einen «Oscar» nominiert wurde. Die hier gezeigten Filmstills bezeugen die Anfänge dessen, was später Life Sciences genannt wurde. Zu den sogenannten Lebenswissenschaften zählt die Forschung im Bereich von Nahrungsmitteln und Landwirtschaft, vor allem aber der Gesundheit. Der Life-Sciences-Cluster war im beginnenden 21. Jahrhundert der mit Abstand wichtigste Wirtschaftsfaktor in Basel.



60 Titelsequenz von «Die lautlose Revolution».



61 Modell zur Entschlüsselung der DNA, Sequenz aus «Die lautlose Revolution».



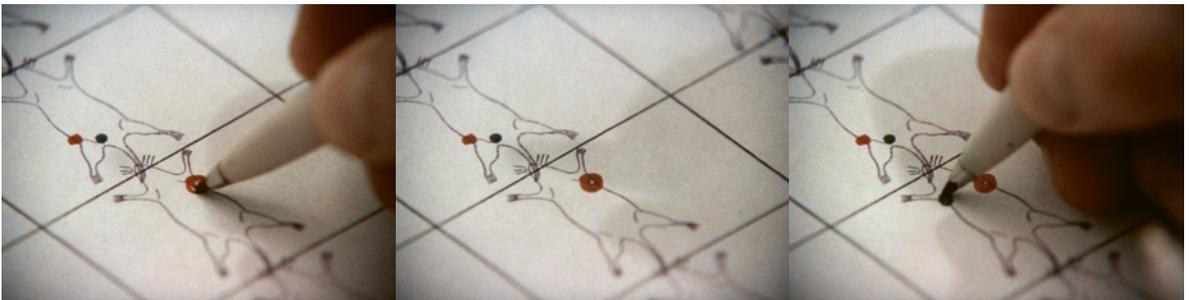
62 Fehlernährung wird als biotechnologisch lösbares Problem dargestellt.



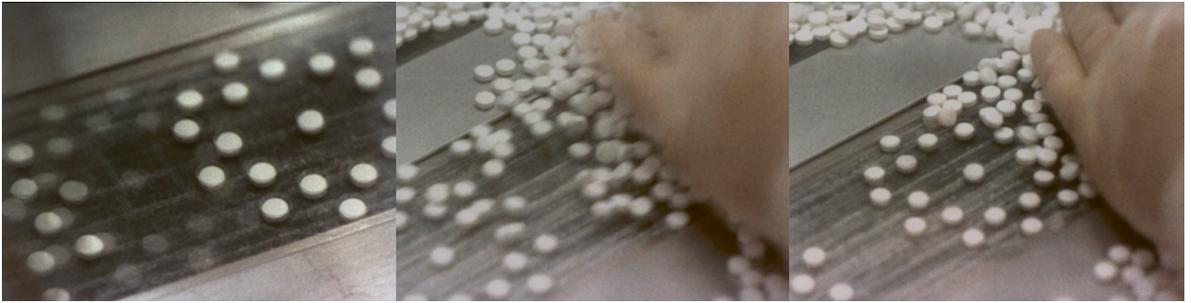
63 Biologie-Hochhaus von Ciba-Geigy in Basel.



64 Tierversuche in einem Labor.



65 Festhalten von Forschungsergebnissen.



66 Produktion der Antibabypille.



67 Menschliches Paarungsverhalten.



68 Forschung an neuen Verhütungsmethoden.



69 Agrochemikalische Forschung.



70 Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.



71 Vergiftete Insekten.



72 Fortschritte versprach die Biotechnologie insbesondere für Medizin und Gesundheit.



73 Ein zunehmendes Problem in Industriestaaten: Übergewicht.



74 Basler Forscher arbeiten in einem Bereich, der heute Life Sciences genannt wird.

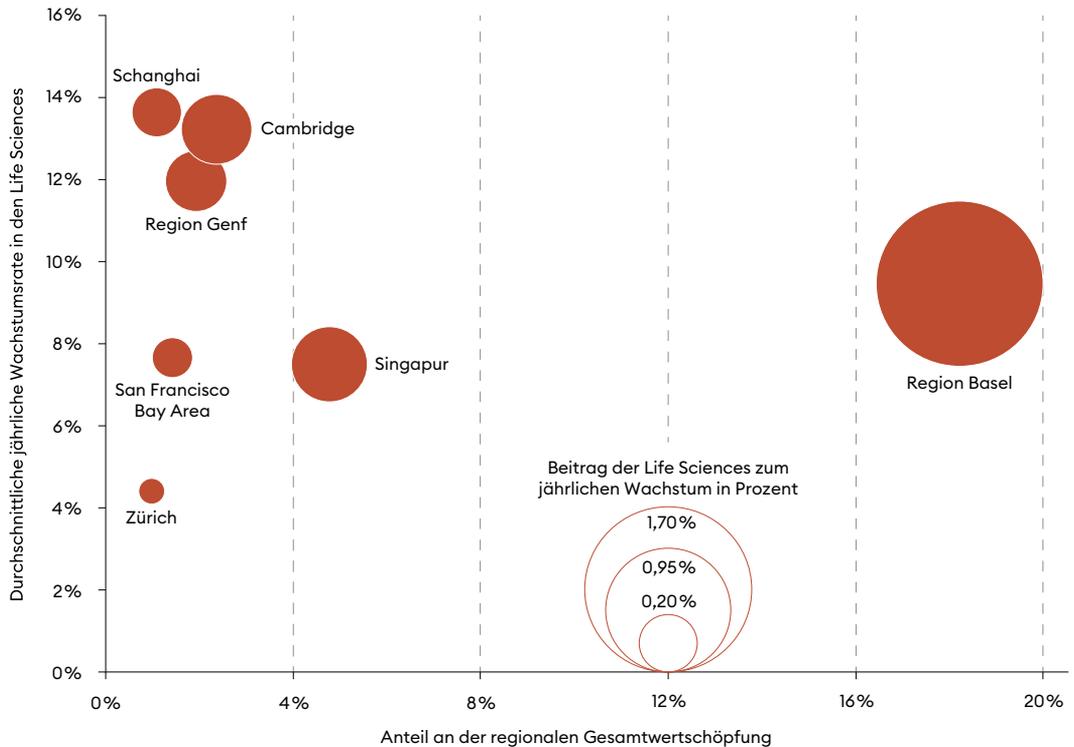
## Das Geschäft mit der Gesundheit

Um die Jahrtausendwende erfand sich die Basler Leitbranche neu: Die Basler Chemie präsentierte sich nun als Life-Science-Cluster.<sup>67</sup> Dieser setzte sich aus den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Landwirtschaft zusammen. Mit Abstand am bedeutendsten für Basel war das Geschäftsfeld Gesundheit. Es erzielte einerseits eine besonders hohe Wertschöpfung, andererseits war es durch einen extrem hohen Grad an Arbeitsteilung gekennzeichnet. Neben Roche und Novartis zählten auch der Implantathersteller Straumann oder Lonza, ein Zulieferer mit bedeutenden biotechnologischen Produktionsanlagen in Visp (Wallis), zu den global operierenden Unternehmen aus Basel. Der Standort war für ausländische Konzerne interessant. Viele von ihnen eröffneten hier regionale oder kontinentale Repräsentationen. Zudem entstanden aus Spin-offs oder Start-ups zahlreiche Unternehmen, die sich teils als Zulieferer, teils als Dienstleister, teils auch als Innovatoren etablierten. Letztere waren auf dem Markt besonders gefragt. So kaufte ein US-Konzern 2017 das zwanzig Jahre zuvor in Allschwil entstandene Unternehmen Actelion, und ein chinesisches Staatsunternehmen übernahm 2015 den Basler Agrarchemiekonzern Syngenta. Beide Transaktionen beliefen sich auf Dutzende Milliarden Schweizerfranken. Die Lebenswissenschaften waren ein lukratives Geschäft, nirgendwo auf der Welt war ihre Bedeutung für den Standort grösser als in der Region Basel [75].<sup>68</sup>

Auch für die Volkswirtschaft der Schweiz war die chemisch-pharmazeutische Industrie eminent wichtig. Ihr Anteil am Gesamtexport stieg von knapp fünf Prozent (1970) auf gut fünfzig Prozent (2020). Um 1990 hatte sie die Uhrenindustrie überholt, 2000 löste sie die Maschinenindustrie von der Spitzenposition ab.<sup>69</sup> Die Basler Unternehmen Roche und Novartis waren gemessen an ihrem Börsenwert zeitweise die grössten Pharmaunternehmen weltweit. Ihr Geschäft galt als zukunftssträftig, zumal die Gesellschaft bereit war, für die Gesundheit immer mehr Geld auszugeben. Davon profitierten auch Basler Spitäler und medizinische Praxen, die ein hohes Wachstum an durchgeführten Behandlungen verzeichneten. Am Ende des 20. Jahrhunderts war das Gesundheits- und Sozialwesen der grösste Arbeitsgeber in Basel, seither wuchs dieser Bereich weiter, alleine in den 2010er-Jahren stieg die Zahl der hier Beschäftigten um über elf Prozent.<sup>70</sup>

Welche Dimension das Geschäft mit der Gesundheit angenommen hatte, zeigte der Ausbau des Areals von Roche am eindrücklichsten. In den 2010er- und 2020er-Jahren baute der Konzern Türme, die fast doppelt so hoch waren wie das nächstkleinere Gebäude in der Stadt.<sup>71</sup> Der neue Massstab provozierte Debatten.

## Anteil der Life-Science-Industrie am Wirtschaftswachstum, 2000–2010



**75** Die Bedeutung der Life Sciences war in den 2000er-Jahren nirgendwo auf der Welt grösser als in der Region Basel. Zwar verzeichneten Schanghai, Singapur oder die amerikanische Universitätsstadt Cambridge

(Massachusetts) ähnliche oder leicht höhere Wachstumsraten, aber an keinem anderen Ort war der Anteil der Life Sciences am Bruttoinlandsprodukt annähernd so gross.

«Er zeigt die realen Machtverhältnisse in Basel», urteilte ein Soziologe, «das hat eine brutale Ehrlichkeit» [59].<sup>72</sup>

Die Transformation der Basler Chemie zu einem internationalen Zentrum der Life Sciences war zwar von wirtschaftlichem Erfolg gekrönt. Aber es blieb das unguete Gefühl, auf Gedeih und Verderb von einer einzigen Branche abhängig zu sein. Diese Abhängigkeit hatte nach 1960 noch zugenommen, denn viele einstmals prosperierende Geschäftsfelder in Basel verloren in der Zwischenzeit an Bedeutung, darunter die Banken. Im Gegensatz zu den Life Sciences bildeten sie um 2020 längst keinen wirtschaftlichen Schwerpunkt der Stadt mehr, geschweige denn ein international bedeutendes Zentrum.

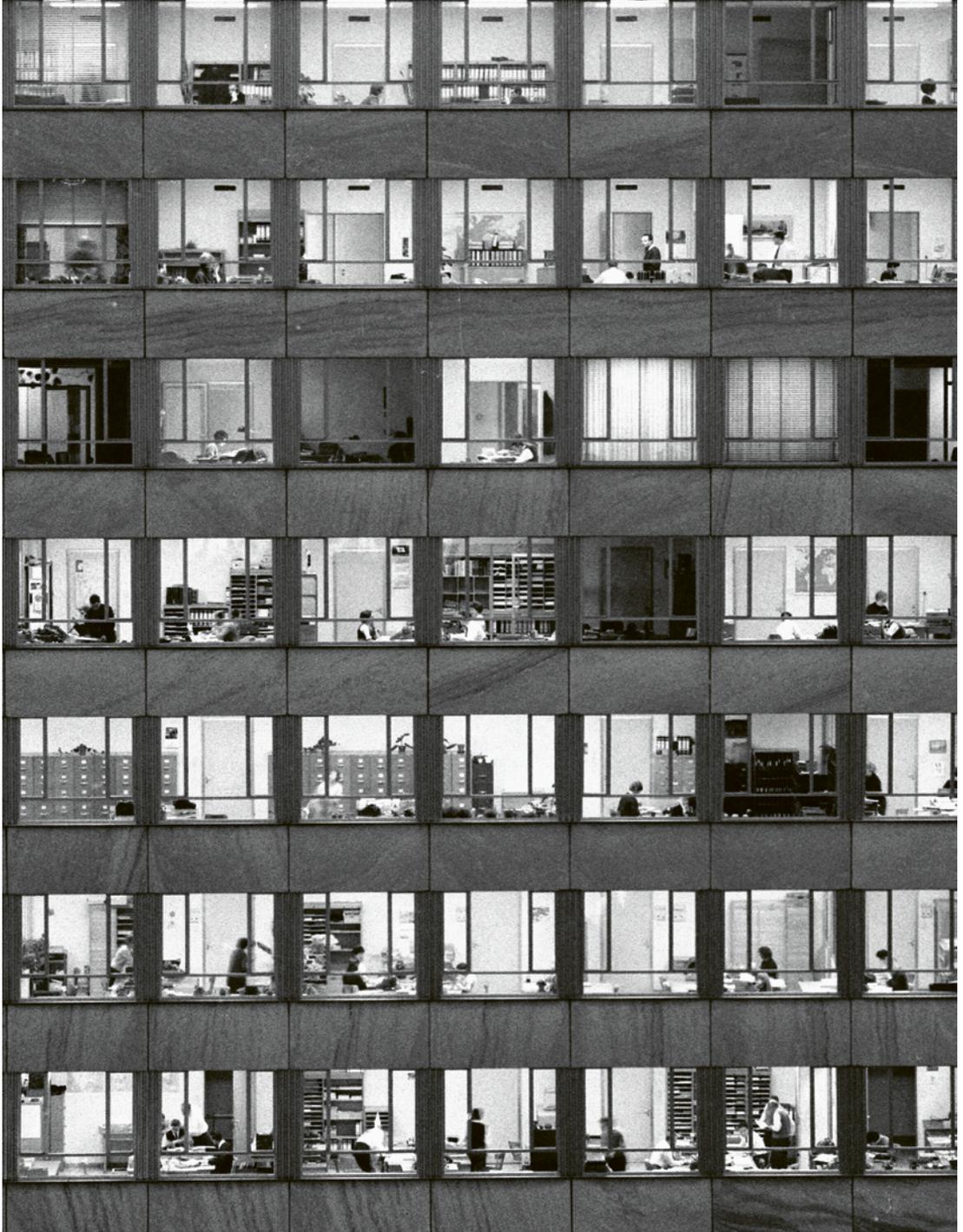
## Alter Handelsplatz abseits der Finanzmetropolen

In der Mitte des 20. Jahrhunderts veränderte der Bau moderner Bürohäuser das Basler Stadtbild: in der Horizontale etwa der Hauptsitz der Schweizerischen Treuhandgesellschaft an der St. Jakobstrasse, in der Vertikale das unweit davon gelegene Hochhaus der Versicherung Patria, mit 45 Metern damals eines der höchsten der Stadt [76]. Sie signalisierten den Aufstieg des tertiären Sektors und den Wandel der Stadt zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Bei genauerer Betrachtung gaben sie auch Hinweise auf Eigenheiten, die in der alten Handelsstadt fortwirkten.<sup>73</sup>

Nicht selten überraschte das Innere der modernistischen Neubauten. Während Passantinnen und Passanten aussen kaum mehr als Metall, Beton und Glas sahen, bewahrten die Interieurs den Bezug der Firma zur Heimatstadt. Zu ihren eigenen «Kleinodien» zählte die Patria-Versicherung, mit 500 Mitarbeitenden eine wichtige Arbeitgeberin in Basel, auch ein altmodisch hergerichtete Sitzungszimmer. Ein Panneaux aus dem 18. Jahrhundert zierte den Raum im obersten Stock des modernen Hochhauses an der St. Alban-Anlage. Die kunstvollen Wandgemälde stammten aus einer abgebrochenen Basler Villa. Das zur Schau gestellte Klassenbewusstsein zeigte sich auch bei der Leitung der Versicherung. So legte die Patria in einer Jubiläumsschrift Wert auf die Feststellung, dass sich der «Verwaltungsrat bis zum Jahre 1970 einzig aus Basler Herren zusammensetzte».<sup>74</sup>

«Basler Herren» an der Spitze der grössten Unternehmen in der Stadt – das war bis dahin der Status quo. Oftmals kannten sich diese Männer schon lange. Sie hatten dieselben Schulen besucht, waren Mitglieder einer Studentenverbindung, einer Zunft, einer Partei, üblicherweise der liberalen LDP, sie hatten im Militär bis zu den höchsten Graden gedient, sassen meist in mehr als einem Verwaltungsrat und nicht selten waren sie auch verwandtschaftlich miteinander verbunden. Viele von ihnen trugen einen Namen, der auf die Zugehörigkeit zu einem einflussreichen Bürgergeschlecht hinwies, etwa Burckhardt, Iselin oder Vischer. Diese Namen, die in Basel mit dem alten Patriziat, dem sogenannten *Daig*, verbunden wurden, prägten die Wahrnehmung der Stadt. Der *Daig* galt und gilt in der Schweiz als Inbegriff einer verschwiegene und machtvolle Elite. Die altbekannten Familien schienen in Basel lange alles zu kontrollieren, insbesondere die Wirtschaft.<sup>75</sup>

Die anhaltende Bedeutung der Familienunternehmen war indes nicht auf Basel beschränkt. Wie eine Erhebung zu den dreissig grössten Unternehmen der



**76 Büros der Versicherung Patria, 1960.** — In der Hochkonjunktur entstanden in Basel zahlreiche neue Bürogebäude, darunter das hier abgebildete der Versicherung Patria (später Helvetia). Der Blick in das Hochhaus lässt Szenen des Büroalltags erkennen, hier arbeiten

Vertreterinnen und Vertreter des dritten Sektors. Die Bedeutung des Dienstleistungssektors nahm in Basel-Stadt im 20. Jahrhundert markant zu, der Anteil an der Zahl der Beschäftigten stieg von 49 Prozent (1939), auf 54 (1965) und dreissig Jahre später auf 71 (1995).

Schweiz zeigt, spielte die Familie bei etwa einem Drittel dieser Firmen um 1960 die prägende Rolle, sowohl in der Leitung wie bei den Besitzverhältnissen. Auch die engen Bande innerhalb einer relativ kleinen Gruppe von Männern war kein lokales Phänomen, vielmehr waren die «Basler Herren» Teil eines nationalen «Old-Boy»-Netzwerks, das in den 1960er-Jahren seine grösste Dichte erreichte und in der Forschung als «Festung Schweiz» charakterisiert wird.<sup>76</sup>

Während die «Basler Herren» ganz oben in der sozialen Hierarchie standen – buchstäblich in der Beletage –, fand man in den unteren Chargen der Unternehmen oftmals Frauen. Als klassische weibliche Arbeiten galten etwa das Abtippen, Putzen oder Verpacken. Sie waren chronisch schlecht bezahlt. Ein wohlhabender, in Herkunft und Habitus geradezu prototypischer «Basler Herr» war Alfred E. Sarasin, seine Angestellten nannten ihn «Herr Alfred», die Presse «Mr Swiss Bank».<sup>77</sup> Er verkörperte den Bankier alter Schule und erinnerte damit an die Blüte des Finanzplatzes Basel. Seine Vorfahren hatten 1841 die Privatbank Sarasin gegründet und engagierten sich erfolgreich für die Etablierung der Basler Börse (1876) und der Schweizerischen Bankiervereinigung mit Sitz in Basel (1912). Als Sarasin 1922 zur Welt kam, war Basel der zweitwichtigste Bankenstandort in der Deutschschweiz nach Zürich. Im Laufe seines Lebens erlebte er, wie die Grundfesten des Bankenplatzes ebenso ins Wanken gerieten wie die Dominanz der «Basler Herren».

### **Das Ende der Basler Börse**

In den 1960er-Jahren war Alfred E. Sarasin gleichzeitig Leiter der Bank Sarasin, Präsident der Basler Börsenkammer, Basler Grossrat, Verwaltungsrat zahlreicher Unternehmen und Präsident der national überaus einflussreichen Schweizerischen Bankiervereinigung. Zu dieser Zeit waren in Basel eine Reihe bedeutender Bankhäuser ansässig, darunter vornehme Privatbanken wie Sarasin oder La Roche & Co., ebenso die WIR Bank oder die Genossenschaftliche Zentralbank (ab 1970 Bank Coop) sowie grosse Filialen der Volksbank, der Bankgesellschaft und der Kreditanstalt. Oberhalb von Kunsthalle und Theater thronte die vierte Grossbank der Schweiz, der 1854 in Basel gegründete Schweizerische Bankverein (SBV).

Der SBV expandierte in der Nachkriegszeit: Von 1962 bis 1972 stieg die Zahl der Mitarbeitenden von 5400 auf 9400, seine Filialen verteilten sich nun über alle Kontinente. Die Basler Grossbank war eine Pionierin der elektronischen Datenverarbeitung [81]. In Basel übernahm der SBV binnen weniger Jahre unter anderem das traditionsreiche Bankhaus Ehinger & Cie (1974), die Bank für Hypo-



**77 Basler Börse, 1962.** — Beim Parketthandel, in der Schweiz auch als Ringhandel bezeichnet, rufen sich Makler und Händler zu, unter welchen Konditionen sie ins Geschäft kommen. Im Englischen heisst diese Form auch *open outcry trading*, im Französischen *à la criée*. An der Basler Börse wurde sie bis in die 1990er-Jahre praktiziert.

thekarkredite und die Basler Handwerkerbank (beide 1979).<sup>78</sup> Letztere hatte erst kurz zuvor bei der Tramhaltestelle Bankverein einen neuen Hauptsitz eröffnet. Der SBV, dieser «unersättliche Riese», fresse die Kleinen, kommentierte eine lokale Zeitung.<sup>79</sup>

Zunehmend orientierte sich der SBV an den internationalen Märkten, die sich nach 1980 öffneten. Die Verflechtung veränderte das Bankengeschäft massgeblich. Der Handel mit Wertpapieren, Derivaten oder Fonds versprach im Vergleich mit dem traditionellen Kreditgeschäft spektakuläre Renditen. In der Schweiz stieg die Börsenkapitalisierung von 76 Milliarden Franken (1980) auf 212 Milliarden (1990) und 1039 Milliarden (2000). Die Emission von Aktien hing auch mit dem

steigenden Bedarf an Kapital zusammen, denn die Rezession hatte die Eigenmittel vieler Firmen zum Schmelzen gebracht. Galt früher der hohe Grad der Selbstfinanzierung als Merkmal von Unternehmen aus der Schweiz, wurden viele von ihnen nun selbst zu Objekten des Handels. Mit den gewaltigen Kapitalmengen, die an den Börsen eingesetzt wurden, konnte die alte Elite nicht mehr mithalten, auch in Basel nicht.<sup>80</sup>

Die wichtigen Geschäfte fanden zunehmend in den globalen Finanzmetropolen statt: Frankfurt am Main, London, New York, Singapur oder Tokio. In der Schweiz war Zürich die unangefochtene Drehscheibe des Kapitals.<sup>81</sup> Die Basler Börse dagegen hatte an Relevanz verloren. Ursprünglich war sie die bedeutendste auf dem schweizerischen Kapitalmarkt gewesen und in der Nachkriegszeit galt sie als eine der innovativsten [77]. Die vom Kanton beaufsichtigte Basler Börse etablierte bereits in den 1960er-Jahren das Börsenfernsehen, übertrug die relevanten Kurse in die Grossraumbüros der Banken und führte früh neue Wertpapiere ein. 1985 zog sie vom Fischmarkt an den Aeschenplatz, die Zahl der Ringe war in den vergangenen zehn Jahren von einem auf drei erhöht worden. Doch der Schein trog, der Parketthandel hatte mit dem enormen Wachstum der Handelsvolumen ausgedient. In der Schweiz hatte sich das internationale Kapitalmarktgeschäft nach Zürich verlagert. Mitte der 1990er-Jahre gab die Basler Börse den Handel auf und schloss sich mit ihren Pendanten in Genf und Zürich zur Schweizer Börse zusammen – mit Sitz in Zürich, nicht in Basel.<sup>82</sup>

### **Die BIZ, diskrete Drehscheibe der Finanzwelt**

Paradoxerweise befand sich eines der bedeutendsten Finanzinstitute der Welt weder in der Finanzhochburg Zürich noch in Genf, dem Standort vieler bedeutender internationalen Organisationen und Privatbanken, sondern in Basel. Hier wurde 1930 die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gegründet. Die BIZ verwaltete Währungsreserven zahlreicher Länder und Institutionen, in erster Linie war sie ein Dreh- und Angelpunkt der globalen Währungspolitik. In Basel trafen und treffen sich bis heute regelmässig die Spitzen der wichtigsten Zentralbanken der Welt. In den 1960er-Jahren nannten sie ihre Runde den «Basel Club». Es sei der ideale Ort gewesen für Zentralbanker, die eine Möglichkeit für ruhige und vertrauliche Gespräche suchten, erinnerte sich ein Amerikaner, der regelmässig dabei war – «a sort of group therapy».<sup>83</sup> Was in Basel abgemacht wurde, sei umgesetzt worden, beteuern Männer, die damals den «Basel Club» bildeten – Frauen sind auf den wenigen Fotografien der Meetings nicht zu finden.

In unmittelbarer Nähe zum Basler Hauptbahnhof verhandelten die Notenbanken in einem diskreten Ambiente über monetäre Weichenstellungen, die das Leben von Millionen Menschen beeinflussen sollten. Der erste Hauptsitz der BIZ lag in einem ehemaligen Hotel, rechtlich gesehen handelte es sich bei den Räumlichkeiten um exterritoriales Gebiet. Die BIZ bezahlte keine Steuern und durfte nicht betreten werden, auch nicht durch die Polizei. In Basel galt das Institut als geheimnisvoll und wurde kaum wahrgenommen, bevor sich die BIZ einen neuen Hauptsitz baute. Nachdem die Bevölkerung 1972 ein Referendum gegen den BIZ-Turm ablehnte, begannen die Arbeiten an einem aufsehenerregenden Neubau. Bei seiner Einweihung 1977 war der BIZ-Turm mit knapp siebzig Metern der dritthöchste der Stadt und erregte durch seinen runden Grundriss und die bronzeschimmernde Fassade viel Aufmerksamkeit [105]. Doch auch nach dem Umzug in den futuristisch anmutenden Hauptsitz blieben die Tätigkeiten der BIZ der breiten Öffentlichkeit verborgen.

Die Aufgaben der BIZ wurden mit der Globalisierung vielfältiger und komplexer. Dazu zählen auch Instrumente für eine Aufsicht der Banken. Die als «Basler Akkord» bekannt gewordenen Eigenkapitalvorschriften «Basel I» (1988), «Basel II» (2004) und «Basel III» (2010) wurden zum internationalen Standard.<sup>84</sup> Die Instabilitäten des globalen Finanzsystems nahmen mit dem «Basler Akkord» jedoch kein Ende. Nach 2007 rissen insolvente Banken die Weltwirtschaft in eine gravierende Krise. Bei ihren regelmässigen Treffen im runden Turm zu Basel debattierten die Notenbankerinnen und -banker darüber, wie das globale Finanzsystem wieder ins Lot zu bringen sei. Der Ruf vieler Banken war dennoch ramponiert, in der Öffentlichkeit galten sie auf Jahre hinaus als gewissenlose «Gambler».

### **Auswärtige Manager statt «Basler Herren»**

Die neue Welt des globalisierten, ganz auf Börsenkurse ausgerichteten Bankings repräsentierte in der Schweiz kaum jemand so sehr wie Marcel Ospel. Im Unterschied zum Basler Bankier Alfred E. Sarasin stammte Ospel aus einfachen Verhältnissen. Aufgewachsen in Kleinbasel, machte er eine Lehre beim SBV, bewährte sich in London, New York und Zürich und stieg 1990 in die Geschäftsleitung auf. Ospel – Tambour an der Basler Fasnacht und «European Banker of the Year 1997» – verfolgte das Ziel, den SBV an die Spitze der Finanzwelt zu führen. An der 1998 vollzogenen Fusion mit der Schweizerischen Bankgesellschaft aus Zürich war der Manager massgeblich beteiligt. Die daraus entstandene UBS verfügte über die zweithöchste Bilanzsumme weltweit und zwei Hauptsitze, einen in Basel und einen

in Zürich. Ihr Chief Executive Officer (CEO) war Ospel, der sich damit dem Zenit seiner Karriere näherte. Kurz darauf wurde er zur öffentlichen Reizfigur.<sup>85</sup>

Die Wirtschaft der 1990er-Jahre war geprägt von Fusionen, insbesondere in Basel. Die Fusion von UBS und Novartis zählte zu den weltweit bedeutendsten Firmenzusammenschlüssen jener Zeit. Auch bei der Marktkonzentration in der Versicherungsbranche spielte der Standort Basel eine wichtige Rolle. Die bereits erwähnte Patria-Versicherung schloss sich 1996 mit der Helvetia aus St. Gallen zusammen. Der Hauptsitz der Versicherungsgruppe lag nicht in Basel, sondern in der Ostschweiz. Die Helvetia-Fusion war ein Indiz für den abnehmenden Einfluss jener «Basler Herren», aus deren Kreis die Vorgängerin Patria ihre Verwaltungsräte rekrutiert hatte. Das einst dichte Netzwerk der alten Basler Elite hatte sich bis in die 1990er-Jahre weitgehend aufgelöst, die Klubmentalität abgenommen, der wirtschaftliche Einfluss des sogenannten Basler *Daigs* ebenfalls. Was den Nachkommen verschiedener Familienfirmen erhalten blieb, waren teilweise sehr umfangreiche finanzielle Mittel. Sie liessen sich an Börsen oder Immobilienmärkten gewinnbringend anlegen oder philanthropisch einsetzen, letzteres nicht selten für kulturelle Zwecke.

An die Stelle des scheinbar allmächtigen Patrons trat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend der Typus des profitorientierten Managers wie ihn UBS-Chef Ospel für viele verkörperte. Die neuen, vorwiegend in den USA erdachten und erprobten Methoden der Unternehmensführung fanden in der Basler Wirtschaft bereits in den 1960er-Jahren prominente Anhänger, einige forderten damals eine «Management Revolution».<sup>86</sup> Als eine der ersten Institutionen in der Schweiz setzte sich das 1965 gegründete Betriebswirtschaftliche Institut der Universität Basel mit den neuen Ideen der Unternehmensführung auseinander.

Zu den Grundsätzen des Managements zählten die Meritokratie und die Definition von Zielen, an denen sich die Leistung des Einzelnen messen liess. Bei der Rekrutierung der Kader kamen psychodiagnostische Instrumente und Eignungstests zum Einsatz, der in der Schweiz lange wichtige Militärgrad nahm an Bedeutung ab, während Ausbildungen wie jene eines Masters of Business Administration (MBA) zunahmen. Die neusten Erkenntnisse aus der Welt des Managements vermittelten nicht zuletzt Beratungsunternehmen wie McKinsey & Company oder das 1959 in Basel gegründete Büro Prognos.<sup>87</sup> In den 1990er-Jahren hatte sich die Unternehmensrevolution auch in Basel durchgesetzt, nun standen kaum mehr «Basler Herren» an der Spitze der grössten Unternehmen, sondern Manager. Oftmals stammten diese aus dem Ausland, immer noch gelangten fast ausschliesslich Männer in die Geschäftsleitung.

## Spekulative Bankgeschäfte, solide Versicherungen

Als Alfred E. Sarasin – «Basler Herr» und «Mr Swiss Bank» – im Jahr 2005 starb, waren wichtige Säulen des einst stolzen Bankenplatzes Basel weggebrochen. Vierzig Jahre zuvor hatte ein Dutzend Privatbanken ihren Hauptsitz in Basel, 1999 waren es nur noch vier.<sup>88</sup> Das Stadtbild prägten nun Filialen von auswärtigen Bankhäusern. Knapp zwei Jahre nach Sarasins Tod kaufte eine holländische Bank das Unternehmen der Familie Sarasin, ab 2011 wurde es von einem brasilianischen Konglomerat kontrolliert. Neben den Privatbanken verabschiedete sich auch die Grossbank UBS zunehmend vom Standort Basel. 2014 gab die UBS ihren Doppelsitz Basel/Zürich auf. Nun war Zürich alleiniger Hauptsitz der Holding, was Basel als Bankenplatz weiter schwächte.

Unter der Ägide von Marcel Ospel, seit 2001 Verwaltungsratspräsident, hatte die UBS aggressiv expandiert, insbesondere in den USA. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise geriet die spekulative Geschäftspolitik in die Kritik, 2008 resultierten Verluste und Abschreibungen von Dutzenden Milliarden Schweizerfranken. Wie

### Basel wurde als Bankenplatz weiter geschwächt

andere Banken in den USA und Europa erhielt auch die UBS staatliche Hilfe, um einen Konkurs zu verhindern. Die Rettung der UBS war eine Zäsur in der Geschichte der Schweiz.<sup>89</sup> Auf Veranlassung der Eidgenössischen Bankenkommission gab Ospel sein Amt auf – in der Öffentlichkeit war der Basler in Ungnade gefallen. Mit bis zu 28 Millionen Franken Jahreslohn galt er als Inbegriff für die Raffgier moderner Manager.<sup>90</sup> In der Schweiz etablierte sich der Begriff «Abzocker» für die fürstlich verdienenden Manager grosser Finanzhäuser und multinationaler Konzerne. Schätzungen zufolge hatten sich die Spitzenlöhne in der Schweizer Wirtschaft zwischen den 1980er- und 2010er-Jahren mehr als verfünffacht.<sup>91</sup>

Nach der Finanzkrise nahm die Bedeutung der Banken als Arbeitgeberinnen in Basel nochmals deutlich ab. Zwischen 2008 und 2014 sank die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich um zehn Prozent, in Zürich stieg sie leicht an. Dort arbeiteten 27 Prozent in der Finanzbranche, in Genf 8,5 Prozent, in Basel nur noch vier.<sup>92</sup> Mittlerweile wurden kleinere Städte wie Lugano oder Zug eher mit Bankengeschäften in Verbindung gebracht als Basel. Doch in den 2000er-Jahren hatte das Image der Banken im Allgemeinen und der UBS im Speziellen derart gelitten, dass in Basel kaum Wehmut nach der Zeit aufkam, in der die Stadt noch ein wichtiger Finanzplatz gewesen war. Auch die Basler Kantonalbank (BKB), mittlerweile die grösste Bank der Stadt, machte negative Schlagzeilen, unter anderem wegen un versteuerten US-Vermögen auf BKB-Konten, geprellten Anlegern und Datenlecks.<sup>93</sup>

In der Festschrift zu ihrem 150-jährigen Jubiläum erlaubte sich die Basler Versicherung 2013 eine feine Spitze gegen Bankhäuser, die partout «Global Player» seien wollten: «Ohne Staatshilfe, welche die Basler in keiner Phase ihrer bewegten Geschichte erbitten musste, wären einige dieser Banken heute nicht mehr existent.»<sup>94</sup> Die Basler Versicherung sei einen anderen Weg gegangen. Das internationale Geschäft war geschrumpft, die Zahl der Mitarbeitenden von 10 349 (1991) auf 8650 gesunken, der Gewinn dagegen massiv gestiegen. Daher gelte sie «heute als solide und stabile Dividendenperle». Die Basler hatte nicht nur anders agiert als die UBS, sondern auch als die Zurich (Versicherung), die indes keine Staatshilfe beanspruchte und erfolgreich ins Ausland expandierte. Die beiden Versicherungen trugen die Namen ihrer Stadt buchstäblich in die Welt, jedoch mit einem anderen Selbstverständnis und unterschiedlicher Reichweite. Die Basler fokussierte auf das Geschäft in der Schweiz und in Zentraleuropa, Zurich agierte global, mit einer starken Vertretung im riesigen US-Markt. Während erstere mit der französischen Namensvariante «Baloise» an die wirtschaftliche Bedeutung der *Grande Nation* im 19. Jahrhundert erinnerte, verwendete der «Global Player» aus Zürich konsequent die englische Bezeichnung «Zurich».

Spätestens nach der Finanzkrise war Basel kein bedeutender Standort für Banken mehr, blieb das hingegen aber für Versicherungen. Weiterhin befanden sich hier die Hauptsitze von grossen Privatversicherern wie der Basler oder Pax, dazu kamen regionale Zentren der führenden Versicherungsunternehmen der Schweiz. Der Fokus der in Basel ansässigen Versicherungen lag zumeist auf dem nationalen Markt, im Falle der staatlich kontrollierten Öffentlichen Krankenkasse (ÖKK Basel) beschränkte er sich weitgehend auf die Nordwestschweiz. Nachdem der Grosse Rat 2008 ihrer Privatisierung zugestimmt hatte, trat die ÖKK Basel unter dem Namen «Sympany» auf.

Von den guten Geschäften, die Assekuranzen in Basel erzielten, zeugte die hochwertige Architektur neuer Geschäftshäuser, etwa der Unfallversicherung Suva an der St. Jakobs-Strasse (Eröffnung 1993), der Lebensversicherungsgesellschaft Pax am Aeschenplatz (1997) oder des «Baloise Park» beim Bahnhof Basel SBB (2020). Seit 2019 baut die Versicherung Helvetia an der St. Alban-Anlage einen Zwillingsturm des erwähnten Bürohochhauses der damaligen Patria [76]. Es handle sich um eine «Neuinterpretation seines historischen Nachbarbaus», erklärte die Versicherung.<sup>95</sup> Im künftigen «Helvetia Campus Basel» soll eine «moderne Arbeitswelt» entstehen – ein neues Wahrzeichen der alten Handelsstadt.

## Ausbau der Messe – Ein Geschäftsmodell am Anschlag

Seit der Gründung der Mustermesse Basel «muba» 1917 hatte sich Basel als führender Standort des modernen Messegeschäfts etabliert. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden die ersten Fachmessen. Im Gegensatz zur «muba», die Volksfest und Leistungsschau der nationalen Wirtschaft zugleich war, zeigten die Fachmessen auch Produkte aus dem Ausland. Einige widmeten sich zeitgenössischen Themen wie dem Umweltschutz oder der Kerntechnik. International bekannt wurde der Messestandort Basel durch die 1970 erstmals durchgeführte Kunstmesse «Art Basel» und die ab 1973 veranstaltete Fachmesse für Uhren und Schmuck.

Die internationale Aufmerksamkeit für die Fachmessen inspirierte die Basler Wirtschaftspolitik. Das Geschäftsmodell versprach unter anderem wichtige Impulse für die lokale Hotellerie, die seit Jahrzehnten darbt. Die angereisten Händlerinnen und Händler sollten die ausbleibenden Touristinnen und Touristen vergessen machen. Um passende Rahmenbedingungen zu schaffen, initiierten private und staatliche Akteure die Idee eines Kongresszentrums mit integriertem Luxushotel. Der grossräumige Komplex wurde 1984 direkt neben den Messehallen eröffnet und war Ausdruck der Hoffnung, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Region von der Basler Chemie zu reduzieren.<sup>96</sup>

Anders als in vielen anderen Städten lag das Messeareal in Basel nicht in der Peripherie, sondern im Zentrum. Pläne für weitere Hallen in Frankreich oder Deutschland, die über einen

zollfreien Zugang mit Basel verbunden gewesen wären, liess die Messeleitung Mitte der 1990er-Jahre fallen. Sie setzte stattdessen auf einen massiven Ausbau der Messe im Stadtzentrum. Damit verbunden war der Anspruch, zur internationalen Spitze aufzuschliessen. Insbesondere Kunden der Uhren- und Schmuckmesse hatten die Verhältnisse in Basel wiederholt kritisiert. Der Forderung nach mehr Platz und mondänem Flair kamen Politik und Bevölkerung nach. Sie befürworteten eine Ausweitung und Aufwertung der Messe. Eine erste grosse Investition in das Messegeschäft war die 1999 eröffnete Halle 1, es folgte der Messeturm, bei seiner Eröffnung 2003 das höchste Hochhaus der Schweiz (105 Meter). Im eleganten Solitär lag unter anderem der Hauptsitz der MCH Group, die nach dem Zusammenschluss mit der Zürcher Messe 2001 entstanden war. Die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Zürich sowie die Stadt Zürich hielten zusammen 49 Prozent am Messeunternehmen, wobei Basel-Stadt gut einen Drittel aller Aktien besass und im Verwaltungsrat der MCH Group durch einen Regierungsrat vertreten war.

Wo die Messehauptstadt der Schweiz lag, wurde 2003 anlässlich der Fachmesse für Uhren und Schmuck deutlich, die erstmals unter dem pompösen Titel «Baselworld: The Watch and Jewellery Show» stattfand. In Basel präsentierten sich die bekannten Luxusmarken, in Zürich kamen die weniger anziehungskräftigen Länderpavillons unter. Überschattet wurde die Veranstaltung von der globalen



**78 Plakat für die «muba», 2000.** — Viele Plakate der Mustermesse Basel («muba») gelten als künstlerisch bedeutende Werke – keines polarisierte wie jenes des US-amerikanischen Fotografen Richard Avedon. In der Stadt wurde die Abbildung einer nackten Schwangeren wiederholt verschmiert. Das Büro für Gleichstellungsfragen des Kantons Basel-Landschaft kritisierte, da werde «eine sexistisch dargestellte Frau auch noch als Mutter aller Messen bezeichnet». Das Pendant im Kanton Basel-Stadt sah darin jedoch «nichts Anstössiges», sondern fand das Plakat schlicht und einfach «schön». Auch die Userinnen und User einer Basler Website stimmten mit 63 Prozent eindeutig für das Plakat.

Ausbreitung der Infektionskrankheit SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom). Nachdem Zürich die Sicherheitsmassnahmen kurz vor der Eröffnung der Fachmesse verschärft hatte, zeigten sich einzelne Aussteller empört. Fortan verzichtete die «Baselworld» auf den Standort Zürich und setzte ganz auf Basel.

Es folgte eine Blütezeit des Messestandortes. Während den Fachmessen «Art Basel» und «Baselworld» waren die Hotels weit über Basel hinaus ausgebucht. Die Investitionen in den Messestandort schienen sich auszuzahlen, zumindest für einige Tage im Jahr veränderte eine grosse Schar an Gästen das Ambiente in der Stadt und verschaffte ihr Einnahmen. Mit einer zusätzlichen Messehalle von 220 Metern Länge erhielt Basel 2013 ein weiteres monumentales Wahrzeichen. Dank der hohen Räume bot diese neue Möglichkeiten der Inszenierung: Für die «Baselworld» liessen sich insbesondere Luxusmarken aufwendige und kostspielige Stände bauen. Kurzzeitig funktionierte das Geschäftsmodell: Mitte der 2010er-Jahre war die Uhren- und Schmuckmesse für rund ein Drittel der Wertschöpfung der MCH Group verantwortlich.<sup>97</sup> Doch kurz darauf rutschte das Messegeschäft in Basel in eine schwere Krise, die für viele völlig überraschend kam.

Angesichts der Erfolge von Fachmessen wie der «Baselworld» sei die mittlerweile defizitäre «muba» «eine Tradition und Institution, die wir uns auch aus Imagegründen leisten können und wollen», erklärte der CEO der MCH Group 2016.<sup>98</sup> Drei Jahre später fand die letzte «muba» statt. In Basel herrschte «gedrückte Stimmung, als würde man an eine Beerdigung gehen», war nach dem Ende der «muba» in einer Zeitung

zu lesen.<sup>99</sup> Gemessen an der Ausstellungsfläche und den Besucherzahlen war die «Mutter aller Messen» 1990 noch die grösste Messe der Schweiz gewesen, kurz darauf wurde sie von der Baumesse «Swissbau», der «Art Basel» und vor allem von der «Baselworld» überholt.<sup>100</sup> Für den Messestandort weitaus gravierender als das Ende der «muba» waren denn auch die akuten Probleme der «Baselworld». In der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre geriet das glamouröse Zugpferd in eine existenzielle Krise. Hinter der stark rückläufigen Zahl der Aussteller stünden ein Umbruch in der Branche sowie Probleme in wichtigen Absatzmärkten, erklärte die MCH Group.<sup>101</sup> In den folgenden Jahren verschlechterte sich die Situation dramatisch. Einige berühmte Uhrenfirmen präferierten nun den Messestandort Genf. Ihr Exodus setzte der «Baselworld» ebenso zu wie die Covid-19-Pandemie, die zur Absage der Ausgabe 2020 führte. Die Uhren- und Schmuckmesse stehe wohl vor dem Ende, kommentierten Medien unisono.

Als Hauptaktionär litt der Kanton Basel-Stadt unmittelbar unter dem wirtschaftlichen Misserfolg der MCH Group. Zudem drohte der zunehmende Leerstand jener Hallen, die in der Stadt als Investitionen in die Zukunft gegolten hatten. 2020 stieg ein ausländischer Investor ein, der Basel-Stadt als grössten Aktionär ablöste. Nach dem Ende der «muba» und dem Bedeutungsverlust der «Baselworld» blieb die «Art Basel» als letzte Hoffnung, dass der Ausbau der Messe nicht umsonst gewesen sei.

## Eine Drehscheibe für Güter

Basel ist die einzige Hafenstadt der Schweiz. Der Rhein verbindet sie mit der Nordsee bei Rotterdam, über den Main-Donau-Kanal können Frachter selbst den Südosten Europas erreichen. «Hier», so ein Schulbuch von 1960, «atmen wir die Luft des Meeres!»<sup>102</sup> Die geografische Lage prädestinierte Basel als Umschlagsplatz von Gütern, die Stadt sei das «goldene Tor der Schweiz».

Der Hafen gehörte zur Identität der Stadt, und doch war er vielen Baslerinnen und Baslern völlig fremd. Ganz im Norden der Stadt lagen die Hafenbecken, das ikonische Backsteinsilo, Kranen und Stege, im Wasser schwammen Frachter, darunter die «Roten Schweizer», die Schiffe der Schweizerischen Reederei AG. Die Firma war eine Institution der Rheinschifffahrt, ab 1940 bildete sie Matrosen aus, bis Ende der 1970er-Jahre hatten über 1700 junge Männer aus fast allen Kantonen den Beruf des Schiffers gelernt. Es war eine entbehrungsreiche Arbeit voller körperlicher Strapazen, jenseits eines bürgerlichen Lebens, auszuführen bei jeder Witterung. Im Volksmund verglich man sie mit der eines Bauern.<sup>103</sup>

Wenn die Schiffer heirateten, fuhren ihre Frauen und die kleinen Kinder mit. Erreichten die Kinder das schulpflichtige Alter, kamen sie in das 1958 eröffnete Schifferkinderheim im Stadtteil Kleinhüningen. Die Firma sei wie eine Familie gewesen, erinnerten sich Pensionierte später, sie habe sich «für uns und unsere Familien verantwortlich» gefühlt. Untereinander sprach man von der «Schifferfamilie».<sup>104</sup> Es war eine eigene Welt, die sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte stark veränderte. An kaum einem Ort in Basel war der Puls der Weltwirtschaft so unmittelbar spürbar wie im Hafen.

Seit 1960 tendieren Güter dazu, zwischen Produktion und Konsum einen immer weiteren Weg zurücklegen. Die Güterströme haben sich zu einer regelrechten Flut entwickelt. Bis 2020 stieg ihr Volumen weltweit um das Zwanzigfache. In der Schweiz war Basel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der zentrale Umschlagplatz für Güter, die über Strasse, Schiene oder Wasserwege transportiert wurden. Um 1980 kamen hier etwa 45 Prozent aller Importe an, mehr als die Hälfte davon im Rheinhafen.<sup>105</sup> Logistikfirmen und Reedereien, Spediteure und Lagerhäuser gewährleisteten die Zirkulation von Gütern über Räume und Zeitzonen hinweg. Sie waren Schlüsselakteure der Globalisierung.<sup>106</sup>

In den folgenden Jahrzehnten verloren Unternehmen aus Basel markant an Bedeutung. Dabei war es nicht das Volumen des Warenumschlags, das abnahm – im Gegenteil. Doch die immensen Gewinne, die mit dem globalen Handel von Gütern erzielt wurden und werden, waren zunehmend von der Arbeit in



**79 Revierzentrale im Rheinhafen Basel-Kleinhüningen, 1985.** — Von der Revierzentrale hoch über dem Hafenbecken wird der Schiffsverkehr in der Region geregelt. 2007 wurden die drei Rheinhäfen Basel, Birsfelden und Muttenz in der Gesellschaft «Schweizerische Rheinhäfen» zusammengeführt. Der rechtliche Sitz liegt in Birsfelden, die Direktion in Basel.

den Häfen, Güterbahnhöfen und LKW-Terminals dieser Welt getrennt. Im 21. Jahrhundert profitierten andere Orte in der Schweiz weit mehr vom Welthandel als Basel.

### **Basler Giganten des Welthandels verschwinden**

Die Globalisierung führte gegen Ende des 20. Jahrhunderts zu einer extremen Marktkonzentration im Bereich von Spedition, Transport und Logistik. Zahlreiche Basler Firmen verschwanden, darunter bekannte Namen wie die Basler Lagerhaus- und Speditionsgesellschaft, Jacky Maeder oder die Schweizerische Reederei. Vielfach wurden ihre Geschäfte von ausländischen Wettbewerbern aufgekauft. Der

steigende Kostendruck bedrängte insbesondere kleinere Unternehmen, die am Rheinhafen Basel tätig waren.<sup>107</sup> Auch die Zahl der im Grosshandel beschäftigten Personen nahm nach 1960 markant ab.<sup>108</sup>

Der Bedeutungsverlust hing eng mit der «logistischen Revolution» zusammen, die sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ereignete. Seit den 1960er-Jahren entwickelten sich die Palette und vor allem der Container zu den Standards in der Logistik [80]. Anstelle von Stückgut, wie es früher Hafentarbeiter in kräftezehrenden Arbeitsschritten umgeschlagen hatten, zirkulierten normierte Einheiten, die per Kran geladen und gelöscht werden konnten. Palette und Container waren ebenso simple wie effiziente Instrumente der Globalisierung. Sie ermöglichten weltweit das fast nahtlose Umladen zwischen Schiff, Bahn und Lastwagen. Obwohl das Volumen der transportierten Güter stets zunahm, waren am Hafen Basel immer weniger Arbeitskräfte gefragt.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die «logistische Revolution» war der billige Treibstoff. Der Schienenverkehr verlor gegen Ende des 20. Jahrhunderts an Bedeutung, der LKW-Verkehr erwies sich als flexibler, schneller und preisgünstiger. Insbesondere seit der Eröffnung des Gotthardstrassentunnels 1980 rollten die Lastwagen massenhaft auf der Nord-Süd-Achse durch Basel zu Zielen in ganz Europa. Der Schwerverkehr über die Strasse gewann gegenüber dem Gütertransport über den Rhein an Gewicht. Derweil wurde die Hochseeschifffahrt zum zentralen Vehikel der Globalisierung. Ihr Symbol wurden die gigantischen Containerfrachter, die über die Weltmeere verschifft werden.

**Zu den Verlierern zählte  
Danzas, ein Gigant  
des Welthandels**

Zu den Verlierern der Globalisierung zählte in Basel ausgerechnet Danzas, ein Gigant des Welthandels. Die bekannte Firma, Anfang des 19. Jahrhunderts im französischen Saint-Louis gegründet, seit 1871 mit Hauptsitz in Basel, war in den 1960er-Jahren noch das grösste Transportunternehmen der Welt. Von der Basler Zentrale wurde eine Flotte kontrolliert, die 1986 über 2000 Motorfahrzeuge, gut 1100 Container und knapp 800 Eisenbahnwaggons umfasste, dazu riesige Lagerkapazitäten in diversen Ländern. Schiere Grösse war bis dahin das Mass der Dinge – nun jedoch erschienen eigene Fahrzeuge und Lagerhallen zunehmend als Kostentreiber und strategisches Handicap.<sup>109</sup>

In Zeiten des zunehmend unregulierten globalen Handels wirkte die Firma Danzas zuweilen wie ein Anachronismus. Vollends in die Krise stürzte der Branchenprimus durch den freien Verkehr von Waren innerhalb der EU. Das Basler Unternehmen betrieb in Westeuropa über hundert Verzollungsbüros: Mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes am 1. Januar 1993 war dem lukrativen

Verzollungsgeschäft der Boden entzogen, die Umsätze von Danzas brachen ein.<sup>110</sup> Andere Logistikunternehmen fanden im Zuge der sich nun mit voller Wucht entfaltenden Globalisierung lukrative Geschäftsmodelle. Einige spezialisierten sich auf die Organisation von globalen Lieferketten, die durch die Digitalisierung immer zuverlässiger geplant, kontrolliert und optimiert werden konnten. Im Zentrum der «logistischen Revolution» standen leistungsstarke Computer und digitale Netzwerke, die global funktionierten. Dem sogenannten Supply-Chain-Management lag neuste IT zugrunde. Im Zuge des Supply-Chain-Managements wurde die Distribution in immer kleinere Einzelteile zerlegt, deren Erledigung an spezialisierte Unternehmen verteilt wurde. Während die Orchestrierung von globalen Lieferketten ein immer grösseres Geschäft wurde, sanken die Preise für die Beförderung und Lagerung von Gütern zunehmend. Eine eigene Fahrzeugflotte oder grosse Lagerkapazitäten wie sie Danzas aufgebaut hatte, bündelten viel Kapital und galten in diesem hochdynamischen globalen System als Bürde.

Der Allrounder Danzas überstand die «logistische Revolution» nicht. 1999 kaufte die Deutsche Post den zu diesem Zeitpunkt immer noch drittgrössten Logistikkonzern der Welt. Der ehemalige deutsche Staatsbetrieb beteuerte, der traditionsreiche Name Danzas und der Hauptsitz in Basel würden weiterhin bestehen. Kurz darauf verlegte Danzas jedoch Schlüsselfunktionen des Geschäfts von Basel nach Bonn und Brüssel, Ende 2002 gab die Deutsche Post bekannt, ihr gesamtes Logistikgeschäft fortan unter dem Namen DHL zu führen. «Basel verliert die Traditionsmarke Danzas», kommentierte die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ), die BaZ ergänzte: «Prestigeverlust für Basel».<sup>111</sup>

Auch die Panalpina Weltransport, die zweitgrösste Basler Firma der Branche, überstand den globalen Verdrängungswettbewerb nicht. Nachdem 2019 ein dänischer Konzern die Firma gekauft hatte, wurde in Basel der Panalpina-Schriftzug abmontiert. Auf der Onlineplattform LinkedIn kommentierte ein Mitarbeiter: «It's heart-breaking and sad to see that blue majestic logo go down.»<sup>112</sup>

### **Dekolonialisierung der Union Trading Company**

Auch eine der ältesten Akteurinnen des Welthandels verschwand in dieser Zeit: die Basler Handelsgesellschaft. Der Ökonom und Journalist Beat Kappeler nannte sie einmal «die Schweizer Variante des Kolonialismus».<sup>113</sup> Sie war 1859 aus der pietistischen Basler Mission heraus entstanden und international aktiv als Union Trading Company (UTC). In der Entwicklung der UTC lassen sich jene global wirkenden Kräfte identifizieren, die den Welthandel in der zweiten Hälfte des

20. Jahrhunderts transformierten. Das Ende des Kolonialismus und der Beginn der Globalisierung brachten Herausforderungen mit sich, die das Basler Handelshaus nicht zu stemmen vermochte.

Um 1960 betrieb die UTC in Accra das grösste und modernste Warenhaus Westafrikas: Ausser Alkohol und Waffen gab es dort alles zu kaufen. Die Basler Handelsgesellschaft fühlte sich christlichen Werten nach wie vor verpflichtet.<sup>114</sup> Angestellte mussten protestantischen Glaubens sein, ein Teil des Gewinnes war für karitative Vorhaben bestimmt. Mit Umsätzen von bis zu einer Milliarde Franken zählte die UTC damals zu den grössten Unternehmen Basels.

Mit der Unabhängigkeit von Ghana (1957) und Nigeria (1960), beide wichtige Märkte und Rohstofflieferanten für die UTC, veränderte sich das Geschäftsumfeld. Zu den Begleiterscheinungen der Dekolonialisierung zählten Schwankungen der Landeswährungen und das Auftreten neuer Wettbewerber, die veränderten Rahmenbedingungen legten eine Anpassung der Tätigkeit nahe. Ende der 1970er-Jahre versuchte die UTC daher sich zu diversifizieren und Unternehmen zu akquirieren, die hohe Margen versprachen – kurzum: ihr Geschäft an globale Trends anzupassen. Aus dem stark am Import und Export mit Afrika ausgerichteten Handelshaus wurde ein Konglomerat, das Mitte der 1990er-Jahre knapp 10 000 Mitarbeitende beschäftigte. Unter dem Dach der UTC versammelten sich sowohl Warenhäuser (Jelmoli) und Reisebüros (Imholz) als auch eine Restaurantkette (Churrasco), Marken für Bürogeräte (UTAX), Hautpflege (Corinne Day) und vieles mehr. Dieser Strategiewechsel scheiterte aber nicht zuletzt daran, dass es der UTC nicht gelang, ihre eigenen Marken international oder zumindest in der Schweiz erfolgreich zu vermarkten.<sup>115</sup>

Im Unterschied dazu gab es aber durchaus auch Unternehmen aus Basel, die im Zeitalter von Massenkonsum und Globalisierung florierten. Der alteingesessene Basler Grosshändler Weitnauer entwickelte sich zu einem Riesen des Duty-Free-Geschäfts: Unter dem Namen Dufry befand er sich in den 2000er-Jahren auf Expansionskurs und war weltweit mit Läden an Flughäfen und auf Kreuzfahrtschiffen präsent. Zur selben Zeit etablierte sich in der Schweiz, Italien und Deutschland die 1984 gegründete Marke Tally Weijl, die 2006 ihr Headquarter nach Basel verlegte. Das Geschäftsmodell der Gründerin Tally Elfassi-Weijl bestand im Handel von Fast Fashion für weibliche Teenager. Mehrmals pro Jahr entwarf Tally Weijl neue Linien, die Zulieferer in Tieflohnländern produzierten und die anschliessend in Europa billig verkauft wurden, etwa im Flagshipstore am Basler Marktplatz.<sup>116</sup>

Während Duty Free und Fast Fashion zu den – teils heftig kritisierten – Geschäftsmodellen zählten, die mit der Globalisierung möglich wurden, gelang es der

Basler Handelsgesellschaft und ihrer UTC nicht, sich in postkolonialen Zeiten neu zu erfinden. 1998 stellte die UTC ihre operative Tätigkeit ein. Damit war eine bedeutende Schweizer Akteurin aus der Zeit des Imperialismus Geschichte.

### «Gateway Basel Nord»

Mit Simonius, Vischer & Co. schloss fünf Jahre nach der UTC ein weiteres altbekanntes Handelshaus. Die Zeit der Grosshändler endete damit in Basel just dann, als Orte wie Genf, Lugano oder Zug zu Zentren des globalen Rohstoffhandels wurden.<sup>117</sup> Im 21. Jahrhundert entwickelte sich das Binnenland Schweiz nicht nur zum grössten Rohstoffhandelsplatz der Welt, sondern auch zu einem bevorzugten Standort von Reedereien und Logistikfirmen. In erster Linie fiskalische Faktoren lockten transnational operierende Konzerne in steuergünstige Kantone, wo sie in Kooperation mit lokalen Wirtschaftskanzleien und Behörden florierende Cluster bildeten.<sup>118</sup> Auch in Basel bemühten sich Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter um eine stärkere Vernetzung zu den wichtigen Playern in der Branche. 2011 initiierte die Handelskammern beider Basel den «Logistikcluster Region Basel», eine von staatlichen und privaten Akteuren getragene Interessensvereinigung. Diese betonte, dass die Logistik nach den Life Sciences die zweitwichtigste Branche der Region sei.

Obwohl Rohstoffhändler und Reedereien kaum in Basel-Stadt, sondern eher in steuergünstigen Orten wie Genf und Zug Domizil nahmen, blieb die Hafenstadt eine wichtige Drehscheibe des Handels. Das Volumen der hier umgeschlagenen Güter nahm stets zu, und es blieb dabei, dass in der Schweiz bei Import und Export kaum ein Weg an Basel vorbeiführte. Ein sichtbares Zeichen dafür war der 2009 eröffnete Siloturm der Firma Ultra Brag im Basler Hafen, mit 83 Metern das fünfthöchste Hochhaus der Stadt. Die mangelnde Wahrnehmung der Schifffahrt sei ein «echtes Problem», erklärte der Direktor von Rhenus Alpina. «Unsere Vorfahren waren Reeder, eine eigene Klasse. Sie kontrollierten das Geschäft total, verdienten gutes Geld damit und mussten keine Werbung machen.» Doch heute benötige der Hafen «mehr PR».<sup>119</sup>

Seit 2015 beschwören Vertreterinnen und Vertreter des regionalen Logistikclusters das alte Bild von Basel als Tor zur Welt. Das damit verbundene Projekt heisst «Gateway Basel Nord», es trägt das englische Wort für «Tor» im Namen. «Gateway Basel Nord» steht für ein drittes Hafenbecken sowie einen trimodularen Umschlagsplatz, an dem jährlich etwa 400 000 Container auf Schiene, Schiff oder LKW verladen werden könnten. Obwohl die Basler Bevölkerung 2020 für eine



**80 Container im Rheinhafen Basel, 2001. —**

Seit den 1960er-Jahren entwickelte sich der Container im globalen Handel zum Mass aller Dinge. An den Schweizerischen Rheinhäfen

wurden 2019 über 120 000 Container umgeschlagen. Etwa zehn Prozent des schweizerischen Aussenhandels wurden hier abgewickelt.

Beteiligung am Hafenbecken 3 stimmte, blieb das Grossprojekt umstritten. Eine zentrale Frage war, welche Flächen die Stadt für eine Ausbreitung der Logistik zu opfern bereit war. Naturschützerinnen und Naturschützer betrachten das zum Aushub vorgesehene Areal als ökologischen Schatz, aus Kreisen der Wirtschaft gab es Stimmen, die das Projekt hingegen als ökonomischen Unsinn bezeichneten. Die geplanten Kapazitäten seien übertrieben gross und die zu erwartende Wertschöpfung gering.<sup>120</sup>

Die Debatte offenbarte ein wirtschaftspolitisches Dilemma, das mit der Globalisierung verbunden war und ist. Einerseits war Basel als Umschlagplatz unverzichtbar für die Import- und Exportgeschäfte der Schweiz. Doch die glänzenden, die sprichwörtlich «goldenen» Geschäfte mit dem globalen Handel von Rohstoffen und Waren aller Art erzielen längst Konzerne in anderen Regionen des Binnenlandes. Das alte Bonmot von Basel als dem «goldenen Tor der Schweiz» traf immer weniger zu.

## Wirtschaften im World Wide Web

Die Geschichte der Logistik ist auch eine Geschichte der Stadtentwicklung. 1960 war Basel nicht nur eine bedeutende Drehscheibe für Waren aus aller Welt, sondern auch eine riesige Lagerhalle. Hier befanden sich damals über die Hälfte der gesamten in der Schweiz zur Verfügung stehenden Lagerflächen.<sup>121</sup> Alleine im Gebiet Dreispitz dienten fünfzig Hektar für die zollfreie Zwischenlagerung von Waren. Nach aussen war das Zollfreilager, kurz Freilager genannt, abgeriegelt.<sup>122</sup>

In den folgenden Jahrzehnten verlagerten sich die Lagerflächen ins Mittelland. Der grösste Basler Detailhändler «Rheinbrücke» (seit 1994 Manor) hatte bereits 1966 ein neues Lagerhaus im Fricktal eröffnet.<sup>123</sup> In urbanen Zentren wie Basel wurde der Boden dagegen zunehmend teurer, zudem empfanden viele Stadtbewohnerinnen und -bewohner den Schwerverkehr, der mit der Distribution von Gütern verbunden war, als belästigend.<sup>124</sup> Die innerstädtischen Lagerkapazitäten verschwanden daher weitgehend, das Zollfreilager schloss 2009. An seinem Ort, im Süden der Stadt, liegen mit dem Dreispitz und dem ehemaligen Rangierbahnhof Wolf zwei jener Flächen, die in Basel euphorisch als «Transformationsareale» bezeichnet werden [21]. Diese Zukunftsvisionen gründen auf wirtschaftshistorischen Entwicklungen, die Basel in jüngster Zeit erfasst und die Struktur der Stadt tiefgreifend verändert haben.

Als Folge der veränderten Distributionswege musste beispielsweise auch für die Markthalle ein neuer Verwendungszweck gefunden werden. Wo siebzig Jahre lang Lebensmittel verkauft wurden, fand in den 2010er-Jahren ein beliebtes Gastroangebot Platz. Die Liste der Umnutzungen in Basel ist lang. Wo einst Seidenbänder produziert wurden, befindet sich heute die Basler Jugendherberge, den ehemaligen Hauptsitz der UTC nutzt die Universität Basel, jenen von Danzas der Kanton Basel-Stadt, und wo früher die Maschinenfabrik Burckhardt Kompressoren produzierte, liegt das Gundeldingerfeld. Zwischen rostigen Kränen siedelten sich dort Bistros und eine Kletterhalle, Architekturbüros und NGO an.<sup>125</sup>

Doch die Umnutzung von Fabriken, Lagerhallen oder Büros war und ist eher die Ausnahme. Zahlreiche Gebäude, die ihren alten Zweck nicht mehr erfüllen, wurden in Basel abgerissen. Im Breitequartier schossen auf dem Areal des ehemaligen Seidenbandherstellers De Bary Wohnblöcke in die Höhe, in Kleinhüningen wurde die Stückfärberei zu einem wichtigen Ort der Alternativkultur und einem Vorbild für weitere Zwischennutzungen, ehe das «Stücker» neu überbaut wurde [117]. Ähnlich erging es dem Güterbahnhof, den die Deutsche Bahn auf Schweizer Boden unterhalten hatte. In den 2000er-Jahren entwickelte sich das

nt/Areal zu einer der beliebtesten Partylocations der Stadt, ehe es der Kanton in Zusammenarbeit mit Immobilienfirmen und Stiftungen umbaute [22]. Aus dem ehemaligen Güterbahnhof und der zwischenzeitlichen Ausgangsmeile wurde das familienfreundliche Erlennatt-Quartier mit 700 neuen Wohnungen. Ein noch weit grösseres Baufeld soll sich künftig auf dem ehemaligen Chemieareal Klybeck aufbauen [58].

Der Blick auf die verschwundenen oder umgenutzten Basler Wirtschaftsareale zeigt, dass Transformation in der jüngeren Stadtgeschichte eine Konstante war. Ein massgeblicher Faktor dahinter war die Digitalisierung. Sie veränderte nicht nur die Arbeitsweisen, sondern auch die Räume der Wirtschaft.

### **Digitalisierung bei Coop: Vom «Konsi» zum Onlinehandel**

«Coop Schweiz rechnet zentraler», berichtete das «Basler Volksblatt» 1972. Die «Abend-Zeitung» titelte pathetisch: «Coop-Computerherz schlägt in Basel». Während Kundinnen und Kunden landauf, landab in Läden von Coop einkauften, berechneten Computer in Basel Umsätze, Inventarlisten oder Lieferengpässe. Die Informationen gelangten auf elektronischem Weg in die Zentrale, dort befand sich der Datenspeicher – das «Computerherz». Die neuen Möglichkeiten der EDV erlaubten die Konzentration einer einstmals stark dezentralen Organisation.<sup>126</sup>

Die Wurzeln von Coop reichten in die regionalen Konsumvereine des 19. Jahrhunderts zurück. Einige von ihnen schlossen sich 1890 im Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK) zusammen, dessen Sitz an der Thiersteinerallee in Basel lag. Neben dem Detailhandelsbetrieb der VSK unter anderem auch eine 1913 eröffnete Schuhfabrik an der Pfeffingerstrasse

und die 1914 übernommene Grossmetzgerei Bell. Die über 400 regionalen Konsumvereine führte der VSK ab 1969 in mehreren Schritten zusammen; fortan trat er unter dem Namen «Coop» auf. Die Zentrale des Detailhändlers befindet sich seit 1978 im Coop-Hochhaus mit seinem prominenten Logo, das für jeden gut sichtbar ist, der Basel mit dem Zug erreicht oder verlässt. In der Stadt sprachen die Menschen dennoch lange liebevoll vom «Konsi», wenn sie einen Laden von Coop meinten.

Der ehemalige VSK entwickelte sich zu einem Mischkonzern, der unter anderem die Ketten Interdiscount (Elektronik, seit 1996), Transgourmet (Grosshandel, 2011) und Jumbo (Baumarkt, 2021) betreibt. Ein neues, wichtiges Standbein ist der Onlinehandel. In den 2010er-Jahren verzeichnete Coop in diesem Bereich zweistellige Wachstumsraten, und der eigene Online-shop zählt zu den bekanntesten und beliebtesten in der Schweiz.<sup>127</sup>

## Basler Pioniere der EDV

Kein anderes technisches Hilfsmittel hat die Arbeitswelt des späten 20. Jahrhunderts so sehr verändert wie der Computer. Schätzungen zufolge waren in der Schweiz 1960 weniger als 30 Computer im Einsatz, 1967 waren es etwa 730, 1980 bereits über 2700.<sup>128</sup> Es handelte sich dabei um sogenannte Mainframes, raumfüllende Apparate mit Kontrolllampen, surrenden Magnetspulen und Druckern. Nur eine Handvoll spezialisierter Fachleute wusste die Maschinen zu bedienen. Ihre Anschaffung kostete anfangs mehrere Millionen Franken.

Verschiedene Unternehmen aus Basel zählten in der Schweiz zu den Pionieren im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung, kurz EDV. Neben Banken und Versicherungen investierten insbesondere die führenden Unternehmen der Basler Chemie in ausgeklügelte EDV-Lösungen, die oftmals innerhalb der Unternehmen entwickelt wurden und vorerst vornehmlich das Rechnungswesen erleichterten.<sup>129</sup> Eine strategische Bedeutung hatte der Computer für den Detailhändler Coop, der sein Geschäft von Basel aus restrukturierte und zunehmend digital steuerte.

Für die meisten Arbeitnehmenden in Basel waren Computer lange ein Fremdkörper, in den 1960er-Jahren wurden sie auch als «Elektronengehirn» bezeichnet. Weite Teile des Personals kamen höchstens indirekt mit den Apparaturen in Berührung, hauptsächlich in Form von Listen oder Lochkarten, die ein Computer berechnet und ausgespuckt hatte.<sup>130</sup>

Auf die riesigen, langsamen und teuren Mainframes folgten Personalcomputer (PC). Mit ihnen wandelte sich der Computer ab den 1980er-Jahren zum zentralen Instrument des Arbeitsalltags. Er stand für die wachsende Flut an Informationen, die es zu verarbeiten galt, für den Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft und immer mehr auch für die globale Vernetzung. Zudem veränderte er das Büro, also jenen Raum, der für die Menschen in Basel zum häufigsten Arbeitsort geworden war.

Nach 1970 entstanden in Basel einige der grössten Grossraumbüros der Schweiz: Sie sollten Kommunikation und Zusammenarbeit fördern, vor allem aber den Platzbedarf pro Arbeitsplatz reduzieren. Stellwände und Zimmerpflanzen ordneten ein grossräumiges Labyrinth, Kopiermaschinen und Kochnischen befanden sich in den Ecken, auf den Pulten stand allerlei Persönliches, wie ein Reporter nach dem Besuch eines Basler Versicherungsunternehmens protokollierte: «Postkarten, Pflanzen [...] Plüschbüsi, Poster [...]».<sup>131</sup> Das neue Arrangement stellte den Computer ins Zentrum. An die Stelle des auf einer Schreibmaschine getippten



**81 Grossraumbüro des Schweizerischen Bankvereins in Basel, 1990.** — Der Schweizerische Bankverein (SBV) zählte zu den Pionieren der EDV. Anfang der 1960er-Jahre installierte die Basler Grossbank Mainframe-Computer in ihren Regionalzentren. Sie erfassten das Tagesgeschäft, in der Nacht wurden die Daten mittels Telefonleitungen nach Basel überspielt. Ende der 1970er-Jahre verfügte der SBV über die «wohl vollständigste Datenbank der Welt», wie die Bank selbstbe-

wusst befand. Am Schalter konnten die Angestellten auf alle Informationen in Echtzeit zugreifen, intern sprach man von *real time banking*. Nach 1980 hielt der Personalcomputer (PC) Einzug, in den abgebildeten Grossraumbüros des SBV war er das unverzichtbare Arbeitsinstrument schlechthin. Er versinnbildlichte die zunehmende Digitalisierung, den Aufstieg des auf die führenden Börsen ausgerichteten Investment Bankings und die Globalisierung der Wirtschaft.

Diktats trat das Zusammenfügen von gespeicherten Textbausteinen am Bildschirm und bald auch der Versand von E-Mails. Zu den betriebsinternen Verliererinnen der Digitalisierung zählten zunächst Berufstypen wie die Sekretärin oder die Locherin, die mit der Ablösung der Lochkarten durch elektronische Speichermedien obsolet geworden war.

Als Standort von IT-Unternehmen hatte Basel eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Wie in anderen Städten verlor die Informatik-Branche mit dem Platzen der sogenannten Dotcom-Blase im Jahr 2000 an Dynamik, bis 2005 sank

in Basel-Stadt die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich um 44 Prozent.<sup>132</sup> Zu den wenigen bedeutenden Innovatoren aus Basel zählte Day, ein auf Content-Management-Systeme spezialisiertes Software-Unternehmen, das 2010 vom US-amerikanischen Konzern Adobe gekauft wurde. In anderen Städten der Schweiz hatten sich unterdessen mehr IT-Unternehmen angesiedelt, etwa in Genf, Lausanne oder Zürich.<sup>133</sup>

## Digitale Arbeitswelten

Die Digitalisierung der Wirtschaft war mit der Angst verbunden, der Mensch werde im Arbeitsprozess immer weniger gebraucht. In den vorausgegangenen Jahrzehnten hatte sich in Basel das Verhältnis zwischen digital und analog vollzogenen Arbeitsprozessen verschoben: Computer waren aus der Wirtschaft – wie auch aus dem Alltag – nicht mehr wegzudenken.

Mit der Verbreitung des Internets und mobiler Arbeitsgeräte wie dem Laptop oder dem Smartphone geriet die Bürolandschaft im 21. Jahrhundert erneut in Bewegung. Auch in Basel öffneten Arbeitsräume, in denen spontan und flexibel gearbeitet werden konnte, darunter Cafés, die über drahtlose Internetanschlüsse verfügten [82]. Dazu kamen Co-Working-Spaces, oftmals weiträumige Büroflächen, in denen Personen oder kleine Unternehmen nach Bedarf Arbeitsplätze mieten können. Das Homeoffice, die Arbeit von zu Hause aus, verbreitete sich während der Corona-Pandemie zur bevorzugten Arbeitsform, die sogar zeitweise Pflicht war.

Das klassische Büro hatte in Basel zunehmend einen schwierigen Stand. Im Vergleich zu anderen Schweizer Städten herrschte Mitte der 2010er-Jahre in Basel ein Überangebot an Büroflächen, die Mieten waren entsprechend tief. Auch das Beschäftigungswachstum war in dieser Zeit ausgesprochen niedrig, in einem internationalen Vergleich mit achtzehn anderen Regionen lag Basel an zweitletzter Stelle, deutlich hinter Zürich und Genf und weit hinter Stockholm, Boston oder München.<sup>134</sup>

Dennoch florierte der Wirtschaftsstandort Basel. Zwischen 2013 und 2018 wuchs das reale BIP jährlich um 3,4 Prozent, einzig die Region San Francisco, bekannt für die boomenden IT-Konzerne aus dem Silicon Valley, lag darüber. Mit einem BIP von gut 190 000 Franken pro Kopf befand sich Basel-Stadt auf der Spitzenposition, es war mehr als doppelt so hoch wie der Schweizer Durchschnitt. Wie war die Diskrepanz zwischen dem hohen BIP und anderen, eher schwachen Wirtschaftsindikatoren zu werten?



**82 Kaffeehaus «Unternehmen Mitte» in der ehemaligen Schaltherhalle einer Bank, 2022.** — Mit dem Aufkommen von Laptops und Tablets wurde die Arbeit mobiler. Kaum ein Café in Basel wurde so rege zum Arbeiten genutzt wie das 1998 gegründete «Unternehmen Mitte». Das Kaffeehaus befindet sich in der ehemaligen Basler Filiale der Schweizerischen Volksbank: Es ist ein Beispiel für die Umnutzung von Gebäuden, die für einen anderen Zweck erbaut worden waren.

Die extrem hohe Wertschöpfung in der Region Basel war fast ausschliesslich auf das Wachstum der Life Sciences zurückzuführen. In allen anderen Branchen war die Wirtschaftsentwicklung in den 2010er-Jahren moderat oder gar negativ, in der nach wie vor bedeutenden Logistik sank die Wertschöpfung um zwölf Prozent. Im Vergleich zu früher sei die chemisch-pharmazeutische Industrie noch einflussreicher geworden, erklärte der Geograf Martin Forter, ein Experte für die Altlasten der Basler Chemie. Die wirtschaftliche Monokultur sei zugleich «Segen und Fluch» für die Region.<sup>135</sup>

Die Digitalisierung hatte auch jene Branche verändert, von der Basels Wohlstand massgeblich abhing. Seit den 1970er-Jahren generierten und nutzten Pharmaunternehmen immer grössere digitale Datensätze in der Forschung und Entwicklung, und neue Analyse- und Synthesetechnologien hielten Einzug in die Labors. Für den Standort Basel schien die zunehmende Bedeutung der Informatik nicht frei von Gefahren. Als zukünftige und möglicherweise weit überlegene Konkurrenten erschienen Akteure aus dem Umfeld jener gigantischen IT-Konzerne des Silicon Valley, die sich auf das Verarbeiten, Verwalten und Verwerten von Daten spezialisiert hatten. Um 2020 wurde die «künstliche Intelligenz» (KI) als disruptive Kraft gehandelt, gerade auch in der für Basel so bedeutsamen Gesundheitsindustrie.<sup>136</sup>

Ob KI eine ähnlich starke Wirkung entfalten wird, wie es die Globalisierung und die Digitalisierung nach 1960 taten? In den vergangenen sechzig Jahren haben diese Entwicklungen Basel verwandelt. Einst beanspruchten Industrie und Logistik grosse Teile der Stadtfläche, heute stehen in der Stadt hohe Geschäftshäuser und Laborgebäude, die Basels neue Skyline zeichnen.

## Anmerkungen

- 1 Banz 1964b, S. 14.
- 2 Prognos 1965, S. 21–22. Banz 1964b. Bürgin u. a. 1987.
- 3 Grossmann 2019, S. 217. StatJB 1970, S. 39. StatJB 1972, S. 112.
- 4 Prognos 1965, S. 5.
- 5 Industrie- und Handelskammer Hochrhein 1971, S. 9–11.
- 6 Strasser 1976, S. 136. Peyer 1996, S. 80–84.
- 7 Basel-Stadt Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt; Basel-Landschaft Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion; Kanton Jura Département de l'économie et de la santé 2020, S. 43–44.
- 8 Pfister 2023. Weber 2021, S. 31. Hochschule Luzern Technik & Architektur 2018.
- 9 «Werbung Möbel Pfister», in: NZ, 12.02.1965.
- 10 Franc 2021, S. 160. Ehrenbold 2021a, S. 67.
- 11 «Arbeitslose in der Schweiz», Antenne, SRF, 20.11.1974. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/arbeitslose-in-der-schweiz?urn=urn:srf:video:d3ff8006-b7c4-4a61-a58c-d5407e4fe47e>, abgerufen am 27.06.2023.
- 12 Frey 1975, S. 80. Degen 2000, S. 361–363. Zahn 2021, S. 77–78.
- 13 Nanni 2009, S. 238–239.
- 14 Clivio; Richter, 2. September 1965.
- 15 Nanni 2009.
- 16 Bauer 1981, S. 239–242. Wild 2012. Hochreiter 2001, S. 20–21.
- 17 Kreis 2000, S. 293. Schneider-Sliwa u. a. 2001, S. 22.
- 18 Borner; Brunetti; Straubhaar 1990, S. 18.
- 19 Ebd., S. 105.
- 20 Borner 1991.
- 21 Pérez 2004, S. 30–34.
- 22 Ebd., S. 34.
- 23 König 2016, S. 267–268.
- 24 Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 448. Franc 2021, S. 177–180.
- 25 Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 282. thuba AG 2022, S. 3–4. Bachofen u. a. 2008, S. 81. Ehrenbold 2021c, S. 155–163.
- 26 Basler Handelskammer 1992, S. 86.
- 27 Pfister 2009, S. 34–35. Bossert 2015, S. 434–436. Mäder 2015, S. 93–96.
- 28 Schneider-Sliwa u. a. 2001, S. 25. Zahn 2021, S. 77.
- 29 Sutter 2011, S. 235. Zahn 2021, S. 127, 248.
- 30 Degen 1986, S. 180–184. Degen 2006. Mäder 2015, S. 97–100.
- 31 «Die Wut der Privatisierten», in: Wochenzeitung, 27.09.1996.
- 32 Häberlin 2006.
- 33 Mäder 1991, S. 14. Mäder 2009.
- 34 «Sozialhilfe: Basel sprengt Prognosen», in: bz Basel, 31.07.2003.
- 35 Kreis 2000, S. 293–296. Maegli 2000, S. 101.
- 36 Bodmer 2005, S. 16–20.
- 37 Mäder; Streuli 2002, S. 71.
- 38 Hochreiter 2001, S. 10–14.
- 39 Sutter 2015, S. 13–14. Basel-Stadt Departement für Wirtschaft; Basel-Landschaft Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion; Kanton Jura Département de l'économie et de la santé 2020, S. 65–68.
- 40 Basel Area, <https://baselarea.swiss/de/about-us/>, abgerufen am 27.06.2023.
- 41 Maissen 1992, S. 209.
- 42 Ebd., S. 225.
- 43 Kreis 2016a.
- 44 König 2016, S. 278.
- 45 Dettwiler 2021, S. 104–131. König 2016, S. 206–212. Hochreiter u. a. 2021.
- 46 Forter 2010, S. 51–91. Forter 2000, S. 193–262.
- 47 Bieri 2009. Museum für Gestaltung Zürich; Janser; Junod 2009.
- 48 Studer 1997, S. 246–251. Bürgi 2011, S. 31–34.
- 49 Erni 1979. Ehrenbold 2017, S. 107–125.
- 50 König 2016, S. 228–229.
- 51 Hochreiter 2021, S. 234.
- 52 Ehrenbold 2021b, S. 34. Bachofen u. a. 2008, S. 33–47.
- 53 Studer 1979, S. 4.
- 54 König 2016, S. 219.
- 55 Weber 2021, S. 35. Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 421.
- 56 Schaffner 2022, S. 79.
- 57 König 2016, S. 228–229.
- 58 Zeller 2001, S. 251.
- 59 Dettwiler 2021, S. 153–158. Lampugnani 2009. Hicklin 2016.
- 60 König 2016, S. 269–275. Drews 1998. Timmermann 2019. Hochreiter u. a. 2021. Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 276–278.
- 61 Novartis Archiv, Ciba-Geigy, Division Pharma, PH 4.04.08, Biotechnikum.
- 62 König 2016, S. 244. StABS, ED-REG Ic, 923-4-1 (1), Kommission zur Beaufsichtigung wissenschaftlicher Versuchstiere.
- 63 Hicklin 2016. Lefkovits 2017.
- 64 Frei 2018, S. 85.
- 65 Ebd., S. 77–114.
- 66 Kreis 2010.
- 67 Aiolfi 2001. Vogel 2021.
- 68 König 2016, S. 255–264.
- 69 Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 398–404.
- 70 Schneider-Sliwa u. a. 2001, S. 15. Basel-Stadt Departement für Wirtschaft; Basel-Landschaft Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion; Kanton Jura Département de l'économie et de la santé 2020, S. 69.
- 71 Jehle-Schulte Strathaus 2016. Hochreiter u. a. 2021.
- 72 «Der Turm, der Basels Stadtbild in Schiefelage brachte», in: TagesWoche, 14.09.2015. Online: <https://tageswoche.ch/gesellschaft/der-turm-der-basels-stadtbild-in-schiefelage-brachte/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 73 Huber 2014, S. 343–354.
- 74 Fäh 1978, S. 195.
- 75 Sarasin 1997. Ehrenbold; Hafner 2020, S. 203–206. Keller 2001.
- 76 Lüpold 2008, S. 773. Mach; David; Bühlmann u. a. 2017.
- 77 Erbacher 2014, S. 182. «Zum Gedenken an Alfred E. Sarasin», in: NZZ, 11.05.2005. Online: <https://www.nzz.ch/articleCT092-Id.344089>, abgerufen am 02.08.2024.
- 78 Gusset; Zahn 2020. Bauer 1972.
- 79 Pfister 2009, S. 10–11.
- 80 Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 859–861.
- 81 Straumann 2006.
- 82 Gusset; Zahn 2020, S. 180–195.
- 83 Toniolo 2005, S. 473–474.
- 84 Borio; Claessens; Clement u. a. 2020.
- 85 Schütz 2008.
- 86 Ehrenbold 2017, S. 92–101.
- 87 Franc 2021, S. 189. Halbeisen; Müller; Veyrassat 2017, S. 282–283.
- 88 Gusset; Zahn 2020, S. 170.
- 89 Tanner 2015, S. 39.
- 90 Mäder 2015, S. 50–51. Schütz 2008.
- 91 König 2016, S. 260.
- 92 Weber 2021, S. 68–70.
- 93 Bär 2015, S. 35–37.
- 94 Escher; Lüönd 2013, S. 301.
- 95 Helvetia: Helvetia Campus Basel, <https://www.helvetia.com/ch/web/de/ueber-uns/informationen/campus-basel.html?rid=campus>, abgerufen am 27.06.2023.
- 96 Kury; Baur; MCH Group 2016.
- 97 Ebd., S. 236–240.
- 98 Ebd., S. 215.
- 99 «Die Messe ist tot, es lebe die Messe», in: Blick, 08.02.2019.
- 100 Kury; Baur; MCH Group 2016, S. 318.
- 101 «Verkehrte Welt: So reden Messe und Kanton das Baselworld-Fiasko schön», in: TagesWoche, 09.11.2017. Online: <https://www.tageswoche.ch/wirtschaft/verkehrte-rede-rede-messe-und-kanton-das-baselworld-fiasko-schoen/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 102 Breitenmoser 1960, S. 443.
- 103 Lüem 2003, S. 77–243. Lüem 2000. Merzweiler. Vogt 2004, S. 88–95. Grivat; Gorskey 2016, S. 10–26.
- 104 Lüem 2000, S. 116.
- 105 «Sonderbeilage Spedition», in: BaZ, 09.05.1980.
- 106 Vahrenkamp 2011, S. 12.
- 107 Lüem 2000. Hochreiter 2001, S. 48.
- 108 Weber 2021, S. 78.
- 109 Diallo; Deutsche Post DHL Group 2015, S. 34–46. SWA, Verkehr A 32, Danzas.

- 110 Vahrenkamp 2011, S. 323–324. Diallo; Deutsche Post DHL Group 2015, S. 54.
- 111 «Traditionsmarke Danzas verschwindet», in: BaZ, 01.11.2002. «Basel verliert die Traditionsmarke Danzas», in: NZZ, 01.11.2002. SWA, Verkehr A 32, Danzas.
- 112 Lennane, Alex: Market talk: anger and sadness as Panalpina sign falls at Basel HQ, in: The Load Star, 08.06.2020. Online: <https://theloadstar.com/market-talk-anger-and-sadness-as-panalpina-sign-falls-at-basel-hq/>, abgerufen am 27.06.2023.
- 113 «Khaki-hosen ausgezogen», in: Die Weltwoche, 02.07.1998.
- 114 Haller 2019, S. 182.
- 115 SWA, H+I C 716, Union Trading Company.
- 116 SWA, H+I Bb 136, Tally Weijl.
- 117 Haller 2019, S. 342–344.
- 118 Pieth; Betz 2022, S. 38.
- 119 Raaflaub, Christian: Das Tor zur Welt am Rheinknie, in: Swisinfo, 26.07.2003. Online: <https://www.swisinfo.ch/ger/das-tor-zur-welt-am-rheinknie/3429528>, abgerufen am 27.06.2023.
- 120 «Hafenbecken 3 nimmt Volksschwelle – Für Realisierung fehlen aber noch einige Entscheide», in: bz Basel, 29.11.2020.
- 121 Bauer 1981, S. 274. «Sonderbeilage Spedition», in: BaZ, 09.05.1980.
- 122 Salvisberg 2017, S. 219.
- 123 SWA, H + I C5M, Magazine zur Rheinbrücke AG Basel.
- 124 Stadelmann 2021.
- 125 Buser 2017, S. 186.
- 126 Egger 2014, S. 187–188.
- 127 «Coop wächst im Onlinehandel», in: Handelszeitung, 06.01.2020. Online: <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/coop-wachst-im-onlinehandel>, abgerufen am 27.06.2023.
- 128 Egger 2014, S. 88.
- 129 Egger 2014.
- 130 Ebd., S. 34. Kern; Sury 1973.
- 131 Fehr; Keller; Morgenthaler 1991, S. 82–88.
- 132 Weber 2021, S. 61.
- 133 Henger 2008, S. 146.
- 134 Weber 2021; Basel-Stadt Departement für Wirtschaft; Basel-Landschaft Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion; Kanton Jura Département de l'économie et de la santé 2020.
- 135 Mäder 2015, S. 72.
- 136 «Einen Kontrahenten müssen die grossen Pharmafirmen fürchten: das Silicon Valley», in: TagesWoche, 12.12.2016.





1988 Kid-Hexi cano Joe-Johnny-Jess-  
 Oasis / Greifengasse Ray +2oto  
 Medii  
 (Rumy)



# Emotionen und Alltag: Das private Basel

Im Basler Staatsarchiv liegt ein Fotoalbum, das die Szene der sogenannten Halbstarcken dokumentiert. Die Bilder zeigen Jugendliche, die in Bars feiern, die sich modisch inszenieren, die leidenschaftlich gegen das Establishment sind. Was heutzutage gesellschaftlich akzeptiert ist, war um 1960 noch stigmatisiert. Damals dominierte ein konservatives Familienbild mit dem Vater als Alleinernährer und der Mutter, die für Kinder und Haushalt zuständig war. Seither hat sich die Gesellschaft liberalisiert, es entstanden Wohngemeinschaften, Kitas, die gleichgeschlechtliche Liebe gewann an Akzeptanz. Dabei verschoben sich auch die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Leben. Am Beginn dieser Verschiebungen standen häufig abweichende, subversive Lebensformen, beispielsweise der Konsum von harten Drogen, der nach grossen Widerständen zur gesellschaftlichen Verantwortung erklärt wurde. Doch Stigmatisierungen sind oft beharrlich, der Rückzug ins Private bietet auch Schutz vor Ablehnung. Nicht viele Menschen in Basel haben ihr eigenes Fotoalbum öffentlich gemacht.

## Familie und Sexualität in Zeiten gesellschaftlicher Liberalisierung

Ein Bild trauer Zweisamkeit: Die Ehefrau kümmert sich um ihren Ehemann, lächelnd schöpft sie ihm die Suppe [83]. Der kürzlich gewählte Basler Bundesrat Hans-Peter Tschudi und seine Ehefrau, Irma Tschudi-Steiner, erscheinen hier als ideales Ehepaar. Dabei hatte sie als erste Frau an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel habilitiert. Später arbeitete sie als Privatdozentin der Pharmazie an den Universitäten Basel und Bern. Trotz ihrer akademischen Laufbahn betonte Hans-Peter Tschudi in einem Interview von 1972, seine Frau sei «in erster Linie Hausfrau».<sup>1</sup> Das bürgerliche Familienideal nahm innerhalb der Familien eine klare Rollenzuschreibung vor, mit dem Ehemann als Ernährer und der Ehefrau als Haushälterin. Dieses Ideal prägte Gesetze, die Gesellschaftsordnung und persönliche Lebensentwürfe bis in die Gegenwart.

Wer dem bürgerlichen Familienideal nicht entsprach, geriet ins Visier der Behörden. Die Familie galt als Fundament einer gesunden Gesellschaft, ein zentrales Gut, das gegebenenfalls auch mit zivilrechtlichen Massnahmen geschützt wurde. Von Eingriffen in das Privatleben waren auch Jugendliche betroffen, die angeblich nicht gut erzogen waren. Zu Beginn der 1960er-Jahre erhöhte das Jugendamt seine Präsenz im öffentlichen Raum. Es schickte Detektive in die Kinos, Dancings und Spielsalons der Stadt. Das Jugendamt bezeichnete diese Freizeiteinrichtungen als «einschlägige» Orte, an denen sich «dubiose Elemente» herumtrieben. Die Detektive sollten gefährdete, sogenannte «verwahrloste» Jugendliche melden: junge Menschen, die Alkohol tranken oder Drogen konsumierten, ledige Frauen, die mit Männern anbandelten, Jungen mit Interesse an gleichgeschlechtlichen Beziehungen.<sup>2</sup> Falls die Detektive ein solches Verhalten entdeckten, konnten die Behörden «fürsorgliche Massnahmen» ergreifen – das Basler Jugendamt fungierte in Basel-Stadt zugleich als Vormundschaftsbehörde. Eine solche Massnahme war die Fremdplatzierung, also die Unterbringung in einem Heim, einer Erziehungsanstalt, der Psychiatrie oder in einer Pflegefamilie.

### Von «verwahrlosten» Jugendlichen und «versagenden» Müttern

Solche Fremdunterbringungen gab es in der ganzen Schweiz. Das übergeordnete Recht schrieb den Kantonen vor, für das Kindeswohl zu sorgen.<sup>3</sup> Wurde dieses als gefährdet eingestuft, mussten die Behörden eingreifen. Von ihren Eltern wurden



**83 Hans-Peter Tschudi und Irma Tschudi-Steiner, 1960.** — Der frisch gewählte Bundesrat Hans-Peter Tschudi und seine Ehefrau, die Pharmazeutin Irma Steiner, in ihrer Basler Wohnung.

Kinder häufig aus sittlich-moralischen Gründen getrennt. Denn nicht nur die Jugendlichen selbst, auch die Familienverhältnisse standen unter Observation.

Noch um 1960 orientierten sich weite Teile der Gesellschaft an bürgerlichen und konservativen Familienmodellen. Der Vater hatte zu arbeiten, die Mutter musste ihre Kinder zu tüchtigen Bürgerinnen und Bürgern heranziehen und den Haushalt führen. Man war verheiratet, arbeitsam, fleissig. Sex war etwas für Verheiratete – das galt insbesondere für Frauen. Die Mutter war das Zentrum der idealen Familie, sie wurde bei Heimeinweisungen auch besonders oft erwähnt, zum Beispiel wenn sie arbeitete oder alleinstehend war.<sup>4</sup> Alleinstehende Mütter und unverheiratete Eltern mussten bei den Behörden die elterliche Obhut für ihre Kinder beantragen. Eine prekäre Erwerbssituation, moralische Vorbehalte gegenüber dem Kindsvater oder Gewalt innerhalb der Familie waren Faktoren, die zu einer Fremdplatzierung führen konnten.

Auch Scheidungen gaben oft Anlass zu einer Fremdplatzierung. Ab den 1940er-Jahren verbreitete sich die Annahme, dass die Trennung der Eltern für Kinder schädlich sei. Man bezeichnete die betroffenen Kinder als «Scheidungswaisen» und rechtfertigte damit eine staatliche Intervention. In Basel-Stadt wurden besonders viele Kinder aus gescheiterten Ehen fremdplatziert, eine Konsequenz der hohen Scheidungsrate im Kanton. Bei Scheidungen klärte das Jugendamt ab, ob das «Kindwohl» gefährdet sei. Das Basler Zivilgericht entzog 1965 bei fast einem Zehntel der Scheidungsverfahren die elterliche Gewalt. Ein weiteres Drittel der Eltern mussten nach einer Scheidung eine vormundschaftliche Aufsicht für ihre Kinder akzeptieren.<sup>5</sup>

Im Fokus der Behörden standen jedoch immer weniger die Familienverhältnisse, sondern die Jugendlichen selbst. Hinweise auf eine angeblich problematische Jugendkultur nahmen in den 1960er-Jahren zu. Dazu zählten die Behörden und viele Eltern das Zusammenleben in Kommunen oder Wohngemeinschaften, den Drogenkonsum und das nächtliche Ausgehverhalten.<sup>6</sup> Auch hier konnte die Fremdplatzierung zum Einsatz kommen: Der Aufenthalt in einem Heim oder einer Pflegefamilie sollte die fehlbaren Jugendlichen erziehen und von ihrem angeblich falschen Lebensstil abbringen.

Die Zahl der Fremdplatzierungen insgesamt war zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits rückläufig.<sup>7</sup> Gleichzeitig schuf das Jugendamt neue Angebote, die eine Fremdplatzierung im Vorfeld verhindern sollten. Es erweiterte sein Beratungsangebot und eröffnete 1973 die Notschlafstelle für obdachlose Jugendliche.<sup>8</sup> Der Kanton baute die kinderpsychiatrischen Angebote aus und trennte sie von der Erwachsenenpsychiatrie. Auch die Erziehungsheime selbst veränderten sich. Interne Reformen hatten sich bereits zu Beginn der 1960er-Jahre abgezeichnet, die 68er-Bewegung und ihre «Heimkritik» erhöhten den Reformdruck weiter.<sup>9</sup> Heime wurden in dieser kritischen Perspektive als gewaltvolle Institutionen dargestellt, die den Jugendlichen nicht halfen, sondern sie bestrafte. Weitgehend ausgenommen von dieser Kritik war das mitten in der Stadt gelegene Basler Waisenhaus. Es genoss einen guten Ruf, was auch daran lag, dass es nur sogenannte «erziehungsfähige» Kinder annahm. Wie andere Heime auch professionalisierte das Waisenhaus seine Betreuung seit 1960.<sup>10</sup>

Der gesellschaftliche Wandel erreichte auch die Behörden, die Fremdplatzierung wurde nur noch als äusserstes Mittel eingesetzt. 1978 führte der Bund das revidierte Kindesrecht ein.<sup>11</sup> Mit der Revision wurden aussereheliche den ehelichen Kindern gleichgestellt und die elterliche Gewalt einer alleinstehenden Mutter automatisch erteilt. Damit war nicht nur eine Liberalisierung des Familienlebens

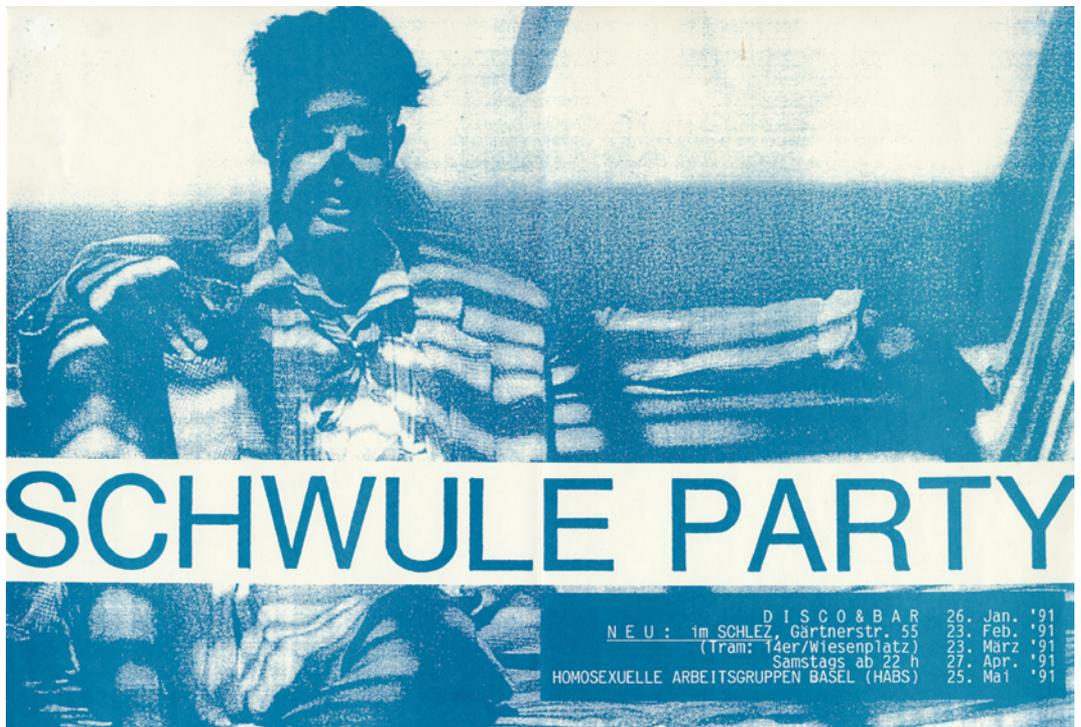
verbunden, auch die Sexualität entzog sich allmählich immer mehr der staatlichen Kontrolle. Der Wandel ermöglichte neue Beziehungsformen, die insbesondere im städtischen Raum sichtbar wurden.

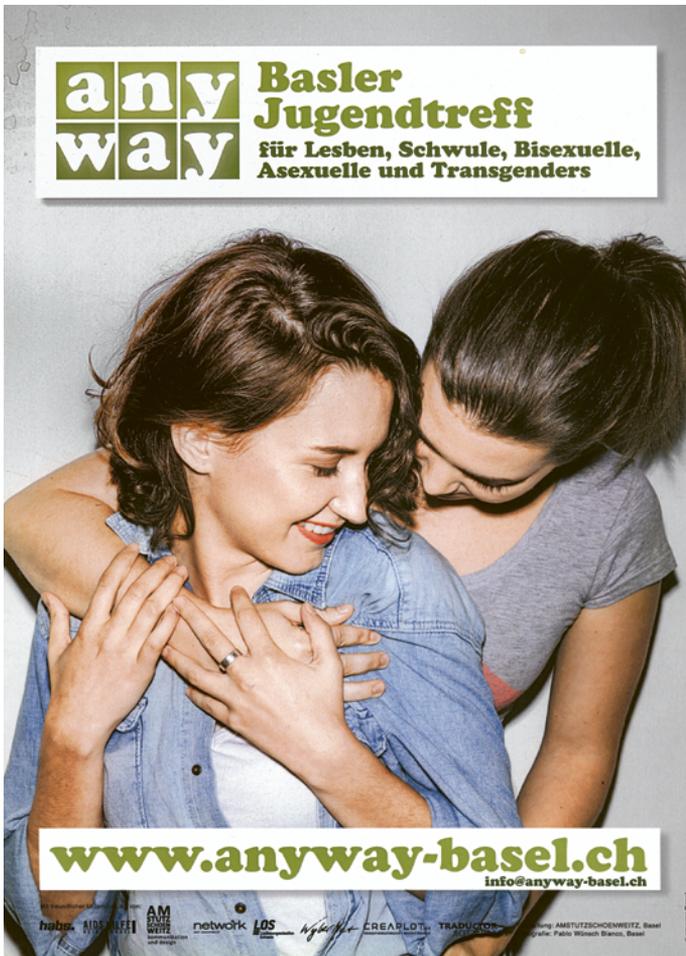
### Die Schwulenbewegung kämpft um Anerkennung

Die Stigmatisierung von homosexueller Liebe hielt auch in Basel lange an. Zwar war gleichgeschlechtlicher Sex zwischen Erwachsenen in Basel seit 1919 und in der restlichen Schweiz seit 1942 erlaubt. Homosexuelle wurden aber weiterhin diskriminiert und verfolgt. Die Basler Polizei führte in Schwulenclubs Razzien durch, kontrollierte Schwule in Parks und führte bis 1980 ein Homosexuellenregister.<sup>12</sup> Trotz dieser repressiven und homophoben Stimmung entstanden Räume, in denen Sexualität unter Männer stattfinden konnte. So bewilligten die Behörden den

**84 Flyer des Schwulen- und Lesbenzentrums (Schlez), 1991.** — 1991 eröffnete in Kleinhüningen das Schwulen- und Lesbenzentrum, abgekürzt Schlez. Das Schlez stand in einer Tradition der politisch aktiven Schwulen- und Lesbengruppen, die zuvor selten zusammen-

gearbeitet hatten. In den 1990er-Jahren hatte die gesellschaftliche Toleranz bereits zugenommen. Eigene Räume, die aufwendig bespielt werden mussten, verloren in der Folge an Attraktivität. 1997 schloss das Schlez; andere Schwulenbars folgten.





**85 Werbung für «anyway», einen Treff für queere Jugendliche, 2018.** — 2011 eröffnete im Quartier Neubad der Treffpunkt «anyway» für queere Jugendliche, oder in eigenen Worten: «der Basler Jugendtreff für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Asexuelle und Transgenders». Um jene Zeit vervielfältigten sich die Möglichkeiten und Vorstellungen von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten. Damit kamen aber auch neue Formen der Diskriminierung auf, insbesondere mit Bezug auf queere Jugendliche – ein Hinweis darauf, dass nach wie vor Männer und Frauen und die (Liebes-)Beziehungen zwischen ihnen als Norm galten. Der Treffpunkt sollte ein geschützter Raum sein, eine Möglichkeit, sich unter Gleichgesinnten auszutauschen und Unterstützung beim Coming-Out zu erhalten.

1957 eröffneten «Isola»-Club in der Innenstadt. Im Club konnten Schwule unter sich sein und andere Homosexuelle kennenlernen. Um behördlich akzeptiert zu werden, war «Isola» auf Anpassung bedacht und betonte, dass auch Schwule «korrekte, saubere Menschen» seien.<sup>13</sup>

Auch für Homosexuelle waren die mit dem Jahr 1968 verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche ein Moment der Politisierung. Inspiriert von internationalen Vorbildern sowie den Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich organisierten sich auch in Basel Schwule und gründeten 1972 die Homosexuellen Arbeitsgruppen Basel (habs). Die Organisation hatte zum Ziel, sich gegenseitig in der sexuellen Orientierung zu bestärken, gesellschaftliche Gleichberechtigung und Akzeptanz einzufordern und «die Homosexuellen ganz in die Gesellschaft zu integrieren».<sup>14</sup>

Ein Schlüssel zur Selbstbestimmung war das öffentliche Outing. Wer sich öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte, zeigte seine inneren Bedürfnisse und protestierte gleichzeitig gegen das Stigma, ausserhalb der Gesellschaft zu stehen. An Demonstrationen, wie beispielsweise der ‹Gay 80› forderte die ‹habs› ihr Recht auf Liebe ein.

Die Presse berichtete positiv von der ‹Gay 80›, eine Zeitung schrieb von einem ‹in allen Farben schillernden Zug›.<sup>15</sup> In der Publikation ‹Männergeschichten› von 1988 stellten die Autoren fest, dass die gesellschaftliche Toleranz in Basel gewachsen sei. Schwulsein als ‹mögliche Lebensgestaltung› zu propagieren bedeute jedoch nach wie vor eine Grenzüberschreitung. Erst 2022 wurde in der Schweiz die gleichgeschlechtliche Ehe erlaubt.<sup>16</sup>

Ab den 2000er-Jahren stellten Bewegungen, die sich nun ‹queer› nannten, erneut die Vorstellungen von Sexualität und Geschlecht in Frage. Verschiedene sexuelle und geschlechtliche Identitäten ergänzten das Spektrum der Liebe. Das Kürzel ‹LGBTQI+› (für ‹lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell und weitere Geschlechtsidentitäten›) prägte die gesellschaftliche Debatte. In Basel manifestierte sich dieses neue Verständnis durch neue Angebote, wie das Filmfestival ‹Luststreifen›, das seit 2008 Filme zu Genderfragen zeigte. Im April 2017 nannten sich die ‹habs› um zu ‹habs queer Basel›.

### **Lesben in Basel: Eine unerforschte Bewegung**

Neben der politisch aktiven Schwulenbewegung existierte in Basel auch eine Lesbenbewegung, die jedoch weniger sichtbar war und historisch noch kaum erforscht ist. Die ‹habs› arbeitete nur punktuell mit Lesben zusammen. Die drängenden Themen lesbischer Frauen waren nicht dieselben, zudem traten Schwule in gemischten Gruppen, auch bei gemeinsamen Demonstrationen, dominanter auf.<sup>17</sup> Lesben schlossen sich der feministischen Bewegung an, ihre ersten eigenen Initiativen entfalteten sich in diesem stark politisierten Milieu. 1979 gründeten sie eine Lesbengruppe, die im ‹Frauenzimmer› im Davidsboden, der ersten Frauenbeiz der Stadt, und später in der Kaserne angesiedelt war. 1988 ging daraus der Verein Lesbeninitia-

tive Basel hervor, der durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit den ‹herabwürdigenden Vorurteilen gegenüber Lesben entgegenwirken› wollte.<sup>18</sup> Ein Jahr später vereinten sich die lokalen Lesbenorganisationen zur national tätigen Lesbenorganisation Schweiz (LOS). Ab den 1990er-Jahren intensivierten lesbische und schwule Gruppen in Basel ihre Zusammenarbeit. Im von 1991 bis 1997 betriebenen Schwulen- und Lesbenzentrum Schlez im Klybeckquartier feierten Schwule und Lesben gemeinsam.<sup>19</sup> Ab den 2010er-Jahren, als die binäre Unterscheidung zwischen den Geschlechtern zunehmend in Frage gestellt wurde, vereinten sich lesbische und schwule Gruppen zunehmend unter dem Begriff ‹queer›.

Die Themen Gender und Geschlecht polarisierten in Basel: 2023 führte der Vorschlag, Homo- und Bisexualität, Transpersonen und Intergeschlechtlichkeit ins kantonale Gleichstellungsgesetz aufzunehmen, zu heftigen Diskussionen. Vertreterinnen der Frauenrechtsbewegung fürchteten, dass das Gesetz die Bekämpfung der bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern vernachlässige. Homo-, bi- und transsexuelle Menschen sahen in dem Gesetz hingegen eine Anerkennung und einen dringend benötigten Schutz vor Diskriminierung.<sup>20</sup>

### **Sexuelle Freiheiten und neue Beziehungsformen**

Ab den 1970er-Jahren gerieten auch die Normen heterosexueller Beziehungen zunehmend ins Wanken. Die 68er-Bewegung hatte die «freie Liebe» eingefordert. Kurz zuvor war in der Schweiz die Antibabypille auf den Markt gekommen; Sexualität wurde damit zunehmend vom Kinderkriegen losgelöst. Auch in Basel war es insbesondere die neue Frauenbewegung, die alternative Beziehungsformen und eine selbstbestimmte Sexualität der Frau einforderte.

In der Öffentlichkeit herrschte lange ein Bild der Frau vor, die zuweilen selbst Opfer ihres Körpers wird: Die NZZ stellte 1973 gar einen kausalen Zusammenhang zwischen weiblicher Anatomie und krimineller Energie her. Der Zeitung zufolge nehme die Wahrscheinlichkeit eines Ladendiebstahls zu, «wenn sie sich in einer besonderen körperlich-seelischen Konstellation befinden» – wenn also Frauen schwanger waren, sich in den Wechseljahren befanden oder die Periode hatten.<sup>21</sup> Zu dieser Zeit gab es auch in Basel fast ausschliesslich männliche Gynäkologen. Dem Thema Frauengesundheit verschrieb sich eine Selbsthilfegruppe, die Ende der 1970er-Jahre im Frauenzentrum in der Kaserne Untersuchungen und Beratungen anbot. Man wollte Kenntnisse über den eigenen Körper erlangen, «weil wir Frausein nicht als lebenslängliche Krankheit erleben wollen».<sup>22</sup> 1980 ging aus der Frauengesundheitsbewegung die Gruppenpraxis Paradies in der Nachbargemeinde Binningen hervor, eine Praxis «von Frauen für Frauen».<sup>23</sup>

Ganz oben auf der Agenda der Frauenbewegung stand das Thema Schwangerschaftsabbruch. In Basel bestand seit den 1950er-Jahren mit dem Sozialmedizinischen Dienst eine staatliche Institution, die sich unerwünschter Schwangerschaften annahm. Sie beriet und unterstützte Schwangere und informierte über Verhütungsmöglichkeiten. Bei einem Wunsch nach einem Schwangerschaftsabbruch überprüften, wie vom Gesetz vorgesehen, zwei Ärzte die psychische Gesundheit und soziale Situation der Schwangeren und entschieden über eine Abtreibung.<sup>24</sup> Das sogenannte Basler Modell fand breite Anerkennung. Wie die

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

**86 Übersicht über das Konkubinatsverbot in der Schweiz aus der Zeitschrift *«Sie und Er»*, 1971.** — Umgeben von Liebesnestern: Während in den benachbarten Kantonen Aargau, Solothurn und Bern, zu dem damals noch das Gebiet des heutigen Kantons Jura gehörte, das Zusammenleben unverheirateter Paare bereits erlaubt war, galt in beiden Basler Kantonen weiterhin das Konkubinatsverbot. Basel-Stadt war mit der Abschaffung 1978 ein Nachzügler. In den 1980er-Jahren war es unverheirateten Paaren noch in sechs Kantonen verboten zusammenzuleben. In den meisten dieser Kantone existierte das Verbot zwar auf dem Papier, wurde jedoch nicht mehr durchgesetzt. 1996 schuf das Wallis als letzter Kanton das Konkubinatsverbot ab.

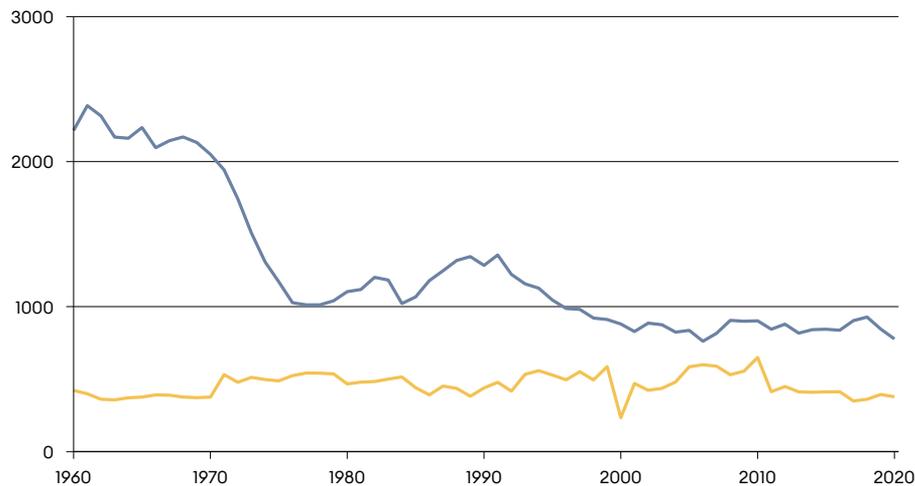
damalige Leiterin des Dienstes berichtete, wurden durchaus auch Gesuche abgelehnt. «Für unseren Entscheid» sei die Hälfte der Frauen im Nachhinein «dankbar» gewesen.<sup>25</sup> Solche Aussagen werteten feministische Kreise als bevormundend, sie forderten eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches, zum Beispiel die Straffreiheit innert einer bestimmten Frist, die Legalisierung und eine Enttabuisierung.<sup>26</sup> Erst die Fristenregelung, die 2002 schweizweit den straffreien Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche einführte, beendete die Debatte vorläufig.

Das konservative Familienbild und die «Institution Ehe» begannen zu bröckeln. Die Zahl der Eheschliessungen verringerte sich in Basel zwischen 1970 und

1975 um rund die Hälfte von 2000 auf 1000 pro Jahr [87].<sup>27</sup> Aber die gesellschaftliche Liberalisierung verlief in kleinen Schritten. Basel schuf das Konkubinatsverbot erst 1978 ab – sechs Jahre später als beispielsweise der Kanton Zürich [86]. Bis dahin durften uneheliche Paare nicht zusammenleben. Partnerinnen und Partner, die gemeinsam wohnten, aber nicht verheiratet waren, mussten mit Stigmatisierungen leben und beispielsweise Anzeigen von Vermietern erdulden. Im Konkubinat lebenden Ausländerinnen und Ausländern drohte gar die Gefahr, dass ihre Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert wurde.<sup>28</sup>

Die Abschaffung des Konkubinatsverbots und die Revision des bundesweiten Ehegesetzes waren der deutlichste Ausdruck der sich verändernden Beziehungsmodelle. Die in den 1970er-Jahren ansteigende Scheidungsrate von unter 400 auf über 500 Scheidungen pro Jahr weist auf die Entstigmatisierung von Trennungen hin [87].<sup>29</sup> Die Möglichkeiten zum Ausleben der Sexualität nahmen in den

### Eheschliessungen und Ehescheidungen in Basel-Stadt, 1960–2020



**87** Zwischen 1965 und 1975 sank die Zahl der Eheschliessungen in Basel-Stadt um die Hälfte, von über 2000 auf rund 1000 pro Jahr. Gleichzeitig erhöhte sich die Scheidungsrate, die über dem nationalen Schnitt lag: 1960 siebzehn Prozent (Schweiz: elf Prozent), 1980 38 (Schweiz 31). Mit der Abschaffung des Konkubinatsverbots 1978 war die Ehe nicht mehr Voraussetzung für ein gemeinsames Zusammenleben, zudem waren Trennungen weniger stigmatisierend als früher.

— Ehescheidungen  
— Eheschliessungen

1970er- und 1980er-Jahren zu, die Beziehungsformen wurden vielfältiger. Die Vorstellungen der idealen Ehe lösten sich indes nicht in Luft auf. Die Arbeitsteilung heterosexueller Paare blieb in weiten Teilen konstant. Und auch Gewalttaten und Diskriminierungen gegen Schwule und Lesben blieben noch weit über die 1990er-Jahre hinaus bestehen.

### **Kitas und Spielplätze: Das Ideal der kinderfreundlichen Stadt**

In der neuen Verfassung von 2005 wurden Familien in Basel-Stadt eine Reihe von Grundrechten garantiert. Insbesondere das Recht auf familienergänzende Betreuung «die den Bedürfnissen der Kinder entspricht» war eine grosse Neuerung gegenüber der alten, über hundertjährigen Verfassung.<sup>30</sup> Diese erwähnte zwar die Bildung von Kindern als wichtige Staatsaufgabe und sah die «Unterbringung und Erziehung verwahrloster und gebrechlicher Kinder» durch die Behörden vor.<sup>31</sup> Die neue Verfassung gab der Familie jedoch ein neues Gewicht. Familie wurde nicht mehr länger als Pflicht verstanden, bestehend aus einem arbeitenden Vater, einer umsorgenden Mutter und wohlherzogen Kindern. Der Staat sollte von jetzt an «das Recht auf Familie» und auf «ehe- und familienähnliche Formen des Zusammenlebens» garantieren.<sup>32</sup>

Dass die Familie um 2000 eine derart wichtige öffentliche Angelegenheit werden konnte, hatte viel mit demografischen Veränderungen zu tun. In den 1990er-Jahren nahmen in Basel Befürchtungen zu, junge Familien könnten vermehrt wegziehen und die Bevölkerung zunehmend aus alten Menschen bestehen.<sup>33</sup> Die Stadt sollte deshalb für Familien aufgewertet werden.

Die Frage, wie Familien und insbesondere Kinder in der Stadt leben sollen, war indes nicht neu. In Basel gab es seit dem frühen 20. Jahrhundert öffentliche Spielplätze, 1957 eröffnete im Horburgpark einer der ersten «Robispielplätze» Europas, wo Kinder Neues ausprobieren und den Spielplatz selbst gestalten konnten. Ihren Hauptfokus richtete die Stadtplanung damals noch auf den Verkehr und den Strassenbau. Das Kind, so der Jugendpfarrer Alfred Kunz, würde durch die «Kinderfeindlichkeit der Stadt» und insbesondere den Autoverkehr verdrängt, habe keinen Platz mehr zum Spielen, ausser in wenigen Zonen.<sup>34</sup> Das war mit ein Grund dafür, dass ab den 1960er-Jahren Angebote für Kinder wie Jugendzirkusse (Basilisk 1969, Bruderholz 1978), der Ferienpass (1975) oder der Kinderzoo (1977) ausgebaut wurden. Autofreie Wohnstrassen, wie jene an der Kleinbasler Bärenfelsenstrasse, waren ein vieldiskutiertes Modell, um die Stadt für Kinder und Familien freundlicher zu machen.

In den 1990er-Jahren verschob sich der Fokus der Stadt, es ging nicht mehr nur darum, Kindern mehr Spielmöglichkeiten zu verschaffen, sondern den Familien einen attraktiven Wohnort zu bieten. Die familienergänzende Kinderbetreuung steht exemplarisch für diesen Wandel. Lange waren breite Teile der Bevölkerung skeptisch gegenüber Kinderkrippen, Tagesheimen oder der Tagesschule. Zwar existierten bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Tagesheime und Kinder-tagesstätten in Basel. Sie waren aber nur für Mütter aus der Arbeiterklasse gedacht. 1971 subventionierte der Kanton dreissig Kinderkrippen und Tagesheime, zwanzig davon betrieb der Frauenverein am Heuberg, eine wohltätige Frauenorganisation. Der Frauenverein hatte aber strenge Aufnahmebedingungen für seine Einrichtungen und wies viele Anfragen ab, denn die ausserfamiliäre Betreuung komme nur als «Notlösung» in Frage, wie eine der Betreuerinnen in einem Fernsehbeitrag erklärte.<sup>35</sup> Die Zahl arbeitender Frauen und Mütter nahm ab den 1960er-Jahren jedoch stetig zu, was bedeutete, dass viele Frauen und Familien auf private Lösungen angewiesen waren, zum Beispiel auf Hausangestellte, die 1970 noch 5,5 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Basel-Stadt ausmachten, auf Verwandte und Nachbarschaftsnetze oder die aufkommenden Au-Pairs.<sup>36</sup>

**Breite Teile der Bevölkerung waren skeptisch gegenüber Kinderkrippen**

Zur allmählichen Anerkennung der ausserfamiliären Betreuung von Kindern trugen mehrere Entwicklungen bei. Ein wichtiger Faktor war das Frauenstimmrecht, das 1966 im Kanton und 1971 bundesweit eingeführt wurde. Die ersten linken und bürgerlichen Grossrätinnen forderten bereits 1969 gemeinsam mehr Kinderhorte und Tagesheime.<sup>37</sup> Die Vorstösse waren vorerst erfolglos, verhalfen jedoch der Auffassung zur Verbreitung, dass es nichts Verwerfliches und Schädliches habe, Kinder in externe Betreuung zu geben. Hinzu kam die 68er-Bewegung, die eigene Krippen mit neuen pädagogischen Konzepten aufbaute. Als Mittel zur Selbsthilfe unter Müttern entstand zudem Ende der 1970er-Jahre die Idee der Tagesmutter. Einen grossen Anteil an der Entwicklung einer Tagesbetreuung hatten italienische Migrantinnen, die gezwungen waren zu arbeiten, um in der Schweiz bleiben zu können.<sup>38</sup> Viele gaben ihre Kinder in bereits bestehende Krippen. Zudem bauten Migrationsorganisationen wie die «Missione Cattolica Italiana» eigene Krippen auf, die der Kanton subventionierte.

In den 1990er-Jahren übten Politikerinnen, Vereine und Unternehmen vermehrt Druck aus, das Betreuungsangebot auszubauen. Meldungen über lange Wartelisten häuften sich und machten das Anliegen dringlich. Parlamentarierinnen jeglicher politischer Couleur forderten zum Handeln auf. Ausreichende Betreuungsplätze seien die Voraussetzung für gleiche Chancen von Frau und Mann im

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

**88 Eröffnung Kindertagesheim Solitude der Firma Roche, 1996.** — Im Jahr des 100-jährigen Firmenjubiläums eröffnete Roche ein Tagesheim für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vier Jahre zuvor hatte Roche als eine der ersten grossen Firmen eine Gleichstellungsbeauftragte engagiert. Die Eröffnung des Tagesheims verstand der Pharma-

konzern als einen Beitrag zur Chancengleichheit von Frau und Mann, eines der grossen gesellschaftlichen Themen der 1990er-Jahre. Das neue Kindertagesheim wurde von Roche mitfinanziert und vom Basler Frauenverein geleitet. Solche Tagesheime von Firmen waren in Basel damals eine Rarität.

Beruf.<sup>39</sup> 2003 verabschiedete der Kanton das erste Tagesbetreuungsgesetz. Die überkommene Vorstellung, dass nur Kinder von Eltern betreut werden sollten, die aus einer Notsituation heraus arbeiten mussten, wurde nun endgültig verabschiedet. Auch Kinder von Eltern, die gemäss der zuständigen Kommission des Grossen Rates «ohne finanzielle Not arbeiten wollen», sollten Anrecht auf einen Platz haben.<sup>40</sup> Hinzu kam, dass Unternehmen nicht länger auf gut ausgebildete Frauen verzichten wollten.

Mit der neuen Kantonsverfassung von 2005 garantierte Basel-Stadt als erster Kanton das Anrecht auf einen Betreuungsplatz für Kinder. Seither baute der Kanton das Angebot an Kitas und Tagesheimen auch dank neu gesprochenen Bundesgelder für die Tagesbetreuung stark aus. 2007 führte Basel-Stadt Tagesstrukturen an den Schulen ein und erweiterte diese danach stetig.<sup>41</sup> Wurden 1999 erst 2500 Kinder in Tagesheimen, -krippen, -schulen und -familien betreut, waren es 2018 etwa 4000. Auch der Anteil der Familien, die institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nahmen, stieg. Obwohl in einer Familienbefragung von 2000 fast alle

Familienangaben, ihre Kinder extern betreuen zu lassen, waren es noch zwei Drittel, die eine private Lösung dafür hatten.<sup>42</sup> 2018 nahmen bereits sechzig Prozent der Haushalte mit Kindern ein institutionelles Angebot in Anspruch. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl war Basel-Stadt 2020 im schweizweiten Vergleich der Kanton mit den meisten Betreuungsplätzen für Kleinkinder.<sup>43</sup>

Aber nicht nur der Ausbau von Betreuungsangeboten zeugte vom neuen Augenmerk auf die Familie. Diese sollten sich in Basel «wohl fühlen», was «bessere Rahmenbedingungen» voraussetze, so ein Mitglied der Regierung 2000.<sup>44</sup> Die Stadt gestaltete in den 2000er-Jahren Parks um und wertete Spielplätze auf, so zum Beispiel die in Kleinbasel gelegenen Claramatte und die Dreirosenanlage. Zudem unterstützte die Stadt die Quartiertreffpunkte, die unter anderem als Begegnungsorte für Familien gedacht waren.<sup>45</sup> Mit dem Kinderbüro erhielten Kinder 2003 eine Interessensvertretung, die sich für ihre Anliegen stark machen sollte. Neue Wohnbauprogramme beinhalteten den Bau grösserer Wohnungen, zudem gewährte der Kanton für Familien Steuererleichterungen. Zusammengefasst gab all dies Familien mit Kindern in Basel eine neue Bedeutung: Familienfreundlichkeit wurde zu einem Standortfaktor.

## Basel sucht einen eigenen Umgang mit Aids und Drogen

«Endgültig positiv!» Christina Vogel konnte die Diagnose nicht fassen, die ihr 1985 mitgeteilt wurde. «An Aids habe ich nie gedacht. Ich bin seit Jahren drogenfrei und bin nicht fremdgegangen. Ich musste den Arzt fragen, ob ich die Kinder noch umarmen dürfe.»<sup>46</sup> Aids war damals mit sozialer Stigmatisierung verbunden, da man davon ausging, dass die Krankheit nur die Schwulenszene und Drogenabhängige betreffe. Nach dem ersten Schock begann sich die junge Mutter zu engagieren. Vogel war Gründungsmitglied der Aids-Hilfe beider Basel, machte eine Ausbildung zur Therapeutin und bot an Baseliern Schulen Aufklärungsunterricht und Drogenprävention an. Ihre Geschichte zeigt, wie sich Drogensucht und Aids von einem privaten Problem zu einer gesellschaftlichen Verantwortung wandelten. Drogen und Aids waren eng verknüpft, nicht nur in Biografien wie jener von Christina Vogel. Auch gesellschaftspolitisch brachte das Aufkommen von Aids ein Umdenken im Umgang mit Drogen mit sich.

## Sucht wird vom persönlichen zum politischen Problem

Noch 1967 hatte die ‹National-Zeitung› festgehalten: «Rauschgift – keine Gefahr bei uns».<sup>47</sup> Wenige Jahre später war der Drogenkonsum ein für die Öffentlichkeit sichtbares Phänomen, 1975 war in derselben Zeitung zu lesen: «In beängstigendem Umfang nimmt der Konsum harter Drogen zu.»<sup>48</sup> Das war die Zeit, als auch die eingangs erwähnte Christina Vogel das erste Mal Drogen konsumierte. Nach dem Tod ihrer Grossmutter, bei der sie in Riehen aufgewachsen war, kam sie ins Heim. Um 1970 lernte sie «ältere Schüler» kennen, «sie trugen bunte Kleider, verflochte Jeans, und die Jungen hatten langes Haar», sie waren «anders».<sup>49</sup> Sie rauchte Hasch, wurde im Heim dabei erwischt und in die psychiatrische Klinik eingewiesen, wo sie das erste Mal harte Drogen konsumierte: «Endlich gehörte ich dazu, jetzt war ich auch dabei, und die Gesellschaft der Erwachsenen konnte mir gestohlen bleiben.»<sup>50</sup>

In Basel wurde «das Drogenproblem» mit dem ersten Autonomen Jugendzentrum (AJZ) Claragraben, das von 1972 bis 1973 bestand, zum öffentlich debattierten Thema. Wiederholt führte die Polizei Razzien durch, die Hauseigentümerin kündigte wegen ausschweifenden Konsums der eingemieteten Disco wie auch dem Restaurant und bald dominierten die Drogen den AJZ-Alltag. Drogen gehörten zur Protesthaltung dazu, mit ihrem Konsum grenzten sich die Jungen vom bürgerlichen Leben und der Arbeitswelt der Erwachsenen ab. Diese Situation spitzte sich im zweiten Basler AJZ zu. Im ab 1981 besetzten AJZ Hochstrasse richteten die Bewohnerinnen und Bewohner für die Junkies einen Fixerraum ein, lange bevor Fixerräume politisch denkbar wurden.<sup>51</sup> Im Nachgang bewerteten Sympathisanten und Besetzende den zunehmenden Konsum und die dadurch zunehmende Gewalt und Beschaffungskriminalität als einen der Gründe, weshalb der Traum eines AJZ scheiterte.

Der zunehmende Drogenkonsum wurde weltweit zu einem politischen Thema. Die Schweiz verabschiedete 1975 ein restriktives Betäubungsmittelgesetz. War die Politik zuvor liberal mit Drogenkonsum umgegangen, versuchte sie das Problem nun mit einer Kriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten zu lösen und etablierte damit eine auf Abstinenz ausgelegte Drogenpolitik, Jahre bevor dies internationale Abkommen verlangten. Die Strafandrohungen sollten junge Menschen vom Drogenkonsum abhalten, die Drogen dadurch aus der Gesellschaft wieder verschwinden.<sup>52</sup> Auch Christina Vogel litt unter der neuen Härte des Gesetzes. Noch als Jugendliche kam sie mehrere Monate in Untersuchungshaft und wurde danach administrativ versorgt, also ohne reguläres Gerichtsverfahren weggesperrt.



**89 Öffentliche Toilette in Zeiten der offenen Drogenszene, 1991.** — Da viele Drogenabhängige öffentliche Toiletten zum Fixen nutzten, waren diese häufig stark verschmutzt. Toiletten wurden damit zum Sinnbild für das Drogenelend Anfang der 1990er-Jahre und seine Auswirkungen auf den öffentlichen Raum.

Das neue Betäubungsmittelgesetz sah nebst der repressiven Ahndung von Handel und Konsum auch Prävention und Therapie vor – zumindest in attestierten leichten Fällen und wenn sich die betreffende Person «therapiewillig» zeigte. Es waren meist Private, die diese Vorgaben umzusetzen versuchten. 1971 entstanden in Basel die Drogenberatungsstelle «Drop-In» und therapeutische Wohngemeinschaften, in denen Jugendlichen geholfen und wo sie beraten wurden.<sup>53</sup>

Auch die Behörden erkannten, dass sie Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufklären mussten. 1972 eröffnete das Jugendamt eine Drogenberatungsstelle. Die Idee der «Prophylaxe», also von vorbeugenden Massnahmen, wurde wichtiger und schliesslich im Basler Jugendhilfegesetz 1984 gesetzlich verankert. Trotz diesen Versuchen, den therapeutischen und präventiven Ansatz zu stärken,

war die Idee der Abstinenz bis in die 1990er-Jahre dominant in der staatlichen Drogenpolitik.

Die Abstinenzpolitik scheiterte jedoch. Ende der 1970er-Jahre spitzte sich das Drogenproblem zu, immer mehr junge Leute starben an ihrer Drogensucht, einige von ihnen sichtbar in öffentlichen Toiletten oder in Parks.<sup>54</sup> Von den AJZ verlagerte sich der Drogenkonsum auf die Strasse. Zwar gab es in Basel keine so grosse und international beachtete Drogenszene wie den Platzspitz oder den Letten in Zürich. Doch auch hier konzentrierte sich die Drogenszene, hauptsächlich im Unteren Kleinbasel, was für die Anwohnerschaft und für die Stadt zunehmend zum Problem wurde. Ab den 1980er-Jahren waren vermehrt kritische Stimmen zu hören, die sich für einen repressiven Ansatz stark machten. Aber erst das Aufkommen von Aids veranlasste die Regierung, von ihrem Kurs abzuweichen und ihre Drogenpolitik zu liberalisieren.

### **Aids löst ein Umdenken aus**

Aids sei Mitte der 1980er-Jahre, als in Basel erstmals zwei Männer an der Krankheit starben, eine «Skandalkrankheit» gewesen, schrieb Christina Vogel in ihrer Autobiografie.<sup>55</sup> «Zuerst hiess es, es sei eine Schwulenkrankheit, und später kamen noch die «Drögeler» dazu. Wie bequem!»<sup>56</sup> Wie man sich anstecken konnte, darüber war noch wenig bekannt. Es herrschte Panik, schliesslich ging man davon aus, dass man nach Erhalt der Diagnose noch gut ein Jahr zu leben hätte.<sup>57</sup>

Tatsächlich steckten sich zu Beginn hauptsächlich schwule Männer mit HIV an. Die tödliche Bedrohung traf die kleine Community schwer. «Die Angst war übergross, denn sehr schnell begriff ich, dass sie auch begründet war», berichtete später ein schwuler Mann, der 1984 positiv auf HIV getestet wurde. «Meine Freunde um mich herum starben, einer nach dem andern.»<sup>58</sup> Die gesellschaftliche Toleranz, die sich die Schwulenbewegung hart erkämpft hatte, drohte wieder verloren zu gehen. Im 1988 erschienenen Buch «Männergeschichten» klagten die Autoren über «neue Diskriminierung» und beschwerten sich über den «Vorwurf, AIDS verursacht zu haben».<sup>59</sup> Ihnen zufolge begünstigte die mediale Berichterstattung die Wahrnehmung, Schwule seien «Sexmonster» und eine Ansteckung nicht selten die «Quittung für ein falsch gelebtes Leben».<sup>60</sup>

Die als erstes betroffene Schwulenszene ging bei der Bekämpfung der Krankheit voran, namentlich die Schwulenorganisation «habs».<sup>61</sup> 1983 bildete sie eine Aids-Gruppe, die ein Beratungstelefon einrichtete und einen Informationsflyer verfasste. Rasch kam es zur Zusammenarbeit mit Gesundheitsdiensten, die

Kontakte unter anderem zur Dermatologischen Klinik pflegte. Die zuvor privat und unter der Hand organisierte Hilfe wurde zunehmend offiziell und staatlich unterstützt. 1986 gründeten Aktivistinnen und Aktivisten, darunter viele, die zuvor in der Schwulenbewegung aktiv gewesen waren, die Aids-Hilfe beider Basel – ein Jahr, nachdem der bekannte Fernsehjournalist André Ratti die Gründung des Vereins Aids-Hilfe Schweiz im Fernsehen öffentlichkeitswirksam verkündet hatte.<sup>62</sup> Bald darauf schloss sich die Aids-Hilfe Schweiz mit dem Bundesamt für Gesundheit zusammen, es folgte eine grossangelegte Informationskampagne zu Safer Sex und Ansteckungsrisiken.<sup>63</sup> Schwule agierten zum ersten Mal als anerkannte Partner des Staates. Die Kampagnen führten zu einer Verschiebung: vom Fokus auf Risikogruppen hin zum Fokus auf Risikoverhalten, auch von Heteros. Die Prävention etablierte sich als Mittel erster Wahl, um Neuansteckungen zu bekämpfen.<sup>64</sup> Bald kannte jedes Kind in der Schweiz das in Basel entwickelte «Stop-Aids»-Signet mit aufgerolltem Kondom. Das Thema Sex und Verhütung kam im öffentlichen Raum an, wurde enttabuisiert. Sexualität war nicht länger nur Privatsache, sondern Teil der öffentlichen Gesundheitspolitik.

Das Problembewusstsein wuchs, was zur Unterstützung von Institutionen führte, die sich dem Kampf gegen Aids verschrieben hatten. 1989 eröffnete in Basel das schweizweit erste Pflegeheim für Aidskranke, das «Lighthouse».<sup>65</sup> Die Quartierbewohnerinnen und -bewoh-

**90 Leporello mit Präservativ der Aids-Hilfe beider Basel, 1986.** — Die Kampagnen der Aids-Hilfe fanden grosse Aufmerksamkeit. Alle sollten wissen, dass HIV beim Sex übertragen wird, nicht aber beim Safer Sex. Das in diesen Leporello geklebte Kondom, den «Hot Rubber», verteilte die Aids-Hilfe beider Basel vor den Festtagen am Jahresende in Bars oder Saunen.



ner zeigten dem Chefarzt der Dermatologischen Universitätsklinik zufolge viel «Verständnis und Toleranz» dem Projekt gegenüber.<sup>66</sup> Es folgten Sportanlässe, Ballettaufführungen, Kunstausstellungen und Dinner mit viel internationaler Prominenz – alles Benefizveranstaltungen für das Lighthouse und andere Projekte und Organisationen. Die Solidarität mit den Betroffenen nahm zu, aber auch die Überzeugung, etwas gegen die Krankheit unternehmen zu müssen.

Denn immer mehr Drogenabhängige infizierten sich durch unsaubere und gemeinsam benutzte Heroinspritzen mit HIV. Diese Infektionen befeuerten die Angst, dass sich Aids beispielsweise über die Prostitution auf gutbürgerliche Familien ausdehnen könnte. Die tödliche Krankheit schien die gesamte Bevölkerung zu bedrohen. Zwei nicht-staatliche Organisationen in Basel lancierten 1987 ein Pilotprojekt, das weitreichende und langfristige Veränderungen mit sich bringen sollte.

### **Das Rotlichtmilieu: Nur an wenigen Orten erlaubt**

Die Behörden versuchte lange, die Prostitution auf bestimmte Zonen in der Stadt einzuschränken. Sichtbar wurde diese Politik in Piktogrammen, die der Kanton 2016 auf die Strasse malen liess. Sie zeigen eine Frau in Minirock und mit grossem Busen, an einer Strassenlaterne lehnd. Die Botschaft: Bis hierhin und nicht weiter reicht das Rotlichtmilieu.<sup>67</sup> Sichtbar gemacht wurde damit, was bereits seit 1978 Gesetz war. Damals hatte die Regierung im Rahmen des verabschiedeten Übertretungsstrafgesetzes festgelegt, wo sich Prostituierte «in erkennbarer Bereitschaft» zeigen dürfen und wo dies wegen «unzumutbarer Belästigung der Anwohner» verboten war.<sup>68</sup> Insbesondere im kleinen Gebiet im Unteren Kleinbasel zwischen Mittlerer Brücke und Kaserne war Prostitution erlaubt. Etwas ausserhalb der Stadt tolerierten die Behörden Prostitution beim Güterbahnhof Wolf und bei der Brücke, die als Verlängerung der Schwarzwaldallee über die Wiese führt. In der Stadt regte sich wiederholt Widerstand von Anwohnerinnen und Anwohnern

gegen die Eröffnung von Salons und Bordellen oder gegen neue, nicht gesetzlich geregelte Strassenstriche.<sup>69</sup>

Die Strassenprostitution war insbesondere in den 1980er- und 1990er-Jahren sichtbar. Rund um die Claramatte etablierte sich Ende der 1990er-Jahre der Polizei zufolge der «Drogenstrich».<sup>70</sup> Die Polizei versuchte mittels Verbotsschildern und Handzetteln die Prostituierten und ihre Freier in jene Zonen zu lenken, in denen Prostitution toleriert war. Die «Frauen-Oase», eine Beratungsstelle für drogenabhängige Sexarbeiterinnen, kritisierte diese Praxis: Das traditionelle Milieu sei sehr verschlossen und versuche neue Prostituierte gar mit Gewalt fernzuhalten.<sup>71</sup>

Trotzdem hielt Basel-Stadt an den nun mit Piktogrammen markierten Zonen für Prostitution fest. «Aliena», eine 2001 entstandene Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen, mahnte, bei den ganzen Regulierungen die Frauen nicht zu vergessen: «Sexarbeiterinnen sind Frauen mit Würde – Menschen mit Bedürfnissen, Hoffnungen und Ängsten.»<sup>72</sup>

Die Aids-Hilfe beider Basel und der Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter verteilten in der Basler Drogenszene Präservative und saubere Spritzen, um die Weitergabe von schmutzigen und möglicherweise infizierten Spritzen zu verhindern. Die Behörden bewilligten die Verteilaktion. Sie dauerte zwar nur wenige Monate, war aber wichtig, weil sie Möglichkeiten einer suchtbegleitenden Drogenpolitik in der damals strikt auf Abstinenz setzenden Schweiz aufzeigte.<sup>73</sup> Private und Behörden begannen daraufhin mit liberaleren Ansätzen in der Drogenpolitik zu experimentieren, die zunächst in Basel und einige Jahre später auch in der Schweiz gesetzlich verankert wurden. Aids war der Anlass für einen Bruch mit der bisherigen Drogenpolitik.

### **Das Vier-Säulen-Modell trägt die neue Basler Drogenpolitik**

Dass die Basler Behörden in ihrer Drogenpolitik lange keine klare Linie verfolgten, lag auch am damaligen gesellschaftlichen Umfeld. Was im Bereich des Drogenkonsums rechtens war und was nicht, wurde Ende der 1980er-Jahre national und international neu ausgehandelt. Just als in Basel und anderen Schweizer Städten über liberalere Ansätze diskutiert wurde, wählten viele Staaten die Repression als Mittel gegen den Drogenkonsum, insbesondere die USA. 1988 wurde im Rahmen eines Abkommens der Vereinten Nationen der Konsum von Drogen erstmals auf völkerrechtlicher Ebene kriminalisiert. Auch in der Schweiz galt zu dieser Zeit noch die repressive und auf Abstinenz zielende Drogenpolitik. Doch in einzelnen Städten zeichneten sich Reformen ab. Insbesondere die Stadt Bern preschte mit ihrem ab 1986 betriebenen legalen Fixerraum voran. Das Zürcher Stadtparlament erklärte 1988 die «Überlebenshilfe» zu einem Ziel der städtischen Drogenpolitik und richtete kurze Zeit später eine mobile Arztpraxis auf dem Platzspitz ein.

In Basel eröffnete der Verein Virus 1989 das erste Fixerstübli «Lucky». An diesem Ort am Lindenberg konnten sich Süchtige nicht nur sauberes Spritzenmaterial holen, sondern auch gleich vor Ort Drogen konsumieren.<sup>74</sup> So wurden Infektionen verhindert und medizinische Nothilfe gewährleistet. Obwohl der Chef des Betäubungsmitteldezernats verlauten liess, dass sich nicht nur die Drogenkonsumentinnen und -konsumenten, sondern auch die Betreiber des «Luckys» strafbar machten, bewilligten die Behörden schliesslich den Betrieb. Die Regierung unterstützte den Konsumraum sogar mit einer finanziellen Zuwendung. Insbesondere im Kleinbasel wehrten sich allerdings Anwohnerinnen und Anwohner gegen neue Einrichtungen, weil sie eine «Zementierung» des Problems fürchteten.<sup>75</sup> Ein Anwohner berichtete dem Regierungsrat schriftlich von «gebrauchten

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

**91 Gassenzimmer für Drogensüchtige in Basel, 1995.** — Um 1990 starben viele junge Menschen in Basel an ihrer Drogensucht. Zur Gefahr einer Überdosis kamen Infektionskrankheiten wie Aids, die durch schmutzige Spritzen übertragen wurden. 1991 setzte der Kanton das Vier-Säulen-Modell um und eröffnete im selben

Jahr das erste Gassenzimmer, 1992 das zweite und dritte. Basel-Stadt war damals der einzige Kanton mit diesem Angebot und nahm damit eine Pionierrolle ein. In den Gassenzimmern erhielten Drogenabhängige einen sicheren Raum, sterile Spritzen und im Notfall rasche Hilfe.

Spritzen im Briefkasten, übelriechender, verunreinigter Hauseingangspartie, Vandalismus, aggressiver Belästigung durch Drogenabhängige».<sup>76</sup> Erst der «Drogenstammtisch» trug nach heftigen Auseinandersetzungen zur Beruhigung der Situation und besserem gegenseitigen Verständnis bei.

In den 1990er-Jahren pflegte Basel eine liberale Drogenpolitik. Während Zürich wie auch Bern ihre Drogenszenen polizeilich räumten, setzten sich in Basel verschiedene Parteien erfolgreich für progressive Lösungen ein.<sup>77</sup> Insbesondere die FDP drängte auf ein radikales Umdenken. 1987 bildete sie eine Drogenkommission, die – parteiintern nicht unumstritten – öffentlich die Entkriminalisierung der Konsumentinnen und Konsumenten sowie eine rezeptpflichtige Drogenabgabe

forderte.<sup>78</sup> Darauf aufbauend entwickelten die Basler Behörden das Konzept der «Schadensminderung», das die drei bisherigen Säulen der Drogenpolitik – Prävention, Therapie, Repression – ergänzen sollte. Das Vier-Säulen-Modell in Basel war geboren, 1991 institutionalisierte es die Basler Regierung als erster Kanton.

Die rasche Umsetzung des Vier-Säulen-Modells geschah vor dem Hintergrund der Aids-Epidemie, die für Drogenabhängige eine grosse Gefahr darstellte. Die Politik reagierte damit auch auf die grossen Ängste, die diese Krankheit in der Gesellschaft hervorgerufen hatte. Bessere Lebensbedingungen für Drogenabhängige sollten die Verbreitung des HIV eindämmen. Zudem sollten Süchtige weg von der Strasse gebracht werden, nicht nur um Drogentote zu vermeiden, sondern auch um die Anwohnerschaft vor einer offenen Drogenszene zu schützen.

Hinter der progressiven Drogenpolitik standen bürgerliche Regierungsräte: bis 1992 der LDP-Regierungsrat Peter Facklam und ab 1992 der zuvor noch als sicherheitspolitischer Hardliner bekannte FDP-Regierungsrat Jörg Schild. Automaten, an denen benutzte Spritzen im Austausch gegen neue, saubere Spritzen entsorgt werden konnten und ein kantonales «Gassenzimmer» waren die sichtbarsten Auswirkungen der neuen Politik. Der Kanton setzte den Zürcher Politiker Thomas Kessler als «Drogendelegierten» ein und verankerte so die Neuausrichtung in der Verwaltung.<sup>79</sup> Zwar erfolgte die Wende erst zu einem Zeitpunkt, als selbst der Bundesrat schadensmindernde Massnahmen empfahl und kurz darauf einen ersten Versuch zur staatlich kontrollierten Abgabe von Heroin aufgleiste. Aber sie geschah auch in einer Zeit, in der viele andere Kantone, insbesondere in der Romandie, aber auch der Nachbarkanton Basel-Landschaft, an ihrer Abstinenzpolitik festhielten. In Basel bestätigte dagegen die Stimmbevölkerung 1994 die Neuausrichtung. Sie stimmte einem Kredit für die ärztlich begleitete Abgabe von Heroin zu.<sup>80</sup> Bundesweit wurde der neue Ansatz erst 2008 gesetzlich verankert.

Die Schweiz und insbesondere auch Basel leisteten drogenpolitische Pionierarbeit. In Westeuropa stiess das neue Modell auf grosses Interesse. Das Fixerstübli «Lucky» berichtete 1991 von einer langen «Gästeliste» von Drogenfachleuten und Politikern aus dem Ausland und anderen Kantonen.<sup>81</sup> Im Laufe der 1990er-Jahre etablierten sich ähnliche Konzepte im übrigen Europa. Ausserhalb Europas und in völkerrechtlichen Konventionen blieb hingegen die repressive und kriminalisierende Tendenz in der Drogenpolitik dominant.

Der Drogenkonsum in Basel wurde ab den 2000er-Jahren zunehmend unsichtbar. Er verlagerte sich von der Strasse in die «Kontakt- und Anlaufstellen», die vormaligen «Gassenzimmer», weg von der Innenstadt, an die Ränder der Stadt.<sup>82</sup>

## «Hanfmekka»: Blütezeit des Kiffens in Basel

Um 2000 gab es in Basel rund hundert Hanfläden. Die Behörden duldeten die Verkaufsstellen, da sie von einer baldigen Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene ausgingen.<sup>83</sup> Selbst als andere Kantone nach einem Bundesgerichtsurteil 2000 repressiver auf Cannabisverkaufsstellen reagierten, liess Basel-Stadt die Hanfläden gewähren. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Stadt als «Hanfmekka» bekannt, das auch Kiffende aus Deutschland und Frankreich versorgte.<sup>84</sup>

Die Legalisierung von Cannabis kam jedoch nicht zustande. Aus diesem Grund änderte sich auch in Basel der Umgang mit den Verkaufsstellen. Denn in den Läden waren nicht nur Duftsäckchen und modische Accessoires erhältlich, vielmehr herrschte in Basel der Staatsanwaltschaft zufolge ein «faktisch freier Handel von illegalen Cannabisprodukten».<sup>85</sup> Parallel dazu mehrten sich Zeitungsberichte über mafiöse Strukturen, Schutzgelderpressungen, einer Entführung und hohen steuerfreien Gewinnmargen. Da nützte auch die Verlautbarung einiger Betreiber wenig, dass sie wie «Bäcker»

seien und sich als normale «Kleinunternehmer» verstünden.<sup>86</sup> Ende 2002 schloss die Polizei fast alle noch bestehenden Hanfläden. Der nun illegale Handel verlagerte sich an den Rhein, an den damals sogenannten «Flora Beach», zeitweise in die Nähe des Theaters, der Kaserne oder auf Kurierdienste.

Weder die Regierung noch das Parlament waren jedoch von dem repressiven Ansatz überzeugt. 2012 regte der Grosse Rat einen Pilotversuch zur kontrollierten Cannabisabgabe an. Auch in anderen Städten wurde über solche Möglichkeiten debattiert, doch lange verwehrt das Bundesamt für Gesundheit ihre Umsetzung.<sup>87</sup> Erst eine Änderung des national geltenden Betäubungsmittelgesetzes ermöglichte in Basel-Stadt den Pilotversuch ab 2022.<sup>88</sup> In der Zwischenzeit hatten in Basel bereits wieder Hanfläden eröffnet: Nachdem 2016 der Bund Cannabidiol (CBD) ohne Rauschwirkung als legal eingestuft hatte, entstanden in Basel wie auch in der restlichen Schweiz in kurzer Zeit erneut zahlreiche Cannabisläden, die CBD-Produkte anboten.

Der Kanton hatte zuvor seine Präventionsarbeit ausgebaut, die Teil der Verwaltungsstrukturen wurde. In den 1990er-Jahren waren Präventionsprogramme häufig auf die Verhinderung von Drogenkonsum und auf Safer Sex ausgelegt. Jetzt wurde Prävention ein über die Themen Aids und Sucht hinausgehender integraler Bestandteil kantonaler Gesundheitspolitik.<sup>89</sup> Auch in der Biografie der bereits erwähnten Christina Vogel zeigte sich diese Hinwendung zur Präventionsarbeit: Wie andere HIV-positive oder ehemals drogenabhängige Menschen bot sie an Schulen Gespräche mit suchtfährdeten Jugendlichen sowie Aufklärung zu Drogen und Safer Sex an.<sup>90</sup> Prävention war zum neuen Paradigma der Gesundheitspolitik geworden und löste die repressive Ahndung von Drogensüchtigen ab. Was Präventionsprogramme nicht lösen konnten, war die anhaltende soziale Stigmatisierung HIV-Positiver und die Ausgrenzung Heroinsüchtiger.

## Wohnen ist privat, Wohnen ist politisch

Im Sommer 2018 nahm die Basler Stimmbevölkerung vier Initiativen an, die den Schutz der Mieterinnen und Mieter stärken sollten. Besonders symbolträchtig war das «Recht auf Wohnen», eine Forderung, die als Artikel in der Kantonsverfassung verankert wurde und deshalb auch international für Aufmerksamkeit sorgte. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelte: «Mieter in Basel proben den Aufstand».<sup>91</sup> Der «Aufstand» hatte eine Vorgeschichte. Seit den 1960er-Jahren stritten sich Interessenverbände, Parteien und Private vehement darüber, wie die Wohnungsnot zu lindern sei. Das lag auch daran, dass das Wohnen eng mit dem eigenen Lebensentwurf zusammenhing. Die Ansprüche an die Wohnung als privater Rückzugsraum veränderten sich markant, gefordert waren grössere Wohnflächen und mehr Komfort. Angesichts der mangelnden Landreserven im Stadtkanton wurde Wohnraum zu einem knappen und kostbaren Gut.

### Der Blick durchs Schlüsselloch: Basler Lebensräume

Eine Frau steht in einer engen Küche, während im Hintergrund der Fernseher läuft. Sie kocht, vielleicht für die Kinder und den Ehemann, die gleich nach Hause kommen. Wir befinden uns im Jahr 1976, in einer Dreizimmerwohnung im St. Johann [92].<sup>92</sup> Diese Szene wird sich so oder ähnlich in vielen Haushalten Basels abgespielt haben. Die Küche war das Herzstück des Wohnens, das bestätigten 1963 fast tausend Basler Frauen in einer Umfrage. Die Bemühung von Architekten, das Wohnzimmer in das Zentrum zu stellen, sei letztlich ein «männlicher Standpunkt», im Alltag der Familie sei die Küche wichtiger.<sup>93</sup>

Das Fernsehen nahm in der Wohnung der kochenden Frau im St. Johann einen prominenten Platz ein, sogar in der Küche war es präsent. Meist stand der Fernseher im Wohnzimmer, er verkörperte ein verändertes Freizeitverhalten. Seine Ausbreitung begann in den 1960er-Jahren, als das Schweizer Fernsehen seinen regulären Betrieb aufnahm und sich auch mittelständische Haushalte ein Gerät leisten konnten.<sup>94</sup> Zeitgleich mit dem Fernseher entwickelte sich das Telefon zum unverzichtbaren Wohnungszubehör. Die Zahl der Telefonanschlüsse in Basel stieg zwischen 1960 und 1990 von rund 60 000 auf 140 000.<sup>95</sup>

Auch der Kühlschrank entwickelte sich zu einer Massenware und einem erschwinglichen Haushaltsgerät. Die abgebildete Wohnung im St. Johann verfügte



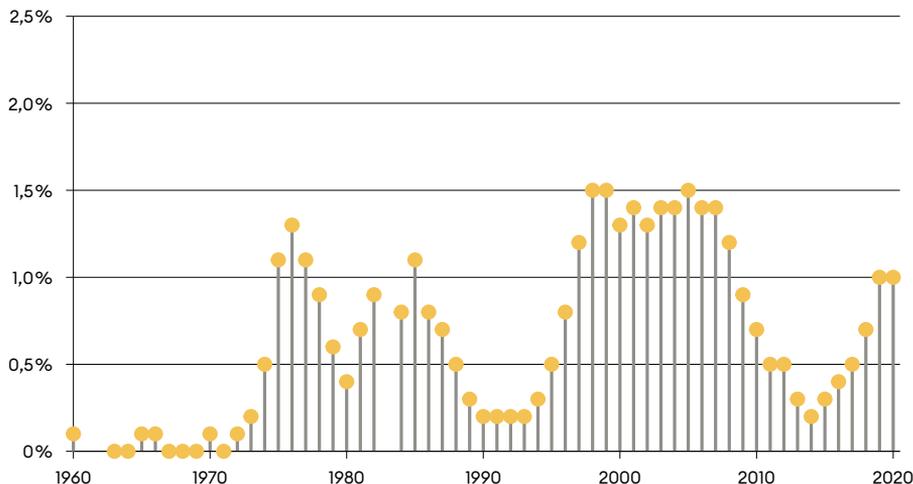
**92 Wohnung an der Wasserstrasse im St. Johann, 1976. —**

Bis vor Kurzem befanden sich in dieser Wohnung Büros der Firma Sandoz. Wegen der Rezession wurden diese nicht mehr benötigt und umgenutzt. Die Küche der Dreizimmer-Wohnung zeigt exemplarisch den Ausbaustandard, der in der Hochkonjunktur zur Norm wurde: Elektroherd, Backofen, Toaster, Radio und Fernseher.

ebenfalls über ein Exemplar. Neben dem Kühlschrank erleichterten weitere Geräte die Hausarbeit, darunter die Trommelwaschmaschinen, die das mühselige Waschen von Hand obsolet machten.<sup>96</sup>

Während technische Neuerungen den Alltag der Menschen revolutionierten, veränderten sich auch die Ansprüche an den Wohnraum. In Basel wurden in der Hochkonjunktur hauptsächlich Wohnungen mit wenigen Zimmern gebaut. Auch das hatte gesellschaftliche Gründe: Singlehaushalte nahmen zu, Grossfamilien

## Leerstandsquote, 1960–2020



**93** Insbesondere in der Hochkonjunktur der 1960er-Jahre, als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner stark wuchs, war die Wohnungsnot gross. In den 1970er-Jahren entspannte sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt. In den 2010er-Jahren machte sich die wachsende Wohnbevölkerung erneut anhand der wenigen freien Wohnungen bemerkbar.

● Leerstandsquote in Prozent

wurden seltener. Noch 1950 lebten durchschnittlich drei Personen in einer Wohnung. Dreissig Jahre später war der Einpersonenhaushalt die häufigste Wohnform, dicht gefolgt vom Leben zu zweit. Parallel dazu stieg der Wohnflächenbedarf kontinuierlich an. Damit verbunden war ein Problem für Familien, die in Basel leben wollten: Wohnungen mit genügend Zimmern waren rar und teuer.

Die Probleme des Wohnungsmarktes spiegelten sich auch in der Anzahl leerer Wohnungen [93]. Trotz der regen Bautätigkeit in der Stadt betrug die Leerstandsquote in den 1960er-Jahren zwischen null und 0,2 Prozent. 1963 war die Wohnungsnot besonders frappant: Im gesamten Kanton wurden nur vier leere Wohnungen registriert.<sup>97</sup> Erst mit der Rezession der 1970er-Jahre und dem Bevölkerungsschwund beruhigte sich die Situation. Dennoch blieb die Wohnungsnot ein Dauerthema in der Basler Politik.

Ein eigenes Haus in Basel-Stadt wurde für Private zunehmend unerschwinglich. Zwischen 1970 und 1980 sank der Anteil von Wohngebäuden im Besitz von

Privatpersonen von 62 Prozent auf 34 Prozent.<sup>98</sup> Dagegen nahm der Anteil der juristischen Personen wie Stiftungen, Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften zu, die Wohneigentum besaßen. Diese Entwicklung setzte sich in den 1980er-Jahren wegen der steigenden Reserven der Pensionskassen und ihrem Investitionsbedarf fort. Obwohl der Anteil der Personen, die in ihrem Wohneigentum lebten, von 11,7 Prozent im Jahr 1970 auf 15,4 Prozent im Jahr 2020 zunahm, blieb Basel-Stadt der Kanton mit dem höchsten Mieterinnen- und Mieteranteil der Schweiz.<sup>99</sup>

### **Die Entstehung der ‹WG›**

Veränderte Ansprüche an das Wohnen spiegelten sich in neuen Wohnformen wider. Einige kamen mit der 68er-Bewegung auch nach Basel. Die revolutionärsten waren Kommunen und Wohngemeinschaften, im Volksmund ‹WG› genannt. Die ersten Kommunen entstanden um 1967 in San Francisco, kurze Zeit später tauchte das neue Lebensmodell in Berlin auf und verbreitete sich von dort aus im übrigen Westeuropa.<sup>100</sup> In Kommunen lebten meist junge Menschen zusammen, teilten sich Räume und pflegten linksalternative Beziehungs-, Erziehungs- und Lebensformen. Es war ein Gegenentwurf zum bürgerlichen Leben in der Kleinfamilie.

Auch in Basel nahm die Zahl der Kommunen und WGs – zu Beginn wurden diese beiden Begriffe synonym verwendet – rasch zu. 1971 berichtete das Polizeidepartement von dreissig, ein Jahr später bereits von sechzig Kommunen und WGs. Zeitgenössische Schätzungen gehen gar von rund 200 WGs und Kommunen aus. Ihre Existenz versuchten die Bewohnerinnen und Bewohner aus guten Gründen zu verheimlichen, denn sie lebten in einer gesetzlichen Grauzone.<sup>101</sup>

Dass die Wohngemeinschaften und Kommunen in Polizeiberichten erschienen, war Ausdruck für ihre gesellschaftliche Ächtung. Die Polizei führte Razzien durch, der Fahndungsdienst kontrollierte WGs, denn sie würden «Jugendlichen, lichtscheuen Elementen, Rechtsbrechern und Rauschgiftsüchtigen Unterschlupf gewähren».<sup>102</sup> Man fürchtete Sexorgien, Drogenhöhlen und revolutionäre politische Aktivitäten. Nicht nur der eigene Wunsch nach einem alternativen Leben, sondern die anfänglich vehemente gesellschaftliche Ablehnung machte das Leben in einer WG zu einem politischen Statement.

Nach anfänglicher Aufregung konnte sich die WG langfristig als akzeptierte, vorwiegend studentische Wohnform etablieren – im Gegensatz zur Kommune, der immer ein linksradikales Image anhaftete.<sup>103</sup> Dies lag auch an der wachsenden Zahl der Studierenden, die sich an der Universität Basel von 1960 bis 1973 von rund 2500 auf 5000 verdoppelte.<sup>104</sup> Zimmer bei Familien oder einer erwachsenen Ver-



**94 Kommune an der Augustinergasse, 1973.** — Die abgebildete Kommune an der Augustinergasse wollte sich sozialen Problemen widmen, unter anderem nahm sie entlassene Strafgefangene und Jugendliche mit Problemen bei sich auf. Gemeinschaft wirke integrierend und heilend, davon waren die Bewohnerinnen und Bewohner überzeugt.

mieterin, einer sogenannten Schlummermutter, wurden knapp. Zwar liessen private Stiftungen und Vereine im Laufe der 1960er-Jahre mehrere Studentenheime bauen, viele mit möblierten Zimmern. Doch viele Studierende zogen kollektive Wohnformen vor, die so in Studentenheimen nicht möglich waren. 1970 gründeten Studierende als Selbsthilfeorganisation den Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe). Basel hinkte dabei Zürich hinterher, wo die Studentische Wohngenossenschaft (WoKo) bereits seit 1956 existierte. Die WoVe richtete WGs ein und festigte damit deren Ruf als typische studentische Wohnform.

In den 1970er-Jahren begannen auch die städtischen Behörden, die neue Wohnform zu akzeptieren. Während das Polizeidepartement repressiv handelte, reichten andere Departemente die Hand. 1974 vermietete die Stadt im Wettsteinquartier erstmals ein Haus an eine sozial durchmischte grosse WG, 25 Jahre später berichtete der Verwalter von durchwegs positiven Erfahrungen, schliesslich habe es sich nicht «um eine Kommune oder ein vergleichbares Gebilde» gehandelt.<sup>105</sup> Die WG wurde nun positiver wahrgenommen. In den darauffolgenden Jahrzehnten wandelte sich die WG zu einer zweckmässigen und kostengünstigen Lebensform.

Auch jenseits studentischer Kreise spiegelte die Architektur der 1980er-Jahre einen verstärkten Gemeinschaftssinn. Als pionierhaft galten die Wohnhäuser an der Hammerstrasse [107].<sup>106</sup> Die vom Basler Architekturbüro Diener & Diener geplanten und von 1978 bis 1981 gebauten Blöcke boten Wohnungen für Familien, Wohngemeinschaften und Singles. Sie vereinten damit nicht nur neu entstandene Wohnbedürfnisse, sondern nahmen Trends vorweg. Ein öffentlich zugänglicher Hofraum stand exemplarisch für die «Wechselbeziehung von öffentlichen und privaten Bereichen», die gemäss den Architekten städtisches Leben auszeichne.<sup>107</sup> Gemeinschaftsflächen, öffentlich zugängliche Räume und die Verbindung von Wohnen und Arbeiten sollte das in Verruf geratene Leben in der Stadt wieder attraktiv machen. Es war ein Kontrapunkt zum ländlichen Einfamilienhaus mit Gartenzaun.

### **Markt oder Staat: Wer bestimmt über das Wohnen?**

Sommer 1980 im St. Johann: Mehrere Häuser an der Ryffstrasse sind besetzt. Zuvor hatten sich Hauseigentümer und Bewohnerinnen und Bewohner vor Gericht gestritten, ob die Liegenschaften abgerissen werden dürften oder nicht. Die Besetzung war der letzte Versuch, die Häuser vor dem Abbruch zu bewahren. Es ging dabei nicht nur um die betroffene Häuserzeile, sondern um den Erhalt von günstigem Wohnraum. Sie wolle nicht mehr «permanent herumgeschoben werden», erklärte eine der Besetzerinnen im Film <z. B. Ryffstrasse>. In den letzten Jahren



**95 Räumung der besetzten Häuser an der Ryffstrasse, 1980.** — Hausbesetzungen waren ein Mittel, um gegen Wohnungsnot, steigende Mieten und Hausabbrüche zu protestieren. In Basel sorgten zwei Besetzungen für grosse

Aufmerksamkeit: die Besetzung an der Florastrasse, die 1979 geräumt wurde, und die Besetzung an der Ryffstrasse. Rund um das Haus hatten die Besetzerinnen und Besetzer hohe Barrikaden und Strassensperren errichtet.

musste sie mehrmals aus alten und heruntergekommenen, dafür aber günstigen Häusern ziehen.<sup>108</sup> Ihre Haltung teilten in Basel der Mieterverband sowie verschiedene linke Parteien und Organisationen.

Die Besetzung ging aus einer Mieterbewegung hervor, die sich gegen steigende Mieten und Wohnungsknappheit wehrte.<sup>109</sup> Freie Wohnungen waren in der Nachkriegszeit ein knappes Gut, die Leerstandquote war tief, die Mietzinse stiegen. Lange war der Wohnungsmarkt stark reguliert, da der Bund im Zweiten Weltkrieg einen Kündigungsschutz und eine Mietpreiskontrolle für Altbauten eingeführt hatte. Nach 1960 wurde der Mieterschutz aufgeweicht. In Basel wehrte sich die Linke gegen die einsetzende Liberalisierung. Auch der Regierungsrat wollte «finanziell Schwache vor [dem] wirtschaftlichen Ausbeutungswillen einiger

Weniger schützen».<sup>110</sup> Die gegenteilige Position vertraten bürgerliche Parteien, insbesondere die LDP, und der Hausbesitzerverein, so der damalige Name des heutigen Hauseigentümerversands. Für sie lag der entscheidende Grund für die Wohnungsnot im erhöhten Raumbedarf der Mieterinnen und Mieter. Zudem stelle der Mieterschutz, der vor allem bei Altbauten greife, eine Marktverzerrung dar. Ein LDP-Grossrat forderte 1963, der Staat solle die Mietzinskontrolle aufheben. Denn der Staat verursache «auf Dauer mehr Schaden als Nutzen».<sup>111</sup>

Bis 1972 hob der Bund den Kündigungsschutz und die Mietpreiskontrolle für Altbauten schrittweise auf. Dies führte auch in Basel zu Mietzinserhöhungen für Altbauwohnungen. Der bundesweiten Liberalisierung stellte Basel-Stadt eine kantonale Regulierung des Immobilienmarkts entgegen. 1968 verabschiedete der Kanton ein Gesetz, das Abbrüche bewilligungspflichtig machte.<sup>112</sup> Einige Jahre später ergänzte das Parlament: Wohnungen dürfen nicht als Büros zweckentfremdet werden. Tatsächlich nahm die Zahl der Hausabbrüche pro Jahr seit den 1970er-Jahren ab.

Die Einschränkung der sogenannten Zweckentfremdung von Wohnungen sollte der Immobilienspekulation einen Riegel schieben. Vor allem die Mieterbewegung kritisierte, dass diese dennoch ungemindert weiter betrieben würde. So schrieb die aus einer Hausbesetzung hervorgegangene Mieteraktion 1979, dass die Spekulation «wie eine Lawine über die Stadt» rolle: «Mieten steigen, Wohnungen werden luxusrenoviert, Häuser abgebrochen, Mieter mit ihrem ganzen Haushalt hin- und hergeschoben.»<sup>113</sup> Insbesondere im Gundeldinger- und im Matthäus-

**Mieten steigen,  
Wohnungen werden  
luxusrenoviert**

quartier, wo der Altbaubestand gross war, kam es zu Kaskadenverkäufen. Häuser wurden gekauft und kurz darauf mit Gewinn weiterverkauft.<sup>114</sup> Viele der ehemals günstigen Wohnungen wurden zu Stockwerkeigentum und Büroräumen umfunktioniert. Erst ein dringlicher Bundesbeschluss von 1989, der den Weiterverkauf von Häusern während fünf Jahren verbot, beruhigte die Situation. Auf

Kantonebene präzisierten Regierung und Parlament, wann eine Bewilligung für einen Abbruch zu erteilen sei.

In den 1990er-Jahren kam es in Basel-Stadt zu weiteren Liberalisierungen. Die Immobilienkrise führte dazu, dass viele Bürogebäude leer standen.<sup>115</sup> Gesetzesänderungen ermöglichten Umnutzungen in beide Richtungen. Zudem beeinflusste der Wegzug vieler gutverdienender Familien den Wohnungsbau.

Private, insbesondere Stiftungen und Genossenschaften, kümmerten sich zunehmend um den sozialen Wohnungsbau. 1990 gründeten Anthroposophen die Bodenstiftung Edith Maryon, sechs Jahre später kam die Stiftung Habitat hinzu.<sup>116</sup> Beide Stiftungen setzten Akzente in der Stadtentwicklung. Als auf den

ehemaligen Industrieareale Erlenmatte und Lysbüchel Wohnraum gebaut werden sollte, kaufte Habitat einen grossen Anteil der Parzellen und gab sie teilweise an Genossenschaften im Baurecht ab. Damit erlebte der Genossenschaftsbau einen Aufschwung. Genossenschaften machten rund zehn Prozent des Wohnungsbestandes in Basel-Stadt aus und boten verhältnismässig günstigen Wohnraum an, insbesondere in den Quartieren Hirzbrunnen und Iselin.<sup>117</sup> Wie der Regierungsrat 1986 bemerkte, war die Auswahl der Mieterinnen und Mieter von solchen Wohnungen jedoch höchst selektiv, unter anderem hatten Ausländer, ledige Mütter oder Arbeitslose kaum Zugang. Im 21. Jahrhundert wurde das Angebot der Genossenschaften stark ausgebaut.<sup>118</sup>

Der Kanton hatte sich derweil beim Wohnungsbau auf die obere Mittelschicht und zahlungskräftige Familien fokussiert. Ein Beispiel dafür war das Programm «Logis Bâle», das sich 1998 zum Ziel setzte, innert zehn Jahren 5000 «grosse Wohnungen mit guter Qualität» zu bauen. Die Ausrichtung auf zahlungskräftige Mieterinnen und Mieter war nicht unumstritten. «Ottonormalverbraucher» könnten sich die neuen Preise nicht mehr leisten, befand 2012 der Präsident des Quartiervereins St. Johann, wo durch Logis Bâle besonders viele Neubauten entstanden waren.<sup>119</sup> Die Rede war von einer Gentrifizierung, einem Strukturwandel, in dessen Zuge ärmere Menschen aus Viertel wegziehen mussten, wo sie sich das Leben nicht mehr leisten konnten. In Basel forderten soziale Institutionen und Parteien auch deshalb stärkere Regulierungen des Wohnungsmarktes, um dieser Gentrifizierung entgegenzuwirken. Das Schlagwort «Recht auf Stadt» fasste ihre Haltung zusammen.

### **Gegen die Vereinsamung der Alten**

In den 1960er- und 1970er-Jahren bedeutete Alterspolitik hauptsächlich, Heime zu planen und zu bauen. Der Kanton musste damals auf die zunehmende Zahl betagter Einwohnerinnen und Einwohner reagieren. Zwischen 1961 und 1974 erhöhte sich der Anteil der über 65jährigen an der Basler Bevölkerung von 11,4 auf 19,6 Prozent, vergleichbar mit den Städten Zürich und Bern.<sup>120</sup> Allein zwischen 1967 und 1970 wurden 431 Alterswohnungen erstellt. 1982 gab es im Kanton gesamthaft vierzig Altersheime. Alterssiedlungen und Pflegeheime sollten der «Vereinsamung» der älteren Generation entgegenwirken. Darum baute der Kanton sie in den Quartieren, wo gemäss Regierungsrat «der Kontakt zu den Nachbarn und Bekannten eher gewahrt» würde. Dort wollte er ein geborgenes und familiäres Zuhause anbieten.<sup>121</sup>



**96 Illustration zu einem Artikel über die Wohnbevölkerung in Riehen, 2017.** — Diese Karikatur von Felix Schaad begleitete einen Artikel über Riehen, das «Dorf der Rentner». In der Basler Landgemeinde war ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt, ein überdurchschnittlich hoher Anteil. Angesichts der landesweit steigenden Lebenserwartung sei Riehen somit ein «Versuchslabor», schrieb der Zürcher *«Tages-Anzeiger»*. Dass in Riehen viele Rentnerinnen und

Rentner lebten, war indes eine neuere Entwicklung. Noch in der Hochkonjunktur befürchtete die Stadt eine Überalterung, Familien hingegen zogen in die Agglomeration oder nach Riehen, wo sie Häuser kaufen konnten. Erst um 1990, als die ehemaligen Neuzuzügerinnen und -zuzüger das Rentenalter erreicht hatten, war der Anteil der über 65-Jährigen in Riehen mit über zwanzig Prozent erstmals höher als derjenige in der Stadt.

Doch kaum waren die neuen Altersheime gebaut, fand in der Betreuung betagter Personen bereits ein Umdenken statt. Ältere Personen verblieben dank besserer finanzieller Absicherung und neuer ambulanter Pflegemöglichkeiten länger in der eigenen Wohnung. Der Kanton unterstützte diese Entwicklung. Die spitalexterne Pflege, in der Deutschschweiz als *«Spitex»* bekannt, wurde ausgebaut, Geriatriebetten in Heimen abgebaut.<sup>122</sup> Der Kanton setzte sich Ende des 20. Jahrhunderts zum Ziel, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden

leben sollten. Das Anliegen war, ältere Menschen am Leben in der Stadt teilhaben zu lassen – die Regierung plädierte 2020 für die «Solidarität zwischen den Generationen».<sup>123</sup> Während in den 1960er-Jahren noch die «Überalterung» der Gesellschaft befürchtet und die ältere Generation als ein Unterbringungs- und Pflegeproblem angesehen worden war, betonte die Stadt nun deren wichtigen Beitrag für das Zusammenleben.

## Orte der Freizeit

«Atlantis» und «Café Florida», «Färimaa» und «Express-Bar», «Sonne» und so weiter: Hier verkehrten Dieter Ehrlich und seine Freundinnen und Freunde, die um 1960 die Basler Szene der «Halbstarken» bildeten. Sie hörten Rock'n'Roll, trugen Jeans, Lederjacken und riesige Gürtelschnallen, waren gewaltbereit und trinkfest. Ehrlich hat ihre Treffpunkte auf einer Seite seines Fotoalbums niedergeschrieben. Es waren Kneipen, sogenannte *Beizen*. Eine Stammbeiz der Szene war das «Café Oasis», in seinem Album bezeichnete es Ehrlich als «Unser Café im Kleinbasel» [97].

Die *Beiz*, das Café oder die Bar: Das waren nicht nur Orte, wo man ass. Es waren Orte des «gemeinsamen Herumhängens», wie Ehrlich es später beschrieb.<sup>124</sup> Jede Szene, jede Jugendkultur, jedes gesellschaftliche Milieu hatte ihre eigenen Orte. Die Halbstarken traf man in *Beizen*, die meisten ausgestattet mit Music-Boxen, Flipper- und *Töggeli*-Kasten. In einem besonders ausgefallenen Café, dem «Café Tropic», wurden Schlangen gehalten.<sup>125</sup> Die Treffpunkte machten die Szene zu einem grossen Stück aus.

Nicht nur die Szenen wählten ihre Treffpunkte, auch die Restaurants und Bars suchten sich ihre Kundinnen und Kunden aus – und verweigerten anderen den Zutritt. Das «Café Tropic» beispielsweise, seit den 1940er-Jahren Treffpunkt

**97 Seite aus dem Fotoalbum von Dieter Ehrlich, erste Hälfte der 1960er-Jahre.** — Der Zeitzeuge hat die Szene der Halbstarken dokumentiert und seine Erinnerungen später mit Klebstreifen, Filzstift und Tipp-Ex ergänzt.

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

für Künstlerinnen, Musiker und Studierende, tolerierte keine Jugendliche mit langen Haaren. Diese erhielten ein Kärtchen mit folgender Aufforderung: «Wir bitten Sie, Ihre geschätzte Freizeit an einem anderen Ort zu verbringen!»<sup>126</sup>

Der wachsende Wohlstand in der Nachkriegszeit machte Freizeit zu einem wichtigen Teil des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Kürzere Arbeitszeiten führten zu mehr freien Zeitfenstern, die nun genutzt wurden, um Sport zu treiben, ins Restaurant zu gehen und Freunde zu treffen. 1962 führte der Kanton Basel-Stadt die Fünftagewoche und die 44-Stunden-Woche ein, in der Folge sank die durchschnittliche Arbeitszeit.<sup>127</sup> Zur selben Zeit nahmen die Freizeitangebote stark zu, viele von ihnen waren auf ein spezifisches Zielpublikum ausgerichtet. Grossen Anteil daran hatten die verschiedenen Jugendszenen, die seit den 1960er-Jahren aufkamen. Was man in der Freizeit tat, diente nicht nur der Erholung, sondern zeigte gesellschaftliche Zugehörigkeiten an. Es entstand eine neue Freizeitindustrie, die ihre Angebote vermarktete und so neue Bedürfnisse schuf. Die Freizeit wurde zunehmend kommerzialisiert.

### **Die *Beiz* als Wohnzimmer**

Die *Beiz* als Treffpunkt kam nach 1960 unter Druck, bis 1970 verschwanden in Basel rund dreissig Restaurants und zehn Kaffees. Dafür nahm die Zahl der Kantinen stark zu, von 44 auf 134.<sup>128</sup> Die englische Arbeitszeit, von Staatsbetrieben bereits im Zweiten Weltkrieg eingeführt, setzte sich in den 1960er-Jahren durch und brachte einen Arbeitstag mit kurzer Mittagspause und früherem Arbeitschluss mit sich. Dies stellte das Essverhalten um die Mittagszeit auf den Kopf. Damit die Mitarbeitenden weder nach Hause noch in ein Restaurant essen gehen mussten, benötigten sie eine Essensmöglichkeit am Arbeitsplatz.

Ein 1977 ausgestrahlter Fernsehbericht über das Horburgquartier berichtete von einem Trend in der Gastronomie: «neue, sterile Restaurants ersetzen die alte Quartierbeiz».<sup>129</sup> Eines dieser geschlossenen Restaurants war die «Farnsburg» am Barfüsserplatz, ein beliebter Jugendtreffpunkt, das 1979 durch einen McDonald's ersetzt wurde. Es war die erste Filiale des US-amerikanischen Fast-Food-Anbieters in der Schweiz.

Ein gehobenes und dezidiert bürgerliches Restaurant war das «Café Spitz» auf der Kleinbasler Seite der Mittleren Brücke. Nachdem das Traditionsrestaurant, das Mitte des 19. Jahrhundert von den drei Kleinbasler Ehrengesellschaften übernommen worden war, zunehmend verlotterte, machten Gerüchte um Verhandlungen mit einem Besitzer mehrerer Nachtclubs die Runde. Die Ehrengesellschaften

befürchteten, dass «eine andere, aus dem Milieu kommende Gästestruktur» ihr Restaurant in Beschlag nehmen würde.<sup>130</sup>

Das «Café Spitz» wurde 2003 in einer ethnografischen Studie als durch und durch «bürgerlich» beschrieben: Gästen mit einem sichtbar anderen gesellschaftlichen Hintergrund werde zu verstehen gegeben, hier lediglich geduldet zu sein.<sup>131</sup> Dieselbe Studie kam zum Schluss, dass die Lokale der Basler Gastronomie kaum mehr klar verortbar waren. Die Gesellschaft hatte sich verändert, die Milieus hatten sich gemischt. Arbeiterbeizen oder dezidiert bürgerliche Cafés waren seltener geworden.

Hinzu kamen Gesetzesänderungen. 1995 liberalisierte der Kanton das Gastgewerbegesetz: Ein neues Restaurant musste nicht mehr einem von Beamten ausgemachten «Bedürfnis» entsprechen. Zudem strich Basel-Stadt als erster Kanton die Polizeistunde.<sup>132</sup> Die Liberalisierung beflügelte das Angebot:

### **Ein Basler Spezifikum war der Verein Fūmoar**

Innert fünf Jahren stieg die Zahl der Restaurants, Imbisse, Bars und Diskotheken von 352 auf 558 an. Eine neue Erscheinung war die zunehmende Anzahl Schnellimbisse, die vom neu erlaubten 24-Stunden-Betrieb profitierten. Zu den beliebtesten Gerichten zählte der Döner Kebab, eine türkische Spezialität. Zwar führte der Kanton die Polizeistunde zehn Jahre später wieder ein, die Entwicklung war jedoch nicht mehr aufzuhalten.

Ein Basler Spezifikum war der Verein Fūmoar, der im Jahr 2010 gegründet wurde.<sup>133</sup> Nachdem die Stimmbevölkerung einem kantonalen Rauchverbot in Innenräumen zugestimmt hatte, schlossen sich hundertachtzig Lokale zu einem Verein zusammen. Gäste mussten sich einen Mitgliederausweis kaufen, um in den Lokalen verkehren zu dürfen. Das Bedürfnis, in der Bar weiterqualmen zu können oder auch einfach die Notwendigkeit, nicht gehen zu müssen, veranlasste 200 000 Menschen, Mitglied des Rauchervereins zu werden – womit Fūmoar laut Eigenaussagen der grösste Verein der Schweiz war. Erst ein Bundesgerichtsurteil 2013 machte den Zigaretten in in Bars, Clubs und *Beizen* den Garaus.<sup>134</sup>

### **Mediterranisierung des Rheins**

Ende des 20. Jahrhunderts wurde der Rhein zu einem überaus beliebten Freizeitort in Basel. Das zunehmende Flussschwimmen machte ihn zu einem Treffpunkt. Im Sommer 1981 initiierte die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft das erste Rheinschwimmen, über tausend Menschen machten mit, Hunderte schauten vom Flussufer aus zu. Ein Artikel im Stadtbuch zeugt vom Staunen, das das Schwimmen im Fluss auslöste. Es sei ein «ungewöhnliches Bild», wie «der Basler «seinen» Rhein

entdeckt».<sup>135</sup> Wenig später kam der erste Schwimmsack auf den Markt (1985), in ihm konnten Schwimmerinnen und Schwimmer ihre Kleider und Schuhe vor dem Wasser schützen, mit ihm trieben sie den Rhein hinunter. Hinter dem nützlichen Accessoire stand die Absicht, die verbesserte Wasserqualität des Rheins unter Beweis zu stellen. Die Initiatoren der Imagekampagne waren die Kläranlagebetreiberin Pro Rheno, Firmen der Basler Chemie, das Gewässerschutzamt und die Schweizerische Lebensrettungsgesellschaft. Das Schwimmen im Rhein wurde zu einem Trend, den selbst die Brandkatastrophe von Schweizerhalle 1986 und das kurzfristige Badeverbot nicht aufhalten konnten. Ab den 1980er-Jahren trugen kartierte Empfehlungen und markierte Schwimmszonen zu einem sicheren Schwimmerlebnis bei.

Das Rheinschwimmen war indes kein neues Phänomen. Baslerinnen und Basler badeten bereits im Mittelalter im Fluss. Auch Rheinschwimmsäcke in Form eines «imprägnierten Segeltuchsacks» existierten bereits im 19. Jahrhundert.<sup>136</sup> Abfälle aus Haushalt und Industrie verdarben das Schwimmvergnügen jedoch ab den 1950er-Jahren. Aber auch als die schlechte Wasserqualität das Rheinschwimmen verunmöglichte, war das Rheinbord ein beliebter Treffpunkt. Einen eigentlichen Boom erlebte das Schwimmen im Rhein ab den 1990er-Jahren, wovon die steigende Zahl Teilnehmender beim jährlichen Rheinschwimmen zeugen.

Der Kanton und diverse private Unternehmen förderten die zunehmende Nutzung des Rheins. 1999 beschloss die Regierung nach Gesprächen mit der Bevölkerung, das Rheinufer aufzuwerten.<sup>137</sup> Das Kleinbasler Rheinufer verwandelte sich ab 2005 in eine «Riviera» mit Badestrand zwischen Wettstein- und Schwarzwaldbrücke. Weitere Aufwertungen folgten, wie die ab 2002 allmählich installierten Buvetten, in der warmen Jahreszeit geöffnete Cafés im Freien.

Spätestens ab 2003, als ein Hitzesommer in Basel für hohe Temperaturen sorgte, kam die Vorstellung des mediterranen Basels auf. Der Basler Journalist Hans-Peter Hammel, stadtbekannt als «-minu», schrieb: «Nie war Basel mediterraner, nie haben sich mehr Menschen im Rhein abgekühlt.»<sup>138</sup> Immer mehr Menschen verbrachten ihre freie Zeit am und im Rhein. 2019 analysierte ein Buch über das Flussschwimmen, es gäbe «keinen anderen Ort» in Basel, an dem «so viele und so unterschiedliche Menschen zusammenkommen und sich als Teil derselben Stadtgesellschaft erfahren».<sup>139</sup> Der Rhein sei der zentrale Raum in der Stadt, das gemeinsame Schwimmen im Fluss stelle Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft her.

Das Basler Standortmarketing kommerzialisierte das Rheinschwimmen und die sommerliche Stimmung, die sich am Ufer abspielte. Das Rheinschwim-



**98 Tausende nehmen am jährlichen Rheinschwimmen teil, 2016.** — Das Rheinschwimmen erfreute sich ab den 1980er-Jahren immer grösserer Beliebtheit. Symbol für das gemeinsame Freizeitvergnügen war der orange leuchtende Wickelfisch, 2002 von einem Kulturmanager entworfen. Der Wickelfisch hatte in den 1980er-Jahren einen rechteckigen Vorgänger, ebenfalls orange und mit einem Fisch bedruckt.

men wurde zunehmend zur Touristenattraktion: 2019 konnten Rheinschwimmer kurz vor der Mittleren Brücke durch kräftiges Winken ein Selfie auslösen und durch das Teilen in sozialen Medien das hochsommerliche Flair Basels in die Welt tragen.<sup>140</sup> Solche Bilder prägten die Vorstellung des Rheins als riesiger Freizeitpark, als *Badi* – schweizerisch für Freibad – für alle, worüber die wirtschaftliche Bedeutung des Rheins und des Hafens in Vergessenheit geriet.

## Sport im Alltag

Eine populäre Freizeitaktivität ist der Sport, seine gesellschaftliche Bedeutung manifestierte sich in Basel in zahlreichen Vereinen. Im Nachkriegsboom erfuhren sie einen beachtlichen Zuwachs. Zwischen 1945 und 1975 stieg die Anzahl Aktivmitglieder von rund 10 000 auf knapp 30 000. Seither blieben die Zahlen stabil auf diesem Niveau.<sup>141</sup> Im selben Zeitraum erlebte auch der Firmensport eine Blüte in Basel. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagierten sich in immer mehr Sektionen, darunter Boccia, Faustball, Fussball, Handball, Leichtathletik, Kleinkaliberschiessen, Korbball, Schach und Tennis.<sup>142</sup> Sport und Bewegung nahmen neue Funktionen im gesellschaftlichen Leben ein. Sie förderten den sozialen Zusammenhalt, trugen zur Gesundheit bei und bereiteten Spass.

Diese Entwicklung zeigte sich auch bei den Turnvereinen, die sich von ihrer bürgerlich-erziehenden Funktion emanzipierten und zu polysportiven Vereinen wurden. Im Jüdischen Turnverein Basel beispielsweise interessierten sich die jüngeren Mitglieder vermehrt für Ballspiele und Laufdisziplinen statt für Gemeinschaftsturnen und klassische Übungen am Boden, dem Reck oder an den Ringen.<sup>143</sup> Fussball, Tennis und Schwimmen lösten Turnen und Gymnastik als beliebteste Sportarten ab. Um 1970 liess die Basler Regierung gemeinsam mit der Vita Lebensversicherung, einer Tochtergesellschaft der Zurich (Versicherung), erste Vita-Parcours an den Kantonsgrenzen bauen. Behörden und Fachleute erhofften sich, dass die sportliche Betätigung dem vermehrten Konsum von Alkohol, Tabak und fetthaltigen Lebensmitteln Gegensteuer bieten könne.<sup>144</sup> Ausserdem begann das Erziehungsdepartement den Sportunterricht zu entmilitarisieren. In den Verwaltungsberichten war nicht mehr die Rede von «Körperpflege», sondern von «Sport und Freizeitgestaltung».<sup>145</sup>

Das Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport von 1972 beschleunigte diesen Prozess landesweit, mit «Jugend+Sport» (J+S) lancierte der Bund im selben Jahr zudem ein umfangreiches Sportförderprogramm. Der Staat erklärte Sport zur Gesundheitsmassnahme und damit zu seiner Verantwortung. Eigenständig aktiv wurde der Kanton Basel-Stadt vermehrt gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Seither setzte er diverse, vielfach niederschwellige Projekte um: die ersten Sportklassen am Gymnasium Bäumlhof, Sportcamps, offene Turnhallen, einen Sportmarkt oder einen Online-Sportkalender.

Der Wunsch, Sport zu treiben, war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr an eine Vereinsmitgliedschaft gebunden. Trotzdem erhielten Vereine weiterhin Zulauf, nicht zuletzt wegen der sozialen Dimensionen des Vereinslebens. Sport-

vereine waren zum Beispiel beliebte Orte für Zugezogene. In der Nachkriegszeit entstanden in Basel zahlreiche Fussballvereine für Mitglieder mit Migrationshintergrund. Flüchtlinge des niedergeschlagenen Ungarn-Aufstandes riefen 1958 den SC Hungaria Basel ins Leben. In den 1960er-Jahren gründeten italienische Gastarbeiter eigenständige Fussballvereine in der Region, zum Beispiel die US Olympia oder den SC Inter Club. Später riefen Serben den FC Srbija, Türken den FC Türkgücü Basel, Kroaten den NK Alkar, Kosovaren den FC Dardania und Bosnier den FC Bosna ins Leben.<sup>146</sup> Bei vielen, auch traditionell schweizerischen Vereinen spielte die Nationalität der Mitglieder immer weniger eine Rolle. Die Sportvereine bildeten die zunehmend pluralisierte Gesellschaft ab und leisteten Integrationsarbeit im privaten Bereich.

Basel entwickelte sich in diesem Zeitraum immer mehr zu einer multikulturellen Gesellschaft. Neben Sportvereinen bildeten auch verschiedene Kirchen einen wichtigen Treffpunkt für ausländische Einwohnerinnen und Einwohner. Insbesondere islamische Glaubensgemeinschaften gewannen in Basel an Zulauf. Im Gegensatz dazu verlor die lange dominante protestantische Kirche sehr viele Zugehörige [100].

# Glaube und Religion in der säkularen Stadt

Im 20. Jahrhundert verlor die Kirche für viele Menschen an Bedeutung. Die evangelisch-reformierte Kirche Basel zählte 1990 nur noch halb so viele Mitglieder wie dreissig Jahre zuvor. Bei der katholischen Kirche begann der Exodus im Laufe der 1970er-Jahre, als der Einwanderungsschub aus den Ländern Südeuropas abflachte. In den 2010er-Jahren gehörten in der Stadt nur noch dreissig Prozent der Bevölkerung einer der beiden grossen Landeskirchen an. Die Gruppe der Konfessionslosen bildete die Mehrheit [100].<sup>147</sup>

Basel war eine multiethnische Stadt geworden, in der 400 verschiedene Religionsgemeinschaften nebeneinander lebten.<sup>148</sup> In der Stadt existierten 2005 fünf orthodoxe Glaubensgemeinschaften und etwa siebzig evangelische Freikirchen, zu den jüngsten und populärsten zählte die «International Christian Fellowship». Die älteste nichtchristliche Gemeinschaft in Basel war jüdischen Glaubens.<sup>149</sup> Auch sie bildete die zunehmend diverse, pluralistische Gesellschaft ab. So entstanden in der jüdischen Gemeinschaft Gruppierungen mit egalitären Formen des Gottesdienstes («Migwan», «Ofek» und «Od Mashehu») und solche mit ultraorthodoxen Strukturen («Chabad»).

Unterschiedliche Migrationsbewegungen brachten nach 1960 neue Religionen in die schweizerische Stadt, darunter den Hinduismus, den in Basel vor allem Menschen aus Sri Lanka praktizierten, den Buddhismus, den Sikhismus oder den Bahaismus.<sup>150</sup>

Im Stadtbild machte sich die multireligiöse Gegenwart allerdings kaum bemerkbar, Basel blieb geprägt von Stätten des christlichen

Glaubens. Die Präsenz der wachsenden islamischen Glaubensgemeinschaften beispielsweise blieb weitgehend im Verborgenen, obwohl sie bereits Mitte der 1970er-Jahre erste Vereine und Zentren gründeten und 2000 mit knapp sieben Prozent den prozentual höchsten Anteil muslimischer Bevölkerung aller Schweizer Kantone ausmachten. Nach der reformierten und katholischen Kirche war der Islam in Basel die bedeutendste Glaubensgemeinschaft. Zum Gebet versammelten sich Musliminnen und Muslime in Privatwohnungen oder in Gewerberäumen, Lagerhallen und Dachstöcken, die sie zu Moscheen umfunktioniert hatten. Oft waren diese Orte von aussen nicht als religiöse Einrichtungen erkennbar.<sup>151</sup> Mit dem wachsenden Anteil an Musliminnen und Muslimen wuchs auch der Antiislamismus: Als 2009 die Schweizer Bevölkerung den Bau von Minaretten in einer Abstimmung verbot, gehörte Basel-Stadt zwar zu jenen Kantonen, die die Volksinitiative ablehnten – allerdings nur sehr knapp.<sup>152</sup>

Gegen Ende des Jahrhunderts standen viele Kirchen zunehmend leer. Für die Verantwortlichen war der anhaltende, markante Mitgliederchwund auch ein finanzielles Problem. Die Mittel fehlten, um den Unterhalt der renovationsbedürftigen Sakralbauten langfristig garantieren zu können. Zudem gehörte Basel-Stadt zu den wenigen Kantonen, die von den ansässigen Unternehmen keine Kirchensteuer erhoben. Viele Kirchen mussten schliessen und wurden neuen Nutzungen zugeführt, etwa die katholische Kirche Don Bosco oder die evangelisch-reformierte Kirche Paulus und das Gemeindehaus Oekolampad.<sup>153</sup>



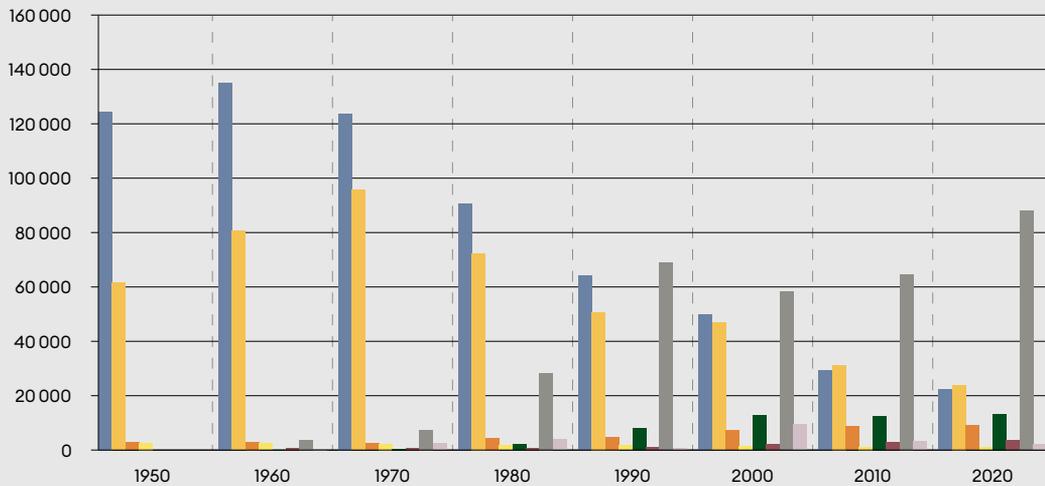
Die Umnutzung war kein Novum an sich, in der Barfüsserkirche war beispielsweise bereits Ende des 19. Jahrhunderts das Historische Museum Basel eingezogen. Die Öffnung gegenüber neuen Formen des Glaubens hingegen schon. Bestes Beispiel dafür war die Elisabethenkirche, die der ökumenische Verein Offene Kirche Elisabethen 1994, nach umfassenden Renovationen, im Leihvertrag von der evangelisch-reformierten Kirche übernahm. Die neue Leitung funktionierte die Kirche zur schweizweit ersten Werktagskirche um, brach mit kirchlichen Traditionen und stellte das Prädikat «offen»

**99 Männer im Gebet in der Arrahma-Moschee in Basel, 2010.** — Die wachsende muslimische Glaubensgemeinschaft in Basel hatte verschiedene Treffpunkte. Als erste deutschsprachige Moschee bezeichnet sich «Arrahma».

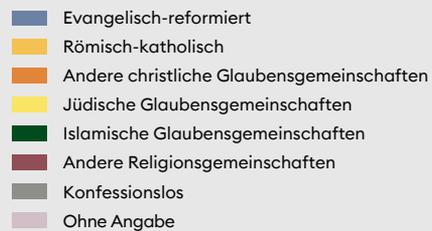
in den Vordergrund. Sie griff damit Ideen des Industriepfarramtes auf, das seit den 1970er-Jahren Glaube als sozialetische Verantwortung verstand und in den Alltag der Arbeiterinnen und Arbeiter integrieren wollte.<sup>154</sup> Die Elisabethenkirche verstand ihr Klientel breiter: Die neuen «geistigen, kulturellen und sozialen

Angebote waren für alle Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder Religion zugänglich». Dem unkonventionellen Pfarrer Hansruedi Felix war kaum eine Idee zu kühn – bis hin zum «Tiergottesdienst», an dem die Basler Bevölkerung ihre Haustiere segnen lassen konnte.<sup>155</sup>

## Religionszugehörigkeit in Basel-Stadt, 1950–2020



**100** In den 1950er-Jahren waren fast alle Bewohnerinnen und Bewohner von Basel reformiert oder katholisch, kaum jemand konfessionslos und nur wenige Angehörige einer anderen Glaubensgemeinschaft. Das hat sich seither grundlegend verändert. Basel entwickelte sich zu einer multireligiösen Gesellschaft. Der muslimische Glaube etablierte sich, das Christentum verlor derweil an Bedeutung im Alltag. Keine andere Stadt in der Schweiz hatte um 2020 so viele Konfessionslose wie Basel.



## Anmerkungen

- 1 Zit. nach Angst 2011, S. 89. HLS: Irma Tschudi-Steiner. Unigeschichte seit 1460: Frauenstudium. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/frauenstudium>, abgerufen am 26.06.2023.
- 2 Zit. nach Janett 2022, S. 148.
- 3 Businger; Janett; Ramsauer 2018.
- 4 Janett 2022, S. 102–114, 186–188, 198–200.
- 5 Ebd., S. 132–135. Kälin 2019, S. 137–138. Schulthess; Leu-Weber 1971, S. 6. Banz 1966, S. 23.
- 6 Janett 2022, S. 196–206.
- 7 Ebd., S. 112–113.
- 8 Ebd., S. 207–246. Baumeister 2022. Unigeschichte seit 1460: Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Basel. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/fakultaeten-und-faecher/medizinische-fakultaet/juengste-entwicklungen-der-medizinischen-fakultaet/kinder-und-jugendpsychiatrie>, abgerufen am 26.06.2023.
- 9 Kälin 2019.
- 10 Ebd.
- 11 HLS: Kindesrecht.
- 12 Delessert 2012. Schubert 2012, S. 13. Miescher; Trüeb 1988. Walser 2013. «Demonstration in Basel», Blickpunkt, SRF, 23.06.1980. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/demonstration-in-basel?urn=urn:srf:video:23bfdbfe-e120-4cff-bac4-6c937cd27b35>, abgerufen am 23.03.2023.
- 13 Zit. nach Miescher; Trüeb 1988, S. 90.
- 14 Zit. nach Schubert 2012, S. 8.
- 15 Artikel abgedruckt in ebd., S. 23.
- 16 Miescher; Trüeb 1988, S. 133–134.
- 17 Bichsel; Gerster; Baumgartner 1996. Eigenmann 2022. Schubert 2012, S. 84.
- 18 «Selbstporträts», in: Frau ohne Herz. Zeitschrift für Lesben und andere Frauen (25), 1989, S. 29.
- 19 Huber 2016.
- 20 «Neues Gleichstellungsgesetz sorgt für Zwiist unter Feministinnen», in: SRF News, 05.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/basel-will-lgbtqi-einbinden-neues-gleichstellungsgesetz-sorgt-fuer-zwiist-unter-feministinnen>, abgerufen am 27.06.2023.
- 21 «Selbstbedienung – die grosse Versuchung», in: NZ, 11.12.1973.
- 22 Schaller 1980, S. 6.
- 23 Suter 2020.
- 24 Mall-Haefeli 1973, S. 91–98. «Familienplanung», Blickpunkt, SRF, 20.4.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/familienplanung?urn=urn:srf:video:fb694fdb-d929-450b-9e09-3d3ffa715272>, abgerufen am 27.6.2023. Unigeschichte seit 1460: Der Einfluss des Gesellschaftlichen Wandels auf die Frauenmedizin. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/fakultaeten-und-faecher/medizinische-fakultaet/juengste-entwicklungen-der-medizinischen-fakultaet/frauenklinik/der-einfluss-des-gesellschaftlichen-wandels-auf-die-frauenmedizin>, abgerufen am 26.06.2023.
- 25 Mall-Haefeli 1973, S. 95.
- 26 Tamm; Heilmann 1983, S. 22. Küng; Stingelin; Meyer 1982, S. 4–5.
- 27 StatJB, Tabelle «Eheschliessungen nach Heimat, Zivilstand, Alter».
- 28 HLS: Konkubinats. Grossmann 2019, S. 239–246. StABS, PD-REG 8d (1) 5-1 6, Konkubinats. Zur Vorgeschichte vgl. Wenger 2009.
- 29 StatJB, Tabelle «Ehescheidungen nach Heimat, Ehedauer, Kinderzahl und Scheidungsgrund».
- 30 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 11, Abs. 2a. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 31 Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889, Artikel 14.
- 32 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 11, Abs. 1h und 1i. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 33 Regierungsrat Basel-Stadt 1999. Frey 1997.
- 34 Kunz 1975, S. 110.
- 35 «Kinderkrippe Basel», Antenne, SRF, 11.11.1971. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/kinderkrippe-basel?urn=urn:srf:video:0c5db448-0a28-4860-9622-3c6223f47885>, abgerufen am 03.04.2023.
- 36 Gujer; Hunziker; Hungerbühler 1982, S. 393. Banz 1964a, S. 119.
- 37 Gschwind 2018, S. 3–4. Von Holt; Bosshardt 2001.
- 38 Falk 2019, S. 39–55. Grossmann 2019, S. 129–135. Kinderkrippen Bläsistift 2021.
- 39 Von Falkenstein 2001.
- 40 Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern sowie Bericht des Regierungsrates zu zwölf Anträgen, einer Petition und einer Initiative vom 18. August 2003.
- 41 «Schulen werden zu anregenden Lernorten», in: bz Basel, 14.08.2007. «Kinderbetreuung in Basel: endlich ein Gesamtkonzept!», in: bz Basel, 12.04.1999. Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Sozialberichterstattung, 2019, S. 40. Online: <https://statistik.bs.ch/files/berichte-analysen/Sozialberichterstattung-2019.pdf>, abgerufen am 28.06.2023.
- 42 Bucher 2000, S. 96. Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern 2019, S. 9.
- 43 «11 Ranglisten zur Lebensqualität in Schweizer Städten», in: SRF News, 23.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/gesellschaft/lebensqualitaet-ranking-2023-11-ranglisten-zur-lebensqualitaet-in-schweizer-staedten>, abgerufen am 03.05.2023.
- 44 Bucher 2000, S. 3.
- 45 StABS, STA DS BS 9 9025, Ratschlag betreffend Gewährung von Subventionen für den Betrieb je eines Quartiertreffpunktes für die Jahre 2001 bis 2003 an Verein Breite-Zentrum Treffpunkt Breiti, Verein Familienzentrum Gundeli, Verein Kontaktstelle für Eltern und Kinder Basel-West, Verein Quartiertreffpunkt Kasernenareal, Verein Burg am Burgweg (Wettstein-Quartier), Förderverein Pro QuBa (Quartierzentrum Bachletten), 2000.
- 46 Vogel 1989, S. 137.
- 47 Zit. aus Knill 2019, S. 14.
- 48 «Depressionen in einer kranken Welt», in: NZ, 06.08.1975.
- 49 Vogel 1989, S. 17.
- 50 Ebd., S. 18.
- 51 Bänziger; Herzig; Koller u. a. 2022, S. 102. Straumann 2000, S. 31–34. Behringer 2019, S. 38–46.
- 52 Knill 2019, S. 15–21. Vogel 1989, S. 52–82.
- 53 Rudolf von Rohr 2014, S. 46–48. «Drogenkette Basel», CH-Magazin, SRF, 21.05.1976. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/ch-magazin/video/drogenkette-basel?urn=urn:srf:video:cc503aa9-209e-4bc3-bc6e-124ffdc5a79>, abgerufen am 03.04.2023.
- 54 Knill 2019, S. 22.
- 55 Vogel 2003, S. 152.
- 56 Vogel 1991, S. 49.
- 57 Ruffli 1989.
- 58 Zit. nach Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 19.
- 59 Miescher; Trüeb 1988, S. 134.
- 60 Ebd.
- 61 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 57, 86–87. Schubert 2012, S. 19–21. Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 233.
- 62 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 119–157.
- 63 Ebd., S. 123–157.
- 64 Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 233–236.
- 65 Götz; Hicklin; Battegay 2018, S. 42–45. Ruffli 1989.
- 66 Ruffli 1989.
- 67 «Das Basler Rotlicht wird grün eingegrenzt», in: bz Basel, 27.06.2016. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-basler-rotlicht-wird-grun-eingegrenzt-ld.1565301>, abgerufen am 03.04.2023.

- 68 Kantonalen Übertretungsstrafgesetz vom 15. Juni 1978, Artikel 38, in: Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizeiverordnungen, welche vom 1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1980 für den Kanton Basel-Stadt erlassen worden sind, S. 74–75.
- 69 StABS, STA DS BS 9 8684, Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Kantonalen Übertretungsstrafgesetzes (Prostitution) vom 18. Juni 1996. Vgl. auch Anklin 2011, S. 95–97.
- 70 «Strassendirnen» werden von der Clara-matte weggewiesen», in: bz Basel, 07.10.1999.
- 71 «Verbotsschilder im Milieu: Fragwürdiger Nutzen», in: BaZ, 12.11.1999.
- 72 «Sexarbeiterinnen sind Frauen mit Würde», in: 20 Minuten, 04.11.2016.
- 73 Knill 2019, S. 35.
- 74 Ebd., S. 36–37, 45.
- 75 Stoll 1991.
- 76 Zit. aus ebd.
- 77 Bänziger u. a. 2022, S. 162–164. Knill 2019, S. 58. Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 228–230.
- 78 Saner 1994. Pfister 2019, S. 184–194. Rudolf von Rohr 2014, S. 50–51.
- 79 Rudolf von Rohr 2014, S. 56–57. Knill 2019, S. 51.
- 80 Gschwind 2022, S. 191.
- 81 Zit. nach Knill 2019, S. 56.
- 82 Rudolf von Rohr 2014, S. 52, 57.
- 83 Rudolf von Rohr 2014, S. 23. Knill 2019, S. 67.
- 84 «Als Basel ein Hanfmecca war», in: TagesWoche, 10.11.2011. Online: <https://tageswoche.ch/politik/als-basel-ein-hanfmecca-war/index.html#comments>, abgerufen am 27.06.2023.
- 85 StABS, STA DS 8 169, Verwaltungsbericht 2002, Kapitel IX Staatsanwaltschaft, S. 324.
- 86 «Hanfläden: Das Leben in der Grauzone», in: BaZ, 09.09.2002.
- 87 Bänziger u. a. 2022, S. 296–299. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 21.11.2012.
- 88 Medienmitteilung des Bundesrats: Bund bewilligt erstes Gesuch für einen Cannabis-Pilotversuch in Basel-Stadt, 19.04.2022. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-88047.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 89 Ruckstuhl; Ryter 2017, S. 207–250.
- 90 Vogel 2003, S. 82–83.
- 91 Zit. nach Spirgi 2018, S. 1.
- 92 «Als Wohnraum nicht mehr gefragt», in: NZ, 24.01.1976.
- 93 Wunderle 1963, S. 36.
- 94 HLS: Fernsehen. Historische Statistik der Schweiz (HSSO). Online: <https://hso.ch/de/2012/n/27>, abgerufen am 27.06.2023.
- 95 Statistisches Amt: Von den Anfängen der Telefonie. Online: <https://www.statistik.bs.ch/zahlen/statistisches-jahrbuch/daten-geschichte/telefon.html>, abgerufen am 06.02.2023.
- 96 Binnenkade 1994. Schumacher 2012. HLS: Waschen.
- 97 Moll; Sandtner; Saner 2002, S. 36–37. StatJB 1963, Leere Wohnungen und Geschäftsräume seit 1963, S. 106.
- 98 StABS, STA DS BS 9 7950, Bericht zu Wohnfragen im Kanton Basel-Stadt, 1986, S. 17–21.
- 99 Bundesamt für Statistik: Mietwohnungen. Online: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/mietwohnungen.html>, abgerufen am 28.06.2023.
- 100 Gilcher-Holtey 2017, S. 53–56. Piñeiro 2017, S. 40–52.
- 101 Pichler 1973. StABS, STA DS BS 8 139, Verwaltungsbericht 1972, Polizeidepartement, S. 49.
- 102 Petignat 1975. StABS, STA DS BS 8 139, Verwaltungsbericht 1972, Polizeidepartement, S. 49.
- 103 Piñeiro 2017, S. 52.
- 104 Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Studierende der Universität Basel nach Heimat und Geschlecht. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/9475>, abgerufen am 12.12.2024. Unigeschichte seit 1460: Neue studentische Wohnformen seit den 1960er-Jahren. Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/studentisches-wohnen/neue-wohnformen-seit-den-1960er-jahren>, abgerufen am 26.06.2023. Unigeschichte seit 1460: Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe). Online: <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/studentisches-wohnen/verein-studentische-wohnvermittlung-wove>, abgerufen am 26.06.2023.
- 105 «1 Haus, 25 Jahre, 94 Menschen, 1000 Stories», in: BaZ 16.06.1999. Vgl. auch «Basel will neue gesetzliche Grundlagen für WG's [sic] erarbeiten», Antenne, SRF, 05.02.1973. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:srf:video:822e21c8-fe4c-4a7a-8c16-1d3a3bdd7f2c>, abgerufen am 27.06.2022.
- 106 Huber 2014, S. 89. Diener & Diener Architekten: Wohnhäuser Hammerstrasse, Basel, 1978–1981. Online: <http://www.dienardiener.ch/de/project/apartment-buildings-hammerstrasse>, abgerufen am 27.06.2023.
- 107 Diener; Schett 1981, S. 36.
- 108 «Z. B. Ryffstrasse», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid\_V\_075. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_075](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_075), abgerufen am 27.06.2023.
- 109 Straumann 2000, S. 20. Piñeiro 2017, S. 9, 27–28.
- 110 Zit. nach Weick 2018, S. 50.
- 111 StABS, Protokolle: Grosser Rat 89, Protokoll des Grossen Rats von 1962 Mai 10 bis 1963 April 25, 14.03.1963, S. 508.
- 112 Weick 2018, S. 88–93.
- 113 Zit. nach Piñeiro 2017, S. 80.
- 114 Imhof 1991.
- 115 Aschwanden 2017, S. 71. StABS, STA DS BS 9 8663, Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Gesetzes über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 10. November 1975, vom 2. April 1996. «Immobilienmarkt, Überangebot an neuen Bürohäusern», Tagesschau, SRF, 11.01.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:srf:video:58343a62-302c-4002-8dd3-30248761d033>, abgerufen am 27.06.2023.
- 116 Bosshardt 2019.
- 117 Imhof 1998, S. 122. StABS, STA DS BS 9 7950, Bericht zu Wohnfragen im Kanton Basel-Stadt, 1986, S. 23, 25.
- 118 Baur 2013. Regionalverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz 2012. Labhardt 2017.
- 119 Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag (mit Audio-Beitrag), 30.05.2012. «Umfrage zur Zufriedenheit im St. Johann», in: Basler Stadtbuch, 30.05.2012.
- 120 Wunderle 1975, S. 50–51. Miville 1982. Bundesamt für Statistik: Historischer Atlas der Eidgenössischen Volkszählungen, Grafische Darstellung nach Gemeinden. Online: [https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/193/de/14450\\_14904\\_14445\\_14426/23013.html](https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/193/de/14450_14904_14445_14426/23013.html), abgerufen am 27.06.2023.
- 121 StABS, STA DS BS 9 7555, Bericht des Regierungsrates zu den Vorschlägen der Kommission für Altersfragen und spitalexterne Krankenpflege (KASK) für ein Konzept zur Betreuung der Betagten im Kanton Basel-Stadt vom Oktober 1979 und zu sieben Anzügen betreffend die Betreuung der Betagten.
- 122 Grundlagen für die Gestaltung der Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt. Bericht der Fachkommission Richtplan Alter, Oktober 1998. Fasnacht 2006, S. 195–201.
- 123 Gesundheitsdepartement Basel-Stadt: Vision «Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt». Online: <https://www.bs.ch/gd/alter>, abgerufen am 12.12.2024.
- 124 «Wir hatten wunderschöne Zeiten als Halbstarke», in: BaZ, 26.01.1999.
- 125 Matti; Müller; Riedo 2000, S. 157–161.
- 126 Zit. nach ebd., S. 160.
- 127 Degen 1986, S. 171–178.

- 128 StatJB 2005, Gastgewerbe seit 1950, S. 155. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 31.01.1942.
- 129 «Das Horburg-Quartier in Basel», Bericht vor 8, SRF, 10.02.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/bericht-vor-8/video/das-horburg-quartier-in-basel?urn=urn:srf:video:d875b750-798e-4320-9b11-aa8c-c74aabea>, abgerufen am 27.06.2023.
- 130 Erzberger 1986.
- 131 Förster 2003.
- 132 Nanni 2006, S. 20. StABS, STA DS BS 9 9222, Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz), 2003, S. 17. StatJB, Tabelle «Gastgewerbe seit 1950», 2005, S. 155.
- 133 Giger 2010. Vgl. für die Vorgeschichte Pfister 2009, S. 19.
- 134 «Basler Raucherverein «Fümoar» wird aufgelöst», in: bz Basel, 29.10.2015. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/basler-raucherverein-fumoar-wird-aufgelost-ld.1728447>, abgerufen am 27.06.2023.
- 135 Leuzinger 1981. Büttner u.a. 2020, S. 163.
- 136 Ludwig 1962. Vgl. auch Ziltener 1994. Schürch; Baumeister 2018. Basler Stadtbuch, Chronik-Einträge «Rheinschwimmen».
- 137 Regierungsrat Basel-Stadt 1999, S. 19–35 (Impulsprojekt Rhein). Werkstadt Basel: Konsens zum Thema: Auf zu neuen (Rhein-)Ufern, 1999. Online: [http://www.werkstadt-basel.ch/aktion/Konsenskonferenzen/ergebnisse/kk\\_rhein.php](http://www.werkstadt-basel.ch/aktion/Konsenskonferenzen/ergebnisse/kk_rhein.php), abgerufen am 05.12.2022. Vgl. auch Baudepartement des Kantons Basel-Stadt: Rheinuferaufwertung, 26.09.2008. Basler Stadtbuch, Chronik-Eintrag, 26.07.2002.
- 138 -minu (Hanspeter Hammel) 2003, S. 23.
- 139 Ruby; Shinohara; SAM Schweizerisches Architekturmuseum 2019, S. 13.
- 140 «Basel macht Rheinschwimmer zu Werbebotschaftern», in: htr.ch, 29.07.2019. Online: <https://www.htr.ch/story/tourismus/basel-macht-rheinschwimmer-zu-werbebotschaftern-24108.html>, abgerufen am 27.06.2023. Koller; Müller; Reusser 2016, S. 15.
- 141 StatJB 1945–2020.
- 142 Sportmuseum Schweiz; Rohner; Mangold 2016. Meier 1979, S. 162–164.
- 143 Straumann 1999, S. 10–11.
- 144 House of Switzerland: «Zurich vitaparcours» – mehr als ein sportliches Konzept, eine Institution. Online: <https://houseofswitzerland.org/de/swissstories/gesellschaft/zurich-vitaparcours-mehr-als-ein-sportliches-konzept-eine-institution>, abgerufen am 27.06.2023.
- 145 StABS, ED-REG 54, Abteilung Sport / Sportamt, 1950–2012.
- 146 Raz; Schaub 2014, S. 90–97.
- 147 Pfister 2014, S. 327–335. Hofmann 2013. Felder 1991, S. 31. StatJB 1960–2020. HLS: Religionen.
- 148 Inforel, <https://www.inforel.ch/>, abgerufen am 27.06.2023.
- 149 Baumann 2005, S. 20–21.
- 150 Ebd., S. 22–24.
- 151 Schoch 2011, S. 35–40.
- 152 StatJB 2009.
- 153 Kantonale Denkmalpflege: Zukunft Kirchenraum. Zur Neunutzung von Sakralbauten in Basel. Abendführungen der Kantonalen Denkmalpflege, April bis November 2012, Basel 2012. Ryser 2012, S. 16.
- 154 Held 2012.
- 155 Zit. nach Offene Kirche Elisabethen, <https://offenekirche.ch/>, abgerufen am 27.06.2023. «Die Unkonventionelle – die Offene Kirche Elisabethen bricht seit 25 Jahren kirchliche Traditionen», in: bz Basel, 26.04.2019. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/die-unkonventionelle-die-offene-kirche-elisabethen-bricht-seit-25-jahren-kirchliche-traditionen-ld.1359555>, abgerufen am 27.06.2023.



**Art | Basel**



# Kunst und Kultur: Basel vermarktet sich

Andere Schweizer Städte waren einfacher einzuordnen – Bern: die Hauptstadt, Genf: die internationalen Organisationen, Zürich: der Finanzplatz. Was war das Merkmal von Basel? Gegen Ende des 20. Jahrhunderts bezeichnete sich die Stadt als Kulturhauptstadt der Schweiz. Dabei war immer weniger klar, was Kultur alles war und was nicht. Museen, Theater oder klassische Musik, die alten Bastionen der Hochkultur, erhielten Konkurrenz durch Open-Air-Konzerte, Kunst im öffentlichen Raum oder Festivals. Einstige Subkulturen wurden populär, darunter Rock, Hip-Hop und Punk. Das kulturelle Leben in der Stadt wurde diverser und inklusiver, zunehmend aber auch von Wirtschaftsfaktoren dominiert. Wer litt unter diesem Trend? Gefährdete er alte Bräuche? Und drohte die Kultur ihr sozialkritisches Potenzial zu verlieren?

## Die Erzählung von der grosszügigen Kulturstadt

In den 1960er-Jahren wurden wertvolle Gemälde zum Gesprächsthema in der Stadt. Ausgangspunkt war der Absturz einer Maschine der Globe Air im April 1967 – ein Unglück, das die angeschlagene Basler Fluggesellschaft in den Konkurs trieb. Der Hauptaktionär Peter G. Staechelin stand vor einem Schuldenberg, hatte mit der hochkarätigen Kunstsammlung seines verstorbenen Vaters aber noch eine Wertanlage, die sich leicht zu Geld machen liess. Zuerst verkaufte Staechelin einen Van Gogh, dann einen Cézanne, später einen Monet und so weiter. Als «Arlequin assis» und «Les deux frères» von Pablo Picasso an die Reihe kamen, war die Klage bei Kunstliebhaberinnen und Kunstliebhabern gross. Man kannte und schätzte die beiden Gemälde, sie hingen als Leihgabe im Kunstmuseum Basel.

Nachdem die Behörden den Kontakt gesucht hatten, bot Staechelin der Stadt die beiden Picassos zum Sonderpreis von 8,4 Millionen Franken an.<sup>1</sup> Ohne grossen Widerstand stellten Regierung und Parlament daraufhin einen Staatsbeitrag von sechs Millionen Franken für den Ankauf bereit; den Rest versprachen Unternehmen und Private zu spenden. Sechs Millionen aus der Staatskasse für zwei Gemälde, das schien einigen unerhört. In Parks und Spielplätze investierte Basel-Stadt nur halb so viel. Ein parteiloses Komitee monierte, mit dem Kunstkauf würden Steuergelder verschleudert. Es ergriff das Referendum.<sup>2</sup>

Bei der anschliessenden Abstimmung zeigte sich, dass der Bevölkerung viel an den Kunstwerken lag. Das «Bettlerfest», eine Spendenaktion im Vorfeld, untermauerte dies. Tausende hefteten sich Protestknöpfe mit Slogans wie «I like Pablo» und «Don't let them go» an. Regierungsräte und Kulturschaffende kellnerten und wirteten für den guten Zweck.<sup>3</sup> Das Engagement der Basler Gesellschaft schlug auch international hohe Wellen, die «New York Times» und «Die Zeit» berichteten.<sup>4</sup> Um den Kauf der beiden Gemälde zu begründen, berief man sich auf die eigene Tradition. «Der Grosse Rat hat so gehandelt, wie es die Behörden unserer Stadt vor 305 Jahren taten», erklärten prominente Baslerinnen und Basler 1967 in einem Aufruf.<sup>5</sup> Damals, im Jahr 1661, kauften die Behörden das «Amerbach-Kabinett», eine bedeutende Privatsammlung, die unter anderem fünfzehn Gemälde von Hans Holbein dem Jüngeren enthielt. Damit besass Basel die älteste öffentliche Kunstsammlung der Welt. Sie war seither kontinuierlich angewachsen, seit Mitte des 19. Jahrhunderts waren zahlreiche Deposita aus privatem Familienbesitz hinzugekommen.<sup>6</sup>



**101 Kunstmuseum Basel: Schüler demonstrieren für den Ankauf von Bildern Pablo Picassos, 1967.** —

Neben prominenten Baslerinnen und Baslern setzten sich auch Jugendliche für den Verbleib der «Basler Picassos» in der Stadt ein. Hier verkündet eine Klasse der Bubensekundarschule, dass sie 6746 Franken gesammelt habe für den Kauf von «Die beiden Brüder» und dem «Sitzenden Harlekin».

Am 17. Dezember 1967 entschied die Basler Stimmbevölkerung, die eigene Kunstsammlung um zwei Picassos zu erweitern. 54,2 Prozent hatten für den Kauf der beiden Bilder aus der Sammlung Staechelin gestimmt. Am Ende blieben nicht nur die beiden Gemälde in Basel. Pablo Picasso, der die Aktion mit Begeisterung aus der Ferne beobachtet hatte, schenkte der Stadt vier weitere seiner Bilder, eine bekannte Basler Mäzenin ein zusätzliches. Statt zwei Picassos zu verlieren, kamen fünf dazu. Das Basler Museum besass damit eine der grössten Picasso-Sammlungen überhaupt. Vor allem aber hatte Kunst einen neuen Stellenwert erreicht in Basel: Noch nie zuvor hatte eine Stadt in einer demokratischen Abstimmung über den Ankauf moderner Kunst entschieden.<sup>7</sup> Ein ähnliches Vorhaben mit der Giacometti-

Sammlung war zwei Jahre zuvor in Zürich am Stadtparlament gescheitert – für den Schriftsteller Max Frisch ein weiterer Grund zur Annahme, dass «in Basel alles anders» sei.<sup>8</sup>

Die Ereignisse des Jahres 1967 gingen als «Picasso-Story» in die Stadtgeschichte ein. Immer wieder erzählte man diese Episode als grosszügige Rettungsaktion einer kulturrainen Bevölkerung. Mit der Ausstellung «Die Picassos sind da!» zeigte das Kunstmuseum 2013 eine Retrospektive auf die Geschehnisse von damals. In den Medien war die Rede von einer «Heldengeschichte», von einer Stadt, die gute Kunst zu würdigen weiss. Im selben Jahr erschien der Dokumentarfilm «Das Picasso-Wunder von Basel».<sup>9</sup> Diese Erzählung hat Eingang ins kollektive Gedächtnis der Stadt gefunden. Sie förderte das Basler Selbstverständnis als Kulturstadt.

Seit der «Picasso-Story» zementierte Basel seinen Ruf als Kulturstadt weiter. 1960 zählte die Stadt vierzehn private und öffentliche Museen, 2020 waren es knapp vierzig, eine europaweit einmalige Dichte.<sup>10</sup> Insbesondere im Kunstbereich war das Angebot aussergewöhnlich. Zum Selbstbild einer Kulturstadt passten auch die Basler Strassennamen. Rund dreissig erinnern an berühmte Künstlerinnen und Künstler, die mit der Stadt verbunden waren, zum Beispiel die Amerbach- oder die Holbeinstrasse. Keine einzige Strasse in Basel erinnert dagegen an einen Unternehmer der wirtschaftlich so bedeutenden chemisch-pharmazeutischen Industrie, ganz im Gegensatz zur Welt der Künste.<sup>11</sup>

### **Eine Stadt der Mäzeninnen und Mäzene**

Ohne Mäzenatentum wäre die Entwicklung Basels zur Kunststadt nicht denkbar gewesen. Die international bekannte moderne Abteilung des Kunstmuseums bestand spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg hauptsächlich aus Leihgaben.<sup>12</sup> Dabei war den Donatorinnen und Donatoren ein Dorn im Auge, dass nur ein Bruchteil der Kunstsammlung der Bevölkerung gezeigt werden konnte. Eine Folge davon war das 1980 eröffnete Museum für Gegenwartskunst. Es gehörte weltweit zu den ersten Museen, die sich ausschliesslich zeitgenössischer Kunst widmeten. Boden und Geld für die Erweiterung des Kunstmuseums im St. Alban-Tal stellten die Christoph Merian Stiftung (CMS) und die Emanuel Hoffmann-Stiftung bereit. Letztere hatte eine eigene grosse Sammlung und engagierte sich später auch selbst im Museumsbereich, um ihre Sammlung sichtbar zu machen. Mit dem «Schaulager» in Münchenstein (BL) liess sie 2003 in unmittelbarer Nähe zur Stadt einen Ort für ihre nicht ausgestellte zeitgenössische Kunst errichten.

In keiner anderen Schweizer Stadt floss so viel privates Geld in die Kultur wie in Basel. Das neue Schauspielhaus (2002), der Erweiterungsbau des Kunstmuseums (2016), das renovierte und vergrösserte Stadtcasino (2020) – all diese Projekte wurden mindestens zur Hälfte durch Private finanziert.<sup>13</sup> Doch nicht alle Kulturbereiche profitierten gleichermassen von Mäzeninnen und Mäzenen. Oft bestimmten einzelne Menschen, mit welchen Aushängeschildern sich die Kulturstadt Basel schmücken konnte.

Das einflussreichste Netzwerk im Bereich der Kultur entstand rund um die Familien, die am Pharmakonzern Roche beteiligt waren. Am Anfang standen Emanuel Hoffmann, Sohn des Firmengründers Fritz Hoffmann-La Roche, und seine Frau Maja Stehlin, eine Kunstsammlerin und Mäzenin, die im Laufe ihres Lebens mit zahlreichen Künstlern befreundet war [102]. Im Gedenken an ihren 1932 verstorbenen Ehemann gründete Maja Hoffmann die bereits erwähnte Emanuel Hoffmann-Stiftung. 1934 heiratete sie den jungen Musiker und Dirigenten Paul Sacher, der Verwaltungsrat von Roche wurde und dessen Namen sie annahm. Ihr zweiter Ehemann förderte seinerseits den Ruf Basels als Hochburg der klassischen Musik.<sup>14</sup> Sacher holte berühmte Dirigenten nach Basel, förderte Komponisten wie Igor Strawinsky und verhalf dem Historischen Museum zu einer international beachteten Instrumentensammlung. Zudem stellte die Paul Sacher-Stiftung (1986) die Konservierung der prestigeträchtigen musikalischen Nachlässe sicher.<sup>15</sup> Nicht zuletzt auch dank Sacher zog das Sinfonieorchester des Deutschschweizer Radios 1968 nach Basel. Damit verfügte die Stadt über zwei Berufsorchester mit über 160 fest angestellten Musikerinnen und Musikern.<sup>16</sup>

Das Herz der Roche-Erbin Maja Sacher schlug insbesondere für die bildenden Künste. Sie war die Mäzenin, die im Rahmen der «Picasso-Story» der Stadt ein weiteres Gemälde des Künstlers schenkte. Ihr Engagement für moderne Kunst pflegten Nachkommen aus ihrer ersten Ehe weiter, insbesondere die Enkelinnen Maja Hoffmann und Maja Oeri, die beide ihren Vornamen trugen. Als Mäzeninnen und Mäzene prägten Mitglieder der Familie die Kultur in der Stadt, wobei persönliche Interessen durchaus zu erkennen waren. Zu den Begünstigten zählten das Puppenhausmuseum, der Zoo, die Jazzszene, Medienportale oder der FC Basel (FCB), vor allem aber Institutionen in den Bereichen Musik und Kunst. Auch die Firma Roche, die das Vermögen für das kulturelle Netzwerk der Gründerfamilien generierte, betonte die Verbindung von Stadt und Kunst. Anlässlich des 100-Jahresjubiläums eröffnete die Firma das Tinguely-Museum (1996) als «Geschenk» an die Stadt und ehrte damit einen Künstler, mit dem Maja Sacher eng befreundet gewesen war.<sup>17</sup> Das Museum war also auch ein Ausdruck persönlicher Zuneigungen und

Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

**102 Andy Warhol, «Maja», 1980.** — Die vom US-amerikanischen Künstler Andy Warhol porträtierte Maja trug im Laufe ihres Lebens drei unterschiedliche Nachnamen: Stehlin, Hoffmann und Sacher. Als Mäzenin prägte sie das kulturelle Leben Basels, unter anderem schenkte sie der Stadt das Museum für Gegenwartskunst.

Vorlieben für spezifische Kunstrichtungen. «Kunst kann nicht demokratisch angekauft werden», erklärte Maja Oeri, eine Enkelin von Maja Sacher. «Kunst ist elitär. Das widerspricht vielleicht unserem demokratischen Verständnis, aber es ist so.»<sup>18</sup>

Maja Sacher und ihre Nachkommen waren ein Beispiel für die mäzenatische Tradition der Basler Oberschicht, dem sogenannten *Daig*. Es gehörte zum guten Ton, Kultur zu fördern, am liebsten diskret und anonym. Als ungeschriebenes Gesetz galt die Devise: «Me gyt, abr me sayt nyt.»<sup>19</sup> Zu einem besonders beliebten Instrument von Mäzeninnen und Mäzenen entwickelten sich Stiftungen. Das Schweizer Stiftungswesen hat eine lange Tradition, insbesondere in Basel, wo die Christoph Merian Stiftung die Kulturlandschaft massgeblich prägt. Sie geht auf den 1858 verstorbenen Christoph Merian zurück, einen Vertreter der konservativen Basler Oberschicht und Grossgrundbesitzer. Seine «liebe Vaterstadt» erbe eines der grössten privaten Vermögen der Schweiz.

Regelrecht zu boomen, begann das Stiftungswesen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Zwischen 1990 und 2010 stieg die Zahl der gemeinnützigen Stif-

tungen in der Schweiz von gut 5000 auf knapp 13 000 – kein anderes Land verfügte über einen vergleichbar hohen Wert pro Kopf. Basel-Stadt besass mit rund 800 Stiftungen, die gegen zehn Milliarden Franken verwalteten, die höchste Stiftungsdichte unter den Kantonen. Wie in anderen Städten professionalisierte sich auch hier das Stiftungswesen. Eine Basler Eigenheit blieben die starken Verbindungen zum Grossbürgertum.<sup>20</sup>

Stiftungen wirkten im Selbstverständnis des Kantons Basel-Stadt komplementär zum Staat, der die kulturpolitische Verantwortung trägt.<sup>21</sup> Um 2000 machten die privaten Zuwendungen rund fünfzehn Prozent der Kulturförderung im

### **Die Fondation Beyeler hievt Riehen auf die Welt- karte des Kunsttourismus**

Kanton aus. Die Höhe der mäzenatischen Fördergelder war einmalig in der Schweiz. Andreas Spillmann, Kulturbeauftragter von Basel-Stadt, begründete diese Investitionsbereitschaft 1999 mit einer einfachen Formel: Je solider das vorgefundene Fundament, desto attraktiver sei es für private Geldgeber, komplementär zu ergänzen.<sup>22</sup> Das Prinzip der Komplementarität stiess zuweilen aber an Grenzen, etwa beim Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Basel [110]. Das Bauwerk konnte dank tatkräftiger Unterstützung der Laurenz-Stiftung errichtet werden, doch der Kanton hatte die zusätzlichen Betriebskosten unterschätzt. Auf die feierliche Eröffnung 2016 folgte nach wenigen Jahren die Ernüchterung. Die laufenden Kosten stiegen um knapp fünf Millionen Franken, der Kanton musste rund die Hälfte davon übernehmen. In der öffentlichen Kontroverse wurden Vorwürfe laut, die sich nicht an die Mäzeninnen und Mäzene, sondern an den Kanton richteten. Die Regierung habe das Geschenk gerne angenommen, aber vergessen, dass es Geld brauche, um auf der zusätzlichen Fläche grosse Kunst zu zeigen.

Zum populärsten Museum in der Region entwickelte sich in der Zwischenzeit die Fondation Beyeler. Das Galeristen-Ehepaar Hildy und Ernst Beyeler hatte es 1997 in Riehen eröffnet. Der Museumsbau des Stararchitekten Renzo Piano war elegant eingeflochten in die Natur (vgl. Abbildung im Zeitstrahl, S. 19). Die Fondation Beyeler entwickelte sich zum meistbesuchten Kunstmuseum der Schweiz und hievt Riehen auf die Weltkarte des Kunsttourismus. Regelmässig fanden dort sogenannte Blockbuster statt: 2015 pilgerten 370 000 Besucherinnen und Besucher an eine Ausstellung von Werken Paul Gauguins – ein neuer Rekord. Ein Garant für den Erfolg war die dynamische Ausstellungspraxis, die Agilität und Flexibilität des Museums, das seit 2007 als Aktiengesellschaft organisiert war und seit jeher auf die Unterstützung vermöglicher Gönnerinnen und Gönner zählen konnte.<sup>23</sup> Anfang der 2020er-Jahre starteten die Bauarbeiten für eine Erweiterung des Museums nach Plänen des in Basel geborenen Architekten Peter Zumthor.

## Architektur in Basel

Es passte zum Selbstbild der Stadt, dass sich das 1984 gegründete Architekturmuseum AM 2006 offiziell zu «SAM Schweizerisches Architekturmuseum» umbenannte. Basel war die Architekturoberhauptstadt der Schweiz. Dieses Renommee verdankte sich der historisch gewachsenen Bau- substanz, bedeutenden Bauten der Moderne sowie der Gegenwartsarchitektur international tätiger Büros, von denen verschiedene ihren Sitz in Basel hatten und haben. Allen voran das Werk von Roger Diener, Jacques Herzog und Pierre de Meuron genießt weltweite Anerkennung und wirkte prägend auf eine jüngere Generation von Architektinnen und Architekten in Basel. Im Spannungsfeld der Postmoderne seien hier Positionen entstanden, «die in ihrer geschichtlichen Analyse tiefgreifend und in ihrer entwerferischen Synthese komplex angelegt sind», hält Dorothee Huber in ihrem mehrfach aufgelegten «Architekturführer Basel» fest.<sup>24</sup> Die nach 1960 errichteten Bauten zeugen vom rasanten Wandel der Stile und Moden, der für diesen Zeitraum kennzeichnend ist. Zu den jüngeren Entwicklungen zählt das Weiterbauen im Bestand, das auch aus ökologischer Notwendigkeit gefordert wird. Dem mit raumgreifendem Städtebau und modernistischer Architektur verbundenen Ressourcenverschleiss widmete das SAM 2022 die Ausstellung «Die Schweiz: Ein Abriss».



**103** Maurerlehrhalle der Gewerbeschule Basel  
von Hermann Baur, erbaut 1958–1961.



← 104 Bürohaus Lonza, Suter + Suter, 1960–1962.

↓ 105 Baustelle mit Modellen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Burckhardt + Partner, 1972–1977.







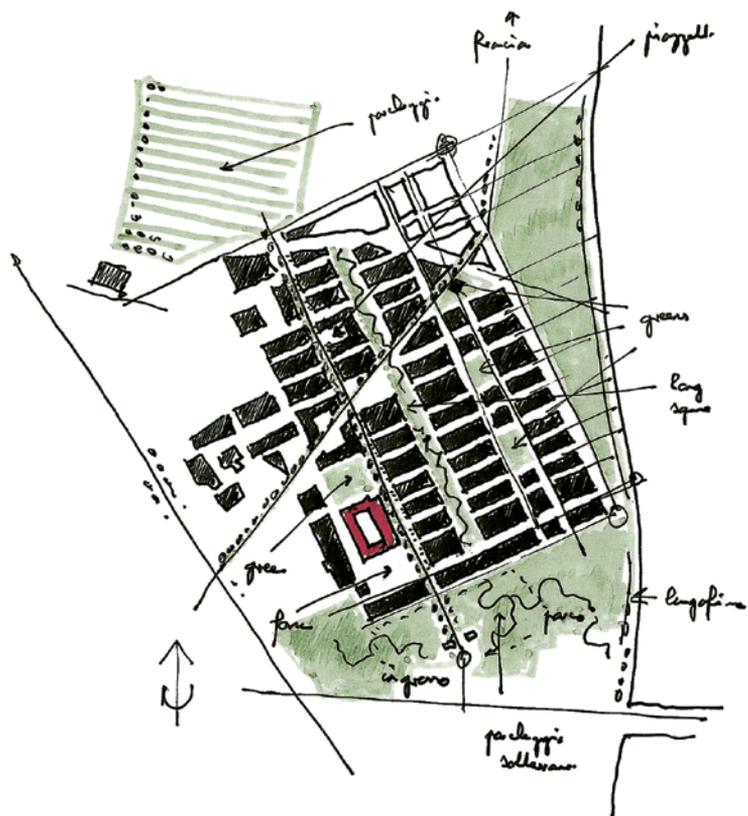
← 106 Stellwerk, Herzog & de Meuron,  
1998–1999.

↑ 107 Wohnsiedlung Hammer I,  
Diener & Diener Architekten, 1978–1981.



↑ 108 Universitätsspital Basel – Frauenklinik,  
Silvia Gmür und Livio Vacchini, 2001-2003.

→ 109 Masterplan für den Novartis Campus,  
Vittorio Magnago Lampugnani, 2000.



Diese Abbildung kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht in der Open-Access-Ausgabe angezeigt werden. Sie ist jedoch in der gedruckten Ausgabe enthalten.

↑ 110 Erweiterungsbau Kunstmuseum Basel,  
Christ & Gantenbein, 2010–2016.

→ 111 Wohnen im ehemaligen Weinlager,  
Esch Sintzel Architekten, 2018–2023.



## «Art Basel», eine globale Marke der Kunstwelt

Kunsthandel hat in Basel eine lange Tradition. Zahlreiche Ankäufe und Verkäufe erzählen Geschichten von Beziehungen rund um den Globus. Doch in den 1960er-Jahren drohte die Stadt den Anschluss an die Kunstwelt zu verlieren. In Zürich eröffnete eines der grössten Auktionshäuser der Welt, das amerikanische Sotheby's, eine Filiale. Die Stadt schien die perfekten Bedingungen zu erfüllen, um insbesondere zahlungskräftige US-amerikanische Sammler anzuziehen. Zürich war ein wichtiges Finanzzentrum und besass einen grossen internationalen Flughafen.<sup>25</sup>

Daran wollte die Galeristin Trudl Bruckner etwas ändern. 1968 entwickelte sie die Idee für eine Basler Kunstmesse. Mit Balz Hilt und Ernst Beyeler gewann sie zwei namhafte Mitstreiter, einen lokalen Galeristen und einen Kunsthändler der klassischen Moderne mit Kontakten in die ganze Welt. Gemeinsam lancierten sie die «Art Basel», eine Verkaufsmesse für zeitgenössische Kunst, die sie als Gegenentwurf zum exklusiven «Kölner Kunstmarkt» verstanden, der wenige Jahre zuvor gegründet worden war.<sup>26</sup>

Im Juli 1970 ging die erste Ausgabe der Messe über die Bühne, mit einem günstigen Eintrittsticket für fünf Franken und über 100 Ausstellern. Die Erfolgsgeschichte der «Art Basel» nahm ihren Lauf. Jahr für Jahr stieg die Anzahl der Ausstellerinnen. Während der Ölpreiskrise 1973 bewies die Ware Kunst zudem ihre

### Exakt und kunstvoll:

#### Werbung und Typografie aus Basel

Von Münchenstein bei Basel aus verbreitete sich ab 1960 die «Helvetica», eine der einflussreichsten Schrifttypen der jüngsten Zeit und ein Beispiel für jene Form der grafischen Gestaltung, die weltweit als «Swiss Style» berühmt geworden ist. Bei der Genese dieses letztlich uneinheitlichen Stils, der mitunter als ordentlich und doch verspielt charakterisiert wird, spielte die Allgemeine Gewerbeschule Basel eine entscheidende Rolle. An den dortigen kunstgewerblichen Fachklassen tätige Lehrer wie Theo Ballmer, Armin Hofmann oder Emil Ruder prägten Generationen von

Grafikerinnen und Grafikern, darunter Wolfgang Weingart, Nelly Rudin oder Karl Gerstner. Letzterer war zunächst im Werbeatelier der Basler Chemiefirma Geigy tätig, wo er ein frühes Paradebeispiel eines einheitlichen Unternehmensauftritts mitentwickelte, eine sogenannte Corporate Identity. 1959 war Gerstner Mitgründer von GKG (Gerstner, Gredinger, Kutter), eine Werbeagentur mit internationaler Strahlkraft und Sitz in Basel. Die kunstgewerbliche Abteilung seiner Alma Mater wurde 1980 in Schule für Gestaltung umbenannt.



**112 Der Messeplatz während der Kunstmesse (Art Basel), 2008.** — Während einer Woche des Jahres verwandelte die grösste Kunstmesse der Welt die Stadt Basel. Die Ausgabe 2008 besuchten 60 000 Menschen, 300 Galerien aus rund 35 Ländern zeigten Werke von über 2000 Künstlerinnen und Künstlern.

Resistenz gegenüber wirtschaftlichen Konjunkturunbrüchen. Noch im selben Jahrzehnt stieg die «Art Basel» zu einer der wichtigsten europäischen Kunstmesen auf. Bald darauf wurde aus einer inklusiven eine exklusive Veranstaltung: 1989 bewarben sich 700 Aussteller, das «Art Committee» wies 429 von ihnen ab.<sup>27</sup> Die Epoche des Glamours, des Luxus und der internationalen Strahlkraft begann – die «Art Basel» wurde zu einer der bekanntesten Brands der Kunstwelt.

Unter der Leitung von Sam Keller, später Direktor der Fondation Beyeler, expandierte die ‹Art Basel› ins Ausland. 2002 entstand die ‹Art Basel Miami› im amerikanischen Bundesstaat Florida, 2013 fand die erste ‹Art Basel Hong Kong› statt.<sup>28</sup> Zu den prägendsten Neuerungen gehörte am Basler Standort die Einführung der ‹Art Unlimited› mit grossen Installationen.<sup>29</sup> Dabei erwies sich die ‹Art Basel› auch als Magnet für sogenannte Satelliten. Zuerst siedelte sich die ‹Liste Art Fair› an, später folgten weitere Kunst- und Designmessen. Aus einer anfänglichen Konkurrenz wurde bald eine belebende Koexistenz. Hinzu kam die Verleihung von Designpreisen. Basel war das Schweizer Zentrum der Kunst, hier nahmen die Künstlerinnen und Künstler die Awards entgegen. Doch mit der Lancierung der ‹Art Basel Paris› in der französischen Hauptstadt 2022 kam die Befürchtung auf, dass der Standort Basel in der Kunstwelt an Bedeutung verlieren könnte. ‹Art Basel› war eine Marke, die auch in Miami, Hongkong oder Paris funktionierte.

### **Selbstinszenierung als «Cultural Heart of Switzerland»**

Das Selbstbild einer Stadt von Kultur und Kunst hatte Basel gezielt verbreitet. Ein Zeugnis davon ist der Auftritt 1988 im ‹Swiss Institute› in New York. Basel positionierte sich in der amerikanischen Metropole als «Cultural Heart of Switzerland».<sup>30</sup> Die Ausstellung dürfe «nicht armselig wirken», hiess es im Konzept, «sondern kreativen und konzeptionellen Charakter und Ausstrahlung haben.»<sup>31</sup> Die Informationstafeln waren reich bebildert mit kulturellen Höhepunkten Basels – dem Kunstmuseum, dem Stadtcasino, der Fasnacht und vielem mehr [113].

Das ‹Swiss Institute› war 1985 von kunstinteressierten Schweizer Unternehmen gegründet worden und sollte die Bevölkerung in New York mit dem kulturellen Schaffen in der Schweiz vertraut machen.<sup>32</sup> Der Basler Auftritt von 1988 war Teil einer mehrjährigen PR-Kampagne in den Vereinigten Staaten, umgesetzt vom Basler Verkehrsverein. Der private Verein war seit Ende des 19. Jahrhunderts darum bemüht, in enger Zusammenarbeit mit Behörden und Wirtschaft das Image von Basel zu verbessern und den Tourismus zu fördern. Ab 1996 nannte er sich schlicht ‹Basel Tourismus›.

Die Vermarktung der Stadt lag lange in den Händen Privater. Erst in den 1990er-Jahren wurde das Stadtmarketing zur kantonalen Aufgabe.<sup>33</sup> Wer damals an Standortmarketing dachte, hatte primär Werbung für den Wirtschaftsstandort vor Augen – folgerichtig war das 1999 gegründete Ressort Stadtmarketing beim Wirtschafts- und Sozialdepartement angesiedelt. Zehn Jahre später setzte sich ein breiteres Verständnis von Standortmarketing durch: Eine neue, eigenständige



**113 Die Basler Woche in New York, 1988.** — Ein frühes Beispiel des Standortmarketings war der Auftritt Basels im «Swiss Institute» in New York 1988. Dabei inszenierte sich die Stadt als «Cultural Heart of Switzerland».

Abteilung «Aussenbeziehungen und Standortmarketing» sollte den Standort Basel national und international positionieren.<sup>34</sup> Dazu gehörte auch das Image als «Kulturhauptstadt der Schweiz».

Das umfangreiche Kulturangebot erwies sich dabei als ideales Mittel, den Ruf Basels in die weite Welt zu tragen, beispielsweise über Kooperationen mit anderen Städten. Ab den 2000er-Jahren schloss die Regierung mehrere offizielle Partnerschaften, unter anderem 2009 mit der japanischen Präfektur Toyama und 2011 – als Fortschreibung der Erfolge rund um die «Art Basel» – mit Miami Beach

in Florida. Im Rahmen von Städtepartnerschaften exportierte Basel immer wieder seine kulturellen Produkte in andere Städte. Zum Beispiel schenkte die Stadt der chinesischen Metropole Shanghai, mit der Basel seit 2007 eine Partnerschaft verbindet, einen Original-Basilisken-Brunnen, vereinbarte Gastauftritte einer Faschnachts-Clique am jährlichen Shanghai Tourismus-Festival und Gastspiele der Basler Sinfonietta, des Kammerorchesters und des Ballett-Ensembles.<sup>35</sup>

Die Botschaft war eindeutig, das Standortmarketing betonte die hohe Qualität der Basler Kulturinstitutionen immer wieder. Selbstbewusst labelte sich Basel als Kulturhauptstadt, ob bei der Autobahneinfahrt, in Imagefilmen und Werbebroschüren oder in Kampagnen wie dem erwähnten Auftritt in New York und der – erfolglosen – Bewerbung für den Titel «Kulturhauptstadt Europas» 2001.

## Die Hochkultur öffnet sich

Lange war Basel eine Stadt der Hochkultur. Die Regierung investierte in erster Linie in klassische Musik sowie in Ballett, Oper und Theater. Allein zwischen 1950 und 1970 stiegen die Ausgaben um mehr als das Zwölfwache, von rund zwei auf fast 25 Millionen Franken jährlich.<sup>36</sup> Das Kulturangebot konzentrierte sich um den Barfüsserplatz – im Theater, im Stadtcasino, im Kunstmuseum. Hier manifestierte sich die städtische Kulturförderung.

Mit dem sozialen Aufbruch nach 1968 geriet das klassische Kulturverständnis unter Druck, auch in Basel. Es folgten Debatten darüber, was Kultur erfüllen sollte, wieviel sie kosten und wer sich in welcher Form an ihr beteiligen dürfe. Die Frage nach der Zugänglichkeit von Kultur stellte sich insbesondere im öffentlich geförderten Theater. Dieses war wiederholt mit dem Vorwurf konfrontiert, es

### 114 Der Schriftsteller Günter Grass im Stadttheater Basel, 1968. — Weltpolitik auf Basler Bühne:

Im vollbesetzten Theater lauschen die Gäste den Worten des deutschen Autors Günter Grass, linker Intellektueller und späterer Literaturnobelpreisträger. Gäste hatten Transparente an Logen und Balkone gehängt, um gegen eine britische Beteiligung am Bürgerkrieg in Nigeria zu protestieren.



würde nur elitäre Teilinteressen einer Minderheit vertreten. Das zeigte sich 1973 bei einer Abstimmung über ein neues Theater.<sup>37</sup> Das wohlhabende Bruderholz befürwortete als einziges Quartier die Erhöhung der Subventionen von 13 auf 15,6 Millionen Franken jährlich, alle anderen lehnten ab, die Arbeiterquartiere Matthäus, Klybeck und Kleinhüningen am deutlichsten. Das grösste Interesse an einem leistungsfähigen Theater hatte das Bildungsbürgertum, das hoch über der Stadt wohnte und sich den Besuch der Aufführungen leisten konnte. Für Arbeiterinnen und Arbeiter dagegen schien das Theater ein Luxus zu sein.<sup>38</sup>

### Die ‹Ära Düggelin› am Theater Basel

Unter Werner Düggelin, Theaterdirektor von 1968 bis 1975, veränderte sich das Theater Basel. Während seiner Intendanz wurde das Theater politischer, gesellschaftskritischer und kämpferischer. Es reflektierte die soziale Aufbruchsstimmung, versuchte sich in der Deutung der Gegenwart und griff gezielt tagesaktuelle Themen auf: Kriege, Konsumkultur, die kapitalistische Klassengesellschaft.<sup>39</sup> Damit sprach das Theater insbesondere die politisierte Jugend an.

Die ideelle Vernetzung mit den neuen sozialen Bewegungen schlug sich in den Besucherzahlen nieder. In der ‹Ära Düggelin› stieg der Anteil der Jungen im Theater von praktisch Null auf beachtliche 33 Prozent.<sup>40</sup> Formate wie die Montagabende mit Dokumentationstheater oder die sonntäglichen Matineen (1968) schufen Räume für kritische Diskussionen.<sup>41</sup> «Es gelang uns, das Klima der Stadt zu beeinflussen», erinnerte sich Düggelin später. In seinen Augen war das Theater zu einem Zentrum der gesellschaftlichen Aushandlung geworden. «In Basel haben 1968 die Auseinandersetzungen, die anderswo zu Strassenkämpfen führten, im Theater stattgefunden. [...] Unsere Inszenierungen reagierten auf die umstrittenen Fragen der Zeit, aber mit den Mitteln der Kunst.»<sup>42</sup>

Dieses Selbstverständnis als ein Forum für die Bevölkerung bedingte aus Sicht Düggelins, dass das Theater kostenlos zugänglich war und von strengen Produktionsplänen entlastet wurde. In diesem Sinne lancierte er 1969 die Idee eines Null-Tarifs. Diese Forderung nach einer Demokratisierung des Theaters war damals in Europa weitverbreitet.<sup>43</sup> In Basel blieb das «Gratis-Theater» zwar Wunschenken, ebnete aber den Weg für vergünstigte Eintritte für Schülerinnen und Schüler, Studierende und später auch Geringverdienende.<sup>44</sup> Zudem lancierte das Theater 1972 gemeinsam mit dem FCB eine vielbeachtete Lotterie. Zu gewinnen war entweder ein Ticket ins *Joggeli*, wie das Stadion des FCB genannt wurde, oder ein Eintritt ins Theater. Die Aktion symbolisierte den Brückenschlag zwischen

verschiedenen sozialen Schichten, im Gegensatz zum Theater galt Fussball lange als kulturlose Angelegenheit.<sup>45</sup>

Doch die Intendanz Düggeles wurde nicht von allen goutiert. Es gab Baslerinnen und Basler, die «ihr» Theater wieder zurückhaben wollten, denen es zu «subversiv», zu «linksextrem» und zu «verpolitisiert» geworden war. Die Besucherzahlen gingen insgesamt zurück, und das Theater musste künftig unterschiedlichen Erwartungen gerecht werden.<sup>46</sup> Solche Polemiken waren von nun an Teil der Kulturstadt Basel – auch im Film, in der Musik und in den bildenden Künsten.

### **«Derb und triebhaft»: Das Veto der Sittenwächter**

Viele Kinofilme galten in Basel und anderswo lange als moralisch fragwürdig und unterlagen deshalb Zensurbestimmungen. Seit 1917 ging das Gremium der Basler Filmzensurkommission gegen Inhalte vor, die auf das Publikum «unsittlich», «verrohend» oder «erotisierend» hätten wirken können. Das Polizeiinspektorat befürchtete, Jugendliche und Erwachsene würden «das moralisch verwerfliche Geschehen auf der Leinwand zum Vorbild ihres eigenen Tuns nehmen». Die Praxis der Zensur war undurchsichtig. Das Basler Kinogesetz definierte nicht, was erotisierend, verrohend oder unsittlich wirkte, und die Zensoren besaßen keine fundierten Kenntnisse über das Medium Film. Die Zensur wurde ausgeübt von Polizisten, Lehrern oder Pfarrern. Zudem mussten in der Schweiz Zensurentscheidungen – im Gegensatz zu anderen Ländern wie beispielsweise Grossbritannien – nicht öffentlich begründet werden.<sup>47</sup>

In den 1960er-Jahren erreichte die Filmzensur in Basel ihren Höhepunkt. «La Jument Verte» galt 1960 als zu «derb und triebhaft»; «Les Liaisons Dangereuses» 1962: «unmoralisch»; «Seitenstrasse der Prostitution» 1968: verboten wegen «pikanter Szenen» und «Homosexualität».<sup>48</sup> Insgesamt 21 Filme fielen in diesem Jahrzehnt der Zensur zum Opfer, in den 1950er-Jahren waren es nur acht gewesen. Die Zensur war ein Zeichen des konservativen Geistes, der in Basel immer auch präsent war.

Die Filmzensur war lange unbestritten, erst ab Mitte der 1960er-Jahre wurden die Massnahmen zunehmend in Frage gestellt, die Rekurse von Kinobesitzern und Filmverleihern häuften sich und das Verwaltungsgericht begann sie vermehrt gutzuheissen. Diese Entwicklung setzte in Basel-Stadt eher spät ein. Zuvor pilgerten Hunderte ins Baselland oder ins umliegende Ausland, um dort Spielfilme zu sehen, die im Stadtkanton verboten oder nur gekürzt zu sehen waren. 1971 löste



**115 Verschmierte Plastik «Lieu Dit», Heuwaage, von Michael Grossert, 1976.** — Diese Skulptur aus Polyesterharz löste in Basel eine Grundsatzdebatte über staatliche Förderpolitik und Kunst im öffentlichen Raum aus. Unbekannte verschmierten die Plastik und beklagten den Einsatz von Steuergeldern für die Erstellung. Daraufhin forderten

Künstler und Künstlerinnen Solidarität mit ihrem Kollegen Michael Grossert. Mit dem abgebildeten Kommentar, den sie vor das verwüstete Kunstwerk legten, drehten sie den Spieß um: Vandalismus sei Barbarei am Steuerzahler. Ende der 2010er-Jahre restaurierte der Kanton das Kunstwerk in Absprache mit Angehörigen des Künstlers.

die Regierung das Zensur-Gremium auf. Von nun an wurden nur noch Alterslimi-  
ten für das jugendliche Publikum festgesetzt.<sup>49</sup>

Über die Grenzen der Kunstfreiheit wurde mehrfach öffentlich debattiert. Als 1959 der Künstler Kurt Fahrner auf dem Barfüsserplatz vor aller Welt sein Ge-  
mälde einer nackten Frau am Kreuz präsentierte, war die Antwort der Behörden  
unmissverständlich. Der Staatsanwalt bezeichnete das Bild als «grob unzüchtige  
Darstellung», die die religiösen Gefühle insbesondere der katholischen Bevölke-  
rung verletze und «auf eine bedenkliche Mentalität gewisser Kreise» hinweise.<sup>50</sup>

In Fahrners provokativer Kunst äusserten sich nonkonformistische Haltun-  
gen zur Sexualität und zum Patriarchat. Dass er sie öffentlich inszenierte, war auch  
eine Kritik am etablierten Kunstbetrieb – der Künstler fand für seine Gemälde  
keine Ausstellungsmöglichkeit und zeigte sie deshalb im öffentlichen Raum. Die  
Polizei setzte dem unbewilligten Happening ein Ende, konfiszierte das skandalöse  
Bild und leitete umfassende Untersuchungen ein. Die Aktion hatte ein langwieriges  
juristisches Nachspiel. Fahrner wurde gebüsst, das Bild beschlagnahmt. Der  
Künstler ging daraufhin einige Jahre ins Exil. Erst 1980, 21 Jahre später, wurde das  
Bild wieder freigegeben und daraufhin vorübergehend im Kunstmuseum aus-  
gestellt.<sup>51</sup> Der zornige Rebell erlebte diesen Moment nicht mehr. Fahrner verstarb  
drei Jahre vor der Ausstellung.

### **Skulpturen und Graffiti: Schrott oder Kunst?**

Kunst im öffentlichen Raum hatte es lange schwer. Die grossräumige Plastik «Lieu  
Dit: Heuwaage» des Basler Künstlers Michael Grossert wurde wenige Wochen nach  
ihrer Installation im Jahr 1976 beschmiert, unter anderem mit den Worten:  
«56'000.- Steuergelder» [115]. Die Behörden hatten das Kunstwerk in Auftrag ge-  
geben, mit seinen knalligen Farbtönen sollte es einen Kontrast zum grauen Beton  
herstellen. Im Parlament war die Plastik umstritten, ein Grossrat sprach von der  
«Verschandelung der Stadt durch den Kunstkredit», eine Grossrätin beantragte  
sogar die Verlegung des «Monstrums» auf einen Kinderspielplatz.<sup>52</sup>

Auch im Falle der Stahlskulptur «Intersection» des US-amerikanischen  
Künstlers Richard Serra gingen die Meinungen auseinander. Viele taten das acht-  
zig Tonnen schwere Werk auf dem Theaterplatz als teuren Rost ab, als Schrott, der  
durch den Sichtschutz der Metallwände zum Urinieren einlade. Wieder flackerte  
der Konflikt um Kunst im öffentlichen Raum auf. Doch auch in diesem Fall blie-  
ben Vorstösse, das «Pissoir» zu entfernen oder umzusiedeln, erfolglos.

Die Stahlskulptur auf dem Theaterplatz war auch eine beliebte Oberfläche für Sprayer und Sprayerinnen. Wiederholt war sie am frühen Morgen mit Graffiti überzogen, jedes Mal musste die Stadtreinigung für Reinigungsarbeiten geholt werden. An der Frage, ob es sich bei Graffiti um Vandalismus oder um eine Kunstform handelte, schieden sich in Basel die Geister. In einem der ersten Hip-Hop-Songs in Schweizer Mundart rappte Urs Bauer 1991: «Dir saget ych vrschmier' alles und sig e Vandal / Doch y vrzier' nur Betonwänd, wo gruusig sind und kahl.» Unter dem Künstlernamen Black Tiger proklamierte er im Song 'Murder by dialect' einen breiten Begriff von Kunst: «Ych trag' nur zur Vrschönerig vom Schtadtbild bi / Graffiti isch e Kunscht, Kunscht isch alles für mi.»<sup>53</sup>

## Die Subkulturen werden Teil der Stadt

Die Hip-Hop-Szene etablierte sich in Basel in den 1980er-Jahren. Ihre Vorbilder lebten in New York, ihr Aushängeschild waren Breakdancerinnen und Breakdancer sowie die Sprayerinnen und Sprayer, denen Black Tiger ein musikalisches Denkmal gesetzt hatte. Entlang der Eisenbahnlinie entstand in Basel mit rund acht Kilometern Länge eine der längsten Graffiti-«Lines» in Europa. In den 1990er-Jahren löste sich die Hip-Hop-Szene allmählich vom kriminellen Image, das ihr oftmals angehängt wurde. Rap landete in den Musikcharts und auch Graffiti wurde populär und teilweise kommerziell. Einige Sprayerinnen und Sprayer nahmen legale Aufträge an, stellten ihre Kunst in Galerien aus und verwirklichten damit den Traum, ihr Hobby zum Beruf zu machen. Ihre Erfolge goutierten allerdings nicht alle in der Szene, für einige galten Auftragsarbeiten als Verrat an der eigenen Kultur, am Lifestyle der Aussenseiter. Damit verbunden war die Sorge, die eigene Guerillakunst würde allmählich zum Mainstream, zu einer entideologisierten und kommerzialisierten Massenkultur.<sup>54</sup> Diese Entwicklung war typisch für viele Subkulturen in Basel.

### «Basel isch en abgeschlaffts Kaff»

Hinter dem Begriff Subkultur stehen Jugendliche und junge Erwachsene, die sich von der Mehrheitsgesellschaft teilweise oder ganz abgrenzen, meist erkennbar durch bestimmte Identifikationsmerkmale wie Sprache, Frisur, Kleidung, Kon-



**116 Luana vor einem Graffiti, 1984.** — Die Baslerin Stephanie Cea ist eine Pionierin der lokalen Hip-Hop-Szene, die sich in den 1980er-Jahren etablierte. Cea wurde unter ihrem Künstlernamen Luana bekannt, kleidete sich im Stil New Yorker Fly Girls, sprayte, breakte und rappte, zunächst auf Englisch, später in Mundart. Die Basler Szene erhielt vor allem für Graffiti im öffentlichen Raum internationale Anerkennung.

sumverhalten, Musik und andere kulturelle Ausdrucksformen. Im nationalen Vergleich etablierten sich in Basel viele Subkulturen früh. Oft blieben sie am Ende zahnlos und hatten nur punktuell überregionale Ausstrahlungskraft.

Zu den ersten Erfahrungen, die in Basel die Jugend elektrisierte, zählte Musik aus den USA. Das Hafenviertel und Arbeitermilieu Kleinhüningen war Ende der 1950er-Jahre das erste Zentrum der frühen Schweizer Beat-Szene. Nach und nach erklangen die Bands auch öfters in bürgerlichen Etablissements wie dem Saal der ‹Drei Könige›, der ‹Safran Zunft› oder im Stadtcasino. Die Szene verlor zunehmend ihre Verwurzelung im Arbeitermilieu. In den 1970er-Jahren war sie primär von Kindern des Bildungsbürgertums dominiert – der Begriff ‹Gymnasial-Rock› kam in Umlauf.<sup>55</sup>



**117 Präsentation der «Bimbo Town»-Modekollektion im «Stücki», 1993.** — Das Areal der ehemaligen Stückfärberei wurde zwischen 1992 und 1995 für diverse Kulturveranstaltungen umgenutzt: Abgebildet ist eine Dragqueen-Performance und Modeschau im legendären Club und Kunst-raum «Bimbo Town II». Das sogenannte «Stücki» war ein frühes Epizentrum der schweizerischen Technoszene. Weit über die Stadt hinaus bekannt war der Club «Planet E», in dem bis zu 4000 Menschen gemeinsam ravn. Hinzu kamen zahlreiche unbewilligte Technopartys, deren Locations über das aufkommende Mobiltelefon kommuniziert wurden.

Die Zürcher Musikszene mit ihren grossen Plattenfirmen hatte Basel zu diesem Zeitpunkt bereits an Bedeutung übertroffen. Die lokalen Musikschaaffenden schmissen den Bettel hin oder entdeckten die schon fester etablierten Musikrichtungen Jazz, R&B und Soul für sich. Auch der neue «Psychedelik» der «Sophisticated Seventies» fand in Basel eine breite Anhängerschaft, mit ihrem grossen Einzugsgebiet war die Stadt ein beliebter Veranstaltungsort für den eher kopflastigen Kunst- und Progressive-Rock. Ausländische Prog-Grössen gastierten hier, und zwar wie die Rock'n'Roller unter anderem auch in den Sälen der Hochkultur, etwa



**118 Soulsugar-Party im Club «Kuppel». Screenshot von «Festzeit.ch», 2005.** — Viele Jugendliche liessen sich im frühen 21. Jahrhundert beim Partymachen fotografieren. Im Anschluss an den Ausgang konnten die Bilder online gesichtet werden, zudem konnten registrierte

Nutzerinnen und Nutzer kommentieren, sich als abgebildete Person identifizieren und miteinander chatten. Ausgangsportale wie das auf die Region Basel spezialisierte «festzeit.ch» waren Vorläufer von Sozialen Medien wie Facebook.

im Theater und im Stadtcasino. Der Prog-Rock-Geist währte nur kurz und galt bereits als antiquiert, als sich auch in Basel die in den späten 1970er-Jahren von Grossbritannien herkommende Punk-Bewegung verbreitete.<sup>56</sup>

Die Basler Punk-Band Vandal-Ex beklagte zu dieser Zeit lauthals, wie klein-kariert die Stadt sei. «Basel isch en abgeschlaffts Kaff», heisst es in einem der ersten Songs der 1978 gegründeten Gruppe, auf die weitere lokale Punk-Bands folgten. Unter dem Strich blieb die Bewegung in Basel aber überschaubar. Die hiesigen Punks orientierten sich an der deutlich grösseren Szene in Zürich, dem Mittelpunkt der Schweizer Bewegung.<sup>57</sup>

Die Punks brachen mit dem Bürgertum, waren rebellisch, anarchistisch, liessen ihrem Frust mit lauten illegalen Festen freien Lauf und provozierten mit ihrem nonkonformistischen Auftreten: Irokesenfrisur, Springerstiefel, Bondage-Hosen und mit unzähligen Pins gespickte Lederjacken. Der Slogan «No Future» der britischen Band Sex Pistols war Programm. Während die 68er-Bewegung die

Welt verändern wollte, lautete das Verdikt der Punks, die Welt sei nicht mehr zu retten, es gebe keine Zukunft. Punks waren entsprechend nur an wenigen Orten geduldet. Ein Refugium fanden sie in besetzten Häusern wie dem Autonomen Jugendzentrum, später in der ›Elsi‹ oder der ›Villa Rosenau‹. Zudem trafen sich die Punks in bestimmten Plattenläden, Restaurants und Bars, etwa im ›Hirschen-eck‹, das 1978 von einem Kollektiv gegründet worden war und zur Punk-Hochburg avancierte.<sup>58</sup> Die meisten Subkulturen wurden mit spezifischen Räumen wie Kaffees, Discos, Häusern oder eigenen Stadtvierteln in Verbindung gebracht. Die Jugendlichen mussten sich ihre Orte meist erschaffen oder sie einfordern.

In den 1990er-Jahren war Basel ein bedeutendes Zentrum der aufkommenden Technoszene, die sich von illegalen Raves zunehmend in Clubs verschob. Überregional bekannt war beispielsweise das ›Nordstern‹. Selbst das ›Atlantis‹ mit seiner langen Tradition der Livemusik erfand sich Ende der 1990er-Jahre kurzzeitig neu als Mainstream-Disco.

### **Orte für «Stadtgärtner», Orte für «Steinen-Kids»**

An einem Juniabend im Jahr 1989 erklärten zwei junge Frauen dem Publikum des Schweizer Fernsehens, woran es in Basel mangle. Es fehle hier einfach ein Ort, an dem «Leute von unserer Sorte» ihre Freizeit verbringen können.<sup>59</sup> «Leute von unserer Sorte» waren jung, Teenager, zwischen vierzehn und zwanzig Jahre alt, viele von ihnen Ausländerinnen und Ausländer der zweiten und dritten Generation. Sie nannten sich «Steinen-Kids», da sie gerne in der Steinenvorstadt abhingen. Der Ort war in Verruf geraten, insbesondere im Jahr 1987, als in der Basler Kino- und Shoppingmeile die Jugendgewalt grassierte. Nachdem die Polizei ihre Präsenz massiv erhöht hatte, nahmen Körperverletzungen und Diebstähle zwar ab, doch die Steinenvorstadt galt weiterhin als heisses Pflaster.

Gewalttätig seien sie nicht, betonten die in der TV-Sendung ›Seismo Nachtschicht‹ anwesenden «Steinen-Kids». Was blieb, war ihr Wunsch nach einem Ort für sich und Gleichgesinnte, ohne Polizei, ohne Vorschriften, eine Art Freiraum, wo sie machen konnten, was sie wollten. Solche Orte existierten doch bereits, entgegnete der liberale Regierungsrat Peter Facklam in der Sendung und verwies auf die Jugendtreffpunkte oder das ›Sommercasino‹: «Dort kann man Lärm machen.»<sup>60</sup> Im 1822 als Gesellschaftshaus für ein gehobenes Publikum gebauten Sommercasino hegte und pflegte die ›Basler Freizeitaktion‹ seit Längerem einen Ort für Jugendliche. Das 1962 eröffnete Jugendhaus sollte, im Sinne des Gründungszwecks der Jugendorganisation, «sinnvolle» Freizeitaktivitäten ermöglichen



**119 Umnutzung der Alten Stadtgärtnerei, 1988.** —

Sommer 1988, «Stadtgärtner» geniessen die Leichtigkeit des Seins, kurz darauf räumt die Polizei das Areal, auf dem ab 1986 Konzerte, Kinoabende, Ausstellungen und Theater stattgefunden hatten. Die Alte Stadtgärtnerei war ein wichtiger Ort für die alternative Szene in Basel und ein Vorbild für weitere Umnutzungen, Treffpunkte und Wohnprojekte.

und so «positiv» auf die durch die neuen Unterhaltungsmöglichkeiten verlockten Jugendlichen «einwirken».<sup>61</sup> Die Jungen konnten basteln, die Mädchen stricken. Zwar hatte das Sommercasino sein Programm seit seiner Gründung den Bedürfnissen der Jugendlichen angepasst. Die Bastelecke im Keller wich einer Disco, die die Jugendlichen teilweise selbst bespielen konnten. Wie die Äusserung von Faklam erkennen lässt, waren Jugendtreffpunkte jedoch immer auch der Versuch, den Jugendlichen einen Rahmen zu setzen. Zwischen 1975 und 1987, als Jugendproteste die Stadt aufschreckten, eröffnete die Basler Freizeitaktion fünf Jugendtreffpunkte in verschiedenen Quartieren.<sup>62</sup> Es war eine paternalistische Strategie, die mal besser, mal schlechter aufging.

Die Jugendtreffpunkte seien für ein anderes Publikum, erklärte ein junger Mann in der TV-Sendung aus der Steinenvorstadt. Dort seien die Alternativen unterwegs. Das spreche ihn gar nicht an. Damit stichelte er gegen eine andere Gruppierung, die Stadtgespräch war in Basel, die «Stadtgärtner». Die Geschichte der «Stadtgärtner» begann 1986 mit einer legalen Zwischennutzung der Alten Stadtgärtnerei (ASG) im heutigen St. Johannis-Park.<sup>63</sup> Im Gegensatz zu den «Steinen-Kids» standen die Stadtgärtnerinnen und Stadtgärtner in der Tradition von Jugendbewegungen aus dem linken politischen Spektrum. Sie formulierten ihren Wunsch nach einem Freiraum klar und forderten diesen vehement ein. Als er schliesslich erfüllt wurde, nutzten sie die ASG unter anderem für künstlerische Veranstaltungen. Nach dem Ablauf der Zwischennutzung besetzten «Stadtgärtner» das Areal. Kurz darauf, im Sommer 1988, folgte die polizeiliche Räumung der ASG. Etwa 2000 Menschen demonstrierten gegen die Auflösung dieses alternativen Orts. Die Forderungen nach Freiräumen für Jugendliche waren brisant, ob für «Stadtgärtner» oder «Steinen-Kids».

**Es blieb der Wunsch nach einem Ort für Gleichgesinnte**

### **Subventionen für Populäres**

Auf illegale Besetzungen – und polizeiliche Räumungen – folgte um 1990 eine Ära der legalen Zwischennutzungen mit Mietverträgen, die mit der Privatwirtschaft oder dem Kanton abgeschlossen wurden. Auf dem Areal der alten Brauerei Warteck entstand ein «permanentes Provisorium» mit Werkräumen und Konzertsaal. Im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Fleischverarbeiterin Bell wurden Kunstateliers eingerichtet. Auch in die Grossgarage Schlotterbeck zogen Kulturschaffende legal ein. Viele Gruppen, die sich als Subkultur definierten, legten ihre Berührungspunkte zum Establishment ab und nutzten die neuen Freiräume zu ihren

Gunsten.<sup>64</sup> Basel schien die Subkulturen integriert zu haben. Die Presse titelte: «In Basel geht's: Verträge statt Krawall».<sup>65</sup>

Insbesondere die Jugend- und Alternativkultur forderte zunehmend auch staatliche Fördermittel ein. Als Paradebeispiel galt in Basel die Kaserne, die seit 1980 vom Verein Kulturwerkstatt Kaserne betrieben wurde, der freien Szene Auftritte ermöglichte und dabei von Beginn an staatlich unterstützt wurde.<sup>66</sup> Eine frühe Interessensvertretung im Bereich der Musik entstand 1994 mit dem Rockförderverein. 2002 formierte sich zudem das parteiübergreifende Komitee «Kulturstadt Jetzt», das in der Folge im Grossen Rat eine schlagfertige Lobby aufbauen konnte. Seine Mitglieder vereinte die Überzeugung, dass der Kanton zu stark auf die Hochkultur fixiert sei und andere Sparten vernachlässige.

Der Einsatz für die Interessen der Jugend-, Alternativ- und Popkultur verzeichnete lange nur überschaubare politische Erfolge in Basel. Die politische Allianz hinter den grossen Leuchttürmen wie dem Theater oder dem Kunstmuseum reichte von der SP bis zur LDP, der Sparhebel wurde nur ungern angesetzt. Einen Coup landete «Kulturstadt Jetzt» 2020, als die Bevölkerung die «Trinkgeldinitiative» des Komitees deutlich annahm und damit den Kanton verpflichtete, jährlich statt wie bisher 3,5 mindestens fünf Prozent des ordentlichen Kulturbudgets in alle Sparten der aktiven Jugendkultur fliessen zu lassen.<sup>67</sup>

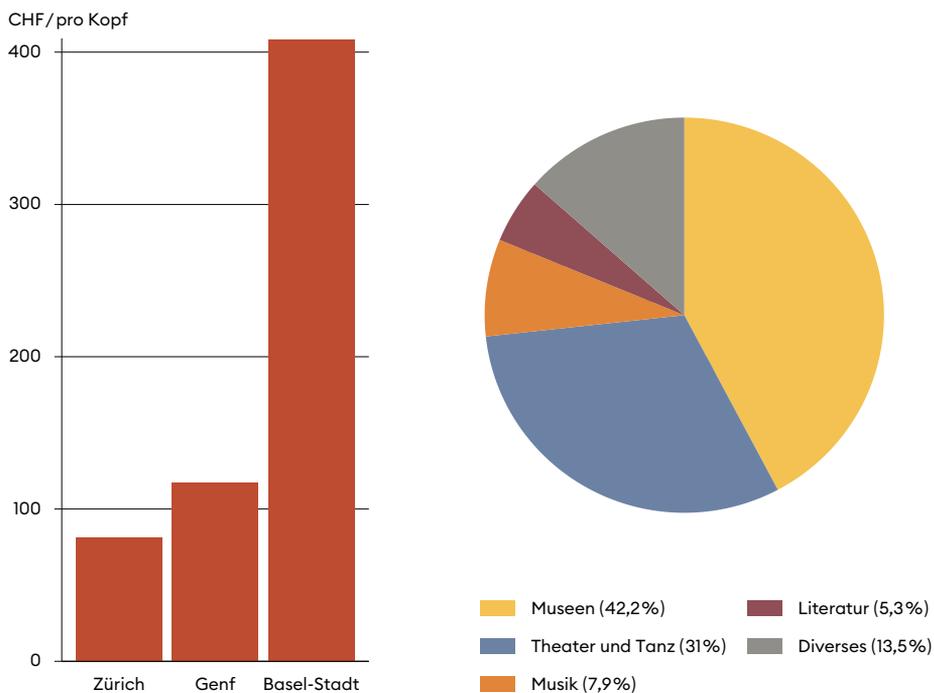
### **Corona: Ein Virus bedroht die Kulturszene**

2020 kam das kulturelle Leben in Basel wie anderswo zum Stillstand. Als Reaktion auf die rasche Verbreitung des Coronavirus beschloss die Behörden umfassende Massnahmen: «Social distancing», keine Grossveranstaltungen, Lockdown. Für die Kulturszene war diese Zeit ein gravierender Einschnitt. Professionelle Betriebe konnten zumindest Kurzarbeit beantragen und weiterhin auf versprochene Subventionen zählen. Für die freie Szene bedeutete die Situation hingegen grosse Unsicherheiten. Der Kanton reagierte relativ rasch und schuf eine Spezialabteilung für Ausfallentschädigungen, um möglichst ohne bürokratische Hürden finanzielle Abhilfe zu leisten. Viele Betroffene

schätzten das, einige beschwerten sich über die angeblich lange Bearbeitungszeit. Derweil begann das Online-Medium «Bajour» live Konzerte regionaler Künstlerinnen und Künstler in die Stuben zu streamen, nach dem Prinzip: Kommt das Publikum nicht zur Musik, muss die Musik zum Publikum. Kurze Zeit später lancierten «Pro Innerstadt» und die Zeitung «bz» gemeinsam mit regionalen Kreativschaffenden die Plakataktion «Kreative contra Corona».<sup>68</sup> Die Kulturlandschaft in Basel erholte sich und kam letztlich weitgehend gut durch die Krise, die Umstände offenbarten das Potenzial des Internets und die Bereitschaft, Kultur zu subventionieren.

Die Trennlinie zwischen Hoch- und Popkultur liess sich längst nicht mehr messerscharf ziehen. Das Kunstmuseum und andere altbekannte Institutionen öffneten sich für ein breiteres Publikum, immer weniger waren sie exklusive Orte des Bürgertums. Derweil verloren die einst subversiven Subkulturen ihren kritischen Grundtenor zunehmend. Der Kanton unterstützte verschiedene Arten von Kultur [120]. Auch die alternative Szene profitierte von Subventionen, und immer seltener biss man die Hand, die einen fütterte. Es hatte eine Angleichung auf beide Seiten stattgefunden: Basler Kultur war um die Jahrtausendwende selten trivial, aber auch selten radikal. Oftmals stand sie im Zeichen der Affirmation. Basel sonnte sich im Licht der Künste.

### Kulturausgaben in Basel-Stadt, 2021



**120** Basels Selbstverständnis als Kulturstadt wird im kantonalen Vergleich der Kultursubventionen deutlich. 2021 betragen diese in Basel-Stadt 408 Franken pro Kopf, im zweitplatzierten Kanton Genf waren es 117 Franken, im Kanton Zürich 81 Franken (Diagramm links).

Die öffentliche Hand subventionierte verschiedene Kultureinrichtungen; mit Abstand am meisten Gelder erhielten in Basel das Theater, das Sinfonieorchester und die fünf staatlichen Museen (Diagramm rechts).

## Folklore und Weltstars bewegen die Massen

Im Mai 1982 gab die Zürcher Konzertagentur «Good News» bekannt, dass die Rolling Stones im Basler St. Jakob-Stadion auftreten werden. Das anstehende Konzert war Stadtgespräch, die 54 000 Tickets nach drei Tagen ausverkauft und die Vorbereitungen mit grossem Aufwand verbunden [121].<sup>69</sup> Die Regierung legte den Veranstaltern keine Steine in den Weg, schliesslich versprach das Konzert durch die Billettsteuer einen Geldsegen für die damals leeren Staatskassen. Auch die Stadionbesitzerin, die Genossenschaft Fussballstadion St. Jakob, begrüsst die neue Ertragsquelle, da der FC Basel nach erfolgreichen Jahren eine sportliche Baisse und einen starken Publikumsrückgang zu beklagen hatte [122].

Am 15. Juli 1982 hatte das Warten ein Ende. Der Auftritt der Rolling Stones war die Rockkonzert-Premiere in einem Schweizer Fussballstadion und Auftakt für eine Ära hochkarätiger Open-Air-Konzerte in Basel. Das St. Jakob-Stadion, 1953 für die Fussballweltmeisterschaft erbaut, wurde zu einem Ort durchorchestrierter Massenevents, auf der grössten Bühne Basels spielten Weltstars. Es traten unter anderem Bob Dylan, Tina Turner oder Michael Jackson auf.<sup>70</sup>

Die Konzerte im St. Jakob-Stadion waren Teil eines allgemeinen Trends: die Kommerzialisierung der Popkultur. Als die Rolling Stones in Basel gastierten, waren sie keine Rebellen mehr, sondern Megastars. Vor dem Stadion verteilte nicht etwa eine Musikzeitschrift, sondern die Boulevardzeitung «Blick» eine Sonderausgabe zum Auftritt. Und der Veranstalter versprach «eine tolle Show, ein Spektakel». <sup>71</sup> Das Konzert ging ohne Zwischenfälle über die Bühne – ganz anders als der Auftritt 1967 in Zürich. Damals endete das erste Schweizer Konzert der Briten mit Tumulten und einem Polizeieinsatz.

Vor allem in den 1990er-Jahren war das Stadion wiederholt Schauplatz von Massenveranstaltungen. Neben grossen musikalischen Events zog auch der wiedererstarke FC Basel die Leute erneut an. Für die Stadiongenossenschaft ein Grund mehr, das in die Jahre gekommene Stadion durch einen Neubau zu ersetzen. 2001 wurde der neue St. Jakob-Park eingeweiht, eines der modernsten Fussballstadien Europas mit angeschlossener Altersresidenz und einem Shopping-Center.

Das Stadion war ein architektonisches Zeugnis davon, mit welchen Herausforderungen die Organisation von Grossevents inzwischen verbunden war. Die Veranstalterbranche hatte sich professionalisiert und musste deutlich höhere

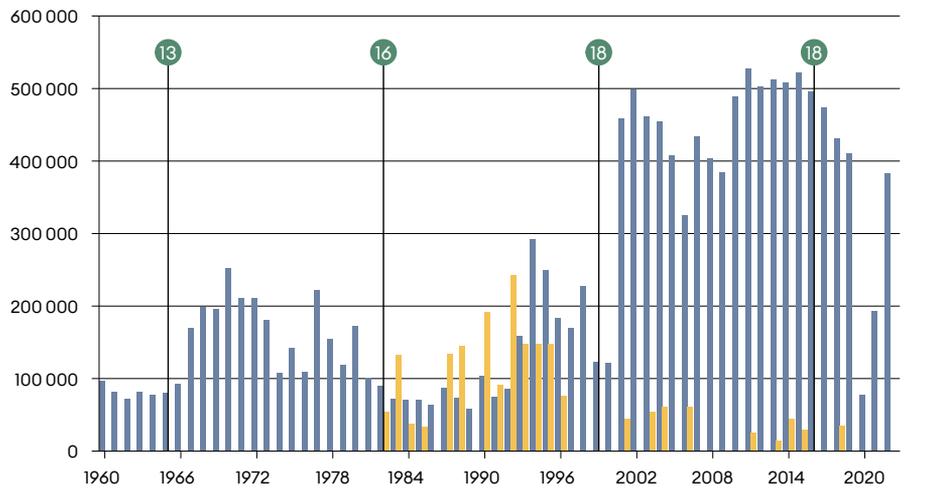


**121 Live-Konzert der Rolling Stones im St. Jakob-Stadion, 1982.** — Noch nie waren so viele Menschen in der Schweiz zu einem Live-Konzert zusammengekommen wie im Sommer 1982, als sich knapp 55 000 im St. Jakob-Stadion versammelten, um die Rolling Stones zu sehen, zu hören, zu erleben.

Sicherheitsanforderungen erfüllen, unter anderem strengere Einlasskontrollen, hoher Polizei-Aufwand und an Fussballspielen fast ausschliesslich nummerierte Sitzplätze.<sup>72</sup>

Für Konzertveranstalter war dieses neue Umfeld mit hohem ökonomischem Druck verbunden. Musik spielte im neuen Stadion nicht mehr dieselbe Rolle. Die grosse Musik spielte in Zürich oder Bern. Das neue Stadion war primär als Fussballarena geplant, als Heimstätte des FC Basel, der bald seine erfolgreichsten Jahre erleben sollte.<sup>73</sup> Geblieben ist aber die Begeisterung der Basler Bevölkerung für Grossevents, die Sehnsucht nach grossen Emotionen und der Wunsch, Weltstars live zu erleben. Früher strömte sie für weltbekannte Musikerinnen und Musiker ins Stadion, später für die Champions League im Fussball oder für die «Swiss In-

## Publikumszahlen an Konzerten und FCB-Spielen im St. Jakob-Stadion, 1960–2022



**122** In den 1980er-Jahren rutschte der FC Basel in eine veritable Krise, die 1988 im Abstieg in die Nationalliga B mündete. Die Spiele besuchten jeweils nur noch etwa 5000 Menschen, deutlich mehr gingen inzwischen für die Grössen der Pop- und Rockmusik ins Stadion. Im 2001 eröffneten neuen St. Jakob-Park fanden Open-Air-Konzerte nur noch selten statt, während bis zu 30 000 Menschen Woche um Woche den FCB bejubelten, der wieder gross aufspielte. Der Einbruch im Jahr 2020 ist auf die Corona-Pandemie zurückzuführen.

- Zuschauer:innen FCB-Heimspiele
- Zuschauer:innen Konzerte
- Anzahl Heimspiele

doors› in die benachbarte, 1976 eröffnete St. Jakobshalle. Dort avancierte der in der Region Basel aufgewachsene Roger Federer zum Rekordsieger des internationalen Tennisturniers, einem der grössten Sportevents der Schweiz.

# Der FC Basel, ein Spiegel der Gesellschaft

24. April 2002 auf dem Barfüsserplatz: keine Trams, keine Autos, kein Durchkommen, dafür Fangesänge, ein Meer wehender Fahnen, roter Rauchschwaden und tausende euphorisierter Menschen, die sich in den Armen liegen. Nach über zwei Jahrzehnten stand der FC Basel wieder an der Spitze der nationalen Fussballliga. Der FCB war für viele in der Region längst mehr als nur ein lokaler Fussballverein. Er weckte grosse Emotionen und erzeugte ein Wir-Gefühl.

Diese Identifikation mit dem Club nahm mit den sportlichen Erfolgen stark zu. Unter Trainer Helmut Benthaus holte der bis dahin mässig erfolgreiche FCB zwischen 1965 und 1982 sieben Meistertitel und zwei Pokalsiege.<sup>74</sup> An entscheidenden Spielen waren teils über 50 000 Zuschauerinnen und Zuschauer im Stadion. 1973 verkündete Regierungsrat Edmund Wyss an der Meisterfeier überschwänglich: «Die an Sitten und Gebräuchen reiche Stadt ist um eine weitere Tradition reicher geworden – den FCB.»<sup>75</sup>

Kurz darauf dämpften sportliche Misserfolge die Fussballbegeisterung in Basel. 1988 stieg der FCB in die Nationalliga B ab, die Publikumszahlen sanken markant, erst 1994 gelang der Wiederaufstieg. Um die Jahrtausendwende kehrte der Erfolg zurück, dank eines gut vernetzten Präsidiums und der Mäzenin Gisela (genannt Gigi) Oeri, die nicht nur Geld in den Verein steckte, sondern die Vereinspolitik mitprägte. Zwischen 2002 und 2017 feierte der Club die bisher grössten Erfolge in seiner Vereinsgeschichte: zwölf Meistertitel, sieben

Cupsiege und acht Teilnahmen an der prestigeträchtigen Champions League, dem Wettbewerb der besten Vereinsmannschaften Europas.<sup>76</sup> Die Publikumszahlen schossen wieder in die Höhe [122].

Der FCB entwickelte sich zu einer identitätsstiftenden Institution, die Menschen aus allen sozialen Schichten begeisterte und zusammenbrachte. Der Club verfügte über diverse Publikumsliebhaber, solche mit regionalen Wurzeln, aber auch Vorbilder ohne Schweizerpass. Spieler aus dem Ausland gehörten nach 1960 stets zum FCB-Kader. Zuerst kamen «Söldner» aus dem grenznahen Ausland, später zunehmend von weiter weg – aus Italien und Spanien, der Türkei, Jugoslawien, aber auch aus Argentinien, Kamerun, Peru oder Südafrika. Dazu kamen Talente aus dem eigenen Nachwuchs, einige der besten stammten aus der Türkei und dem Kosovo.

Nicht alle erlebten die Spiele im Stadion als einen Moment der Zusammenkunft und Gemeinschaft. Der Fussball war lange ein Ort, an dem frauen-, schwulen- und fremdenverachtende Parolen zelebriert wurden. Eine Schiedsrichterin musste sich im frühen 21. Jahrhundert Zurufe wie «Nicole an den Herd!» anhören. Sexistische Fangesänge verstummten zwar zunehmend, aber Fussball galt weitem immer noch als «Männersache». Einer der beliebten Sprechchöre war und ist: «Sait dr Babbe zu sim Sohn, hüt kunnsch mit ins Stadion. D Mamme, wo ander Türe stoht, weiss, dass jetzt e Gschicht afoht ...» Erst 2009 lancierte der Club eine eigene Frauenequipe, eine



**123 Ein Fan hat die Meisterfeier des FCB am 2. Mai 2004 auf dem Barfüsserplatz festgehalten.**

der jüngsten der Region. Der FCB folgte damit verspätet dem Trend vieler Schweizer Spitzenclubs, auch professionelle Frauenteams aufzubauen.<sup>77</sup>

Auch rassistische und antisemitische Rufe waren im Stadion lange Usus.<sup>78</sup> Zudem war der FCB in der Schweiz berüchtigt für gewaltbereite Fans. Das Schweizer Fernsehen drehte zwischen 1990 und 2012 mehrere Dokumentarfilme über die gefürchteten «Commando Ultras».<sup>79</sup> Am 13. Mai 2006 heizte die «Schande von Basel» eine breite Debatte über Gewalt in und um Schweizer Fussballstadien an. Der FCB verspielte an diesem Tag in letzter Sekunde den

Meistertitel, worauf frustrierte Fans den Platz stürmten, es folgten heftige Ausschreitungen. Im Jahr darauf verabschiedeten sämtliche Kantone eine gemeinsame Vereinbarung über repressive und präventive Massnahmen bei Sportveranstaltungen, das sogenannte Hooligan-Konkordat.<sup>80</sup> Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren verschärfte die gültige Fassung 2012. Fast alle Kantone traten dem revidierten Konkordat bei, nur in den beiden Basel winkten die Parlamente ab. Die Sorge um Eingriffe in die persönliche Freiheit der Matchbesucherinnen und -besucher überwog. Statt eine harte Linie zu fahren,



**124 Abziehbild des FC Basel, Saison 1985/86.** — Insbesondere Kinder sammelten und tauschten Klebebildchen, die bekannte Fussballer porträtieren. Hier zu sehen ist ein zweiteiliges Mannschaftsfoto des FCB im typischen rot-blauen Trikot.

legten die Region und der FCB mehr Gewicht auf den Dialog mit den Fans und auf Selbstregulierung innerhalb der Fankurve. Diese Massnahme wurde als «Basler Weg» bekannt.<sup>81</sup> Die Marke FCB absorbierte in der öffentlichen Wahrnehmung viel Aufmerksamkeit. Andere Sportvereine gerieten in den Hintergrund, obwohl viele von ihnen einst landesweit für Schlagzeilen gesorgt hatten. In den 1960er-Jahren gewann der RTV Basel mehrmals den Schweizer Handball-Titel, wirkte bei der Verwirklichung des einheitlichen 7er-Handball-Spielsystem mit und stellte in Basel die erste Frauenabteilung (1968). Von 1964 bis 1982 gewannen die Basler Volleyballerinnen des SC Uni Basel neunzehn Meisterschaften in Folge, eine einmalige Siegesserie. Einst gefeiert und weitem bekannt kämpften beide

Clubs gegen Ende des 20. Jahrhunderts um ihr Überleben, finanziell und sportlich. Auch in anderen Sportarten wie Basketball, Eishockey, Wasserball, Unihockey oder Landhockey spielte Basel nicht um nationale Titel.<sup>82</sup> Sie alle waren zu Randsportarten verkommen. In Basel gab es keine Massensportarten mehr, die auch nur annähernd so magnetisierten wie der Fussball.

## Kulturevents: Von der Museumsnacht bis Basel Tattoo

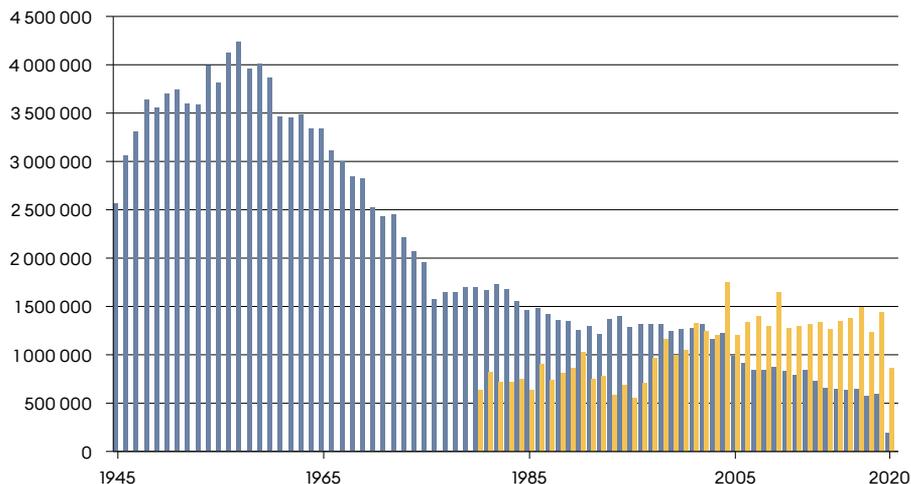
1997 reisten Staatsangestellte von Basel nach Berlin, um dort die Premiere einer sogenannten Museumsnacht zu besuchen. Vier Jahre später fand die erste ‹Museumsnacht Basel› statt. Eine Nacht lang öffneten über zwanzig Museen zeitgleich ihre Ausstellungen, boten ein Spezialprogramm für Jung bis Alt, Kulinarisches und Feststimmung. Shuttle-Busse der BVB brachten die knapp 20 000 Besucherinnen und Besucher von Ort zu Ort.<sup>83</sup> Das Berliner Vorbild funktionierte, Basel hatte einen neuen Event.

Mit der Museumsnacht fand die Öffnung der Museen ihren vorläufigen Höhepunkt. In der Mitte des 20. Jahrhunderts waren Museen in Basel zwar öffentliche Einrichtungen, aber im Alltag oft nicht zugänglich. Die Öffnungszeiten beschränkten sich auf Mittwoch- und Samstagnachmittage. In ihrem Selbstverständnis stand das Sammeln, Aufbewahren, Ausstellen und Forschen an erster Stelle. Vermittlung wurde dagegen klein geschrieben. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts begannen Museen ihren Bildungs- und Vermittlungsauftrag stärker zu gewichten und pädagogische und didaktische Ansätze in der Museumspraxis vermehrt zu berücksichtigen.<sup>84</sup> In Basel dehnten sie zum Beispiel die Öffnungszeiten aus, gestalteten ihr Angebot populärer und interaktiver. So stand in der 1980 eröffneten ‹Basler Papiermühle› ausdrücklich das Selbermachen im Zentrum, die Besucherinnen und Besucher konnten beispielsweise Papier selber schöpfen oder es bedrucken. In den folgenden Jahren erhöhte der Kanton das Personal im Bereich der Museen und intensivierte die Werbung für Ausstellungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

Der Wandel der Museen machte sich auch in den Besucherzahlen bemerkbar. Die Anzahl der Eintritte stieg seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich an. Ab 2000 zählten die Museen sogar mehr Besucherinnen und Besucher als die Kinos [125]. Mit der erwähnten Basler Museumsnacht hatten die lokalen Ausstellungsräume eine neue Plattform erhalten. Sie war das Schaufenster, in dem Kultur für alle sichtbar wurde.

Der Trend zu Massenevents war allerdings nicht auf Museen beschränkt. Wie in anderen Schweizer Städten feierten auch in Basel zahlreiche Musikfestivals ihre Premiere. Einen besonders fruchtbaren Nährboden bot die Stadt der Jazz- und Bluesmusik, unter anderem mit dem ‹Offbeat Jazzfestival› (erstmalig 1975), ‹Em Bebbi sy Jazz› (1984) oder dem ‹Blues Festival› (2000). Im 1995 eröffneten Musical Theater Basel fanden Grossproduktionen wie das ‹Phantom der Oper› statt, im selben Jahr zog erstmalig die Technoparade ‹Jungle Street Groove› den Rhein entlang. Im Fluss ankerte 2000 die schwimmende Bühne ‹Floss›, vom

## Museumseintritte und Kinobesuche in Basel-Stadt, 1945–2020



**125** In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts öffneten sich die Museen zunehmend für breitere Bevölkerungskreise und entwickelten Angebote für die ganze Familie. Das manifestierte sich auch in den Besucherzahlen, insbesondere ab den 1990er-Jahren. Ein gegenläufiger Trend war bei den Kinos zu beobachten. Das Fernsehen, später auch Videos, DVDs und Streamingdienste mit Flatrate-Angeboten wurden für viele eine günstige Alternative. 2005 besuchten nur noch eine Million

Menschen Filmvorführungen (1957: 4.2 Millionen), die Zahl der Kinos sank von 19 (1957) auf 7 (2020). Als 2023 mit dem Multiplexkino Küchlin das letzte Lichtspielhaus in der Steinenvorstadt schliessen musste, war in den Medien die Rede vom «Tod der Kinostrasse».

■ Kinobesuche  
■ Museumseintritte

Kleinbasler Ufer aus konnten kostenlos Konzerte miterlebt werden. Einen exklusiveren Rahmen hatte die «Baloise Session» (1986), an der unter anderem Miles Davis und Lauryn Hill Konzerte gaben. Andere Festivals sprachen gezielt ein junges Publikum an. Das Clubfestival «BScene» beispielsweise bot seit 1997 eine Bühne für Nachwuchsbands aus der Region.<sup>85</sup> Ebenfalls 1997 entstand das «Jugendkultur-festival», das seither alle zwei Jahre grössere öffentliche Plätze bespielte. Und mit dem «Imagine Festival» fand in Basel seit 2002 auch jährlich ein Musikfestival gegen Rassismus statt, substantziell getragen durch das Basler Kinderhilfswerk «terre des hommes Schweiz».

Gemessen an den Besucherzahlen war «Basel Tattoo» das grösste Musikfest in Basel. Seit 2006 besuchten jährlich gegen 70 000 Menschen die Aufführungen



**126 Museumsnacht Basel, 2003.** — Mit populären Formaten wie der Museumsnacht versuchten sich Basler Museen zu öffnen, unter anderem sollten auch Kinder angesprochen werden. In der Kunsthalle fand beispielsweise eine Vernissage exklusiv für Kinder statt.

im Kasernenareal, nach dem ›Royal Edinburgh Military Tattoo‹ war es die zweitgrösste Show für Militärmusik weltweit. Besucherinnen und Besucher kamen oftmals von weither, derweil beschwerten sich Anwohnerinnen und Anwohner immer wieder über den Lärm des Open-Airs, an dem zuweilen auch Militärflugzeuge der Schweizer Armee im Tiefflug über die Stadt flogen.<sup>86</sup>

Auch in anderen Kunstsparten setzte sich der Festivalgedanke durch. 1997 fand in Basel das erste ›Literaturfestival Basel‹ statt, später bekannt unter dem Namen ›BuchBasel‹. Das Festival konnte sich in der Agenda der Literaturszene fest etablieren, seit 2008 wird in seinem Rahmen der ›Schweizer Buchpreis‹ verlieht. In diesem Jahr ging am Rande der Stadt, auf dem Dreispitzareal, bereits zum zweiten Mal das ›Shift‹ über die Bühne, ein Festival der elektronischen

Künste mit Performances, Installationen und Talks. Ab 2011 übernahm das neue «Haus der Elektronischen Künste» (HEK) die Leitung des Festivals. Das Museum baute sich in den Folgejahren den Ruf als nationales Kompetenzzentrum für Medienkunst auf.

Jedes Festival hatte sein Zielpublikum. Für die Stadt waren sie ein Bekenntnis zur Eventkultur. Es war ein Geben und Nehmen – Basel stellte Räume zur Verfügung, die Festivals trugen zum Image als Kulturstadt bei.

**127 Proben für das Festival «Basel Tattoo», 2011. —**

Formationen aus der ganzen Welt treffen sich jährlich in Basel, um im Rahmen der Musik-Show «Basel Tattoo» aufzutreten. Vor dem Auftritt im Hof der ehemaligen Basler Militärkaserne probt eine dieser Gruppen in einer Messehalle.



## Die Fasnacht wird Weltkulturerbe

Trotz zunehmender Konkurrenz musste die Fasnacht nie um ihren Platz im Kulturkalender kämpfen. Im Gegenteil: 2017 fällt die UNESCO den Entscheid, die Basler Fasnacht in die ‹Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit› aufzunehmen – nach der ‹Fête des Vignerons› in Vevey erst der zweite Schweizer Eintrag.<sup>87</sup> In der Würdigung 2017 hiess es, die Fasnacht trage «zum sozialen Zusammenhalt» bei, fördere «Toleranz durch Sozialkritik» und helfe dabei, «den lokalen Dialekt zu bewahren».<sup>88</sup> Ungeachtet von Alter, Schicht, Herkunft und politischer Überzeugung könnten alle an der Fasnacht partizipieren. Die Auszeichnung unterstrich den internationalen Ruf Basels als Kulturstadt.

Die Fasnacht gilt als Basler Tradition schlechthin. Viele ihrer Elemente sind jedoch nicht ursprünglich baslerisch. Die Schnitzelbänke etablierten sich beispielsweise nicht nur in Basel als fester Bestandteil der Fasnacht. Sie sind eine Weiterentwicklung des mittelalterlichen Bänkelsangs und im deutschsprachigen Raum in ähnlicher Form weitverbreitet. Die Tradition des Pfeifens und Trommelns wurde derweil aus Frankreich importiert. Sie geht auf die Truppenführung unter Kaiser Napoleon zurück.<sup>89</sup>

Die Fasnacht bewegte sich immer zwischen Tradition und Transformation. Werden Bräuche nicht gelebt, verschwinden sie. Das heisst aber auch, dass sie sich verändern, neuen gesellschaftlichen Entwicklungen öffnen oder bewusst entziehen. Zu einem festen Bestandteil der Basler Fasnacht wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die *Guggen*. Die populären Blasmusik-Formationen etablierten den Fastnachtsdienstag als ihre grosse Bühne.<sup>90</sup>

Die Basler Fasnacht war berüchtigt für ihren bissigen Humor, insbesondere die Schnitzelbänke, Laternen und die *Zeedel*, also die Zettel mit Versen, die Cliques verteilten. Doch Persiflage und Spöttereie mussten lange die Zensur fürchten, eine polizeiliche Vorschrift verbot unanständige oder beschimpfende Aussagen. Das veranlasste einige Aktive dazu, ihre Entwürfe vor der Fasnacht präventiv von der Basler Polizei begutachten und gegebenenfalls auszugsweise zensurieren zu lassen. Diese Praxis endete erst in den 1970er-Jahren.<sup>91</sup>

Solche Lockerungen ermöglichten mehr Spielräume. 1974 überzogen die *Kuttlebutzer* um den Künstler Jean Tinguely den Marktplatz mit Lärm und Rauch – die Empörung über das subversive Verhalten war gross, insbesondere beim anwesenden Fasnachts-Comité. 1978 lief der Künstler Joseph Beuys in der Clique *Alti Richtig* mit, deren Kostüme er gestaltet hatte, und machte aus der Basler Fasnacht kurzerhand ein Kunsthappening.<sup>92</sup> In den 1990er-Jahren erfolgte eine verstärkte



**128 Fasnachtsszene, 1974.** — Die Faszination der Fasnacht hat der Basler Fotograf Rolf Jeck so festgehalten: «Dieses exaltierte Aus-sich-Herausgehen reizte mich. Es versetzte mich ins Schweben. An den drei Fasnachtstagen war ich wie in Trance – beim Erfassen der Vibration, die in der Stadt war. Das Akustische übertrug sich bei mir in Bilder, ging ins Visuelle über.» (Blumer 2024, S. 18)

Rückbesinnung auf die ungeschriebenen Gesetze. Zahlreiche «Gebrauchsanleitungen» erschienen, einige explizit mit Hinweisen für «Auswärtige», «Nichtbasler» und «Nichtfasnächtler».<sup>93</sup> Die Einhaltung der Verhaltensregeln, vom Sprachgebrauch bis zur Kleiderordnung, rückten wieder vermehrt in den Vordergrund. Zuweilen war die Fasnacht auch reaktionär, ihr wurde Rassismus, Homophobie oder Sexismus vorgeworfen. So gab es im frühen 21. Jahrhundert immer noch reine Männercliquen – ein Relikt aus der Zeit, als Frauen von der Strassenfasnacht ausgeschlossen waren.<sup>94</sup>

### «Vogel Gryff» und «Bärenstag»: Alte und neue Traditionen für das Kleinbasel

Traditionen sind ahistorisch, denn sie scheinen «schon immer» da gewesen zu sein. Doch sie entstanden, veränderten sich – und manchmal wurden sie einfach erfunden. Eine der ältesten lokalen Traditionen ist das Volksfest «Vogel Gryff», das die drei Kleinbasler Ehrengesellschaften zum Rebhaus, zur Hären und zum Greifen veranstalten. Sein Ursprung geht zurück auf die jährliche Musterung des Waffenarsenals, das die Ehrengesellschaften unterhielten, um die Stadtmauern zu schützen. Der Brauch ist für 1304 erstmals dokumentiert, bis 1838 feierten die Ehrengesellschaften die Waffenumusterung separat, seither hat sich folgendes Prozedere etabliert: Eingeleitet durch Böllerschüsse und begleitet von Trommeln ziehen ihre Wappentiere *Vogel Gryff*, *Wild Maa* und *Leu* tanzend durch das Kleinbasel, den Rücken stets gegen das Grossbasel, den Sitz der Obrigkeit, gerichtet. Es ist ein Volksfest voller Rituale und Hierarchien. In den Ehrengesellschaften dürfen nur Basler Bürger Mitglied sein, es ist ein exklusiver Kreis.<sup>95</sup>

In Abgrenzung zum «Vogel Gryff» entstand 1998 der «Bärenstag», er ist eine «invented tradition», eine erfundene Tradition.<sup>96</sup> Die Erzählung der Initiantinnen und Initianten ging so: Der *Bär* sei eigentlich so alt wie *Vogel Gryff*, *Wild Maa* und *Leu*, doch er sei so nett und beliebt gewesen, dass die anderen Wappentiere eifersüchtig waren und ihn kurzerhand im Rhein versenkten. Am 12. Januar 1998 sei der *Bär* wieder aus dem Rhein aufgetaucht, habe Kleinbasel betreten und sei durch die Strassen des Stadtteils getanzt.<sup>97</sup> In seiner Gesellschaft zum Bären waren die Mitglieder keine «Chefs», sondern «einfach nett zu anderen Menschen, ob Ausländer oder Grossbasler».<sup>98</sup>

Als neues Brauchtum sollte der «Bärenstag» Zusammenhalt stiften, zwischen Ausländerinnen, Ausländern, Schweizerinnen und Schweizern, Frauen und Männern, jung und alt. Es war der Versuch, die Traditionen des Kleinbasels mit der zunehmenden Multikulturalität im Quartier zusammenzubringen. Noch ist seine Tradition weit weniger bekannt als jene des «Vogel Gryff».

## Forderung nach kultureller Diversität

Im 21. Jahrhundert rückten grundsätzliche Fragen in den Mittelpunkt der Debatte rund um Kultur und Kunst. Auch in Basel geriet vieles, womit sich die Stadt lange voller Stolz geschmückt hatte, unter Verdacht: Gab es nicht viele Machos unter den berühmten Künstlern? Warum fehlten weibliche, queere oder postkoloniale Positionen im Kanon der Hochkultur? Und hatten die eigenen Institutionen nicht von historischen Ungerechtigkeiten profitiert, Basel sich also schuldig gemacht? Die Frage nach der Vergangenheit hatte Konsequenzen für die Gegenwart. Die alten Praktiken und Strukturen, die dem Ruf der Kulturstadt gedient hatten, waren nicht mehr in Stein gemeißelt, binnen wenig mehr als einem Jahrzehnt galten einige als überholt.

Eine Frage, mit der Politik und Öffentlichkeit in den 1990er-Jahren konfrontiert wurden, war die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Neben der eidgenössischen Flüchtlingspolitik oder den wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich ging es dabei auch um den Transfer von Kulturgütern in und über die Schweiz.<sup>99</sup> 1998 unterzeichneten 44 Staaten, darunter die Schweiz, ein Abkommen, das Museen verpflichtete, Raubkunst aus der Zeit des Nationalsozialismus (NS) in ihren Sammlungen zu identifizieren und eine «gerechte und faire Lösung» zu finden.<sup>100</sup> Auch renommierte Häuser aus Basel mussten ihre Bestände unter diesen Kriterien neu bewerten. Das Kunstmuseum Basel etwa trat in einen Dialog mit den Erben von Curt Glaser, einem jüdischen Kunsthistoriker, der 1933 einen Teil seiner Sammlung unter Wert an das Museum versteigern musste. Das Museum entschädigte die Erben und würdigte den jüdischen Kunstliebhaber 2022 mit der Ausstellung «Der Sammler Curt Glaser – Vom Verfechter der Moderne zum Verfolgten».

### Das koloniale Erbe des Basler Völkerkundemuseums

Neben der NS-Raubkunst geriet in jüngster Zeit ein weiteres Kapitel der Geschichte ins Blickfeld der Öffentlichkeit, das bis dahin weitgehend ignoriert worden war: die koloniale Vergangenheit der Schweiz. Der zentraleuropäische Kleinstaat war nie Kolonialmacht, aber viele Menschen in der Schweiz profitierten vom Kolonialismus, seien es Kaufleute, Forscher oder Missionare. Das galt insbesondere für Basel, wo seit Jahrhunderten Fäden des interkontinentalen Handels zusammenge laufen waren und eine wohlhabende Elite ebenso lange schon Kunstschätze aus aller Welt gesammelt hatte. Die Sammlung des Museums der Kulturen Basel,

dem ehemaligen Museum für Völkerkunde, beispielsweise basiert auf Schenkungen, die Bürger und Bürgerinnen seit dem 19. Jahrhundert tätigten. Mit über 340 000 Objekten ist es die mit Abstand grösste ethnografische Sammlung in der Schweiz, weit vor dem Musée d'ethnographie de Genève (etwa 80 000 Objekte), dem Kulturmuseum St. Gallen (70 000), dem Bernischen Historischen Museum (60 000) oder dem Zürcher Museum Rietberg (25 000).<sup>101</sup> Viele dieser Objekte waren unter ungeklärten Bedingungen in die Schweiz gelangt, ihnen haftete ihre koloniale Vergangenheit an.<sup>102</sup>

Bis in die jüngste Zeit setzte sich in der Schweiz abgesehen von einigen Akademikerinnen und Akademikern kaum jemand mit den historischen Verwicklungen in koloniale Machtstrukturen auseinander. Eine Ausnahme bildete die Basler Mission, deren Geschichte seit ihrer Gründung 1815 mit dem Kolonialismus verzahnt war. In den 1980er-Jahren nahm sie eine vollständige Erschliessung und systematische Archivierung ihrer Bestände in Angriff.<sup>103</sup> Abgesehen davon begann die Aufarbeitung der Vergangenheit erst um die Jahrtausendwende, zögerlich und oftmals von privaten Initiativen ausgehend.<sup>104</sup>

Auch das Museum der Kulturen pflegte lange einen unkritischen Umgang mit seinem kolonialen Erbe. Im Mittelpunkt stand die Faszination des «Exotischen», der distanzierte, detailversessene Blick auf «fremde» Kulturen. Die Ethnologinnen und Ethnologen versprachen, dem kulturinteressierten Publikum Informationen und Anschauungsmaterial aus erster Hand zu bieten, basierend auf ethnologischen Forschungen aus dem «Feld», also vor Ort. Frühere Ausstellungen reproduzierten oftmals weitverbreitete rassistische Stereotype.<sup>105</sup>

Unter der Leitung der neuen Museumsdirektorin Clara Wilpert distanzierte sich die Institution 1996 zunehmend vom eurozentrischen Blick auf das «Fremde». Dazu passte die Umbenennung des Völkerkundemuseums in «Museum der Kulturen Basel». Basel war damit nicht allein, zur selben Zeit änderten viele europäische Völkerkundemuseen ihren Namen. Wilpert setzte sich zudem für den interkulturellen Dialog ein: Das Ausstellungsprojekt «Vanuatu» etwa führte das Museum gemeinsam mit Partnerinnen im südpazifischen Inselstaat durch, Objekte aus der ehemaligen britisch-französischen Kolonie bildeten seit den 1940er-Jahren einen Sammlungsschwerpunkt in Basel.<sup>106</sup> Die kolonialen Verflechtungen zwischen der Schweiz und den entfernten Regionen wurden dabei jedoch noch kaum kritisch hinterfragt. Die Direktorin betonte, Basler Forschungsreisende hätten damals historisch wichtige Kulturgüter «gerettet». Sie war überzeugt, die Sammlung der Basler Mission, die im Rahmen ihrer missionarischen Tätigkeiten in Afrika und Asien viele Kulturgüter nach Basel gebracht und dem Völkerkundemuseum vermacht



**129 Museumsdirektor Alfred Bühler begutachtet eine Sendung von Kunstgütern aus Neu-Guinea, 1960.** — Die abgebildeten Objekte hatte Alfred Bühler auf einer Expedition in Neu-Guinea für das von ihm geleitete Völkerkundemuseum ausgesucht. Bühler galt als Kompetenz für die Kunst der Südseeinseln, von 1959

bis 1970 war er erster ordentlicher Professor für Ethnologie an der Universität Basel. Mit der Dekolonialisierung wandelte sich das Fach, die alte Bezeichnung ‚Völkerkunde‘ wurde zunehmend vermieden, die Basler Institution nannte sich 1996 um und wurde zum ‚Museum der Kulturen Basel‘.

hatte, sei legal zustande gekommen. Denn «die Schweiz», so Wilpert in einem Interview, «hat ja glücklicherweise keine koloniale Vergangenheit».<sup>107</sup>

Mit diesem Bild brach Anna Schmid, die 2006 die Museumsdirektion übernahm. Sie verzichtete auf Ausstellungen zu einzelnen Ethnien; die alten Stereotype fremdartiger Völker sollten nicht länger bedient werden. Das Museum der Kulturen präsentierte von nun an vielmehr einzelne Objekte, die zu Reflexion und Aus-



**130 Debatte über sogenannte Benin-Bronzen im Museum der Kulturen Basel, 2023.** — Eine nigerianische Delegation betrachtet Objekte des Museums der Kulturen, gemeinsam mit Museumsdirektorin Anna Schmid. Als eines von acht Museen nimmt die Basler Institution an der «Benin Initiative Schweiz» teil, die die kolonialen Provenienzen ihrer Sammlungen aus dem Königreich untersucht.

tausch anregen sollten – alle anderen wurden in den ausgebauten Depots untergebracht.<sup>108</sup> Diese Abwendung von der klassischen Sammlungsrepräsentation war alles andere als unumstritten. Einige Ethnologinnen und Ethnologen kritisierten, die minimalistische Präsentation würde die Objekte ihrem Kontext entreissen.<sup>109</sup> Auch Teile der Bevölkerung waren dieser Ansicht. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher der Ausstellung «EigenSinn» (2011) äusserten in Gästebuch und Kommentarspalten ihren Unmut über vermeintlich fehlende Sachinformationen und ein «willkürliches Durcheinander».<sup>110</sup>

Neben der Frage, wie ethnografische Objekte präsentiert werden sollen, beschäftigte die Museen insbesondere die Frage, woher ihre Kunstschätze stammten und unter welchen Bedingungen sie Teil der eigenen Sammlung geworden waren.

Obwohl verschiedene Staaten, die einst Kolonien waren, schon länger den Verlust wichtiger Zeugnisse ihrer Kultur beklagten, widmeten sich viele europäische Museen, auch die Basler Einrichtungen, erst im 21. Jahrhundert ernsthaft der Provenienzforschung. Die Schweiz setzte mit dem ‹Bundesgesetz über den Internationalen Kulturgütertransfer› erst 2003 um, was die UNESCO bereits über drei Jahrzehnte früher gefordert hatte, nämlich die Verhütung rechtswidriger Über-eignung sowie Ein- und Ausfuhr von Kulturgut. Viele afrikanische, südamerikani-sche und südeuropäische Staaten hatten dies wesentlich früher getan.<sup>111</sup>

In Basel war es wiederum Anna Schmid, die im Museum der Kulturen die Provenienzforschung stärkte und den kulturpolitischen Austausch suchte [130]. 2016 beispielsweise restituierte das Museum einen Maori-Schädel nach Neusee-land. Doch nur bei einem Teil der über 340 000 Kulturgüter konnte das Museum bisher die Herkunft klären. Provenienzforschung ist aufwändig, kostenintensiv und war lange allein Sache der Museen. Erst 2016 begann sie der Bund dabei fi-nanziell zu unterstützen. Der Kanton Basel-Stadt stellte in den frühen 2020er-Jah-ren erste Gelder für seine Museen bereit. Angesichts der umfangreichen Sammlun-gen vor Ort steht die Provenienzforschung in Basel erst an ihrem Anfang.<sup>112</sup>

### **Basler Kulturkämpfe**

Auch in Basel machte sich bemerkbar, dass die Debatten viele Menschen provo-zierten – zuweilen wurde die Hinterfragung überkommener Kulturpraxen gar als Angriff auf die eigene Identität empfunden. Dies zeigte sich 2018, als sich eine Kontroverse um das lokale Kulturgut schlechthin entfachte, die Fasnacht. Stein des Anstosses war der Name und das Logo der Formation *Negro Rhygass*, die rassistische Stereotype bediente und dafür öffentlich kritisiert wurde. Die *Gugge* wurde 1927 gegründet, ihr Name bezog sich auf die Expedition eines Schweizer Piloten nach Afrika. Ihr Logo zeigte eine Figur mit einem Knochen im Haar, dicken Lippen und einem Bastrock. Für Aufsehen sorgte die Formation erst mit einem Anlass, der den Titel *Negro-Fescht* trug und der mitten in der Stadt stattfand. «Wie ist es möglich, dass ein solches Logo an einem Volksfest verwendet werden darf?», zitierte eine Zeitung einen Studenten.<sup>113</sup> Das Entsetzen in den sozialen Medien war gross, es kam zu einem regelrechten Shitstorm.

Die Gegenseite reagierte: Rund 800 Menschen demonstrierten daraufhin mit einem Solidaritätsmarsch und verliessen ihrer Sorge um die ‹Narrenfreiheit›, einem der kostbarsten Güter der Fasnacht, Ausdruck. Während der Fasnacht 2019 war die Auseinandersetzung omnipräsent. Verschiedene Cliques machten sich



**131** *Negro Rhygass* an der Vorfasnachtsveranstaltung Charivari, 2015. — Die Inszenierung von rassistischen Stereotypen war im Rahmen der Fasnacht lange akzeptiert. Erst Ende der

2010er-Jahre löste die problematische Symbolik von Name, Logo und Kostümen der Formation *Negro Rhygass* eine öffentliche Debatte um Rassismus an der Fasnacht aus.

lächerlich über die Rassismus-Kritik, eine kreierte Wortspiele mit dem «N-Wort» und *Niggerli*, was im Basler Dialekt «Nickerchen» bedeutet.<sup>114</sup> Zur selben Zeit teilten Schwarze Baslerinnen und Basler ihre Erfahrungen mit Diskriminierungen an der Fasnacht und im Alltag. Im Nachgang zur Fasnacht reagierte *Negro Rhygass* halbherzig. Die Verantwortlichen der Guggenmusik beschlossen, ihr Logo auszutauschen, an ihrem Namen hielten sie jedoch fest.

2023 wurde in der Basler Literaturszene ein Fall publik, der mitunter als Angriff auf die künstlerische Freiheit gewertet wurde. Vertreterinnen und Vertreter des «Fachausschusses Literatur» hatten in einem Manuskript des Basler Schriftstellers Alain Claude Sulzer die Verwendung des Wortes «Zigeuner» beanstandet und den Autor um eine Stellungnahme gebeten, woraufhin dieser sein Fördergesuch zurückzog. Die «NZZ am Sonntag» zitierte empörte Stimmen aus der Literaturszene und folgte, der «Basler Fall» zeige, «dass die Eingriffe in die künstlerische Freiheit im Namen offenbar höherer Güter wie Gerechtigkeit, Achtsamkeit und Diversität viel tiefer gehen, als man gemeinhin meint».<sup>115</sup> Es war ein Plädoyer zugunsten des althergebrachten Bildes vom Künstler als erhabenem Freigeist.

## Neue Ansprüche an die Kulturstadt

Auch Pablo Picasso, für dessen Kunst sich 1967 zahlreiche Baslerinnen und Basler eingesetzt hatten, galt nicht mehr als unfehlbar. Als sich sein Todestag 2023 zum fünfzigsten Mal jährte, mischten sich negative Töne in die Ehrbekundungen. Den Frauen gegenüber sei Picasso ein «Scheisskerl» gewesen, berichtete etwa das SRF auf seiner Onlineplattform.<sup>116</sup> Nicht nur Picassos Machismo geriet im Zuge der #MeToo-Bewegung in den Fokus, sondern auch seine Anleihen bei Kunst anderer Kulturen. «Kulturelle Aneignung» war ein weiterer Vorwurf, der dem bislang unangetasteten Meistertalent gemacht wurde. Ob sich Basel in der Gegenwart eine «Picasso-Story» hätte leisten wollen? Auf jeden Fall hatten sich die Erwartungen an Kunst derart verändert, dass sich die selbsternannte Kulturstadt Basel ebenfalls wandeln musste.

Im neuen Jahrhundert mehrten sich die Stimmen, die den Ausschluss grosser Bevölkerungsteile aus dem Kulturbetrieb kritisierten. Frauen, Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderungen seien im kulturellen Leben in Basel kaum sichtbar. Eine Antwort darauf lieferte das «Wildwuchs Festival», das 2001 zum ersten Mal in Basel veranstaltet wurde. Das Festival wollte Kunst für alle zugänglich machen, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, einer historisch betrachtet extrem marginalisierten Gruppe – ob als Künstlerin und Künstler oder als Zuschauerin und Zuschauer.<sup>117</sup> Seither bemühten sich auch Museen darum, ihr Angebot für Menschen mit Behinderungen inklusiver zu gestalten.

Das neue Kulturleitbild von 2020 betonte, Frauen und gesellschaftliche Minderheiten stärker fördern zu wollen.<sup>118</sup> Das Kunstmuseum Basel reagierte derweil ähnlich wie schon im Fall des jüdischen Kunstsammlers Curt Glaser: Es würdigte verschiedene weibliche Künstlerinnen mit Einzel- und Sammelausstellungen.<sup>119</sup> Im Rahmen der 2022 eröffneten Ausstellung «fun feminism» gestand das Museum: «Werke von Künstlerinnen sind in der Sammlung des Kunstmuseums Basel bis heute untervertreten.»<sup>120</sup> Auch im öffentlichen Raum waren Frauen als Künstlerinnen kaum sichtbar. 2019 benannte der Kanton einen zentralen Platz neben dem Hauptbahnhof nach der Künstlerin Meret Oppenheim, die einen Grossteil ihres Lebens in Basel verbracht hatte. Das Missverhältnis blieb indes bestehen: 2022 trugen in der Stadt 110 Orte Namen von Männern und nur neunzehn Namen von Frauen, fast die Hälfte davon war erst in diesem Jahr hinzugekommen.<sup>121</sup>

Nicht nur in den bildenden Künsten, auch im Musikbereich fehlten vielfach Künstlerinnen im Programm, auch hier wurden Forderungen nach mehr Genderdiversität laut.<sup>122</sup> Festivals, die sich hauptsächlich an ein jüngeres Publikum richteten, wie das ›BScene‹, das ›Imagine-Festival‹ und das ›Jugendkulturfestival‹, betonten ihre Anstrengungen in diesem Bereich.<sup>123</sup> Zwar legten viele Geldgeber Wert auf weibliche Bühnenpräsenz, bei der Zusammensetzung der Bands haperte es aber oft. Eine Studie des ›Musikbüro Basel‹ ergab, dass zwischen 2008 und 2017 nur ein Zehntel aller Musikschaaffenden der Region weiblich war und nur in einem Viertel der Bands eine oder mehrere Frauen mitspielten.<sup>124</sup> Das Problem lag tiefer – in der Populärmusik wurden Frauen zu wenig gefördert und weibliche Vorbilder waren eher rar in der Region. Im Bereich der klassischen Musik hatten die Basler Sinfonietta und das Kammerorchester mit einem hohen Anteil weiblicher Musikerinnen Vorbildcharakter, das Sinfonieorchester setzte sich zu einem Drittel aus Frauen zusammen.<sup>125</sup>

In den jüngsten Jahresberichten und Kulturleitbildern der Abteilung Kultur nahmen Schlagwörter wie «Inklusion» und «Diversität» viel Raum ein. Die Zukunft wird zeigen, ob die Konzepte zu Papiertigern verkommen oder ob es dem Kanton

**In Kulturleitbildern nehmen  
Schlagwörter wie  
Inklusion und Diversität  
viel Raum ein**

gelingt, eine erfolgreiche Politik der kulturellen Vielfalt umzusetzen. Erste Taten liess der Kanton seinen Versprechen aber bereits folgen. 2021 erhöhte er bei vier Einrichtungen (Kaserne, Kunstmuseum, Literaturhaus, Neues Orchester Basel) die Subventionen, wobei die zusätzlichen Gelder für die Entwicklung eines diversitätsorientierten Programms vorgesehen sind.<sup>126</sup>

Anlass dafür war die Erkenntnis, dass Personen mit Migrationsbiografien sowohl im Kulturbetrieb wie auch im Publikum untervertreten sind.<sup>127</sup> Die Basler Musikerin Anouchka Gwen, selbst Person of Colour, bestätigte in einem Zeitungsinterview, es würden nicht nur mehr Frauen, sondern «auch mehr BIPOC [Black, Indigenous and People of Color] gebucht». Sie zeigte sich jedoch auch kritisch: Die Beschwörung von Vielfalt laufe Gefahr «oberflächlich und performativ» daherzukommen.<sup>128</sup> Diversität liess sich auch als ein Trend missbrauchen, der kommerzielle Interessen bediente.

Die Geschichte der Stadt Basel ist in den laufenden Debatten omnipräsent. Koloniale Verflechtungen, patriarchale Strukturen, der systematische Ausschluss von Frauen, sozialen Schichten oder Migrantinnen und Migranten wirken aus der Vergangenheit in die Gegenwart. Sie werfen einen Schatten auf das Selbstbild der weltoffenen Kulturstadt. Gleichzeitig bietet die Reflexion aber auch Anschlussmöglichkeiten. Die Zukunft der Stadt Basel ist ohne ihre Geschichte nicht denkbar.

## Anmerkungen

- 1 Bodenmann 2014, S. 39–45.
- 2 StatJB 1967.
- 3 Scherz; Wyss 1981, S. 12–13, 17, 23, 34.
- 4 Die Zeit, 22.12.1967. New York Times, 18.12.1967.
- 5 Zit. nach Bodenmann 2014, S. 72.
- 6 Boerlin-Brodbeck 2000, S. 397. Müller 1990, S. 197. Bodenmann 2014, S. 30–44.
- 7 Haldemann; Werthemann; Zimmer 2013, S. 31. Scherz; Wyss 1981, S. 24. Meyer 1990. Meyer 2022.
- 8 Holliger 1991, S. 197.
- 9 Haldemann; Werthemann; Zimmer 2013. «Wie Basel seine Picassos rettete: eine Heldengeschichte», in: BaZ, 15.03.2013. «Das Picasso-Wunder von Basel», Film von Urs Kern, Sternstunde Kunst, SRF, 17.03.2013. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-kunst/video/das-picasso-wunder-von-basel?urn=urn:srf:video:470872bc-6b60-4713-9c92-bleb6d67d59c>, abgerufen am 27.06.2023. Zimmer 2016.
- 10 «Basel liebt die Kunst», in: St. Galler Tagblatt, 14.06.2013. Museen Basel: Museen. Online: <https://www.museenbasel.ch/museen/de/museen.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 11 Salvisberg 1999. «Ohne Chemie wäre Basel bloss eine Provinzstadt», in: TagesWoche, 13.12.2016. Online: <https://tageswoche.ch/politik/ohne-chemie-waere-basel-bloss-eine-provinzstadt/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 12 Gampp 2013. Meyer 1990, S. 176.
- 13 Berner; Sieber-Lehmann; Wichers 2012, S. 230.
- 14 Schibli 1999, S. 12.
- 15 Boerlin-Brodbeck 2000, S. 400. Hagmann 1999, S. 122. Müry 1986, S. 163–165
- 16 Kreis 2000, S. 293–295. Meyer-Gutzwiller 1976, S. 102.
- 17 «Roche-Jubiläum: Plädoyers für Pioniergeist», in: bz Basel, 02.10.1996.
- 18 Roter 1999, S. 130.
- 19 Sarasin 1997. Keller 2001.
- 20 Müller-Jentsch 2014, S. 7–15, 43–44. Kielbasa 2015, S. 2–5. Christoph Merian Stiftung 2011, S. 18. Becher 2011.
- 21 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005, Art. 35. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.
- 22 Roter 1999, S. 124.
- 23 Keller 2014. Monteil 1993, S. 129–131.
- 24 Huber 2014, S. 404.
- 25 Bessenich 1971, S. 188–191. Stahlhut 2020, S. 3. Vgl. auch Sotheby's: Zurich, <https://www.sothebys.com/ch/%C3%BCber/adressen/zurich>, abgerufen am 27.06.2023.
- 26 Genoni 2009, S. 2–3, 10–104. Gloor 2016, S. 258.
- 27 Gloor 2016, S. 261. Dall 2011, S. 197. Stahlhut 2020, S. 3.
- 28 Gloor 2016, S. 270–272.
- 29 Stahlhut 2020, S. 5.
- 30 StABS, SK-REG 2-0-1-2 (4) 35, Basler Woche in New York, Einladung Swiss Insitute, 1987.
- 31 StABS SK-REG 2-0-1-2 (4) 35.
- 32 Rhein 1988.
- 33 StABS, PA 1008, Basel Tourismus (bis 1996 Verkehrsverein Basel).
- 34 Kobler 1995. Meyer 1995. Vgl. auch StABS, NHA 1, Aussenbeziehungen und Standortmarketing 1995–2014.
- 35 Geering 2013.
- 36 StatJB 1950–1970.
- 37 Währen 2009, S. 2. Kachler 1975, S. 30.
- 38 Stumm 2001, S. 6–7, 22–23, 34–35, 91–92.
- 39 Ebd., S. 132.
- 40 «Zum Tod von Werner Düggelin: Die Lebenselixiere des grossen Verzaubers», in: St. Galler Tagblatt, 07.12.2019.
- 41 Kreis 2015, S. 74–76.
- 42 Zit. in «Einfach und Konsequent», in: NZZ Folio, April 2010.
- 43 Stalder 2000. Stumm 2001, S. 134–135.
- 44 Eidgenössische Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik: Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz, August 1975, S. 84. Online: [http://www.kulturkonferenz.ch/Clottu\\_Bericht\\_Deutsch.pdf](http://www.kulturkonferenz.ch/Clottu_Bericht_Deutsch.pdf), abgerufen am 27.06.2023.
- 45 Krebs; Schneitter 2009, S. 8. Loser; Mangold; Miozzari u. a. 2018, S. 17.
- 46 Währen 2009, S. 6. Stumm 2001, S. 135.
- 47 Hilzinger 2000, S. 1–2, 4.
- 48 Ebd., S. 3.
- 49 Ebd., S. 5.
- 50 StABS, KK 2 1959 XVII 700/87, Kriminalnachrichten Nr. 19, undatiert.
- 51 Thomi 2011. Kreis 2000, S. 281–282.
- 52 Burri 1976.
- 53 Songzeilen aus «Murder By Dialect» von P-27 feat. Black Tiger, zit. nach: Krebs; Schneitter 2009, S. 124–138.
- 54 Furger 2021. Krebs; Schneitter 2009, S. 124–137. Guntern; Thoma; Fankhauser 2022.
- 55 Krebs; Schneitter 2009, S. 10–16.
- 56 Ebd., S. 26–31, 58–67.
- 57 Ebd., S. 42–54.
- 58 Ebd., S. 78.
- 59 «Die Steinenvorstadt und ihr schlechter Ruf», Seismo Nachtschicht, SRF, 08.06.1989. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/archivperlen/video/steinenvorstadt-basel-und-ihr-schlechter-ruf-1989?urn=urn:srf:video:84d90d0b-f89c-4db3-89b8-7a2fa7abb895>, abgerufen am 27.06.2023.
- 60 Ebd., 1 h, 11 Min.
- 61 Eugster 2017, S. 19–21.
- 62 Eugster 2017. Janett 2017.
- 63 Miozzari; Rudin; Wyss 2018, S. 178–179. Straumann 2000, S. 43–65.
- 64 Krebs; Schneitter 2009, S. 76–80.
- 65 «In Basel geht's: Verträge statt Krawall», in: Cash, 19.11.1993.
- 66 Tréfás 2012, S. 12.
- 67 StatJB 2020.
- 68 Baumann 2020. Mangold 2020.
- 69 Perrig 1983.
- 70 Krebs; Schneitter 2009, S. 233.
- 71 «Konzert Rolling Stones», Karussell, SRF, 21.05.1982. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/karussell/video/konzert-rolling-stones?urn=urn:srf:video:abb63ce6-0c18-4cfb-ab92-9cdb8bd3028>, abgerufen am 27.06.2023.
- 72 Zur Geschichte des Umgangs mit Pyrotechnik vgl. Arnold 2015.
- 73 Loser; Mangold; Miozzari u. a. 2018, S. 217. Krebs; Schneitter 2009, S. 233.
- 74 Zindel 2018. Hobi 1982.
- 75 Ackermann 1973, S. 181.
- 76 Loser; Mangold; Miozzari u. a. 2018, S. 82, 161–163. Zindel 2018, S. 5.
- 77 Raz; Schaub 2014, S. 110–113.
- 78 «Lumpenlieder und andere Fiesheiten», in: TagesWoche, 11.10.2012. Online: <https://tageswoche.ch/sport/lumpenlieder-und-andere-fiesheiten/>, abgerufen am 27.06.2023. Vgl. auch StABS, DS BS 8 159, Verwaltungsbericht 1992, Polizei- und Militärdepartement, 4.4.4 Fahndungsdienst, S. 138.
- 79 Godet 1993, 1998, 2012.
- 80 Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 123.400, Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15.11.2007. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/123.400](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/123.400), abgerufen am 27.06.2023.
- 81 Loser; Mangold; Miozzari u. a. 2018, S. 204–220. Vgl. auch «Der Basler Weg», in: TagesWoche, 06.03.2013.
- 82 Benz 1979. Jordan 2010. Loser; Mangold; Miozzari u. a. 2018, S. 114.
- 83 «Basler Museumsnacht: Fortführung gesichert», in: BaZ, 30.05.2001.
- 84 Blome 1994, S. 106. Häner 2017.
- 85 Massmünster 2017, S. 65–66, 71–86.
- 86 Platz 2015, S. 70. Obrist; Straub 2022.
- 87 Bundesamt für Kultur, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften 2015, S. 8–9, 22, 41.
- 88 Übersetzt aus dem Englischen, vgl. UNESCO: Basel Carnival. Online: <https://ich.unesco.org/en/RL/basel-carnival-01262>, abgerufen am 27.6.2023.
- 89 Voirol 2014, S. 47. Thiriet 2017, S. 17–18.
- 90 Bundesamt für Kultur, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften 2015, S. 16–17.

- 91 Heuss 2016, S. 156. Fasnachts-Comité 2009, S. 34–35.
- 92 Wyss 2022. «Beuys, Basel und die Fasnacht», SRF Audio, 27.04.2021. Online: <https://www.srf.ch/audio/kontext/beuys-basel-und-die-fasnacht?partId=11970230>, abgerufen am 27.06.2023.
- 93 Trachsler; Rhein; von Rohr 1992. Wunderlin 1999. Habicht 2001. Basler Fasnachts-Comité 2003. Habicht 2004.
- 94 Habicht 2004, S. 44.
- 95 «Kleinbasler Ehrengesellschaften nehmen neu Frauen auf», in: BaZ, 10.06.2022.
- 96 Hobsbawm u. a. 2012.
- 97 Piatti; Rogenmoser 2019, S. 18–19. Mäder 2000. «Alternative zum Vogel-Gryff in Kleinbasel», in: SRF News, 13.01.1999. Gesellschaft zum Bären, <https://www.baerengesellschaft.ch/gruendung/>, abgerufen am 27.06.2023.
- 98 Berlinger; Gloor 1998.
- 99 Band 1: Fluchtgut – Raubgut. Der Transfer von Kulturgütern in und über die Schweiz 1933–1945 und die Frage der Restitution, vgl. dazu UEK: Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002. Online: <https://www.uek.ch/de/schlussbericht/synthese/uekd.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- 100 Francini 2005.
- 101 Ramseier; Meneghini 2003, S. 13.
- 102 Schär 2015. Meier 2014. Bertschinger 2013. Salathé 2013. Zangger 2011. Stettler; Haenger; Labhardt 2004.
- 103 Museum der Kulturen Basel 2015, S. 6. Christ-von Wedel; Kuhn 2015. Vischer 2002, S. 26. Keller 2002, S. 150.
- 104 Vgl. u. a. David; Etemad 1998. Stettler; Haenger; Labhardt 2004. Fässler 2005. Purtschert; Lüthi; Falk 2012. Dejung 2013. Schär 2015.
- 105 Hauser-Schäublin 2019, S. 16–17. Spirgi 2011, S. 51.
- 106 Wilpert 2001. Ramseier; Meneghini 2003, S. 11–12. Früh 2017, S. 145. Steinegger 2019. o. A. 1998.
- 107 Pressemitteilung zur Ausstellung «Eigen-Sinn» von 2011, zit. in: Spirgi 2011, S. 49–53.
- 108 Hauser-Schäublin 2012, S. 246–250.
- 109 Baetcke 2011, S. 54–57.
- 110 UNESCO: Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export and Transfer of Ownership of Cultural Property. Online: <https://www.unesco.org/en/legal-affairs/convention-means-prohibiting-and-preventing-illicit-import-export-and-transfer-ownership-cultural>, abgerufen am 27.06.2023. Fedlex: SR 444.1 Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz). Online: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2005/317/de>, abgerufen am 27.06.2023. Zu anderen Staaten vgl. Ramseier; Meneghini 2003, S. 85–86.
- 112 Präsidialdepartement Basel-Stadt: Provenienzforschung, 15.09.2022. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2022-provenienzforschung-die-kantonalen-museen-durchleuchten-aktiv-und-gezielt-ihre-sammlungen>, abgerufen am 12.12.2024. Honegger, Mélanie; Sägeser, Soraya: Grosser Rat vervierfacht Beiträge an die Provenienzforschung, in: bz Basel, 10.05.2023. Online: <https://www.bzbasel.ch/kultur/basel/museen-grosser-rat-vervierfacht-beitraege-an-die-provenienzforschung-ld.2456056>, abgerufen am 27.06.2023.
- 113 «Facebookseite der Negro Rhygass gesperrt», in: 20 Minuten, 15.08.2018. Online: <https://www.20min.ch/story/facebookseite-der-negro-rhygass-gesperrt-839677443167>, abgerufen am 02.12.2024.
- 114 Faulhaber, Daniel: TANGRAM 43, Ein seifiges Terrain. Online: <https://www.ekr.admin.ch/publikationen/d825.html#>, abgerufen am 27.06.2023. «Wie weit dürfen Fasnächtler gehen?», in: SRF News, 12.03.2019. Online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/rassismus-und-fasnacht-wie-weit-duerfen-fasnaechtler-gehen>, abgerufen am 27.06.2023.
- 115 «Er wollte Zigeuner genannt werden», in: NZZ am Sonntag, 18.06.2023, S. 55.
- 116 «Das Problem mit Picasso», in: SRF News, 08.04.2023. Online: <https://www.srf.ch/kultur/kunst/die-dunkle-seite-des-genies-das-problem-mit-picasso>, abgerufen am 27.06.2023.
- 117 Pro Infirmis: Wildwuchs. Online: <https://www.kulturinklusive.ch/it/rete/membri/detail/news/wildwuchs.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 118 Regierungsrat Basel-Stadt: Regierungsrat verabschiedet seine kulturpolitische Strategie bis 2025, 06.07.2020. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/2020-regierungsrat-verabschiedet-seine-kulturpolitische-strategie-bis-2025>, abgerufen am 12.12.2024.
- 119 Kunstmuseum Basel: Rückschau. Online: <https://kunstmuseumbasel.ch/de/ausstellungen/rueckschau>, abgerufen am 27.06.2023.
- 120 Kunstmuseum Basel: Fun Feminism. Online: <https://kunstmuseumbasel.ch/de/ausstellungen/2022/fun-feminism>, abgerufen am 27.06.2023.
- 121 «Kanton benennt neun Strassen und Plätze in Basel nach Pionierinnen», in: bz Basel, 07.04.2022. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nomenklaturkommission-kanton-benenn-neun-strassen-und-plaetze-in-basel-nach-pionierinnen-ld.2273640>, abgerufen am 27.06.2023.
- 122 «Frauen auf der Bühne? (Eine Frage des Willens)», in: bz Basel, 05.06.2023. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/festivalsommer-frauen-auf-der-buehne-eine-frage-des-willens-die-openair-saison-in-der-region-basel-ist-eroeffnet-ld.2457540?reduced=true>, abgerufen am 27.06.2023.
- 123 «Eine Frage der Grundwerte und Weitsicht», in: bajour, 05.04.2023. Online: <https://bajour.ch/a/clg0zv90c48266054ixnr2800v/basler-festivals-foerdern-genderdiversitaet-unterschiedlich-wenig-frauen-im-lineup-auch-2023>, abgerufen am 27.06.2023.
- 124 RFV Basel: Vorstudie «Frauenanteil in Basler Bands», Basel 2018. Online: <https://www.musikbuero Basel.ch/dam/jcr:2946f621-56fc-47bf-95f4-6513152fa331/RFV%20Basel%20Vorstudie%20Frauenanteil%20in%20Basler%20Bands.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- 125 Sinfonieorchester Basel, <https://www.sinfonieorchesterbasel.ch/de/orchester/orchesterchronik/1876-bis-1988.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- 126 Präsidialdepartement Basel-Stadt: Kultur divers gestalten. Online: <https://www.bs.ch/pd/kultur/engagements-initiativen/kultur-divers-gestalten>, abgerufen am 12.12.2024. Präsidialdepartement Basel-Stadt: Vielfalt als Potential im Kulturbetrieb, 12.02.2021. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2021-vielfalt-als-potential-im-kulturbetrieb>, abgerufen am 12.12.2024. Präsidialdepartement Basel-Stadt: Die Initiative «Kultur divers gestalten» geht in die nächste Runde, 17.11.2022. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2022-die-initiative-kultur-divers-gestalten-geht-die-naechste-runde>, abgerufen am 12.12.2024.
- 127 Präsidialdepartement Basel-Stadt: Vielfalt als Potential im Kulturbetrieb. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2021-vielfalt-als-potential-im-kulturbetrieb>, abgerufen am 12.12.2024.
- 128 «Eine Frage der Grundwerte und Weitsicht», in: bajour, 5.4.2023. Online: <https://bajour.ch/a/clg0zv90c48266054ixnr2800v/basler-festivals-foerdern-genderdiversitaet-unterschiedlich-wenig-frauen-im-lineup-auch-2023>, abgerufen am 27.6.2023.
- 1 Huber 2014, S. 404.



# Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft	SBB	Schweizerische Bundesbahnen
AJZ	Autonomes Jugendzentrum	SBV	Schweizerischer Bankverein
AKW	Atomkraftwerk	SfG	Schule für Gestaltung Basel
ASG	Alte Stadtgärtnerei	SP	Sozialdemokratische Partei
AZ	Arbeiter-Zeitung (ab 1963 Abend-Zeitung)	SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
BASNU	Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt	StABS	Staatsarchiv Basel-Stadt
BastA!	Basels starke Alternative	StatJB	Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt
BaZ	Basler Zeitung	SVP	Schweizerische Volkspartei
BII	Basel Institute for Immunology	SWA	Schweizerisches Wirtschaftsarchiv
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	TA	Tages-Anzeiger
BKB	Basler Kantonalbank	UB Basel	Universitätsbibliothek Basel
BL	Basel-Landschaft	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
BLT	Baselland Transport AG	UTC	Union Trading Company
BN	Basler Nachrichten	VPOD	Verband des Personals öffentlicher Dienste
BVB	Basler Verkehrs-Betriebe	VSK	Verband Schweizerischer Konsumvereine
bz	Basellandschaftliche Zeitung (ab 2019 Zeitung für die Region Basel)	WBS	Weiterbildungsschule
CEO	Chief Executive Officer	WoVe	Verein Studentische Wohnvermittlung
CMS	Christoph Merian Stiftung	Zeba	Zentralwäscherei Basel
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei	ZHdK	Zürcher Hochschule der Künste
DSP	Demokratisch-Soziale Partei		
EMOS	OS-Klassen mit erweitertem Musikunterricht		
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich		
EU	Europäische Union		
EVP	Evangelische Volkspartei		
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft		
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum		
FCB	Fussballclub Basel		
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei		
GGG	Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige		
GLP	Grünliberale Partei		
GP	Grüne Partei		
habs	Homosexuelle Arbeitsgruppen Basel		
HAR	Historisches Archiv Roche		
HMB	Historisches Museum Basel		
IWB	Industrielle Werke Basel		
KVA	Kehrichtverbrennungsanlage		
LDP	Liberal-Demokratische Partei		
LdU	Landesring der Unabhängigen		
muba	Mustermesse Basel		
NA	Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat		
NPM	New Public Management		
NZ	National-Zeitung		
NZZ	Neue Zürcher Zeitung		
OFRA	Organisation für die Sache der Frau		
ÖKK	Öffentliche Krankenkasse		
OS	Orientierungsschule		
ÖV	Öffentlicher Verkehr		
PdA	Partei der Arbeit		
PLM	Progressive Lehrlinge und Mittelschüler		
POB	Progressive Organisationen Basel		
POCH	Progressive Organisationen Schweiz		
PSB	Progressive Studentenschaft Basel		
PTT	Post-, Telefon- und Telegrafienbetriebe		
RDP	Radikal-Demokratische Partei		
REKABAS	Redimensionierung der Kantonsaufgaben im Kanton Basel-Stadt		

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Quellen

### Ungedruckte Quellen

#### Novartis Archiv

Novartis Archiv, Ciba-Geigy, Division Pharma, PH 4.04.08, Biotechnikum.

#### Schweizerisches Wirtschaftsarchiv (SWA)

SWA, Verkehr A 32, Danzas.

SWA, H+I C 716, Union Trading Company.

SWA, H+I Bb 136, Tally Weijl.

SWA, H+I C5M, Magazine zur Rheinbrücke AG Basel.

#### Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)

StABS, ED-REG 1c, 923-4-1 (1), Kommission zur Beaufsichtigung wissenschaftlicher Versuchstiere.

StABS, ED-REG 54, Abteilung Sport / Sportamt, 1950–2012.

StABS, KK 2 1959 XVII 700/87, Kriminalnachrichten Nr. 19, undatiert.

StABS, NHA 1, Aussehenbeziehungen und Standortmarketing 1995–2014.

StABS, PA 933, Progressive Organisationen Basel (POB).

StABS, PA 933a C 7-1 5, Aktionskomitee gegen den Cityring, 1971–1973.

StABS, PA 1008, Basel Tourismus (bis 1996 Verkehrsverein Basel).

StABS, PD-REG 8d (1) 5-1 6, Konkubinats.

StABS, SK-REG 2-0-1-2 (4) 35, Basler Woche in New York, Einladung Swiss Institute, 1987.

#### Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt

Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 111.100, Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23.03.2005. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/111.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/111.100), abgerufen am 30.06.2023.

Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 123.400, Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15.11.2007. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/123.400](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/123.400), abgerufen am 27.06.2023.

Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 497.100, Gesetz über den Denkmalschutz vom 20.03.1980. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/497.100/versions/2487](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/497.100/versions/2487), abgerufen am 27.06.2023.

Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 772.100: Energiegesetz vom 16.11.2016. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/772.100](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/772.100), abgerufen am 27.06.2023.

Archiv Kantonsblätter Basel-Stadt, SG 789.700, Baumschutzgesetz vom 16.10.1980. Online: [https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts\\_of\\_law/789.700](https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/789.700), abgerufen am 27.06.2023.

#### Fernsehsendungen, Filme, Audioaufnahmen

«AKW-Gegner besetzen Kaiseraugst (1975)», SRF-Archiv, 11.06.2015. Online: [https://www.youtube.com/watch?v=gHZt\\_xlab0E](https://www.youtube.com/watch?v=gHZt_xlab0E), abgerufen am 26.06.2023.

«Arbeitslose in der Schweiz», Antenne, SRF, 20.11.1974. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/arbeitslose-in-der-schweiz?urn=srf:video:d3ff8006-b7c4-4a61-a58c-d5407e4fe47e>, abgerufen am 27.06.2023.

«Asylantenschiff Ursula», DRS aktuell, SRF, 14.12.1987. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/asylantenschiff-ursula?urn=srf:video:27e3c03d-5f8c-49f0-94bc-5bca4335b125>, abgerufen am 30.03.2023.

«Asylbewerber Basel», DRS aktuell, SRF, 01.11.1985. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/asylbewerber-basel?urn=srf:video:7bae5057-b309-42cc-bc0e-1e9f75288edc>, abgerufen am 20.03.2023.

«Basel will neue gesetzliche Grundlagen für WG's [sic] erarbeiten», Antenne, SRF, 05.02.1973. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=srf:video:822e21c8-fe4c-4a7a-8c16-1d3a3bdd7f2c>, abgerufen am 27.06.2022.

«Beuys, Basel und die Fasnacht», SRF Audio, 27.04.2021. Online: <https://www.srf.ch/audio/kontext/beuys-basel-und-die-fasnacht?partId=11970230>, abgerufen am 27.06.2023.

«Das Horburg-Quartier in Basel», Bericht vor 8, SRF, 10.02.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/bericht-vor-8/video/das-horburg-quartier-in-basel?urn=srf:video:d875b750-798e-4320-9b11-aa8cc74aabea>, abgerufen am 27.06.2023.

«Das Picasso-Wunder von Basel», Film von Urs Kern, Sternstunde Kunst, SRF, 17.03.2013. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-kunst/video/das-picasso-wunder-von-basel?urn=srf:video:470872bc-6b60-4713-9c92-b1ebdd67d59c>, abgerufen am 27.06.2023.

«Demonstration in Basel», Blickpunkt, SRF, 23.06.1980. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/demonstration-in-basel?urn=srf:video:23bfdbfe-e120-4cff-bac4-6c937cd27b35>, abgerufen am 23.03.2023.

«Der Rest ist Risiko», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V\_015. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_015](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_015), abgerufen am 29.06.2023.

«Die Steinenvorstadt und ihr schlechter Ruf», Seismo Nachtschicht, SRF, 08.06.1989. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/archivperlen/video/steinenvorstadt-basel-und-ihr-schlechter-ruf-1989?urn=srf:video:->

84d90d0b-f89c-4db3-89b8-7a2fa7abb895, abgerufen am 27.06.2023.

«Drogenkette Basel», CH-Magazin, SRF, 21.05.1976. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/ch-magazin/video/drogenkette-basel?urn=srf:video:cc503aa9-209e-4bc3-bc6e-124ffdc5a79>, abgerufen am 03.04.2023.

«Familienplanung», Blickpunkt, SRF, 20.04.1977. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/blickpunkt/video/familienplanung?urn=srf:video:fb694fdb-d929-450b-9e09-3d3ffa715272>, abgerufen am 30.03.2023.

«Fichen-Affaire in Basel», Schweiz aktuell, SRF, 25.06.2008. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/fichen-affaire-in-basel?urn=srf:video:949fc471-f54f-4dcb-b5ee-e6f82308e7f0>, abgerufen am 28.12.2024.

«Frauen - jetzt langt's», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V\_031, 1978/1979. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_031](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_031), abgerufen am 24.03.2023.

Godet, Alain: «Faustrecht – Dokumentation über die Basler Ultras» (1993), «Einmal Schläger, immer Schläger? Basler Fussball-Rowdies einst und heute» (1998), «Narben der Gewalt (Basler Hooligans)» (2012).

«Immobilienmarkt, Überangebot an neuen Bürohäusern», Tagesschau, SRF, 11.01.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=srf:video:58343a62-302c-4002-8dd3-3024876d033>, abgerufen am 27.06.2023.

«Kinderkrippe Basel», Antenne, SRF, 11.11.1971. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/kinderkrippe-basel?urn=srf:video:0c5db448-0a28-4860-9622-3c6223f47885>, abgerufen am 03.04.2023.

«Klein Istanbul», Schweiz aktuell, SRF, 10.06.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/schweiz-aktuell/video/klein-istanbul?urn=srf:video:b0843374-7174-4621-a457-58df0f5e63cf>, abgerufen am 30.03.2023.

«Konzert Rolling Stones», Karussell, SRF, 21.05.1982. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/karussell/video/konzert-rolling-stones?urn=srf:video:abb63ce6-0c18-4cfb-ab92-9cdb8bld3028>, abgerufen am 27.06.2023.

«Lohnungleichheit», 10 vor 10, SRF, 02.11.1993. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/lohnungleichheit?urn=srf:video:cd5bd699-dcd7-4e0f-9fb9-81615278f8f5>, abgerufen am 27.03.2023.

«Prozess gegen Eric Weber», DRS aktuell, SRF, 10.09.1986. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/drs-aktuell/video/prozess-gegen-eric-weber?urn=srf:video:2d76e244-a22a-4b6f-9a92-1f720987cdde>, abgerufen am 26.06.2023.

- «Sparpaket für die Sanierung der Kantons-Finanz», Tagesschau, SRF, 13.10.1992. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/sparpaket-fuer-die-sanierung-der-kantons-finanzen?urn=urn:srf:video:4d233e81-264e-4016-a680-34e8019d8bbf>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Sperrung der Innenstadt in Basel», Antenne, SRF, 22.03.1972. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/blickpunkt-region-sperrung-der-innenstadt-in-basel?urn=urn:srf:video:47ca4154-f709-47b3-91d9-8b3182f268a7>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Vom Fussgänger zum Busgänger», Antenne, SRF, 28.01.1966. Online: <https://www.srf.ch/play/tv/antenne/video/vom-fussgaenger-zum-busgaenger?urn=urn:srf:video:91a3c334-b6a5-4cae-a18d-145ca140a6b8>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Z. B. Ryffstrasse», Schweizerisches Sozialarchiv, Vid V\_075. Online: [https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch\\_Vid\\_V\\_075](https://www.bild-video-ton.ch/bestand/objekt/Sozarch_Vid_V_075), abgerufen am 27.06.2023.
- Gedruckte Quellen**
- Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge*
- «Abschaffung der Beihilfen: Die Hauptakteure kommen zu Wort», in: bz Basel, 11.04.1998.
- «Als Wohnraum nicht mehr gefragt», in: NZ, 24.01.1976.
- «Also doch «Fehlplanung des Jahrhunderts», in: BN, 14.02.1968
- «Alternative zum Vogel-Gryff in Kleinbasel», in: SRF News, 13.01.1999.
- «Ausländerproblem am Stammtisch lösen?», in: TA, 29.02.1996.
- Baetcke, Friederike: Da scheiden sich die Geister. Das neue Museum der Kulturen in Basel ist umstritten: Herzog & de Meuron rechnen mit Sinnlichkeit – nun kommt die Ausstellung spröde daher: Ein Missverständnis?, in: Hochparterre 24 (11), 2011, S. 54–57.
- «Basel 75: Vom Verwalten zum Regieren», in: NZ, 01.03.1975.
- «Basel liebt die Kunst», in: St. Galler Tagblatt, 14.06.2013.
- «Basel verliert die Traditionsmarke Danzas», in: NZZ, 01.11.2002.
- «Basler Museumsnacht: Fortführung gesichert», in: BaZ, 30.05.2001.
- «Basler Tangenten-Entscheid als Gordischer Knoten im Bundeshaus?», in: BN, 29./30.08.1964.
- «Bell möchte gern in Basel bleiben, aber ...», in: BN, 23.04.1965.
- Bischof, Alois: Little Istanbul, in: Das Magazin / Tages-Anzeiger und Berner Zeitung BZ, Nr. 52, 1991.
- «Basler Verein kämpft für regionales Fernsehfenster», in: TA, 29.08.1986.
- Borner, Silvio: «Setzt sich die Basler Wirtschaft ins Ausland ab?», in: BaZ, 29.08.1991.
- «Calatrava löst Grundwelle der Begeisterung aus», in: BaZ, 16.04.1988.
- «Chancengleichheit beim Staat wird umgesetzt», in: BaZ, 11.04.1997.
- «Der Basler Weg», in: TagesWoche, 06.03.2013.
- «Der Mensch als Gestalter in Natur und Umwelt», in: Thurgauer Zeitung, 09.04.1980.
- «Depressionen in einer kranken Welt», in: NZ, 06.08.1975.
- «Die Basler essen wieder mehr Fleisch», in: NZ, 09.05.1967.
- «Die Basler Schule aus zehn verschiedenen Gesichtspunkten», in: BaZ, 18.05.2000.
- «Die Fusion der LDP mit der FDP ist vom Tisch», in: bz Basel, 17.11.2015.
- «Die Messe ist tot, es lebe die Messe», in: Blick, 08.02.2019.
- «Die Wut der Privatisierten», in: Wochenzeitung, 27.09.1996.
- Diener, Roger; Schett, Wolfgang: Subventionierter Wohnungsbau in Basel: Architekten Diener & Diener, in: Werk, Bauen + Wohnen 68 (12), 1981, S. 36–43.
- du – Zeitschrift für Kultur (9), September 1995.
- «Einen Kontrahenten müssen die grossen Pharmafirmen fürchten: das Silicon Valley», in: TagesWoche, 12.12.2016.
- «Einfach und konsequent», in: NZZ Folio, April 2010.
- «Er wollte Zigeuner genannt werden», in: NZZ am Sonntag, 18.06.2023.
- «Es geht uns zu gut», in: bz Basel, 25.04.2019.
- «Geschlecht darf nicht den Ausschlag geben», in: NZ, 17.04.1975.
- «Hafenbecken 3 nimmt Volksschwelle – Für Realisierung fehlen aber noch einige Entschiede», in: bz Basel, 29.11.2020.
- «Hanfläden: Das Leben in der Grauzone», in: BaZ, 09.09.2002.
- Hochparterre (Hg.): 113 Hektar Chancenland. Basel vor dem Boom: Ein Heft über riesige Transformationsareale und Quartiere im Wandel, über fordernde Stimmbürger und das Leben im Dreiland, 32 (15) 2019, S. 1–40.
- «Ich wollte die längst fällige Diskussion in Gang bringen», in: BaZ, 19.01.1996.
- «In Basel geht's: Verträge statt Krawall», in: Cash, 19.11.1993
- «In Beziehungsnetzen können sich Frauen besser fördern», in: BaZ, 21.11.1994.
- «Jeder Basler Einwohner ass 56½ Kilo Fleisch», in: Basler Volksblatt, 15.05.1950.
- Keller, Christoph: Geschlossene Gesellschaft. Der Basler Daig ist nicht mehr, was er einmal war, trotzdem hält er in der Kultur noch alle Fäden in der Hand, in: Das Magazin / Tages-Anzeiger und Berner Zeitung BZ, Nr. 27, 2001.
- «Khaki-Hosen ausgezogen», in: Die Weltwoche, 02.07.1998.
- «Kinderbetreuung in Basel: endlich ein Gesamtkonzept!», in: bz Basel, 12.04.1999.
- «Kleinbasler Ehrengesellschaften nehmen neu Frauen auf», in: BaZ, 10.06.2022.
- Küng, Zita; Stingelin, Christine; Meyer, Marianne: Abtreibung, in: Emanzipation 8 (5), 1982, S. 4–5.
- Mall-Haefeli, Marianne: Der sozialmedizinische Dienst an der Universität Basel, in: Zeitschrift für Präventivmedizin 18 (3), 1973, S. 91–98.
- «Männer auch benachteiligt», in: Blick Basel, 29.10.1988.
- «Migrantenvereine machen Politik», in: BaZ, 07.06.2005.
- «Orientierungsschule – wie weiter?», in: BaZ, 14.05.1998.
- «Pro und kontra Spitalvorlage», in: NZ, 29.01.1964.
- «Roche-Jubiläum: Plädoyers für Pioniergeist», in: bz Basel, 02.10.1996.
- Ryser, Werner: Die Basellandschaftliche Zeitung schliesst sich den AZ Medien an: vom Kampfblatt zur Forumszeitung, in: Akzent. Magazin für Kultur und Gesellschaft 26 (4), 2011, S. 20–25.
- Ryser, Werner: Zwischen Mitgliederschwund, Priestermangel und knappen Finanzen: Seelsorge unter erschwerten Bedingungen,

- in: Akzent. Magazin für Kultur und Gesellschaft 27 (6), 2012, S. 16–20.
- Schaller, Esther: «Wie ihr denkt, so werdet ihr schaffen». Das zweite Prinzip der Macht, in: Emanzipation 6 (4), 1980, S. 6–8.
- «Schulen werden zu anregenden Lernorten», in: bz Basel, 14.08.2007.
- «Selbstbedienung – die grosse Versuchung», in: NZ, 11.12.1973.
- «Selbstporträts», in: Frau ohne Herz. Zeitschrift für Frauen und andere Lesben 4 (25), 1989, S. 28–29.
- «Sexarbeiterinnen sind Frauen mit Würde», in: 20 Minuten, 04.11.2016.
- «Sonderbeilage Spedition», in: BaZ, 09.05.1980.
- «Sozialhilfe: Basel sprengt Prognosen», in: bz Basel, 31.07.2003.
- «SP-Sekretariat besetzt», in: AZ – Abendzeitung, 08.05.1984.
- Stadelmann, Lukas: Ohne Güter keine Stadt, in: Hochparterre 34 (6/7), 2021, S. 12–16.
- «Strassendirnen» werden von der Claramatte weggewiesen», in: bz Basel, 07.10.1999.
- Tamm, Sabine; Heilmann, Rosemarie: Diese Frau gehört nicht in den Ständerat: keine Stimme für Frau Mall, in: Emanzipation 9 (8), 1983, S. 22.
- Thiriet, Roger: Musik an der Basler Fasnacht: mit Lippen, Lungen, Handgelenken und Stimmbändern, in: Akzent. Magazin für Kultur und Gesellschaft 32 (1), 2017, S. 16–20.
- «Traditionsmarke Danzas verschwindet», in: BaZ, 01.11.2002.
- «Verbotsschilder im Milieu: Fragwürdiger Nutzen», in: BaZ, 12.11.1999.
- «Chancengleichheit beim Staat wird umgesetzt», in: BaZ, 11.04.1997.
- Währen, Sabine: Theater ums Theater – Basel tickt nicht anders. Das Basler Stadttheater, in: Akzent. Magazin für Kultur und Gesellschaft 24 (4), 2009, S. 2–7.
- Währen, Sabine; Ryser, Werner: Ein Stück Basler Pressegeschichte: Eine Monopolzeitung entsteht, in: Akzent. Magazin für Kultur und Gesellschaft 26 (4), 2011, S. 10–13.
- «Werbung Möbel Pfister», in: NZ, 12.02.1965.
- «Wie Basel seine Picassos rettete: eine Heldengeschichte», in: BaZ, 15.03.2013.
- «Wir hatten wunderschöne Zeiten als Halbstarke», in: BaZ, 26.01.1999.
- «Wir wollen doch kein Trampolin», in: Nordschweiz, 09.04.1988.
- «Zum Tod von Werner Düggelin: Die Lebenslixiere des grossen Verzauberers», in: St. Galler Tagblatt, 07.12.2019.
- «1 Haus, 25 Jahre, 94 Menschen, 1000 Stories», in: BaZ 16.06.1999.
- «17 Frauen mit Papas Segen», in: Emanzipation 15 (10), 1989, S. 21.
- Amtliche Schriften**  
Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern: Gleichgestellt? Facts & Figures 2019, Basel 2019.
- Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt: Abteilung Abfall und Rohstoffe. Online: <https://www.bs.ch/wsu/aeu/abteilung-abfall-und-rohstoffe>, abgerufen am 12.12.2024.
- Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt: Basel tickt anders – auch im Energiebereich, Basel 2001.
- Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt: Bericht über den Umsetzungsstand der Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel im Kanton Basel-Stadt, Basel 2017.
- Basel-Stadt Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt; Basel-Landschaft Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion; Kanton Jura Département de l'économie et de la santé: Gemeinsamer Wirtschaftsbericht der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura, Basel 2020.
- Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt: Parkplatzkataster. Online: <https://www.bs.ch/bvd/mobilitaet/grundlagen-und-strategien/zahlen-und-fakten#parkplatzkataster>, abgerufen am 12.12.2024.
- Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern sowie Bericht des Regierungsrates zu zwölf Anzügen, einer Petition und einer Initiative vom 18. August 2003.
- Bundesamt für Kultur, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften: Lebendige Traditionen in der urbanen Gesellschaft, Baden 2015.
- Bundesamt für Statistik: Historischer Atlas der Eidgenössischen Volkszählungen, Grafische Darstellung nach Gemeinden. Online: [https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/193/de/14450\\_14904\\_14445\\_14426/23013.html](https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/193/de/14450_14904_14445_14426/23013.html), abgerufen am 27.06.2023.
- Bundesamt für Statistik: Mietwohnungen. Online: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/mietwohnungen.html>, abgerufen am 28.06.2023.
- Bundesamt für Statistik: Printmedien: Entwicklung der Titelzahl und der Auflage von Zeitungen, nach Daten des Verbands Schweizer Medien, WEMF, 13.07.2018.
- Bundesamt für Umwelt: Analyse klimabedingter Risiken und Chancen in der Schweiz: Regionale Fallstudie Kanton Basel-Stadt, Zürich 2015.
- Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Kanton Basel-Stadt: Klimaschutzbericht. Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und CO<sub>2</sub>-arme Zukunft, Basel 2019.
- Eidgenössische Expertenkommission für Fragen einer schweizerischen Kulturpolitik: Beiträge für eine Kulturpolitik in der Schweiz, August 1975. Online: [http://www.kulturkonferenz.ch/Clottu\\_Bericht\\_Deutsch.pdf](http://www.kulturkonferenz.ch/Clottu_Bericht_Deutsch.pdf), abgerufen am 27.06.2023.
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt: Basler Schulreform. Die Orientierungsschule im Kanton Basel-Stadt, Basel 1994.
- Erziehungsdepartement Basel-Stadt: Zahlen- und Spiegelbildung 2020/21. Schulen und Angebote im Kanton Basel-Stadt, Basel 2021.
- Fedlex: SR 444.1 Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz). Online: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2005/317/de>, abgerufen am 27.06.2023.
- Gesundheitsdepartement Basel-Stadt: Vision «Gut und gemeinsam älter werden im Kanton Basel-Stadt». Online: <https://www.bs.ch/gd/alter>, abgerufen am 12.12.2024.
- Grundlagen für die Gestaltung der Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt. Bericht der Fachkommission Richtplan Alter, Oktober 1998.
- Kantonale Denkmalpflege: Zukunft Kirchenraum. Zur Neunutzung von Sakralbauten in Basel. Abendführungen der Kantonalen Denkmalpflege, April bis November 2012, Basel 2012.
- Medienmitteilung des Bundesrats: Bund bewilligt erstes Gesuch für einen Cannabis-Pilotversuch in Basel-Stadt, 19.04.2022. Online: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-88047.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- Medienmitteilung Grosser Rat: Das Basler Parlament verabschiedet Resolution zum Klimawandel, 20.02.2019. Online: <https://www.bs.ch/nm/2019-das-basler-parlament-verabschiedet-resolution-zum-klimawandel-gr.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- Präsidialdepartement Basel-Stadt: Die Initiative «Kultur divers gestalten» geht in die nächste Runde, 17.11.2022. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2022-die-initiative-kultur-divers-gestalten-geht-die-naechste-runde>, abgerufen am 12.12.2024.
- Präsidialdepartement Basel-Stadt: Entwicklungsgebiete. Online: <https://www.bs.ch/pd/kantons-und-stadtentwicklung/stadtteile/entwicklungsgebiete>, abgerufen am 12.12.2024.
- Präsidialdepartement Basel-Stadt: Kultur divers gestalten. Online: <https://www.bs.ch/pd/kultur/engagements-initiativen/kultur-divers-gestalten>, abgerufen am 12.12.2024.
- Präsidialdepartement Basel-Stadt: Provenienzforschung, 15.09.2022. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2022-provenienzforschung-die-kantonalen-museen-durchleuchten-aktiv-und-gezielt-ihresammlungen>, abgerufen am 12.12.2024.
- Präsidialdepartement Basel-Stadt: Vielfalt als Potential im Kulturbetrieb, 12.02.2021. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/pd/2021-vielfalt-als-potential-im-kulturbetrieb>, abgerufen am 12.12.2024.
- Protokolle des Grossen Rats (StABS, Protokolle: Grosser Rat)

- Protokolle des Regierungsrates (StABS, Protokolle: Regierungsrat)
- Ratschläge des Regierungsrates an den Grossen Rat (StABS, STA DS BS 9)
- Regierungsrat Basel-Stadt: Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel: Ergebnisse der Werkstatt Basel, Basel 1999.
- Regierungsrat Basel-Stadt: Basel 75: Hauptziele eines Stadtkantons. Zielvorstellungen des Regierungsrates zu den wichtigsten grundlegenden Aspekten der baselstädtischen Entwicklung, Basel 1975.
- Regierungsrat Basel-Stadt: Bericht über die Folgen des Klimawandels im Kanton Basel-Stadt: Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf aufgrund der Klimaänderung in Basel-Stadt, Basel 2011.
- Regierungsrat Basel-Stadt: Ratschlag Erlenmatt Erschliessung Mitte und Parkanlagen an den Grossen Rat, 16.02.2007. Online: <https://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100236/000000236214.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- Regierungsrat Basel-Stadt: Regierungsrat verabschiedet seine kulturpolitische Strategie bis 2025, 06.07.2020. Online: <https://www.bs.ch/medienmitteilungen/2020-regierungsrat-verabschiedet-seine-kulturpolitische-strategie-bis-2025>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: CO<sub>2</sub>-Emissionen. Online: <https://www.bs.ch/schwerpunkte/umweltbericht-beider-basel/indikatoren-uebersicht/indikator-0808>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Energiestatistik. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenset/energiestatistik>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Geschlechterverhältnis im Grossen Rat. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/8457>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Sozialberichterstattung, 2019. Online: <https://statistik.bs.ch/files/berichte-analysen/Sozialberichterstattung-2019.pdf>, abgerufen am 28.06.2023.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Stromverbrauch pro Einwohner. Online: <https://www.bs.ch/schwerpunkte/umweltbericht-beider-basel/indikatoren-uebersicht/indikator-0607>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Studierende der Universität Basel nach Heimat und Geschlecht. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/9475>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Tabelle «Ordentlich Eingebürgerte nach bisheriger Staatsangehörigkeit und Geschlecht», 02.11.2020. Online: <https://statistik.bs.ch>, abgerufen am 13.12.2024.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Tabelle «Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Ausländeranteil», 23.01.2024. Online: <https://statistik.bs.ch/files/webtabellen/t01-1-04.xlsx>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Amt: Von den Anfängen der Telefonie. Online: <https://www.statistik.bs.ch/zahlen/statistisches-jahrbuch/datengeschichte/telefon.html>, abgerufen am 06.02.2023.
- Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Jahresmitteltemperatur. Online: <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/4301>, abgerufen am 12.12.2024.
- Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt (StatJB)
- Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK): Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht, Zürich 2002. Online: <https://www.uek.ch/de/schlussbericht/synthese/uekd.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- Verwaltungsberichte des Regierungsrates an den Grossen Rat (StABS, DS BS 8)
- Chroniken*
- Chronik, Basler Stadtbuch
- Weitere gedruckte Quellen*
- Ackermann, Rodolphe: Der FC Basel – ein Stück Tradition, in: Basler Stadtbuch, 1973, S. 181–185.
- Achermann, Christin: Einbürgerungspraxis und Integrationspolitik in der Stadt Basel, in: Basler Stadtbuch, 2002, S. 112–115.
- Aiolfi, Sergio: Die neue Landschaft der Basler Chemie: Spin-offs, neue Firmen, neue Beteiligungen, in: Basler Stadtbuch, 2001, S. 118–120.
- Anklin, Reto: Sex and the City, in: Basler Stadtbuch 2011, S. 95–97.
- Arbeitsgruppe Basler Fernsehen: Bericht der Arbeitsgruppe über regionales Fernsehen im Raume Basel, Januar 1985.
- Banz, Marcel: Die Berufstätigkeit der Ehefrauen im Kanton Basel-Stadt, in: Wirtschaft und Verwaltung, 1964a, S. 119–124.
- Banz, Marcel: Die deutschen und französischen Grenzgänger auf dem baselstädtischen Arbeitsmarkt, Basel 1964b.
- Banz, Marcel: Ehescheidungen im Kanton Basel-Stadt, in: Wirtschaft und Verwaltung, 1966, S. 20–24.
- Basler Handelskammer: Die Auswirkungen des EWR-Abkommens auf die Wirtschaft der Nordwestschweiz, Basel 1992.
- Bär, Markus: «Fair Banking» statt Banking-Affären, in: Basler Stadtbuch, 2015, S. 35–37.
- Baumann, Christoph Peter: Religionen in Basel. Von der reformierten Vergangenheit zur multireligiösen Gegenwart, in: Basler Stadtbuch, 2005, S. 20–25.
- Baur, Simon: Wo welcher Raum für wen, in: Basler Stadtbuch, 2013, S. 130–135.
- Becher, Jörg: Soziokulturelles Wurzelgeflecht, in: Basler Stadtbuch, 2011, S. 64–70.
- Benz, Max: 100 Jahre RTV 1879, in: Basler Stadtbuch, 1979, S. 227–234.
- Bertschinger, Antonia: Verborgene Verstrickungen: Basler Forscher und der Kolonialismus, in: Basler Stadtbuch, 2013, S. 168–173.
- Bessenich, Wolfgang: Basels 1. Internationale Kunstmesse, in: Basler Stadtbuch, 1971, S. 184–192.
- Bichsel, Kathrin; Gerster, Eva; Baumgartner, Monika: Lesben, in: Müggler, Katja; Organisation für die Sache der Frau (Hg.): Frauenhandbuch Kanton Basel-Stadt. Nachschlagewerk, Porträts und Adressen von Nonprofit-Frauengruppen, Organisationen, Projekten und Beratungsstellen, Basel 1996, S. 140–143.
- Blome, Peter: Die Basler Museen und ihr Publikum, in: Basler Stadtbuch, 1994, 106–108.
- Bollag, Yvonne: Die Basler Lohnklage – ein Musterprozess in Sachen Gleichstellung, in: Basler Stadtbuch, 1994a, S. 56–58.
- Bollag, Yvonne: Spätestens heute! Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frau und Mann, Basel 1994b.
- Brodbeck, Martin: Die Spitallandschaft der beiden Basel. Zersplitterung statt Fusion, in: Basler Stadtbuch, 2003, S. 47–50.
- Bühler, Thomas: Stadtautobahn oder Umfahrungsstrasse. Grundsätzliche Erörterungen zur zukünftigen Führung der Autobahnen im Raume Basel, Basel 1963.
- Burri, Peter: «Kunstterror» – oder Zorn-Entladung am hilflosen Objekt?, in: Basler Stadtbuch, 1976, S. 193–196.
- Cadalbert Schmid, Yolanda: Die neue Frau wirft ihren Frosch nicht mehr an die Wand, sondern zurück in den Teich, in: Basler Stadtbuch, 2001, S. 130–134.
- Dubois, Hervé: Die Häuserbesetzung an der Ryffstrasse, in: Basler Stadtbuch, 1980, S. 105–108.
- Ehret, Rebekka: Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt, Basel 1999.
- Erzberger, Willi: Die CMS übernimmt das Café Spitz, in: Basler Stadtbuch, 1986, S. 185–187.
- Fabbri, Alfredo: Basel und das Asylproblem, in: Basler Stadtbuch, 1985, S. 37–45.
- Fäh, Peter: 100 Jahre Patria, 1878–1978, in: Basler Stadtbuch, 1978, S. 193–198.
- Förster, Till: Cafés und Beizen in Basel, in: Basler Stadtbuch, 2003, S. 67–73.
- Frauenzentrale Basel: Gewalt gegen Frauen. Untersuchung der Frauenzentrale Basel im Jahre 1978, Basel 1979.
- Frey, René L.: Städtische Wirtschaft, Mobilität und Umwelt, in: Schweizerischer Städteverband (Hg.): Die Stadt von morgen, Bern 1997, S. 19–28.
- Frey, René L.: Basel in der Rezession, in: Basler Stadtbuch, 1975, S. 73–82.

- Friedmann, Fritz: Der Detailhandel im Kanton Basel-Stadt, in: Basler Stadtbuch, 1986, S. 97–102.
- Geering, Matthias: Ausbau einer Partnerschaft, in: Basler Stadtbuch, 2013, S. 149–151.
- Gessler, Verena: Frauen – ihre alten und neuen Ansprüche, in: Basler Stadtbuch, 1977, S. 139–146.
- Giger, Beat: Wo Rauch ist, sind auch Fūmoars, in: Basler Stadtbuch, 2010, S. 97–100.
- Giudici, Thomas: Sanierung der Kantonsfinanzen. Ein Überblick über das Sanierungsprogramm des Regierungsrates, in: Basler Stadtbuch, 1993, S. 11–16.
- Gujer, Lotti; Hunziker, Edith; Hungerbühler, Ruth: Basler Frauenuntersuchung, Basel 1982.
- Gutzwiller, Beat: Hat Basel eine Zukunft?, in: Basler Stadtbuch, 1973, S. 219–231.
- Haefliger, Christian J.: Die Regio-S-Bahn beginnt zu rollen, in: Basler Stadtbuch, 1997, S. 100–102.
- Hafner, Felix: Gewalt von Jugendlichen und Jugendbanden in Basel, in: Basler Stadtbuch, 1987, S. 43–48.
- Hagmann, Peter: Kultur, Mäzene und Politik: Paul Sacher. Zum Tod des grossen Mäzens, in: Basler Stadtbuch, 1999, S. 119–123.
- Hänggi, Alexandra: Frauenzentrale Basel und HABS am Ende. Zwei wichtige Basler Sozialbewegungen lösen sich auf, in: Basler Stadtbuch, 2006, S. 165–167.
- Hess, Franz Carl; Schneider, Willi; Latscha, Fritz: Die Ungleichheit der Bildungschancen, Olten 1966.
- Holliger, Erich: «In Basel ist alles anders» – Max Frisch und Basel, in: Basler Stadtbuch, 1991, S. 197–203.
- Heute-Bluhm, Gudrun: Basel – eine Dreiländerstadt. Dreigeteilte Region oder Dreiländerregion, in: Basler Stadtbuch, 1998, S. 18–21.
- Hobi, Urs: 17 Jahre, die (Fussball-)Geschichte machten, in: Basler Stadtbuch, 1982, S. 177–181.
- Industrie- und Handelskammer Hochrhein: Wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet, Schopfheim 1971.
- Jenny, Susann: Frauenhaus als Zufluchtsort, in: Basler Stadtbuch, 1981, S. 203–208.
- Jordan, Martin: FCB, Federer und die Veteranen des FC Allschwil, in: Basler Stadtbuch, 2010, S. 216–221.
- Jundt, Esther: Die erste grenzüberschreitende Tramverbindung in Europa seit 50 Jahren, in: Basler Stadtbuch, 2008, S. 133–135.
- Kachler, Karl Gotthilf: Zur Entstehungsgeschichte des neuen Basler Stadttheaters, in: Basler Stadtbuch, 1975, S. 19–42.
- Keller, Christoph: Die Bilder kehren zurück, in: Basler Stadtbuch, 2002, S. 145–150.
- Kern, Jörg; Sury, Ernst: Die Katze aus dem Sack gelassen: Ciba-Geigy. Selbstkritische Betrachtungen in Bild und Wort drei Jahre nach der Fusion, Basel 1973.
- Kessler, Thomas: Ich, Du – Wir, in: Kanyar, Helena (Hg.): Die Schweiz und die Fremden: 1798 – 1848 – 1998, Basel 1998, S. 11–12.
- Klein, Christoph: Der Start von Radio Basilisk, in: Basler Stadtbuch, 1983, S. 159–162.
- Kobler, Markus: Wirtschaftsstandort Basel. Basler Wirtschaftsförderung mit neuen Impulsen, in: Basler Stadtbuch, 1995, S. 71–74.
- Koller, Basil; Müller, Elena; Reusser, Sylvana: Der Rhein – Viel mehr als nur eine «Badi», in: Seminar für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie, Universität Basel (Hg.): «Z Basel an mim Rhy», Basel 2016, S. 9–16.
- Kunz, Alfred: Die Stadt dem Kind zurückerobern, in: Basler Stadtbuch, 1975, S. 109–112.
- Leibbrand, Kurt: Verkehr und Städtebau, Basel 1964.
- Leibbrand, Kurt: Gesamtverkehrsplan Basel: Gutachten im Auftrag des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, Zürich 1958.
- Leibbrand, Kurt: Verkehrsingenieurwesen. Städtische Verkehrsplanungen für Schiene und Strasse, Basel; Stuttgart 1957.
- Leuppi, Felix: Entstehung, Wirkung und Bekämpfung von Luftverunreinigungen, in: Basler Stadtbuch, 1980, S. 117–127.
- Leuzinger, Fridolin: Wenn der Basler «seinen» Rhein entdeckt, in: Basler Stadtbuch, 1981, S. 62.
- Lichtenhahn, Stephan: Ende des SVP-freien Sektors Basel, in: Basler Stadtbuch, 1999, S. 140–144.
- Ludwig, Carl: Erinnerungen an die Schwimmschule, in: Basler Stadtbuch, 1962, S. 84–92.
- Lüem, Barbara: Abschied von den «roten Schweizern», in: Basler Stadtbuch, 2000, S. 112–117.
- Maegli, Rolf: Das neue Bild der Armut. Sozialhilfe im Umbruch, Basler Stadtbuch 2000, S. 100–104.
- Mäder, Ueli: Die «Gesellschaft zum Bären», in: Basler Stadtbuch, 2000, S. 109–111.
- Meyer, Piet: Franz Meyer, der Museumsmann. Ein Vaterbuch, Bern 2022.
- Meyer-Gutzwiller, Paul: 50 Jahre Radio Basel, in: Basler Stadtbuch, 1976, S. 93–104.
- minu (Hanspeter Hammel): Sommerissimo, in: Basler Stadtbuch, 2003, S. 23–25.
- Miville, Carl: Für Basel immer wichtiger: die Altersfragen, in: Basler Stadtbuch, 1982, S. 41–53.
- Monteil, Annemarie: Die Tugend der Leichtigkeit, in: Basler Stadtbuch, 1993, S. 129–133.
- Moser, Hans-Rudolf: 2003 – ein «Jahrhundertssommer», in: Basler Stadtbuch, 2003, S. 26–30.
- Müggler, Katja; Organisation für die Sache der Frau (Hg.): Frauenhandbuch Kanton Basel-Stadt. Nachschlagewerk, Porträts und Adressen von Nonprofit-Frauengruppen, Organisationen, Projekten und Beratungsstellen, Basel 1996.
- Müry, Albert: Die Paul Sacher Stiftung und ihre Musik-Autographen, in: Basler Stadtbuch, 1986, S. 163–168.
- Organisation für die Sache der Frauen Sektion Basel (Hg.): Frauen machen Geschichte. 20 Jahre OFRA Basel – ein Rückblick in die Zukunft, Bern 1997.
- Perrig, Caesar: Konzertsommer im Stadion St. Jakob, in: Basler Stadtbuch, 1983, S. 165–166.
- Petignat, Raymond: Treffpunkte der Basler Jugend, in: Basler Stadtbuch, 1975, S. 113–122.
- Pichler, Ruth: Basels Wohngemeinschaften 1973, in: Basler Stadtbuch, 1973, S. 127–134.
- Rhein, Dennis L.: Basel – Cultural Heart of Switzerland, in: Basler Stadtbuch, 1988, S. 159–160.
- Roter, Sybille: Kultur, Mäzene und Politik: Wer gibt, bekommt noch mehr. Andreas Spillmann über staatliche und private Kulturförderung, in: Basler Stadtbuch, 1999, S. 124–127.
- Ruffli, Theo: Drei neue Sozialeinrichtungen. Basel Lighthouse, in: Basler Stadtbuch, 1989, S. 39–40.
- Sandoz (Hg.): Schweizerhalle. Der Brand vom 1. November 1986 und seine Folgen, Basel 1987.
- Saner, Luc: Der Versuch einer legalen Opiatabgabe, in: Basler Stadtbuch, 1994, S. 64–66.
- Schulthess, Marinka; Leu-Weber, Charlotte: Abklärung und Planung der Jugendhilfe Basel-Stadt: Zwischenbericht, Basel 1971.
- Seiler, Alexander J.; Frisch, Max; Eichenberger, Suzanne u. a.: Siamo Italiani: Die Italiener. Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz, Zürich 1965.
- Spirgi, Dominique: Fasnachtslaterne und Nagelfigur. Das Museum der Kulturen wirft einen neuen Blick auf die Kulturen der «Anderen», in: Basler Stadtbuch, 2011, S. 47–53.
- Stark, Hans: BN + NZ = BaZ, in: Basler Stadtbuch, 1976, S. 225–228.
- Stoll, Felix Jonas: Das Drogenproblem in Kleinbasel, in: Basler Stadtbuch, 1991, S. 102–106.
- Strasser, Walter: Basel braucht die lange Pistel, in: Basler Stadtbuch, 1976, S. 135–138.
- Sutter, Kaspar: Basel-Stadt steht finanziell auf sehr gesunden Beinen, in: Basler Stadtbuch, 2015, S. 12–17.
- Thomann, Felix: Die 184 Tage der Grün 80, in: Basler Stadtbuch, 1980, S. 9–28.
- Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889, in: Buser, Denise; Hafner, Felix; Huber, Lukas; Lötscher, Bruno (Hg.): Die Baselstädtische Kantonsverfassung. Materialien zur Totalrevision, Basel 1999, S. 215–228.
- Vischer, Lilo Roost: Afrikastudien in Basel, jetzt!, in: Basler Stadtbuch, 2002, S. 25–28.
- Vogel, Christina: Denn niemand kennt die Stunde. 20 Jahre überleben mit dem Aids-virus, Basel 2003.
- Vogel, Christina: Die geschenkte Zeit. Erfahrungen mit Aids, Basel 1991.

- Vogel, Christina: Es ist wunderbar, leben zu dürfen. Der Lebensweg einer jungen aids-kranken Mutter, Basel 1989.
- Von Falkenstein, Patricia: Nachfrage grösser als Angebot. Bei der familienergänzenden Tagesbetreuung besteht Handlungsbedarf, in: Basler Stadtbuch, 2001, S. 103–105.
- Von Ungern-Sternberg, Jürgen: Von Schweizerhalle zum Programm «Mensch-Gesellschaft-Umwelt» (MGU), in: Basler Stadtbuch, 1991, S. 259–264.
- Vontobel, Christian: Das Quartiersekretariat Unteres Kleinbasel muss sich bewähren, in: Basler Stadtbuch, 2001, S. 162–165.
- Wronsky, Dieter: Begrenzte Stadt?, in: Basler Stadtbuch, 1998, S. 32–40.
- Wunderle, Karl: Was Basler Frauen von ihrer Küche halten. Eine Umfrage der Frauenzentrale, in: Wirtschaft und Verwaltung, 1963, S. 7–36.
- Wunderle, Karl: Hauptziele eines Stadtkantons, in: Basler Stadtbuch, 1975, S. 43–56.
- Wyss, Barbara: Schwesterchen, komm streik mit mir... Gleiche Rechte fordern wir! Der Frauenstreiktag in Basel, in: Basler Stadtbuch, 1991, S. 130–133.
- Ziltener, Alfred: Saniert und neu eröffnet: das Rheinbad Breite, in: Basler Stadtbuch, 1994, S. 154–158.
- Online-Quellen**
- Online-Artikel*
- «11 Ranglisten zur Lebensqualität in Schweizer Städten», in: SRF News, 23.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/gesellschaft/lebensqualitaet-ranking-2023-11-ranglisten-zur-lebensqualitaet-in-schweizer-staedten>, abgerufen am 03.05.2023.
- «Als Basel ein Hanfmekka war», in: TagesWoche, 10.11.2011. Online: <https://tageswoche.ch/politik/als-basel-ein-hanfmekka-war/index.html#comments>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Basel macht Rheinschwimmer zu Werbetoschaffern», in: htr.ch, 29.07.2019. Online: <https://www.htr.ch/story/tourismus/basel-macht-rheinschwimmer-zu-werbetoschaffern-24108.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Basel ruft als erste Schweizer Stadt den «Klimanotstand» aus. Was bedeutet das?», in: NZZ, 20.02.2019. Online: <https://www.nzz.ch/schweiz/schuelerstreik-zeigt-wirkung-basel-ruft-klimanotstand-aus-ld.1461370?reduced=true>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Basler Raucherverein «Fümoar» wird aufgelöst», in: bz Basel, 29.10.2015. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/basler-raucherverein-fumoar-wird-aufgelost-ld.1728447>, abgerufen am 27.06.2023.
- Baumann, Nathalie: Basel in der Corona-Krise (I), in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2020. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-03.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- «Beat Jans: Diese Schwerpunkte will der Basler Regierungspräsident setzen», in: bz Basel, 10.05.2021. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/100-tage-im-amt-beat-jans-diese-schwerpunkte-will-der-basler-regierungspraesident-setzen-ld.2135270>, abgerufen am 26.06.2023.
- Brunner, Dagmar: Frauenstreik – Widerstand und Solidarität, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2019. Online: <http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2019/2019-08.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- «Coop wächst im Onlinehandel», in: Handelszeitung, 06.01.2020. Online: <https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/coop-wachst-im-onlinehandel>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Das Basler Rotlicht wird grün eingegrenzt», in: bz Basel, 27.06.2016. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-basler-rotlicht-wird-grun-eingegrenzt-ld.1565301>, abgerufen am 03.04.2023.
- «Das Frauenhaus beider Basel baut sein Angebot aus: Nimmt die häusliche Gewalt zu?», in: bz Basel, 21.01.2020. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/das-frauenhaus-beider-basel-baut-sein-angebot-aus-nimmt-die-hausliche-gewalt-zu-ld.1406284>, abgerufen am 27.03.2023.
- «Das Problem mit Picasso», in: SRF News, 08.04.2023. Online: <https://www.srf.ch/kultur/kunst/die-dunkle-seite-des-genies-das-problem-mit-picasso>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Das Tor zur Welt am Rheinknie», in: Swissinfo, 26.07.2003. Online: <https://www.swissinfo.ch/ger/das-tor-zur-welt-am-rheinknie/3429528>, abgerufen am 27.06.2023.
- Davies, Catherine: Gegen die Sprachlosigkeit. Als häusliche Gewalt einen Namen bekam: zur Geschichte der Frauenhaus-Bewegung, Geschichte der Gegenwart, 11.12.2019. Online: <https://geschichtedergegenwart.ch/gegen-die-sprachlosigkeit-als-hauesliche-gewalt-einen-namen-bekam-zur-geschichte-der-frauenhaus-bewegung/>, abgerufen am 24.03.2023.
- «Der Turm, der Basels Stadtbild in Schiefelage brachte», in: TagesWoche, 14.09.2015. Online: <https://tageswoche.ch/gesellschaft/der-turm-der-basels-stadtbild-in-schieflage-brachte/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Die Unkonventionelle – die Offene Kirche Elisabethen bricht seit 25 Jahren kirchliche Traditionen», in: bz Basel, 26.04.2019. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/die-unkonventionelle-die-offene-kirche-elisabethen-bricht-seit-25-jahren-kirchliche-traditionen-ld.1359555>, abgerufen am 27.06.2023.
- Diener & Diener Architekten: Wohnhäuser Hammerstrasse, Basel, 1978–1981. Online: <http://www.dienerdiener.ch/de/project/apartment-buildings-hammerstrasse>, abgerufen am 27.06.2023.
- Eigenmann, Laura: Warum viele Lesben die Ehe für alle lange ablehnten. Vom «Macht-Instrument der Männer» zum Zeichen der Gleichstellung, Mannschaft, 29.06.2022. Online: <https://mannschaft.com/warum-lesben-die-ehe-fuer-alle-lange-ablehnten/>, abgerufen am 09.02.2023.
- «Eine Frage der Grundwert und Weitsicht», in: bajour, 05.04.2023. Online: <https://bajour.ch/a/clg0zv90c48266054ixntr2800v/basler-festivals-foerdern-genderdiversitaet-unterschiedlich-wenig-frauen-im-lineup-auch-2023>, abgerufen am 27.06.2023.
- Eurostat: Municipal waste generated 2006 and 2021. Online: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Municipal\\_waste\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Municipal_waste_statistics), abgerufen am 30.06.2023.
- Fasciati, Oriana; Rohrmann, Aurelia; Suter, Tamara: Die Stärke der Frauen ist ihre Zahl und ihre Unentbehrlichkeit, Stadtgeschichte Basel, 2019. Online: <https://www.stadtgeschichtebasel.ch/index/geschichten/2019-2022/01/frauenstreik.html>, abgerufen am 27.03.2023.
- Faulhaber, Daniel: TANGRAM 43, Ein seifiges Terrain. Online: <https://www.ekr.admin.ch/>

- publikationen/d825.html#, abgerufen am 27.06.2023.
- «Frauen auf der Bühne? «Eine Frage des Willens», in: bz Basel, 05.06.2023. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/festivalsommer-frauen-auf-der-buehne-eine-frage-des-willens-die-openairsaison-in-der-region-basel-ist-eroeffnet-ld.2457540?reduced=true>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Grossbaustelle im Fluss: Jetzt wird der Rhein tiefer gelegt», in: bz Basel, 19.07.2018. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/grossbaustelle-im-fluss-jetzt-wird-der-rhein-tiefer-gelegt-ld.1518754>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Grosser Rat vervierfacht Beiträge an die Provenienzforschung», in: bz Basel, 10.05.2023. Online: <https://www.bzbasel.ch/kultur/basel/museen-grosser-rat-vervierfacht-beitraege-an-die-provenienzforschung-ld.2456056>, abgerufen am 27.06.2023.
- Gschwind, Eva: 50 Jahre Frauen im Basler Parlament, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2018. Online: <http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2018/2018-01.html>, abgerufen am 20.03.2023.
- House of Switzerland: «Zurich vitaparcours» – mehr als ein sportliches Konzept, eine Institution. Online: <https://houseofswitzerland.org/de/swissstories/gesellschaft/zurich-vitaparcours-mehr-als-ein-sportliches-konzept-eine-institution>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Kanton benennt neun Strassen und Plätze in Basel nach Pionierinnen», in: bz Basel, 07.04.2022. Online: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nomenklaturkommission-kanton-benennt-neun-strassen-und-plaetze-in-basel-nach-pionierinnen-ld.2273640>, abgerufen am 27.06.2023.
- Koch, Béatrice: Gescheiterte Spitalfusion, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2019. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2019/2019-06.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- Kunstmuseum Basel: Fun Feminism. Online: <https://kunstmuseumbasel.ch/de/ausstellungen/2022/fun-feminism>, abgerufen am 27.06.2023.
- Kunstmuseum Basel: Rückschau. Online: <https://kunstmuseumbasel.ch/de/ausstellungen/rueckschau>, abgerufen am 27.06.2023.
- Loser, Philipp: Parkplätze. Kleine Fläche, grosser Streit, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2020. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-01.html>, abgerufen am 20.03.2023.
- «Lumpenlieder und andere Fiesheiten», in: TagesWoche, 11.10.2012. Online: <https://tageswoche.ch/sport/lumpenlieder-und-andere-fiesheiten/>, abgerufen am 27.06.2023
- Mangold, Thilo: Basel in der Corona-Krise (II), in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2020. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-09.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- «Market talk: anger and sadness as Panalpina sign falls at Basel HQ», in: The Load Star, 08.06.2020. Online: <https://theloadstar.com/market-talk-anger-and-sadness-as-panalpina-sign-falls-at-basel-hq/>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Mitbestimmen auch ohne Schweizer Pass», SRF News, 27.10.2018. Online: <https://www.srf.ch/news/regional/basel-baseland/migrantensession-in-basel-mitbestimmen-auch-ohne-schweizer-pass>, abgerufen am 30.03.2023.
- «Neues Gleichstellungsgesetz sorgt für Zwist unter Feministinnen», in: SRF News, 05.02.2023. Online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/basel-will-igbtaj-einbinden-neues-gleichstellungsgesetz-sorgt-fuer-zwist-unter-feministinnen>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Ohne Chemie wäre Basel bloss eine Provinzstadt», in: TagesWoche, 13.12.2016. Online: <https://tageswoche.ch/politik/ohne-chemie-waere-basel-bloss-eine-provinzstadt/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- Pro Infirmis: Wildwuchs. Online: <https://www.kulturinkluisiv.ch/it/rete/membri/detail/news/wildwuchs.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- RFV Basel: Vorstudie «Frauenanteil in Basler Bands», Basel 2018. Online: <https://www.musikbuero Basel.ch/dam/jcr:2946f621-56fc-47bf-95f4-6513152fa331/RFV%20Basel%20Vorstudie%20Frauenanteil%20in%20Basler%20Bands.pdf>, abgerufen am 27.06.2023.
- Stahlhut, Heinz: 50 Jahre Art Basel, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2020. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-04.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- Stibler, Linda: Fünfzig Jahre nach 1968 – ein Jubiläum?, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2018. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2018/2018-06.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- Stiftung Frauenhaus beider Basel: Gemeinsam gegen Gewalt gegen Frauen – 35 Jahre Frauenhaus beider Basel. Jahresbericht 2015, 2016. Online: [https://frauenhaus-basel.ch/wp-content/uploads/2016/04/Frauenhaus\\_JB15.pdf](https://frauenhaus-basel.ch/wp-content/uploads/2016/04/Frauenhaus_JB15.pdf), abgerufen am 24.03.2023.
- «Verkehrte Welt: So reden Messe und Kanton das Baselworld-Fiasco schön», in: TagesWoche, 09.11.2017. Online: <https://www.tageswoche.ch/wirtschaft/verkehrte-welt-reden-messe-und-kanton-das-baselworld-fiasco-schoen/index.html>, abgerufen am 27.06.2023.
- «Warum Schweizer Städte immer häufiger links regiert werden», in: NZZ, 13.02.2018. Online: <https://www.nzz.ch/zuerich/warum-schweizer-staedte-immer-haeufiger-links-regiert-werden-ld.1356569>, abgerufen am 30.06.2023.
- Werkstadt Basel: Konsens zum Thema: Auf zu neuen (Rhein-)Ufern, 1999. Online: [http://www.werkstadt-basel.ch/aktion/Konsenskonferenzen/ergebnisse/kk\\_rhein.php](http://www.werkstadt-basel.ch/aktion/Konsenskonferenzen/ergebnisse/kk_rhein.php), abgerufen am 05.12.2022.
- Werkstadt Basel: Die Zielsetzungen des Regierungsrats, 1999. Online: <http://www.werkstadt-basel.ch/information/zielsetzungen.php>, abgerufen am 26.06.2023.
- «Wie weit dürfen Fasnachtler gehen?», in: SRF News, 12.03.2019. Online: <https://www.srf.ch/news/schweiz/rassismus-und-fasnacht-wie-weit-duerfen-fasnachtler-gehen>, abgerufen am 27.06.2023.
- Zehnder, Matthias: Wahlüberraschungen: Legislatur 2021–2024, in: Basler Stadtbuch, Online-Dossier 2020. Online: <https://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-10.html>, abgerufen am 30.06.2023.
- «Zum Gedenken an Alfred E. Sarasin», in: NZZ, 11.05.2005. Online: <https://www.nzz.ch/articleCT092-ld.344089>, abgerufen am 02.08.2024.

#### Webseiten

Basel Area, <https://baselarea.swiss/de/about-us/>, abgerufen am 27.06.2023.

Gesellschaft zum Bären, <https://www.baerengesellschaft.ch/gruendung/>, abgerufen am 27.06.2023.

Helvetia: Helvetia Campus Basel, <https://www.helvetia.com/ch/web/de/ueber-uns/informationen/campus-basel.html?rid=campus>, abgerufen am 27.06.2023.

Historische Statistik der Schweiz (HSSO). Online: <https://hso.ch/de/2012/n/27>, abgerufen am 27.06.2023.

Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <https://hls-dhs-dss.ch/>, abgerufen am 23.06.2023.

Inforel, <https://www.inforel.ch/>, abgerufen am 27.06.2023.

Museen Basel: Museen. Online: <https://www.museenbasel.ch/de/museen>, abgerufen am 27.06.2023.

Offene Kirche Elisabethen, <https://offenekirche.ch/>, abgerufen am 27.06.2023.

Sotheby's: Zurich. <https://www.sothebys.com/ch/%C3%BCber/adressen/zurich>, abgerufen am 27.06.2023.

Statistisches Amt, <https://www.statistik.bs.ch/>, abgerufen am 30.06.2023.

Skyscraper Source Media, <https://skyscraperpage.com/diagrams/links/>, abgerufen am 30.06.2023.

Sinfonieorchester Basel, <https://www.sinfonieorchesterbasel.ch/de/orchester/orchesterchronik/1876-bis-1988.html>, abgerufen am 27.06.2023.

UNESCO: Basel Carnival. Online: <https://ich.unesco.org/en/RL/basel-carnival-01262>, abgerufen am 27.06.2023.

UNESCO: Convention on the Means of Prohibiting and Preventing the Illicit Import, Export

- and Transfer of Ownership of Cultural Property. Online: <https://www.unesco.org/en/legal-affairs/convention-means-prohibiting-and-preventing-illicit-import-export-and-transfer-ownership-cultural>, abgerufen am 27.06.2023.
- Universität Basel: Unigeschichte seit 1460. Online: <https://www.unigeschichte.unibas.ch/>, abgerufen am 26.06.2023.
- Verein Mitstimme, <https://www.mitstimme.ch/>, abgerufen am 26.06.2023.
- Literatur**
- Achermann, Christin; Gass, Stefanie: Staatsbürgerschaft und soziale Schliessung. Eine rechtsethologische Sicht auf die Einbürgerungspraxis der Stadt Basel, Zürich 2003.
- Akgünlü, Gülten: Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten im Kanton Basel-Stadt. Eine Untersuchung zur Integration von türkischsprachigen Teilnehmenden der Integrationskurse in Basel-Stadt, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2016.
- Altherr, Wendy; Blumer, Daniel; Oldörp, Heike u. a.: How do Stakeholders and Legislation Influence the Allocation of Green Space on Brownfield Redevelopment Projects? Five Case Studies from Switzerland, Germany and the UK, in: *Business Strategy and the Environment* 16, 2007, S. 512–522.
- Amstutz, Irene: Die Revision der Kantonsverfassung 1999–2006. Rückblick einer Verfassungsratspräsidentin, in: *Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie* (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016, S. 160–161.
- Angst, Zamira; Hans Peter Tschudi: «Pragmatischer Revolutionär»?., unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2011.
- Appenzeller, Stephan: Basel und sein Tram. Die Geschichte der Basler Verkehrs-Betriebe, Basel 1995.
- Argast, Regula: Von Dörräpfeln und Netzwerken. 80 Jahre Frauenzentrale Basel 1916–1996, Basel 1997.
- Arnold, Marco: Fussballfans und Pyrotechnik in der Schweiz. Eine historische Analyse von den Anfängen bis Ende der 1990er-Jahre, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2015.
- Aschwanden, Alain: Der Centralbahnhof. Seine Entwicklung und seine Auswirkungen auf das Gundeldingen, in: *Neutraler Quartierverein Gundeldingen* (Hg.): *Das Gundeli*. Ein Basler Stadtquartier im Wandel, Basel 2017, S. 64–75.
- Atici, Mustafa: Wäre die SP keine Partei, hätte sie 2004 alle Integrationspreise gewonnen – ein Erfahrungsbericht, in: *Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie* (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016, S. 236–237.
- Bachmann, Guido; Burri, Peter; Maissen, Toya (Hg.): *Das Ereignis*. Chemiekatastrophe am Rhein, Basel 1986.
- Bänziger, Peter-Paul; Herzig, Michael; Koller, Christian u. a.: *Die Schweiz auf Drogen*. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965–2022, Zürich 2022.
- Basler Fasnachts-Comité: *Fasnacht in Basel*. Eine Gebrauchsanleitung, Basel 2003.
- Bauer, Hans: *Basel, gestern, heute, morgen*. Hundert Jahre Basler Wirtschaftsgeschichte, Basel 1981.
- Bauer, Hans: 100 Jahre Schweizerischer Bankverein, Frankfurt a. M. 1972.
- Baumeister, Miriam: *Wohnen mit Gamlern, Rockern und Kommunarden*. Notschlafstelle für Jugendliche in Basel, in: *Verein Basler Geschichte* (Hg.): *Im Kleinen das Grosse entdecken*. Kurzgeschichten aus der Basler Stadtgeschichte, Basel 2022, S. 99–101.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 2020 [1986].
- Behringer, Yannick: *Die 80er-Bewegung in Basel*. Geschichte einer Bewegung anhand von Oral History, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2019.
- Berlinger, Vreni; Gloor, Christoph: *Der Bär kommt*, Basel 1998.
- Berner, Hans; Sieber-Lehmann, Claudius; Wickers, Hermann: *Kleine Geschichte der Stadt Basel*, Karlsruhe 2012.
- BIA, BSA, FSAI: *Gesamtplan der Stadt Basel*. Zusammenfassender Bericht über die Planungsarbeit der Fachverbände BIA Basler Ingenieur- und Architektenverein, BSA Ortsgruppe Basel des Bundes Schweizer Architekten, FSAI Ortsgruppe Basel der Freierwerbenden Schweizer Architekten, in: *Schweizerische Bauzeitung* 81 (16), 1963, S. 253–273.
- Bieri, Alexander Lukas: *Gesundheit darstellen*. Die Ursprünge des Pharma-Designs, Basel 2009.
- Bieri, Alexander Lukas (Hg.): *Roche in der Welt 1896–2021*. Eine globale Geschichte, Lörach, 2021.
- Binnenkade, Alexandra: «Eine Küche soll freundlich und inspirierend sein. Daraus entstehen die guten Menüs». Werbung und Widerstand zum Thema der Einbauküche, in: *Andersen, Arne* (Hg.): *Perlon, Petticoats und Pestizide*. Mensch-Umwelt-Beziehung in der Region Basel der 50er Jahre, Basel; Berlin 1994, S. 150–153.
- Blum, Roger: *Wandel und Konstanten bei den Progressiven Organisationen (POCH) 1971–1986*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft* 26, 1986, S. 119–150.
- Blumer, Daniel: «Werkstadt Basel». Partizipation als Verfahren in der Stadtentwicklung, in: *Tec21* 128 (4), 2002, S. 19–21.
- Blumer, Daniel: *Partizipation und Stadtentwicklung*. Eine Analyse der Werkstadt Basel, Bern 2001.
- Blumer, Florian (Hg.): *Foto Jeck Basel*. Eine Welt aus Bildern, Basel 2024.
- Bodenmann, Karin: *Wenn Kunst zum Politikum wird*. Konstruktion und Funktion der «Picasso-Story» 1967, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2014.
- Bodmer, Frank: *Die Determinanten des kantonalen Wirtschaftswachstums*, Basel 2005.
- Boerlin-Brodbeck, Yvonne: *Öffentliche Kunstförderung in Basel vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*.

- hundert, in: Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 395–404.
- Bonilla Gurzeler, Veronica: Erfolgreiche Basler Energiepolitik unter Druck, in: Energie und Umwelt 3, 1999, S. 4–7.
- Bonvin, Maurice: «Ohne Chemie geht's nicht, mit Chemie gehen wir». Künstlerische Protestaktionen im Rahmen der Brandkatastrophe von Schweizerhalle vom 01. November 1986, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 2020.
- Borio, Claudio; Claessens, Stijn; Clement, Piet u. a.: Promoting Global Monetary and Financial Stability. The Bank for International Settlements after Bretton Woods, 1973–2020, Cambridge 2020.
- Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas: Schweiz AG. Vom Sonderfall zum Sanierungsfall?, Zürich 1990.
- Bossert, Markus: Schweizerischer Gewerbeverband, Lobbying-Organisation für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), in: Ueli Mäder (Hg.): macht.ch. Geld und Macht in der Schweiz, Zürich 2015, S. 427–448.
- Bosshardt, Claudia: Basler Bodenstiftungen – erfinderisch und erstaunlich erfolgreich, in: Gerber, Brigitta; Kriese, Ulrich (Hg.): Boden behalten – Stadt gestalten, Zürich 2019, S. 235–247.
- Braunschweig, Sabine: Die GGG im 20. Jahrhundert. Die Bedeutung der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige» im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Basel, Basel 2016.
- Braunschweig, Sabine: Beraten – begleiten – fördern. 50 Jahre Personalarbeit Basel-Stadt, 1970–2020, Basel 2020.
- Breitenmoser, Albin: Basel – goldenes Tor der Schweiz, in: Schweizer Schule 47 (13), 1960, S. 441–443.
- Brunner, Dagmar: Basler AZ. Geschichte einer Arbeiter-Zeitung, Fribourg 1994a.
- Brunner, Dagmar: Toya Maissen. Journalistin, 1939–1991. Eine werkbographische Studie, Fribourg 1994b.
- Brutschin, Sandra: Schweizerhalle: Wann wird eine Umweltkatastrophe zu einem Umweltskandal?, in: Looser, Heinz; Kolbe, Christian; Schaller, Roland u. a. (Hg.): Die Schweiz und ihre Skandale, Zürich 1995, S. 185–196.
- Bucher, Annemarie: Naturen ausstellen. Schweizerische Gartenbauausstellungen zwischen Kunst und Ökologie, unveröff. Dissertation, ETH Zürich, Zürich 2008.
- Bucher, Nathalie: Bericht über die Situation der Familie im Kanton Basel-Stadt. Eine Untersuchung in den Quartieren Breite, St. Alban und St. Johann, Basel 2000.
- Bühler, Rahel: Jugend beobachten. Debatten in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, 1945–1979, Zürich 2019.
- Burckhardt, Lucius: «Ausfallstrasse» Aeschenvorstadt: ein Lehrstück für Basel, in: Pecinska, Ursula (Hg.): Basel: Visionen und verpasste Chancen. Erinnerungen, Stellungnahmen, Polemiken, Basel 2000, S. 151–156.
- Bürgi, Jürg: Chronologie der laufenden Ereignisse, in: Bachmann, Guido; Burri, Peter; Maissen, Toya (Hg.): Das Ereignis. Chemiekatastrophe am Rhein, Basel 1986, S. 16–43.
- Bürgi, Michael: Pharmaforschung im 20. Jahrhundert. Arbeit an der Grenze zwischen Hochschule und Industrie, Zürich 2011.
- Buser, Barbara: Gundeldinger Feld: Pilotprojekt der 2000-Watt-Gesellschaft, in: Neutrale Quartierverein Gundeldingen (Hg.): Das Gundeli. Ein Basler Stadtquartier im Wandel, Basel 2017, S. 180–189.
- Businger, Susanne; Janett, Mirjam; Ramsauer, Nadja: «Gefährdete Mädchen» und «verhaltensauffällige Buben». Behördliche Fremdplatzierungspraxis in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Basel-Stadt und Zürich, in: Hauss, Gisela; Gabriel, Thomas; Lengwiler, Martin (Hg.): Fremdplatziert. Heimerziehung in der Schweiz, 1940–1990, Zürich 2018, S. 77–99.
- Büttner, Jonathan; Piller, Gudrun; Suter Daniel (Hg.): Zeitsprünge. Basler Geschichte in Kürze, Basel 2020.
- Carson, Rachel Louise: Der stumme Frühling, München 2007 [1962].
- Caty, Gilbert-François: Die umstrittenen Erben. Longo Maï und die europäischen Medien, Giessen 1983.
- Christ-von Wedel, Christine; Kuhn, Thomas K. (Hg.): Basler Mission. Menschen, Geschichte, Perspektiven 1815–2015, Basel 2015.
- Clivio, Carlo; Richter, Tilo: 365 Tage Basel, Basel 2021.
- Cuénod, Tim: Die Abspaltung der Demokratisch-Sozialen Partei (DSP), in: Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016, S. 143–147.
- Christoph Merian Stiftung: 125 Jahre Christoph Merian Stiftung, Basel 2011.
- Dall, Ilona Genoni: Art Basel. Geschichte und Geschichten, in: Jaccard, Paul André; Guex, Sébastien (Hg.): Le marché de l'art en Suisse, du XIX<sup>e</sup> siècle à nos jours, Zürich; Lausanne 2011, S. 193–213.
- David, Thomas; Etemad, Bouda: Gibt es einen schweizerischen Imperialismus?, in: Traverso 5 (2), 1998, S. 17–27.
- Degen, Bernard: Neue Krisen, neue Wege, in: Boillat, Valérie; Degen, Bernard; Joris, Elisabeth u. a. (Hg.): Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006.
- Degen, Bernard: Arbeitslosigkeit, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 360–363.
- Degen, Bernard: Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung, Basel 1986.
- Degen, Bernard; Maeder, Pascal (Hg.): Breite-Lehenmatt: historischer Rundgang durch ein junges Basler Quartier, Basel 2011.
- Dejung, Christof: Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte des Welthandels am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 1851–1999, Köln 2013.
- Delessert, Thierry: Homosexualités masculines en Suisse. De l'invisibilité aux mobilisations, Lausanne 2012.
- Dettwiler, Walter: 25 Jahre Novartis, 250 Jahre Innovation, Basel 2021.
- Diallo, Amadou (Hg.): 200 Jahre Logistik: Danzas und DHL prägen eine Industrie, Berlin 2015.
- Dommann, Monika: Materialfluss. Eine Geschichte der Logistik an den Orten ihres Stillstands, Frankfurt a. M. 2023.
- Draws, Jürgen: Die verspielte Zukunft. Wohin geht die Arzneimittelforschung?, Basel 1998.
- Dubach, Philipp; Stutz, Heidi; Calderón, Ruth: Armutsbericht Basel-Stadt. Ursachen – Dynamiken – Handlungsempfehlungen, Basel 2010.
- Egger, Josef: «Ein Wunderwerk der Technik». Frühe Computernutzung in der Schweiz (1960–1980), Zürich 2014.
- Ehrenbold, Tobias: Die Imperien der Schweiz, in: NZZ Geschichte (32), Februar 2021a, S. 60–73.
- Ehrenbold, Tobias: Rapp. Umwelt gestalten seit 125 Jahren, Basel 2021b.
- Ehrenbold, Tobias; Roche in Asien und Ozeanien, in: Bieri, Alexander Lukas (Hg.): Roche in der Welt 1896–2021. Eine globale Geschichte, Lörrach 2021c.
- Ehrenbold, Tobias; Samuel Koechlin und die Ciba-Geigy. Eine Biografie, Zürich 2017.
- Ehrenbold, Tobias; Hafner, Urs; Stähelin, Staelin, Stehelin. Eine Basler Familie seit 1520, Basel 2020.
- Ehret, Roger: Auf dem hellen Hügel. Das Basler Stadtquartier Bruderholz, Basel 2021.
- Eiche, Philipp: Kontinuität oder Bruch? Die Basler Verkehrsplanung 1958–1979, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2015.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: Gleiche Rechte für Frau und Mann: Institutionelle Gleichstellungspolitik, in: Frauen Macht Geschichte. Zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz 1848–2000, Bern 2009a, Kap. 3.1, S. 1–11.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, in: Frauen Macht Geschichte. Zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz 1848–2000, Bern 2009b, Kap. 3.2, S. 1–13.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: Die Stellung von Frau und Mann im Bürgerrecht, in: Frauen Macht Geschichte. Zur Geschichte der Gleichstellung in der Schweiz 1848–2000, Bern 2009c, Kap. 3.6, S. 1–7.
- Epple, Ruedi; Fridrich, Anna C.; Hagmann, Daniel: Nah dran, weit weg. Geschichte des

- Kantons Basel-Landschaft, Bd. 6: Wohlstand und Krise: 19. und 20. Jahrhundert, Liestal 2001.
- Erbacher, Felix: Die Brandkatastrophe von Schweizerhalle. Das Ereignis und der technisch-juristische Umgang damit, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016, S. 193–204.
- Erbacher, Felix: Pioniere der Basler Wirtschaft, Basel 2014.
- Erni, Paul: Die Basler Heirat. Geschichte der Fusion Ciba-Geigy, Zürich 1979.
- Escher, Markus von; Lüönd, Karl: Sicherheit als Prinzip. 150 Jahre und eine Zukunft für die Basler, Reinach 2013.
- Espahangizi, Kijan: «Migration». Ein neues Konzept zwischen Politik und Wissenschaft in der Schweiz, 1987–1995, in: Zeitschrift für Migrationsforschung 1 (2), 2021, S. 5–38.
- Eugster, Timm: 75 Jahre Jugendarbeit Basel. Chronik der JuAr Basel, Basel 2017.
- Falk, Francesca: Gender Innovation and Migration in Switzerland, Cham 2019.
- Fasnacht, René: Alterspolitik im Kanton Basel-Stadt, in: Regio Basiliensis 47 (3), 2006, S. 195–201.
- Fasnachts-Comité (Hg.): Basler Fasnacht – vorwärts, marsch! «Lääse – loose – luege!», Basel 2009.
- Fässler, Hans: Reise in Schwarz-Weiss. Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei, Zürich 2005.
- Felder, Esther: Stadtplanung in Basel von 1950 bis 1975. Vom stadtgerechten Verkehr zur verkehrsgerechten Stadt, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2010.
- Felder, Pierre: Für alle! Die Basler Volksschule seit ihren Anfängen, Basel 2019.
- Felder, Pierre: Der Kanton Basel-Stadt. Eine Einführung in Staat und Politik, Basel 1991.
- Feldges, Uta: «Die schöne Stadt Basel war unser Ziel». Zur Geschichte des Basler Heimatschutzes 1905–2005, Basel 2005.
- Ferel, Alexa; Frauenhaus Basel, Frauenhaus-Beratungsstelle Basel (Hg.): Jubiläum. 25 Jahre FH – 15 Jahre FHB, Basel 2006.
- Fetz, Anita: Wir wollten alles und haben viel bewegt. Ein persönlicher Rückblick auf die Neue Frauenbewegung in Basel, in: Kreis, Georg (Hg.): Das Basler Frauenstimmrecht. Der lange Weg zur politischen Gleichberechtigung von 1966, Basel 2016, S. 247–278.
- Fierz, Gaby: The Blank Spots: Making Migratory Archives Visible by Exploring Photographs, in: Visual Anthropology 34 (4), 2021, S. 368–384.
- Fingerhuth, Carl: Neues Wohnen in der alten Stadt. Die Sanierung staatlicher Liegenschaften in der Basler Altstadt 1978–1990, Basel 1991.
- Flubacher, Mi-Cha: Integration durch Sprache – die Sprache der Integration. Eine kritische Diskursanalyse zur Rolle der Sprache in der Schweizer und Basler Integrationspolitik 1998–2008, Göttingen 2014.
- Fühmann, Beatrice: Lebens- und Arbeitssituation von hochqualifizierten MigrantInnen im Kanton Basel-Stadt. Ein ethnographischer Blick auf Integration, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2013.
- Forster, Martin: Falsches Spiel. Die Umweltsünden der Basler Chemie vor und nach «Schweizerhalle», Zürich 2010.
- Forster, Martin: Farbenspiel. Ein Jahrhundert Umweltnutzung durch die Basler chemische Industrie, Zürich 2000.
- Franc, Andrea: Im Austausch mit der Welt. Schweizer Unternehmen im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 2021.
- Francini, Esther Tisa: Provenienzforschung in der Schweiz. Eine Übersicht über die «Raubkunst»-Debatte und die Bedeutung der Schweiz für internationale Recherchen, in: AKMB-news 11 (2), 2005, S. 33–37.
- Frei, Alban: Sichtbare Netzwerke. Forschungspolitik und Life-Sciences zwischen 1990 und 2016 in der Schweiz: eine Fallstudie zu SystemsX.ch, Zürich 2018.
- Freiplatztaktion Basel (Hg.): «Und plötzlich standen sie da». 20 Jahre Freiplatztaktion Basel, Basel 2005.
- Früh, Anja: Europäisierung(en) im musealen Feld. Zur Transformation der ethnografischen Museen in Basel, Berlin und Marseille (2000–2015), in: Braitt, Andrea; Früh, Anja (Hg.): Museen als Orte geschichtspolitischer Verhandlungen. Ethnografische und historische Museen im Wandel 43, 2017, S. 141–155.
- Furger, Thierry: Graffiti an der Linie in Basel 1985–1990, Basel 2020.
- Gampp, Axel: Basler Kunstsammlungen und ihre Geschichte, in: Uni nova 122 (2), 2013, S. 35–36.
- Genoni, Ilona: «Just What Is It That Makes It So Different. So Appealing?» Art Basel: Von der Verkaufsmesse zum Kulturereignis, Zürich 2009.
- Gerber, Brigitta; Kriese, Ulrich (Hg.): Boden behalten – Stadt gestalten, Zürich 2019.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA, München 2017.
- Gilg, Peter: Jungendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation, Bern 1974.
- Gloor, Lukas: Die Art Basel – von der internationalen Kunstmesse zum globalen Kunstforum, in: Kury, Patrick; Baur, Esther (Hg.): Im Takt der Zeit. Von der Schweizer Mustermesse zur MCH Group, Basel 2016, S. 257–272.
- Götz, Ulrich; Hicklin, Martin; Battegay, Manuel: Aids in Basel. Vom Sterben an Aids zum Leben mit HIV, Basel 2018.
- Gräf, Ulrich; Schelbert, Sandra: Steuerstatistik Basel-Stadt. Auswertungen, Karten und Kommentare, Basel 2010.
- Grivat, Olivier; Gorskey, Mike: 75 Jahre Schweizer Marine auf den Weltmeeren, Genf 2016.
- Grossmann, Flavia: Über das Bleiben. Das basel-städtische Migrationsregime (1960–1980), unveröff. Dissertation, Universität Basel, Basel 2019.
- Gschwend, Hanspeter: Die Umweltbewegung verändert die Parteienlandschaft – oder umgekehrt, in: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft 26, 1986, S. 243–256.
- Gschwind, Eva: Auf zur Urne! Direkte Demokratie in Basel von den Anfängen bis heute, Basel 2022.
- Gugerli, David: Wie die Welt in den Computer kam. Zur Entstehung digitaler Wirklichkeit, Frankfurt a. M. 2018.
- Gunter, Manuel; Thoma, Luca; Fankhauser, Maximilian Karl: Lebändige Gschicht. Eine Hommage an 30 Jahre Basler Mundart, Basel 2022.
- Gusset, Silas; Zahn, Anina: Verlierer der Globalisierung. Der Basler Finanzplatz im Wandel 1960–2010, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 120, 2020, S. 169–200.
- Häberlin, Ursula: Zentralwäscherei Basel: Migrantinnen gewinnen einen Streik, in: Boillat, Valérie; Degen, Bernard; Joris, Elisabeth u. a. (Hg.): Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten, Zürich 2006, S. 320–321.
- Haberthür, Beat: Die Wiedervereinigungsdebatte im Verfassungsrat beider Basel (1960–1969), Basel 1989.
- Habicht, Peter: Lifting the Mask. Your Guide to Basel Fasnacht, Basel 2001.
- Habicht, Peter: Pfyffe, ruesse, schränze. Eine Einführung in die Basler Fasnacht, Basel 2004.
- Haenger, Peter: Das Fleisch und die Metzger. Fleischkonsum und Metzgerhandwerk in Basel seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Zürich 2001.
- Hagmann, Daniel: Verdachtsmomente. Fichen und Dossiers aus dem Archiv des Staatschutzes, Basel 2022.
- Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit; Veyrassat, Béatrice (Hg.): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, 2. Auflage, Basel 2017.
- Haldemann, Anita; Werthemann, Sereina; Zimmer, Nina: Die Picassos sind da! Eine Retrospektive aus Basler Sammlungen. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, Kunstmuseum Basel, Basel 2013.
- Haller, Lea: Transithandel. Geld- und Warenströme im globalen Kapitalismus, Berlin 2019.
- Häner, Flavio: Dinge sammeln, Wissen schaffen. Die Geschichte der naturhistorischen

- Sammlungen in Basel, 1735–1850, Bielefeld 2017.
- Häni, David: Kaiseraugst besetzt! Die Bewegung gegen das Atomkraftwerk, Basel 2018.
- Hardegger, Angelika: Die 2010er-Jahre, in: Schmid, Denise (Hg.): Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Frauengeschichte 1971–2021, Zürich 2020, S. 235–280.
- Hauser-Schäublin, Brigitta: Böen der Erinnerung. Eine Spurensuche im Reich der Dinge, in: Paideuma: Mitteilungen zur Kulturkunde 65, 2019, S. 7–30.
- Hauser-Schäublin, Brigitta: Neu eröffnete Völkerkundemuseen: Gewohntes, neue Ausrichtungen und Irrungen. Kommentar zu ethnologischen Ausstellungen vor dem Hintergrund internationaler Diskussionen und Praxen, in: Zeitschrift für Ethnologie 137 (2), 2012, S. 241–252.
- Held, Felix: Felix Tschudi. Der erste Basler Industriepfarrer im inter- und intragenerationellen Vergleich, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2012.
- Henger, Gregor: Informatik in der Schweiz. Eine Erfolgsgeschichte verpasster Chancen, Zürich 2008.
- Hess, Stefan (Hg.): Basel und Riehen. Eine gemeinsame Geschichte, Basel 2021.
- Heuss, Robert: Basler Polizei 1816–2016, Basel 2016.
- Hicklin, Martin: Das Institut für Immunologie, das Friedrich-Miescher-Institut und das Biozentrum. Morgenrot der Life-Sciences, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016, S. 112–117.
- Hilzinger, Christian: Kampf dem Ungeheuer Film. Die Geschichte der Filmzensur in Basel, in: Basler Magazin, Basel, 2000.
- Historisches Seminar Basel (Hg.): 100 Jahre Frauen an der Uni Basel. D'Studäntin kunnt! Katalog zur Ausstellung von HistorikerInnen und StudentInnen des Historischen Seminars der Universität Basel, Basel 1991.
- Hobsbawm, Eric: The Invention of Tradition, Cambridge 2012.
- Hochreiter, Walter: Roche in Basel und Westeuropa, Bd. 1, in: Bieri, Alexander Lukas (Hg.): Roche in der Welt 1896–2021. Eine globale Geschichte, 3. Bde, Lörrach 2021.
- Hochreiter, Walter: 125 Jahre Handelskammer beider Basel. Die letzten fünfzig Jahre, Ubstadt-Weiher 2001.
- Hochschule Luzern – Technik & Architektur, Institut für Innenarchitektur (Hg.): Dieter Waeckerlin und Idealheim. Schweizer Wohnkultur 1950–1980, Basel 2018.
- Hodel, Jan: Werkst@dt Basel. Kann das Internet zur interaktiven Plattform für eine Bürgerbeteiligung werden?, in: Wiener, Daniel (Hg.): Wir sind die Stadt. Das Beispiel Werkstadt Basel, Basel 2001, S. 126–127.
- Hodel, Jan: Die Abfall-Lawine im Kopf. Technischer Wandel bei der Abfallbeseitigung in der Region Basel 1943 bis 1963/1969, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 1995.
- Hofmann, Matthias: Lernen aus Katastrophen. Nach den Unfällen von Harrisburg, Seveso und Sandoz, Berlin 2008.
- Hofmann, Urs: Innenansichten eines Niedergangs. Das protestantische Milieu in Basel 1920 bis 1970, Baden 2013.
- Holenstein, André; Kury, Patrick; Schulz, Kristina: Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Baden 2018.
- Huber, Dorothee: Architekturführer Basel. Die Baugeschichte der Stadt und ihrer Umgebung, Basel 2014.
- Huber, Thomas: Das Schwulen- und Lesbenzentrum in Basel. Entstehung, Betrieb, Kultur, Umfeld 19.01.1991 bis 28.06.1997, Basel 2016.
- Ideli, Mustafa; Kieser, Hans-Lukas; Suter Reich, Virginia: Neue Menschenlandschaften. Migration Türkei – Schweiz 1961–2011, Zürich 2011.
- Imhof, Madeleine: Migration und Stadtentwicklung. Aktualgeographische Untersuchungen in den Basler Quartieren Iselin und Matthäus, Basel 1998.
- Imhof, Madeleine: Der Liegenschaftsmarkt in der Stadt Basel von 1989 bis 1991. Filz - Fakten - Feststellungen, Basel 1991.
- Janett, Mirjam: Verwaltete Familien. Vormundschaft und Fremdplatzierung in der Deutschschweiz, 1945–1980, Zürich 2022.
- Janett, Sandra: Wohnen als Basis der sozialen Integration, in: Piñeiro, Esteban; Winzeler, Seraina (Hg.): Wohnungsnot als gesellschaftlicher Konflikt. Alfred Kunz und die Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe Basel, Basel 2017, S. 145–184.
- Jehle-Schulte Strathaus, Ulrike: Vom Industrieareal zum Campus: Industriebauten als Sehenswürdigkeiten - Architektur von Roche und Novartis, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016, S. 72–87.
- Jungkind, Thilo: Die Dioxin-Katastrophe von Seveso. Der Störfall als Teil der Unternehmensgeschichte, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016, S. 181–190.
- Museum für Gestaltung Zürich; Janser, Andres; Junod, Barbara (Hg.): Corporate Diversity. Schweizer Grafik und Werbung für Geigy 1940–1970, Baden 2009.
- Kälin, Judith: Heimerziehung im Brennpunkt der Kritik. Das Bürgerliche Waisenhaus seit den 1950er Jahren, in: Bürgergemeinde der Stadt Basel (Hg.): Zuhause auf Zeit. 350 Jahre Bürgerliches Waisenhaus Basel, Basel 2019, S. 127–149.
- Kammann, George: Mit Autobahnen die Städte retten? Städtebauliche Ideen der Expressstrassen-Planung in der Schweiz 1954–1964, Zürich 1990.
- Keller, Esther: Ernst Beyeler. Von Kunst bewegt, Basel 2014.
- Kielbasa, Nico: «Im Kreuzfeuer der Kritik». Der problematische Wandel der Philanthropie im 20. Jahrhundert am Beispiel der Christoph Merian Stiftung und deren Landgut Brüglingen nach 1980, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 2015.
- Kinderkrippen Bläsiestift: 150 Jahre Kinderkrippen Bläsiestift – die älteste Kita der Schweiz, Basel 2021.
- Knill, Mara: «Vom Schwarzen Peter zum Musterschüler». Die Entwicklung der schweizerischen Drogenpolitik in den 1980er-Jahren am Beispiel von Basel, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2019.
- Koch, Philippe: Bringing Power Back In: Collective and Distributive Forms of Power in Public Participation, in: Urban Studies 50 (14), 2013, S. 2976–2992.
- Koellreuter, Isabel; Schürch, Franziska: Schaulenster zur Welt: Uhren und Schmuck an den Messen in Basel, in: Kury, Patrick; Baur, Esther (Hg.): Im Takt der Zeit. Von der Schweizer Mustermesse zur MCH Group, Basel 2016, S. 219–239.
- Koellreuter, Isabel: Angst vor Schwarzenbach: Diskussionen um die Überfremdungsinitiative vom 7. Juni 1970, in: Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016, S. 231–232.
- Koellreuter, Isabel; Unternährer, Nathalie: Brot und Stadt. Bäckerhandwerk und Brotkonsum in Basel vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Basel 2006.
- Kohn, Michael: Energieszene Schweiz, Zürich 1990.
- König, Mario: Besichtigung einer Weltindustrie – 1859 bis 2016, Basel 2016 (= Bd. 1: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Basel 2016).
- König, Mario: Transit Basel. Die Basler Verbindungsbahn – Nadelöhr im europäischen Schienenverkehr, Basel 2004.
- König, Mario: In eigener Sache. Die Universität Basel unterwegs zu Autonomie und neuer Trägerschaft 1985–2010, Liestal 2010.
- Kopf, Elias: Das Basler Tram und die SP, in: Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016, S. 204–205.
- Krebs, Marc; Schneitter, Andreas: Pop Basel. Musik und Subkultur, Basel 2009.
- Kreis, Georg: Am Rande der Stadt. Aus der Geschichte der Basler Agglomerationsproblematik seit 1887, Liestal 2019.

- Kreis, Georg: Basel in den Jahren 1945 bis 1970, in: Burckhardt, Lukas; Frey, René L.; Kreis, Georg; Schmid, Gerhard (Hg.): Das politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel; Frankfurt a. M. 1984, S. 87–116.
- Kreis, Georg: Basel und seine Chemie. Ein wenig aufgearbeitetes Verhältnis, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016a, S. 10–64.
- Kreis, Georg: Der Aufbruch der 1960er und 1970er Jahre, in: Verein Geschichte der Basler Sozialdemokratie (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch, Basel 2016b, S. 148–152.
- Kreis, Georg: Die Brandkatastrophe von Schweizerhalle. Die Folgen in Basel, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016c, S. 205–215.
- Kreis, Georg: Die Dioxin-Katastrophe von Seveso. Basler Reaktionen, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016d, S. 191–192.
- Kreis, Georg: Fünf Anläufe zum Basler Frauenstimmrecht, 1916–1966, in: Kreis, Georg (Hg.): Das Basler Frauenstimmrecht. Der lange Weg zur politischen Gleichberechtigung von 1966, Basel 2016e, S. 13–123.
- Kreis, Georg: Goldene Jahre mit irritierenden Erfahrungen, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 268–312.
- Kreis, Georg: Orte des Wissens. Die Entwicklung der Universität Basel entlang ihrer Bauten, Basel 2010.
- Kreis, Georg: Rekonstruktion aktueller Vergangenheit. Der vierte «Montagabend» des Basler Theaters vom November 1972, in: Mayoraz, Sandrine; Schenk, Frithjof Benjamin; Mäder, Ueli (Hg.): Hundert Jahre Basler Friedenskongress (1912–2012). Die erhoffte «Verbrüderung der Völker», Basel; Zürich 2015a, S. 73–39.
- Kreis, Georg: 150 Jahre im Dienst der Stadt. Zur Geschichte des Tiefbauamts Basel-Stadt, Basel 2015b.
- Kreis, Georg; Delley, Jean-Daniel; Kaufmann, Otto K.: Staatsschutz in der Schweiz. Die Entwicklung von 1935–1990: eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates, Bern; Stuttgart 1993.
- Kupper, Patrick: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst, Zürich 2003.
- Labhardt, Robert: Wohngenossenschaften im Gundeli. Historische Streiflichter, in: Neutraler Quartierverein Stadtteilungen (Hg.): Das Gundeli. Ein Basler Stadtquartier im Wandel, Basel 2017, S. 156–165.
- Lampugnani, Vittorio Magnago (Hg.): Novartis Campus. Eine moderne Arbeitswelt. Voraussetzungen, Bausteine, Perspektiven, Ostfildern 2009.
- Lanz, Anni: Die Fremdmacher. Widerstand gegen die schweizerische Asyl- und Migrationspolitik. Zum Jubiläum von Solidarité sans frontières (sosf), Zürich 2006.
- Lefkowitz, Ivan: History of the Basel Institute for Immunology, Basel 2017.
- Koellreuter, Isabel; Kolb, Martin; Leyboldt, Patrick: Gemeinsam gestalten. Geschichte der Regionalplanungsstelle beider Basel, Basel 2017.
- Loeb, François: Museum ohne Grenzen. Schätze der Region entdecken, 3 Bd., Freiburg; Basel; Wien 2021.
- Loser, Philipp; Mangold, Thilo; Miozzari, Claudio u. a.: Der FC Basel und seine Stadt. Eine Kulturgeschichte, Basel 2018.
- Loser, Philipp: Überwacht. Die POCH im Visier des Basler Spezialdienstes. Eine Auswertung der kantonalen Staatsschutz-Akten von 1970–1989, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 2011.
- Lüem, Barbara: Heimathafen Basel. Die Schweizer Rhein- und Hochseeschifffahrt, Basel 2003.
- Lüpold, Martin: in: Kury, Patrick; Baur, Esther (Hg.): Im Takt der Zeit. Von der Schweizer Mustermesse zur MCH Group, Basel 2016, S. 317–332.
- Lüpold, Martin: Der Ausbau der «Festung Schweiz». Aktienrecht und Corporate Governance in der Schweiz, 1881–1961, Dissertation, Universität Zürich, Zürich 2008.
- Mach, André; David, Thomas; Bühlmann, Felix u. a.: Schweizer Wirtschaftseliten 1910–2010, Baden 2017.
- Mäder, Ueli (Hg.): Armut im Kanton Basel-Stadt, Basel 1991.
- Mäder, Ueli: macht.ch. Geld und Macht in der Schweiz, Zürich 2015.
- Mäder, Ueli: Erwerbsarbeit und Armut. Zur Dynamik von Integration und Ausschluss, in: Kutzner, Stefan; Nollert, Michael; Bonvin, Jean-Michel (Hg.): Armut trotz Arbeit. Die neue Arbeitswelt als Herausforderung für die Sozialpolitik, Zürich 2009, S. 60–73.
- Mäder, Ueli; Streuli, Elisa: Reichtum in der Schweiz. Porträts - Fakten - Hintergründe, Zürich 2002.
- Maissen, Toya: Links notiert. Ausgewählte Texte und Reden, 1976–1991, Basel 1992.
- Massmünster, Michel: Im Taumel der Nacht. Urbane Imaginationen, Rhythmen und Erfahrungen, Berlin 2017.
- Mateos, Inés: «Sprache als Schlüssel zur Integration» – eine Metapher und ihre Folgen, in: Piñero, Esteban; Bopp, Isabelle; Kreis, Georg (Hg.): Fördern und Fordern im Fokus. Leerstellen des schweizerischen Integrationsdiskurses, Zürich; Genf 2009, S. 98–123.
- Matti, René; Müller, Lukas; Riedo, Teddy: Als die Haare länger wurden. Die Sixties in Basel, Basel 2000.
- Mazacek, Jan; Ruppe, Steffen; Griesshaber, Dorrit u. a.: Vom Unfall zur präventiven Überwachung. Rheinüberwachungsstation (RÜS), in: Aqua & Gas 96 (11), 2016, S. 66–75.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella; Milling, Peter u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972.
- Meier, Eugen A.: Fussball in der Nordwestschweiz, Basel 1979.
- Meier, Eugen A.: Basel einst und jetzt. Der Wandel des Basler Stadtbildes im Lauf der Zeit, Basel 1993.
- Meier, Lukas: Swiss Science, African Decolonization and the Rise of Global Health, 1940–2010, Basel 2014.
- Mensch, Christian; Imhof, Kurt: Enteignete Zeitung? Die Geschichte der «Basler Zeitung» – ein Lehrstück über den Medienwandel, Basel 2012.
- Merzweiler, Heinz H.; Vogt, Rolf M.: 100 Jahre moderne Rheinschifffahrt bis Basel, Basel 2004.
- Meyer, Franz: Picasso 1967, in: Müller, Hans-Joachim (Hg.): Nafea. Die Sammlung Rudolf Staechelin, Basel 1990, S. 175–187.
- Miescher, Stephan; Trüeb, Kuno: Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930, Basel 1988.
- Miozzari, Claudio; Rudin, Dominique; Wyss, Benedikt (Hg.): Freiraum in Basel seit 1968 – Menschen und Orte in Bewegung, Basel 2018.
- Miescher, Stephan; Trüeb, Kuno: Männergeschichten. Schwule in Basel seit 1930, Basel 1988.
- Moll, Christa; Sandtner, Martin; Saner, Dorothea: Zahlenmeer – mehr als Zahlen. Basel-Stadt – 100 Jahre statistisch begleitet, Basel 2002.
- Morawietz, Katharina: Von urbanen Protestaktionen zur ländlichen Kooperative. Die Entstehung der Kooperative Longo ma! in den frühen 1970er Jahren, in: Ludi, Regula; Ruoss, Matthias; Schmitter, Leena (Hg.): Zwang zur Freiheit. Krise und Neoliberalismus in der Schweiz, Zürich 2018, S. 137–160.
- Fehr, Marianne; Keller, Stefan; Morgenthaler, Jan: Leben, Lieben, Leiden im Büro. Reportagen, Analysen, Geschichten aus der sauberen Arbeitswelt, Zürich 1991.
- Müller, Hans-Joachim: Nafea. Die Sammlung Rudolf Staechelin Basel, Basel 1990.
- Müller-Jentsch, Daniel: Schweizer Stiftungswesen im Aufbruch. Impulse für ein zeitgemässes Mäzenatentum, Zürich 2014.

- Museum der Kulturen Basel (Hg.): *Mission Possible? Die Sammlung der Basler Mission. Spiegel kultureller Begegnungen*, Basel 2015.
- Nanni, Mario: *Die Geschichte der Brauereien beider Basel und Rheinfeldens*, Basel 2009.
- Nanni, Mario: *Die Geschichte der Basler Gastronomie*, Basel 2006.
- Niederer-Schmidli, Susanne: *Umweltschutz – Schlagwort der siebziger Jahre. Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins Anfang der siebziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Basel-Stadt*, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 1991.
- Nigg, Heinz: *Wir sind wenige, aber wir sind alle. Biografien aus der 68er-Generation in der Schweiz*, Zürich 2008.
- Nonić, Suzana: *Schweizermacher light. Der Einfluss des «Schweizermachers» im Einbürgerungsverfahren von Basel-Stadt*, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2016.
- Obrist, Peter; Straub, Patrick: *Quick-March! 15 Jahre Basel Tattoo. Emotionen, Anekdoten, Impressionen*, Basel 2022.
- Parak, Stephan: *Asylpraxis der Schweiz von 1979 bis 2019. Eine Bestandesaufnahme*, Bern-Wabern 2020.
- Pecinska, Ursula (Hg.): *Basel: Visionen und verpasste Chancen. Erinnerungen, Stellungnahmen, Polemiken*, Basel 2000.
- Pérez, José: *Ausschreibungsverfahren bei öffentlichen Beschaffungen. Theorie und Praxis im Kanton Basel-Stadt*, Basel 2004.
- Peyer, Peter F.: *Vom Sternenfeld zum EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg*, Basel 1996.
- Pfister, Benedikt: *Für Freiheit kämpfen. Die Geschichte des Basler Freisings*, Basel 2019.
- Pfister, Benedikt: *Die Katholiken entdecken Basel. Der Weg aus dem Milieu in die Gesellschaft*, Basel 2014.
- Pfister, Benedikt: *Jubiläumsschrift. 175 Jahre Gewerbeverband Basel-Stadt*, Basel 2009.
- Pfister, Dieter: *Basel - Die Schweizer Möbelstadt. Zur Entwicklung des Nordwestschweizer Möbelhandwerks und -handels und des Nachfragemarktes für Möbel und Einrichtungen im 20. Jahrhundert*, Basel 2023.
- Piatti, Barbara; Rogenmoser, Yvonne: *Feste und Bräuche in der Schweiz*, Zürich 2019.
- Pieth, Mark; Betz, Kathrin: *Seefahrtsnation Schweiz. Vom Flaggenzweig zum Reedereisereisen*, Zürich 2022.
- Piñeiro, Esteban: *Wohnungsnot als gesellschaftlicher Konflikt. Alfred Kunz und die Gemeinnützige Stiftung Wohnhilfe Basel*, Basel 2017.
- Piñeiro, Esteban: *Integration und Abwehr. Genealogie der schweizerischen Ausländerintegration*, Zürich 2015.
- Platz, Christian: *Basel Tattoo. Vom Morgenstraich zum Zapfenstreich*, Basel 2015.
- Portmann, Adolf: *Naturschutz wird Menschenschutz*, Zürich 1971.
- Prognos: *Bevölkerung und Wirtschaft der Region. Ökonomische und demographische Grundlagen-Untersuchung*, Basel 1965.
- Prognos (Hg.): *Das Phänomen PROGNOS. Ein Rückblick auf 40 Jahre Forschung und Beratung*, Basel 2001.
- Purtschert, Patricia; Lüthi, Barbara; Falk, Francesca (Hg.): *Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*, Bielefeld 2012.
- Ramseier, Claudia; Meneghini, Manuela: *Das ethnographische Museum im Spannungsfeld von Wissenschaft und Publikums-Orientierung. Eine Standortbestimmung der ethnographischen Museen in der Schweiz*, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Bern, Bern 2003.
- Raz, Florian; Schaub, Daniel: *75 Jahre Fussballverband Nordwestschweiz 1939–2014*, Basel 2014.
- Rechsteiner, Rudolf: *Grün gewinnt. Die letzte Ölkrise und danach*, Zürich 2003.
- Rechsteiner, Rudolf: *Umweltschutz per Portemonnaie. Wege zur sauberen Wirtschaft*, Zürich 1990.
- Regio-Forschungsinstitut Wenkenhof (Hg.): *Grenzgänger in der Nordwestschweiz. Ein Bericht*, Basel 1987.
- Regionalverband Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz (Hg.): *Wohngenossenschaften der Region Basel 1992–2012. Ein Projekt des Regionalverbands Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz zum UNO-Jahr der Kooperativen*, Basel 2012.
- Ritter, Markus: *Nach Schweizerhalle – ökologische Projekte in Basel*, in: Pecinska, Ursula (Hg.): *Basel: Visionen und verpasste Chancen. Erinnerungen, Stellungnahmen, Polemiken*, Basel 2000, S. 71–79.
- Ruby, Andreas; Shinohara, Yuma, SAM Schweizerisches Architekturmuseum: *Swim City*, Basel 2019.
- Ruckstuhl, Brigitte; Ryter, Elisabeth: *Von der Seuchenpolizei zu Public Health. Öffentliche Gesundheit in der Schweiz seit 1750*, Zürich 2017.
- Rudolf von Rohr, Christa: *Rausch Ekstase Sucht. Geschichte der Suchtpolitik des Kantons Basel-Stadt*, Basel 2014.
- Rüegg, Walter; Thiriet, Roger; Neumann-Braun, Klaus u. a. (Hg.): *On Air. Dreissig Jahre Lokalradio in der Schweiz*, Basel 2013.
- Salathé, René: *Basler und Baslerinnen auf Reisen. Eine Anthologie*, Basel 2013.
- Salvisberg, André: *Vom Zollfreilager zum Freilager: Kleine Namensretusche und grosser Funktionswechsel*, in: Neutraler Quartierverein Gundeldingen (Hg.): *Das Gundeli. Ein Basler Stadtquartier im Wandel*, Basel 2017, S. 214–224.
- Salvisberg, André: *Die Basler Strassenamen*, Basel 1999.
- Sancar, Annemarie: *Integrationsleitbilder und Integrationspolitik. Zur kontroversen Leit-*
- bild-Debatte in Zürich, Bern und Basel, in: Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik 19 (37)*, 1999, S. 137–145.
- Sandoz, Yvonne: *Kaiseraugst AG, Auf der Wacht, Parzelle 231, Pic, Grabung 1981*, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 1987.
- Sarasin, Philipp: *Stadt der Bürger. Bürgerliche Macht und städtische Gesellschaft. Basel 1846–1914*, Göttingen 1997.
- Schaffner, Nicholas: *Arbeitswelt Chemie im Werk Klybeck. Eine Ausstellung des Vereins für Industrie- und Migrationsgeschichte der Region Basel*, Basel 2022.
- Schär, Bernhard: *Tropenliebe. Schweizer Naturforscher und niederländischer Imperialismus in Südostasien um 1900*, Frankfurt a. M. 2015.
- Scherz, Bernhard; Wyss, Kurt: *Die Basler Picaso-Story*, Basel; Boston; Stuttgart 1981.
- Schibli, Sigfried (Hg.): *Musikstadt Basel. Das Basler Musikleben im 20. Jahrhundert*, Basel 1999.
- Schmutz-Best, Rémy: *Der Basler Bürgerspitalskandal der 1960er Jahre*, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 1995.
- Schneider-Sliwa, Rita; Kampschulte, Andrea; Sandtner, Martin u. a.: *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsdynamik der Nordwestschweiz*, Basel 2001.
- Schnyder, Arlette; Meyrat, Sibylle; Koellreuter, Isabel u. a.: *Riehen – ein Portrait*, Basel 2010.
- Schoch, Lukas: *Muslime in der Integrationspolitik der Städte Zürich, Basel und Bern*, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2011.
- Schubert, Axel: *habs. Geschichte, Ereignisse und Neues aus 40 Jahren habs*, Basel 2012.
- Schumacher, Beatrice: *Coolness (at) home. Der Kühlschrank und die eiskalte Revolution am heimischen Herd*, in: Bomberger, Thomas; Pfrunder, Peter (Hg.): *Schöner leben, mehr haben. Die 50er Jahre in der Schweiz im Geiste des Konsums*, Zürich 2012, S. 69–83.
- Schürch, Franziska; Baumeister, Miriam: *Schwimmen im Rhein, Lebendige Traditionen*, Juni 2018. Online: [https://www.lebendige-traditionen.ch/dam/tradition/de/dokumente/tradition/bs/schwimmen\\_im\\_rhein.pdf.download.pdf/schwimmen\\_im\\_rhein.pdf](https://www.lebendige-traditionen.ch/dam/tradition/de/dokumente/tradition/bs/schwimmen_im_rhein.pdf.download.pdf/schwimmen_im_rhein.pdf), abgerufen am 30.06.2023.
- Schuster, Meinhard: *Ausländerinnen und Ausländer in Kleinbasel: türkisch-kurdische Läden*, in: Meles; Brigitte; von Wartburg, Beat: *Leben in Kleinbasel 1392, 1892, 1992. Das Buch zum Jubiläum «600 Joor Glai- und Grossbasel zämme»*, Basel 1992, S. 168–179.
- Schütz, Dirk: *Herr der UBS. Der unaufhaltsame Aufstieg des Marcel Ospel*, Zürich 2008.
- Senn, Tobias: *Hochkonjunktur, «Überfremdung» und Föderalismus. Kantonalisierte Schweizer Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel Basler Landschaft 1945–1975*, Zürich 2017.

- Skenderovic, Damir; Späti, Christina (Hg.): 1968 - Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Basel 2008.
- Skenderovic, Damir; D'Amato, Gianni: Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulismus und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren, Zürich 2008.
- Speck, Barbara J.; Walt, Erna: Noch immer die Hälfte der Macht. Feministische Politik – wie weiter? Zehn Jahre Frauenliste Basel. Eine Festschrift, Bern 2003.
- Sportmuseum Schweiz; Rohner, Noemi; Mangold, Thilo: Sport- und Freizeitangebote der Basler chemisch-pharmazeutischen Industrie, in: Kreis, Georg; von Wartburg, Beat (Hg.): Chemie und Pharma in Basel, Bd. 2: Kreis, Georg u. a.: Wechselwirkungen einer Beziehung – Aspekte und Materialien, Basel 2016, S. 286–293.
- Stalder, Robert: Grats ins Theater, in: Pecinska, Ursula (Hg.): Basel: Visionen und verpasste Chancen. Erinnerungen, Stellungnahmen, Polemiken, Basel 2000, S. 59–64.
- Stefanovic, Jelena: Als aus Basel «Tschernobäbe» wurde. Die Bevölkerungsproteste in Folge der Chemiekatastrophe von Schweizerhalle am 1. November 1986, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 2008.
- Steffenino, Teresa: «Ich gehe ins Florama, weil ich von Natur aus ein Gewinner bin». Die Grün 80 in den Tageszeiten zwischen Text und Werbung, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 2020.
- Steinegger, Katharina: Aktuelle Herausforderungen ethnografischer Museen in Europa. (Postkoloniale) Kritik und das ethnografische Museum, Folgen und Herausforderungen am Beispiel der Neuausrichtung des Museums der Kulturen Basel 2011, unveröff. Masterarbeit, Universität Freiburg 2019.
- Stettler, Niklaus; Haenger, Peter; Labhardt, Robert: Baumwolle, Sklaven und Kredite. Die Basler Welthandelsfirma Christoph Burckhardt & Cie. in revolutionärer Zeit (1789–1815), Basel 2004.
- Stirnemann, Charles: Basel im 20. Jahrhundert. Ein Essay zur politischen Sozialgeschichte, in: Stirnemann, Charles; Thalman, Rolf (Hg.): Weltformat. Basler Zeitgeschichte im Plakat, Basel 2001, S. 8–62.
- Stolz, Philipp: Bewegte Frauen. Weibliche Perspektiven in der schweizerischen Jugendbewegung der frühen 1980er Jahre, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 2020.
- Straumann, Dominik: Stadt in Bewegung. 80er Jahre Jugendbewegung in Basel, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 2000.
- Straumann, Dominik: Jüdische Sportvereine in Basel, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 1999.
- Straumann, Tobias: Der kleine Gigant. Der Aufstieg Zürichs zu einem internationalen Finanzplatz, Bankhistorisches Archiv, Beiheft 45: Europäische Finanzplätze im Wettbewerb, 2006, S. 139–169.
- Studer, Brigitte; Schaufelbuehl, Janick Marina: Die 68er Bewegung und ihre Auswirkungen in der Schweiz, in: Schaufelbuehl, Janick Marina (Hg.): 1968–1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz, Zürich 2009, S. 9–33.
- Studer, Tobias: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen als Determinanten des Berufsbildes des Chemikers, in: Busset, Thomas; Rosenbusch, Andrea; Simon, Christian (Hg.): Chemie in der Schweiz. Geschichte der Forschung und der Industrie, Basel 1997, S. 233–252.
- Studer, Tobias: Die branchenmässige Struktur (Zusammenfassung), Basel 1979.
- Stumm, Reinhardt: Komödie Basel. Fünfzig Jahre Ach und Krach, Basel 2001.
- Suhr, Joel: Die Osttangente der N2 in Basel. Die Entstehung einer Opposition gegen die baselstädtische Verkehrsplanung, unveröff. Seminararbeit, Universität Basel, Basel 2018.
- Sulser, Hans-Ulrich: Der Strukturatlas der Regio, Basel 1967.
- Suter, Anja: 1980er-Jahre, in: Schmid, Denise (Hg.): Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Schweizer Frauengeschichte 1971–2021, Zürich 2020, S. 81–141.
- Sutter, Gaby: Von der Armenpflege zur Sozialhilfe. Methoden- und Funktionswandel der öffentlichen Fürsorge im 20. Jahrhundert, in: Mooser, Josef; Wenger, Simon (Hg.): Armut und Fürsorge in Basel, Basel 2011, S. 217–238.
- Tanner, Ariane: Spartakus – Hydra – Longo maí: eine transnationale 68er Geschichte, in: Schaufelbuehl, Janick Marina (Hg.): 1968–1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz, Zürich 2009, S. 249–258.
- Tanner, Jakob: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015.
- Thomann, Felix: Grün 80. Das Erinnerungsbuch, Basel 1980.
- Thomi, Matthias: Künstler mit nonkonformistischem Gedankengut provozieren die Schweiz. Zu den Skandalen um Kurt Fahrner und Josef Felix Müller im 20. Jahrhundert, unveröff. Masterarbeit, Universität Freiburg, Freiburg 2011.
- thuba AG: Examples, 90 Jahre thuba, Basel 2022.
- Timmermann, Carsten: Moonshots at Cancer. The Roche Story, Basel 2019.
- Toniolo, Gianni: Central Bank Cooperation at the Bank for International Settlements, 1930–1973, Cambridge 2005.
- Trachsler, Beat; Rhein, Dennis L.; von Rohr, Felix Rudolf: Basler Fasnacht für Basler und Nichtbasler, Basel 1992.
- Tréfás, David: Kleine Basler Pressegeschichte, Basel 2016.
- Tréfás, David: Die Kaserne in Basel. Der Bau und seine Geschichte, Basel 2012.
- Tréfás, David; Manasse, Christoph: Vernetzt, versorgt, verbunden. Die Geschichte der Basler Energie- und Wasserversorgung, Basel 2006.
- Vahrenkamp, Richard: Die logistische Revolution. Der Aufstieg der Logistik in der Massenkonsumentengesellschaft, Frankfurt a. M. 2011.
- Villard-Traber, Anneliese: Weit gebracht? Eine Chronik aus Basel über den langen Weg zur Gleichberechtigung, 1916–1991, Basel 1992.
- Vinken, Gerhard: Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau, Bern 2010.
- Voiron, Jeannette: Lebendige Traditionen im urbanen Raum. Die Basler Fasnacht, in: Bulletin SAGW, Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften 14 (3), 2014, S. 46–47.
- Walser, Rahel: Der edle Tropfen der Oberschicht. Die Basler Nachrichten, in: Rüegg, Walter (Hg.): Herausgefordert. Die Geschichte der Basler Zeitung, Basel 2012, S. 13–33.
- Weber, Christian: Analyse der Wirtschaftsstruktur des Kantons Basel-Stadt (1945–2018), unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2021.
- Weick, Gabriel: Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik im Kanton Basel-Stadt zwischen 1936 bis 1989. Mietpreiskontrolle – Mieterschutz – Staatlichkeit, unveröff. Masterarbeit, Universität Basel, Basel 2018.
- Wenger, Simon: Tradierung als Transfer? Das Konkubinatsverbot in der bürgerlichen Gesellschaft am Beispiel Basel 1837–1919, unveröff. Lizentiatsarbeit, Universität Basel, Basel 2009.
- Wenzel, Angelika: Von der Betreuung zur Integration. Wahrnehmungsmuster und -wandel der Arbeitsmigranten in der Ausländerbetreuung der Basler «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige» (GGG) in den 1960er Jahren, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde (106), Basel 2006, S. 79–111.
- Wichmann, Nicole; D'Amato, Gianni: Migration und Integration in Basel-Stadt. Ein «Pionierkanton» unter der Lupe, Neuchâtel 2010.
- Wiener, Daniel: Urbane Visionen, in: Ders. (Hg.): Wir sind die Stadt. Das Beispiel Werkstadt Basel, Basel 2001, S. 10–19.
- Wild, Roman: «Frau Mode ist launenhaft». Überlegungen zum Niedergang der Basler Seidenbandindustrie in den 1920er Jahren, in: Köhler, Ingo; Rossfeld, Roman (Hg.): Pleitiers und Bankrotteure. Geschichte des ökonomischen Scheiterns vom 18. bis 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2012, S. 287–316.
- Willy A. und Hedwig Bachofen-Henn-Stiftung (Hg.): Wilhelm Arnold Bachofen (1912–2000). Leben und Werk des Gründers der Basler Maschinenfabrik Willi A. Bachofen AG, Basel 2008.

- Wilpert, Clara B.: Paradigmenwechsel unter dem Museumsdach. Vom ehrwürdigen Museum für Völkerkunde und Schweizerischen Museum für Völkerkunde zum publikumsnahen Museum der Kulturen Basel, in: Baessler-Archiv: Beiträge zur Völkerkunde 49, 2001, S.35–40.
- Wunderlin, Dominik: Menschen zwischen Tag und Traum. Für Auswärtige und Nichtfasnachtler: um was es bei der Basler Fasnacht geht, in: Basler Magazin (6), 1999, S.1–3.
- Wyss, Benedikt: Fasnacht 1974: «Dr gross Bums», in: Verein Basler Geschichte (Hg.): Im Kleinen das Grosse entdecken. Kurzgeschichten aus der Basler Stadtgeschichte, Basel 2022, S.82–85
- Wyss, Oliver: Sozialismus ohne Wachstum und Technologie? Die Linke in der Schweiz und die Umweltfrage 1968–1990, unveröff. Dissertation, Universität Bern, Bern 2014.
- Zahn, Anina: Wider die Verunsicherung. Arbeitslosenkomitees in der Schweiz, 1975–2002, Zürich 2021.
- Zangger, Andreas: Koloniale Schweiz. Ein Stück Globalgeschichte zwischen Europa und Südostasien (1860–1930), Bielefeld 2011.
- Zeller, Christian: Globalisierungsstrategien. Der Weg von Novartis, Berlin 2001.
- Zindel, Josef: FC Basel 1893. Die ersten 125 Jahre, Basel 2018.
- Zimmer, Nina: «All you need is Pablo». Das «Picasso-Jahr» 1967, in: Menges Bürgi, Bernhard; Zimmer, Nina (Hg.): Kunstmuseum Basel. Gegenwart, Moderne, Alte Meister. Ein Museumsführer mit ausgewählten Werken, Basel 2016, S.80–83.
- Zürcher, Daniel: Die Haltung der Basler Gewerkschaften zur Arbeitsimmigration. Gewerkschaftskartell, SMUV und GTCP (1960–1981), in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 115, 2015, S. 207–234.
- Zürcher, Johannes Max: Umweltschutz als Politikum, unveröff. Dissertation, Universität Bern, Langenthal 1978.

## Bildnachweis

### Umschlagabbildung:

Fassadendetails der Roche-Türme, Foto: icona basel, Christoph Gysin

### Zeitstrahl S. 18:

Oben links: Plakatsammlung der SfG Basel, CH-000957-X:9639, Celestino Piatti

Oben rechts: 1335022/Keystone, Foto Silvio Mettler

Unten links: Alamy Stock Foto, 2GMDCEO

### Zeitstrahl S. 19:

Oben links: 44242990/Keystone, Foto Michael Kupferschmidt

Oben rechts: Roche Ltd, Foto Beat Ernst

Unten links: Schweizerisches Sozialarchiv, F Pd-0841, Foto Claude Giger

- 1 Privatarchiv Kurt Wyss
- 2 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>; <https://statistik.bs.ch/files/webtabellen/t11-1-01.xlsx>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 3 Aus: BIA, BSA, FSAI 1963, S. 254–255, Tafel 23
- 4 Privatsammlung, courtesy Galerie Mueller, Basel
- 5 StABS, BSL 1022 KA 6143 57, Foto Peter Moeschlin
- 6 StABS, BSL 1013 1-5540-1, Foto Hans Bertolf
- 7 StABS, BSL 1045h 2-3-13, Foto Hoffmann
- 8 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>; Moll; Sandtner; Saner 2002, Anhang 2.1; [https://www.statistik.bl.ch/web\\_portal/1\\_9](https://www.statistik.bl.ch/web_portal/1_9); [https://www.statistik.bl.ch/web\\_portal/1\\_3?sheet=6&Jahr=34](https://www.statistik.bl.ch/web_portal/1_3?sheet=6&Jahr=34). Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 9 StABS, BSL 1013 1-1558 3, Foto Hans Bertolf
- 10 Links: StABS, NEG 1472, Foto Wolf; Mitte: StABS, NEG 2100, Foto Wolf; rechts: Foto Hans Lobsiger
- 11 119619131/Keystone
- 12 ETH Zürich, Bildarchiv, Com\_FC04-4000-007, Foto Jules Vogt
- 13 StABS, ABL. 2011/10, Foto Peter Armbruster
- 14 Chemiemuseum Basel, Foto icona basel, Christoph Gysin
- 15 Privatbesitz Silas Gusset
- 16 StABS, PA 1306d B 1-4 (1) 3, Foto Harald Strub
- 17 33174950/Keystone, Foto Michael Kupferschmidt
- 18 624916135/Keystone, Foto Rolf Haid
- 19 HMB, Inv. 2007.371., Foto Natascha Jansen; Santiago Calatrava, 1988 / 2024, ProLitte-  
ris, Zürich
- 20 477\_Dreispietz Nord, Herzog & de Meuron
- 21 Quelle: Geodaten Kanton Basel-Stadt; Hochparterre 2019, S. 4–5. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 22 Privatbesitz Dominik Plüss
- 23 178337764/Keystone, Foto Georgios Kefalas
- 24 Foto Michael Fritschi
- 25 Privatarchiv Kurt Wyss
- 26 338974413/Keystone, Foto Josef Zimmermann
- 27 Plakatsammlung der SfG Basel, CH-000957-X:6450, Foto Ludwig Bernauer
- 28 Quelle: <https://www.bs.ch/regierungsrat/alt-regierungsraeete>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 29 Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt, <https://statistik.bs.ch/files/webtabellen/t17-3-06.xlsx>; <https://statistik.bs.ch/files/webtabellen/t17-1-01.xlsx>; Bundesamt für Statistik, <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/14836245>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 30 Quelle: Bundesamt für Statistik, [https://www.bfs.admin.ch/asset/de/je-d-17.02.01\\_12BS](https://www.bfs.admin.ch/asset/de/je-d-17.02.01_12BS). Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 31 Quelle: Bundesamt für Statistik, [https://www.bfs.admin.ch/asset/de/je-d-17.02.01\\_12BS](https://www.bfs.admin.ch/asset/de/je-d-17.02.01_12BS). Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 32 101251014/Keystone, Foto Kurt Baumli
- 33 Quelle: WEMF-Archiv: Auflagebulletins. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 34 StABS, BSL 1013 1-3026 4, Foto Hans Bertolf
- 35 Privatarchiv Claude Giger
- 36 Schweizerisches Sozialarchiv, F 5107-Na-22-072-002, Foto Gertrud Vogler
- 37 Schweizerisches Sozialarchiv, F Ka-0001-769
- 38 HMB, Inv. 2019-378., Foto Philipp Emmel
- 39 UB Basel, UBH Ztg 10:1992, S. 32
- 40 Privatbesitz
- 41 StABS, BSL 1013 1-3549 2, Foto Hans Bertolf
- 42 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 43 Privatarchiv Dominik Labhardt
- 44 HMB, Inv. 2019.337., Foto Andreas Niemz
- 45 Foto Roland Schmid
- 46 Privatbesitz Semseddin Yilmaz
- 47 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 48 HMB, Inv. 2011-333., Foto Peter Portner
- 49 225952344/Keystone, Foto Georgios Kefalas
- 50 Foto Roland Schmid
- 51 Plakatsammlung der SfG Basel, CH-000957-X:9747, Edi Hauri
- 52 Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/30245369>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 53 StABS, BSL 1022 KT 983, Foto Peter Moeschlin
- 54 Surprise Strassenmagazin, Foto Ruben Holinger
- 55 Aus: ETH-Studio Basel (Hg.): MetroBasel. Ein Modell einer europäischen Metropolitan-Region, Basel 2009, S. 86–87
- 56 Firmenarchiv Novartis, N Publ MI 000.334 #198
- 57 Foto Peter Heman
- 58 Foto Kathrin Schulthess
- 59 Foto Hans-Joerg Walter
- 60–74 Novartis Archiv, CG\_059-D3\_1-3
- 75 Quelle: Interpharma Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz, [https://www.interpharma.ch/wp-content/uploads/2022/05/Booklet\\_BSL\\_DE.pdf](https://www.interpharma.ch/wp-content/uploads/2022/05/Booklet_BSL_DE.pdf), S. 14–15. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 76 Privatarchiv Kurt Wyss
- 77 Privatarchiv Kurt Wyss
- 78 Plakatsammlung, ZHdK, Foto Richard Avedon
- 79 ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv, Com\_LC0623-000-007, Foto Comet Photo AG
- 80 Foto Christian Flieler
- 81 Schweizerisches Sozialarchiv, F 5107-Na-01-057-019, Foto Gertrud Vogler
- 82 Foto Daniel Häni
- 83 Privatarchiv Kurt Wyss
- 84 Schweizerisches Sozialarchiv, F Pb-0005-325
- 85 Schweizerisches Sozialarchiv, F Pb-0006-066; <https://www.anyway-basel.ch/>
- 86 Schweizerische Nationalbibliothek, Rf3627/1929–1972 (Wochenzeitschrift «Sie+Er», Nr. 34/1971)
- 87 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 88 HAR, PH.100 501652
- 89 Privatarchiv Dominik Labhardt
- 90 Schweizerisches Sozialarchiv, F 5133-Ob-013, Foto Hans Kämpf
- 91 Fotostiftung Schweiz, 2007.79.098, Foto Barnabás Bosshart
- 92 StABS, BSL 1013 1-7091 1, Foto Hans Bertolf
- 93 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 94 StABS, BSL 1013 1-6051 1, Foto Hans Bertolf
- 95 StABS, PD-REG 5b 2-5
- 96 Tages-Anzeiger, 24.07.2017, Karikatur Felix Schaad
- 97 StABS, ABL. 2021/103 (Dieter Ehrlich), Foto icona basel, Christoph Gysin
- 98 Foto Kathrin Schulthess
- 99 Foto Roland Schmid
- 100 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente

- 101 StABS, ABL. 2011/10, Foto Peter Armbruster
- 102 Emanuel Hoffmann-Stiftung, Depositum in der Öffentlichen Kunstsammlung Basel, Foto Kunstmuseum Basel, Martin P. Bühler; The Andy Warhol Foundation for the Visual Arts, Inc. / 2024, ProLitteris, Zürich
- 103 Aus: Sonderbeilage der Basler Nachrichten vom 18.10.1961, Foto Paul Merkle
- 104 StABS, BSL 1022 KT 2863, Foto Peter Moeschlin
- 105 Bank for International Settlements, Basel, Archive, Historical.photos.025, 1972
- 106 Architekturzentrum Wien, Foto Margherita Spiluttini
- 107 Diener & Diener Architekten
- 108 Foto Margherita Spiluttini
- 109 Vittorio Magnago Lampugnani, Studio di Architettura
- 110 Foto Walter Mair
- 111 paolacorsini\_WLG\_27, Foto Paola Corsini
- 112 Foto Christian Flierl
- 113 Aus: Rhein 1988, S. 159–160
- 114 Privatarchiv Kurt Wyss
- 115 StABS, BSL 1013 1-7131 1, Foto Hans Bertolf
- 116 Hip Hop Museum Schweiz
- 117 Sammlung Clubkultur in der Schweiz, CCCH\_APL\_043, Foto Andy Pal
- 118 <https://www.festzeit.ch/>
- 119 338974494, Keystone, Foto Jaques Gardin
- 120 Quelle: Kanton Basel-Stadt: Jahresbericht Abteilung Kultur 2014; Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/30145093>. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 121 Foto Peter Armbruster, aus: Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park (Hg.): Kraft der Visionen. Die Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park Basel, 1953–2003, Basel 2004, S. 79
- 122 Quelle: <https://www.fcb-archiv.ch/auswertungen/zuschauerschnitt>; Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park, Basel 2004, S. 275. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 123 LkL/joggeli.ch
- 124 Museum FC Basel
- 125 Quelle: <https://statistik.bs.ch/apps/jahrbuch>; StABS ED-REG 37a 7-1 (2), Besucherstatistik nach Jahren. Bearbeitung: Nico Görlich / Moritz Twente
- 126 Privatarchiv Claude Giger
- 127 Privatarchiv Roland Schmid
- 128 StABS, BSL 1060c 3/12/492A, Foto Jeck, Rolf Walter
- 129 StABS, BSL 1013 1-1293 1, Foto Hans Bertolf
- 130 Museum der Kulturen Basel, Foto Omar Lenke
- 131 235987186/Keystone, Foto Georgios Kefalas

## Personenregister

### A

Arber, Werner (geb. 1929) 151  
Arslan, Sibel (geb. 1980) 116  
Atici, Mustafa (geb. 1969) 116  
Avedon, Richard (1923–2004) 170

### B

Bachmann, Guido (1940–2003) 50  
Ballmer, Theo (1902–1965) 258  
Baur, Hermann (1894–1980) 249  
Benthaus, Helmut (geb. 1935) 280  
Beuys, Joseph (1921–1986) 287  
Beyeler, Ernst (1921–2010) 247, 258  
Beyeler, Hilda (genannt Hildy) (1922–2008) 247  
Black Tiger (eigentlich Urs Bauer) (geb. 1972) 268  
Blank, Eduard (1924–1997) 105  
Blocher, Christoph (geb. 1940) 89  
Borner, Silvio (1941–2020) 136  
Brunetti, Aymo (geb. 1963) 136  
Bühler, Alfred (1900–1981) 292  
Burckhardt, Lucius (1925–2003) 37  
Bruckner, Trudl (1916–2018) 258

### C

Calatrava, Santiago (geb. 1951) 54–55  
Carson, Rachel (1907–1964) 40–41

### D

Davis, Miles (1926–1991) 284  
de Meuron, Pierre (geb. 1950) 248  
Diener, Roger (geb. 1950) 248  
Dietschi, Eugen (1896–1986) 85  
Düggelin, Werner (1929–2020) 264  
Dylan, Bob (geb. 1941) 277

### E

Ehrlich, Dieter (geb. 1940) 224  
Elfassi-Weijl, Tally (geb. 1960) 176  
Elizabeth II. (1926–2022) 46  
Erbacher, Felix (geb. 1947) 36  
Eymann, Christoph (geb. 1951) 81

### F

Facklam, Peter (1930–2023) 212, 272, 274  
Fahrner, Kurt (1932–1977) 267  
Federer, Roger (geb. 1981) 279  
Feldges, Mathias (1937–2022) 79, 109  
Felix, Hansruedi (geb. 1957) 234  
Fetz, Anita (geb. 1957) 85, 92, 94  
Forster, Martin (geb. 1963) 185  
Frey, René L. (geb. 1939) 56–57  
Frisch, Max (1911–1991) 244

### G

Gasser, Adolf (1903–1985) 40  
Gehry, Frank (geb. 1929) 149  
Gerster, Trudi (1919–2013) 80  
Gerstner, Karl (1930–2017) 258  
Glaser, Curt (1879–1943) 290, 296  
Grass, Günter (1927–2015) 262  
Grossert, Michael (1927–2014) 266–267  
Gwen, Anouchka (geb. 1997) 297  
Gysin, Remo (geb. 1945) 79

### H

Hadid, Zaha (1950–2016) 55  
Hammel, Hans-Peter (alias -minu) (geb. 1947) 228  
Hauri, Edi (1911–1988) 130  
Heeb, Christian (geb. 1953) 87  
Herrmann, Walter (geb. 1943) 50, 53  
Herzog, Eva (geb. 1961) 85, 120  
Herzog, Jacques (geb. 1950) 248  
Hill, Lauryn (geb. 1975) 284  
Hilt, Balz (1921–1997) 258  
Hofmann, Armin (1920–2020) 258  
Hoffmann, Emanuel (1896–1932) 245  
Hoffmann, Maja (geb. 1956) 245  
Huber, Dorothee (geb. 1952) 248

### J

Jackson, Michael (1958–2009) 277  
Jans, Beat (geb. 1964) 120  
Jerne, Niels (1911–1994) 151

### K

Kappeler, Beat (geb. 1946) 175  
Keller, Esther (geb. 1984) 86  
Keller, Sam (geb. 1966) 260  
Kessler, Thomas (geb. 1959) 212  
Köhler, Georges (1946–1995) 151  
Kunz, Alfred (1922–2012) 201

### L

Lampugnani, Vittorio Magnago (geb. 1951) 254  
Lanz, Anni (geb. 1945) 109  
Leibbrand, Kurt (1914–1985) 25–27, 29  
Lewin, Ralph (geb. 1953) 56  
Luana (eigentlich Stephanie Cea) (1968) 269

### M

Maeglin, Rudolf (1892–1971) 28  
Mäder, Ueli (geb. 1951) 140  
Maissen, Toya (1939–1991) 143  
Marden, Brice (1938–2023) 55  
Mascarin, Ruth (geb. 1945) 78  
Miville, Carl (1921–2021) 85  
Moret, Marc (1923–2006) 51  
Morin, Guy (geb. 1956) 83  
Müller, Paul (1899–1965) 40  
Munck, Eckehard (1934–2016) 152

### O

Oeri, Gisela (genannt Gigi) (geb. 1955) 280  
Oeri, Maja (geb. 1955) 245–246  
Oppenheim, Meret (1913–1985) 296  
Ospel, Marcel (1950–2020) 165–167

### P

Paravicini, Mary (1912–2002) 40  
Piano, Renzo (geb. 1937) 247  
Picasso, Pablo (1881–1973) 242–244, 296  
Plattner, Gian-Reto (1939–2009) 85  
Pletscher, Alfred (1917–2006) 151  
Portmann, Adolf (1897–1982) 40–41

### R

Rasser, Alfred (1907–1977) 80, 128  
Ratti, André (1935–1986) 208  
Rechsteiner, Rudolf (geb. 1958) 67  
Renz, Irène (geb. 1961) 99  
Ruder, Emil (1914–1970) 258  
Rudin, Nelly (1928–2013) 258

### S

Sacher, Paul (1906–1999) 245  
Sacher-Hoffmann (-Stehlin), Maja (1896–1989) 245–246  
Sarasin, Alfred E. (1922–2005) 162, 165, 167  
Schaller, Veronica (geb. 1955) 92, 97  
Schild, Jörg (geb. 1946) 212  
Schneider, Barbara (geb. 1953) 60  
Schnyder, Karl (1931–2016) 80  
Schmid, Anna (geb. 1960) 292–294  
Schwarzenbach, James (1911–1994) 105  
Serra, Richard (1938–2024) 267  
Spiess, Gertrud (1914–1995) 91  
Spillmann, Andreas (geb. 1959) 247  
Staechelín, Peter G. (1922–1977) 242–243  
Steffen, Thomas (geb. 1961) 64  
Straubhaar, Thomas (geb. 1957) 136  
Strawinsky, Igor (1882–1971) 245  
Striebel, Hans-Rudolf (geb. 1930) 50  
Sulzer, Alain Claude (geb. 1953) 295

### T

Tinguely, Jean (1925–1991) 245, 287  
Tonegawa, Susumu (geb. 1939) 151  
Tschudi, Hans-Peter (1913–2002) 28, 120, 192–193  
Tschudi-Steiner, Irma (1912–2003) 192–193  
Turner, Tina (1939–2023) 277

### V

Vischer, Ueli (geb. 1951) 54  
Vogel, Christina (1959–2013) 204–205, 207, 213

## W

Wanner, Aeneas (geb. 1979) 64  
Warhol, Andy (1928–1987) 246  
Weder, Hansjürg (1928–2018) 48, 80  
Weingart, Wolfgang (1941–2021) 258  
Wenk, Willi (1914–1994) 85  
Wiener, Daniel (geb. 1953) 58  
Wilpert, Clara (geb. 1941) 291–292  
Wullschleger, Max (1910–2004) 44, 116–117  
Wyss, Edmund (1916–2002) 280

## Y

Yilmaz, Semseddin (geb. 1966) 112

## Z

Zumthor, Peter (geb. 1943) 247

## Sach- und Ortsregister

### A

Abfall 12, 32, 42–44, 46, 66  
Abtreibung 198  
Abwasser 32, 42  
Actelion 158  
Agglomeration 31, 34–35, 103–104, 119, 135, 141, 223  
Aids 204, 207–213, 312  
Aids-Hilfe beider Basel 204, 208, 210  
Aktivismus 40–41, 45, 49–50, 75, 78, 92, 97, 208  
Altersheim 34, 222–223  
Alte Stadtgärtnerei (ASG) 49, 273–274  
Arbeiterschaft 13, 33–34, 43, 79, 99, 102–106, 114, 127, 138, 139, 145–147, 174, 234, 264, 269  
Arbeitslosigkeit 104, 132–134, 138–139  
Architektur 26, 54, 132, 142, 149, 168, 214, 219, 247–257  
Armut 33, 56–57, 138–140  
Art Basel 169, 171, 258–261  
A-Stadt 57  
Asyl 102, 106–111  
Atomkraftwerke (AKW) 12, 47–49, 150  
Aufwertung 36, 59, 169, 228  
Ausländerpolitik, siehe Migrationspolitik  
Ausländerstimmrecht 58, 116  
Ausschaffung 106, 110–111  
Autobahn 26–29, 36, 44, 49, 60  
Autonomes Jugendzentrum (AJZ) 18, 79–80, 207  
– Autonomes Jugendzentrum Claragraben 79, 205  
– Autonomes Jugendzentrum Hochstrasse 79, 205

### B

Balkan 109  
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 164–165, 251  
Bar 224, 227  
Bärenstag 289  
Basel-Landschaft 34–35, 52, 96, 102, 116–119, 137, 142, 169, 170, 212, 265  
Basels starke Alternative (BastA!) 83, 85  
Basel Tattoo 283–286  
Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU) 42  
Basler Börse 162–164  
Basler Handelsgesellschaft / Union Trading Company (UTC) 175–177  
Basler Kantonalbank (BKB) 167  
Basler Mission 175, 291  
Basler Nachrichten (BN) 87, 89  
Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) 56, 119, 283  
Basler Versicherung 168  
Basler Zeitung (BaZ) 54, 87–89, 101, 131, 175  
Behinderungen 14, 86, 296  
Bell 29, 62, 181, 274  
Beratungsstelle 93, 106, 111, 209

Besetzung 41, 45, 49, 75, 79, 92, 106–107, 205, 219–220, 272–274  
Bettingen 33, 83, 88, 117  
Bildung 31, 99–102, 201  
Biotechnologie 119, 149, 157  
Biozentrum 31, 150–151  
Bischoff+Rüegg 54  
Brauerei 134, 274  
Breite 28, 29, 34, 114  
Brücke 31, 54–55, 58, 209, 226, 229  
Bruderholz 33, 87, 114, 201, 264  
Bruttoinlandprodukt (BIP) 129, 159, 183  
Burckhardt + Partner 251  
Bürgergemeinde 65, 115, 139  
Büro 9, 109, 144, 149, 161, 166, 170, 179, 181, 183, 215, 221, 248

### C

Cannabis 213  
Chemisch-pharmazeutische Industrie 14–15, 43, 53, 131, 144–146, 158, 185, 244  
Christ & Gantenbein 256  
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP, ab 2021 Die Mitte) 13, 43, 74, 79, 84–87, 91  
Christoph Merian Stiftung (CMS) 63, 115, 244, 246  
Ciba 131, 144–145, 148, 152  
Ciba-Geigy (bis 1970 Ciba und Geigy) 18, 40, 45, 53, 131, 144–145, 147–148, 152, 154, 258  
Cityring 26, 36, 39–41, 45  
Club of Rome 41  
Cluster 142–143, 152, 158, 177  
Computer 175, 180–183  
Container 174, 177–178  
Coop 29, 162, 180–181  
Covid-19, Corona 120–121, 171, 183, 275, 279

### D

*Daig* (Bezeichnung für Patriziat) 14, 160, 166, 246  
Danzas 131, 174–175, 179  
Deindustrialisierung 127–128, 134, 138, 146, 148  
Dekolonialisierung 175–176, 292  
Demokratisch-Soziale Partei Basel-Stadt (DSP) 13, 79–80, 84  
Demonstration 41, 48, 51, 64, 75–77, 79, 95, 107, 138, 197, 274, 294–295  
Denkmalschutz 38–39  
Detailhandel 30, 181  
Diener & Diener Architekten 149, 219, 248, 253  
Dienstleistungssektor 136, 138, 161  
Digitalisierung 89, 126–128, 138, 175, 180–183, 185  
Disco 205, 227, 272, 274  
Diversität 14, 290, 295, 297  
DNA 152–153  
Dreispitz 61–62, 179, 285  
Drogenpolitik 205, 207, 210–212  
Drogensucht 204, 207, 211

### E

Ehe 197, 199–201  
Einbürgerung 115  
Einwohnerzahl 12  
Elsass 32–33, 48, 119, 145  
Energiepolitik 67  
Energieverbrauch 46, 65  
Erlenmattquartier 63–64, 180  
Esch Sintzel Architekten 256  
Europa / EU 16, 25, 38, 88, 109, 136–137, 141, 167, 172, 174, 176, 201, 212, 262, 264, 268, 278, 280  
Expats 16, 113–114, 141  
Exportwirtschaft 15, 158, 176–178

### F

Fabrik 43, 104, 128, 132, 135, 137, 144, 179  
Familie 46, 94, 104, 109, 162, 172, 192–193, 201, 204, 214, 245, 284  
Fasnacht 15, 19, 165, 260, 262, 287–289, 294–295  
FC Basel (FCB) 245, 264, 277–282  
Fernsehen 88, 208, 214, 281, 284  
Festival 15, 241, 283–286, 296–297  
Fichenaffäre 75  
Finanzplatz 167, 241  
Fixerstübli, siehe Gassenzimmer  
Flughafen 120, 130–131, 176, 258  
Fondation Beyeler 19, 247, 260  
Forschung 150–156, 162, 185  
Frauenanteil 13, 19, 74, 91, 96, 99  
Frauenbewegung 91–93, 95, 97–99, 198  
Frauenhaus 93  
Frauenliste Basel 97–99  
Frauenrechte, siehe Gleichstellung  
Frauenstimmrecht 76, 90–91, 202  
Frauenstreik 96, 98–99  
Frauzentrale 91, 93, 97–98  
Frauzimmer 92, 197  
Freiraum 80, 272, 274  
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) 13–14, 74, 77, 79, 81–82, 84–87, 111, 211  
Fremdenfeindlichkeit 82, 105–106, 109  
Fremdenpolizei 104–105, 109  
Fremdplatzierung 192–194  
Fusion  
– Fusion, Kanton 116–119  
– Fusion, Unternehmen 18, 87–88, 119, 141, 145, 148–149, 165–166  
– Fusion, Parteien 81  
Fussball 230, 265, 279–280, 282

### G

Gassenzimmer 210–212  
Gastronomie 95, 134, 226–227  
Gefängnis 110–111  
Geigy 40, 131, 145, 258  
Genossenschaft 114, 217, 221–222, 277  
Gentechnologie 15, 150

Gesamtverkehrsplan 25–26  
 Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) 106  
 Gesundheitswesen 32, 56, 119, 158  
 Gewalt 93, 95, 193–194, 205, 209, 281  
 Gewerbe 134, 136–138  
 Gewerbeverband 138  
 Gewerkschaften 105–106, 138–139  
 Gleichstellung 73, 80, 83, 90–99, 139, 198  
 Gleichstellungsbüro 96–97  
 Graffiti 15, 267–269  
 Grafik 27, 130, 258  
 Grenzgängerinnen, Grenzgänger 13, 26, 33, 118, 139, 141  
 Grossbasel 289  
 Grosser Rat 13, 29, 49, 60, 64, 73–74, 80, 82, 84, 86, 91, 94, 97, 100, 102, 112, 116, 168, 203, 213, 242, 275  
 Grün 80 18, 46–47, 119  
 Grüne Partei (GP) 83  
 Grünliberale Partei (GLP) 14, 84, 86  
 Guggenmusik 295  
 Gundeldingen 114, 134

**H**  
 Hafen 16, 42, 62, 64–65, 172–174, 177  
 Handelskammer 88, 129, 137–138, 141  
 Hanfläden 213  
 Haus der Elektronischen Künste 276, 286  
 Hauseigentümergeverband 221  
 Haushalt 32, 97, 191, 193, 204, 214, 221, 228  
 Heimatschutz 38, 54, 80  
 Heimwesen, siehe Fremdplatzierung  
 Heizung 32, 65  
 Helvetia 90, 161, 166, 168  
 Heroin 212  
 Herzog & de Meuron 61, 149, 248, 253  
 Heterosexualität 198, 201  
 Hip-Hop 241, 268–269  
 HIV, siehe Aids  
 Hochhaus 59, 149, 152, 154, 160–161, 169, 177, 181  
 Hochkonjunktur 34, 36, 38, 104, 128, 133, 146, 161, 215–216, 223  
 Homosexuelle Arbeitsgruppen Basel (habs) 195–196  
 Hooligans 281  
 Hydra 78

**I**  
 Industrie 14–15, 42–43, 45, 53, 61, 87, 127, 129, 131, 134–135, 139, 144–147, 149, 158–159, 185, 228, 244  
 Industrielle Werke Basel (IWB) 56, 67  
 Inklusion 58, 86, 296–297  
 Integration 14, 73, 86, 102, 111–113, 116, 129, 137, 231  
 Iselin 160, 222  
 Islam 111, 232–234  
 Italienerinnen, Italiener 107–108, 115, 139

**J**  
 Judentum 230, 232, 234, 276, 290, 296  
 Jugendamt 192, 194, 206  
 Jugendkultur 14, 194, 224, 275  
 Jugendliche 35, 48, 52, 73, 76, 79, 80, 99, 191–194, 196, 205–206, 213, 217–218, 226, 243, 265, 267–268, 271–272, 274  
 Jugendtreffpunkte 226, 272, 274

**K**  
 Kaiseraugst 12, 47–49, 145, 150  
 Kartelle 136–137  
 Kaserne 93, 197–198, 209, 213, 275, 285, 297  
 Kinderbetreuung 86, 92, 97, 202–203  
 Kino 76, 192, 272, 283–284  
 Kirche 232–233  
 Kleinbasel 26, 31, 33, 58, 102–103, 111, 114, 165, 201, 204, 207, 209–210, 224, 226, 228, 284, 289  
 Kleinhüningen 33, 172–173, 179, 195, 264, 269  
 Klimanotstand, Klimapolitik 12, 64, 67  
 Klybeck 33, 63, 112, 147–148, 180, 197, 264  
 Kolonialismus 175–176, 290–293, 297  
 Kommune 194, 217–219  
 Konkubinsatsverbot 199–200  
 Konsum 23–24, 32, 75, 172, 191, 205–206, 210, 230  
 Konzern 131, 143, 147, 158, 167, 175, 177, 178, 183, 185  
 Kreativwirtschaft 142  
 Kulturelle Aneignung 296  
 Kulturstadt Jetzt 275  
 Kunsthalle 162, 285  
 Kunstmuseum Basel 242–244, 247, 256, 260, 262, 267  
 Kurdinnen, Kurden 108, 112, 116

**L**  
 Labor 40, 143–144, 149, 152, 154, 185  
 Landesgrenzen 46, 61, 119–121, 129, 141  
 Landesring der Unabhängigen (LdU) 40, 80, 84, 91  
 Landwirtschaft 128, 143, 152, 156, 158  
 Lesben 195, 197, 201  
 LGBTQI+ 195–198  
 Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt (LDP) 13–14, 54, 74, 79, 81, 86–87, 91, 160, 212, 221, 275  
 Life Sciences 14, 59, 127, 142–143, 149, 151–152, 158–159, 177, 185  
 Literaturfestival Basel (BuchBasel) 285  
 Littering, siehe Abfall  
 Lohn 96, 98, 105, 134–135, 139  
 Lonza 158, 251  
 LSD 144

**M**  
 Manager 127, 137, 165–167  
 Manor (bis 1994 Rheinbrücke) 31, 179

Marketing 145, 260  
 Matthäus 33, 111, 114, 264  
 Mäzenatentum 244–247  
 MCH Group 16, 169, 171  
 Medikamente 144–145  
 Meisterfeier 280–281  
 Miete 30, 139, 183, 220–221  
 Mieterverband 220  
 Migrantenorganisation 58, 114, 116, 231  
 Migrationspolitik 81, 102, 105–106, 111, 113  
 Museum 233, 243–245, 247, 276, 286, 290–294, 296  
 Museum der Kulturen Basel 276, 291–294  
 Museum für Gegenwartskunst 244, 246, 276  
 Museumsnacht 283, 285  
 Mustermesse Basel (muba) 88, 91, 169–170

**N**  
 Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat (NA) 13, 81  
 National-Zeitung (NZ) 36, 87–89, 132, 205  
 Negro Rhygass 294–295  
 Neubad 196  
 Neue Linke 76, 78, 91  
 Nordtangente, siehe Autobahn  
 Novartis 18, 59, 62, 148–149, 158, 166, 254

**O**  
 Öffentliche Krankenkasse (ÖKK Basel) 168  
 Organisation für die Sache der Frau (OFRA) 92, 97–98  
 Orientierungsschule (OS) 100–102  
 Osttangente, siehe Autobahn

**P**  
 Panalpina 131, 175  
 Park (nur Grünanlagen) 47, 63, 66, 96, 119, 195, 201, 204, 207, 242, 274  
 Parkplatz 24, 60  
 Partei der Arbeit (PdA) 74–75, 78, 84  
 Party 63, 271  
 Patria 160–161, 166, 168  
 Pendlerinnen, Pendler, siehe Grenzgängerinnen, Grenzgänger  
 Picasso-Story 144, 245, 296  
 Polizei 76–77, 79–80, 95, 107, 109, 165, 195, 205, 209, 213, 217, 267, 272–273, 278, 287  
 Prävention 65, 206, 208, 212, 213  
 Progressive Organisationen Basel (POB)/ Progressive Organisationen Schweiz (POCH) 13, 39, 76–78, 83, 91–92  
 Prostitution 209, 265  
 Protest 37, 48, 73, 76–77, 95–96, 106, 139, 197, 220, 262  
 Provenienzforschung 294  
 Psychiatrie 192  
 Punk 241, 271–272

**Q**

Quartiersekretariat 58  
Quartiertreffpunkt 204

**R**

Radikal-Demokratische Partei (RDP) 43, 81–82  
Radio 50, 87–88, 215, 245  
Rassismus 109, 284, 289, 294  
Raubkunst 290  
Rechtspopulismus 13, 80–82  
Regierungsrat 44, 49, 75, 80, 83–84, 86, 93–94,  
99, 100, 109–110, 113, 169, 210, 212, 220, 222,  
272, 280  
Regio Basiliensis 129  
Region 15, 43, 47, 50, 57, 64, 87–89, 104, 129–130,  
135, 138, 142–143, 145–148, 151, 158–159, 169, 173,  
177, 185, 231, 247, 271, 276, 279–282, 284, 297  
Rezession 18–19, 54, 104, 107, 132–133, 138, 164,  
215, 216  
– 1990er-Jahre 54, 138–140  
– Dotcom-Blase 2000 182  
– Finanzkrise 2007 167–168  
– Ölpreiskrise der 1970er-Jahre 33, 35, 132,  
146, 258  
Rhein 26, 35, 42–43, 50–53, 58, 65, 128, 172, 174,  
213, 227–228, 283, 289  
Riehen 19, 33, 83, 110, 114, 117, 205, 223, 247  
Roche 19, 23, 43, 59, 62, 131, 137, 145–146, 149,  
152, 158, 162, 203, 245  
Rockförderverein (ab 2021 Musikbüro Basel)  
275–276, 297  
Rock'n'Roll 224, 241, 269–271  
Rolling Stones 144, 277–278

**S**

Saisonniers 33, 103–107  
Sandoz (ab 1996 Novartis) 50–51, 53, 131, 146,  
148, 150, 152, 215  
Schappe (auch Florettseide) 135  
Scheidung 143, 194, 200  
Schiffahrt, siehe Hafen  
Schlachthof 29–30, 32  
Schweizerhalle 12, 15, 18, 23, 50–53  
S AM Schweizerisches Architekturmuseum (bis  
2006 Architekturmuseum) 248, 276  
Schweizerischer Bankverein (SBV) 131, 162, 182  
Schweizerische Volkspartei (SVP) 14, 82  
Schulenburgbewegung 195, 197, 207–208  
Seveso 43, 87, 148  
Sexismus 93, 95, 289  
Sexualität 92–93, 192, 195, 197–198, 200, 208,  
267  
Shift 285  
Silvia Gmür und Livio Vacchini 254  
Sinfonieorchester 245, 276, 297  
Skulptur 266–267  
Sommercasino 272, 274  
Sozialdemokratische Partei (SP) 13, 29, 43–44,  
56, 60, 67, 74–75, 77–80, 83, 85–86, 97, 105–  
106, 109, 112, 116, 120, 275

Soziale Bewegungen 73, 78, 97  
– 68er-Bewegung 39, 75–80, 194, 198, 202,  
217, 271  
– 80er-Jugendbewegung 15, 79–80, 274  
Sozialhilfe 115, 139  
Spekulation 167, 221  
Spielplatz 201, 204, 242  
Spital, siehe Gesundheitswesen  
Sport 64, 226, 230  
Spritzen 210–212  
Staatshaushalt 19, 34–35, 56  
Stadtcasino 55, 245, 260, 262, 269, 271  
Städtepartnerschaft 262  
Standortpolitik 121  
Start-up 158  
Steinenvorstadt 272, 274, 284  
Steuern 129, 165  
Stiftungswesen 246, 247  
St. Alban 33, 160, 168, 244  
St. Jakob-Stadion, St. Jakob-Park 59, 277–279  
St. Johann 49, 66, 111, 114, 214–215, 219, 222, 274  
Subkulturen 241, 268–269, 272, 274–276  
Subventionen 93, 202, 264, 274–276, 297  
Surprise, Strassenmagazin 140  
Suter + Suter 36, 251  
Swiss Indoors 278–279  
Syngenta 158

**T**

Techno 270, 272, 283  
Telefon 55, 214  
Textilproduktion 135  
Theater 15, 162, 213, 241, 262, 264–265, 271, 273,  
275–276, 283  
Tourismus 260, 262  
Transformationsareal 61–62, 179  
Türkinnen, Türken 108, 116, 231

**U**

UBS 165–168  
Ueli-Bier 134  
Ultra Brag 177  
Umnutzung 179, 184, 221, 233, 273  
Umweltschutz 12, 39–40, 42–44, 46, 57, 65, 67,  
80, 83, 169  
UNESCO 19, 287, 294  
Universität Basel 16, 18, 31, 40, 53, 56, 76, 97, 98,  
117–118, 150–151, 166, 179, 192, 217, 292  
Unser Bier 134

**V**

Verein Studentische Wohnvermittlung (WoVe)  
219  
Verfassung 83, 94, 116–117, 201  
Versicherung 160–161, 166, 168, 230  
Verwaltung 14, 45, 54, 56, 58, 95, 96, 98, 128, 212  
Vier-Säulen-Modell 210–212  
Vogel Gryff 111, 289

**W**

Warteck Brauerei 134, 274  
Werkstadt Basel 57–58  
Wiedervereinigung, siehe Fusion, Kanton  
Wirtschaftskrise, siehe Rezession  
Wohnfläche 12, 214  
Wohngemeinschaften 191, 194, 206, 217, 219  
Wohnungsbau 58, 83, 221–222  
Wohnungsmarkt 216, 220, 222

**Z**

Zeitung 87–89  
Zensur 265, 267, 287  
Zentralwäscherei Basel (Zeba) 138–139  
Zwischennutzung 63, 274

## Autorin und Autoren

### **Tobias Ehrenbold**

Geboren 1982. Studium der Geschichte und der Kulturwissenschaften an den Universitäten Basel und Luzern sowie an der Northeastern University, Boston, USA. Internationale Vermittlungs- und Archivprojekte im Bereich der Wirtschafts- und Kulturgeschichte, Verfasser diverser Publikationen, unter anderem über die Geschichte der Basler Pharmaindustrie und ihre globalen Verflechtungen.

### **Silas Gusset**

Geboren 1992. Studium der Geschichte und der Deutschen Philologie an der Universität Basel. Forschungs- und Vermittlungsprojekte in der Sozial- und Medizingeschichte, insbesondere zur Geschichte der Psychiatrie in der Schweiz. Seit 2020 Mitarbeiter in einer Agentur für Kulturmanagement und Kommunikation in der Region Basel.

### **Martin Lengwiler**

Geboren 1965. Seit 2009 Professor für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Basel. Forscht und lehrt zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, zur Geschichte des Sozialstaats und zur Wissenschaftsgeschichte. Forschungsaufenthalte in Paris, Irvine (USA) und Berlin. Er war Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission zur Aufarbeitung der administrativen Versorgung und des Leitungsgremiums des Nationalen Forschungsprogramms 76 «Fürsorge und Zwang».

### **Anina Zahn**

Geboren 1987. Studium der Geschichte und Philosophie in Fribourg und Zürich. Promotion an der Universität Basel zur Geschichte von Arbeitslosenbewegungen in der Schweiz, 1975–2002. Weitere Forschungs- und Vermittlungsarbeiten zur Geschichte des Sozialstaates und zu sozialen Bewegungen. Seit 2023 Geschichts- und Philosophielehrerin am Gymnasium Muttenz.

## Dank

Im Sommer 1992, als Basel mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, stimmte die Bevölkerung gegen das Projekt einer neuen Basler Stadtgeschichte. Erst im zweiten Anlauf klappte es – dieser Band ist eines der Ergebnisse davon. In erster Linie wollen wir uns also bei allen bedanken, die das Projekt Stadt.Geschichte.Basel ermöglicht haben: dem Verein Basler Geschichte, dem Kanton und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie allen privaten Geldgebern.

Dieser Band profitierte von der Begleitung durch einen Beirat, dem Georg Kreis, Philipp Loser und Stefanie Mahrer angehörten. Ihnen gilt unser besonderer Dank für die sorgfältige Lektüre verschiedener Textfassungen. Wir möchten uns auch bei den früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Bandes bedanken, die einen wichtigen Anteil an der Konzeption hatten: Ina Serif, Eric Decker und Lukas Hartmann. Zudem danken wir Anna Wolf für die Überarbeitung der Endnoten. Unser Dank gilt auch dem Team von Stadt.Geschichte.Basel, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Band 7 und Band 9, der Projektleitung und dem Stiftungsrat für die gute und stets anregende Zusammenarbeit.

Herzlich danken wir all jenen, die uns Einblicke in ihre Forschung gewährten oder Teile des Manuskripts gelesen und kritisch kommentiert haben: Benjamin Adler, Miriam Baumeister, Alexander Bieri, Jennifer Burri, Walter Dettwiler, Laura Eigenmann, Flavio Häner, Mirjam Janett, Verena Labhardt, Flavia Grossmann, Jonathan Pärli, Nicholas Schaffner, Tobias Straumann, Daniel Zürcher.

Wichtig für diesen Band waren viele kürzere und längere Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die wir nicht alle namentlich erwähnen können: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts, Familie, Freundinnen und Freunde, Bekannte, flüchtige Begegnungen mit Unbekannten. Ausführlicher durften wir mit folgenden Personen sprechen, bei denen wir uns herzlich bedanken: Maria Caminati, Peter Flubacher, René L. Frey, Ernst Jost, Eva Keller, Robert Labhardt, Jörg Reinhardt, Markus Ritter, Evelyne Rudin, Ingrid Rusterholtz, Christine Stingelin, Katharina Stoll, Leila Straumann, Daniel Weissberg.

Weiter danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Archiven und Dokumentationsstellen, die uns beraten und Materialien zur Verfügung gestellt haben: allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Staatsarchivs Basel-Stadt und des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs, insbesondere Irene Amstutz, Sabine Strebel und Hermann Wichers, sowie Patrick Moser und Gudrun Piller (Historisches Museum Basel), Marcel Bitter (Plakatsammlung der Schule für

Gestaltung Basel), Irene Kühler (WEMF AG für Werbemedienforschung) und Nathalie Grillon sowie Christa Moll (Statistisches Amt Basel-Stadt). Dem Fotografen Roland Schmid danken wir für die Hilfe beim Finden geeigneter zeitgenössischer Fotografien, den Fotografen Claude Giger und Kurt Wyss für den Zugang zu ihren Privatarchiven, Dieter Ehrlich und Lukas Müller für die Mithilfe bei der Identifizierung von abgebildeten Personen.

Für das sorgfältige Korrektorat danken wir Katharina Böhmer, für die gelungene Buchgestaltung Christoph Gysin und Katharina Marti von icona basel und für die Erstellung der Infografiken Nico Görlich und Moritz Twente. An Iris Becher und Oliver Bolanz vom Christoph Merian Verlag geht unser Dank für die gute Zusammenarbeit bei der Buchproduktion.

# Impressum

## Stadt.Geschichte.Basel

- Band 1 Auf dem langen Weg zur Stadt.  
50 000 v. Chr. – 800 n. Chr.
- Band 2 Eine Bischofsstadt zwischen  
Oberrhein und Jura. 800–1273
- Band 3 Stadt in Verhandlung. 1250–1530
- Band 4 Aufbrüche, Krisen, Transformationen.  
1510–1790
- Band 5 Hinter der Mauer, vor der Moderne.  
1760–1859
- Band 6 Die beschleunigte Stadt. 1856–1914
- Band 7 Stadt an der Grenze in einer Zeit  
der Gefährdung. 1912–1966
- Band 8 Auf dem Weg ins Jetzt. Seit 1960
- Band 9 Stadträume. Offen und begrenzt,  
gestaltet und umkämpft
- Band 10 Überblicksband

### Stiftungsrat

Regina Wecker, Stiftungsratspräsidentin  
Andreas Burckhardt  
Robert Labhardt (bis Oktober 2021)  
Christoph Lanz  
Antonia Schmidlin (seit Oktober 2021)  
Barbara Schneider  
Marie-Louise Stamm  
Benedikt Wyss

### Herausgeber:innengremium

Caroline Arni  
Esther Baur  
Susanna Burghartz  
Lucas Burkart  
Marc Fehlmann (bis April 2023)  
Martin Lengwiler  
Peter-Andrew Schwarz

### Projektleitung

Patrick Kury  
Cristina Münch  
Lina Gafner (bis Juli 2022)

### Projektleitung digital

Moritz Mähr

### Vermittlung

Sabina Lutz

### Data Stewards

Nico Görlich  
Moritz Twente  
Cristina Münch

### Dank

Folgende Institutionen, Stiftungen und Personen haben dank ihrer grosszügigen finanziellen Unterstützung das Projekt ermöglicht:

Kanton Basel-Stadt  
Swisslos-Fonds Basel-Stadt  
Swisslos-Fonds Basel-Landschaft

Christoph Merian Stiftung  
Dr. H. A. Vögelin-Bienz-Stiftung  
E. E. Zunft zu Hausgenossen  
Ernst Göhner Stiftung  
Historisch-Antiquarische Gesellschaft  
zu Basel  
Max Geldner-Stiftung  
Moritz Straus-Stiftung  
Sulger-Stiftung  
UBS Kulturstiftung  
Verein Basler Geschichte



Kanton Basel-Stadt



SWISSLOS-Fonds  
Basel-Stadt

BASEL  
LANDSCHAFT  
SWISSLOS

cms  
Christoph Merian Stiftung

ERNST GÖHNER STIFTUNG



m MAX GELDNER  
STIFTUNG

SULGER-STIFTUNG

Ing. A. Aegerter + Dr. O. Bosshardt AG  
Bank J. Safra Sarasin AG  
Basel Tourismus  
Bell AG  
Felix Labhardt  
Iseli Optik AG  
K. Schweizer AG  
Manor AG  
Novartis  
PAX, Schweizerische Lebensversicherungs-  
Gesellschaft AG  
Raiffeisen Schweiz AG  
Rapp Management AG  
Schachenmann + Co. AG  
Vischer Architekten AG  
Völlmy AG

Und weitere Spenderinnen und Spender,  
die nicht namentlich genannt sein wollen.

## Band 8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Christoph Merian Verlag

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für nicht-kommerzielle Zwecke. Eine kommerzielle Nutzung ist nur mit gesonderter Genehmigung des Urhebers gestattet. <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/> Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Herausgeber: Martin Lengwiler

Text und Redaktion: Tobias Ehrenbold,  
Silas Gusset, Martin Lengwiler, Anina Zahn  
Bild- und Infografikredaktion: Nico Görlich,  
Moritz Twente, Cristina Münch  
Korrektur: Katharina Böhmer, Zürich  
Gestaltung und Satz: icona basel  
Lithos: Gremper AG, Basel/Pratteln  
Umsetzung Open Access: Moritz Mähr,  
Open Science Universität Basel

ISBN 978-3-03969-008-4 (Printausgabe)  
DOI <https://doi.org/10.21255/sgb-08-796384>  
[merianverlag.ch](http://merianverlag.ch)  
[stadtgeschichtebasel.ch](http://stadtgeschichtebasel.ch)